Vossische Zeitung
1./X. 1916

2

# Ein Reichsamt für den deutschen Außenhandel.

Die Frage, ob unter Zusammenfassung der Abteilung IV des Reichsamtes des Innern und der Abteilung II des Auswärtigen Amtes ein neues Reichsamt für Handel und Industrie oder speziell für die Pflege des deutschen Außenhandels geschaffen werden sollte, war schon vor Jahresfrist vom „Ständigen Ausschuß deutscher Vereine zur Förderung des Außenhandels" auf sein Arbeitsprogramm gesetzt worden. Nachdem inzwischen durch zwei neuere Veröffentlichungen von Professor Dr. Apt (Aelteste der Kaufmannschaft von Berlin) „Ein Außenhandelsamt?" und Dr. J. März (Verband Sächsischer Industrieller) „Der achte Staatssekretär für Handel, Industrie und Schiffahrt" die Frage auch in der breiteren Oeffentlichkeit neu angeregt worden ist, hat der Ständige Ausschuß diesen Gegenstand jetzt wieder aufgenommen und zum Gegenstand einer Beratung gemacht, die am 27. September d. J. in der Handelskammer zu Berlin unter Beteiligung der deutsch-ausländischen Wirtschaftsverbände stattfand.

Nach einem einleitenden Referat des Vorsitzenden des Ständigen Ausschusses, Staatsminister z. D. Dr. von Richter, und nachdem die Herren Prof. Dr. Apt und Dr. März-Dresden die in ihren Veröffentlichungen gemachten Vorschläge nochmals begründet hatten, fand eine lebhafte Diskussion statt, die im wesentlichen Uebereinstimmung darüber ergab, daß einerseits eine Teilung des überlasteten Reichsamts des Innern, andererseits eine intensivere planmäßige Förderung und Unterstützung der deutschen Außenhandelsinteressen und dementsprechende Neugestaltung und Neuorientierung der Zentralverwaltung notwendig sei. Als noch nicht genügend geklärt erscheint die Frage, in welcher Form dieses Ziel am besten zu erreichen sei.

Auf diese Frage und die sonstigen noch der Klärung bedürftigen Einzelheiten wird der Ständige Ausschuß seine weiteren Arbeiten zunächst konzentrieren. Es wurde beschlossen, den Verhandlungsbericht über die Tagung vom 27. d. M. als Unterlage für die weitere Behandlung des Gegenstandes drucken zu lassen, wobei solchen Mitgliedern des Ausschusses, welche nicht in der Lage waren, in der Diskussion vom 27. d. M. das Wort zu ergreifen, Gelegenheit gegeben werden soll, sich nachträglich noch schriftlich zu äußern. Alsdann sollen die zum Ausschuß gehörenden 23 Vereine aufgefordert werden, auf dieser Grundlage sich nun selbst offiziell mit dem Gegenstand zu befassen, damit — entsprechend dem Zweck, zu welchem der Ständige Ausschuß geschaffen wurde — nach Möglichkeit ein gemeinsames und gleichzeitiges Auftreten der an den Außenhandelsfragen besonders beteiligten Körperschaften den maßgebenden Stellen gegenüber in dieser Angelegenheit herbeigeführt wird.

Neues Wiener Tagblatt
2./X. 1916



# Einfacher Hausrat.

## Eine Ausstellung im Oesterreichischen Museum.

Gesunde Kulturbewegungen müssen sich von unten nach oben entwickeln: von der Einfachheit zur Vervollkommnung. Nur dann liegen wirklich durchbildende, neugestaltende Momente in ihnen. Und darum darf man die kleine, in ihrem Rahmen und ihrer Ausdehnung sicherlich sehr begrenzte Ausstellung nicht unterschätzen, die jetzt, vom Arbeitsministerium angeordnet, im Oesterreichischen Museum für Kunst und Industrie eröffnet worden ist. Sie gilt „Einfachem Hausrat". Das ist ein glücklicher Gedanke, der guten Geschmack sicherlich besser popularisieren kann als der Luxus, der sonst in vielen Möbelausstellungen vorzuherrschen pflegt. Man soll zeigen, daß auch die bescheidenen Gebrauchsgegenstände unsrer alltäglichsten Umgebung ästhetisch wirken müssen, hübsch und praktisch zugleich sein können, weil es — das kann nicht oft genug betont werden — im Kunstgewerbe nur eine Schönheit des erfüllten Zweckes gibt. Es bedarf keiner Ornamentik, keines überflüssigen Zierats, aber die Form an sich soll gefällig sein und dem Auge wohltun.

Das ist die Lehre, die der „Einfache Hausrat" dieser Ausstellung predigt, die mustergültige Möbel für kriegsbetroffene Gebiete zeigen soll. Man weiß ja, daß es jetzt in verschiedenen Teilen des Reiches nach der überstandenen Zerstörung wieder ans Aufbauen geht, ans Aufbauen der Wohnungen und der Existenzen. Und da sollen diese Einrichtungsgegenstände, die schnell und verhältnismäßig billig hergestellt werden können, als Modelle dienen. Man fängt wieder von vorn an mit der Ausgestaltung seines äußeren Lebens und da soll man es sich angelegen sein lassen, daß das auch in guter Form geschieht. Selbstverständlich können diese bescheidenen Möbeltypen auch für Flüchtlingslager, Gefangenenstationen, für neugeschaffene oder erweiterte Aemter in Frage kommen oder zu begründenden, jungen Wirtschaften mit Ratschlägen dienen.

Dann auch die statistisch festgestellte gesteigerte Heiratslust und Einrichtung von Haushaltungen wirkt auf den Konsum an Mobiliar ein. Und da gegenwärtig Rohmaterial und Arbeitskräfte schwindelnd im Preise gestiegen sind, so kann für sehr viele junge Paare auch nur „Einfacher Hausrat" in Betracht kommen. Nette, billige Kasten und Betten, Tische und Sessel, Küchenschränke und Truhen, wie man sie gegenwärtig in der Säulenhalle des Stubenringmuseums sieht, wären in solchen Ansiedlungen oder schlichten Häuslichkeiten wohl am Platz.

Fast nur Dinge, die man haben muß, sind diesmal zur Schau gestellt. Die meisten davon sind aus weichem Holz gefertigt, die einen in Naturfarbe, ganz ohne Beize oder Politur, die andern in Braun oder Grau. Ueberall spürt man, daß sich die Erzeuger wirklich vom praktischen Zweck des Gegenstandes und dabei von der wohlfeilen und doch künstlerischen Ausnützung des Materials leiten ließen.

Fachschulen aus Wien und den Kronländern, genossenschaftliche Vereinigungen, die niederösterreichische Gewerbeförderung, aber auch Einzelnfirmen — zumeist kleinere — stellen aus. So haben sich Linz und Eger, Reichenberg, Königsberg an der Elbe, Zauchtel, Hall in Tirol und andere größere und kleinere Provinzstädte am Wettbewerbe beteiligt. Die Urteilssprüche der Preisrichter sind auf den einzelnen Stücken bereits ersichtlich. Ueber das Nötigste an Mobiliar geht die Ausstellung nicht hinaus. Sie trägt auch den bestehenden Beschränkungen an verschiedenem Material Rechnung. Die Kinderbettchen haben nur Stab- oder Säulengitter aus Holz, wie man sie in manchen Bauernstuben findet. Die Schränke sind mehrfach mit dicken, drehbaren Holzknöpfen verschlossen, was primitiv aussieht, aber vorzüglich wirkt. Da gibt es einen Schrank aus der Fachschule einer Elbestadt in ungebeiztem weichem Holz, nicht hoch, breit und gediegen in der Form. Der Holzknopf schließt ausgezeichnet, und das Stück ist mit geringer Mühe rein zu halten. Staubdurchlässige Fugen sind vermieden, was nicht bei allen ausgestellten Objekten der Fall ist. Ebenso einfach und nett gedacht ist das zu diesem Kasten gehörige Bett. Auch Modelle in grau gebeiztem Holz, mit schwarzen Leisten aus Hartholz, machen einen trefflichen Eindruck. Das Schloß wäre da vielleicht zu reformieren, aber sonst ist an dieser gut erdachten Form nichts auszusetzen. Ebenso fällt ein ganzes Schlafzimmer in Eiche auf, abgerundet gearbeitet, damit Staubansätze vermieden bleiben. Der dazugestimmte Putztisch, übrigens der einzige unter dem „Einfachen Haurat", ist sehr gefällig entworfen.

Man muß auch betonen, daß Betten vielfach ganz ohne Eisenteile gearbeitet sind, nur aus Holz, und zwar so, daß den Veränderungen im Holze selbstverständlich Rechnung getragen ist. Man sieht Truhen, billige hölzerne Armstühle, in denen man bequem sitzen kann, und nette Schränke für Geschirr. Bei einer Sesselgarnitur sind die Sitze aus Gurten geflochten. Das ist elastisch, sogar dekorativ, aber das Reinigen ist bei diesen gekreuzten Bändern vielleicht doch etwas erschwert. Bänke und Etageren sind mehrfach vorhanden. Mitunter ist versucht worden, durch ein wenig Kerbschnitt, durch Verwendung von Wurzelholz oder durch ganz einfache Holzmodellierarbeit hübsche Effekte zu erzielen. Besonders angenehm berührt es, daß man aufgehört hat, schwere Stücke auf schwache Füße zu stellen. Fast alle diese mehr oder minder klotzigen Kasten und Tische liegen auf entsprechend solider Basis. Einmal wurden Eisenbeschläge verwendet, im allgemeinen aber läßt man nur die Holzflächen wirken, was schon darum gut ist, weil man bei so geringen Herstellungskosten ja doch nicht mit edleren Auflagen arbeiten konnte. Zweifellos aber ließen sich manche dieser einfachen Entwürfe noch hübsch ausgestalten. Vereinzelte Aussteller haben es sich allerdings auch wieder zu leicht gemacht.

Im allgemeinen darf man mit den gebotenen Anregungen recht zufrieden sein. Es wäre von Wert, wollte man diese Ausstellung einmal in etwas ausgedehnter und abwechslungsvoller Form wiederholen — denn der „Einfache Hausrat" wäre bei uns sicherlich noch zu verbessern.

Kölnische Zeitung 2./X. 1916

4

# Zusammenschluß des deutschen Großhandels.

Am 2. Oktober fand zu Berlin die erste Mitgliederversammlung des Zentralverbandes des deutschen Großhandels unter außergewöhnlich großer Beteiligung der Großhändlerkreise aus ganz Deutschland statt. Den Vorsitz in der Versammlung führte Geheimer Kommerzienrat Dr. Ravené. In seiner einleitenden Ansprache führte er u. a. aus: Schon seit geraumer Zeit sei es ihm klar geworden, daß der Mangel einer geschlossenen Organisation des Großhandels sich über kurz oder lang recht unangenehm fühlbar machen würde. Es hätte wohl niemand jemals geglaubt, daß es erst zu einer so furchtbaren Zeit kommen mußte, wie sie jetzt durchlebt wird, um die notwendige Einigung des deutschen Großhandels zustande zu bringen. Manches wäre im Interesse des deutschen Großhandelsstandes besser verlaufen, wenn Regierung und Heeresverwaltung sich auf eine auf vaterländischer Gesinnung aufgebaute Organisation des deutschen Großhandels hätten stützen können. Nur dem vollständigen Mangel einer solchen Organisation sei es zu verdanken, daß unschöne Handlungen, die von Personen verübt worden sind, die niemals dem Großhandel angehört haben, diesem zur Last gelegt werden können, und nur so sei die Ansicht entstanden, daß der Großhandel eine überflüssige und entbehrliche Einrichtung sei, die dazu beitrüge, die einzelne Ware zu verteuern.

Die Industrie, die darauf angewiesen sei, Waren in großen Massen herzustellen und aus Rücksichten der Rentabilität immer nur eine beschränkte Anzahl von Erzeugnissen bringen könne und auf pünktlichen Eingang der Gelder sehen müsse, müßte, falls der Großhandel sich plötzlich auflösen sollte, sofort ihrerseits zur Bildung eines neuen Großhandels schreiten. Es sei unumgänglich notwendig, daß das Verständnis für die Wirksamkeit des Großhandels in immer weitere Kreise getragen und dafür gesorgt werde, daß Elemente, die gar nicht zum Großhandel gehören, ihm auch nicht zugerechnet werden. Ein Zusammenschluß des Großhandels in der jetzigen ernsten Zeit sei aber von um so größerer Bedeutung, als die kommenden Zeiten so mächtige Umwälzungen auf allen Gebieten mit sich bringen würden, daß es die Pflicht eines jeden Standes sei, rechtzeitig dafür zu sorgen, daß er die an ihn herantretenden Forderungen auch erfüllen könne. Mit aller Entschiedenheit sei daher als der erste Punkt des Programms festzulegen:

Der deutsche Großhandel wünsche sich eng zusammenzuschließen, um seine vaterländische Pflicht erfüllen zu können, die nach Kriegsschluß auch an den Großhandel herantreten würde, um der Regierung und dem Parlament auf Grund der langjährigen Erfahrungen zur Seite stehen zu können, um dafür zu sorgen, daß die richtigen Persönlichkeiten bei fachmännischen Beratungen vorgeschlagen würden, und um auf diese Weise vorzubeugen, daß Personen, die sich als Mitglieder des Großhandels ausgeben, sich vordrängen, die mit ihren Auffassungen in einer ganz andern Welt leben als der wirkliche Großhändler.

Der zweite Teil des Programms würde alsdann den Standesinteressen der Großhändler zu dienen haben. Dabei würde sich der deutsche Großhandel naturgemäß vor Augen halten müssen, daß es nicht die Aufgabe des Zentralverbandes sein kann, sich mit den vielen laufenden, größern und kleinern Fragen der einzelnen Geschäftszweige zu befassen, die bisher in vorzüglicher Weise von den einzelnen Fachverbänden erledigt worden seien. Aber unbedingt wünschenswert sei es, daß diese Fachverbände an den Zentralverband mit Anregungen herantreten, um auf diese Weise eine geeignete und wirksame Vertretung ihrer Interessen zu erreichen. In seinen weitern Ausführungen wies Geheimrat Dr. Ravené darauf hin, daß der deutsche Großhandel unter Wahrung seiner Selbständigkeit ein inniges Handinhandgehen mit der befreundeten Industrie als selbstverständlich betrachte. Die ersten Schritte zu gemeinsamer Arbeit mit den nahestehenden industriellen Verbänden seien bereits eingeleitet worden, und es stehe zu hoffen, daß sich Gelegenheit bieten werde, bei Gesetzvorlagen, die Handel und Industrie gemeinsam betreffen, miteinander Hand in Hand zu arbeiten, um nach Beseitigung von Organisationen, wie sie die kriegerischen Verhältnisse naturgemäß mit sich brächten, sich wieder frei entwickeln zu können.

Nach einem begeistert aufgenommenen Hoch auf den Kaiser, womit der Redner schloß, wurden vor Eintritt in die eigentliche Mitgliederversammlung Berichte über die wichtigsten, den Großhandel bewegenden Fragen erstattet.

Herr Alfred Schmidt, Köln, berichtete über den Stand der Frage der deutschen Auslandsforderungen. Bei der Wichtigkeit der Frage hielt es die Versammlung für erwünscht, vor einer endgültigen Stellungnahme einen Ausschuß mit der Bearbeitung zu beauftragen.

Geh. Kommerzienrat Dr. Schmidt, Präsident der Handelskammer Braunschweig, und Stadtverordneter Dr. Zeitlin berichteten über die Preisbeschränkung im Webstoffgewerbe und über die damit im Zusammenhang stehenden Verordnungen. Geheimrat Dr. Schmidt faßte seine Ausführungen dahin zusammen, daß dem deutschen Großhandel das Gefühl eingehämmert sei, daß jeder in seinem Beruf, jeder im einzelnen für sich daran zu denken habe, was zunächst zu tun sei und die Vaterlandspflicht erheische. Aber auf der andern Seite müsse der deutsche Großhandel auch die Forderung aufstellen, man solle nicht Unmögliches von ihm verlangen. Aus diesem Grunde käme er zu der Anregung, folgende Entschließung vorzuschlagen:

„Die von der Reichsregierung im Interesse der Volkswohlfahrt erlassenen, für den Handel aber sehr drückenden Bestimmungen über den Verkehr in Web-, Wirk- und Strickwaren sind durch militärische Kommandobehörden in einer Weise ausgelegt und angewandt worden, die schwere Rechtsunsicherheit mit sich gebracht hat. Nicht um eines höhern Gewinns willen, sondern um seiner ganzen geschäftlichen und sittlichen Existenz willen muß der deutsche Großhandel fordern, daß ein Zustand schleunigst beendet werde, der den Großhandel wie den Kleinhandel und damit unentbehrliche Bestandteile der heimischen Volkswirtschaft unerträglich hemmt, ja in ihrem Bestande aufs schwerste bedroht."

Diese Entschließung wurde einstimmig und mit lang anhaltendem, großem Beifall aufgenommen.

Weiterhin wurde über die Überführung der Kriegs- in die Friedenswirtschaft vom Privatdozenten Dr. Franz Oppenheimer, an Stelle des im letzten Augenblick verhinderten Herrn Wenck, Vorsitzender des Verbandes der Deutschen Lederhändler, Bericht erstattet. Nach den mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen wurde folgende Entschließung gefaßt:

Die Kriegswirtschaft hat das Betätigungsgebiet des deutschen Großhandels drückend eingeengt. Ein Teil der kriegswirtschaftlichen Maßnahmen mag für die siegreiche Durchführung des Krieges notwendig gewesen sein, ein großer Teil aber hat offenkundig sein Ziel, den Verbraucher zu angemessenen Preisen zu versorgen, nicht erreicht. Der deutsche Großhandel, der im freien Schaffen mit in erster Linie die großartige Entwicklung der deutschen Volkswirtschaft herbeigeführt hat, hat all die Hemmungen, soweit sie notwendig waren, in vaterländischer Pflichterfüllung auf sich genommen. Er muß aber nicht nur in seinem eigenen Interesse, sondern im Interesse der gesamten Volkswirtschaft mit allem Nachdruck fordern, daß ihm seine volle Bewegungsfreiheit unverzüglich zurückgegeben wird, sobald die politischen und wirtschaftspolitischen Verhältnisse dies irgend gestatten, und daß er bei einer Regelung der Übergangswirtschaft neben den übrigen Berufsständen als gleichberechtigter, mitbestimmender Faktor zur Geltung kommt.

Endlich berichtete Reichstagsabgeordneter Keinath über die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands. In seinen mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen wies er darauf hin, daß die Erreichung der Bewegungsfreiheit des Großhandels eine der unumgänglich notwendigen Voraussetzungen sei, auf der die künftige wirtschaftliche Gestaltung Deutschlands beruhen müsse. Falls sie nicht erreicht werde, sei zu befürchten, daß, wenn auch dieser Kampf mit den Waffen siegreich bestanden sei, um so sicherer die Niederlage in dem wirtschaftlichen Ringen zu erwarten sei. Es gelte darum zu kämpfen, daß die Grundlage unserer bisherigen Volkswirtschaft aufrecht erhalten bleibe, es gelte damit im wahrsten Sinne des Wortes die große wirtschaftliche Zukunft des deutschen Volkes.

Abgeordneter Keinath erstattete dann weiterhin als geschäftsführendes Vorstandsmitglied den Bericht für den bisher bestehenden Arbeitsausschuß des Zentralverbandes des Deutschen Großhandels, aus dem sich ergab, daß es der bisherigen Organisationsarbeit des Zentralverbandes bereits gelang, die überwiegende Mehrheit des gesamten deutschen Großhandels zusammenzuschließen. Über ganz Deutschland sind Bezirksgruppen — so in: Frankfurt a. M., Köln, Hamburg, Dresden, Leipzig, München, München-Gladbach, Breslau, Stuttgart, Danzig — eingerichtet und fast die Gesamtheit der führenden deutschen Großhändlerverbände ist dem Zentralverband beigetreten. Der Redner gab der bestimmten Erwartung Ausdruck, daß die bei der Gründung des Zentralverbandes den beteiligten Kreisen vorschwebenden Ziele in kurzer Zeit völlig der Verwirklichung entgegengeführt werden würden. Nach Annahme der Satzung wurde Geh. Kommerzienrat Dr. Ravené einstimmig zum Präsidenten des Zentralverbandes gewählt, er nahm die Wahl mit Dank an.

Nachdem dann die Wahlen zum Ausschuß vorgenommen worden waren, schloß der Präsident die Versammlung mit Worten des Dankes für das zahlreiche Erscheinen.

In der darauf folgenden Sitzung des Ausschusses wurden folgende Herren in den Vorstand gewählt: Kommerzienrat Lustig, Berlin, Konsul Kotzenberg, i. Fa. Gebr. Passavant, Frankfurt a. M., Konsul Oehme, Köln, Kommerzienrat Paul Herz, Berlin, H. A. Klöpper, Hamburg, Bruno Eisenführ, Berlin, Max Weinmann, München, Syndikus Arthur Cohn, Berlin, Heinrich Paas, Essen, Geheimer Kommerzienrat Dr. Schmidt, Braunschweig, R. Uhlmann, Stuttgart, Direktor Schäfer, Frankfurt a. M., Alfred Schmidt, Köln, Geheimrat Simon, Berlin, Konsul R. Seifert, Berlin, Kommerzienrat Schmidt, Berlin, Bach, Frankfurt a. M., H. Pego, Hamburg, L. Deutschmann, Hamburg, Gustav Fränkel, Hildesheim, Fritz Heine, Leipzig, Generalkonsul Thieme, Leipzig, Handelsrichter Hans Meyer, München, Franz Wenck, Berlin, Dr. Leon Zeitlin, Berlin, Dr. Engel, Berlin.

In das Präsidium traten neben dem Präsidenten, Geheimer Kommerzienrat Dr. Ravené, Berlin — die Herren: Kommerzienrat Lustig, Berlin, Konsul Kotzenberg, i. Fa. Gebr. Passavant, Frankfurt a. M., Konsul Oehme, Köln, Kommerzienrat Paul Herz, Berlin, H. A. Klöpper, Hamburg, Bruno Eisenführ, Berlin, Max Weinmann, München, Syndikus Arthur Cohn, Berlin, Heinrich Paas, Essen.

Als geschäftsführendes Präsidialmitglied wurde Reichstagsabgeordneter Otto Keinath gewählt.

Frankfurter Zeitung

4./X. 1916

# Der deutsche Großhandel.

Berlin, 2. Oktbr. Heute fand hier in den Räumen der Handelskammer die erste Mitgliederversammlung des Zentralverbandes des Deutschen Großhandels unter außergewöhnlich großer Beteiligung der Großhändlerkreise aus ganz Deutschland statt.

Den Vorsitz in der Versammlung führte Herr Geheimer Kommerzienrat Dr. Ravené. In seiner einleitenden Ansprache führte er aus: Unter Fachleuten sei es kaum noch nötig, immer wieder zu betonen, daß der Großhandel kein überflüssiges Bindeglied zwischen der Industrie und dem Konsum bilde. Die Industrie, die darauf angewiesen sei, in großen Massen zu fabrizieren und aus Rücksichten der Rentabilität immer nur eine beschränkte Anzahl von Artikeln herzustellen und auf pünktlichen Eingang der Gelder sehen müsse, müßte, falls der Großhandel sich plötzlich auflösen sollte, sofort ihrerseits zur Bildung eines neuen Großhandels schreiten. Es sei unumgänglich notwendig, daß das Verständnis für die Wirksamkeit des Großhandels in immer weitere Kreise getragen und dafür gesorgt werde, daß Elemente, die garnicht zum Großhandel gehören, ihm auch nicht zugerechnet werden. Ein Zusammenschluß des Großhandels in der jetzigen ernsten Zeit sei aber von umso größerer Bedeutung, als die kommenden Zeiten so mächtige Umwälzungen auf allen Gebieten mit sich bringen würden, daß es die Pflicht eines jeden Standes sein muß, rechtzeitig dafür zu sorgen, daß er die an ihn herantretenden Forderungen auch zu erfüllen in der Lage sein würde. Mit aller Entschiedenheit sei daher als der erste Punkt des Programms festzulegen: Der deutsche Großhandel wünsche sich eng zusammenzuschließen, um seine vaterländische Pflicht erfüllen zu können, die nach Kriegsschluß auch an den Großhandel herantreten würde, um der Regierung und dem Parlament auf Grund der langjährigen Erfahrungen zur Seite stehen zu können, um dafür zu sorgen, daß die richtigen Persönlichkeiten bei fachmännischen Beratungen in Vorschlag gebracht würden, und um auf diese Weise vorzubeugen, daß Personen, die sich als Mitglieder des Großhandels ausgeben, sich vordrängen, die mit ihren Auffassungen in einer ganz anderen Welt leben als der wirkliche Großhändler. Der zweite Teil des Programms würde alsdann den Standesinteressen der Großhändler zu dienen haben. Dabei würde sich der deutsche Großhandel naturgemäß vor Augen halten müssen, daß es nicht die Aufgabe des Zentralverbandes sein kann, sich mit den vielen laufenden, größeren und kleineren Fragen der einzelnen Branchen zu befassen, die bisher in vorzüglicher Weise von den einzelnen Fachverbänden erledigt worden seien. Aber unbedingt als wünschenswert müsse es bezeichnet werden, daß diese Fachverbände an den Zentralverband mit Anregungen herantreten, um auf diese Weise eine geeignete und wirksame Vertretung ihrer Interessen zu erreichen. Der deutsche Großhandel betrachte unter Wahrung seiner Selbständigkeit ein inniges Hand-in-Handgehen mit der befreundeten Industrie als selbstverständlich. Die ersten Schritte zu gemeinsamer Arbeit mit den nachstehenden industriellen Verbänden seien bereits eingeleitet. Der Redner schloß mit der Bekräftigung, daß der deutsche Großhandel, auch wenn die Zeiten noch so schwer werden möchten, mit rücksichtsloser Energie an die Arbeit gehen werde, um alles das, was unsere Feinde gewaltsam eingerissen haben, auch wieder aufbauen zu helfen.

Ueber die Preisbeschränkung im Textilgewerbe und über die damit im Zusammenhang stehenden Verordnungen wurde folgende Entschließung angenommen:

Die von der Reichsregierung im Interesse der Volkswohlfahrt erlassenen, für den Handel aber sehr drückenden Bestimmungen über den Verkehr mit Web-, Wirk- und Strickwaren sind durch militärische Kommandobehörden in einer Weise ausgelegt und angewendet worden, die schwere Rechtsunsicherheit mit sich gebracht hat. Nicht um eines höheren Gewinnes willen, sondern um seiner ganzen geschäftlichen und sittlichen Existenz willen muß der deutsche Großhandel fordern, daß ein Zustand schleunigst beendet werde, der den Großhandel wie den Kleinhandel und damit unentbehrliche Bestandteile der heimischen Volkswirtschaft unerträglich hemmt, ja in ihrem Bestande auf das schwerste bedroht.

Weiterhin wurde über die Ueberführung der Kriegs- in die Friedenswirtschaft folgende Entschließung gefaßt:

Die Kriegswirtschaft hat das Betätigungsgebiet des deutschen Großhandels drückend eingeengt. Ein Teil der kriegswirtschaftlichen Maßnahmen mag für die siegreiche Durchführung des Krieges notwendig gewesen sein, ein großer Teil aber hat offenkundig sein Ziel, den Verbraucher zu angemessenen Preisen zu versorgen, nicht erreicht. Der deutsche Großhandel der im freien Schaffen mit in erster Linie die großartige Entwicklung der deutschen Volkswirtschaft herbeigeführt hat, hat all die Hemmungen, so weit sie notwendig waren, in vaterländischer Pflichterfüllung auf sich genommen. Er muß aber nicht nur in seinem eigenen Interesse, sondern im Interesse der gesamten Volkswirtschaft mit allem Nachdruck fordern, daß ihm reine volle Bewegungsfreiheit unverzüglich zurückgegeben wird, sobald die politischen und wirtschaftspolitischen Verhältnisse dies irgend gestatten und daß er bei einer Regelung der Uebergangswirtschaft neben den übrigen Berufsständen als gleichberechtigter, mitbestimmender Faktor zur Geltung kommt.

Nach weiteren sachlichen Beratungen und Berichten und nach Annahme der Satzung wurde Geh. Kommerzienrat Dr. Ravené einstimmig zum Präsidenten des Zentralverbandes gewählt.

Neues Wiener Tagblatt Abendbl. 4/X. 1916

8

# Anerkennung des Kaisers für die Fabriks- und Handwerksindustrie.

**Budapest**, 4. Oktober. (Privattelegramm.) Das ungarische Amtsblatt veröffentlicht das folgende königliche Handschreiben: „Lieber Graf Tisza! Die großartige Leistungsfähigkeit unsrer vaterländischen Fabriks- und Handwerksindustrie dient, allen Hemmungsbestrebungen Trotz bietend, während des schweren langandauernden Krieges als wertvolle Stütze Meiner Wehrkraft. Indem Ich bestimmt annehme, daß die Fabriks- und Handwerksindustrie auch in Hinkunft mit derselben eifrigen Tätigkeit Meiner Wehrmacht beistehen wird wie bisher, gründe Ich Mein Vertrauen auf das patriotische Empfinden aller jener, die auf diesem Gebiete tätig sind. Ich beauftrage Sie, den an der Spitze der Fabriks- und Handwerksbetriebe für die Zwecke Meiner Wehrmacht erfolgreich tätigen leitenden Personen sowie den unter oft erschwerten Existenzbedingungen bei mühevoller Arbeit und mit hingebungsvoller Standhaftigkeit ausharrenden Beamten und Arbeitern Meinen Dank und Meine Anerkennung auszudrücken. Gegeben zu Wien, am 30. September 1916.

Franz Josef m. p.
Graf Stephan Tisza m. p."

Frankfurter Zeitung
5./X. 1916

9

## Die Teuerung.

y Basel, 5. Oktbr. (Priv.-Tel., zf.) Zur Verteuerung der Lebenshaltung in Frankreich teilt das Gewerkschaftsblatt „La Bataille" mit: Die Genossenschaft der kleinen Pariser Schuhmachermeister hat in ihrer letzten Sitzung die Preise für Ausbesserungen wie folgt festgesetzt: Sohlen für Herrenstiefel genäht 8 Franken, genagelt 7.50 Franken, Sohlen für Damenstiefel genäht 6.50 Franken und 5.50 Franken, Sohlen für Knaben 6.75 Franken und 6.50 Franken, Sohlen für Mädchen genäht 5.50 Franken und 5 Franken.

Nach dem „Petit Méridional" vom 22. September herrscht in Marseille, wie in den meisten französischen Städten, eine Gaskrisis. Wegen der hohen Kohlenpreise verlangte die Gesellschaft von der Stadt eine Erhöhung der Gaspreise, der Magistrat aber verweigerte sie und die Gesellschaft hat deshalb die Stadt auf eine Entschädigung von 6½ Millionen Franken verklagt.

Frankfurter Zeitung
5./X. 1916

10

## Wegen den Kriegswucher in Bayern.

München, 4. Oktbr. (Priv.-Tel.) Wie die „Bayerische Staatszeitung" meldet, sind im Staatsministerium des Innern die Vorbereitungen zur Errichtung eines zentralen Kriegswucheramtes für das Königreich Bayern, das der Polizeidirektion in München angegliedert werden soll, seit Anfang August soweit gefördert worden, daß das Amt schon demnächst in Tätigkeit treten kann. Amtlich wird hierzu bemerkt:

Die Bekämpfung des Kriegswuchers litt bisher nicht darunter, daß es die Behörden an energischem Zugreifen hätten fehlen lassen, sondern darunter, daß es den Wucherern durch Aenderung ihrer Methoden, Vorschieben von Strohmännern, Verlegen ihrer Tätigkeit aus einem Ort in einen anderen u. s. w. immer wieder gelang, ihre Entdeckung zu vereiteln. Ein wirksames Vorgehen hiergegen erfordert eine Zentralstelle für das ganze Königreich, bei der alle Fäden der Kriegswucherbekämpfung zusammenlaufen, die, mit den erforderlichen sachverständigen Persönlichkeiten ausgestattet, die gesamte Tätigkeit der Strafverfolgungs-, der Distriktspolizeibehörde, der Preisprüfungs- und der Zulassungsstelle zusammenfaßt, von ihnen fortlaufend von allem unterrichtet wird und die aller bei ihr einlaufenden Meldungen ihrerseits wiederum an diese Stellen weitergibt und die auch mit den gleichartigen Zentralstellen der anderen Bundesstaaten (Preußisch-Sächsisches Kriegswucheramt) ständig in Austauschverkehr steht.

Frankfurter Zeitung
7./X. 1916

M

## Die Sequestrierung des deutschen und österreichischen Besitzes.

y Basel, 6. Oktbr. (Priv.-Tel., zf.) Am Pariser Appellgericht hat vorgestern, wie wir dem „Figaro" entnehmen, der Staatsanwalt de Casabianca eine Uebersicht über die Arbeiten dieses Gerichtshofes während des letzten Jahres gegeben. Er faßte dabei die durch die Sequestrierung deutschen und österreichischen Besitzes entstandene Arbeit wie folgt, zusammen:

Die Zahl der in Paris und im Seine-Departement ernannten Zwangsverwalter beträgt 173, denen die Verwaltung von mehr als 8000 österreichisch-deutschen Gesellschaften, Niederlassungen und Privatgütern übertragen wurde. Die Prüfung dieser 8000 Angelegenheiten und die Schwierigkeiten, die jeden Tag auftauchen, haben vom November 1914 bis zum 31. März 1916 80 000 Beschlüsse und Entscheidungen notwendig gemacht. Vom 31. März 1915 bis zum 31. März 1916 stieg der Ertrag der gesamten Verwaltungen von 25 Millionen auf 108 Millionen Francs. Während dieser Zeit hob sich die Summe der an französische oder alliierte Gläubiger ausgezahlten Gelder von 10 Millionen auf 55 Millionen, und 61 Millionen Francs konnten in der staatlichen Depositenkasse niedergelegt werden. Die Zwangsverwaltung hat der Nationalverteidigung ganz ungeheure Vorteile leisten können: Requisition von Waren, Maschinen und Gegenständen, die der Armee nützlich sind. Sie konnte das Kriegsministerium auf die Ausbeutung von sequestrierten Betrieben aufmerksam machen, die im entscheidenden Augenblick dringende Bedürfnisse befriedigen konnten. So wurden besondere Gebäude und Hotels zur Verfügung des Sanitätsdienstes und anderer öffentlicher Dienste gestellt. Die Zwangsverwalter haben sich auch bemüht, den allgemeinen Bedürfnissen des französischen Handels und der Industrie zu dienen, indem sie ihnen Fabrikate und Rohmaterialien abtraten, deren sie bedurften. Als Beispiel sei folgendes angegeben: Der Handel in Pelzwerk, der für die ganze Welt in Deutschland zentralisiert ist, befand sich zum größten Teil in den Händen von Deutschen und Oesterreichern. Auf Vorschlag der Zwangsverwalter und im Einvernehmen mit dem Syndikat der Pelzhändler wurden die beschlagnahmten Pelzwaren ohne Kosten im Auktionshause versteigert. Der Verkauf brachte rund 7 Millionen Francs ein. Er hat gestattet, eine Anzahl von französischen und alliierten Gläubigern zu entschädigen und hat dem Staatsschatz allein eine Registergebühr von 250 000 Frs. eingebracht. Die Regierung legt mit Recht eine außergewöhnliche Bedeutung dieser Verwaltung des wirtschaftlichen Fonds bei, und wie alle Alliierten haben auch wir den Besitz unserer hauptsächlichsten Feinde zum Unterpfand genommen. Sie hatten uns das Beispiel gegeben, indem sie den Besitz unserer eigenen Staatsangehörigen beschlagnahmten. Wenn die Stunde der Abrechnung geschlagen hat, werden wir gut in der Lage sein, zu diskutieren und uns ohne Zweifel teilweise schadlos zu halten."

Der Staatsanwalt des Pariser Appellgerichts entstellt in den letzten Sätzen die Wahrheit. Es ist gerade Frankreich, das mit der Beschlagnahmung und Vergeudung des privaten Eigentums der feindlichen Ausländer den Anfang gemacht hat.

Hamburger Fremdenblatt
9/X. 1916

12

# Was erwarten wir Handlungsgehilfen vom Frieden?

Ueber dieses Thema sprach Herr Werner Heinemann in der letzten Monatszusammenkunft der Ortsgruppe Hamburg im Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbande. Der Redner führte aus, daß der Krieg nicht nur alle gewohnten Bahnen des Volkslebens, sondern naturgemäß auch die Lage der kaufmännischen Angestellten gründlich umgestaltet habe. Es entstehe deshalb die Frage: „Wie wird es im kaufmännischen Berufe aussehen, wenn der Krieg einmal zu Ende ist, was haben wir Handlungsgehilfen vom Frieden zu erwarten, und welche Forderungen müssen wir geltend machen?“

Zuerst sei dabei an die heimkehrenden Krieger zu denken, deren Anstellungsverhältnis geregelt werden müsse. Aehnlich wie in Oesterreich sollten auch die Firmen in Deutschland verpflichtet sein, ihre aus dem Felde heimkehrenden Angestellten wieder aufzunehmen. Allerdings dürfe man nicht außer acht lassen, daß während des Krieges viele „alte Handlungsgehilfen“ wieder ein Unterkommen gefunden haben, auf deren Lage Rücksicht zu nehmen ist. Deshalb sei zu verlangen, daß nur die Handlungsgehilfen, die bis zu ihrem Eintritt ins Heer Familienangehörige unterstützt haben, wenn vor dem Kriege ein festes Anstellungsverhältnis bereits bestanden hat, wieder angestellt werden müssen. Den gleichen Anspruch haben alle übrigen ledigen Handlungsgehilfen, die das 30. Lebensjahr beim Friedensschluß überschritten haben und beim Eintritt in den Kriegsdienst mindestens ein Jahr hindurch bei ihrem letzten Arbeitgeber angestellt waren. Der Redner forderte ferner, daß bei der Auflösung des Kriegsheeres Rücksicht auf das Wirtschaftsleben zu nehmen ist. Grundsätzlich muß von der Heeresverwaltung verlangt werden, daß nach dem Friedensschluß keine Leute, die im Wirtschaftsleben dringend gebraucht werden, unnötig bei ihren Truppenteilen festgehalten werden, wie es anderseits unerwünscht wäre, Leute zu entlassen, für die keinerlei Arbeitsgelegenheit vorhanden ist. Auch die Kriegsversorgung bedarf dringend einer Regelung. Die Höhe der Hinterbliebenenrente müsse so gehalten sein, daß sie der sozialen und wirtschaftlichen Lage des Gefallenen entspricht. Ebenso verhält es sich mit den Renten der Kriegsbeschädigten, wenn die Erwerbsfähigkeit um mehr als 50 v. H. durch die Kriegsverletzung gemindert wurde.

Selbst wenn die vorerwähnte Forderung, daß die Handlungsgehilfen ihre früher innegehabte Stellung wieder einnehmen dürfen, Gesetz wird, wird es doch noch eine große Zahl Stellenloser geben, für die der Staat Mittel bereitstellen müsse, damit sie während der Stellenlosigkeit vor Not und Sorge nach Möglichkeit geschützt sind. Zur Deckung der während des Krieges entstandenen Schulden müsse der Staat ferner Darlehen zur Verfügung stellen. Der Redner äußerte sich dann noch zu der Frage der Bevölkerungspolitik und zu der Wohnungsfrage, die beide miteinander Hand in Hand gehen. Den kinderreichen Familien müsse man Erleichterungen verschaffen durch eine Wohnungsversicherung. Auch die militärische Vorbereitung der kaufmännischen Jugend sei von großer Bedeutung. Um auch die kaufmännische Jugend wehrfähig zu machen, sei die Fortführung der Sozialpolitik sehr wesentlich. Die Einführung der völligen Sonntagsruhe sei erforderlich, die Arbeitszeit in den Kontoren müsse gesetzlich geregelt werden usw. Die Gehaltsfrage erfordere schon jetzt die größte Aufmerksamkeit. Besonders während des Krieges ist eine Unmasse junger Mädchen dem Handelsgewerbe zugeführt worden. Die lohndrückende Wirkung, die mit der Frauenarbeit nun einmal verbunden ist, heischt gebieterisch, auf dem Posten zu sein, und die Handlungsgehilfen müßten sich selbst so berufstüchtig machen, daß sie imstande sind, der anflutenden Frauenarbeit Herr zu werden. Der Redner verbreitete sich dann noch über die nationale Stellung des D. H. V. Der Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen und fand aus der Versammlung heraus lebhafte Zustimmung.

Die Handlungsgehilfenwünsche für die Ueberleitung der Kriegs- in die Friedenswirtschaft sind in einer umfangreichen, an die deutschen Gesetzgeber gesandten Denkschrift „Wenn der Friede kommt“ zusammengestellt. Die Denkschrift ist zum Preise von 50 Pfg. durch die Buchhandlung des D. H. V., Holstenwall 4, zu beziehen.

Neues Pester Journal
11./X. 1916

11

15

## Budapester Handels- und Gewerbekammer.

— Plenarsitzung. —

Die Budapester Handels- und Gewerbekammer hielt heute unter dem Vorsitze des Präsidenten Geheimrath Leo Lánczy ihre ordentliche Plenarversammlung.

In seiner Eröffnungsrede bespricht Geheimrath Leo Lánczy das Vorgehen unseres jüngsten Feindes, Rumäniens und konstatirt, daß sich der neue Feind in seinen Berechnungen gründlich getäuscht habe. Wir führen einen Schlag nach dem anderen auf den untreuen Bundesgenossen, welcher vielleicht jetzt schon die für ihn so ergiebige Epoche der zweijährigen Neutralität zurücksehnt, da er mit förmlicher Diktatorenmacht die Bedingungen aufstellte, unter welchen er seine Waaren den Centralmächten zur Verfügung stellte. Rumänien hat uns dafür mit Vertragsbruch bezahlt, daß wir seinen wirthschaftlichen Aufschwung, den Ausbau seines Eisenbahnnetzes, die moderne und solide Entwicklung seines Kreditwesens förderten. Die wirthschaftliche Berührung vor dem Kriege beweist am besten, daß Rumänien auf uns angewiesen ist. Aus der österreichisch-ungarischen Monarchie hat es Waaren im Werthe von etwa 140 Millionen, aus dem Deutschen Reiche etwas mehr als 240 Millionen Lei importirt, dagegen zu uns um 95 Millionen, nach Deutschland um 42·5 Millionen Waaren exportirt. Die Freiheit des Seeweges nach Westeuropa ist eine Lebensfrage für Rumänien, und es ist ganz unverständlich, daß sich Rumänien jener Mächtegruppe angeschlossen hat, welche aus Konstantinopel für sich ein zweites Gibraltar schaffen will. Nachdem Redner des feigen und unerwarteten Einbruchs der Rumänen in Siebenbürgen, durch welchen soviel Leid und Elend heraufbeschworen worden, gedacht hatte, hebt er hervor, daß wir nicht nur auf den Schlachtfeldern, sondern auch auf dem Gebiete der Verpflegung Heimsuchungen ausgesetzt sind. Das System und das Funktioniren unserer Verpflegung bietet zweifellos ein trauriges Bild. Der Hauptgrund liegt in den beschränkten Vorräthen und dem gesteigerten Konsum. Bei richtigerer, zweckmäßigerer Organisation, sowie bei größerer Disziplin könnten die Verhältnisse noch immer gebessert werden. Jedenfalls ist es wünschenswerth, daß sich die Regierung in der Frage der Approvisionirung je eher zu entsprechenden Reformen entschließt, zu Reformen, in deren Rahmen die Geschäftskreise zu der ihnen gebührenden Rolle gelangen, wodurch auch die harmonische Kooperation der Verwaltungs-, Verkehrs- und Konsumkreise im Interesse des gemeinsamen Ziels gesichert würde.

Die Rede des Präsidenten wurde mit großem Beifall aufgenommen, worauf mehrere Anfragen an das Präsidium gerichtet wurden.

Kammermitglied Soma Boros ersucht nach eingehender Besprechung des Kleingeldmangels, eine dringende Eingabe im Interesse der Vermehrung des Kleingeldes an die Regierung zu richten. Präsident Leo Lánczy betont, daß die neuen Papier-Einkronennoten sich bereits unter Druck befinden und auch das Eisengeld schon in nächster Zeit eine erhebliche Vermehrung erfahren wird. Der Vorsitzende hofft, daß durch diese Maßnahmen entschiedene Abhilfe gegen den Kleingeldmangel getroffen sein wird.

Nach einer Anfrage des Kammermitglieds Krammer brachte das Kammermitglied Alexander Holzer die jüngst erfolgte Erhöhung des Post- und Telegraphentarifs zur Sprache und betont, daß durch dieselbe die kaufmännischen Interessen in empfindlicher Weise verletzt erscheinen. Der Ansicht des Interpellanten schlossen sich die Kammermitglieder Anton Székács, Ákos Zwack, Ludwig Herz und Leo Dán an. Nachdem der Vorsitzende betonte, daß wir diese Erhöhung bereits als eine Folge des Krieges betrachten müssen, welcher uns noch so manche Last aufbürden wird, wurde beschlossen, die Beschwerden der Kammermitglieder gegen den neuen Post- und Telegraphentermin zu sammeln und dann in einem an das Handelsministerium zu richtenden Memorandum zusammenzufassen.

Kammermitglied Soma Boros interpellirt hierauf wegen der immer zunehmenden Preissteigerung der Eier und verlangt Verfügungen der Kammer. Er fragt, ob die Zeitungsmeldung richtig sei, daß die Hauptstadt 150 Millionen Eier eingelegt, zu welchem Zweck dies geschehen, und ob es nicht richtiger wäre, dieselben in Verkehr zu bringen.

Kammermitglied Anton Székács erklärt die Nachricht für eine Uebertreibung. Er habe private Kenntniß davon, daß die Hauptstadt viereinhalb Millionen eingelegt habe, was einer Quantität von etwa 3000 Kisten entspreche. Außerdem habe eine große Firma etwa eine halbe Million Stück eingelegt. Da der eintägige Bedarf der Hauptstadt 350—450,000 Stück beträgt, könnte man diese Zahlen höchstens für viel zu gering erachten. Redner hält die Transportcertifikate als eine der Hauptursachen der Preissteigerung.

Diese Erklärung wurde, ohne daß die Kammer einen Beschluß gefaßt hätte, zur Kenntniß genommen.

Aus dem sodann verhandelten Präsidialbericht sind die folgenden Stellen erwähnenswerth:

Behufs Sicherung der durch den Krieg mit Rumänien gefährdeten ungarischen Vermögens- und sonstigen Interessen hat das Präsidium veranlaßt, eine Organisation ins Leben zu rufen, welche sich mit dem ganzen Komplex dieser Fragen befaßt und im Kammergebäude unterbracht worden ist. Ebenso wurde dem Sekretariat der Handels- und Gewerbekammer in Brassó im Kammergebäude ein provisorisches Heim angewiesen.

Den lang gehegten Wunsche der Kammer entsprechend, beabsichtigt die Regierung eine Centralstelle für öffentliche Approvisionirung zu errichten. Als in der Sitzung des Abgeordnetenhauses der Ackerbauminister diesen Entschluß der Regierung veröffentlichte, hat sich die Kammer beeilt, bei der Regierung den Antrag zu unterbreiten, an der Seite dieser Centralorganisation einen ständigen Fachsenat für öffentliche Approvisionirung zu errichten. Die jüngste Erklärung des Ministerpräsidenten in der Sitzung des Magnatenhauses berechtigt zur Hoffnung, daß bei der Lösung dieser Frage der berathenden Mitwirkung der Fachleute Raum gegeben werden wird.

Ueber Aufforderung des Handelsministers hat sich die Kammer mit der Petition des Landesvereines der ungarischen Kanditenhändler befaßt, welche dahin geht, daß bezüglich dieser Geschäftsbranche der Verkauf bis 1 Uhr Mitternacht gestattet werde. In der stattge-

Tägliche Rundschau
12./X. 1916

12
17

# Deutschlands Industrie.

„Die wirtschaftlichen Kräfte Deutschlands im Krieg" ist eine kleine, inhaltreiche Schrift benannt, welche von der Dresdner Bank herausgegeben und im Verlag von Georg Stilke, Berlin, erschienen ist. Dem auf einen kleinen Raum zusammengedrängten, interessanten Material entnehmen wir folgende Ausführungen über die Tätigkeit unserer Industrie seit Ausbruch des Krieges:

Die wichtigste materielle Grundlage der deutschen Industrie bilden die in großer Ausdehnung im Lande vorhandenen Eisenerz- und Kohlenlager. Die Kohlenlager sind mehr als doppelt so groß wie diejenigen Frankreichs und Englands, die Eisenerzlager, einschließlich derjenigen des zollverbundenen Luxemburg, dreimal so groß wie diejenigen Englands und ein Sechstel größer als diejenigen Frankreichs. Durch den Vormarsch der deutschen Truppen ist die ganze belgische, polnische und der größte Teil der französischen Eisen- und Kohlenindustrie zurzeit in unsere Hände gebracht und dadurch die wirtschaftliche Macht der Zentralmächte ebenso erhöht wie diejenige der Gegner geschwächt worden. Auch über reiche andere Bodenschätze verfügt Deutschland: es hat ein Weltmonopol in Kali und besitzt reiche Lager an anderen Salzen, Zink-, Blei- und Kupfererzen; von den Kupferbergwerken können während des Krieges auch solche bearbeitet werden, bei denen vorher infolge der niedrigeren Kupferpreise ein Betrieb unlohnend war.

Textilrohstoffe bringt Deutschland zwar wenig hervor, aber große, bei Kriegsausbruch vorhandene oder in Feindesland vorgefundene Vorräte decken auf lange Zeit hinaus den Bedarf der Heeresverwaltung, zumal in dem den Mittelmächten zur Verfügung stehenden Wirtschaftsgebiet Wolle und in Kleinasien Baumwolle erzeugt wird und eine Wiederverarbeitung bereits verbrauchter Stoffe durch die chemische Wissenschaft und Industrie ermöglicht ist. Diese haben sich als eine der wertvollsten wirtschaftlichen Stützen Deutschlands im Kriege bewährt. Zahlreiche Stoffe werden durch Regeneration dem Verbrauch wieder zugeführt, und durch die Herstellung von Ersatzstoffen im Inland wird auf manchen Gebieten die Einfuhr von Rohstoffen aus dem Ausland so weit als möglich entbehrlich gemacht; so z. B. ersetzt man Baumwolle durch die heimische Nessel, Jute durch die aus Holz gewonnene Cellulose, Kautschuk durch künstlichen Gummi, Chilesalpeter durch aus der Luft gewonnenen Stickstoff. Große Industrien sind so mitten im Kriege neu geschaffen worden, haben die deutsche Produktionskraft erhöht und Deutschland für manche seither aus dem Auslande bezogenen Produkte dauernd unabhängig gemacht. Auch die in Deutschland zu höchster Leistungsfähigkeit entwickelte pharmazeutische Industrie hat sich im Krieg besonders bewährt. Besteht auch an gewissen Rohstoffen kein Ueberfluß, so ist doch durch sparsamen Verbrauch und durch eine für die wichtigsten Rohstoffe unter staatlicher Mitwirkung geschaffene Organisation, die für systematische Ergänzung und zweckmäßige Verteilung der Vorräte sorgt, Vorsorge dafür getroffen, daß die Kriegführung auf keinem Gebiet durch Mangel an Rohstoffen leiden wird.

Auch die Unterbindung der Ausfuhr deutscher Fabrikate nach überseeischen Ländern kann Deutschlands wirtschaftliche Stellung nicht erschüttern. Der Absatz im eigenen Land, bei den Verbündeten und zahlreichen Neutralen, für die einzelne deutsche Waren unentbehrlich sind, kann nicht verhindert werden. Auch in Friedenszeiten lag der Rückhalt der deutschen Industrie auf dem heimischen Markt. Die gesamte industrielle Produktion Deutschlands war 1905 von amtlicher Seite auf 36 Milliarden Mark (23 Milliarden Mark unter Berücksichtigung der weiter verarbeiteten Produkte) berechnet worden; nach den neueren Schätzungen von Prof. Eulenburg betrug sie vor dem Krieg 54 bzw. 35 Milliarden Mark, und hiervon blieben fünf Sechstel im Inland, während nur ein Sechstel für ausländische Abnehmer bestimmt war.

Zu einer zahlenmäßigen Uebersicht der Produktion in den einzelnen Industrien reicht die Statistik schon in Friedenszeiten nicht aus; die Betriebsstatistik wird nur in mehrjährigen Zwischenräumen veröffentlicht, und eine Produktionsstatistik liegt vorläufig nur für eine beschränkte Zahl von Gewerbezweigen vor. Abgesehen von einigen Teilen der Montanindustrie fehlt es an jeder Unterlage zur zahlenmäßigen Darstellung der Produktion in den einzelnen Gewerbezweigen während des Krieges. Die Roheisenproduktion betrug Ende 1915 etwa zwei Drittel, die Steinkohlenförderung drei Viertel der entsprechenden in 1913, und die Förderung an Braunkohle in 1915 übertraf sogar diejenige von 1914 und 1913.

Deutschlands Kriegführung beruht durchaus auf seiner eigenen Industrie und ist im Gegensatz zu der seiner Gegner unabhängig von den Lieferungen an Kriegsbedarf von seiten Neutraler. Was die deutsche Industrie während des Krieges an Menge und Güte hervorbringt, haben unsere Feinde an allen Fronten erfahren; die Siege der deutschen Heere sind zugleich Siege der deutschen Industrie.

Reichspost
12./X. 1916

18

**Fürsorge für kriegsbetroffene Handwerker und Kleinkaufleute.** Der Wiener Stadtrat hat nach einem Antrage des Vizebürgermeisters Hierhammer folgende Beschlüsse gefaßt: Die Gemeinde Wien erklärt sich grundsätzlich bereit, sich an einer von der Regierung beabsichtigten, beziehungsweise an der vom niederösterreichischen Landesausschusse im Vereine mit anderen öffentlichen Körperschaften in Angriff genommenen Fürsorgetätigkeit für die kriegsbetroffenen Handwerker und Kleinkaufleute unter besonderer Berücksichtigung der von der militärischen Dienstleistung Zurückkehrenden in einer entsprechenden Weise unter der Voraussetzung zu beteiligen, daß auch von der Regierung Mittel in angemessener Höhe zur Verfügung gestellt werden, daß weiters der Gemeinde Wien bei der näheren Einrichtung und Durchführung ein der Höhe der von ihr beigesteuerten Mittel entsprechender Einfluß zugebilligt wird und daß über die Art der Unterstützungen, die Höhe derselben, den Kreis der in die Fürsorge einzubeziehenden Personen und alle anderen Einzelheiten ein Einvernehmen hergestellt wird. Die Gemeinde behält sich gegenständliche Beschlüsse über die Art ihrer Beteiligung an dieser Fürsorgetätigkeit, über die Höhe der von ihr zu widmenden Mittel, mag es sich um Schaffung eines Hilfsfonds für Darlehen oder bloß um die Uebernahme einer Haftung handeln, weiters auch über die Höhe ihrer Beiträge zum Zinsenzuschußfonds oder zum Versicherungsprämienfonds für den Zeitpunkt vor, bis die Regierung ihre Entschlüsse bezüglich der Einrichtung der Fürsorgetätigkeit und die Höhe ihrer eigenen Beteiligung bekanntgegeben hat.

Reichspost
12. IX. 1916

19

*** Selbsthilfe der Josefstädter Gewerbetreibenden.** Die Leitung der Ortsgruppe Wien 8 des Deutschösterreichischen Gewerbebundes (Obmann Gemeinderat Hans Rotter, Obmannstellvertreter Vizebürgermeister Josef Rain und Schriftführer Bezirksrat Franz Riedl) veröffentlicht einen Rechenschaftsbericht für das Jahr 1915/1916, aus welchem eine erhöhte, durch die Einwirkung des Weltkrieges auf den Gewerbestand bedingte Wirksamkeit ersichtlich ist. So veranlaßte die traurige Lage des Kleingewerbestandes die Ortsgruppenleitung, eine Hilfsaktion für die Eingerückten, beziehungsweise deren Frauen einzuleiten; es gelang, in der kurzen Zeit vom Februar bis Juni 1916 die Summe von 2820 Kronen aufzubringen, von denen im Berichtsjahre 2665 Kronen an 52 Gewerbetreibende (oder deren Frauen), welche einschließlich ihrer Familienangehörigen 220 Personen umfassen, in Beträgen von 50 bis 100 Kronen zur Verteilung gelangten. Nach Berufsgruppen gliedern sich die Zuwendungen wie folgt: 15 Schneider 12 Schuhmacher, 5 Friseure, 5 Tischler, 3 Tapezierer, 1 Gastwirtin, 1 Kürschner, 1 Zimmermaler, 1 Glaser, 1 Milchhändlerin, 1 Schlosser, 1 Lederwarenerzeuger, 1 Spengler, 1 Messerschmied, 3 Verschiedene. — Eine weitere Aktion unternahm der Ausschuß zugunsten jener eingerückten Gewerbetreibenden, welchen infolge ihrer Mittellosigkeit Schwierigkeiten bei Unterbringung ihrer Möbel, Werkzeuge usw. erwuchsen. Dieselbe war von Erfolg gekrönt (Schreiben an den Bürgermeister 15. Mai 1916, Antwort 2. Juni 1916). — Der Tendenz der Steuerbehörden, den Gewerbetreibenden auf Grund des Umsatzes im Kriegsjahre die Steuern nach dem alten Schlüssel vorzuschreiben, was eine große und zum großen Teil ungerechtfertigte Mehrbelastung des Gewerbestandes bedeutet hätte, wurde durch eine diesbezügliche Eingabe entgegengetreten (15. Juli 1916). Auf das Anwachsen der von galizischen Flüchtlingen betriebenen Geschäfte wurde in einer Eingabe an den Bürgermeister aufmerksam gemacht (22. Juli 1916). In 6 Versammlungen wurden die Gewerbetreibenden über aktuelle Tagesfragen unterrichtet und in 9 Ausschußsitzungen die gewerblichen Interessen wahrgenommen und innere Angelegenheiten geordnet.

Neues Pester Journal
14./X. 1916
20

* **Die „Wiener Werkstätte" in Budapest.** In ihren Anfängen war die „Wiener Werkstätte" eine künstlerische Vereinigung, die es sich zur Aufgabe gemacht hatte, die Gebrauchs- und Ziergegenstände des Alltags der Wiener verfeinerten Lokalartistik entsprechend auszugestalten, um hiedurch den kunstgewerblichen Massenimport zu verdrängen. Im Anfang war es auch so. Die Erzeugnisse der „Wiener Werkstätte" waren sehenswerth und preiswürdig. Zumeist Originalentwürfe, tadellos ausgeführt. Nun begann aber die Vereinigung mit allerhand Schwierigkeiten zu kämpfen, die vor nicht allzu langer Zeit in eine Krise ausarteten. Aus dieser ging die Vereinigung als „Gesellschaft mit beschränkter Haftung" hervor, der jedoch der gute künstlerische Ruf der alten „Wiener Werkstätte" blos als Flagge diente; die neue Tendenz aber neigte mehr zum Geschäftlichen. In diesem Stadium ihres Werdeganges hat nun die „Wiener Werkstätte" auch Budapest mit einem Besuche beehrt und eröffnet morgen in einem Hotel auf dem Donauquai ihre Modeschau mit einem Entrée von 10 Kronen. Den Vertretern der Presse wurden die schlanken Mannequins mit den Wiener Kreationen schon heute vorgeführt. Und es muß freimüthig konstatirt werden, daß manche der Kostüme und Seidenkleider wirklich nett sind. Es soll auch Niemand davon abgehalten werden, für den Besuch die Bagatelle von 10 Kronen zu riskiren. Wenigstens wird ihm für dieses Schulgeld die Belehrung, daß so ein „Tuchkostümerl" mit „Huterl" und „Bluserl", das in der „Wiener Werkstätte" für etwa 1500 Kronen gefriemt werden kann, bei uns genau so schön, nur unvergleichlich billiger zu beschaffen ist. Diese Erkenntniß ist doch die zehn Kronen werth. Schon die Ausstellung der Liga gegen den Luxus hat es gezeigt, daß wir wegen eines eleganten Kleides nicht in die Nachbarschaft zu gehen brauchen; wirkliche Kennerinen unter unseren Damen wissen dies schon seit jeher. Namentlich jetzt tangirt es die patriotische Moral in unleugbarer Weise, das Geld in die Fremde zu tragen. Wenn Einem hiebei Ersparnisse oder Vortheile ästhetischer Art winken würden, könnte man immerhin noch ein Auge zudrücken. Doch in diesem Falle sahen wir weder Billigeres noch Schöneres. Denn, wie paradox es auch klingen mag, gerade während des Krieges hat sich in Budapest die Kultur der Damenkleidung in hohem Maße entwickelt. Erstens hat sich eine neue Schichte finanziell Erstarkter mit gesteigerten Ansprüchen auf dieses Gebiet geworfen, zweitens waren wir, vom Auslande abgeschnitten, auf unsere eigene Erfindungsgabe angewiesen, die sich künstlerisch in vielversprechender Weise äußerte. Und wenn schon Putz gemacht wird, warum sollen es nicht ungarische Hände sein, die in diesen bitterbösen Zeiten ihre Vortheile daraus ziehen ... Was die „Wiener Werkstätte" sonst noch mitgebracht hat? Etwas Ledertaschen, gestrickte Leibchen und bunte Shawls für Männer, aus Wolle im Preise von 35, aus Kunstseide im Preise von 70 Kronen. Um ihre marktschreierische Tönung zu entschulden, werden diese Kragenschoner als Sportshawls hingestellt. Wenn wir irgend einem winterlichen Semmeringsportgigerl, das so einen Shawl an hat, begegnen, weichen wir ihm sicherlich in weitem Bogen aus. Aber es ist ja immerhin möglich, daß wir uns auf elegante Sportshawlmoden auf Wien und Werkstätte nicht verstehen ...

Der Abend
16./X. 1916

II
16
22

# Falschmeldung.

Der Staat verlangt von seinen Bürgern volle Wahrheit und bestraft unwahre Angaben, sei es auch nur auf einem Meldezettel, als Betrug. Dagegen ist selbstverständlich nicht das geringste einzuwenden; man muß im Gegenteil bedauern, daß dieser Grundsatz nur für den Verkehr mit dem Staate und nicht auch für den Verkehr der Staatsbürger untereinander gilt; es wäre weniger gelogen und betrogen worden. Man darf mit Recht neugierig sein, ob die zur Wahrung des Gesetzes berufenen Behörden diesen Standpunkt auch der Industrie gegenüber einnehmen werden. Es besteht kein Zweifel, daß hier bewußt unwahre Angaben gemacht werden, um die Zustimmung der Staatsgewalten zu Preiserhöhungen zu erwirken. Diese unwahren Angaben sind förmlich schon in ein System gebracht worden: Schwierigkeiten der Beschaffung und teure Preise der Rohstoffe, häufig auch völliger Mangel, dasselbe bezüglich der Arbeitskräfte. Daß diese Behauptungen in vielen, wenn nicht in den meisten Fällen unwahr sind, zeigen die Rechnungsabschlüsse der Aktiengesellschaften. Dieselben Unternehmungen, die in den Verhandlungen mit den Behörden gar nicht genug jammern können, weisen die nun schon sattsam bekannten unerhörten Gewinne aus, und untersucht man die Quellen dieser Profite, so zeigt sich genau das Gegenteil dessen, was früher vorgeschützt wurde. Wir halten dies zumindest für einen ebenso strafwürdigen Betrug am Staate, als wenn sich jemand in einem Meldezettel „verheiratet" nennt, obwohl er in Wirklichkeit nur in Gewissensehe lebt. Sicherlich wird man auch zugeben müssen, daß die Allgemeinheit dadurch schwerer geschädigt wird. Leider zeigt sich der Staat hier außerordentlich geduldig; man hat von Anklagen aus diesen Rechtsgründen noch nichts gehört.

Nach Unterlagen für solche Anklagen brauchte man nicht lange zu suchen; man findet sie in reichster Fülle in unserer Abteilung: Denen der Krieg gut anschlägt. Von fachkundiger Seite werden wir auf einen besonders bezeichnenden Fall aufmerksam gemacht, der ein überaus interessanten Beitrag zu den Aufsätzen über „Preistreiber und ihre Ziele" im „Abend" vom 9. und 10. d. M. ist: in einem Geschäftszweige, der auch sonst der Tummelplatz wilder Preistreiberei unter Vorwänden der eben geschilderten Art ist: in der Papierindustrie. Die Aktiengesellschaft „Leykam-Josephsthal" hat im Frühjahr dieses Jahres den Nennwert ihrer Aktien von 400 auf 250 Kronen herabgesetzt, um Verluste abzuschreiben, hauptsächlich bei ihrer Fabrik in dem heißumstrittenen Podgora. Da das Aktienkapital zwanzig Millionen beträgt, entspricht die Abstempelung einem Verluste von siebeneinhalb Millionen. Was soll man nun dazu sagen, daß die Aktien, die zurzeit der Abstempelung unter 250 Kronen gesunken waren, jetzt schon wieder ganz nahe dem früheren Nennwert von 400 Kronen stehen? Sie werden von Leuten, die der Bank (Wiener Bankverein) nahestehen, noch immer zum Kauf empfohlen. Es muß sohin angenommen werden, daß die Erzeugung in diesem Jahre, oder sie und die Verwertung von Lagerständen 150 Kronen für jede Aktie gebracht hat. Wem es bekannt ist, unter welchen Behauptungen Papierfabriken, darunter auch große Aktiengesellschaften, deren Gebarung von ersten Banken bestimmt wird, die fortgesetzten Preiserhöhungen begründen, der wird zugeben müssen, daß die Bezeichnung dieses Vorgehens als Falschmeldung keineswegs zu hart ist und daß nur die strengste Sühne dem öffentlichen Rechtsbewußtsein genügen würde.

* *

Vgl. auch in dieser Nummer, vierte Seite, „Denen der Krieg gut anschlägt, die notleidende Papierindustrie".

Neue Freie Presse
16/X. 1916

16
23

[Fürsorge für kriegsbetroffene Handwerker und Kleinkaufleute.] Der Stadtrat hat folgende Beschlüsse gefaßt: Die Gemeinde Wien erklärt sich grundsätzlich bereit, sich an einer von der Regierung beabsichtigten, beziehungsweise an der vom niederösterreichischen Landesausschusse im Vereine mit anderen öffentlichen Körperschaften in Angriff genommenen Fürsorgetätigkeit für die kriegsbetroffenen Handwerker und Kleinkaufleute unter besonderer Berücksichtigung der von der militärischen Dienstleistung Zurückkehrenden in einer entsprechenden Weise unter der Voraussetzung zu beteiligen, daß auch seitens der Regierung Mittel in angemessener Höhe hiefür zur Verfügung gestellt werden, daß weiter der Gemeinde Wien bei der näheren Einrichtung und Durchführung derselben ein der Höhe der von ihr beigesteuerten Mittel entsprechender Einfluß zugebilligt wird und daß über die Art der Unterstützungen, die Höhe derselben, den Kreis der in die Fürsorge einzubeziehenden Personen und alle anderen Einzelheiten, die Einvernehmen hergestellt wird. Die Gemeinde Wien behält sich gegenständliche Beschlüsse über die Art ihrer Beteiligung an dieser Fürsorgetätigkeit, über die Höhe der von ihr zu widmenden Mittel, mag es sich um Schaffung eines Hilfsfonds für Darlehen oder bloß um die Uebernahme einer Haftung handeln, weiter auch über die Höhe ihrer Beiträge zum Zinsenzuschuß-Fonds oder zum Versicherungsprämienfonds für den Zeitpunkt vor, bis die Regierung ihre Entschlüsse bezüglich der Einrichtung der Fürsorgetätigkeit und die Höhe ihrer eigenen Beteiligung bekanntgegeben hat.

Die Zeit
17./X. 1916

24

# Die Rohstoffversorgung nach dem Kriege

## Anträge der Brünner Handelskammer.

Aus Brünn wird uns gemeldet:

Auf Grund eingehender Beratungen im Schoße der Kammer und in zahlreichen Interessentenversammlungen hat die Brünner Kammer nach einem Referat des Kammersekretärs Regierungsrates Dr. Robert Mayer dem Handelsministerium folgende Anträge unterbreitet:

Gemäß den wiederholten Anträgen der Brünner Handels- und Gewerbekammer erscheint eine Erklärung der k. k. Regierung als dringend notwendig, wonach die im Ausland gekauften und bezahlten Rohstoffe ihrem inländischen Eigner (gewerblichen Verarbeiter oder Händler) nach Friedensschluß zur Verwertung im Inland allenfalls unter den vom k. k. Handelsministerium bekanntzugebenden Beschränkungen freigegeben werden.

Die Betätigung unserer Industrie wie unseres Handels im Ankauf von Rohstoffen im Ausland ist im allgemeinen wirtschaftlichen Interesse vor allem durch Festsetzung der Bedingungen für die seinerzeitige Verwertung dieser Rohstoffe zu unterstützen. Die Kammer geht hierbei von der Anschauung aus, daß die von der k. k. Regierung geschaffenen industriellen Zentralen schon aus dem Grunde zum Einkauf von Rohmaterialien im Ausland im großen Stil nicht als geeignet erscheinen, da sie allein das große Wagnis derartiger Geschäfte tragen müßten, während im Deutschen Reiche der Staatsschatz das ganze Risiko oder zumindest einen namhaften Teil auf sich nimmt.

Zur Vermeidung übermäßiger, den Interessen unserer Allgemeinwirtschaft nicht entsprechender Importe nach Friedensschluß, ferner zur Erzielung einer möglichst gleichmäßigen Beschäftigung unserer Gewerbebetriebe und der Arbeiterschaft, endlich zum Zwecke der tunlichsten Erhaltung der Wertbeständigkeit unserer Valuta empfehlen sich rechtzeitige Maßnahmen der k. k. Regierung. Hierzu gehört in erster Linie die Schaffung einer Zentralstelle für Uebergangswirtschaft, deren Aufgabe es wäre, alle Vorarbeiten insbesondere statistischer und organisatorischer Natur durchzuführen. Als geeigneter Weg zur zweckmäßigen Regelung unserer Einfuhr in der Zeit des Ueberganges von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft erscheint die Fortführung der Devisenzentrale, die allein ermächtigt wäre, Valuten zur Begleichung von Einfuhrgütern zur Verfügung zu stellen. Unumgängliche Voraussetzung für alle Maßregeln auf diesem Gebiete ist ein gleichartiges, in festen Formen zu regelndes Vorgehen der ungarischen Regierung sowie das Einvernehmen mit der Militärverwaltung, deren Bedarf an Sachgütern aller Art auch in der Uebergangszeit nicht unterschätzt werden darf. Der Zentrale für Uebergangswirtschaft wäre ein Beirat aus Vertretern von Industrie, Handel und Gewerbe zur Beurteilung der wirtschaftlichen Ersprießlichkeiten der einzelnen Importe, sowie eine Verkehrszentrale anzugliedern, der die Entscheidung über die Bereitstellung von Schiffsraum zur Verfrachtung für Einfuhrzwecke obliegt. Die Devisenzentrale wäre ermächtigt, von der Abgabe von Valuten solche Firmen auszuschließen, die durch selbständige Valutaoperationen auf den Auslandsmärkten zum Nachteil unseres Geldwesens vorgehen.

Die Zeit
18. IX. 1916

26

**Kriegshilfsaktion für die heimkehrenden Handels- und Gewerbetreibenden.**

Aus Salzburg wird berichtet: Unter dem Vorsitz des Präsidenten Abg. Dr. Artur Stölzel fand eine Sitzung des Vollzugsausschusses des Gewerbeförderungsinstituts Salzburg statt, in der der Institutsleiter Abg. Anton Hueber über die von den österreichischen Gewerbeförderungsinstituten eingeleitete Kriegshilfsaktion für die heimkehrenden gewerbe- und handeltreibenden Krieger berichtete. Unter Führung des niederösterreichischen Landesausschusses und des mährischen Landesgewerberates wurde dem Ministerpräsidenten und den ressortmäßig in Betracht kommenden Ministerien eine begründete Bittschrift überreicht, in der die kräftigste finanzielle Unterstützung des Staates angesprochen wurde. Die Unterstützungen sollen einvernehmlich mit den Lokalfaktoren in Form von niedrig verzinslichen in zehn und fünfzehn Jahresraten rückzahlbaren Darlehen im Höchstbetrag von 4000 Kronen für den einzelnen würdigen Bewerber bewilligt werden.

Neues Pester Journal 27

19./X. 1916

‡ (Neuerungen im Gewerbegesetz.) Die Regierung hat eine Verordnung erlassen, in der Personen, die Militärdienst im Kriege leisten, gewisse Begünstigungen gegenüber den Bestimmungen des Gewerbegesetzes gewährt werden. So kann Jeder, dessen Arbeitsfähigkeit durch eine im Kriege im Militärdienst oder in einer diesem gleich zu achtenden Lage erlittenen Verletzung oder erworbenen Krankheit derart vermindert wurde, daß er seine frühere Beschäftigung ohne Gefährdung des Lebens oder der Gesundheit nicht fortsetzen kann, eine Gewerbelizenz zur selbstständigen Ausübung eines an den Befähigungsnachweis gebundenen Gewerbes erhalten, wenn er nachweist, daß er die durch den Handelsminister festzustellende Fachbildung erlangt hat. Jeder, der im Kriege mindestens drei Monate hindurch Militärdienst geleistet oder sich in einer diesem gleichkommenden Lage befunden hat, kann eine Gewerbelizenz zur Ausübung des an Befähigung gebundenen Gewerbezweiges, in dem er vor seinem Einrücken thätig war, erhalten, wenn er eine staatliche Gewerbeschule absolvirt, nach seiner Lehrlingszeit mindestens ein Jahr lang als Gehilfe gearbeitet hat oder nachweist, daß er in einer Fabrik oder Werkstätte mindestens zwei Jahre hindurch als Gehilfe thätig war. Im Kriege Verwundete oder Erkrankte können diese Begünstigung auch dann beanspruchen, wenn ihr Militärdienst nicht drei Monate lang gedauert hat. Für die erwähnten Personen kann der Handelsminister auch für die Ausübung des Hausiergewerbes Erleichterungen feststellen. Als Militärdienst leistende Personen gelten im Sinne dieser Verordnung die aktiven Mitglieder des gemeinsamen Heeres, der Kriegsmarine, der Honvéd und des Landsturms, das Personal der Gendarmerie, der Finanzwache und des Staatsforstdienstes, die zum Landsturm gehören oder Grenzschutzdienst leisten, alle Personen, die zu Kriegszwecken dienenden Arbeiten verwendet werden. Für Alle, die durch ihren Militärdienst gehindert werden, ihr Geschäft zu führen, ruhen die für das Erlöschen ihrer Lizenzen bestimmten Fristen.

Tägliche Rundschau
21./X. 1916

28

* **Das Oberkommando gegen den 7-Uhr-Ladenschluß.** Die Handlungsgehilfenverbände hatten, wie wir bereits meldeten, kürzlich an das Oberkommando in den Marken das Ersuchen gerichtet, den 7-Uhr-Ladenschluß für Ladengeschäfte anzuordnen. Auf eine Eingabe des Vereins der Textildetaillisten Groß-Berlins, in der die Bitte ausgesprochen wurde, von einer solchen Maßnahme abzusehen, hat das Oberkommando einen Bescheid erteilt, in dem es die Beibehaltung der jetzigen Verkaufszeit sowohl für die Verbraucher als auch für die Geschäftsinhaber dringend geboten bezeichnet. „Bei der Schwierigkeit, sich mit Lebensmitteln zu versorgen, bei der Zeitversäumnis, die die Einholung von Milch, Fleisch, Butter, Eiern, Kartoffeln, oft auch von Brot, Salz und Zucker mit sich bringt, käme es auf jede Stunde an, in der etwas besorgt werden kann. Die Läden sind gerade in den Abendstunden bis 8 Uhr und insbesondere Sonnabends bis 9 Uhr erfahrungsgemäß am stärksten besucht. Dies gilt auch nicht nur für die Lebensmittelgeschäfte, sondern auch für andere Läden. Ein großer Teil der Bevölkerung, namentlich auch die weibliche Bevölkerung, ist infolge des Krieges derartig gewerblich beschäftigt, daß die Möglichkeit des Einkaufens sich auf die Abendstunden beschränkt. Eine Einschränkung der Verkaufszeit würde daher bei Käufern und Verkäufern mit Recht die größte Unzufriedenheit hervorrufen. Ganze Berufsklassen, denen nur die Abendstunden für Besorgungen zur Verfügung stehen, verlören die Möglichkeit, sich in den Läden zu versorgen. Ueberdies würde die Einführung des 7-Uhr-Ladenschlusses im Widerspruch stehen mit der Anordnung des Berliner Magistrats vom 1. August 1916, nach der offene Verkaufsstellen für Nahrungs- und Lebensmittel an den Werktagen in den Abendstunden von 6 bis 8 Uhr oder, sofern ein längeres Offenhalten zugelassen ist, auch innerhalb dieser Zeit für den geschäftlichen Verkehr nicht geschlossen werden dürfen."

Neues Pester Journal
22./X. 1916
29

(**Maximalpreise für Industrieartikel.**) Der Bund Ungarischer Fabriksindustrieller hielt gestern Nachmittag unter dem Vorsitz Dr. Franz Chorin's eine Direktionssitzung, in welcher zunächst die in gewissen Kreisen eingeleitete Aktion zu Gunsten einer Feststellung der Höchstpreise für Industrieartikel zur Erörterung kam. Nachdem Roland v. Hegedüs, Béla Surányi, Franz Chorin, Paul v. Biró, Manfred v. Weiß und Gustav Gratz zur Frage gesprochen hatten, faßte der Präsident den Standpunkt der Direktion dahin zusammen, daß der Bund gegen eine in billiger Form erfolgende Feststellung von Maximalpreisen für Industrieartikel, sofern die Regierung sich dazu entschließt, keine Einwendung erhebt, und daß er der Verwirklichung einer solchen Maßregel nicht nur keinerlei Schwierigkeiten in den Weg legen, sondern auch seinerseits dahin trachten würde, daß die in Aussicht genommenen Maßregeln zum Ziele führen. Es sei jedoch zu berücksichtigen, daß solche Maßregeln vielen in den Verhältnissen wurzelnden praktischen Schwierigkeiten begegnen, so daß es eine Illusion wäre, von ihnen eine vollständige und radikale Besserung der Lage zu erhoffen. Abgesehen davon, daß bei einzelnen Industrieartikeln in Folge der Vielfältigkeit der Arten und Qualitäten eine Feststellung von Höchstpreisen kaum durchführbar ist, muß auch vor Augen gehalten werden, daß gerade die während des Krieges gemachten Erfahrungen den Beweis dafür geliefert haben, daß die Bestimmung von Höchstpreisen allein, wenn sie nicht durch Verfügungen bezüglich der Requirirung und Auftheilung der Waaren ergänzt werden, niemals den gewünschten Erfolg hatte, sondern im Gegentheil zu einem Verschwinden der Waare vom Markte führte. Die Requirirung und Auftheilung einzelner Industrieartikel aber würde die Bildung ungeheurer Organisationen nothwendig machen. Dazu kommt, daß gerade jene industriellen Bedarfsartikel, deren Preisbildung die Bewegung für eine Preismaximirung hervorgerufen haben, zum überwiegenden Theil, in einzelnen Artikeln sogar ausschließlich ausländischen Ursprungs sind; die Ausdehnung der Höchstpreise auf die ausländischen Waaren würde nur dazu führen, daß die Waareneinfuhr überhaupt aufhört und der Waarenmangel sich noch ärger fühlbar macht. Endlich müsse berücksichtigt werden, daß bei der Feststellung der Höchstpreise einzelner Industriezweige auch all jene Artikel, welche bei der Erzeugung der betreffenden Waare verwendet werden, ebenfalls maximirt werden müssen. — Die Sitzung beschäftigte sich sodann mit der Frage der Rohstoffbeschaffung nach dem Krieg. Die Direktion nahm den Standpunkt ein, daß diese Aufgabe, sofern die Regierung nach Abschluß des Krieges die Einfuhr im Staatsinteresse beschränken wollen sollte, nur im Wege der betreffenden industriellen und kommerziellen Interessenten erfolgreich abgewickelt werden kann, nicht aber im Wege einer speziell für diesen Zweck geschaffenen allgemeinen Organisation.

Pester Lloyd
22./X. 1916

30

(Kriegswirtschaftliche Fragen im Bund der Fabriksindustriellen.) Der Bund Ungarischer Fabriksindustriellen hielt gestern unter dem Vorsitze Dr. Franz Chorins eine Direktionssitzung, in welcher zunächst die in gewissen Kreisen eingeleitete Aktion zugunsten einer Feststellung von Höchstpreise für Industrieartikel zur Erörterung kam. Nachdem Roland v. Hegedüs, Béla Surányi, Franz Chorin jun., Paul Bíró, Manfred v. Weiß und Gustav Gratz zur Frage gesprochen hatten, faßte Präsident Franz Chorin den Standpunkt der Direktion dahin zusammen, daß der Bund gegen eine in billiger Form erfolgende Feststellung von Höchstpreisen für Industrieartikel, sofern die Regierung sich dazu entschließt, keine Einwendung erhebt, und daß er der Verwirklichung einer solchen Maßregel nicht nur keinerlei Schwierigkeiten in den Weg legen, sondern auch seinerseits trachten würde, daß die in Aussicht genommenen Maßregeln zum Ziele führen. Es sei jedoch zu berücksichtigen, daß solche Maßregeln vielen in den Verhältnissen wurzelnden praktischen Schwierigkeiten begegnen, so daß es eine Illusion wäre, von ihnen eine vollständige und radikale Besserung der Lage zu erhoffen. Abgesehen davon, daß bei einzelnen Industrieartikeln infolge der Vielfältigkeit der Arten und Qualitäten eine Feststellung von Höchstpreisen kaum durchführbar ist, muß auch vor Augen gehalten werden, daß gerade die während des Krieges gemachten Erfahrungen den Beweis geliefert haben, daß die Bestimmung von Höchstpreisen allein, wenn sie nicht durch Verfügungen bezüglich der Requirierung und Aufteilung der Waren ergänzt wird, niemals den gewünschten Erfolg hatte, sondern im Gegenteil, zu einem Verschwinden der Ware vom Markte führte; die Requirierung und Aufteilung einzelner Industrieartikel aber würde die Bildung ungeheurer Organisationen notwendig machen. Dazu kommt, daß gerade jene industriellen Bedarfsartikel, deren Preisbildung die Bewegung für eine Preismaximierung hervorgerufen hat, zum überwiegenden Teil, in einzelnen Artikeln sogar ausschließlich, ausländischen Ursprungs sind; die Ausdehnung der Höchstpreise auf die ausländischen Waren würde nur dazu führen, daß die Wareneinfuhr aufhört und der Warenmangel sich noch ärger fühlbar macht. Endlich müsse berücksichtigt werden, daß bei der Feststellung der Höchstpreise einzelne Industriezweige all jene Artikel, die bei der Erzeugung der betreffenden Ware verwendet werden, ebenfalls maximiert werden müssen. — Nach einigen Bemerkungen des Vizepräsidenten Hegedüs, sowie der Mitglieder Alexander Wolf und Alfred Schwartz über die Vollzugsverordnung zu dem Gesetz betreffend die Besteuerung der Aktiengesellschaften, kam die Frage der Kriegsschäden der siebenbürgischen Industrieunternehmungen zur Sprache, zu welcher Roland v. Hegedüs, Gustav Gratz, Franz Chorin jun., Baron Moritz Kornfeld und Präsident Franz Chorin das Wort ergriffen. Im Laufe der Erörterung wurde festgestellt, daß für die Ersetzung der Kriegsschäden bloß der G.-A. XLVIII:1912 über die Kriegsleistungen eine gewisse gesetzliche Grundlage schafft, sofern es sich um Schäden handelt, die durch unsere eigene Wehrmacht hervorgerufen wurden. Die Direktion ist davon überzeugt, daß die Bestimmungen dieses Gesetzes naturgemäß auch auf die von den verbündeten Truppen verursachten Kriegsschäden Geltung haben. Sie würde es jedoch für wünschenswert halten, wenn dies in einem besonderen Gesetz auch expressis verbis ausgesprochen würde und wenn gleichzeitig auch jenes Vorgehen eingehend umschrieben würde, das bei der Feststellung und Ersetzung solcher Schaden zu befolgen ist. Was die von den feindlichen Truppen verursachten Schäden betrifft, so würde es der Bund für ein schweres Unrecht halten, wenn jene Opfer, die der für die ganze Nation geführte Krieg in Form von Kriegsschäden mit sich gebracht hat, nur von einem Teil der Nation, von der Grenzbevölkerung getragen werden müßten. Nachdem die meisten kriegführenden modernen Staaten in den im letzten halben Jahrhundert stattgefundenen Kriegen den Standpunkt der vollen Entschädigung eingenommen haben, und nachdem Deutschland und Frankreich schon während des gegenwärtigen Krieges Gesetze über die Ersetzung der Kriegsschäden geschaffen, beziehungsweise vorbereitet haben, hält es die Direktion für zweifellos, daß auch der ungarische Staat sich dieser Verpflichtung nicht wird verschließen können. In dieser Frage wird die Direktion die beteiligten siebenbürgischen Industrieunternehmungen demnächst zu einer besonderen Konferenz einberufen. Die Sitzung beschäftigte sich sodann eingehend mit der Frage der Rohstoffbeschaffung nach dem Krieg, zu welcher Gustav Gratz, Béla Rechnitz, Manfred v. Weiß und Béla Surányi das Wort ergriffen. Die Direktion nahm den Standpunkt ein, daß diese Aufgabe, sofern die Regierung die Absicht hätte, die Einfuhr nach Abschluß des Krieges im Staatsinteresse zu beschränken, nur im Wege der betreffenden industriellen und kommerziellen Interessenten erfolgreich abgewickelt werden kann, nicht aber im Wege einer speziell für diesen Zweck geschaffenen allgemeinen Organisation. Im Laufe der Debatte wurde auch davon gesprochen, ob es nicht zweckmäßig wäre, wenn nach dem Muster des Deutschen Reiches auch bei uns ein eigenes Regierungsamt geschaffen würde, das die mit der Demobilisierung und mit dem Uebergang auf den Friedenszustand überhaupt zusammenhängenden wirtschaftlichen Fragen entsprechend vorzubereiten hätte, damit jene Stockungen, die in der ersten Zeit des Krieges vorgefallen sind und mit deren Möglichkeit auch bei dem Uebergang auf den Friedenszustand gerechnet werden muß, womöglich vermieden werden. Schließlich beschäftigte sich die Direktion mit den verschiedenen Vorschlägen zur Erhöhung der im Arbeiterversicherungsgesetz festgestellten Lohngrenze und sprach aus, daß sie diese Erhöhung unter den gegenwärtigen Verhältnissen, obgleich sie mit einer Belastung der Arbeitgeber verbunden ist, für gerechtfertigt hält. Die Direktion hält es jedoch für notwendig, daß die Erhöhung der Lohngrenze zeitlich beschränkt werde und in dem Falle, wenn binnen zwei Jahren keine allgemeine Revision des Arbeiterversicherungsgesetzes vorgenommen wird, automatisch wieder außer Kraft trete.

Neue Freie Presse
24./X 1916



# Weiße englische Listen.

Berlin, 23. Oktober.

Das Wolffsche Bureau meldet:

Die englische Regierung veröffentlicht nicht nur schwarze und graue, sondern auch weiße Listen. Diese enthalten die Namen derjenigen Personen und Firmen, an welche von englischer Seite Waren konsigniert werden dürfen. In Anlehnung an die britischen Listen hat auch Australien weiße Listen für China, Siam und Liberia herausgegeben.

Ergänzt werden aber die schwarzen Listen Englands nicht nur durch die grauen und weißen Listen, sondern vor allem durch eine sogenannte Geheimliste, wie sie jetzt für den Handel in Europa eingeführt wird. Augenscheinlich ist diese Geheimliste auf die Schwierigkeiten zurückzuführen, die sich für England aus dem Proteste der neutralen Länder wegen der schwarzen Liste ergeben haben. Die Namen von Firmen oder Personen, welche auf dieser Geheimliste vorkommen, werden nicht veröffentlicht, sind aber in den englischen Kontrollstationen zur Beaufsichtigung des Schiffahrts- und Exportverkehrs bekannt, damit Waren von solchen Firmen nicht weiter befördert werden. Wenn England Waren von Firmen, die in der Geheimliste verzeichnet sind, an die Empfänger nicht durchlassen will, müssen diese in englischen Häfen gelöscht werden und können, wenn der Absender auf die Zurücknahme verzichtet, von englischen Handelshäusern erworben werden. Verzichtet der Absender nicht oder ist die Einfuhr jener Waren in England unerwünscht, so dürfen jedenfalls diese Waren nicht nach neutralen Ländern versandt werden. Durch eine solche Geheimliste erhält England die Möglichkeit, den Protesten der Neutralen dem Schein nach entgegenzukommen, während an der Sache selbst nichts geändert wird.

Pester Lloyd
25./X. 1916



# Eine Unterredung über wirtschaftliche Fragen in Sophia.

## — Was braucht Bulgarien und was kann es liefern? —

(Von unserem G. H.-Spezialberichterstatter.)

Sophia, 21. Oktober.

Unser auf den bulgarischen Kriegsschauplatz entsendeter Spezialberichterstatter hatte Gelegenheit mit einer leitenden Persönlichkeit des kommerziellen Lebens in Sophia über die aktuellsten Wirtschaftsfragen, namentlich aus dem Gesichtspunkte Bulgariens und der Monarchie, zu sprechen. Nach Berührung der speziellen Wirtschaftsfragen Bulgariens drehte sich die Konversation um die Frage, was Ungarn und Oesterreich zu tun haben, damit sie bei dem deutschen Wettbewerb nicht zurückbleiben.

— Meine erste Frage bezieht sich auf die Versorgung Bulgariens. Wie haben sich die nach dieser Richtung getroffenen neuen Verfügungen bewährt?

— Bekanntlich — lautete die Antwort — ist in Sophia ein neues „staatliches Fürsorgekomitee" tätig, das seine letzte Sitzung am 29. September gehalten hat. Die in dieser Sitzung erbrachten Beschlüsse hat der Ministerrat am 2. d. bestätigt, worauf sie am folgenden Tage als Verordnungen im Amtsblatt veröffentlicht wurden. Das neue Komitee hat die Getreiderequisition bis auf weiteres eingestellt. Es schließt unmittelbar Verträge mit den Kaufleuten, die ohnehin an die festgestellten Preise gebunden sind. Die Käufe beziehen sich vornehmlich auf Brotfrüchte und das Getreide wird von den Militärmühlen vermahlen. Es ist jedenfalls schade, daß die Balcsiker Mühle, die eine Tagesproduktion von zehn Waggons hatte, durch die Bomben der russischen Schwarzen-Meer-Flotte vernichtet wurde und daß die auf eine Tagesproduktion von zwölf Waggons eingerichtete Burgaser Mühle abgebrannt ist. Die große „Sila"-Mühle in Varna und die Mühle in Jamboli können den Bedarf nur mit forcierter Arbeit befriedigen. Man kann jedenfalls feststellen, daß das neue „staatliche Fürsorgekomitee" die Frage der Approvisionierung der Bevölkerung und des Heeres tadellos gelöst hat.

— Was ist der Zweck des Bureaus für den Balkanhandel?

— Dieses Bureau ist unter der Aegide der deutschen Handelskammer gebildet worden. Sein Leiter ist v. Westernhagen, der auch der Chef der Sophioter deutschen Abteilung der Z. E. G. ist. Dieses Bureau hat den Zweck, die Industrie und den Handel Deutschlands in Sophia in erhöhtem Maße zu vertreten und es hat schon einige Wochen nach seiner Errichtung die Absicht kundgegeben, in seinen Räumen deutsche Industrieartikel auszustellen. Das Bureau für Balkanhandel ist jedenfalls eine sehr bemerkenswerte Institution. Es wird sich außer mit der Einfuhr deutscher Waren auch wahrscheinlich mit der Exploitierung der Bergwerke befassen.

— Und Oesterreich-Ungarn hat noch keine ähnliche Institution?

— Nein, wie überhaupt auch auf mehreren anderen Gebieten der Monarchie mannigfache Aufgaben harren. Bisher hat die Monarchie hier ihre günstige geographische und wirtschaftliche Lage noch nicht entsprechend ausgenützt. Man kann das nicht genügend betonen, damit auch die Monarchie ihre Pflicht erfülle und an dem vorzüglichen deutschen Beispiel lerne, statt sich durch dasselbe abschrecken zu lassen.

— Welche Artikel sind es, deren Handel freigegeben ist?

— Tabak, Kokons und Eier.

— Wie verhält es sich mit der Angelegenheit des Tabakexportes, die, wie ich glaube, angesichts des bei uns vorhandenen großen Bedarfes für uns nicht nebensächlich ist?

— Im Lande steht eine sehr große Menge von Tabak zur Ausfuhr zur Verfügung. Eine Verordnung reserviert 25 Prozent des zum Export bestimmten Quantums für den Inlandsbedarf, doch hat man jetzt diese Quote auf 15 Prozent herabgesetzt, den Zigarettenfabriken hat man jedoch verboten, für den Export zu arbeiten, insolange der Inlandsbedarf nicht befriedigt ist. Der Höchstpreis für Tabak ist mit 2.50 Leva pro Kilogramm festgesetzt. Solange die Verordnung nicht die Priorität des Inlandsbedarfes festgestellt hatte, lieferten die Fabrikanten zumeist nur nach dem Auslande, weil sie durch den Verkauf von Tabak höhere Preise als mit Zigaretten erzielt haben. Damals war auch in Bulgarien der Zigarettenmangel fühlbar, der aber jetzt jedenfalls schon behoben erscheint.

— Was benötigt Bulgarien am meisten?

— Salz. Deutsche Interessenten haben wohl jüngst Abschlüsse auf größere Mengen Salz gemacht, doch der Bedarf ist noch immer groß. Der Höchstpreis für Sazl beträgt 50 Heller pro Kilogramm.

— Und von Zucker?

— Zwei Leva pro Kilogramm (2 k 30 h).

— Wie ist die Zuckerrübenernte ausgefallen?

— Vorzüglich, das Rohmaterial kann den Bedarf decken.

— Gibt es einen Banknotenmangel?

— Nein, eine Zeitlang gab es einen solchen, seitdem aber die in Deutschland gedruckten kleinen Banknoten von 1, 2 und 10 Leva in Verkehr kamen, hat der Banknotenmangel aufgehört.

— Wie ist das wirtschaftliche Verhältnis mit der Türkei?

— In jüngster Zeit erfuhr der Export aus der Türkei eine Stockung, jetzt sprechen die Anzeichen jedoch dafür, daß er wieder in Fluß kommt. Bulgarien liefert Getreide, die Türkei gibt uns Speiseöl, Gerbstoffe und Reis.

— Und was ist die Lehre für die Monarchie?

— Daß sie hier sehr viel zu suchen hat, es bedarf dazu nur energischer und sachkundiger Männer.

Fremdenblatt
25./X. 1916



# Die industriellen Arbeitsmethoden in Amerika, England und Deutschland.

Der Betriebsleiter der Gear Grinding Co. Ltd., Hansworth, Birmingham, hat nach dem „Iron Age" einen interessanten Vergleich angestellt zwischen den verschiedenen Arbeitsmethoden, hauptsächlich in der Metallverarbeitungs-Industrie, mit Rücksicht auf die nach dem Krieg eintretende Konkurrenz.

Mit den Vereinigten Staaten und Deutschland habe England zu konkurrieren. Die Fabrikanten der Vereinigten Staaten genießen die Vergünstigung des größten einheimischen Marktes der Welt, so daß sie große Mengen Waren zu wesentlich niedrigen Herstellungskosten bei ausgezeichneter Qualität herstellen können. Mit wenigen Ausnahmen ist die maschinelle Ausstattung der Fabriken derjenigen Großbritanniens überlegen. Die besten Maschinen verlangen die bestausgebildeten Arbeiter, um deren höchste Nutzleistung zu erzielen. In England gibt es genügend gute, aber wenig gelernte Arbeiter, die die Bedienung automatischer Maschinen verstehen und eine verfeinerte Produktionsmethode erreichen. Eine sorgfältige Ausbildung dauert 3 bis 5 Jahre. Der Amerikaner zahlt für die technische mit praktischer Arbeit verbundene Ausbildung, der Engländer schreit nach staatlicher Beihilfe zum Besuch technischer Schulen. Ergebnis: die amerikanische Arbeit ist die vorzüglichste und bestbezahlte, da für jede Ware, die in großen Mengen auf Spezialmaschinen hergestellt wird, in Amerika die Produktionskosten niedriger sind als in Großbritannien. Einen der größten Fortschritte in Amerika bedeutet die wissenschaftliche Leitung, die noch verhältnismäßig neu und noch nicht allgemein angenommen ist. Die Prinzipien dieser wissenschaftlichen Sachverständigen sind: Wechsel in den Herstellungsmethoden müssen langsam vorgenommen werden, so daß Leitung, Beamte und Arbeiter sich anpassen können; erhöhte Produktion; erhöhte Löhne; verminderte Ermüdung; Auswahl der für den in Betracht Kommenden am besten geeigneten Arbeit. Erfolgreicher Wettbewerb ohne diese wissenschaftliche Leitung ist vielfach unmöglich. Bedingung ist der freie Austausch von Meinungen und Erfahrungen selbst unter Konkurrenten. Man kann nicht sagen, daß der Amerikaner das aus Patriotismus oder im öffentlichen Interesse tut, es ist mehr eine natürliche Begleiterscheinung von raschem Wechsel und freiem Meinungsaustausch. Das strikte Gegenteil trifft bei dem Engländer zu, der an althergebrachten Methoden festhält.

Deutschlands heutige Stellung ist das Ergebnis des Studiums, der Anwendung und der Nachahmung amerikanischer Maschinen und Methoden. Kurz gesagt, seine Leistungen in technischer Beziehung sind der englischen überlegen und stehen nach Amerika an zweiter Stelle. Seit 25 Jahren ist die Einfuhr von Maschinen aus Amerika sehr groß. Deutschland hat die ihm wertvollen Maschinen kopiert und stellt in seinen Werkstätten jetzt die einzelnen Gegenstücke selbst her. Entgegen Amerika hat Deutschland keinen eigenen Markt, es hat sich jedoch einen auswärtigen Markt geschaffen, so daß es billig große Mengen herstellen kann. Obwohl seine technische Ausstattung der amerikanischen fast gleichkommt, ist Amerika kühner, origineller und praktischer. Die amerikanische Vor- und Ausbildung ist der deutschen überlegen. Der Amerikaner lernt praktisch, der Deutsche besitzt Büchterweisheit. Der Amerikaner lernt, wo sich Gelegenheit bietet und es sich bezahlt macht, der Deutsche ist durch Regierungsvorschriften und niedrige Löhne gebunden. Die staatliche Ausbildung in Deutschland hält keinen Vergleich aus mit dem amerikanischen Lehrlingssystem und der Handfertigkeitsausbildung, die die Fabrikanten aus eigener Tasche bestreiten. Die englischen Unionisten widersetzen sich offen der Einführung verbesserter Leistungsmethoden. Abgesehen von der finanziellen Unterstützung, die die Banken der deutschen Industrie gewähren, ist Deutschland die Ausdehnung seines auswärtigen Handels erleichtert durch Gewährung niedriger Inlandsfrachten für die Ausfuhrwaren. Das Gegenteil trifft für England zu. England muß Vorteil aus der ihm aufgezwungenen Lage ziehen. Es mußte große Mengen automatischer Maschinen aufstellen, um den Kriegsbedarf decken zu können. Es besitzt wenig Leute, die die Maschinen, die sie bedienen müssen, kennen. Was sie abliefern, wird geprüft und es muß viel Lehrgeld gezahlt werden. Die hohen Löhne, die gelernte wie ungelernte Arbeiter beziehen, beherrschen die Situation und verdrängen die alten Maschinen. Hohe Löhne und erstklassige Maschinen verringern die Herstellungskosten. Diese Tatsache, die der Engländer nie verstehen wollte, ist ein Segen für alle. Wenn die Krisis lange genug dauert, wird jeder Einzelne einsehen, daß die beste Vorbildung der größte Gewinn ist, und wird für die Heranbildung gelernter Arbeiter sorgen.

Frankfurter Zeitung
27./X. 1916

17
34

# Zukunftsaufgaben der Genossenschaften.

In der Zeitschrift „Der Staatsbedarf" veröffentlicht Prof. Dr. Crüger, der Anwalt des Allgemeinen Deutschen Genossenschaftsverbandes, einen Aufsatz, dem wir die folgenden Hinweise auf wichtige Genossenschaftsaufgaben zur Erhaltung des nach dem Kriege noch mehr als vorher bedrohten Mittelstandes entnehmen:

Ist es richtig, daß in Zukunft der Großbetrieb sich verstärken wird, so wird für alle in Konkurrenz stehenden Gewerbetreibenden die wirtschaftliche Organisation Lebensbedingung sein. Die Stellung des einzelnen Gewerbetreibenden, der es nicht mit der Konkurrenz des Großbetriebes aufnehmen kann, erscheint durch die künftige Entwicklung im höchsten Maße bedroht. Und da nicht eine Gesetzgebung zu erwarten ist, die das Handwerk vor der Konkurrenz des Großbetriebes in der Weise zu schützen suchen wird, daß man bestrebt ist, Großbetriebe in der Entwicklung zu hemmen, bleibt für das Handwerk allein die Selbsthilfe, die sich in der Steigerung der eigenen Leistungsfähigkeit zeigen muß. Der Weg dahin liegt in der wirtschaftlichen Organisation. Immer deutlicher treten Anzeichen hervor für die fortschreitende Kartellierung und Syndizierung der Industrien. Das Handwerk wird hilflos zur Seite stehen, wenn es sich nicht wirtschaftlich organisiert. Noch auf Jahre hinaus nach dem Krieg wird die Rohstoffversorgung eine systematische Regelung erfahren. Handwerk und Kleinhandel werden in völlige Abhängigkeit geraten, wenn sie nicht in starken wirtschaftlichen Organisationen auf dem Markt erscheinen. Die Rechtsform kann dabei in der Regel nur die Genossenschaft abgeben. Vor dem Krieg konnte man Stimmen hören, daß die Genossenschaft veraltet, zumal auch die Kreditgenossenschaften sich überlebt hätten. Der Krieg hat die starke Lebenskraft der Kreditgenossenschaften erwiesen. Und sie werden nach dem Krieg zu den leistungsvollsten Organisationen gehören. Es soll von Aeußerlichkeiten des wirtschaftlichen Lebens, wie Pflege des Scheckverkehrs, des bargeldlosen Verkehrs usw. ganz abgesehen werden, bei der die Kreditgenossenschaft ganz unentbehrlich ist, um die breiten Unter- und Mittelschichten des Volkes wirtschaftlich zu erziehen — der Kreditgenossenschaft steht für die Zeit nach dem Kriege die Aufgabe bevor, den gewerblichen Mittelstand zu finanzieren, damit er bei dem Wiederbeginn des wirtschaftlichen Lebens sich an diesem beteiligen kann — aber auch ihn in starker Hand zu behalten, um ihn vor spekulativen Uebertreibungen zu schützen. Gerade diese erzieherische Einwirkung gehört zu den Aufgaben der Genossenschaft, da der Vorstand zu den Mitgliedern derselben in innigerer Beziehung steht als etwa der Vorstand einer Aktiengesellschaft zu deren Kundschaft. Erwähnt sei die Aufgabe des gewerblichen Genossenschaftswesens, die die wirtschaftliche Organisation des Handwerks zum Zwecke des Einkaufs der Rohmaterialien (im Großbezug), die Benutzung von Maschinen, die Erschließung neuer Arbeitsmärkte bezweckt. Ohne die wirtschaftliche Organisation ist es undenkbar, daß das Handwerk aus der ihm günstigen Erleichterung der Lieferungsbedingungen entsprechenden Nutzen zieht. Von seiten der Heeresverwaltung ist klar zu erkennen gegeben, daß in Zukunft das Handwerk bei Heereslieferungen nur wird beteiligt werden können, wenn es Sorge dafür trägt, daß Organisationen geschaffen werden, die imstande sind, die Aufträge zu übernehmen, ihre Ausführung zu überwachen, der Behörde gegenüber zu vertreten. Den gleichen Standpunkt wird man bei allen Vergebungsstellen einnehmen.

Von Interesse sind auch die nachstehenden Bemerkungen über die ländlichen Genossenschaften:

Ganz besonders glücklich scheint die Zukunft des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens werden zu wollen, das heute bereits in weitestem Umfange eingestellt ist auf den Dienst der großen Organisationen, sowohl nach der Richtung der Produktion wie nach der Richtung der Konsumtion. Aber nicht nur dies allein steht dem landwirtschaftlichen Genossenschaftswesen als Aufgabe bevor. Mehr noch als vor dem Krieg wird nach dem Krieg die intensive Betriebsweise der Landwirtschaft gepflegt und gefördert werden. Ein leistungsfähiger Klein- und Mittelbetrieb ist unter den künftigen Verhältnissen nicht denkbar ohne Zuhilfenahme der Genossenschaft, die dem intensiven Betrieb bei der Beschaffung der Rohstoffe und vielfach bei der Verwertung der Produkte die Vorteile des Großbetriebes bietet. Es ist nicht zu viel behauptet, daß ohne die genossenschaftliche Organisation der Landwirtschaft wir bei weitem nicht zu der Intensität des Betriebes gekommen wären. Die Genossenschaft muß herangezogen werden für den Bezug von Futter- und Düngemitteln, sowie für die Verwertung der Produktion. Ganz zu schweigen von der Beschaffung des Kredits durch Kreditgenossenschaften.

Neue Freie Presse Abend
28./X. 1916

35

## Der Schutz des gewerblichen Eigentums der Angehörigen Dänemarks und Norwegens.

Wien, 28. Oktober.

Durch eine Kundmachung des Arbeitsministeriums werden die Prioritätsfristen für Patentanmeldungen zugunsten der Angehörigen Dänemarks bis zum 1. Januar 1917 weiter verlängert. Die Prioritätsfristen zugunsten der Angehörigen Norwegens werden, soweit sie nicht am 29. Juli 1914 abgelaufen waren, bis zum 31. Dezember 1916 verlängert. Voraussetzung ist, daß den österreichischen Staatsangehörigen die gleichartige Begünstigung für Patentanmeldungen gewährt wird.

Neues Pester Journal
29/X. 1916
36

## Höchstpreise für Industrieartikel.

Als schwere, schreckliche Last drücken die Sorgen der Lebensmittelbeschaffung das Bürgerthum und den Arbeiterstand. Nicht nur die außerordentlich gesteigerten Preise, sondern auch die schwierige Besorgung der nöthigen Artikel bereitet diesen Klassen große Sorgen hinsichtlich des Lebensunterhalts. Jeder war sich bewußt, daß die Preise im Kriege nicht auf der normalen Höhe bleiben können, da die gesteigerte Nachfrage, der Mangel an Arbeitskräften und noch andere Ursachen dazu beitrugen, damit die Preise in die Höhe gehen. Zu diesen Ursachen aber kamen leider auch andere Momente, die diese natürliche Steigerung der Preise aus den normalen Rahmen herausrissen und eine solche Theuerung herbeiführten, für die keine andere Erklärung zu finden war, als daß die Agrarier die Preise künstlich in die Höhe trieben, um aus den kriegerischen Konjunkturen einen möglichst hohen Gewinn zu erzielen. Es wurden denn auch gegen die Agrarier scharfe Vorwürfe erhoben, denen sie dadurch zu begegnen suchten, daß sie die Aufmerksamkeit der Konsumenten von der Lebensmitteltheuerung ablenkten. Vor einigen Wochen richtete nämlich die größte und mächtigste agrarische Interessenvertretung, der Landes-Agrikulturverein, ein langathmiges Memorandum an die Regierung, in welchem des Langen und Breiten ausgeführt wird, daß die große Theuerung auf die hohen Preise der Industrieartikel zurückzuführen sei. Höchstpreise für die Industrieartikel wurde das Schlagwort der Agrarier.

Es steht allerdings fest, daß auch die Industrieartikel eine hohe Preissteigerung aufweisen, die für die Mittelklasse und die Arbeiterschaft unerschwinglich ist. Man würde es daher allgemein mit Beifall begrüßen, wenn die Regierung sich dazu entschlösse, auch für die Industrie Höchstpreise festzusetzen. Die Industriellen selbst fühlen es, daß es so nicht weitergehen könne. Sie selbst wissen, daß die Mittelklasse und die Arbeiterschaft auch schon jetzt nicht mehr im Stande sind, ihre dringendsten Bdürfnissen zu befriedigen. Schuhe und Kleider haben enorme Preise erreicht. Wir hatten Gelegenheit, uns davon zu überzeugen, daß die Industriellen selbst die Feststellung von Höchstpreisen für die wichtigsten Industrieartikel sehnlichst herbeiwünschen. Betrachten wir zum Beispiel die Verhältnisse im Schuhgewerbe. Unter 50 Kronen kann man heute ein Paar Schuhe nicht kaufen. Warum sind aber die Schuhpreise so außerordentlich gestiegen? Die Regierung hat den Preis des Rohleders festgestellt, ein Kilogramm Sohlenleder kostet jetzt 14 Kronen, dies ist der Höchstpreis, wenn aber der Schuhmacher Sohlenleder kaufen will, muß er dafür 60 bis 80 Kronen bezahlen. Ebenso ist es in den anderen Industriezweigen bestellt.

Nun könnten wir die Frage aufstellen, warum eigentlich die Preise der Industrieartikel so außerordentlich hoch gestiegen sind? Außer den mit dem Kriege zusammenhängenden Ursachen beeinflussen die Preise: 1. der Preis der Rohstoffe und 2. der Preis der zur Herstellung nöthigen Arbeit. Der Preis der Arbeit aber hängt in erster Reihe von den Unterhaltskosten des Arbeiters ab. Wenn die Lebensmittelpreise hoch sind, muß man den Arbeitern natürlich mehr Lohn zahlen. Der Arbeitslohn aber beeinflußt selbstverständlich den Preis. Und die Rohstoffe? Sie stammen zum größten Theil aus den Händen der Agrarier. Es ist daher nicht zu verstehen, warum eben die Agrarier die Maximalisirung der Industrieartikel fordern.

Es soll damit nicht gesagt sein, daß nicht auch in der Industrie eine unbegründete und frevelhafte Spekulation dazu beigetragen habe, die Preise unnatürlich in die Höhe zu treiben. Aber die Agrarier haben selbst sehr viel dazu gethan, um diesen unerträglichen Zustand herbeizuführen. Auch kann man nicht leugnen, daß die hohen Preise der Industrieartikel wieder auf die landwirthschaftliche Produktion Rückwirkung haben. Aus alldem kann man folgern, daß die Festsetzung von Höchstpreisen der Industrieartikel die Wirkung haben werde, daß die Industriellen und Gewerbetreibenden nicht im Stande sein werden, zu produziren. Höchstpreise für Industrieartikel könnte man nur so feststellen, wenn zugleich auch der Preis aller dazu erforderlichen Rohstoffe maximalisirt wird. Denn wenn die Regierung die Höchstpreise der Schuhe auf Grund des 14 Kronen-Höchstpreises des Sohlenleders feststellt, der Schuhmacher aber in Wirklichkeit 60—80 Kronen für das Leder zahlen muß, so wird er natürlich nicht arbeiten können. Alle Waaren, seien sie landwirthschaftliche oder industrielle Produkte, müßten maximalisirt werden.

Man müßte ein mit großer Machtbefugniß ausgerüstetes Organ ins Leben rufen, welches mit eiserner Hand ans Werk gehen könnte, um diesen unerträglichen Zuständen ein Ende zu bereiten. Nicht Centralen, die nur die Interessen der Großindustrie vor Augen halten, nicht vereinzelte Maximalpreise, sondern allgemeine gründliche Arbeit, welche die Interessen der Agrarier, Industriellen, besonders aber der Konsumenten wahrt, könnte uns über die Schwierigkeiten hinweghelfen bis zu dem Zeitpunkte, da unsere Waffen den Frieden erkämpft haben werden.

P. P.

Tägliche Rundschau
29./V. 1916

37

## Kriegsorganisation des Kleinhandels.

Die immer zunehmende Zahl der Gegenstände des täglichen Bedarfs, welche dem freien Handel entzogen werden, haben für weite Kreise des Kleinhandels eine ungemein schwierige Lage geschaffen. In zahlreichen größeren Orten und Städten ist die Verteilung der Lebens- und Genußmittel sowie der sonstigen Gegenstände des Massenverbrauchs unter Umgehung des Kleinhandels durchzuführen versucht worden. Zahlreiche Existenzen des kleineren Mittelstandes, vor allem auch sehr viel Angehörige von Kriegsteilnehmern werden dadurch in ihrem wirtschaftlichen Sein außerordentlich schwer getroffen, vielfach vernichtet. Diese Erwägungen haben den Reichstag bereits in seiner letzten Tagung dazu geführt, die Reichsleitung zu ersuchen, eine Hinzuziehung des Kleinhandels bei der Verteilung der rationierten Gegenstände zu veranlassen. Eine entsprechende Anweisung der preußischen Minister ist vor kurzem ergangen.

Der Hansabund hat nun versucht, diesen Gedanken für Berlin in die Wirklichkeit umzusetzen. Im Zusammenarbeiten mit dem Magistrat Berlin ist ein ganz Berlin überspannendes Netz von Bezirksorganisationen für den Kleinhandel vom Hansabunde geschaffen worden. Innerhalb der einzelnen Bezirke sind zunächst Beratungsstellen gebildet worden, in denen den Kleinhändlern unentgeltlich in allen Fragen, die sich auf die beschlagnahmten Waren, auf Bezugsquellen und sonst die für sie in Betracht kommende Kriegswirtschaft beziehen, Auskunft gegeben wird. Diese Beratungsstellen haben, wie ihre starke Inanspruchnahme gezeigt hat, einem dringenden Bedürfnis des Kleinhandels entsprochen. Ihre weitere Ausgestaltung hinsichtlich der Verteilung der überwiesenen Lebensmittel sowie der Heranziehung von Lebensmitteln und Gegenständen des täglichen Bedarfs aus dem Großhandel wird die Arbeit der nächsten Wochen darstellen. Der Hansabund erstrebt mit dieser Organisation des Kleinhandels keinerlei Vorteile für sich selbst, er will lediglich diesen so schwer bedrängten Schichten des Mittelstandes über die Kriegsnöte hinweg zu helfen versuchen und dem Publikum die Einkaufsmöglichkeiten erleichtern und nahebringen. Es hat sich schon jetzt gezeigt, daß diese Arbeit in den beteiligten Kreisen mit außerordentlicher Freude und Dankbarkeit entgegengenommen wird. Die Berliner Erfahrungen werden vom Hansabund auch für andere größere Städte Deutschlands nutzbar gemacht werden.

Österr. Volkszeitung
4./XI. 1916



# Eine Begrüßung der neuen Regierung.

In der gestrigen Vollversammlung des Niederösterreichischen Gewerbevereins nahm der Vorsitzende, Vizepräsident kais. Rat Krause, Gelegenheit, die neue Regierung zu begrüßen. Er erwähnte zunächst, daß der Verein an sein Ehrenmitglied den Ehrenpräsidenten Dr. v. Koerber ein Glückwunschschreiben gerichtet habe und fuhr dann fort: Wir konnten in dem Schreiben unserer Ueberzeugung Ausdruck geben, daß Seine Exzellenz während seiner gesamten Tätigkeit im öffentlichen Leben stets tiefstes Verständnis für die Bedürfnisse der wirtschaftlichen Stände, insbesondere an Gewerbe, Industrie und Handel, bekundete und wiederholt davon Zeugnis abgelegt hat, wie sehr er von der großen Bedeutung dieser Berufsstände für das Aufblühen und die Machtstellung des Reiches erfüllt ist. Aber darüber hinaus können wir in Dr. v. Koerber den gerade in der jetzigen, so schweren Zeit doppelt willkommenen Lenker des Staates begrüßen, welcher unser Reich nach innen und außen würdig und wirksam zu repräsentieren vermag, welcher in wirtschaftspolitischen Fragen, namentlich in bezug auf die einheitlich und gleichmäßig in der Monarchie zu organisierende Ernährungspolitik, weiter in bezug auf den Ausgleich und die Vorbereitung einer zweckentsprechenden Handelspolitik in Mitteleuropa berufen sein wird, die Interessen Oesterreichs wahrzunehmen und, wie wir es von unseren Waffen auf militärischem Gebiete erhoffen, uns auch auf wirtschaftlichem Gebiete nicht bloß zu erfolgreichem Durchhalten verhelfen, sondern auch zu einem glorreichen Ende führen wird.

Sodann erfüllten wir wohl eine Herzenspflicht aller unserer Mitglieder, wenn wir dem neuernannten Justizminister Dr. Klein, ebenfalls unser Ehrenmitglied, die aufrichtigsten Glückwünsche darbrachten. Wir konnten dabei an die unvergeßlichen, hinreißenden Worte anknüpfen, welche Seine Exzellenz heute vor vierzehn Tagen in diesem Saale zu uns und wohl auch zu ganz Oesterreich sprach, als Staatsweiser, als Erwecker des öffentlichen Gewissens, als Bannerträger auf neuem Wege, auf dem Wege zur Neugeburt Oesterreichs, und erwarten wir, nunmehr Dr. Klein über die Mittel der Macht verfügt, um seine Worte in die Tat umzusetzen. Geloben wir es ihm und uns, seiner Mahnung getreu zu bleiben und mitzuarbeiten an der Verwirklichung des hehren Zieles, dem neuen Geiste, dem Geiste der rechtschaffenen Tüchtigkeit und der freien Betätigung des Staatsbürgers.

Nicht minder aber drängt uns die Pflicht der Dankbarkeit, dem Handelsminister Dr. Stibral die wärmsten Glückwünsche darzubringen. Ihn knüpfen schon alte, wir dürfen sagen, freundschaftliche Beziehungen an unseren Verein und als er zum Bedauern unser aller, im Jahre 1907 vom Amt scheiden mußte, wählte er unseren Verein, um hier seinen Abschied vom öffentlichen Leben zu nehmen. Schon damals sprachen wir ihm gegenüber den Wunsch aus, daß es gelingen möge, ihn dem öffentlichen Dienst wieder zu gewinnen. Dieser Wunsch ist nunmehr erfüllt, einer unserer hervorragendsten Handelspolitiker, ein genauer Kenner unserer Volkswirtschaft, ein Mann von seltener Geistesschärfe und Tatkraft kehrt wieder. Möge es ihm beschieden sein, im und nach dem Kriege eine für Oesterreich und die Monarchie glückliche Handels- und Wirtschaftspolitik zu inaugurieren.

Diesen Worten folgte lebhafter Beifall.

Österr. Volkszeitung
9./XI. 1916

42

**(Die Preise der Industrieprodukte.)** Im Verein der ungarischen Textilindustriellen war die Frage der Festsetzung der Industrieprodukte Gegenstand eingehender Erörterung. Generaldirektor Weisz sagte, daß in Verbindung mit der Zentralisierung des Verkehrs auch die Preise der in Verkehr gesetzten Waren festgelegt werden müssen. In der Textilindustrie sind Höchstpreise für sämtliche Rohstoffe (Baumwolle, Wolle, Flachs und Hanf), ferner für Baumwollgarne, Baumwollwaren, Flachsgarne, Hanfgarne und im wesentlichen auch für Wollwaren bereits festgesetzt oder werden in der nächsten Zukunft bestimmt werden. Eben dadurch ist die Textilindustrie zu der Forderung berechtigt, daß die Höchstpreisbestimmung für Industrieartikel auf der ganzen Linie erfolge. Mit derselben Frage befaßte sich auch der Vollzugsausschuß des ungarischen Industrievereins. Der Vorsitzende v. Matlekovics meinte, man könne sich dieser Frage nicht mehr verschließen, zumal die Regierung die Absicht hege, für gewisse Industrieprodukte Höchstpreise festzustellen und der Handelsminister auch schon ein Gutachten des Vereins über die Feststellung der Höchstpreise für Schuhreparaturen verlangt. Generaldirektor Adolf v. Ullmann erklärte diese Frage für sehr dringend; mit Schulbeginn und an der Schwelle des Winters erscheine die Feststellung von Höchstpreisen für Schuhreparaturen besonders aktuell. Es wurde beschlossen, der Regierung nahezulegen, vorerst im allgemeinen festzustellen, in welchen Industrien die Feststellung von Höchstpreisen notwendig und möglich erscheint.

Fremdenblatt 9./XI. 1916

I
43

# Staatliche Einflußnahme auf die industrielle Produktion.

Im Anschlusse an die in der hiesigen Handelskammer unter dem Vorsitze des Präsidenten Freiherrn v. Plener abgehaltene Jahresversammlung der Gesellschaft österreichischer Volkswirte sprach Herr Artur Kuffler über die staatliche Einflußnahme auf die industrielle Produktion. Dem bemerkenswerten Vortrage entnehmen wir das Folgende:

Die besonderen Erscheinungsformen des gegenwärtigen Krieges, die insbesondere in seiner ungeahnten Dauer und in der erzwungenen Unterbrechung der Handelsbeziehungen zwischen den Zentralmächten und den neutralen Staaten ihren Ausdruck finden, müssen zu einer vollständigen Neuorientierung selbst in solchen Belangen führen, die bisher als feststehende Grundlagen des Wirtschaftslebens angesehen worden sind.

Zu den wichtigsten Fragen dieser Art zählt die Stellung der Gesetzgebung und Staatsverwaltung zur industriellen und gewerblichen Produktion und zum Handel mit deren Erzeugnissen. Eine staatliche Einflußnahme auf die Produktion erschien bisher nur insoweit zulässig, wie es sich einerseits um ihre allgemeine Förderung und anderseits um Beschränkungen aus sozialpolitischen Gründen und um Heranziehung zur Deckung des Staatshaushaltes handelte. Abgesehen von Maßnahmen, die die Wahrung der Interessen der Arbeiterschaft oder der Rechte dritter Personen zum Zwecke haben, galt die freie und schrankenlose Entwicklung der Industrie und des Handels als wirtschaftliches Grundgesetz. Der private Wettbewerb, unterstützt oder beschränkt durch das Zollsystem, erschien genügend, um die öffentlichen Interessen in bezug auf Produktion und Güterbeschaffung zu wahren. Selbst bei steigender Passivität der Handelsbilanz vollzog sich der Ausgleich der Zahlungsbilanz automatisch und von gewissen Kreditoperationen abgesehen ohne besondere staatliche Einflußnahme.

Der Krieg an sich hätte an diesen grundlegenden Verhältnissen noch nichts ändern müssen und in den ersten Kriegsmonaten durfte man mit Recht annehmen, daß bei einer den bisherigen Erfahrungen entsprechenden Kriegsdauer das normale Wirtschaftsleben nach Abschluß des Friedens dort wieder einsetzen wird, wo es bei Kriegsbeginn unterbrochen wurde. Erst die außergewöhnliche Dauer des Krieges und die immer stärker zutage tretende Unterbindung der Ein- und Ausfuhr, bezw. die einseitige Gestaltung unserer Einfuhr bei gleichzeitiger Behinderung der Ausfuhr haben zu den Veränderungen geführt, die uns zu einer geänderten Beurteilung der Grundlagen des Wirtschaftslebens zwingen werden.

Die Staatsverwaltung erblickt gegenwärtig mit Recht ihre Aufgabe darin, durch geeignete Vorschriften dafür zu sorgen, daß mit den heimischen Vorräten an Rohprodukten und Erzeugnissen während der Dauer des Krieges das Auslangen sowohl für den unerläßlichen öffentlichen als privaten Bedarf gefunden werden kann, und sucht diesen Zweck durch Beschränkung der Erzeugung und des Verbrauches, durch Enteignung und Verteilung zu erreichen. Am Ende des Krieges wird sowohl bei der Industrie als bei den normalen Verteilungskanälen des Handels nur ein Minimum an Waren vorrätig sein und der seit Jahren auf das Aeußerste beschränkte Bedarf und der natürliche Erwerbssinn der wirtschaftlichen Kreise müssen zu dem stürmischen Bestreben führen, so rasch als möglich Rohmaterial, Halbfabrikate und Finalprodukte aus dem Auslande heranzuziehen. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die schrankenlose Betätigung des Einzelnen in diesem Augenblick die schwersten Gefahren für den Wirtschaftskörper des Staates zeitigen muß und daß es ein Gebot der Selbsterhaltung für den Staat ist, in diesem Augenblick regelnd und hemmend einzugreifen.

Die dabei in Betracht kommenden Gesichtspunkte lassen sich scharf in drei Gruppen trennen:

Da der Warenbedarf nach Aufhebung der internationalen Verkehrsbeschränkung zunächst nur vom Auslande befriedigt werden kann, so steht die Möglichkeit der Beschaffung ausländischer Zahlungsmittel an erster Stelle. Die zur Verfügung stehenden Mengen an ausländischen Devisen und Krediten müssen zur Deckung bestehender Verbindlichkeiten und zur Befriedigung des dringendsten Bedarfes an Lebensmitteln, industriellen Rohstoffen, Halb- und Ganzfabrikaten verwendet werden und es kann nicht dem Einzelnen überlassen bleiben, einen beliebig großen Teil des Gesamtbetrages für sich in Anspruch zu nehmen.

Zweitens muß dem Umstande Rechnung getragen werden, daß durch die kriegerischen Ereignisse die verfügbaren Land- und Seetransportmittel eine wesentliche Verringerung erfahren haben und daß daher auch die Ausnützung der Transportmöglichkeit nicht vom Standpunkt der privaten Erwerbsinteressen, sondern des öffentlichen Bedarfes zu beurteilen ist.

Endlich muß dafür vorgesorgt werden, daß die Wiederaufnahme der Erwerbstätigkeit gleichmäßig und unter besonderer Berücksichtigung der wirtschaftlich schwächeren Elemente nur erfolgen kann, wenn ein vollständiger Umsturz der wirtschaftlichen Schichtung vermieden werden soll.

Im Hinblick auf diese Umstände kann die Notwendigkeit einer staatlichen Einflußnahme auf die industrielle Produktion wohl kaum in Zweifel gezogen werden. Es handelt sich nur darum, die Art und den Umfang dieser Einflußnahme festzustellen.

Die Beschränkung und Reglementierung der industriellen Produktion und des Handels darf niemals Selbstzweck werden. Die freie Betätigung aller wirtschaftlichen Kräfte und die möglichste Steigerung der Produktionsfähigkeit muß immer der oberste Grundsatz und das letzte Ziel der Gesetzgebung und Verwaltung sein. Die Einschränkung darf weder zeitlich noch sachlich weitergehen, als die Rücksichtnahme auf die bezeichneten drei Gruppen des öffentlichen Interesses es unerläßlich erscheinen lassen.

Diese Erkenntnis zeigt auch den Weg, den die staatliche Regelung der Produktion und des Handels betreten muß, wenn sie ihren Zweck erreichen will, ohne gleichzeitig das ganze Wirtschaftssystem zu gefährden und dessen künftige Entwicklung zu unterbinden.

Zur Lösung der Aufgabe, die heimische Produktion, und was vielleicht noch wichtiger ist, den heimischen Verbrauch den geänderten Verhältnissen anzupassen, stehen der Gesetzgebung mehrere Wege offen. Die wichtigsten sind: vollständige Regelung in der Beschaffung ausländischer Devisen, Einfuhrverbote mit einem System genereller oder fallweiser Bewilligungen und Kontingentierung der Produktion und Lagerhaltung.

Bei der Vielfältigkeit des Wirtschaftslebens wird es unmöglich sein, alle sich bietenden einzelnen Probleme auf dem gleichen Wege zu lösen, und man dürfte wahrscheinlich nicht mit einem der drei genannten Mittel das Auslangen finden, sondern je nach Bedarf alle heranziehen müssen. Soweit es sich aber um Fragen der industriellen und gewerblichen Produktion handelt, muß vor allem der Gesichtspunkt gelten, daß die zu treffenden Maßnahmen den Charakter des Provisoriums tragen, den Uebergang zum normalen freien Verkehr nicht behindern, sondern vielmehr den Abbau der Kriegs- und Uebergangswirtschaft vorbereiten. Ferner muß die Forderung erhoben werden, daß die notwendige staatliche Einflußnahme auf die industrielle Produktion im Wege der zu diesem Zweck geschaffenen oder noch zu schaffenden industriellen Selbstverwaltungskörper erfolge, um jederzeit die allgemeinen staatlichen Erfordernisse mit den besonderen Erfordernissen der Produktion und des Handels in Einklang bringen zu können.

Diesem Gesichtspunkte würde die Regelung lediglich auf Basis der Devisenbeschaffung nicht entsprechen, weil, abgesehen von allen Schwierigkeiten und Umgehungsmöglichkeiten, die Handhabung der gesetzlichen Verfügungen notwendigerweise anderen als industriellen Institutionen anvertraut werden müßte.

Fremdenblatt
9./XI.

II
44

Staatliche Einflußnahme auf die industrielle Produktion.

Am sichersten kann der angestrebte Zweck zweifellos durch ein System von Einfuhrverboten bezw. Einfuhrbewilligungen erreicht werden, wenn die Handhabung eine solche ist, daß sie die kaufmännische Aktionsfähigkeit nicht lahmlegt. Die Zuteilung der Einfuhrmengen mit Rücksicht auf deren Wert für die einzelnen Industrie- und Handelsgruppen muß für längere Perioden im voraus auf Grund des Votums einer Körperschaft erfolgen, in der die finanziellen, industriellen, gewerblichen und kaufmännischen Organisationen vertreten sind. Hiebei ist insbesondere Bedacht darauf zu nehmen, daß der Einfuhr von Ganz- und Halbfabrikaten nur insolange und in dem Umfange zugestimmt werden kann, als diese Fabrikate noch nicht im Inlande hergestellt werden können. Nur dadurch kann die Verschuldung an das Ausland in den notwendigen Mindestgrenzen gehalten werden.

Bei allen Stapelindustrien, für welche Kriegswirtschaftsverbände bestehen oder noch geschaffen werden können, wird zweckmäßigerweise die Beschränkung des Imports an Rohmaterial und Halbfabrikaten durch eine auf gesetzlicher Grundlage beruhende Einschränkung der Produktion und des Rechtes zur Lagerhaltung ersetzt werden können. Der angestrebte Zweck wird auch auf diesem Wege erreicht und gleichzeitig die freie wirtschaftliche Betätigung nur quantitativ und nicht qualitativ beschränkt. Hiedurch erübrigen sich auch Einkaufsvereinigungen mit monopolartigem Charakter, die eine Verbilligung des ausländischen Rohmaterials kaum herbeiführen könnten, dagegen den legitimen Handel nicht nur zeitweise, sondern dauernd ausschließen würden. Der erforderliche Umfang der Produktionseinschränkung kann sowohl statistisch als empirisch festgesetzt und jederzeit dem tatsächlichen Bedarf angepaßt werden. Hiedurch ergibt sich auch die Möglichkeit des reibungslosen Ueberganges zur vollständigen wirtschaftlichen Freiheit.

Die Einschränkung im Bezuge von Rohmaterial und Halbfabrikaten und somit die Einschränkung der Produktion wird sich aber nur auf denjenigen Teil der Erzeugung beziehen dürfen, der im Inlande Absatz findet. Das zulässige Produktionsquantum wird jederzeit um diejenigen Mengen überschritten werden dürfen, die dem tatsächlichen Export entsprechen.

Die staatliche Einflußnahme auf die industrielle Produktion wird sich allerdings nicht mit der Einschränkung der Erzeugungsmengen bescheiden können, sondern wird notwendigerweise, so lange eine solche Einschränkung stattfindet, auch auf die Preisbildung übergreifen müssen, da das künstliche Zurückschrauben der Produktion der Industrie und insbesondere der Erstindustrie die Möglichkeit einer schrankenlosen Preissteigerung bietet.

So lange die staatliche Einflußnahme auf die industrielle Produktion sich in den hier gekennzeichneten Grenzen bewegt und im vollen Einvernehmen mit den industriellen Selbstverwaltungskörpern ausgeübt wird, muß sie als durchaus berechtigt und notwendig anerkannt werden und dient gleichmäßig den allgemeinen Interessen des Staates wie den speziellen der industriellen und gewerblichen Produktion.

Einen dauernden Schaden könnte die österreichische Industrie durch diese Art der staatlichen Regelung nur dann erleiden, wenn nicht in den ein einheitliches Wirtschaftsgebiet bildenden Ländern und in dem handelspolitisch nahestehenden Deutschen Reiche analoge Beschränkungen platzgreifen würden. Das Vorangehen einer Verständigung mit Ungarn und dem Deutschen Reich in diesen Fragen bildet neben der gewährleisteten Einflußnahme der industriellen Selbstverwaltungskörper die wichtigste Voraussetzung für eine gedeihliche und zweckdienliche Lösung.

Kölnische Zeitung

9./XI.1916

45

# Industrie- und handelspolitische Aufgaben.

‡ **Von der italienischen Grenze**, 25. Oktober.

Kürzlich ist in einem schweizerischen Verlag eine Schrift des Belgiers Henri Lambert „Ein neuer Gesichtspunkt zur Friedensfrage" erschienen, die freihändlerische Grundsätze verficht, dabei aber ein erfreuliches Maß von Einsicht in die schwierige Lage der deutschen Wirtschaftspolitik verrät. Im Hinblick auf die starke Zunahme seiner Bevölkerung auf einer begrenzten Bodenfläche sei Deutschland darauf angewiesen, daß ihm der Weltmarkt nicht verschlossen werde, und zugleich gezwungen, durch eine starke militärische Rüstung seinen Welthandel zu sichern. Lambert hält es daher für notwendig, zur Erhaltung des Friedens nach Ende dieses Krieges im Friedensvertrag eine den freien Wettbewerb ermöglichende Behandlung der Zölle zu vereinbaren. Es wäre leicht nachzuweisen, daß eine so radikale Lösung der mannigfaltigen Fragen des Warenaustausches keine Aussicht auf Annahme bietet, wobei aber Lamberts Behauptung doch ein Kern von Richtigkeit bleibt, daß eine weniger selbstsüchtige Zollpolitik, als sie vor den Krieg mehr oder minder bei allen Staaten die Richtschnur bildete, viel zur Vermeidung politischer Spannungen beitragen würde. Wenn sachlich denkende Neutrale gelegentlich bemerkt haben, daß unter den wirtschaftlichen Umständen, die an der Zuspitzung von Gegensätzen zwischen den gegenwärtig im Krieg einander gegenüberstehenden Staaten mitgewirkt haben, auch solche vorhanden sind, die auf Rechnung der Mittelmächte gesetzt werden müssen, so wird man gerechterweise zugeben dürfen, daß auf diesem Gebiet der, wenn auch bescheidene und im Gesamtbild der Schuld weit zurücktretende Anteil der Schuld der Mittelmächte am Weltkrieg zu suchen ist. Allerdings müssen wir auch bei diesem kleinen Bruchteil noch einen wesentlichen Vorbehalt anbringen. Ein gewisses Eindringen in fremde Wirtschaftsgebiete, das man uns ja auch in Italien zur Last gelegt hat, bildet oft den Haupthebel des Handels selbst. Dazu gehören Handelskammern, Banken, Wirtschaftsverbände im Ausland, neuerdings ja auch ein Teil der Tätigkeit der Konsulate. Nun befinden wir uns heute der merkwürdigen Erscheinung gegenüber, daß unsere Gegner gerade im Verlauf des Krieges in besonders hohem Maße die Wirksamkeit und Nützlichkeit derartiger Einrichtungen, in denen wir Meister geworden waren, erkannt haben, und sie nunmehr in weitaus bedeutenderm Umfang nachzuahmen sich anschicken. Dieselben Italiener, die in den ersten Monaten des Krieges eine wahre Hetzjagd auf unsere Banken anstellten, die doch dem Land selbst zum größten Vorteil gereicht haben, lassen sich jetzt die Gründung einer ganzen Reihe englischer, amerikanischer usw. Banken und sonstiger Wirtschaftskörperschaften gefallen, und errichten selbst Zweiganstalten ihrer Banken in England, Frankreich, Amerika, und soeben auch in Rußland. Ja, unsere heutigen Gegner haben, aus Kriegsnot allerdings, neue Faktoren in die wirtschaftlichen Bedingungen hineingetragen, die ihrerseits nicht ohne Folgen auf die zukünftige Zollpolitik bleiben können. Bei der Warenpreisbildung haben seit Entstehen der Arbeitervereinigungen die Löhne eine mehr oder minder große Rolle gespielt, die natürlich durch andere Verhältnisse, wie Verkehrswesen, Rohstoffbesitz usw. ausgeglichen werden kann. Immerhin erzielten die Arbeiterverbände eine gewisse Einheitlichkeit der Tarife. Man ist nun aber in Frankreich, und besonders in Rußland, dazu übergegangen, der einheimischen Arbeit wahre Heere von Chinesen und anderer Asiaten zuzuführen, von denen sich nicht mit Sicherheit voraussehen läßt, ob man sie nach erfolgtem Friedensschluß wieder los wird. Italien hat bisher, wie es scheint, auf diese gelben Gäste aus dem Osten verzichtet. Vielleicht aber wird Italien zwangsweise diesem Verhängnis verfallen, ist es erst einmal durch den Krieg finanziell so entkräftet, daß es die eigenen bessern Arbeitskräfte nicht mehr wird bezahlen können. Schon jetzt mitten im Krieg verlautet von einer Zunahme der Auswanderung. Es hat die italienischen (sozialistischen) Arbeiterverbände bis in die letzten Jahrzehnte hinein große Mühe gekostet, die italienischen Arbeiter im Ausland auf gleiche Lohnstufen zu bringen, wie die einheimischen Arbeiter der betreffenden Länder. Ungleich schwieriger wird das bei den Asiaten sein. Es ist aber selbstverständlich, daß sich die industriell höher entwickelten Staaten gegen den Wettbewerb minderwertiger Waren zollpolitisch schützen werden. Mit richtigem Wirtschaftsinstinkt scheint England die asiatischen Arbeitskräfte auszuschließen. Den Nachteil von diesen würden, falls dieser schädlichen Entwicklung nicht Einhalt geboten wird, die ohnehin am meisten geschwächten Staaten Europas haben. Pariser Wirtschaftsberatungen werden da bald zu belächelten Erinnerungen werden. Dabei lasse ich noch ganz dahingestellt, welche Rückwirkung das asiatische Arbeitertum auf die innern Arbeits- und Wirtschaftsmärkte ausüben müßte.

Ein leidenschaftsloser Überblick der wirtschaftlichen Lage, in der sich Italien augenblicklich befindet, muß einsichtigen Italienern längst die Augen über den Mißgriff geöffnet haben, der in dem Bruch mit den Mittelmächten lag. Allerdings haben sich die bessern Köpfe darüber tatsächlich nicht getäuscht; es fehlten ihnen nur Tatkraft und Mut, sich gegenüber künstlichem Haß, Unvernunft, Verderbtheit und Ideologie durchzusetzen. Soeben erst erfahren wir wieder durch die gewiß unverdächtige Quelle des Secolo, daß die Deutschen Italiens — gemeint sind die Giolittianer — in den Wandelgängen der Kammer mit unverhohlener Befriedigung von Gerüchten über die angebliche Möglichkeit eines russischen Sonderfriedens Kenntnis nähmen und sie sogar weiter verbreiteten. Der Secolo meldet dies in einem langen Bericht aus Rom über die Einnahme von Konstantza, worin auch dieses Blatt sich in komischer Trauer vor dem Schicksal Rumäniens verneigt. Diese neue Katastrophe dort, wo voraussichtlich das Grab der vierverbändlichen Einigkeit sich öffnen wird — auf dem Balkan —, konnte nicht leicht in einem für Italien seelisch unglücklichern Zeitpunkt eintreffen. Abermals hat man die Erbitterung der nicht unmittelbar am Krieg beteiligten Industrie und des Volks über die englische Kohlenpolitik durch eine neue Vereinbarung zu beschwichtigen gesucht, aber man läßt sich nicht mehr täuschen. Man weiß, daß England sein Versprechen weder halten will noch kann. Die genuesischen Kohlenmarkt-Listen sind fiktiv; auch für die verzeichneten Preise, ob hoch oder etwas niedriger, erhält man die Kohlen nicht. Überall hat man die Beleuchtung auf die Hälfte herabsetzen müssen, soeben wird die Einstellung weiterer 123 Züge, darunter viele auf den Hauptlinien, gemeldet. Wie die zwischen Italien und Frankreich obwaltenden Stimmungen sind, wird grell durch eine Denkschrift beleuchtet, die vertraulich an die französischen Politiker versandt wird und worin vor der bisherigen geringschätzigen und schädigenden Behandlung Italiens gewarnt wird. Eine kurzsichtige Selbstsucht bestimme immer noch das Verhältnis Frankreichs zu Italien. Wie könne man von Italien Bundesfreudigkeit erwarten, wenn man den Gedanken eines großen Österreichs, eines großen Serbiens, eines großen Griechenlands begünstige? In der Denkschrift, von der im Gaulois einige Teile veröffentlicht werden, befindet sich auch eine interessante wirtschaftspolitische Geschichte. Eine römische Druckerei bestellte gewisse Papiere, die sie bisher aus Leipzig bezogen hatte, in London. Nach geraumer Zeit erhält sie den Bescheid, daß das Papier nur gegen Vorausbezahlung in Gold (!), versandt auf Gefahr des Bestellers und Belastung mit dem Geldkursverlust geliefert werden könne. Inzwischen erbietet sich nun aber das auf unbekannte Weise verständigte Leipziger Haus über die Schweiz zur Lieferung der Papiere zu den alten Bedingungen und Zahlung sechs Monate nach Friedensschluß! Wahr oder nicht wahr, erscheint in dieser Geschichte das Urbild des deutschen Handels, wie es in altem sieghaften Glanz nach dem Kriege hervortreten wird, sofern die Kämpfe sich nur einigermaßen in der bisherigen, von Hindenburgs Genius gewiesenen Bahnen fortenwickeln. Pariser und andere Beratungen, industrielles Kulitum und dergleichen werden sich dagegen als Irrtümer erweisen. Alle uns heute feindlichen Staaten, allenfalls vielleicht mit Ausnahme Englands, werden nach dem Krieg uns gegenüber industriell und handelspolitisch schlechter stehen als vorher.

Frankfurter Zeitung
11./XI. 1916

48

## Die Rohstoff-Versorgung des Handwerkers.

Im Anschluß an unsere Ausführungen im Abendblatt vom 22. Oktbr. schreibt uns ein Handwerker aus dem Felde u. a.: Die Grundlage für eine Wiederbelebung der geschäftlichen Tätigkeit im Handwerk bildet neben der Kreditgewährung die ausreichende Versorgung mit Rohstoffen. Wir sind uns klar darüber, daß auch in den ersten Jahren nach dem Kriege die Rohstoffe noch sehr knapp sein werden. Insbesondere wird das Schneidergewerbe davon betroffen, da durch die Entlassungen aus dem Heeresdienst plötzlich eine Steigerung der Bestellungen von Maß- und Konfektionsanzügen eintreten wird. Um hier dem Handwerk den ihm zustehenden Anteil zu sichern, und um eine möglichst glatte Abwicklung der Geschäfte zu fördern, sollte man schon jetzt versuchen, einen Ueberblick über die benötigten Rohstoffmengen zu erlangen. Der beste Weg dazu scheint, die Handwerkskammern mit dieser Aufgabe zu betrauen. Diese sollen die in ihrem Bezirk vorhandenen Vereinigungen des Handwerks ohne Unterschied zur Beschaffung der notwendigen Unterlagen heranziehen. Auf diese Weise läßt sich eine ziemlich sichere Uebersicht herbeiführen. Damit wird auch zugleich die Erfüllung einer weiteren Forderung ermöglicht, nämlich: die einer gerechten Verteilung! Ebenso kann dadurch eine Bevorzugung der Industrie hintangehalten werden. Unseres Erachtens sollten die Handwerkskammern in dieser wichtigen Frage nicht bloß die erforderlichen Vorarbeiten leisten, wir halten es für das Richtigste, ihnen zugleich auch die Verteilung der Rohstoffe an das Handwerk zu übertragen und ihnen Rohstoffverteilungsstellen anzugliedern. Grundzüge für diese wären von der Reichsbekleidungsstelle aufzustellen, jedoch wäre den Handwerkskammern für eine, den Verhältnissen ihres Bezirkes Rechnung tragende Organisierung der Verteilung möglichste Freiheit zu gewähren. Die Handwerkskammern hätten diese Aufgabe im engsten Zusammenarbeiten mit den verschiedenen gewerblichen Korporationen zu betätigen. Die Abgrenzung in die Bezirke der einzelnen Handwerkskammern dürfte sowohl eine sichere zuverlässige Uebersicht der zur Verfügung stehenden Rohstoffmengen gewährleisten, als auch unter Hinzuziehung von Fachleuten die Preisfestsetzung ermöglichen. Direkter Bezug ist Vorbedingung für eine finanziell gesicherte nutzbringende Tätigkeit der gewerblichen Genossenschaften.

Vossische Zeitung
14./XI. 1916

49

# Die Tagung des Kleinhandels.

## Die Preisprüfungsstellen. — Klagen über zu harte Strafen.

In der gestrigen Nachmittagssitzung der Generalversammlung der Zentralvereinigung deutscher Vereine für Handel und Gewerbe, Sitz Berlin, über deren Beginn wir in der gestrigen Abendausgabe berichteten, behandelte Generalsekretär Bergmann die einjährige Tätigkeit der Preisprüfungsstellen und deren geplante Umgestaltung:

Der Redner faßte seine Ausführungen in einer Entschließung zusammen, in der die Tätigkeit und Mitarbeit der Preisprüfungsstellen hinsichtlich der Ueberwachung der Handelsbetriebe, der Verfolgung von Uebertretungen sehr anerkannt wird, weil überall von den Mitgliedern der Preisprüfungsstellen nicht nur zum Wohle der Verbraucher, sondern auch des ganz zu Unrecht des Warenwuchers beschuldigten Kleinhandelsstandes eine ungeheure Arbeit verlangt und geleistet ist. Bei dem einjährigen Wirken der Preisprüfungsstellen haben sich aber deren Mängel und Schwächen so deutlich gezeigt, daß vor einer weiteren Belastung und Ausdehnung der Befugnisse dieser Stellen dringend gewarnt werden muß. Insbesondere sieht sich die Versammlung auf Grund der schlechten Erfahrungen in der Handhabung des Nahrungsmittelgesetzes genötigt, sich gegen die Zuziehung von Vertretern der Preisprüfungsstellen als Sachverständige in Anklagefällen auszusprechen und die Anhörung der von den amtlichen Handelsvertretungen berufenen und allgemein als sachverständig anerkannten Gutachter als richtig und notwendig zu bezeichnen. Hinsichtlich der lautgewordenen Forderung: den Preisprüfungsstellen auch richterliche Gewalt zuzuteilen, erhebt die Versammlung schon deshalb einen entschiedenen Widerspruch, weil bei der Zusammensetzung der Preisprüfungsstellen in diesen weder genügend Gewähr für völlige Unbefangenheit, noch die erforderliche Sachkenntnis in allen Fragen des Handels vorhanden sein kann. Der Vorstand wird beauftragt, bei den zuständigen Stellen und auch bei den Handelskammern in diesem Sinne vorstellig zu werden.

Vom Verein Berliner Kaufleute der Kolonialwarenbranche war ein Antrag, betreffend die harten Bestrafungen der Kleinhändler wegen Uebertretung von Kriegsverordnungen und bezüglich Klagen über die Strafbefehle gestellt worden, der von der Versammlung einstimmig angenommen wurde:

Die Versammlung hält es in Anbetracht der durch den Krieg entstandenen vaterländischen Not für durchaus gerechtfertigt, daß der nicht scharf genug zu verurteilende Warenwucher und die unberechtigten Preistreibereien überall da mit harten Strafen belegt werden, wo eine leichtfertige oder absichtliche Uebertretung der Kriegsverordnungen klar hervortritt. In Anbetracht dessen aber, daß selbst der gelernte Kaufmann, geschweige denn die große Anzahl der geschäfts- und gesetzesunkundigen gewerblichen Hilfskräfte, besonders aber die Kriegerfrauen, unmöglich die Hunderte von Kriegsverordnungen genau kennen und richtig verstehen können, daß selbst von Gerichten, Polizeibehörden und Preisprüfungsstellen die vielen Verordnungen sehr verschieden ausgelegt werden, hält es die Generalversammlung für dringend geboten, daß die Strafen für entschuldbare Uebertretungen nur entsprechend den Strafen in Friedenszeiten festgesetzt werden dürfen. Es wird der dringende Wunsch ausgesprochen, daß Rücksicht genommen werde darauf, daß durch die Kriegsverordnungen vollständig neue Verhältnisse für den Kleinhandel geschaffen sind, in denen sich nicht einmal ein gelernter Kaufmann mehr zurechtzufinden vermag. Der Notschrei der kleinen Handelsbetriebe müßte umso mehr Beachtung und Berücksichtigung finden, als jedem rechtschaffenen Kaufmann und Händler, besonders aber den Kriegerfrauen jede Strafanzeige und selbst die gelindeste Strafe unendlichen Kummer und Sorgen bereitet.

Pester Lloyd

14./XI. 1916

50

# Die industrielle Entwicklung Bayerns nach dem Kriege.

W. Fr. München, 12. November.

Bayern war bisher, allgemein charakterisiert, ein Agrarstaat. Das Land ist zwar seit Jahrzehnten im Besitze von hervorragenden Industrieplätzen, wie Augsburg, Nürnberg, Ludwigshafen, Kaiserslautern, aber die Landwirtschaft war doch das vorherrschende Erwerbsgebiet, welcher Faktor natürlich auch das politische Leben wesentlich beeinflußte. Für eine größere industrielle Entwicklung waren eben die Bedingungen nicht erfüllt, von denen das industrielle Vorwärtskommen wesentlich abhängt. Es handelt sich dabei um die zeitgemäße Indienststellung der Wasserkräfte, an denen Bayern reich ist, für die Industrie, die Kanalisierung und Korrektion der vorhandenen Flußläufe für die Zwecke der Großschiffahrt, also des Mains und der Donau, die in dem künftigen mitteleuropäischen Verkehr eine besondere Aufgabe zu erfüllen haben. Denn Mitteleuropa und der Orient sind in der Zukunft wesentlich andere Faktoren im Weltverkehr als bisher, und daß Bayern in dieser neuen wirtschaftlichen Gestaltung eine wichtige Stellung zukommen wird, ergibt sich aus seiner Lage an Rhein, Main und Donau und aus dem Reichtum seiner Wasserkräfte, die jetzt mobil gemacht werden. Die Fortsetzung der Binnengroßschiffahrt von Frankfurt a. M. bis Aschaffenburg ist bereits gesichert und nach dem Kriege wird an eine Verbindung von Main und Donau, die neuzeitige Ansprüche befriedigt, zu denken sein, und ebenso an eine Korrektion der oberen Donau für Zwecke der Großschiffahrt. Welche Bedeutung die Donau heute bereits besitzt, beweist ihr Schiffspark, der sich folgendermaßen zusammensetzt: 332 Schleppdampfer, 96 Personendampfer mit zusammen 137.000 PS, 9 Lastmotorschiffe, 1831 eiserne und 639 hölzerne Schleppkähne mit zusammen 1,125.000 Tonnengehalt. Außerdem ist eine Vermehrung des Schiffsparks heute schon im Gange, noch ehe die neuen Wirtschaftskräfte des mitteleuropäisch-orientalischen Bundes sich recht geltend gemacht haben. Vorerst nimmt uns noch der europäische Völkerkrieg mit seiner ganzen Macht in Anspruch. Jedenfalls sind Main und Donau in Zukunft im europäischen Verkehr Größen, die auf die industrielle Entwicklung in Bayern und die Erweiterung des Großhandels einen eminenten Einfluß ausüben werden. Die Bedeutung des Ausbaues der Binnenschiffahrt für die neue Wirtschaftsära Bayerns und damit auch des Reiches und unserer Verbündeten ist längst erkannt und es werden selbstverständlich daraus auch die entsprechenden Konsequenzen gezogen werden.

Nicht minder wichtig ist die Ausführung der Wasserkraft- und Elektrisierungsprojekte, nicht nur des Walchenseeprojekts. Das Zentrum und die Agrarier wollen freilich davon nicht viel wissen und fürchten von einer Zunahme der Industrieanlagen für ihre Herrschaft und ihren Einfluß, aber auf die Dauer wird doch wohl die Abneigung von dieser Seite im Interesse der Gesamtheit nicht respektiert werden dürfen. Wenn die neue Wirtschaftsära Bayerns nicht von vornherein in Frage gestellt werden soll, müssen diese einseitigen und partikularistischen Gesichtspunkte zurücktreten. Auch die notwendige Elektrisierung der Staatsbahnen oder wenigstens eines Teils der Staatsbahnen erfordert eine raschere Ausführung alter Projekte. Auch andere von gegnerischer Seite im Inlande geltend gemachte Argumente, wie bezüglich der Flößerei und des Landschaftbildes usw., können ernstlich nicht in Betracht kommen. Leider hatten alle diese Einflüsse auch schon die frühere Begeisterung der Regierung stark abgekühlt, aber unter dem großen Eindruck der gegenwärtigen Weltereignisse darf bestimmt gehofft werden, daß man bald wieder mit aller Energie an diese Wirtschaftsfragen, die für das Land von weittragender Bedeutung sind, herantreten wird. Die berechtigten agrarischen Interessen brauchen deshalb durchaus nicht geschädigt zu werden, sie können vielmehr gewinnen, wenn der rechte Ausgleich erfolgt und die Landwirtschaft an der Ausnützung der Wasser-, beziehungsweise der elektrischen Kräfte teilnimmt.

Was uns nun neben den neuen wirtschaftlichen Aufgaben, die im allgemeinen nach dem Kriege an die Völker herantreten werden, in dieser Richtung mit neuen Hoffnungen erfüllt, sind auch die neuen Unternehmen der chemischen Großindustrie in Bayern, die natürlich in der raschen Erschließung der Wasserkräfte eine conditio sine qua non erblickt und demgemäß ihre Forderungen stellt. Wir erfahren bei dieser Gelegenheit, was gewiß vielen Lesern neu sein wird, daß man bei dieser Erschließung der bayrischen Wasserkräfte gewisse notwendige Rohstoffe im Inlande erzeugen könnte, für die aus Deutschland jährlich über 250 Millionen in das Ausland fließen. In dieser Erkenntnis geht jetzt unsere großchemische Industrie daran, ihre Anlagen zu erweitern und einmal einen Anfang damit zu machen. Es sind die Bayrischen Stickstoffwerke und die Elektrochemische Industrie A. Waeker, die neue Millionenanlagen ausführen und die allmählich weitere industrielle Anlagen zur Folge haben werden. Näher auf diese neuen Unternehmungen einzugehen, ist nicht unsere Aufgabe. Es sei auf sie nur hingewiesen, weil sie klar bezeugen, welcher glänzenden wirtschaftlichen Zukunft Bayern entgegensehen darf, sobald man fest entschlossen ist, die reichen Wasserkräfte des Landes für die Bedürfnisse einer neuen Zeit auszubauen. Die erwähnten neuen Unternehmungen, bei denen viele Millionen gewagt werden, geben den Skeptikern gleichsam eine Garantie, daß bei dem Ausbau der Wasserkräfte Bayerns, nur zu gewinnen ist: für den Staat, die Industrie, die Landwirtschaft, kurz für alle Interessen des Landes und des Reiches.

Als einen Fortschritt in der maßvollen Industrialisierung des Landes muß man auch das große Kruppsche Unternehmen im Norden von München bezeichnen. Auch bei diesem großen industriellen Unternehmen: den Bayrischen Geschützwerken, handelt es sich um eine Anlage, die voraussichtlich mit einem Kostenaufwand von vielen Millionen schon im Laufe des nächsten Jahres in Betrieb gesetzt werden wird. Auch das ist für das Groß-München der Zukunft, in dem, beiläufig bemerkt, auch die Schaffung einer Untergrundbahn nicht länger mehr verzögert werden darf, nur ein Anfang. Daß König Ludwig III. mit seinen volkswirtschaftlichen Kenntnissen und Interessen dieser Entwicklung freundlich und fördernd gegenübersteht, ist bekannt. Es ist dieser Standpunkt des Königs für Bayerns neue Wirtschaftsära ein wesentliches Moment, das man nicht nur in Berlin, sondern auch in Oesterreich-Ungarn gern begrüßen wird. Hoffentlich zeugt die neue Zeit auch auf diesem Gebiete ein „großes Geschlecht".

Vossische Zeitung
15./XI. 1916

51

# Kleinhandel und Kriegswirtschaft.

## Aus der Tagung des Kleinhandels.

Auf der Tagung der Zentralvereinigung deutscher Vereine für Handel und Industrie, über die wir berichteten, sprach gestern in Vertretung des Präsidenten, Geheimen Oberregierungsrates Frisch, Rechtsanwalt Dr. Barber-Hamburg über die Organisation und Aufgaben der Z. E. G., die einem Plane Ballins ihren Ursprung verdankt. Sie war ursprünglich lediglich eine Reichseinkaufsstelle in Hamburg, übersiedelte aber im November 1914 nach Berlin und nahm ihre heutige Form an. Die straffe Durchführung der Zentralisierung des Einkaufes hat unstreitig günstig gewirkt, zumal der Einkauf nicht durch Beamte, sondern durch praktische Kaufleute erfolgte. In jedem einzelnen Artikel gelang es, die Einfuhr trotz aller Schwierigkeiten zu steigern. Der Redner beleuchtete die Einzelheiten der Verteilung, die jetzt in der Hand des Kriegsernährungsamtes und der verschiedenen Kriegsgesellschaften ruht. Mit welchem Riesenapparat die Z. E. G. arbeitet, beweist der Umstand, daß sie in 18 verschiedenen Häusern ihre Büros hat. Schon im Juli d. J. zählte sie 2300 Angestellte, 1700 Schreibmaschinistinnen, 250 jugendliche Boten, 700 Telefonnummern. Es muß betont werden, daß sich in ihrem gesamten Personal keine kriegsverwendungsfähigen Leute befinden. Es besteht ausschließlich aus Garnisondienstfähigen, Kriegsbeschädigten und Frauen.

Es wurde dann folgende Entschließung angenommen: „Die Versammlung stellt sich auf den Standpunkt, daß die außerordentlichen Kriegsverhältnisse eine Einschränkung des freien Warenhandels hier und da notwendig gemacht und gerechtfertigt haben. Sie hält es jedoch für die größte Ungerechtigkeit, wenn Gemeinden in dieser schweren Zeit durch Errichtung eigener Verkaufsstellen den Kleinhändlern die Existenz erschweren oder unmöglich machen. Wenn Staat und Gemeinden den Kleinhändlern bei der Warenzuteilung oder Festsetzung von Höchstpreisen nicht nur nicht den notwendigen angemessenen Nutzen gewähren, sondern sie sogar zwingen, mit Verlust zu verkaufen und auch noch für Mindergewicht und Warenmängel selbst aufzukommen. Die Versammlung bezeichnet es als eine Pflicht des Kleinhandelsstandes, Staat und Gemeinden bei allen Maßnahmen für die Volksernährung nach besten Kräften zu unterstützen. Sie hält es aber andererseits für eine Notwendigkeit, daß die staatlichen und Gemeindebehörden möglichst mit den beteiligten Erwerbskreisen und ihren Organisationen arbeiten, da nur auf diese Weise die Fehler einer einseitigen Verbraucherpolitik, insbesondere die ungerechte Warenverteilung, vermieden werden können." Der Kleinhandelstag beklagte sich noch über die Zurücksetzung der Kleinhändler bei Bildung von Kriegsämtern und beauftragte seinen Vorstand, dahin zu wirken, daß die Buchforderungen der ostpreußischen Kaufleute, deren Bücher bei dem Russeneinbruch vernichtet wurden, bei der Kriegsentschädigung teilweise berücksichtigt werden.

Zur Verordnung über die äußere Kennzeichnung von Waren nahm die Versammlung eine Entschließung an, in der die gute Absicht der getroffenen Maßnahmen nicht verkannt, ihre Notwendigkeit für die Dauer aber bestritten wird. Es wird daher bestimmt erwartet, daß diese Verordnung nur für die Zeit des Krieges Geltung behält. Für den Schutz der Verbraucher vor Uebervorteilungen sorgen während des Krieges genügend Bestimmungen, während in normalen Zeiten erfahrungsgemäß besonders die Kleinhändler durch die freie Konkurrenz gezwungen werden, sich mit dem bescheidensten Nutzen zu begnügen. Die Versammlung legt besonderen Wert darauf, daß dem Kleinhändler das Recht gelassen wird, die Verkaufspreise auch für verpackte Waren selbst bestimmen und den Erwerbsverhältnissen ihres Geschäftsbetriebes anpassen zu dürfen, da diese in den einzelnen Orten sehr verschieden sind.

Reichspost 15./XI. 1916

52

# Kriegshilfe für den Handwerker- und Kaufmannsstand.

## Plenarsitzung der autonomen Gewerbeförderungsinstitute.

Am 15. Juni kamen über Einladung des niederösterreichischen Landesausschusses Bielohlawek und des Zentralkollegiums des Landesgewerberates für die Markgrafschaft Mähren die Gewerbeförderungsanstalten und gewerblichen Zentralkörperschaften aus den Kronländern Oesterreichs zusammen, um über eine gemeinsame Kriegshilfsaktion für kriegsbeschädigte Handwerker und Kaufleute zu beraten. Es wurde damals ein eigenes Komitee gewählt, welches die Beschlüsse der Versammlung zur Ausführung bringen sollte. Heute fanden sich abermals die Vertreter dieser Körperschaften im Sitzungssaale des niederösterreichischen Landhauses zusammen, um den Bericht des Komitees über die von ihm inzwischen unternommenen Schritte entgegenzunehmen. Auch diese Versammlung war von gewerblichen Vertretern aus dem ganzen Reiche beschickt. Unter anderen waren erschienen: Vom Gewerbeförderungsamt Hofrat Kunze, vom niederösterreichischen Landesausschuß Bielohlawek, Landesoberinspektor Lunzer und Inspektor Ed. Heinl, für die Magistratsdirektion Wien: Obermagistratsrat Langthaler und Magistratssekretär Dr. Schwarz, für den Landesausschuß Mähren: Landeshauptmannstellvertreter Jellinek, Landesausschußbeisitzer Dr. Budinski, für das Zentralkollegium des mährischen Landesgewerberates A. Janda, für das mährische Landesamt für Gewerbeförderung (Deutsche Sektion) Direktor Kubelka; böhmische Sektion kaiserlicher Rat Pastyrik und Dr. Soukup und Landessekretär Dr. J. Janacek. Von Handelskammern Abgeordneter Richter und Sekretär Professor Wrabetz (Wien), Direktor Haberer (Innsbruck), kaiserlicher Rat Laszlo und Sekretär Dr. Leitzinger (Leoben), Vizepräsident C. Pammer (Leibach), Sekretär A. Bissiach (Görz), kaiserl. Rat M. Brunner und Sekretär Dr. Valerio Polacco (Triest), Regierungsrat Dr. Chudazik (Eger), Dr. J. Drtina (Pilsen), Josef Zeimel und Dr. Ernst Littich (Brünn). Von Gewerbeförderungsinstituten: kaiserl. Rat C. Wöhrle (Linz), Abg. Hueber (Salzburg), Direktor Penso (Görz), Abg. Loser (Dornbirn), Th. Dorazil (Troppau), für den Deutschösterreichischen Gewerbebund Abg. Breuer und Sekretär Hainzlmayer, für den Wiener Gewerbegenossenschaftsverband Sekretär Dr. Fuhrmann, für die Zemska jednota zivnostenskych spolecenstev (Brünn) kaiserl. Rat Powondra, für den Sudetenländischen Handwerkerrat M. Giugno (Brünn), für den Zentralverband der Deutschen Gewerbl. Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften Mährens und Schlesiens Stadtrat Lustig (Brünn), für den Deutschen Genossenschaftsverband für Nordmähren Kintschala, für den mährischen Gewerbeverein Präsident Wokurek, für den Verband handwerksmäßiger Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften in Graz Abg. Krebs, für den Zentralverband der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften Niederösterreichs Vorsteher Spavek, Direktor Tuma, Kouril, Semlak, Hoftaschner, Zeller und Direktor Zimmerl, für den Landesverband der kaufmännischen Genossenschaften Kammerrat Löscher (Ybbs) usw.

LA. Bielohlawek berichtet über die bisher vom Komitee unternommenen Schritte, welches die Beschlüsse der Plenarversammlung zusammenfaßte und dem Ministerpräsidium, sowie dem Handels- und Arbeitsministerium überreichte. Wenn weitere Schritte bisher noch nicht unternommen werden konnten, so liege die Schuld darin, daß das in der Kreditfrage maßgebende Ministerium, das Finanzministerium, dazu noch nicht Stellung genommen habe. Ohne diese Stellungnahme können keine weiteren Schritte unternommen werden. Aus diesem Grunde habe auch das Arbeits- und Handelsministerium keine Vertreter entsendet und sich entschuldigt. Die Stellungnahme des Finanzministeriums sei aber dringend, da unmittelbar nach dem Kriege die Hilfsaktion einsetzen müsse und sich jetzt schon kriegsinvalide Gewerbetreibende um Hilfe an die Landesstellen wenden. Man könne annehmen, daß die heutige Regierung, an deren Spitze ein Mann mit Verständnis für die Lebensfragen der erwerbenden Stände stehe, sich der dringlichen Notwendigkeit eines raschen und durchgreifenden Handelns nicht verschließen werde. Um aber die Regierung zur Stellungnahme zu zwingen, möge eine aus der Versammlung gewählte Deputation sogleich beim Finanzminister vorsprechen. Präsident Pastyrik (Brünn) wünscht namens der böhmischen Sektion des mährischen Landesgewerberates eine sofortige Antwort der Regierung über das Ausmaß der Regierungshilfe und auch darüber, welches Ministerium eigentlich in dieser Frage kompetent sei. — Abg. Breuer (Deutschösterreichischer Gewerbebund): Es ist höchste Zeit, daß das Ministerium, auf welches die Bevölkerung vertraut, handelt, da nach dem Kriege Hunderttausende Gewerbetreibende Arbeit und Verdienst haben wollen. Die gewerblichen Körperschaften von ganz Oesterreich sind einig, nur mehr die Entscheidung der Regierung, die seinerzeit ihre Mitarbeit zugesichert, stehe noch aus. Der Gewerbestand hat in schweren Zeiten seine Pflicht getan, nun möge auch die Regierung ebenso ihre Pflichten diesem Stande gegenüber erfüllen. — Kaiserl. Rat Picker (Czernowitz) schildert das Elend der aus dem Kriegsgebiete flüchtigen Handwerker: Die Bitte der Handelskammer Czernowitz um rasche Hilfeleistung sei bisher unbeantwortet geblieben. Abg. Krebs (Graz) konstatiert trotz der ausstehenden Regierungsantwort ein Vorwärtsschreiten der Aktion und bedauert nur, daß sich auch hier Kompetenzschwierigkeiten geltend machen. Nachdem Abg. Richter (Wien) die Verschiebung der Debatte beantragt, werden zunächst folgende Anträge des LA. Bielohlawek einstimmig angenommen. Die österreichischen Gewerbeförderungsanstalten und Zentralorganisationen gewerblicher Körperschaften haben in ihrer zweiten Vollversammlung am 14. November 1916 die Einleitung einer umfassenden Kredithilfsaktion für den kriegsbetroffenen gewerblichen und kaufmännischen Mittelstand Oesterreichs als eine bereits sehr dringend gewordene Notwendigkeit erkannt und mit Rücksicht darauf, daß

a) schon jetzt Kriegsteilnehmer aus dem Handels- und Gewerbestande, die wegen Untauglichkeit zum weiteren Militärdienste in die Heimat entlassen wurden, ihre geschäftliche Existenz wieder herstellen wollen, dazu aber mangels ausreichender eigener Mittel eines entsprechenden Kredites bedürfen, und daß ferners

b) die Vorarbeiten für die Bildung und Einrichtung der behufs Unterstützung hilfsbedürftiger Handels- und Gewerbetreibender nach dem Kriege bestimmten Kreditorganisationen in den einzelnen Kronländern zweifellos ohnehin eine längere Zeit in Anspruch nehmen werden, beschlossen, durch eine aus ihrer Mitte gewählte Deputation an die hohe k. k. Regierung neuerlich das Ersuchen zu richten, im Sinne der vom Landesausschuß des Erzherzogtums Oesterreich unter der Enns und dem Zentralkollegium des Landes-Gewerberates für die Markgrafschaft Mähren unterm 25. August 1916 überreichten Anträge alle erforderlichen Maßnahmen zur Durchführung der gegenständlichen Kredithilfsaktion sobald als möglich treffen und die hierüber gefaßten Entschließungen sodann mit zulässiger Beschleunigung, wenn tunlich noch während der Dauer des laufenden Jahres verlautbaren zu wollen, damit bereits zu Beginn des Jahres 1917 die Verhandlungen wegen Bildung und Einrichtung der neuen Kreditorganisationen aufgenommen werden können.

II. Antrag: Der engere Ausschuß, bezw. dessen Vorsitzender werden ermächtigt, in diesen Ausschuß außer den in der Vollversammlung am 16. Juni 1916 gewählten Mitgliedern nach Bedarf auch noch andere Vertreter der österreichischen Gewerbeförderungsanstalten und gewerbliche Körperschaften als Mitglieder zu berufen.

In die Deputation an den Finanzminister wurden u. a. gewählt: LA. Bielohlawek, Landeshauptmannstellvertreter Jellinek und Präsident Janda (Brünn). Ein Zusatzantrag Pastiriks, eine Entscheidung der Regierung, welches Ministerium kompetent sei, zu veranlassen, wird ebenfalls einstimmig angenommen. Hierauf vertagte sich die Versammlung auf die Nachmittagsstunden, um dann die Antwort des Finanzministers durch die unterdessen bei ihm erschienene Deputation entgegenzunehmen.

---

Unter Führung des Vorsitzenden LA. Bielohlawek begab sich hierauf die Deputation zum Finanzminister Dr. Marek, welcher die Wünsche der Wortführer des Gewerbestandes entgegennahm. Der Minister erklärte, daß die Regierung mit größtem Interesse den Verhandlungen folge und daß er bestrebt sein werde, ihre Stellungnahme zu den vorgeschlagenen Projekten, betreffend Hilfsaktionen in den einzelnen Kronländern, den Wünschen des Gewerbestandes anzupassen. Nach halbstündiger Dauer war die Audienz zu Ende.

*

In den Nachmittagsstunden fanden die Beratungen der Plenarversammlung ihre Fortsetzung. LA. Bielohlawek berichtete über die Audienz beim Finanzminister und über den Eindruck derselben auf die Deputation. Dieser sei sowohl von der Persönlichkeit des Ministers als auch von seiner sachlichen Erklärung ein günstiger gewesen. Nachdem kaiserlicher Rat Pick (Czernowitz) ein Anliegen der flüchtigen Handwerker der Bukowina zur Kenntnis gebracht, wird zum Schlusse der Versammlung geschritten.

Reichspost
16./XI. 1916

54

# Ehrung verdienter Gewerbetreibender und Arbeiter.

In Gegenwart von Vertretern der Regierung, des Landes Niederösterreich, der Gemeinde Wien und der gewerblichen Vereinigungen wurden heute vormittag im Sitzungssaale des Landhauses zahlreichen verdienten Veteranen des Gewerbestandes die vom Gewerbeförderungsamte des n.-ö. Landtages zuerkannten Auszeichnungen in feierlicher Weise überreicht. LA. Bielohlawek hob in einer längeren Ansprache die Verdienste hervor, die sich der Gewerbestand während des Krieges um Staat, Land und Gemeinde erworben hat, verwies auf dessen große Leistungsfähigkeit, die gerade durch die Kriegslieferungen auf neue dargetan wurde, und gedachte dann im besonderen derjenigen Gewerbetreibenden, denen der Landesausschuß die Goldene Medaille zuerkannt hat und die dem gesamten Stande zu hoher Ehre gereichen. Herrenhausmitglied Lobmeyer sei 60 Jahre in seinem Berufe tätig und habe den Ruf des österreichischen Gewerbes in alle Weltteile getragen, Gemeinderat Joh. Dominik Schlechter sei ein Mann, dessen uneigennütziges Wirken für den Gewerbestand jeder Gewerbetreibende kenne; 59 Jahr sei er bereits Meister, 30 Jahre Gemeinderat der Stadt Wien und auch eine Zeitlang Mitglied des Landtages. Dachdeckermeister Polzer stehe über 60 Jahre in seinem Gewerbe als Muster treuer Pflichterfüllung. Besonders hob der Redner hervor, daß sich unter den so Ausgezeichneten auch ein Angehöriger des Arbeiterstandes befinde, der Uhrmachergehilfe Josef Hanus, der 61 Jahre als Arbeiter tätig sei. LA. Bielohlawek knüpfte an seine Glückwünsche für die Ausgezeichneten die Versicherung, daß die Landesverwaltung alles aufbieten werde, um die Interessen des Gewerbestandes auch in Zukunft nachdrücklichst zu vertreten. (Lebhafter Beifall.) Vizebürgermeister Hierhammer beglückwünschte die Gewerbetreibenden namens der Gemeinde Wien und sagte: Wenn wir heute noch immer nicht vom Frieden sprechen können, so müssen wir uns doch schon jetzt die Frage vorlegen: Was geschieht mit allen denjenigen aus dem Gewerbestande, die Hammer und Hobel weggelegt haben und hinausgezogen sind ins Feld, wenn sie nach dem Kriege wieder heimkehren werden? Der Bauer findet seine Scholle wieder, der Beamte seine Stellung, der Arbeiter wird auch Beschäftigung finden, was geschieht mit dem Gewerbetreibenden, der heimkehrt und verschlossene Türen findet? Es ist dem hochverehrten Herrn LA. Bielohlawek schon seinerzeit vorgeschwebt, da mit einer Hilfsaktion einzusetzen und die Gemeinde schließt sich selbstverständlich vollinhaltlich dieser Aktion an, aber es muß auch die Regierung dazu beitragen. Hier, vor Veteranen der Arbeit, wollen wir geloben, daß wir treu und fest die Bestrebungen des Gewerbestandes schützen wollen. (Lebhafter Beifall.) Kais. Rat Stratzkaney beglückwünschte als Vertreter des Arbeitsministeriums und des staatlichen Gewerbeförderungsamtes die Jubilare und hob die Verdienste des n.-ö. Landesausschusses um die Förderung des Gewerbes hervor. Hiefür sprach der Redner unter lebhafter Zustimmung im Namen seiner Behörde dem Landesausschusse den wärmsten Dank aus. Der Vorsitzende des deutschösterreichischen Gewerbebundes Gemeinderat Breuer sprach namens seiner Körperschaft den Ausgezeichneten die Glückwünsche aus. Gemeinderat Schlechter dankte namens der Jubilare und wies auf die Verdienste hin, die sich LA. Bielohlawek um das Gewerbe in Niederösterreich und insbesondere in Wien erworben habe. Er bat den Landesausschuß, dem Gewerbestande auch in Zukunft das gleiche Wohlwollen zu bewahren. LA. Bielohlawek erwähnte, daß ihn in seiner Arbeit für den Gewerbestand die Landesbeamten, insbesondere Oberinspektor Lunzer und Inspektor Heinl unterstützen, denen er seine Anerkennung aussprechen müsse. Der Aelteste der Beteilten, Dachdeckermeister Polzer, schilderte seine mühevolle Vergangenheit und mahnte die Angehörigen des Gewerbestandes zur Tugendhaftigkeit, zu Fleiß und Sparsamkeit. (Lebhafter Beifall.)

Hierauf nahm LA. Bielohlawek die Verteilung der Medaillen und Diplome vor. Es erhielten: Die Goldene Anerkennungs- bezw. Ehrenmedaille: Karl Polzer, Dachdeckermeister; Johann Dominik Schlechter, Buchbinder und Genossenschaftsvorsteher; Ludwig Lobmeyer, k. u. k. Hofglashändler und Mitglied des Herrenhauses. Die Silberne Anerkennungsmedaille: Karl Kleinle, Wagnermeister; Anton Schlesinger, k. k. Hofuhrmacher; Julius Franke, Buchbinder und Ledergalanteriefabrikant; Josef Regal, Hutmachermeister; Jakob Schaller, Lackierermeister; Anton Kalcher, bürgerlicher Juwelier; Eduard Steiner, Glasermeister; Emil Holzer, Fiaker und Genossenschaftsvorsteher; Gustav Simmerl, bürgerlicher Juwelier; Josef Schott, Glasermeister; Franz Böhm, Fiaker; Paul Hinkelmann, Friseur; Friedrich W. Papke, Buchbinder und Ledergalanteriewarenfabrikant; Georg Philipp von der Lipp, Photograph; Johann Niederführ, Zimmer- und Dekorationsmaler und Genossenschaftsvorsteher; Johann Brenta, Wäschereibesitzer; Siegmund Ketslemeti, Anstreichermeister; Johann Breunig, k. k. Hofbäcker und Genossenschaftsvorsteher; Karl Draechsler, Posamentierer; N. Vellella, Rauchfanglehrermeister. Ferner erhielten 69 Meister die Bronzene Anerkennungsmedaille und 97 das Anerkennungsdiplom. Von den Gehilfen erhielten die Goldene Mitarbeitermedaille Josef Hanus, Uhrmacher. Die Silberne Mitarbeitermedaille Rudolf Seb, Werkführer und Franz Kalupa, Drechsler. Weiter erhielten vier Gehilfen die Bronzene Mitarbeitermedaille und sechs das Mitarbeiterdiplom.

Der Abend
17. I. XI. 1916

55 A 17

## Tantième-Studien.

Der „Abend" hat kürzlich die Tantièmen veröffentlicht, die bei der Österreichischen Waffenfabrik verteilt wurden. Das entschleierte Geheimnis dieser vielen Hunderttausende hat bei Beteiligten und Außenstehenden begreifliches Aufsehen erregt. In den „Mitteilungen des Aktionärvereines" findet sich heute ein kleiner Aufsatz, „Spenden und Tantièmen", der unsere Veröffentlichung beachtenswert ergänzt. Er zeigt den Geist, von dem die unter dem Vorsitze des Herrn Dr. Sieghart beratende und beschließende Verwaltung geleitet ist. Die Mitteilung lautet:

So sehr der A.-V. für Einschränkung vermeidbarer Ausgaben, Steuerersparnisse und rationelle Betriebsgestaltung eintritt, steht er doch zwei Ausgabsposten stets freundlich gegenüber: angemessener Entlohnung tatsächlich geleisteter Arbeit und Zuwendungen zu Wohlfahrtszwecken, die in den Verhältnissen begründet sind. Diese Haltung nehmen wir auch gegenüber den großen Kriegsspenden einiger A.-G. ein, die aus den Taschen der Aktionäre — mit unserer Billigung, wir wiederholen es — bezahlt wurden. Fast alle A.-G. stellen diese Spenden in die Betriebsrechnung ein, womit sie zwar dem ohnehin bedeutungslosen Bestimmungsrechte der G.-V. entzogen werden, wodurch aber der ganze Reingewinn, also die Basis für Dividende und Tantième, geschmälert erscheint. Nur die Waffenfabrik A.-G. hat es für gut befunden, im Gegensatze dazu die Spenden von der G.-V., und zwar erst nach Minimaldividende und -Tantième, beschließen zu lassen, so daß die Spendenbeträge wohl die Superdividende der Aktionäre, nicht aber die Tantième der Verwaltungsräte schmälern. Diese Einseitigkeit in der Opferwilligkeit verdient festgehalten zu werden. Wir wissen aus Erfahrung, daß manche Verwaltungen mit Heldenmut die Lasten ertragen, welche den Aktionären auferlegt werden; aber die Bescheidenheit eines Verwaltungsrates, der sich von der Beteiligung an solchen Spenden und damit von der Anerkennung der öffentlichen Meinung für sie fast gewaltsam ausschließt und beide ganz den Aktionären überläßt, muß hervorgehoben werden. Da sollten auch die üblichen offiziellen Anerkennungen für solche Spenden nicht an die Verwaltungsräte, sondern unter die Aktionäre verteilt werden.

Pester Lloyd
17./XI. 1916

56

# Deutsch-österreichisch-ungarische Einkaufsvereinigung.

Budapest, 16. November.

Die aus Anlaß der ersten Budapester Tagung der deutsch-österreichisch-ungarischen Einkaufsvereinigung in der ungarischen Hauptstadt eingetroffenen deutschen und österreichischen Gäste haben heute mittag im Handelsministerium beim Handelsminister Baron Johann Harkányi ihre Aufwartung gemacht, der sie in Gesellschaft des Staatssekretärs Wilhelm v. Lers empfing. Die deutschen und die österreichischen Herren wurden dem Minister von seiten des Präsidiums der Vereinigung der Ungarischen Rohstoffzentralen durch die Herren Philipp Weiß und Béla Surányi, sowie durch das ungarische Mitglied des Präsidiums der deutsch-österreichisch-ungarischen Einkaufsvereinigung Robert v. Szurday vorgestellt.

Unter den Gästen befanden sich unter anderen: der Geheime Finanzrat Stimming vom deutschen Reichsschatzamt, der Chef der volkswirtschaftlichen Abteilung des preußischen Kriegsministeriums Major Michaelis, der Chef der Rohstoffabteilung des preußischen Kriegsministeriums Major Wolfhügel, Geheimrat Matheis vom preußischen Reichsamt des Innern, der ständige Delegierte des preußischen Kriegsministeriums im k. u. k. Kriegsministerium Major Deichmann, der preußische Leiter der Budapester Rohstoffübernahmskommission Hauptmann Waetjen, die Direktoren der Deutsch-Orientalischen Handelsgesellschaft Schrader und Dr. Welti, Hauptmann Hardt von der Rohstoffabteilung des preußischen Kriegsministeriums; von seiten des gemeinsamen Kriegsministeriums: die Mitglieder des Präsidiums der Einkaufsvereinigung Baron Theodor Liebig und Artur Kuffler, der Chef der Textil- und Lederabteilung des k. u. k. Kriegsministeriums Oberintendant Chlapek, der Chef des Rohstoffbeschaffungssyndikats des k. u. k. Kriegsministeriums Oberleutnant Feitler, die Oberleutnants Gold, Szentkovits und Wolfrum, der Leiter der Budapester Rohstoffübernahmskommission Hauptmann Grazer; von seiten des österreichischen Handelsministeriums Ministerialrat Glück.

Handelsminister Baron Johann Harkányi empfing die ausländischen Gäste in überaus freundlicher Weise und konversierte mit ihnen längere Zeit über aktuelle Fragen des Rohstoffeinkaufs im Orient.

Nachmittags 4 Uhr hielt die deutsch-österreichisch-ungarische Einkaufsvereinigung im großen Saale des Bundes ungarischer Fabriksindustriellen ihre erste Sitzung, an der auch FZM. Glückmann vom gemeinsamen Kriegsministerium teilnahm.

•

Die ungarischen Mitglieder der deutsch-österreichisch-ungarischen Einkaufsvereinigung gaben zu Ehren der deutschen und österreichischen Gäste abends im „Hotel Hungaria" ein Festessen, an dem in Vertretung des Handelsministers Staatssekretär Wilhelm Lers, in Vertretung des deutschen Generalkonsuls Grafen Fürstenberg der Vizekonsul Dr. Forster, ferner die Generalkonsuln Achmet Hikmet Bei und Netkow, die Magnatenhausmitglieder Leo Láncz, Adolf v. Ullmann und Manfred v. Weiß, die Reichstagsabgeordneten Roland Hegedüs und Baron Julius Madarassy, Baron Moritz Kornfeld, Baron Paul Kornfeld, Franz Chorin jun. und zahlreiche andere Notabilitäten der ungarischen Volkswirtschaft teilnahmen.

Den ersten Trinkspruch brachte Herr Philipp Weiß, der Vorsitzende der ungarischen Rohstoffzentrale, auf die verbündeten Herrscher, auf Ihre Majestäten den König von Ungarn und Kaiser von Oesterreich, den Deutschen Kaiser, den türkischen Sultan und den Zaren von Bulgarien aus. Sodann begrüßte er in herzlichen Worten die Gäste, insbesondere die fremden Regierungsvertreter. Mit besonderer Wärme hieß er die deutschen Gäste willkommen. Er betonte, daß die ungarische Nation den geistigen und ethischen Vorzügen des großen deutschen Volkes stets die größte Bewunderung gezollt habe. Freund und Feind bewundern in gleicher Weise die deutsche Tüchtigkeit, Elastizität und Organisationsgabe. Als verheißungsvolles Zeichen für die Zukunft begrüße man bei uns die Tatsache, daß die deutsch-österreichisch-ungarische Einkaufsvereinigung sich Budapest zum Orte ihrer ersten Tagung erkoren habe. Die Vereinigung setze alle ihre Kräfte ein, um den Sieg auch auf wirtschaftlichem Gebiete erringen zu helfen.

Geheimrat Stimming, Vertreter des deutschen Reichsschatzamtes, dankte im Namen seiner Landsleute für den herzlichen Willkommgruß. Ohne die Arbeit der auf wirtschaftlichem Gebiete wirkenden Männer der heldenmütigen Selbstaufopferung unserer auf den Schlachtfeldern kämpfenden Brüder gleichstellen zu wollen, möchte er doch betonen, daß die Deutschen als Pflichtmenschen auf allen Gebieten die ihnen erwachsenden Aufgaben zu erfüllen trachten. An die heute vormittag vernommenen Worte des Handelsministers Baron Harkányi anknüpfend, betrachtet auch er es als günstiges Omen für die Zukunft, daß die Vertreter der Vereinigung ihre erste Zusammenkunft auf ungarischem Boden feiern dürfen. Hervorheben müsse er auch die großen Verdienste, die die Kriegsminister der verbündeten Staaten inmitten ihrer Kriegsaufgaben sich auch auf wirtschaftlichem Gebiete erworben haben. Hoffentlich werden wir in der Zukunft viribus unitis auch auf dem wirtschaftlichen Gebiete tätig sein. Auf eine glückliche Zukunft des mitteleuropäischen Bundes leerte er sein Glas.

Staatssekretär Wilhelm Lers hob in seinem Trinkspruch hervor, daß unser ganzes Zeitalter im Zeichen der Organisation stehe. Die ganze Kriegführung sei eine Errungenschaft der großartigen industriellen Organisation, wobei freilich auch die sittlichen Momente, der Heldenmut, die Opferwilligkeit und die Vaterlandsliebe eine bedeutende Rolle spielen. Im Verlaufe des Krieges wurden große Entdeckungen gemacht; es wurden Sparstoffe entdeckt, es wurden neue Verkehrsmöglichkeiten entdeckt, ja auch Ungarn, Budapest und die Donau sind endlich entdeckt worden. Das ungarische Volk, das mit Todesverachtung für sein Vaterland kämpft, war dem großen deutschen Volke stets in liebevoller Bewunderung zugetan. Wir haben den Wunsch, daß Budapest nicht bloß die Pforte des Ostens sei, sondern zu einem Handelsemporium emporgedeihe, dem eine wichtige Rolle im Wirtschaftsleben Mitteleuropas zufallen werde.

Robert v. Szurday hob in seinem Trinkspruch die große Wichtigkeit der Organisation hervor. Der Arbeit der Einkaufsvereinigungen sei es mit zu danken, daß die Aushungerungsbestrebungen der Entente zuschanden geworden sind. Wir haben stets reichlichen Rohstoff für die militärischen Zwecke zu beschaffen vermocht und werden dies auch in Zukunft zu tun wissen. Der Löwenanteil an diesem Verdienst gebühre dem Vorsitzenden der deutschen Einkaufsvereinigung, dem zu Weltruhm gelangten Alfred Lohmann, der durch Krankheit leider verhindert ist, an der Budapester Tagung teilzunehmen. Redner schloß mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf Alfred Lohmann und dessen Mitarbeiter Baron Liebig und Kuffler.

Feldzeugmeister Glückmann gab der dankbaren Anerkennung des Militärs für die Opferfreudigkeit der Bevölkerung des Hinterlandes Ausdruck.

In einem launigen Trinkspruch lehnte Herr Kuffler die ihm zugeschriebenen Verdienste ab, da Herr Alfred Lohmann allein die ganze Arbeit verrichtet habe, doch werden er und Baron Liebig sich bemühen, in der Zukunft auch für sich den Rechtstitel auf so anerkennende Worte zu erwerben.

Die Gesellschaft blieb noch lange in der gemütlichsten Stimmung beisammen.

Neue Freie Presse
22./XI. 1916

59

[Staatliche Einflußnahme auf die industrielle Produktion.] In der Gesellschaft österreichischer Volkswirte wurde heute die Diskussion über den Vortrag des Präsidenten Artur Kuffler, betreffend die staatliche Einflußnahme auf die industrielle Produktion, geführt. Dr. Broda führte aus: „Durch den Krieg ist die Gütererzeugung hinter dem Friedensstandard stark zurückgeblieben und das Preisniveau hat sich überall gehoben. Wenn das Preisniveau auf seiner jetzigen Höhe bleibt, so bleibt auch die Minderbewertung unserer Valuta gegenüber dem ausländischen Gelde auf demselben Niveau. Eine derartige Eventualität muß zurückgewiesen werden und es muß dahin getrachtet werden, daß die Krone wieder auf das Wertpiedestal gestellt wird, das sie seinerzeit hatte. Für die Momente des Ueberganges in die Friedenswirtschaft kommt zunächst der Goldexport in Betracht. Die zweite Möglichkeit besteht in der Aufnahme einer Valutaanleihe. Das dritte Moment liegt darin, mit radikalen Mitteln der Handelspolitik auf die Gütereinfuhr Einfluß zu nehmen. Um zu einer Herabsenkung des Preisniveaus zu gelangen, muß unsere Produktion auf das energischeste gefördert und es müssen alle Maßregeln ergriffen werden, um dem Markte große Quantitäten Güter zuzuführen. Dringend notwendig wird es sein, nach dem Kriege den Export zu heben und den Import zu drosseln durch die Bindung aller oder bestimmter Importe an eine staatliche Einfuhrbewilligung. Zwei wichtigen Widerständen wird die Regierung Trotz zu bieten genötigt sein: dem Widerstande der großen Masse der Bevölkerung gegen diejenigen Maßregeln, die dazu führen, die Einfuhr zu drosseln, um die Produktionsmaschinerie in Gang zu bringen, weiter dem Widerstande der Industrie gegen eine Herabsetzung der Produktion. (Beifall.) — Dr. Stolper will auch die Argumente, welche Präsident Vetter in der „Neuen Freien Presse" als Antwort auf die Ausführungen des Präsidenten Kuffler dargelegt hat, in den Kreis seiner Erörterungen ziehen. Die Wirtschaftspolitik muß so eingestellt werden, daß wir exportfähig werden. Der ungeheuren Steigerung der Produktionskosten steht der Zwang gegenüber, die Gestehungskosten möglichst herabzudrücken. Das ist nur möglich bei äußerster Intensivierung und Spezialisierung der Wirtschaft. Am Tage des Friedensschlusses werden wir uns nach einer möglichst großen ausländischen Anleihe umsehen müssen, und als Kreditgeber kommen für uns die Vereinigten Staaten und Deutschland in Betracht. Die Staatsverwaltung hat das größte Interesse daran, daß aus den eingeführten Rohstoffen zunächst die für den Massenkonsum und für den dringendsten Bedarf nötigen Waren hergestellt werden. Unter allen Umständen wird man auf der engsten Kooperation einer deutschen und österreichisch-ungarischen Devisenzentrale bestehen müssen. Wenn Deutschland kein Einfuhrverbot macht, können auch wir keines machen. (Beifall.) Präsident Kuffler: Was ich beantrage — und das ist unwidersprochen geblieben — ist die Drosselung des Konsums, und zwar aus der Erkenntnis, daß wir nicht in der Lage sind, alle Bedürfnisse der Bevölkerung, Heeresverwaltung und der Vorratswirtschaft unter einem zu decken. Der Konsum kann am besten durch Einschränkung der für das Inland bestimmten Produktion gemindert werden, wobei gleichzeitig die Exportproduktion zugelassen wird. Darin besteht nur eine Drosselung des heimischen Konsums, aber bloß eine scheinbare der Industrie. Wenn zugegeben wird, daß der inländische Konsum sich nach gewissen Verhältnissen richten muß, dann ist die beste Regelung und der beste Weg zur Anspannung der Produktionskräfte der, daß der Inlandskonsum gedrosselt wird. Gegenüber den Ausführungen des Präsidenten Vetter möchte ich bemerken, daß ein großer Teil der Industrie gleizeitig ausländische und inländische Rohstoffe verwendet. Wenn der Bezug des ausländischen Rohstoffes allein geregelt wird und der des inländischen frei bleibt, muß ein Wettlauf nach dem Erwerbe des inländischen Rohstoffes und eine unnötige Preistreiberei Platz greifen. Zu einer gleichmäßigen Regelung führt nur die Regelung der Produktionsmenge. Eine weitgehende Einflußnahme des Staates auf die industrielle Produktion wird in höherem Maße erfolgen müssen, als sie vor dem Kriege bestanden hat und im allgemeinen von den Industriellen gewünscht wird, wenn überhaupt eine normale Wirtschaft aufgebaut werden soll. (Beifall.) Geheimer Rat Dr. Freiherr v. Plener: Auch ich bin der Meinung, daß ohne eine Organisation und strengere Verteilung der Produktionsbedingungen die künftige Wirtschaft nicht wird bestehen können und daß eine Revision unserer Volkswirtschaft und unserer Produktionsverhältnisse wird eintreten müssen, um den neuen Verhältnissen gewappnet gegenüber zu stehen. Ob diese Organisation durch Verbände der Großindustrie unter Mitwirkung und eventueller Beteiligung des Staates, oder ob sie mehr bureaukratisch erfolgen wird, das steht dahin. Sie wird sich nach verschiedenen Produktionszweigen verschieden organisieren und fortbilden. Ich möchte aber glauben, die rein bureaukratische Art der Organisation wird sich am wenigsten empfehlen; denn wir dürfen uns darüber nicht täuschen, daß wir bei allen Versuchen, die man bisher in der Beschaffung der Lebensmittel auf bureaukratischem Wege gemacht hat, eigentlich keinen gedeihlichen Erfolg zu verzeichnen haben und es daher eine Ueberschätzung der Staatsgewalt und ihrer Fähigkeit zu wirtschaftlichen Leistungen bedeutet, wenn wir den Staat als solchen, in praxi aber den Beamtenkörper, der in solchen Fällen meist versagt, als das einzige Instrument ansehen, das eine Revision unserer volkswirtschaftlichen Zustände herbeiführen kann. Hier ist die Mitwirkung der Gesellschaft, der Industrie und auch der Individuen, wenn sie organisiert sind, nach meiner Meinung viel nützlicher, wirksamer und viel hoffnungsvoller als die rein bureaukratische Einrichtung, die bei uns nicht diese Erfolge erzielt hat, die man ihr aus prinzipiellen Gründen von Haus aus zuweisen wollte. (Beifall.) Unter herzlichen Dankesworten an Präsidenten Kuffler sowie die beiden Redner, die in der heutigen Diskussion das Wort ergriffen hatten, schloß Freiherr v. Plener die Versammlung.

Fremdenblatt
23./XI. 1916

60

# Zur Ueberleitung der Kriegswirtschaft des Triester Hafens in die Friedenswirtschaft.

Während seiner letzten Anwesenheit in Wien nahm Statthalter Dr. Freiherr v. Fries-Skene Gelegenheit, in einer zwanglosen Besprechung mit den Triester Handels-, Industrie- und Schiffahrtskreisen die Wünsche der Triester Kaufmannschaft entgegenzunehmen, insbesondere betreffs der Ueberleitung der jetzigen Kriegswirtschaft in die Friedenswirtschaft. Statthalter Dr. Freiherr v. Fries-Skene wies auf die Schwierigkeit der Aufgaben hin, die Triest am Kriegsende und nach dem Kriegsende zu lösen haben werde. Es gelte den Wiederaufbau normaler politischer und wirtschaftlicher Verhältnisse, die Wiederbelebung des Handels, der Industrie und der Schiffahrt und die hiezu notwendigen Maßnahmen, die Ueberleitung des Kriegsverkehrs in den Friedensverkehr vorzubereiten. Er lege das größte Gewicht auf die Mitwirkung der Handelskammer und der Interessenten und fordere sie auf, ihm ihre hierauf bezughabenden Anträge rechtzeitig zu unterbreiten. Denn nur ein verständnisvolles Zusammengehen aller Interessenten könne eine erfolgreiche Lösung dieser für die Zukunft Triests so hochwichtigen Probleme sichern. Dazu sei aber notwendig, daß jetzt schon jeder einzelne Interessent seine Vorbereitungen treffe, damit, wenn bei Beginn der Friedenswirtschaft der Wettbewerb einsetzt, jeder Einzelne gerüstet ist. Hiebei betonte der Statthalter unter lebhaftester Zustimmung aller Anwesenden, daß er stetig dem Ziele zustrebe, die Tätigkeit der Verwaltung, namentlich soweit sie das Wirtschaftsleben zum Gegenstande hat, von jedem Formalismus zu befreien und auf eine kaufmännische Grundlage zu stellen, damit sie den gewiß großen Anforderungen des modernen Handelsverkehres nach jeder Richtung entspreche. Der Statthalter gab zum Schlusse dem Wunsche Ausdruck, es möge dank der tapferen Isonzowacht unserer Truppen unserem Handel und Verkehr recht bald gegönnt sein, die Friedensarbeit im Hafen wieder aufzunehmen.

Herrenhausmitglied Escher beleuchtete die besondere Lage des Reichshafens und hob die Schwierigkeiten hervor, die die freie Entfaltung Triests hemmen und dessen Konkurrenzfähigkeit gegenüber den anderen Häfen wesentlich herabsetzen. Triest sei von einem Wall von Bergen umschlossen, während die Konkurrenzhäfen ein flaches Hinterland besitzen, auf dem der Verkehr mit Leichtigkeit abgewickelt werden kann. Darum brauche Triest eine besondere Unterstützung und Förderung durch die Regierung. Der Reichshafen müsse mit allen Mitteln zu neuer Blüte gebracht werden. Der Reichshafen bedeute für den Staat Macht und Größe.

Großkaufmann Kalmus lenkte die Aufmerksamkeit des Statthalters auf den Abbau der bestehenden Rohstofforganisationen. Es solle dem Handel die freie Entfaltung seiner Kräfte baldmöglichst wieder gegeben werden. — Generalsekretär v. Frigyessi betonte die geringe Wertung, die dem Handelsstande im Binnenlande zuteil werde und führte anknüpfend daran aus, daß das kaufmännische Bildungswesen in Triest entsprechend ausgestaltet werden solle. — Generaldirektor Hofrat Frankfurter wies auf die Notwendigkeit einer wirksamen Unterstützung des Schiffsbaues hin. — Freiherr v. Albori betonte die Frage der Reform des Stipendienwesens für die Handelsschulen. — Kammersekretär Moscheni lenkte die Aufmerksamkeit des Statthalters auf die bedeutsame Frage der Mobilisierung des Hafenverkehres und der Erneuerung des Marineunterstützungsgesetzes. — Herrenhausmitglied Escher gab am Schlusse des Gedankenaustausches den vaterländischen Gefühlen des Reichshafens Ausdruck, der nur durch seine innige Zugehörigkeit zum Reiche die ihm gebührende Stellung und Macht erlangen könne.

Freiherr v. Albori sprach hierauf im Namen aller Anwesenden dem Statthalter für seine werktätige Unterstützung der Hafenstadt den wärmsten Dank aus.

Pester Lloyd
23./XI. 1916

61

# Die Bücherrevisorenfrage und die Handelskammer.

Von Dr. Samuel Görög,
Professor der Handelsakademie.

Budapest, 22. November.

In der letzten Plenarsitzung der Budapester Handels- und Gewerbekammer wurde beschlossen, eine entsprechende Zahl bezüglich ihres Fachwissens, ihrer Kenntnisse und Verläßlichkeit vollkommen einwandfreier Revisoren zu ernennen und derart im Verbande der Kammer ein Korps von Revisoren zu schaffen, die den Kaufleuten und Gewerbetreibenden in allen in das Fach schlagenden Fragen zur Verfügung stehen sollen. Dieser Beschluß der Kammer wird gewiß jeden mit Befriedigung erfüllen, der die gesunde Entwicklung der kommerziellen und industriellen Administration und Organisation mit Interesse verfolgt, und der von der Notwendigkeit durchdrungen ist, wie wichtig es in Gemeinde- und Privatbetrieben ist, eben zur Sicherstellung der Lebensfähigkeit des Betriebes die sachgemäße, zielbewußte und ständige Revision einzuführen. Es ist nun der zweite Schritt, der in der letzten Zeit in Ungarn zur praktischen Lösung der Revisionsfrage geschieht. Die Gründung der Geldinstitutszentrale führte die systematische Revision auf dem Gebiete ihres Betätigungskreises ein, und durch den jetzigen Beschluß der Kammer will sie auf dem ganzen Gebiete der kommerziellen und industriellen Tätigkeit die Heranziehung der Revisoren erleichtern.

Durch diesen Beschluß scheint die Lösung der Revisionsfrage nach deutschem Muster gesucht zu werden und jetzt sind auch bei uns alle jene Formen der Revisionstätigkeit zu finden, wie in Deutschland. Bekanntlich zeigt hier die Entwicklung der Revisionsfrage eine eigenartige Form in den Treuhandgesellschaften. Sie fußen auf der erwachten Erkenntnis, daß der Aufsichtsrat nicht geeignet erscheint, die Revision der Buchführung auszuüben; andererseits sind sie aus dem Bedürfnis der Großbanken hervorgegangen, Gesellschaften zur Verfügung zu haben, durch die sie bei Firmen, die Kredit bei ihnen suchen, die Bilanz revidieren und die Vermögenslage ermitteln lassen. Die Treuhandgesellschaften haben sich im Dienste der Großbanken gut bewährt, so daß heute jeder Bankkonzern seine eigene Treuhand- und Revisionsgesellschaft zur Verfügung hat. Diese Gesellschaften sind aber keine selbständigen Organisationen und sie haben die Aufgabe der Revision nicht derartig erfüllt, wie es im Interesse des unabhängigen Geschäftsbetriebes nötig ist. Für diesen Zweck scheint der Einzelrevisor größere Dienste leisten zu können.

Dieser Stand der privilegierten Revisoren besteht in Deutschland nach dem Gesetz über die Handelskammern vom Jahre 1870 und der ergänzenden Novelle vom Jahre 1897. Demnach ist die Befugnis zur Beeidigung der Revisoren den Handelskammern übertragen, die nach freiem Ermessen entscheiden, wer als Bücherrevisor zu vereidigen ist; selbstverständlich besitzen die betreffenden Kandidaten hervorragende Sachkenntnisse und praktisches Erfahren, die sich auf Grund ihrer bisherigen Tätigkeit besonders dem Amte eignen müssen. Neben ihnen funktionieren auch gerichtlich ernannte Revisoren, die von den Gerichten vereidigt werden, um in Prozessen als Sachverständige fungieren zu können. Sie werden zumeist aus dem Kreise der von den Handelskammern vereidigten Revisoren ausgewählt.

Eine ganz andere Entwicklung zeigt die Revisionsfrage in England, wo der klassische Typus des Revisors, der „Chartered Accountant" zu finden ist. Er ist Mitglied einer durch königliche Charter ausdrücklich privilegierten Gesellschaft von Accountants. Er ist ein im Rechnungswesen vollständig ausgebildeter Fachmann, der große Autorität besitzt. Er kontrolliert und prüft die Verrechnung von Städten, Gemeinden, Vereinen, Aktiengesellschaften und Privatunternehmungen, sowie deren gesamten Betrieb, fungiert als Konkursverwalter und Liquidator, sowie als Ratgeber der Kapitalisten und Unternehmer. Wenn wir die Entwicklungsstufen des Revisionswesens in diesen zwei wirtschaftlich dominierenden Staaten mit dem Stande der Revisionsfrage bei uns vergleichen, werden wir einsehen, daß hier noch vieles zu schaffen ist.

In der Praxis wird der Wert der Kontrolle und Revision hauptsächlich bei uns in Ungarn wenig geschätzt; sogar die Buchhaltung selbst wird oft als unproduktiv beachtet. Die Erkenntnis hat sich nicht Bahn brechen können, daß die kontinuierliche Rechnungskontrolle durch Buchsachverständige eine wirtschaftliche Notwendigkeit ist. Man vergißt, daß bei Handelsbetrieben die Buchführung die Seele des ganzen Unternehmens ist, daß in ihr in vielen Fällen der Herd zu finden ist, aus welchem Auswüchse entspringen können, denen nur durch eine sachverständige und unabhängige Revision des Rechnungswesens abgeholfen werden kann. Die Vorteile dieser Revision geben sich natürlich nicht sofort in klingenden Münzen zu erkennen, aber dauernde kommerzielle Erfolge im Einzelbetrieb ebenso wie in der Gesamtwirtschaft können nur durch eine strenge Reellität, geschickte Organisation, stetige Pünktlichkeit und systematische Kontrolle erreicht werden, was sich durch Tradition in späteren Generationen immer mehr verstärkt.

Wenn die Institution der Revision von praktischer Bedeutung und Nutzen sein soll, müssen zwei Bedingungen erfüllt werden. Erstens muß der Revisor frei und unabhängig sein, zweitens muß er staatlich privilegiert werden und eine derartige Rolle einnehmen, wie bei uns der Notar. Zur Entwicklung auf diese Stufe müßte natürlich die Gesetzgebung die entsprechenden Verfügungen treffen, und zwar sowohl im Hinblick auf die Anstellung der Revisoren wie auch bezüglich ihrer Ausbildung. Es schwebt uns diejenige Gestalt des Revisors vor Augen, wie sie in der Person des Chartered Accountant in England zu finden ist. Daß unter diesen Voraussetzungen der Beschluß der Handelskammer in der Lösung der Revisionsfrage nur als ein einleitender Schritt zu betrachten ist, ergibt sich von selbst. Die Kammer scheint einen Teil der Lösung nach dem deutschen Muster einzuführen. Sie wird dem Kaufmann und Gewerbetreibenden eine Liste bieten, Namen vorlegen, welche die Kammer als verläßlich und sachkundig bezeichnet, aber das Verlangen einer entsprechend hohen Vorbildung, einer speziell für die Revision geeigneten Praxis und die Forderung einer strengen Prüfung könnte nur durch die Verordnungen des Gesetzes erreicht werden. Jedoch zur Schaffung eines solchen Gesetzes, ja zur Umänderung des Gesetzes über die Handels- und Gewerbekammern vom Jahre 1868 ist der heutige Zeitpunkt nicht geeignet. Die Kammer sucht also eben nur das zu verwirklichen, was zu erreichen unter den gegebenen Verhältnissen möglich ist. Wir begrüßen diesen Schritt in der Hoffnung, daß ihm die vollkommene Lösung der Revisionsfrage folgen wird.

Neues Wiener Tagblatt
24./XI. 1916

62

* **(Der Petroleummangel und das Wiener Kleingewerbe.)** Im großen Saal der Wiener Kleidermachergenossenschaft fand vorgestern abend eine von zahlreichen Genossenschaftsdelegierten sämtlicher Wiener Gemeindebezirke besuchte Delegiertenversammlung statt, welche zu der gegenwärtig herrschenden Petroleumknappheit Stellung nahm. Die beiden Vorsteher Spevak und Steinschauer verwiesen auf die große wirtschaftliche Gefahr, welche die Petroleumknappheit bei längerer Dauer für das Kleidermachergewerbe mit sich bringen würde. Heute schon sind über 10,000 Kleinmeisterbetriebe arg bedroht, weil sie des Lichtes entbehren müssen. Den Schneidermeistern entgehen täglich 7 bis 8 Arbeitsstunden, und dies bedeutet in einer Zeit, welche die höchsten Anforderungen an jeden einzelnen Kleingewerbetreibenden stellt, ein höchst bedenkliches Verdienstmanko. Bei der großen Anzahl dieser Kleinbetriebe, die heute mangels jeglicher Zivilarbeit fast ausschließlich Uniformen erzeugen, sei der wirtschaftliche Schaden, welcher in dem täglichen Arbeitszeitverluste gelegen ist, ein ganz außerordentlicher. Beide Redner gaben schließlich der Hoffnung Ausdruck, daß die Petroleummisere, welche wohl hauptsächlich durch die erschwerte Zufuhr hervorgerufen worden sein dürfte, nur eine vorübergehende sei, und die Genossenschaftsvorstehung werde keinen Schritt unterlassen, um der Misere abzuhelfen. An diese Ausführung schloß sich eine lebhafte Debatte, in deren Verlauf die Delegierten die Vorstehung aufforderten, unverzüglich bei den kompetenten Behörden vorstellig zu werden, damit energische Maßnahmen zur Behebung der Lichtkrise getroffen werden. Die Versammlung faßte schließlich den Beschluß, sowohl beim Ministerpräsidenten Dr. von Koerber wie auch beim Kriegsminister Generaloberſten Freiherr v. Krobatin, Handelsminister Dr. Stibral und beim Bürgermeister Dr. Weiskirchner deputativ vorstellig zu werden und um Abhilfe zu bitten. Auch wurde beschlossen, sich an den Polizeipräsidenten Baron Gorup zu wenden, damit die Wiener Sicherheitswache angewiesen werde, bei den Petroleumläden den mit den genossenschaftlichen Meisterbüchern legitimierten Meistersfrauen von kleingewerblichen Betrieben beim Petroleumeinkauf gegenüber Privatpersonen, welche das Licht nicht zur gewerblichen Produktion benötigen, den Vorrang zu lassen.

Reichspost Abendblatt
25./XII. 1916

U 25
63

**Der Einfluß der Geschäftsaufsicht auf die Dauer der Haftung der Mitglieder von Genossenschaften.** Die heutige „Wiener-Zeitung" bringt folgende Verordnung: Die Zeit, während deren eine Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaft unter Geschäftsaufsicht steht, wird in die Frist nicht eingerechnet, innerhalb welcher gegen einen ausgeschiedenen Genossenschaftler der Anspruch aus seiner Haftung geltend zu machen ist. Diese Verordnung tritt mit dem Tage ihrer Kundmachung in Kraft. Sie findet auf alle an diesem Tage nicht schon erloschenen Ansprüche aus der Haftung ausgeschiedener Genossenschafter Anwendung.

Pester Lloyd
26./XI. 1916

64

(Die siebenbürgischen Kriegsschäden im Bund der Fabriksindustriellen.) Der Bund ungarischer Fabriksindustriellen hielt gestern mit den Vertretern der durch den Einfall der Rumänen in Siebenbürgen geschädigten Industrieunternehmungen eine Konferenz, die sich vor allem mit der Frage der Feststellung der Kriegsschäden beschäftigte. Die Konferenz stellte sich auf den Standpunkt, daß es unbillig wäre, wenn die in Form von Kriegsschäden eingetretenen Lasten des für die Gesamtheit der Nation geführten Krieges ausschließlich von denjenigen getragen werden müßten, die in den Grenzgegenden des Landes wohnen und somit die verhängnisvollen Folgen eines feindlichen Einfalls am unmittelbarsten verspürten. Infolgedessen kann die Konferenz nicht darauf verzichten, die Ersetzung der Kriegsschäden durch den Staat zu fordern. Unter allen Umständen aber sei es notwendig, daß die aufgetauchten Kriegsschäden in beglaubigter Form schon jetzt festgestellt werden. Dies ist auch eine unerläßliche Voraussetzung der möglichst baldigen Wiederaufnahme des Betriebes der einzelnen Unternehmungen, weil viele Betriebe die Trümmer nicht entfernen wollen, bevor ihre Schäden in authentischer Form festgestellt sind, um sich nicht der Möglichkeit einer späteren Entschädigung zu begeben. Nachdem Traugott Copony, Johann Ernst, Anton Glasner, Eduard Csányi, Béla Hodosi, Franz Chorin jun., Naftali Milch, M. Hoffmann, Ignaz Schantzer, Adolf Kanczuker, Eugen Nemes, R. Zoltán, Emil Ehrlich, Karl Kopp und andere das Wort ergriffen hatten, beschloß die Konferenz, daß vor allem die Regierung in einer dringenden Eingabe um Verfügungen ersucht werde, daß die Kriegsschäden durch behördliche Kommissionen sobald als möglich festgestellt werden und daß in diese Kommissionen auch industrielle Sachverständige einbezogen werden. Da aber die Abschätzung der industriellen Schäden in einzelnen Fällen längere Zeit in Anspruch nehmen wird, müßten die Unternehmungen ermächtigt werden, die Schäden auch durch ihre eigenen Sachverständigen aufnehmen lassen zu können, und zwar so, daß diese Feststellungen nach Genehmigung durch die zur Schadenaufnahme entsendeten Kommissionen auf volle Authentizität Anspruch erheben könnten. Die Konferenz ersuchte ferner den Bund, außerdem noch ein alle Einzelheiten der Schadenersatzfrage umfassendes Memorandum auszuarbeiten, zu dessen Verhandlung die Interessenten zu einer neuen Beratung zusammentreten werden. Die Konferenz beschäftigte sich sodann mit der Frage der Ermöglichung einer möglichst baldigen Wiederaufnahme des Betriebes in den beschädigten Fabriken, und beschloß, die Regierung dringend zu ersuchen, in Angelegenheit der Feststellung dieser Voraussetzungen schleunigst Verfügungen zu treffen und den Unternehmungen in ihren Bemühungen auf Wiederaufnahme ihres Betriebes — besonders bei der Beschaffung von Maschinen und Maschinenbestandteilen, Treibriemen, Rohstoffen und eventuell auch des Betriebskapitals — auch direkte Unterstützung angedeihen zu lassen.

Neues Wiener Tagblatt
28./XI. 1916

65.

**(Eine Enquete im Justizministerium über die Aufstellung von Bilanzen während des Krieges.)** Gestern fand im Justizministerium eine Enquete über die Erneuerung der Vorschriften für die Aufstellung der Bilanzen während des Krieges statt; insbesondere handelte es sich hiebei um Geschäftsunternehmungen in den Kriegsgebieten. Bekanntlich sind nach Maßgabe der Verordnung des Gesamtministeriums vom 6. Juni 1916 die Kaufleute, Handelsgesellschaften, Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften und sonstige der öffentlichen Rechnungslegung unterworfene Unternehmungen, die in Galizien, in der Bukowina, im Küstenland, in Dalmatien oder in den Kreisgerichtssprengeln Trient und Rovereto ihren Sitz (Wohnsitz) haben, mit Ausnahme der Eisenbahnunternehmungen, von der Pflicht zur Aufstellung des Rechnungsabschlusses (Bilanz) für die Geschäftsjahre, die seit 1. Jänner 1914) abgelaufen sind oder ablaufen, bis 31. Dezember d. J. befreit. Ferner kann die Verwaltungsbehörde diese Begünstigung gewähren Unternehmungen, die in den genannten Gebieten eine Hauptbetriebsstätte oder ihren Sitz in einem dem Kriegsschauplatz benachbarten Gebiet haben oder ihre Geschäfte zum großen Teil in oder mit dem Zollauslande oder mit den genannten Gebieten betreiben oder dort erhebliche Teile ihres Vermögens haben, ferner Eisenbahnunternehmungen mit dem Sitz in den genannten Kriegsgebieten sowie Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften bei Unmöglichkeit der rechtzeitigen Aufstellung der Bilanz. Da der Erstreckungstermin, wie erwähnt, mit dem 31. Dezember d. J. abläuft, wurde gestern in einer Konferenz im Justizministerium die Frage der Verlängerung der Gültigkeitsdauer der Verordnung erörtert. In der Konferenz, an welcher Vertreter der beteiligten Ministerien, der Handels- und Gewerbekammern, der sonstigen wirtschaftlichen Korporationen, der Banken, Assekuranzen und andre teilnahmen, überwog die Auffassung, daß die Begünstigung hinsichtlich der Aufstellung der Bilanzen für die Dauer von weiteren sechs Monaten, also bis 30. Juni 1917 beizubehalten wäre, da die Umstände, welche für die Erlassung der Verordnung maßgebend waren, gegenwärtig noch unverändert bestehen. Ferner wurde die Beibehaltung der Bestimmung beschlossen, nach welcher im Fall, daß infolge der Verschiebung des Rechnungsabschlusses dieser für zwei oder mehrere Geschäftsjahre aufzustellen wäre, die Verwaltungsbehörde auf begründeten Antrag die Aufstellung nur eines Rechnungsabschlusses für beide oder mehrere Geschäftsjahre bewilligen kann. Ebenso wurde in der Konferenz beschlossen, die Frist, innerhalb welcher die der öffentlichen Rechnungslegung unterworfenen Unternehmungen über Dividende, Bilanz und dergleichen Beschluß fassen können, erforderlichenfalls bis längstens 30. Juni 1917 zu erstrecken. Weiter kam in der Enquete die Auffassung zum Ausdruck, daß die Gültigkeit der Verfügung, nach welcher das Ministerium des Innern im Einvernehmen mit den beteiligten Ministerien den der öffentlichen Rechnungslegung unterworfenen Unternehmungen gestatten kann, von den statutarischen Bestimmungen über die Art der Einberufung, über Ort und Zeit des Zusammentrittes und die Beschlußfähigkeit des Verwaltungsrates, der Generalversammlung ꝛc., über die Form der Bekanntmachungen und dergleichen abzuweichen, soweit die Einhaltung infolge des Krieges unmöglich geworden ist, bis zum 30. Juni 1917 zu verlängern wäre. Die neuere Verordnung dürfte in nächster Zeit publiziert werden.

Hamburger Fremdenblatt
5./12. 1916.

5/12
66

# Ein deutscher Wirtschaftskongreß

zur Zusammenfassung aller schaffenden Kräfte und zur Neugestaltung unseres Wirtschaftslebens befindet sich zur Zeit in Vorbereitung. Leitender Gedanke ist dabei, das deutsche Wirtschaftsleben aus seiner augenblicklichen Depression, Unsicherheit und Unklarheit zu befreien und ihm neues Leben und Initiative einzuflößen, die es zur Bewältigung der schweren Aufgaben der Zukunft befähigt. Ein vorbereitender Ausschuß hat es übernommen, die praktische Verwirklichung des Gedankens in die Wege zu leiten. Der Ausschuß besteht aus den Herren Generaldirektor H. Brückmann, Hofrat Dr. E. Büttner (Augsburg), Robert Friedländer (Dahlem), Landrat a. D. E. Gerlach (Neudeck, O.-S.), Stadtrat Dr. P. de Gruyter (Charlottenburg), von Kardorff (Lissa in Posen), Stadrat Schacht (Weimar), Regierungspräsident a. D. von Schwerin, Direktor Dr. K. von Wyszecki.

Vertreter der Presse waren gestern abend vom Ausschuß zu einer Besprechung im Hotel Kaiserhof geladen. Generaldirektor Brückmann gab dabei einen Ueberblick über Zweck und Ziel des Deutschen Wirtschaftskongresses, wobei er betonte, daß die Organisation unpolitisch gedacht sei. Die deutsche Volkswirtschaft sei wohl geschlagen, aber nicht zerschlagen, und es gelte jetzt zu handeln, um sie mit neuem Mut und neuer Tatkraft zu erfüllen. Zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern in Gestalt der Gewerkschaften sei ein Zusammenschluß auf paritätischer Grundlage bereits erreicht. Herr von Kardorff sprach sich dafür aus, daß wir alles überstehen werden, wenn wir den Glauben an die deutsche Kraft nicht verlieren.

Der Deutsche Wirtschaftskongreß soll im Zusammenwirken mit den interessierten Verbänden und den amtlichen Stellen gebildet werden. An Handel, Industrie, Gewerbe und Landwirtschaft ist ein Aufruf ergangen, am Neubau der deutschen Volkswirtschaft praktische, sachverständige Arbeit zu leisten. Der Kongreß, der alle grundlegenden Wirtschaftsfragen erörtern und daraufhin seine Wünsche formulieren soll, wird nach dem Plane des Ausschusses Anfang Januar in Weimar zusammentreten. Vorher soll eine öffentliche Kundgebung stattfinden, und zwar am 16. Dezember in Berlin. Als wichtigste Aufgaben, die der Kongreß zu lösen hätte, wurden u. a. genannt: Die Vertretung der Volkswirtschaft bei den Friedensverhandlungen, der Abbau der gebundenen Kriegswirtschaft, die Sozialisierung von industriellen und Agrarbetrieben und die Vermögensabgabe, Steuern und Zölle.

Kölnische Zeitung
5./XII. 1916

# Das Handwerk im Vaterländischen Hilfsdienst.

Von Handwerkskammersyndikus Dr. J. Wilden.

Die Forderung des Tages! So faßt auch das deutsche Handwerk das neue Gesetz über den Vaterländischen Hilfsdienst auf und wird dementsprechend alle noch verfügbaren Kräfte bereitstellen. Sie werden von unschätzbarem Werte für die nationale Verteidigung sein, weil zweifellos gerade das Handwerk noch manch klugen Kopf mit praktischem Sinn, viele geschickte Hände und reichhaltiges Material, vor allem Maschinen und Werkzeug bereit hat. Wenn das alles bisher nicht vollauf und bis zum letzten Rest herangeholt worden ist, so liegt das nicht an den Handwerkern selbst, denen es weiß Gott nicht an gutem Willen gebrach, sondern an den eigenartigen Verhältnissen. Wer an der Beschaffung des Kriegsgeräts teilnehmen will, der muß immerhin mit ausreichenden Geldmitteln und vor allem mit starkem organisatorischem Sinn ausgestattet sein. Und daran eben gebricht es den kleinen Handwerkern leider viel zu sehr, weshalb sie so oft hintan stehen müssen und der stürmisch eilenden Zeitströmung nicht zu folgen vermögen. Lediglich infolgedessen haben viele Handwerker ihre Betriebe nicht für die Kriegswirtschaft bereitgestellt. Zwar ist es den Handwerkskammern gelungen, die vereinzelten Kräfte des Handwerks zu leistungsfähigen Vereinigungen zusammenzufassen und sie so besser geeignet zu machen, an der Deckung des gewaltigen Heeresbedarfs teilzunehmen. Dennoch ruhen viele Kräfte ungenutzt oder wirken am unrechten Ende, manche Werkstatt liegt brach und verödet, viele Maschinen stehen still. Sie alle in Gang zu bringen fehlte es bisher an der starken führenden Hand, die jetzt sich erhoben hat, um ein gewaltiges Räderwerk von einer Stelle aus zu lenken und einem einzigen Willen untertan und dienstbar zu machen. Die Führung selbst kann natürlich nur das Militär übernehmen, mit dem ihm zustehenden Zwang; die Handwerkskammern hätten bei bestem Willen und noch so starkem Einfluß nicht soviel zu erreichen vermocht, weil sie gegebenenfalls des wirkungsvollsten Mittels bei widerstrebenden Geistern, nämlich des Zwanges, entbehren. Darum wird sich das Gesetz mit dem Zwang im Hintergrunde als ein Segen erweisen und es ermöglichen, das ganze Handwerk bis auf den letzten Rest für die wichtigen Aufgaben des Vaterlandes heranzuholen.

Freilich muß die Durchführung eines solch großen Planes von derart einschneidender Bedeutung beträchtliche Schwierigkeiten machen, was sowohl die leitenden Staatsmänner als auch der Reichstag anerkannt haben, dafür liegen die anzuspannenden Kräfte viel zu sehr zersplittert umher; aber er wird und muß des ungeachtet gelingen, wenn die Behörde sich der Mitwirkung aller derer bedient, die bei der Durchführung mitzuhelfen berufen sind. Dazu wird freilich erst eine gewisse Erfahrung eingeholt werden müssen; denn wenngleich Richtlinien gegeben sind, so können sie doch nur einen ganz allgemeinen Anhalt geben. In der Wirklichkeit wird sich vielleicht manches anders herausstellen; mit Grundsätzen und Theorien wird man um so weniger zurechtkommen, als schließlich, abgesehen von einer gewissen Regelmäßigkeit, viele Fälle einzeln erledigt werden müssen, weil sie alle verschieden geartet sein dürften, und weil nach den Absichten des neuen Amtes weitgehende Rücksicht auf die besondern Verhältnisse geübt werden soll.

Das dürfte namentlich erforderlich sein beim Handwerk, wenigstens soweit es sich um dessen selbständige Glieder handelt. Es wird und kann nicht die Aufgabe des neuen Kriegsamtes sein, ohne weiteres jeden selbständigen Handwerker in einen andern Betrieb zu stecken, weil er nicht unmittelbar oder auch mittelbar Güter für den Kriegsbedarf schafft; denn das wäre gleichbedeutend mit Vernichtung ganzer Zweige des Handwerks. Dieselbe Folge würde auch bei den übrigen selbständigen Geschäftsleuten und Gewerbetreibenden eintreten. Das aber will man möglichst verhüten, wie es der Leiter des neuen Amtes im Reichstage bereits zugestanden hat. Man weiß sehr wohl, daß man der Volkswirtschaft und dem Volkskörper tiefe und unheilbare Wunden schlagen würde, wenn man nicht die selbständigen Betriebe tunlichst schonte. Diese Schonung der Selbständigen, soweit sie sich mit dem Gesetze irgendwie verträgt, wird sicher niemand unbillig finden, weil der Selbständige, wenn er aus seinem Geschäft herausgerissen und der Betrieb einmal stillgelegt ist, schwerlich je wieder den Betrieb eröffnen kann und dann für immer aus seiner Lebensbahn völlig herausgeschleudert wäre.

Um diese Umstände berücksichtigen zu können, soll ein Ausschuß eingesetzt werden, der über eine etwaige anderweitige Verwendung des Gewerbetreibenden entscheidet. Dieser Ausschuß freilich wird unmöglich alle Einzelheiten selbst übersehen können; er muß sich deshalb wieder auf die gutachtliche Mitwirkung anderer geeigneter Stellen stützen. Hierfür kommen namentlich die gesetzlichen Standesvertretungen, wie Handels- und Handwerkskammern, in Betracht, wobei diese wieder sich der Mitwirkung der örtlichen und fachlichen Berufsvereine, z. B. der Innungen und Innungsausschüsse bedienen können. Die Standesvertretungen werden den Ausschuß am besten darin beraten können, ob ein Betrieb bereits dem Vaterland im Sinne des Gesetzes dient oder ob er gegebenenfalls stillgelegt werden kann oder muß oder durch Umgestaltung oder schließlich durch Vereinigung mit andern Betrieben besser nutzbar gemacht werden kann. Die Inanspruchnahme der Standesvertretungen hat übrigens der Leiter des Amtes schon in Aussicht genommen.

Wie weit der Begriff des Vaterländischen Hilfsdienstes zu fassen ist, darüber scheint eine endgültige Klarstellung noch nicht herbeigeführt worden zu sein. Das war auch nicht möglich, da, wie schon vorhin gesagt, erst eine gewisse Erfahrung vorliegen muß. Immerhin sollte man den Begriff der Volksversorgung nicht zu eng auslegen und beispielsweise solche Handwerksbetriebe, die für das Wirtschaftsleben notwendige Gegenstände herstellen oder Instandsetzungsarbeiten ausführen, möglichst in ihrem Berufe erhalten, weil sonst gar zu beträchtliche Schädigungen des Volksvermögens unausbleiblich sind. Gerade bei der Beurteilung dessen wird das Gutachten der amtlichen Handwerksvertretung von Wert sein. Wenn diese Umstände berücksichtigt werden, brauchen die Kleingewerbetreibenden nicht zu fürchten, daß es nun mit ihnen zu Ende ginge; denkt doch auch General v. Gröner, wie er im Reichstag ausgeführt hat, nicht daran, nun alles umzukehren und die Kleinbetriebe aufzuheben.

Im übrigen freilich kann es keinem Zweifel unterliegen, daß mit Hilfe der Handwerkskammern gerade viele Kräfte aus dem Handwerk sich noch anspannen lassen. Mancher kleine Handwerker wird froh sein, wenn er jetzt durch die neugeschaffene Organisation für die Kriegswirtschaft herangeholt wird, an der teilzunehmen ihm bisher nicht gelungen war. Andere, die selbst zum Heeresdienst eingezogen sind und deshalb ihren Betrieb stilllegen mußten, werden froh sein, die Räume, Maschinen und Werkzeuge wieder ihrem eigentlichen Zweck dienstbar gemacht zu sehen. So fehlt es ganz gewiß nicht an der Möglichkeit, aus dem Handwerk noch außerordentlich viel herauszuholen. Denn wenn ein Stand, so läßt sich das Handwerk mit seinen vielen technisch geschulten Gliedern und praktisch erfahrenen Köpfen zwischen dem 17. und 60. Lebensjahre und den vielen Werkstätten vor den Wagen des deutschen Volkes spannen. Nur müssen die Pferde richtig angeschirrt werden. Es wäre falsch, selbständige Handwerker ohne zwingende Not in andere Betriebe als Arbeiter hineinzustecken, wenn man sie in ihrer Selbständigkeit erhalten und dabei doch wirksam für den Hilfsdienst verwenden kann. Man darf aber wohl die Überzeugung und das Vertrauen haben, daß die mit der Ausführung des Gesetzes betrauten Behörden allen diesen Umständen Rechnung tragen werden, wie es der Leiter des neuen Kriegsamtes bereits angekündigt hat. Dieser wird bei den Handwerkern volles Verständnis finden für sein schwieriges Amt und den ernsten Willen, ihm zu helfen bei der Lösung der großen Aufgabe

Reichspost

8./XII. 1916

68

# Oesterreichs Gewerbe, Handel und Industrie unter Kaiser Franz Josef.

## Eine Rede des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner in der Lehrlingsfürsorgekommission.

Am Dienstag fand eine Trauerkundgebung für weiland Kaiser Franz Josef I. in einer außerordentlichen Vollversammlung der Lehrlingsfürsorgekommission statt, in welcher der Präsident dieser Kommission Exzellenz Dr. Richard Weiskirchner die Trauerrede hielt. Der Bürgermeister sagte: Beim Regierungsantritte des Kaisers Franz Josef I. verkehrte noch die schwerfällige Postkutsche; heute gehen nach allen Richtungen des Reiches weitverzweigte Schienenwege, es haben sich Telephon- und Telegraphennetze über alle Länder entwickelt. Während unsere Eltern noch über die Märchen von Daedalus und Ikarus lächelten, haben wir heute eine große Luftflotte und Tauchboote kämpfen unter dem Meeresspiegel.

So haben Gewerbe, Industrie und Handel in den letzten 68 Jahren eine mächtige Entwicklung erfahren. Wer sie erfaßt, muß zugeben, daß die österreichische Industrie und der österreichische Gewerbefleiß ihre Leistungsfähigkeit bewiesen haben. Ich darf aber auch dem Wunsche Ausdruck geben, daß es gelingen möge, die Kriegsleistungen der Industrie und des Gewerbes in zweckmäßiger Weise in die Friedensarbeit überzuleiten und daß durch den Frieden alle Ansätze der mächtigen Entwicklung von Gewerbe, Handel und Industrie, die sich vor dem Kriege gezeigt haben und durch denselben gehemmt worden sind, wieder einem normalen weiteren Gedeihen zugeführt werden.

So wie während der Regierungszeit Kaiser Franz Josef I. Gewerbe, Handel und Industrie stets vorwärts schritten, so ist anderseits auch auf dem Gebiete der Gesetzgebung ein gewaltiger und segensreicher Fortschritt zu verzeichnen. Im Jahre 1848 waltete noch ein Geist in unserer Gesetzgebung, der dem Grundsatze „laissez faire — laissez passer" huldigte; aber schon im Jahre 1859 wurde der Grundstock zu einer Gewerbegesetzgebnng gelegt, welche zwar im steten Kampfe aber doch nach und nach den Gewerbetreibenden jene Rechte brachte, die ihnen die Selbstbetätigung gewährleistet. Hiezu waren Abänderungen und Ergänzungen notwendig, die auch in den Jahren 1883, 1885 und 1897 erfolgten und ihren derzeitigen Abschluß durch die Gewerbenovelle vom 5. Februar 1907 fand. Auch hier kann ich nur dem Wunsche Ausdruck verleihen, daß die in diesem Gesetze geschaffenen Anfänge eine den berechtigten Wünschen des Gewerbestandes entsprechende Vervollkommnung finden mögen; denn es müssen nach dem Kriege Verhältnisse geschaffen werden, die den Schutz und die Entwicklung des Gewerbestandes, dieses so wichtigen Faktors im Staate, gewährleistet.

Wenn wir aber in dankbarer Liebe und Verehrung unseres verstorbenen Kaisers als mächtigen Förderer und Schutzherrn des Gewerbes gedenken, so dürfen wir auch nicht übersehen, daß in seine Regierungszeit der Beginn der sozialen Gesetzgebung in Oesterreich fällt. Wohl werden durch die Arbeiterschutzgesetze die Arbeitsgeber etwas belastet, allein trotzdem sind wir alle einig in dem Gedanken, daß es ein Akt wahrhaft väterlicher Fürsorge des weisen Monarchen war, allen denen, die der sozialen Versicherung unterworfen sind, einen gesetzlichen Schutz angedeihen zu lassen.

Für die Ausbildung und Erziehung der gewerblichen Jugend wurden ebenfalls unter der Regierung des Kaisers Franz Josef I. Gesetze geschaffen, die als ein außerordentlicher Fortschritt auf diesem Gebiete bezeichnet werden können. Im Jahre 1848 war nur die Meisterlehre vorhanden, in welcher der Lehrling in seinem Gewerbe ausgebildet und erzogen wurde, heute ist durch ein weitverzweigtes Gewerbeschulwesen für die Heranbildung der Jugend zum Gewerbe gesorgt. Die zur Entwicklung gelangte gewerbliche Fortbildungsschule unterstützt die Meisterlehre in der Ausbildung der Lehrlinge, und die Lehrlingsfürsorgekommission, die in den letzten Regierungsjahren des Kaisers Franz Josef I. geschaffen wurde, hat die Aufgabe, für eine zweckmäßige und entsprechende Heranziehung der Jugend zum Gewerbe zu sorgen und die Vorbedingungen zu schaffen, daß die gewerbliche Jugend in Verhältnissen aufwachse, welche die Garantie bilden, daß sie dereinst dem heimischen Gewerbe Ehre und Ansehen bringe. Hiezu bedarf sie aber namentlich einer wahrhaft sozialen Fürsorge und es hat sich nie noch die Notwendigkeit der Lehrlingsfürsorgekommission in so hohem Grade gezeigt, als gerade jetzt, da leider durch den Krieg Verhältnisse geschaffen worden sind, durch welche die Jugend vielfach in sittlicher Beziehung Schaden erleidet. Mit Recht kann die Fürsorge für den Nachwuchs im Gewerbe als eine der wichtigsten öffentlichen Angelegenheiten bezeichnet werden, deren Besorgung zwar in erster Linie der Lehrlingsfürsorgekommission zufällt, an der aber auch Staat, Land und Gemeinde das größte Interesse haben müssen.

Der niederösterreichische Landesausschuß, der durch seine Gewerbeförderung so Außerordentliches und Hervorragendes im Interesse des heimischen Gewerbestandes geleistet hat, beteiligt sich an der Förderung der Fürsorge für die gewerbliche Jugend in verdienstvollster Weise, und auch die Gemeinde Wien bemüht sich, auf diesem Gebiete ihr Bestes zu tun. Dies ist aber nur möglich, weil Se. Majestät der Kaiser Franz Josef I. die Autonomie der Landtage und Gemeinden geschaffen hat, welche die Garantie bildet, daß diese Vertretungs- und Verwaltungskörper sich segensreich entwickeln und auch auf sozialen Gebieten eine reiche Tätigkeit im Interesse des Gemeinwohles entfalten können. Deshalb muß auch die Autonomie der Länder und Gemeinden stets als unantastbares Vermächtnis unseres toten Kaisers hoch gehalten werden.

Wir aber wollen als Mitglieder der Lehrlingsfürsorgekommission im Verein mit der hohen Regierung und den autonomen Körperschaften im Sinne des verewigten Monarchen der uns gestellten Aufgabe gerecht werden und geloben feierlich in dieser ernsten Stunde, alles aufzubieten, daß die gewerbliche Jugend so geschützt und erzogen werde, daß sie zum Wohle und Segen des Staates und der Stadt als Stütze der Gesellschaft heranwachse.

Bei Ableistung dieses Gelöbnisses gedenken wir noch einmal der mächtigen Entwicklung auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens in unserem Vaterlande während der segensreichen Regierung Sr. Majestät des Kaisers Franz Josef I. und geben unserer tiefsten Trauer über den Verlust dieses weisen und gütigen Monarchen Ausdruck, dessen Andenken wir in Liebe und Verehrung jederzeit bewahren werden.

Hiemit schließe ich die Sitzung.

Kölnische Zeitung
11./XII. 1916

11.
9/70

## Vaterländischer Hilfsdienst und Kleinhandel.

♢ **Berlin,** 9. Dez. **(Telegr.)** Über die bedeutsamen Aufgaben, die auch dem Kleinhandel durch Annahme des Gesetzes über den Vaterländischen Hilfsdienst erwachsen, äußern sich in einer gemeinsamen Eingabe an das Kriegsamt der Bund der Handels- und Gewerbetreibenden, der Verband deutscher Waren- und Kaufhäuser, der Verband deutscher Filialbetriebe e. V., Sitz Berlin, und der Verband Berliner Spezialgeschäfte. Es handelt sich hierbei insbesondere um Organisierung der in den Betrieben des deutschen Kleinhandels freiwerdenden Kräfte, um Vorsorge gegen Schädigung der durch das Gesetz unmittelbar oder mittelbar zur Schließung veranlaßten Betriebe und um die Aufrechterhaltung der Versorgung der Bevölkerung mit den Waren des täglichen Bedarfs. Da keine Gesamtorganisation des deutschen Kleinhandels besteht, die sich zur Durchführung dieser Aufgaben eignet, so haben sich die genannten Verbände, in denen die Betriebsformen des deutschen Kleinhandels ihre Vertretung finden, zu einem Arbeitsausschuß zusammengeschlossen und dem Kriegsamt zur Verfügung gestellt. Weitern geeigneten Kleinhandelsorganisationen ist die Möglichkeit des Beitritts gegeben. Auch soll in den Fragen, an denen Arbeitgeber und Arbeitnehmer aus den Kreisen des Kleinhandels in gleicher Weise interessiert sind, mit den Interessenvertretungen der kaufmännischen Angestellten auf paritätischer Grundlage verhandelt werden.

Fremdenblatt
16./XII. 1916

3/72

# Zur Neubesetzung des Handelsressorts.

Mit Spannung sieht die Bevölkerung dem weiteren Verlaufe und dem Ergebnis der Neubildung der Regierung entgegen. Auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens harren wichtige Aufgaben der Lösung. Aufgaben, die noch auf die Friedenszeit zurückreichen, und andere, die der Weltkrieg gebracht hat. Ganz besondere Bedeutung fällt aber jetzt, ja vielleicht mehr als in mancher anderen Zeit, dem Handelsressort zu, der Zentralstelle von Handel und Gewerbe und — Industrie! Sie sei, wenn sie schon in der amtlichen Bezeichnung des Ressorts selbst keinen Raum gefunden hat, doch hier noch besonders angeführt, da ihrer Förderung wohl nicht immer das entsprechend würdigende Augenmerk zugewendet worden ist. Die hohe Stufe, die einzelne Gruppen unserer Industrie erreichen konnten, ein Aufblühen, das Oesterreich allmählich wenigstens teilweise zum Industriestaate hat werden lassen, dieses Aufblühen war ja in erster Linie der eigenen Kraft unserer Industrie, ihrer Zähigkeit und Widerstandskraft zu danken. Der Widerstandskraft auch gegen die unvermeidlichen Folgen so mancher Versäumnisse und Unterlassungen derer, die in ihrer Stellung zur wirkungsvollen Förderung und Hebung der Industrie berufen gewesen wären. Am guten Willen hat es ja auch da gewiß niemals gefehlt, wohl aber am richtigen, am vollen Verständnis dessen, was der Industrie not tut und was sie zu ihrer gesunden Fortentwicklung fordern darf, ja fordern muß.

So erhebt sich denn jetzt, in dem Augenblicke, in dem ein neuer Mann an die Spitze des Handelsressorts treten soll, der Ruf nach der Besetzung der Leitung dieser eben jetzt so elementar wichtigen Zentralstelle mit einer wirklich sachkundigen Persönlichkeit, mit einem wirklichen Kenner der Bedürfnisse der Volkswirtschaft und da wieder ganz besonders und vor allem der Industrie. Von berufenster Seite ist immer wieder rückhaltlos anerkannt worden, welch ganz hervorragender Anteil an der sieghaften Führung des Weltkrieges unserer Industrie, ihrer Anpassungs- und Leistungsfähigkeit zuzumessen ist. Kein anderer Krieg war so wie dieser jetzige auch ein so bis ins Tiefste greifender Wirtschaftskrieg! Wie aber daraus der Industrie schwerste Aufgaben erwachsen sind und noch immer erwachsen, so stellt das auch an den Mann, der das Steuer der Handels- und Wirtschaftspolitik führen soll, weitestragende Aufgaben und Anforderungen. Wir stehen vor der Erneuerung des Ausgleiches und der Handelsverträge: auch das Jahr 1917 wird für die Handels- und Zollpolitik ein Kometenjahr werden. Neben der unmittelbaren Gegenwart, neben den Forderungen, die der Krieg an die Industrie zu seiner erfolgreichen Fortführung gebieterisch stellt und stellen muß, ist aber auch schon jetzt der kommenden Zeit zu gedenken. Schon jetzt, noch während des Krieges, ist die Uebergangswirtschaft sachkundig vorzubereiten, die Rohstoffe-Sicherung und -Beschaffung, die Wiedereinrichtung eines entsprechenden Seeverkehrs, kurz die künftige Rückkehr zur Friedenswirtschaft, also auch die wirtschaftliche Demobilisierung. Jede einzelne dieser Forderungen würde schon für sich allein größte Aufgaben für den Mann in sich schließen, der jetzt an die Spitze des Handelsressorts zu treten haben wird. Um so verständlicher wird die Dringlichkeit und Berechtigung des Wunsches, einen wirklichen Sachkenner, einen Kenner der Industrie, ihrer Bedürfnisse und Ansprüche in das Handelsministerium einziehen zu sehen.

Frankfurter Zeitung
19./XII. 1916

93

## Wirtschaftsausschuß der deutschen Friedensindustrien

Die Verbände der deutschen Friedenindustrien haben zusammen mit den maßgebenden Verbänden des deutschen Exporthandels und unter Beteiligung von zahlreichen Vertretern von Handelskammern und von Städten das Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst in einer Versammlung in Berlin eingehend besprochen. In der Versammlung wurde die Gründung eines Wirtschaftsausschusses der deutschen Friedensindustrien beschlossen, dem sich etwa 60 Verbände angeschlossen haben. Ferner gelangte folgende Resolution zur einstimmigen Annahme:

Die Verbände der reinen Friedensindustrien, welche unter Beteiligung der Vertreter von Handelskammern, von Verbänden des Ausfuhrhandels und von Städten das Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst eingehend erörtert haben, begrüßen dieses Gesetz als ein wichtiges Mittel zur Niederwerfung unserer Feinde, sie nehmen willig alle notwendigen Opfer auf sich und sind bereit, an der Durchführung des Gesetzes an ihrem Teil mitzuarbeiten. Ja, sie betrachten diese Mitarbeit als eine vaterländische Pflicht, der sie nachkommen müssen, damit nicht infolge von ungenügend sachverständigen Maßnahmen schwere Gefahren für die Zukunft der deutschen Volkswirtschaft heraufbeschworen werden.

Die Friedensindustrien haben ihre Betriebe während des Krieges unter schweren pekuniären Opfern nur aus dem Grunde aufrecht erhalten, um ihre Kundschaft nicht der ausländischen Konkurrenz zu überlassen. Wird die deutsche Ausfuhr, wenn auch nur für einige Zeit, lahmgelegt, so werden die für Deutschlands Zahlungsbilanz wertvollsten Ausfuhrindustrien auch noch nach dem Kriege für viele Jahre vom Weltmarkt verdrängt bleiben. Mehr und mehr machen sich die verhängnisvollen Folgen der Verringerung unseres Exports in dem rapiden Sinken der deutschen Valuta geltend; um so dringlicher ist es geboten, die industrielle Ausfuhr wenigstens in dem jetzigen Umfange aufrecht zu erhalten. Hierfür kommen nur die reinen Friedensindustrien in Frage. Es ist deshalb nötig, daß auf die zur Aufrechterhaltung ihrer Betriebe und damit des Ausfuhrhandels erforderlichen Arbeitskräfte erst dann zurückgegriffen wird, wenn die freiwilligen Meldungen den Bedarf nicht gedeckt haben. Diese Berücksichtigung ist um so eher möglich und um so dringender notwendig, als die hier in Betracht kommenden Industriezweige fast durchweg in weitaus überwiegendem Maße weibliche Arbeitskräfte beschäftigen und nur an wenigen, jedoch für die Aufrechterhaltung der Betriebe maßgebenden Posten auf Männerarbeit angewiesen sind.

Zur sachverständigen Anwendung des Gesetzes über den vaterländischen Hilfsdienst auf die Friedensindustrien ist es geboten, daß denjenigen Industrien, welchen die Arbeitskräfte entzogen werden sollen, im Kriegsamt aus ihren eigenen Reihen eine ebensolche Vertretung zugebilligt wird, wie der durch die Leitlage und das Hilfsdienstgesetz begünstigten Kriegsindustrie, der die Arbeiter zugeführt werden. Die Verbände der Friedensindustrien haben sich zu einem Wirtschaftsausschuß der deutschen Friedensindustrien vereinigt. Der Wirtschaftsausschuß stellt sich dem Kriegsamt als beratende Instanz zur Verfügung und hofft, durch seine Tätigkeit nicht unwesentlich dazu beitragen zu können, daß der Zweck des neuen Gesetzes voll erreicht wird, ohne daß die Grundlagen der vaterländischen Wirtschaft zerstört werden.

Die Zeit
20./XII. 1916

74

# Höchstpreise für Industrieartikel?

**Aeußerung des Grafen Aurel Dessewffy,**

Geheimer Rat, Präsident des ungarischen Bodenkreditinstituts, Ehrenpräsident des Bundes ungarischer Landwirte.

Die Fragen, die die Redaktion der „Zeit" an mich in bezug auf die dieser Tage im Bunde der Landwirte erhobene Forderung, daß alle Industrieartikel maximiert werden sollen, richtete, möchte ich vor allem dahin beantworten, daß ich meinerseits eine Generalisierung nicht für richtig halte und nicht glaube, daß es zweckentsprechend wäre, wenn für alle Industrieartikel amtliche Höchstpreise vorgeschrieben werden würden. Es geht nicht an, die Industrieartikel samt und sonders zu maximieren, nicht nur deshalb nicht, weil dies kaum in der Weise gelingen könnte, daß alle berechtigten Wünsche ihre Befriedigung fänden, sondern auch und in erster Linie deshalb nicht, weil in vielen und wichtigen Fällen kaum das Ziel erreicht werden kann, das den meisten vorschwebt, die diese Art der Preisbildung propagieren. Wenn also behauptet wird, daß die ungarischen Agrarier Gegner der Industrie und als solche Freunde der drakonischen Einführung von Höchstpreisen für alle Waren sind, so kann dieser Behauptung widersprochen werden, zumal sie in dieser Allgemeinheit irrig ist.

Andererseits bin ich jedoch der Meinung, daß, nachdem schon die meisten Agrarprodukte maximiert sind, auch einige Industrieartikel maximiert werden müßten. Der Bauer, der gezwungen ist, sein Getreide und sein Vieh zu einem fixen Preis abzuliefern, müßte einzelne Industrieartikel, die in der Kriegszeit durch alle möglichen Mittel verteuert wurden (und heute nur zu Preisen hoch über den innern Wert der betreffenden Waren zu haben sind), zu mäßigeren, sachlich begründeten Preisen kaufen können. Ich verstehe darunter vor allem Stiefel und Kleider, die nachgerade unerschwinglich werden, unerschwinglich auch für Beamte und Arbeiter, und deren Herstellung und Veräußerung, Fabrikation und Marktbestimmungen der Aufsicht und Leitung der Regierung bei uns nicht entgehen dürften. Wenn manche Faktoren, die die schärfste Kontrolle der landwirtschaftlichen Produktion von Staats wegen ununterbrochen fordern, sich jeder Einflußnahme der Regierung auf die Preisbildung industrieller Artikel mit dem Argument widersetzen, daß man diese beiden Produktionszweige gerechterweise nicht mit gleichem Maß messen dürfe, so ist diese Auffassung nur zum Teil zutreffend. Wohl kann niemand bezweifeln, daß es schwer wäre, für manche Industrieartikel gerechte Maximalpreise festzulegen — und ich selbst habe dies schon vorher bemerkt —, aber ebenso einleuchtend muß es jedem objektiv Denkenden sein, daß die unentbehrlichsten Industrieartikel der wucherischen Spekulation entzogen werden müssen, wie dies in anderen Staaten bereits mit Erfolg geschah. Was aber in Frankreich, Italien und Rußland möglich war, was in Deutschland längst Norm geworden ist, kann und muß füglich auch bei uns durchgeführt werden.

Gewiß kann man gegen das System der Höchstpreise auch prinzipielle Einwendungen erheben. Wenn ich die Resultate überblicke, die im Laufe der Kriegszeit auf diesem Gebiet erreicht wurden, kann ich mich zu keinerlei Enthusiasmus aufschwingen. Es genügte oft, daß die Regierung Höchstpreise für ein Lebensmittel ansetzte — und der betreffende Artikel verschwand vollständig aus dem Verkehr, als hätte ihn die Erde verschlungen. Weiter läßt auch die Maximierung selbst manche Bedenken zu, denn die Tatsache ist leider unbestreitbar, daß Gerste, die zur Viehfütterung benützt wird, bereits teurer ist als Weizen, der uns unser tägliches Brot geben soll. Ich glaube, der freie Verkehr, der Handel nach dem alten Grundprinzip des Angebots und der Nachfrage, hätte derartige Widersprüche nicht gezeitigt, und die Wucherpreise kaum so hoch ansteigen, wohl auch den Mangel an wichtigen Nahrungsmitteln und Industrieartikeln nicht so sehr hervortreten lassen, wie wir ihn jetzt täglich und stündlich miterleben.

Doch es ist zu spät, das ganze System umzugestalten. Da die Höchstpreise für die meisten Agrarprodukte bereits bestehen und wohl auch nicht aufgehoben werden, ist es ein Gebot der wirtschaftlichen Gerechtigkeit, auch die unentbehrlichsten Industrieartikel zu maximieren. Eine tiefgreifende Besserung der derzeitigen mißlichen Verhältnisse, eine Eliminierung aller Wucherpreise, eine Rückkehr zu normalen Preisen ist wohl dadurch nicht zu erwarten, aber immerhin wäre eine Milderung der drückenden Teuerung zu erhoffen, und auch das würde in der gegenwärtigen Kriegszeit schon ein Segen für die ärmeren Schichten der Bevölkerung sein, die schwer an den Lasten ihrer Pflichten zu tragen haben.

Neues Wiener Tagblatt
22./XII. 1916



**(Wiener Handelskammer.)** Die Wiener Handelskammer hielt gestern eine Plenarsitzung, in welcher, wie an andrer Stelle des Blattes mitgeteilt wird, entsprechend einem Referat des ersten Sekretärs Regierungsrat Dr. v. Tayenthal die Widmung von 1 Million Kronen für Gewerbeförderungs- und Unterstützungszwecke anläßlich der Thronbesteigung Kaiser Karls I. beschlossen wurde. Kammerrat Pabst schilderte die Verhältnisse des Kleingewerbes, die sich infolge des Krieges sehr verschlechtert haben, und dankt namens der Gewerbetreibenden der Kammer für ihre hochherzige Stiftung. Kammerrat Richter spricht der Kammer als Vertreter des Gewerbestandes ebenfalls den Dank aus. Nach einem Referat des ersten Sekretärs Regierungsrat Dr. v. Tayenthal beschloß die Kammer, mit Rücksicht auf die zunehmende Teuerung den Kammerangestellten eine Kriegszulage zu gewähren, die einen weiteren Ausbau der schon im vorigen Jahre getroffenen Maßnahmen bedeutet. Ein Antrag des Kammerrates Neureiter verwies auf die infolge der langen Dauer des Krieges so gewaltig gewachsene Zahl der erlassenen Verordnungen, wodurch eine Uebersicht über dieselben fast unmöglich geworden ist, so daß der einzelne Kaufmann auch beim besten Willen in einzelnen Fällen den Konflikt mit bestehenden Vorschriften kaum vermeiden kann. Da der Großteil dieser Verordnungen für Handel, Gewerbe und Industrie von großer Bedeutung ist, wäre die Errichtung einer Stelle dringend zu wünschen, bei der jeder eine verbindliche Auskunft erhalten könnte, die ihn vor den eventuellen Folgen der Nichtbeachtung einer bestehenden Vorschrift schützt, wenn er sich nur an die erhaltene Auskunft hält. Das gleiche Bedürfnis hat in Deutschland bereits dazu geführt, daß bei der letzten Tagung des deutschen Reichstages ein die Schaffung einer solchen Stelle anordnendes Gesetz beschlossen wurde. Kammerrat Neureiter beantragt, die Kammer möge die geeigneten Vorarbeiten zur Erlassung einer Verordnung betreffend die Schaffung einer solchen Auskunftsstelle in Angriff nehmen. Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugeführt. Präsident v. Schoeller schloß die Sitzung, indem er den Mitgliedern der Kammer seine Wünsche für das neue Jahr aussprach und der Hoffnung Ausdruck gab, daß das Jahr 1917 den dauernden und ehrenvollen Frieden bringen möge. (Lebhafter Beifall.) Der stellvertretende Vorsitzende Direktor Dr. Paul Hammerschlag erwiderte die vom Präsidenten ausgesprochenen Wünsche namens der Kammer und verwies auf das gedeihliche Zusammenarbeiten, das auch im abgelaufenen Jahre zwischen dem Präsidenten und den Mitgliedern der Kammer bestanden habe.

Die Zeit
22./XII. 1916

77

**Millionenwidmung für Kleingewerbeförderungszwecke.**

Die Wiener Handels- und Gewerbekammer hat in ihrer gestern abgehaltenen Plenarsitzung, auf Grund eines Berichtes des leitenden Sekretärs Regierungsrat Dr. v. Tayenthal beschlossen, aus Anlaß der Thronbesteigung Kaiser Karls eine Million Kronen für Zwecke der Unterstützung und Förderung von Handel- und Gewerbetreibenden zu widmen. Diese Widmung wird mit den für gleiche Zwecke bereits bestehenden Fonds vereinigt und als ein besonderer Bestandteil des Kammervermögens abgesondert verwaltet werden. Die Widmung ist als die Vorläuferin einer gänzlichen Neugestaltung der von der Kammer seit Dezennien betätigten Gewerbeförderung zu betrachten, die im Jahre 1898 in der Errichtung des Kaiserjubiläums-Gewerbeförderungsfonds zum Zwecke der Unterstützung gewerblicher Vereinigungen und zuletzt im Jahre 1914 in der Errichtung des mit einer halben Million Kronen dotierten Kriegshilfsfonds zur Gewährung von Darlehen an kriegsbeschädigte Handels- und Gewerbetreibende besonderen Ausdruck gefunden hat. Die Zusammenziehung aller dieser Fonds unter Hinzuziehung der neuen Widmung wird die Nutzbarmachung eines Fonds von mehr als anderthalb Millionen Kronen für die Zwecke des Kleingewerbes gestatten.

Reichspost

23-/XII.1916

78

# Befreiungen der Lehrlinge von der Fortbildungsschulpflicht.

Unser Berichterstatter für gewerbliche Fortbildungsschulangelegenheiten teilt uns nachstehende, neuest erflossene gesetzliche Bestimmungen über die neuen Richtlinien für die Behandlung von Gesuchen um Befreiungen der Lehrlinge vom Besuche der gewerblichen Fortbildungsschulen mit:

1. Die Fortbildungsschulpflicht erlischt von selbst, abgesehen von der Beendigung des Lehrverhältnisses und der vollständigen Erreichung des Lehrzieles der Fortbildungsschule, nur durch die erfolgreiche Absolvierung eines gleichwertigen Unterrichtes. Der Ausspruch über die Gleichwertigkeit steht den Schulbehörden, und zwar bezüglich der gewerblichen Fortbildungsschulen mit Ausnahme der kaufmännischen Fortbildungsschulen generell dem Ministerium für öffentliche Arbeiten, bezüglich der kaufmännischen Fortbildungsschulen generell dem Ministerium für Kultus und Unterricht, in einzelnen Fällen auf Grund einer generellen Entscheidung dem Fortbildungsschulrate zu. In zweifelhaften Fällen entscheidet die Gewerbebehörde.

2. In einzelnen Fällen kann eine zeitweilige Befreiung bei Fortbestehen der Fortbildungsschulpflicht eintreten im Falle einer Verhinderung am Schulbesuche durch Krankheit, große Entfernung des Arbeitsortes von der Schule, Unentbehrlichkeit im Geschäftsbetriebe während der Kriegsdauer eintreten und kann die Schulleitung eine Erlaubnis zum Ausbleiben aus der Schule erteilen.

3. Weiters kann eine Befreiung vom Schulbesuche bei Aufrechterhaltung der Fortbildungspflicht aus dem Grunde des vorgerückten Alters erfolgen. Lehrlinge und Lehrmädchen vom vollendeten 18. Lebensjahre wären über ihr Ansuchen bei theoretischer Aufrechterhaltung ihrer Schulpflicht durch die Schulleitung vom Schulbesuche zu befreien. Lehrlinge und Lehrmädchen, welche das 18. Lebensjahr vollendet haben und selbst eine Befreiung nicht beanspruchen, können in einzelnen Fällen aus Gründen der Disziplin von Amts wegen durch den Fortbildungsschulrat vom Schulbesuche enthoben werden. In beiden Fällen würde durch die Anmeldung bei der Schulleitung gemäß § 22 des niederösterreichischen Fortbildungsschulgesetzes der Fortbildungsschulpflicht Genüge geleistet werden und es können auch solchen Schülern ordnungsgemäße Abgangszeugnisse ausgestellt werden.

4. Vor dem vollendeten 18. Lebensjahre wäre aus Gründen des Alters prinzipiell eine Befreiung vom Schulbesuche nicht auszusprechen. Ueber derartige Gesuche hat fallweise der Fortbildungsschulrat gemäß § 40 des niederösterreichischen Fortbildungsschulgesetzes zu entscheiden.

Vorstehende Bestimmungen haben Geltung für alle gewerblichen Fortbildungsschulen in Wien und Niederösterreich (Provinz), ferner für alle Schulausschüsse der fachlichen Fortbildungsschulen der Gewerbegenossenschaften in Wien, dann für die Schulausschüsse der fachlichen Fortbildungsschulen der Gastwirtegenossenschaften in Liesing und Mödling und endlich für die Genossenschaft der Friseure in Wiener-Neustadt.

Fremdenblatt
23./XII. 1916

79

# Zentralverband der Industriellen Oesterreichs.

Im Industriehause hielt der Zentralverband der Industriellen Oesterreichs unter Vorsitz des Präsidenten Sektionschef Dr. Brosche seine Delegiertenversammlung ab. In seiner Begrüßungsansprache wies Präsident Doktor Brosche darauf hin, daß Kaiser Karl, der mitten im Toben des Weltkrieges den Thron bestieg, als eine seiner ersten Regierungshandlungen im Vereine mit seinen Verbündeten den Feinden die Hand zu einem ehrenvollen Frieden geboten hat. Wird dieses hochherzige Anbot abgelehnt, dann werden auch die Völker des Reiches ausharren und den Kampf bis zum ehrenvollen Ende führen. Auch die Industrie werde weiterhin ihre Pflicht erfüllen und in bewährter Weise unser tapferes Heer mit Waffen und Wehr versehen. Die Industrie hofft zuversichtlich, daß Kaiser Karl ihr ein mächtiger und gütiger Schutzherr sein werde und der Industrie unter seiner Regierung jene Stellung zukommen werde, die ihr als der kräftigsten Stütze des volkswirtschaftlichen Wohlstandes gebührt. Im Anschlusse an die mit langanhaltendem Beifalle aufgenommene Huldigungskundgebung wurde einhellig die Absendung eines Huldigungstelegrammes beschlossen.

Die Delegiertenversammlung ging hierauf in die Beratung der wichtigeren im Geschäftsberichte behandelten Fragen ein. Insbesondere wurden die Frage der Vereinheitlichung der industriellen Organisation, der Rohstoffversorgung nach dem Kriege, der Versorgung der Arbeiterschaft mit Lebensmitteln, der Kohlenversorgung und der Novellierung des bürgerlichen Gesetzbuches besprochen.

Im Anschlusse an die Delegiertenversammlung hielt Universitätsprofessor Danaillow (Sofia) einen Vortrag über Volkswirtschaft und Kaufkraft Bulgariens.

Präsident Sektionschef Dr. Brosche wies auf die aufrichtigen Sympathien hin, welche Oesterreich seit jeher mit dem Königreich Bulgarien verbinden.

Sodann hielt Prof. Danailow einen mit lebhaftestem Interesse aufgenommenen Vortrag über Bulgariens Volkswirtschaft und Kaufkraft. Er wies darauf hin, daß die Völker Zentraleuropas und der Balkanhalbinsel nur dann zu beiderseitigem Nutzen zu arbeiten beginnen werden, wenn sie einander richtig und voll kennen lernen, wenn sie in engen Zusammenkünften ihre beiderseitigen eigenen Beobachtungen und Eindrücke eintauschen, wenn sie Neuerscheinungen und Ergebnisse ihres wirtschaftlichen Lebens gegenseitig abgeben und den Wert ihrer volkswirtschaftlichen Entwicklung am Weiser des Standarts einschätzen. Der Vortragende besprach eingehend die Gestaltung der bulgarischen Volkswirtschaft, die landwirtschaftliche und industrielle Entwicklung. „Wie der Bulgare auf dem Schlachtfelde" — schloß Professor Danailow — „ein unerwartetes und verborgenes Talent gezeigt hat, so gibt es auch in der bulgarischen Volkswirtschaft viele gesunde, aber gebundene und verborgene Kräfte, deren Größe dann zutage treten wird, wenn ihnen die Möglichkeit und Freiheit geboten wird, ans Tageslicht zu gelangen und sich frei zu entfalten."

Neues Wiener Tagblatt
24./XII. 1916

80

— (Ablauf und Erneuerung der Handelsverträge.) Die kundgegebene Regierungserklärung macht uns nunmehr damit vertraut, daß wir in eine neue handelspolitische Aera eintreten. Unter den nächsten Aufgaben der Regierung befindet sich, wie erklärt wird, der Abschluß des Vertrages zwischen den beiden Staaten der Monarchie über ihr wirtschaftliches Verhältnis sowie die Anbahnung engerer wirtschaftlicher Beziehungen zum Deutschen Reich. Dem Parlament sollen diese zusammenhängenden Angelegenheiten sowie die mit andern Staaten abzuschließenden Handelsverträge seinerzeit zur Genehmigung vorgelegt werden. Diese Erklärung erhält ihre erhöhte Bedeutung durch die Richtungslinie, die speziell für die Handelsbeziehungen zwischen Oesterreich-Ungarn und dem Deutschen Reich gegeben wird und ihr Ziel in der Anbahnung engerer wirtschaftlicher Beziehungen finden soll. Nun ist gerade auf den 31. Dezember 1916 der Kündigungstermin jener fünf Handelsverträge gestellt worden, die im Jahre 1906 nach langwierigen Verhandlungen in Kraft gesetzt wurden. Drei von diesen Verträgen haben ihre Wirksamkeit durch den Kriegszustand verloren, es sind dies die handelspolitischen Vereinbarungen mit Rußland, Italien und Belgien. In Geltung sind die Verträge mit dem Deutschen Reich und der Schweiz. Falls keiner der vertragschließenden Teile zwölf Monate vor dem 31. Dezember 1917 (das wäre also am 31. Dezember d. J.) seine Absicht kundgibt, die Wirkungen des Vertrages mit diesem Tage aufhören zu lassen, soll der Vertrag über den 31. Dezember 1917 hinaus bis zum Ablauf eines Jahres von dem Tage ab in Geltung bleiben, an welchem der eine oder der andre der vertragschließenden Teile ihn gekündigt haben wird. Der 31. Dezember d. J. ist also kein drängender Termin, denn die Vertragskündigung könnte dann wann immer erfolgen, nur mit der Konsequenz, daß der betreffende Vertrag eben ein Jahr danach abläuft. Nicht zu übersehen ist übrigens auch die besondere Konstruktion des Handelsvertrages mit dem Deutschen Reich. Es war nicht eine Erneuerung des bestehenden Handels- und Zollvertrages vom 6. Dezember 1891, sondern eine Abänderung durch einen Zusatzvertrag vom 25. Jänner 1905, der dann am 1. März 1906 in Kraft trat. Dieser Weg stünde auch diesmal offen. Bei dem Handelsvertrag mit der Schweiz vom 9. März 1906, der am 12. März des genannten Jahres provisorisch und dann am 1. August 1906 definitiv aktiviert wurde, findet sich diese Konstruktion nicht. In der Antrittserklärung des Kabinetts Clam-Martinitz wird von einem Abschluß des Vertrages zwischen den beiden Staaten der Monarchie über ihr wirtschaftliches Verhältnis gesprochen, somit von der Feststellung eines Einvernehmens bei dem Abschluß neuer Handelsverträge, in deren Mittelpunkt die Anbahnung engerer wirtschaftlicher Beziehungen zum Deutschen Reich gestellt erscheint. Schon aus dieser allgemeinen Umschreibung erhellt, daß die neue handelspolitische Aera dadurch ihre Signatur erhält. Zu den mit andern Staaten abzuschließenden Verträgen gehören wohl in erster Linie neben der Schweiz die verbündeten Staaten: die Türkei und Bulgarien. Mit Bulgarien wurde im Jahre 1912 ein Vertrag vereinbart, der jedoch nicht aktiviert werden konnte, und es blieb bei einem Meistbegünstigungsverhältnis, welches seitdem von Jahr zu Jahr verlängert wurde. Hinfällig durch den Kriegszustand sind auch die Verträge mit Serbien und Rumänien geworden. Das Verhältnis zu den feindlichen Staaten wird naturgemäß seine Regelung erst nach dem Friedensschluß finden können.

Frankfurter Zeitung

27./XII. 1916

27
81

## Konferenz der Mitteleuropäischen Wirtschaftsvereine.

Berlin, 25. Dezbr. (W. B.) Die Beschlüsse der Delegierten-Konferenz der Mitteleuropäischen Wirtschaftsvereine für das Gebiet der Rechtsannäherung und der Binnenschiffahrt werden nunmehr bekanntgegeben. Zu ersterem Punkte gingen sie dahin, daß Gegenstand der Annäherung zu sein hätten das Versicherungs- und Lagerhaus-Recht, sowie das Eisenbahn- und Binnenschiffahrts-Recht. — Die Beschlüsse der Haager Konferenz bezüglich der Vereinheitlichung des Wechselrechts seien daraufhin zu überprüfen, in welcher Gestalt sie sich zur baldigen Einführung in Deutschland, Oesterreich und Ungarn eignen. Auf dem Gebiete des geistigen Eigentums sei tunlichste Gleichförmigkeit und der Beitritt Oesterreichs und Ungarns zum Berner Urheber-Uebereinkommen anzustreben. Für die Gesetzgebung über den unlauteren Wettbewerb sollten die gleichen Grundsätze maßgebend sein.

Die Binnenschiffahrt betr. sprach sich die Konferenz dafür aus, daß auf der ganzen Donaustrecke von Regensburg bis zum Eisernen Tor eine Tiefe von zwei Meter gesichert werden möchte. Der Grundsatz der freien Schiffahrt auf der Donau soll aufrecht erhalten werden, die Einführung neuer Gebühren unstatthaft sein. Die Stromgebiete des Rheins, der Elbe und der Oder seien durch leistungsfähige Kanäle zu verbinden. Alle Staaten hätten sich für die Schiffahrt auf der Donau wie auf den Kanälen vollkommen paritätische Behandlung zuzugestehen. Eine Reihe der Konferenz vorgelegter technischer Anregungen wurde den Regierungen zur Erwägung überwiesen. Desgleichen sollen diese gebeten werden, eine Kommission zur beschleunigten Durchführung aller auf die Donau und den Kanalbau gegebenen Anregungen einzusetzen, welche auch die Frage der Schaffung einer Donau-Akte zu studieren hätte.

Die Mitteleuropäischen Wirtschaftsvereine beschlossen, diesen Gegenständen auch weiterhin ihre volle Aufmerksamkeit zu weihen.

Neues Wiener Tagblatt
31./XII. 1916

82

**(Verlängerung des Meistbegünstigungsverhältnisses zwischen Oesterreich-Ungarn und Bulgarien.)** Das handelspolitische Meistbegünstigungsverhältnis zwischen Oesterreich-Ungarn und Bulgarien ist in den letzten Jahren jeweilig auf die Dauer eines Jahres verlängert worden. Der Ablauftermin ist der 31. Dezember. Auch diesmal ist das bestehende Verhältnis erneuert worden. Hierüber wird aus Sofia, 29. d., telegraphiert: Die bulgarische und die österreichisch-ungarische Regierung haben Noten ausgetauscht bezüglich der Verlängerung der Anwendung der Meistbegünstigungsklausel in den Handelsbeziehungen zwischen dem Königreich Bulgarien und der österreichisch-ungarischen Monarchie während des Jahres 1917.

Neues Pester Journal

31/XII. 1916

# Handelsübersicht der Woche.

**Zucker** ist in Budapest seit dem 29. d. gegen Zuckerkarten zu haben. An vielen Stellen des Landes ist jedoch die Lage noch unverändert schlimm. Es wäre nur der unbehinderte Transport und die rechtmäßige Vertheilung nothwendig, um die Zuckerversorgung allgemein günstig zu gestalten, denn der nöthige Vorrath ist ja da. Die Preise sind auch weiter unverändert.

**Kaffee** ist im Inlande in Folge des seit Monaten stillstehenden Imports kaum zu haben. Auf die Friedensbewegung hin sind die Preise in Holland etwas niedriger, doch ist bei den kleinen Zufuhren aus Niederländisch-Indien und der großen Nachfrage aus Oesterreich-Ungarn und Deutschland kein wesentlicher Rückgang der Preise zu erwarten. Jedenfalls besteht jetzt mehr Aussicht auf Importgeschäfte als bisher.

**Kolonialwaaren.** Das Engrosgeschäft ruhte vorige Woche der Feiertage, hauptsächlich aber der Friedensbewegung wegen gänzlich. Thee ist auch weiter zu K. 34—35 per Kgr. laut Qualität zu haben. Pfeffer Campong und Tellicherry notiren unverändert K. 37, prima Kakao K. 35, Kümmel K. 7·80, Ingwer K. 11—12 per Kgr.

**Honig und Wachs.** Die von den Produzenten außerordentlich hoch gehaltenen Preise für Honig haben den Konsum in Naturwaare sehr eingeschränkt. Das Angebot konnte nicht angebracht werden, denn inzwischen hat sich der Konsum an den Kunsthonig gewöhnt und zieht diesen bei der ganz bedeutenden Preisdifferenz vor. Eigner versuchen durch Herabsetzung ihrer Forderungen die Kauflust anzuregen, bis jetzt aber ohne Erfolg, denn eine Ermäßigung von nur 50 bis 75 K. gegenüber den so hoch gespannten Forderungen ist viel zu gering, um einen Umschwung in der Marktlage herbeizuführen. Rahhonig ist zu 550 K. in großen Mengen zu haben, dementsprechend alle anderen Sorten Dagegen verkehrt Wachs in stark steigender Richtung. Die Nachfrage hat sich seit unserem jüngsten Bericht ganz bedeutend gehoben und kann nur knapp gedeckt werden; die Preise erhöhten sich je nach Qualität um 50 bis 200 K. Es notiren unverbindlich: Bienenwachs, gelbes 1550 bis 1650 K., gebleichtes, chemisch rein 1650 bis 1750 K. und gebleichtes Bienenwachs, rein, aber ohne Garantie 1400 bis 1500 K. per 100 Kilogramm.

**Hopfen.** Aus Saaz wird uns gemeldet: Die sehr feste Stimmung hält ungeschwächt an. Das dieswöchige Geschäft war von mäßigem Umfang, weil Waarenbesitzer äußerst zurückhaltend sind und für ihre kleinen Bestände höhere Preise fordern. Die Kauflust umfaßt alle österreichisch-ungarischen Provenienzen, wobei die Qualitäten mit stark vorrücken. Eine weitere Preissteigerung ist nicht ausgeschlossen, wenn die Nachfrage wie bisher anhält. Für eine Partie Saazer Hopfen wurden 190 K. bezahlt, ein Preis, wie er in diesem Jahre noch nicht vorgekommen ist; sonst erzielte bestvorhandener Hopfen 175 bis 185 K. und Mittelsorten erlösten 160 bis 170 K. per 50 Kilogramm. Fremdhopfen ging von 145 K. aufwärts ab. 1915er und ältere Jahrgänge werden, insoweit sie noch vorhanden sind, für Spekulationszwecke aufgekauft. In Nürnberg waren glattgrüne Sorten begehrt und höher, gelbe und bunte jedoch wenig beachtet. Der Grundton des Marktes ist fest, da das Angebot immer schwächer wird. Saazer erzielt 135 bis 140 Mark, verzollt.

**Kerzen**, durch die Spekulation angeboten, tendiren weiter flau. Tertia Paraffin, auch Kompositionskerzen sind allgemein zu K. 600 zu haben.

**Seife.** Bei dem Maximalpreise von K. 380.— und den hohen Rohstoffpreisen meinen mehrere Seifensieder ihre Rechnung nicht finden zu können, so daß sie den Betrieb einstellten. Sie haben jedoch nicht recht, da der Maximalpreis laut den Rohstoffpreisen kalkulirt wurde. Viel schlimmer und unangenehmer ist aber, daß Kaufleute, die theuerere Waare am Lager hatten, ihre Vorräthe nicht oder nur über dem Maximalpreise verkaufen. Diese Lage wird aber am 1. Januar ihr Ende erreichen, da von diesem Zeitpunkte an eine andere Qualität als die 30/36perzentige Kriegsseife nicht in Verkehr gebracht werden darf. Diese wird jedoch vom Anfang an zum Maximalpreise gehandelt und können die Kaufleute dabei nichts verlieren.

**Rauhfutter.** (Bericht von Joseph Fuchs, Fourage-Export.) Am Wochenmarkt gab es wenig Zufuhren in Heu und Stroh bei guter Kauflust. Verkauft wurden: Minderes, gutes und besseres Heu zu 10 K. — H. bis 14 K. — H., Mohar 15 K. — H. bis 18 K. — H., Streustroh zu 6 K. — H. bis 7 K. 50 H., Schaubstroh zu 9 K. — H. bis — K. — H., Häcksel bis 10 K. — H., per 50 Kilogramm fuhrenweise ins Haus gestellt. Gepreßtes Heu zu 10 K. — H. bis 14 K. — H., gepreßtes Stroh zu 6 K. — H. bis 7 K. 50 H., ab Josephstädter Bahnhof. Futtergetreide: Hafer zu — K. — H. bis — K. — H., Mais — K. — H., Roggen — K. — H., Gerste — K. bis — K., bessere Sorten theurer je nach Station.

**Rohprodukte.** (Bericht von Leop. Leitersdorfer jun.) Die Feiertagswoche und die Krönungstage haben die geschäftlichen Tage zum weitaus größten Theile unterbunden, und die wenigen Geschäftstage der abgelaufenen Woche brachten auch nur Klarheit nach der Richtung hin, daß der Mangel an Rohwaare auch weiter anhaltend sein wird. — In den nächsten Tagen wird die von uns bereits avisirte Regierungsverordnung über die Maximalpreise von Schaf-, Lamm- und Ziegenfellen erscheinen, und gleichzeitig mit dieser Regierungsverordnung wird auch die Beschlagnahme dieser Ledersorten angeordnet werden. Wie bereits mitgetheilt, ist Aussicht vorhanden, daß die Regierung auch die Händlerkreise in die Thätigkeit der Requirirung einbeziehen wird, um dieselben dadurch zu entschädigen. — In sonstigen Artikeln ist diesmal nichts zu berichten.

**Gearbeitetes Leder.** Unverändert und monoton schleppt sich das Ledergeschäft am hiesigen Platze von einer Woche in die andere hinüber und immer mehr machen sich die Leiden der heutigen herrschenden Verhältnisse fühlbar. Der Verkehr vermag sich bei dem zu gering freiwerdenden Leder nur in den denkbar bescheidensten Bahnen zu bewegen und durch die bestehenden vorgeschriebenen ministeriellen Verordnungen hat fast jede Bethätigung im Lederhandel aufgehört, so daß also nichts von Belang zu einer eingehenden Berichterstattung vorliegt.

Die Zeit 6. I. 1917



**Trinkgelder.**

Seit langem schon sind die Trinkgelder im allgemeinen spärlicher geworden. Kellner, Diener, Straßenbahnschaffner usw. beiderlei Geschlechtes können dies bezeugen. Anläßlich des Neujahrsgrußes, der bei den Angehörigen der dienenden und bedienenden Kategorie mit klingender Münze quittiert sein will, hat es sich ganz besonders gezeigt, daß die Freigebigkeit nicht mehr in dem Maße wie einst besteht. Die Neujahrstrinkgelder sind vielfach kleiner als im Vorjahre. Da zum Beispiel in den Kaffeehäusern keine Brieftaschen mit Kalendern ausgegeben werden, fühlen sich auch die Stammgäste nicht mehr verpflichtet, den Kellnern so hohe Beträge zu geben wie in früheren Jahren, da der Anschaffungspreis der Tasche in das Trinkgeld einbezogen werden mußte. Für die einfachen Neujahrswunschkarten, die vom Kaffeehauspersonal an Stelle der Taschen den Gästen vorgelegt werden, wurden heuer zum Beispiel anstatt der früheren zehn, bloß fünf Kronen und oft noch weniger gegeben. Viele Hausbesorger bezeichnen ihre Bilanz der Neujahrsgelder als eine weit schlechtere als in den Vorjahren. Es klagen vor allem die Hausbesorger jener Häuser, in denen ärmere Parteien wohnen, solche, deren Familienoberhäupter im Felde stehen oder die sonst unter den Kriegsnöten zu leiden haben. Die Portiers der vornehmen Häuser, die Kriegsgewinnerparteien beherbergen, haben freilich nicht zu klagen. Sie haben heuer sogar größere Trinkgelder bekommen als sonst. Viele Leute, auch die nicht vom Glück begünstigten, haben es auch heuer nicht übers Herz gebracht, den sonst Beschenkten das Neujahrstrinkgeld zu schmälern. Trotzdem weist die allgemeine Bilanz der Trinkgeldnehmer einen Rückgang auf. Auch im Alltag wird mit den Trinkgeldern gespart. So klagen vor allem die Straßenbahnschaffnerinnen über den rapiden Rückgang ihrer Trinkgeldereinnahmen. Sparsamkeit ist die Devise beim Gros der Leute, die auf der Straßenbahn fahren. Trinkgelder geben auf der Straßenbahn zumeist nur mehr die Wohlhabenderen, die infolge des Mangels an Lohnfuhrwerk bemüßigt sind, die Straßenbahn des öfteren zu benützen.

Fremdenblatt
6./I. 1917

88

# Die deutsche Technik und der Rohstoffmangel.

Von Ing.-Chem. Karl Schwarz.

Englands Plan gegenüber der deutschen Industrie war ebenso einfach wie zielsicher. Drosselung der Rohmaterialienzufuhr für diese Industrie, mithin Erstickungstod derselben. Dieser verzweifelt klug ersonnene Plan hatte aber einen kleinen Schönheitsfehler. Er rechnete nicht mit der Eigenart der deutschen Industrie, die sie befähigte, gerade in der letzten Zeit die englische Industrie so häufig zu schlagen. Eine Charaktereigenschaft, die man sonst den Deutschen nachsagt, hat die deutsche Industrie jedenfalls jetzt abgelegt: die Schwerfälligkeit. Sie verzichtete auf langwierige Enqueten vom Regierungstische aus und nahm frisch und beherzt die Dinge selbst in die Hand. Ja, sie lieferte im Gegenteile der Regierung sogar die Unterlagen zu Verfügungen, die ein Stocken der Industrie im Hinterlande hintanzuhalten vermochten. Ein Beispiel hiefür möge das Vorgehen der privaten Techniker Deutschland illustrieren. Der Großteil der deutschen Ingenieure und auch mancher Chemiker ist in dem Verein deutscher Ingenieure konzentriert. Dieser gliedert sich in Bezirksvereine, die ihren Sitz in den Zentren der deutschen Industriebezirke haben. So setzte sich nun eines Tages der Bezirksverein in Mannheim zusammen, um über den Ersatz von Rohmaterialien, welche die deutsche Technik benötigt, zu beraten, teilte den ganzen Kreis der in Betracht kommenden Materie in Felder ein und wies diese hervorragenden Männern der Praxis und Wissenschaft zum Referate zu.

Vor allen Dingen galt es, einen Ersatz für Kupfer in seinen vielfachen Anwendungsarten zu finden. Bei diesen Versuchen kam man zu einer theoretischen Ueberraschung. War früher die chemische Analyse einer Legierung für die Brauchbarkeit dieser Metallmischung zur Herstellung der Lagerschalen irgendeiner Welle, die eine Maschine bewegt, maßgebend, so sollte sich jetzt herausstellen, daß gerade eine für diese Zwecke nach der chemischen Analyse scheinbar am wenigsten brauchbare Mischung die beste Eignung für diesen Zweck besaß, weil sie physikalisch und mechanisch die höchsten Eigenschaften besaß. Es kann aber auch an einen Ersatz dieser Lagermetalle durch Gußeisen gedacht werden, was natürlich zu einer Verbilligung der Kosten für Lagerschalen führt.

Aber auch die elektrische Industrie verbraucht einen Großteil des jetzt so nötigen Kupfers und des so selten gewordenen Gummi. Besonders die verschiedenen Leitungen des elektrischen Stromes verschlingen eine Unmenge des begehrten roten Metalles. Jetzt aber hat man es gelernt, Starkstromleitungen ohne Kupfer, wie Eisenleiter für Schleifleitungen, für Verladekrane u. s. f. herzustellen, Hausleitungen mit Papierisolierungen, für feuchte Räume mit Bleileitungen versehen, herzustellen, kurz, man hat es so weit gebracht, den Gebrauch des Kupfers riesig einzuschränken, ohne den Betrieb der verschiedensten Anlagen irgendwie zu gefährden.

Was für eine Verschwendung in normalen Zeiten mit den so unumgänglich nötigen Schmiermitteln getrieben wurde, zeigte sich so recht, als die Pflicht gebieterisch herantrat, so haushälterisch wie möglich mit denselben umzugehen. Zwar hatten schon im tiefsten Frieden größere Betriebe Vorsorge zur Wiedergewinnung der gebrauchten Schmieröle getroffen, zwar hatten erfinderische Köpfe Ratschläge zur Erhöhung der Schmierkraft der Oele durch Zugabe von festen Mitteln, wie Graphit, der jetzt unter verschiedenen Phantasienamen für diesen Zweck in den Handel gebracht wird, gemacht, die intensivere Ausübung dieser Maßregeln führte aber doch erst der Weltkrieg herbei. Wer aber hätte je gedacht, daß die fast nutzlosen Abfallöle der Kohlenteerdestillation oder gar die Melasse, der süße, braune Rückstand des Rübenzuckers, mit Erfolg als Schmiermittel verwendet werden könnte.

Aber auch für das Benzin, das Treibmittel für unsere Autos und Flugzeuge, das in ausreichender Menge nicht vorhanden war, mußte Ersatz geschaffen werden durch den Gebrauch von Benzol und Spiritus, teilweise auch im Gemische mit Benzin. Seit langer Zeit, seitdem in den letzten Friedensjahren die Benzolpreise in die Höhe schnellten, wurde schon eben die genannte Abhilfe gedacht, wobei mehr und mehr die Frage der billigen Beschaffung von Spiritus auftauchte. Auch wiederum wird jetzt mehr an die Aufarbeitung eines Abfallproduktes gedacht, als an die Heranziehung der alten bewährten Alkoholquelle der Kohlehydrate (Kartoffel, Mais). Schon lange beschäftigen sich die Chemiker mit der Verwertung des lästigen Abfallproduktes der Zellstofferzeugung aus Holz (Holzzellulose) mit der Sulfitablauge. Aus diesem Abfallsprodukte kann nach neueren Versuchen auch Spiritus gewonnen werden.

Dieser kurze Ausschnitt aus dem Kampfe der Industrie mit dem Mangel an Rohmaterial — der Ausschnitt könnte noch beliebig vermehrt werden — möge genügen, ein Bild des Widerstandes der deutschen Technik gegen die drohende Erdrosselung zu geben.

Kölnische Zeitung
7. II. 1917

90 7

## Handel und Gewerbe im dritten Kriegsjahr.

**Berlin**, 6. Febr. (Telegr.) Die heutigen sechsstündigen Verhandlungen der Staatshaushaltskommission zum Etat der Handels- und Gewerbeverwaltung brachten zunächst einen breit ausgesponnenen Abgesang zum Titel „gewerblicher Mittelstand". Das allbeherrschende Sehnsuchtsmotiv „heraus aus dem Sozialismus und Kollektivismus der Kriegsgesellschaften, zurück in die bewährte Privatwirtschaft!" brachte einen mißtrauischen nationalliberalen Redner zu dem anmutigen Vergleich von einer alten Kommode, deren verquollene Fächer wohl leicht herauszuziehen, aber um so schwerer wieder in den Statusquo zurückzuführen seien. Der geschickten Taktik des revisionistischen sozialdemokratischen Kommissionsmitgliedes gegenüber konnten sich verschiedene bürgerliche Redner eines leisen Fröstelns nicht verwehren. Der Konservative fürchtete seine Danaergeschenke so sehr, daß er ihn bat, doch durch das zu stark bekundete Wohlwollen dem Mittelstande nicht zu schaden. Die Mittelstandsdebatte schritt schon in die fünfte Stunde, ehe noch eine Koda auftauchte mit dem nicht gerade originellen Thema: Kleinhandelskammern. Der Minister winkte vernehmlich ab. Die endlich einsetzenden Erörterungen zum Ministergehalt brachten u. a. interessante Vorschläge zur Wiederherstellung unsers Außenhandels nach dem Kriege, wobei nationalliberalerseits eine Reform des Überseedienstes der deutschen Presse verlangt wurde, unter Vorweisung geradezu erschütternder Belege für die skrupellose Unterminierung der Ehre der deutschen Industrie in den Augen des Auslandes, dem man vorgegrault hat, daß die 19 Millionen Tonnen deutschen Roheisens in Zuchthäusern (!), die billigern Massenerzeugnisse großenteils von schlecht entlohnten Kinderhändchen hergestellt würden. Auch die sogenannte „tschechische Gefahr" im mitteldeutschen Braunkohlengebiet, wo die angeblich feindlichen Brüder Julius und Ignaz Petschek aus Aussig und Prag Werk auf Werk unter ihre Kontrolle bringen, fand am Regierungstisch wie bei den Parteien aufmerksame Beobachter. Der Handelsminister hielt die Lage zwar noch nicht für geklärt genug, ließ aber keinen Zweifel darüber, daß, wenn die Selbsthilfe der Interessenten gegenüber dem drohenden Privatmonopol versage, die Zwangssyndizierung der mitteldeutschen Braunkohlenwerke als vorletzter Ausweg in Betracht käme. Aber auch das letzte Mittel wurde von verschiedenen Rednern — darunter besonders energisch von einem nationalliberalen, trotz seiner sonstigen Gegnerschaft gegen ein staatliches Bergbaumonopol — in Erwägung gezogen, nämlich die Mitbeteiligung des Staates an der mitteldeutschen Braunkohlenindustrie. Infolge der wider Erwarten langen Aussprache zu Handel und Gewerbe kam man nicht mehr, wie vorgesehen, zum Bergetat; doch sind wichtige Kapitel desselben heute schon mit erledigt worden.

Frankfurter Zeitung
10./I. 1917

91

= **Wirtschaftliche Möglichkeiten und die Aussichten des deutschen Handels.** Am sechsten Vortragsabend des Kulturbunds besprach Prof. Eulenburg (Leipzig) die Möglichkeit des Wirtschaftskriegs gegen uns nach dem Friedensschluß. Unsere Erfolge im Außenhandel, so führte er aus, verdanken wir in erster Linie der Rührigkeit, Weitsichtigkeit und Anpassungsfähigkeit der Vertreter unseres Handels und unserer Industrie in europäischen und außereuropäischen Ländern und der unübertroffenen Güte und Billigkeit solcher Ausfuhrartikel, die man als Standardwerke bezeichnen könnte. Daß unsere Erfolge auf dem Weltmarkt schon vor dem Krieg zu Koalitionsbildungen führten, die, wenn sie ihr Wirken auch nicht in erster Linie gegen uns kehrten, uns, falls sie zur Ausführung gelangt wären, doch besonders getroffen hätten, ist bekannt. Sicherlich wird die Entente, an ihrer Spitze England, das diesen Krieg als „seinen" Wirtschaftskrieg führt, nach dem Friedensschluß versuchen, durch Boykott jeder Art uns vom Welthandel auszuschließen. Der Anfang hierzu war die Liquidation der deutschen Firmen in den Mutterländern und Dominions. Weiter ist man in den feindlichen Ländern bemüht, Bestimmungen zu schaffen, die unsere Ein- und Ausfuhr mit hohen Lasten bedrohten. Gegen uns gerichtet ist auch der Plan eines britischen Weltreichs, mit hohen Einfuhrzöllen und Freihandel für eigene Produkte. Die gleiche Tendenz zu politischer und wirtschaftlicher Abschließung macht sich in Rußland bemerkbar, die, wenn sie sich verwirklicht, wohl auch zur Verdrängung Englands und Frankreichs vom russischen Markte führen dürfte. Aehnliches gilt von Amerika, das ebenso wie die genannten Länder genügend Rohstoffe erzeugt, um von der Einfuhr unabhängig zu sein. Werden also die Schwierigkeiten für den deutschen Handel nach dem Krieg groß sein, so ist doch zu erwarten, daß die Pläne der Entente, den Wirtschaftskrieg über den Friedensschluß hinauszuführen, an ihrer Undurchführbarkeit scheitern werden. Denn alle Länder sind mehr oder minder auf Ein- und Ausfuhr angewiesen, wenn sie ihre Finanzen balancieren wollen. Bisher ist eine wirtschaftliche Einheitsfront der Entente so wenig vorhanden wie die kriegerische. Italien und Frankreich sind auf vielen Gebieten Konkurrenten und leben von ihrer Ausfuhr. Rußland muß Rohstoffe gegen Fertigfabrikate tauschen, England wird das Doppelte seiner Arbeitskräfte aufbringen müssen, wollte es die deutschen Erzeugnisse von diesem ihrem Hauptmarkt verdrängen. In Ostasien dürften japanischer und amerikanischer Einfluß herrschend bleiben. So empfiehlt sich also stärkere Nationalisierung des Wirtschaftslebens, intensivere Bewirtschaftung der Donaumonarchie, des Balkans und Kleinasiens, die jedoch erst in fernerer Zeit Früchte bringen kann. Ungestört, vielleicht sogar enger als vor dem Krieg werden sich die Beziehungen zu den neutralen Nachbarn gestalten, Absatz- und Ausfuhrgebiet wird auch, trotz der panamerikanischen Bestrebungen, Südamerika bleiben. Nach der reiflichen Erwägung dieses Für und Wider kam der Redner zu dem Schluß, daß eine Abschließung der Weltmächte zu eigener wirtschaftlicher Koalition und unsere Verdrängung vom Weltmarkt nach dem Krieg zweifellos versucht, daß aber diese Absichten kaum dauernd gelingen werden. Eine kluge, großzügige Handelspolitik, Wagemut und Intelligenz des deutschen Kaufmanns werden aufs Neue die Basis schaffen, auf denen der deutsche Welthandel aufbauen und sich entwickeln kann.

Neues Pester Journal 95
12./I. 1917

# Wirthschaftliche Fragen der Fabriksindustrie.

Der Bund ungarischer Fabriksindustrieller hielt gestern unter Vorsitz Dr. Franz Chorin's eine Direktionssitzung, die sich zunächst mit den Zeitungsmeldungen beschäftigte, laut welchen eine neue Kunstdüngerfabrik mit finanzieller Betheiligung des Staates errichtet werden soll. Baron Adolf Kohner führte im Laufe der Debatte aus, daß er es nicht für richtig und im gegenwärtigen Zeitpunkt für doppelt bedenklich hält, wenn der Staat durch seine finanzielle Betheiligung an einem solchen Unternehmen der Privatindustrie in einem Industriezweige Konkurrenz machen wird, in welchem die ungarische Industrie in der Lage ist, den inländischen Bedarf nicht nur vollständig zu decken, sondern auch ihre Produktion darüber hinaus zu steigern. Dabei sei zu berücksichtigen, daß dieser Industriezweig mit seinen Rohstoffen fast ganz auf die überseeische Einfuhr angewiesen ist und die Privatindustrie befürchten muß, daß sie angesichts des beschränkten Schiffsraumes, der zur Verfügung steht, nach dem Kriege in ihrer Rohstoffversorgung gegenüber der staatlichen Unternehmung zurückgesetzt werden wird. Nachdem Manfred Weiß, Béla Veith und Alfred Schwarz zu der Frage das Wort ergriffen hatten, beschloß die Direktion auf Antrag Dr. Chorin's einstimmig, gegen die finanzielle Betheiligung des Staates an der zu errichtenden Kunstdüngerfabrik auf das entschiedenste Stellung zu nehmen, getreu dem vom Bund seit seiner Gründung konsequent eingenommenen Standpunkt, nach welchem der Wettbewerb der vom Staat direkt errichteten oder mit Betheiligung des Staates zustandegebrachten Betriebe unsere industrielle Entwicklung lähmt. Die Direktion beschäftigte sich sodann mit dem Gesetzentwurf über die Kriegstransportsteuer der Eisenbahnen und sprach auf Antrag Franz Chorin's nach den Bemerkungen Manfred Weiß', Roland Hegedüs' und Béla Veith's aus, daß sie ihren in dieser Frage bisher eingenommenen Standpunkt auch weiterhin aufrecht halte. Mit Rücksicht auf die großen finanziellen Bedürfnisse des Staates erhebt der Bund gegen die neue Steuer keine Einwendung. Er lenkt jedoch die Aufmerksamkeit der Regierung darauf, daß das System unserer Eisenbahntarife auch derzeit bereits große Anomalien aufweist, da die Höhe der Tarifsätze mit dem Werthe der Rohstoffe und Fabrikate in keinem entsprechenden Verhältniß steht. Die gegenwärtigen Tarifsätze belasten bereits die von der ungarischen Industrie erzeugten Massengüter mehr als die von der österreichischen Industrie gelieferten Fabrikate. Die durchwegs mit 30 Perzent bemessene Transportsteuer wird diese Anomalie noch stärker zum Ausdruck bringen und das ungarische Wirthschaftsleben empfindlich schädigen. Der Bund betont daher, daß die Kriegstransportsteuer nur von provisorischer Geltung sein und höchstens für die Zeit des Krieges in Kraft bleiben könne. Nach Beendigung des Krieges müsse aber unser ganzes Eisenbahnsystem einer Revision unterzogen und nach Anhörung der interessirten Kreise so umgestaltet werden, daß die gegenwärtigen Ungleichheiten aufhören und die Eisenbahntarife zu Förderern unserer wirthschaftlichen Entwicklung und unseres aus währungspolitischen Gründen nach dem Kriege besonders wichtigen Exportes werden.

Hierauf berichtete Gustav Gratz über jene Verhandlungen, welche der Bund in Angelegenheit der Erleichterung der Lebensmittelversorgung der Industriearbeiter mit dem Kriegsernährungsamt geführt hat. Er hob hervor, daß das Ernährungsamt jüngst an die Munizipien eine Cirkularverordnung gerichtet hat, in welcher diese aufgefordert werden, die Ernährung der Arbeiter der vom Standpunkte der Heeresversorgung besonders wichtigen Industrieunternehmungen unbedingt sicherzustellen. Der Bund führte Verhandlungen im Interesse der Schaffung einer Organisation, welche in centraler Weise für die Lebensmittelversorgung der Arbeiter der Industrieunternehmungen in Budapest und seiner Umgebung sorgen würde. Nachdem Manfred v. Weiß, Heinrich Fellner, Baron Moriz Kornfeld, Baron Adolf Kohner, Béla Surányi, Julius Egger, Béla Veith und Andere zu dieser Frage das Wort ergriffen hatten, sprach der Bund aus, daß er die centrale Versorgung der Arbeiter der in Budapest und seiner Umgebung befindlichen Industrieunternehmungen für nothwendig hält, in die Aktion jedoch vorläufig jene großen Unternehmungen nicht einbeziehen wolle, welche die Versorgung ihrer Arbeiter mit den nothwendigen Lebensmitteln auch bisher schon sicherzustellen wußten. Der Bund hält es jedoch für nöthig, daß diese Aktion sich nicht auf die direkt für das Heer liefernden Unternehmungen beschränke, sondern auf die ganze Fabriksindustrie erstreckt werde. Schließlich hält es der Bund für wünschenswerth, daß das Volksernährungsamt die Aktion weitgehend unterstütze und Bürgschaften dafür biete, wie die Organisation zu den nothwendigen Lebensmitteln gelangen könne.

Endlich beschäftigte sich die Direktion mit der Angelegenheit der Kriegsausstellung, die schon im vorigen Jahre in Wien veranstaltet wurde und 1917 wiederholt werden wird. Schon bei der vorjährigen Ausstellung war der Bund der Ansicht, daß die Betheiligung der ungarischen Fabriken bei der Ausstellung nicht wünschenswerth sei. Seither hat die Industrie auf dem Gebiete der Produktions- und Verkehrsverhältnisse mit noch erheblicheren Schwierigkeiten zu kämpfen, so daß sie in diesem Jahre noch weniger in der Lage wäre, sich an der Ausstellung in einer Weise zu betheiligen, daß dadurch die wichtige Rolle, welche die Industrie vom Standpunkte der Heeresversorgung spielte, entsprechend zum Ausdruck komme. Der Bund hält es darum für wünschenswerth, daß die ungarischen Fabriken sich an der Ausstellung auch in diesem Jahre nicht betheiligen.

Österr. Volkszeitung
13./I. 1917

# Der Verkauf der Gummisauger.

**Regelung des Vertriebes. — Das Ende der Phantasiepreise.**

Eine für die Regellosigkeit der Marktverhältnisse während der Kriegszeit besonders charakteristische Erscheinung waren die Phantasiepreise, die für Gummisauger verlangt und notgedrungen von denen, die solche Sauger brauchten, auch bezahlt wurden. Arme Leute, die dies nicht tun konnten, waren in Verzweiflung, wenn ihr Säugling eines neuen Gummisaugers bedurfte und benützten ohne Rücksicht auf die Gefährdung der Gesundheit des Kindes das schadhafte oder verunreinigte alte Stück so lange wie möglich. Diesen unhaltbaren Zuständen wird nun durch die behördliche Regelung des Betriebes mit Gummisaugern ein Ende gemacht, die gestern mit dem Datum vom 7. d. verlautbart wurde und sofort in Kraft tritt. Es ist nur zu wünschen, daß diese amtliche „Sofort" auch tatsächlich bei der Gestaltung der Preise für die Käufer in Kraft tritt.

Die wesentlichsten Bestimmungen der Verordnung sind: Gummisauger, die geeignet sind, als Mundstück für Kindersaugflaschen Verwendung zu finden, dürfen an Verbraucher nur durch Apotheker oder durch Aerzte, die eine Hausapotheke führen, nach den vom Minister des Innern erlassenen Weisungen abgegeben werden. Diese Bestimmung bezieht sich auf jene Gummisauger nicht, die schon vor Inkrafttreten dieser Verordnung in gewerblichen Betrieben zum Verkauf bereitgestellt waren. Krankenanstalten und sonstige Fürsorgeanstalten, die der Pflege von Säuglingen dienen, können durch Vermittlung des Ministeriums des Innern Gummisauger auch unmittelbar beziehen. Die Preise für die Abgabe von Gummisaugern in den Apotheken und den Hausapotheken der Aerzte werden jeweils vom Ministerium des Innern festgesetzt und bekanntgegeben. Uebertretungen dieser Verordnung werden, sofern die Handlung nicht einer strengeren Bestrafung unterliegt, von der politischen Behörde erster Instanz mit Geldstrafe bis zu 5000 Kronen oder Arrest bis zu sechs Monaten bestraft.

Aus Apothekerkreisen wird hiezu mitgeteilt: „Die neue Verordnung wird wohl endlich die Verbilligung dieses Artikels herbeiführen. Wie auf vielen anderen Gebieten, so hat auch hier der Kettenhandel unhaltbare Zustände gezeitigt, indem ein Sauger, der früher 50 bis 60 Heller gekostet hat, heute auf den Preis von sechs Kronen hinaufgetrieben wurde. Das Ministerium des Innern hat daher eine Aktion eingeleitet, deren Erfolg es war, daß 300 Kilogramm des dem freien Verkehr bekanntlich entzogenen Gummis für diesen Zweck freigegeben wurden. So wurden bereits 12.000 Dutzend Gummisauger hergestellt, die von einer eigenen Zentrale an die Apotheker abgegeben werden. Diese Abgabe wird nur zu dem unabänderlichen Preis von 60 Heller für einen Sauger erfolgen dürfen. Eine analoge Aktion wurde bereits vor längerer Zeit in Deutschland erfolgreich durchgeführt."

Pester Lloyd 13./I. 1917

97

(Wichtige industrielle Fragen im Bund der Fabriksindustriellen.) Der Bund Ungarischer Fabriksindustriellen hielt gestern unter dem Vorsitze des Präsidenten Dr. Franz Chorin eine Direktionssitzung, die sich zunächst mit den Zeitungsmeldungen beschäftigte, laut deren eine neue Kunstdüngerfabrik mit finanzieller Beteiligung des Staates errichtet werden soll. Baron Adolf Kohner führte im Laufe der Debatte aus, er halte es nicht für richtig und im gegenwärtigen Zeitpunkt für doppelt bedenklich, daß der Staat durch seine finanzielle Beteiligung an einem solchen Unternehmen der Privatindustrie in einem Industriezweige Konkurrenz mache, in welchem die ungarische Industrie in der Lage ist, nicht nur den inländischen Bedarf vollständig zu decken, sondern ihre Produktion auch darüber hinaus zu steigern. Dabei sei zu berücksichtigen, daß dieser Industriezweig mit seinen Rohstoffen fast ganz auf die überseeische Einfuhr angewiesen ist und die Privatindustrie befürchten muß, daß sie angesichts des beschränkten Schiffsraumes, der zur Verfügung steht, nach dem Kriege in ihrer Rohstoffversorgung gegenüber der staatlichen Unternehmung zurückgesetzt werden wird. Nachdem Manfred v. Weiß, Béla Veith und Alfred Schwarz zu der Frage das Wort ergriffen hatten, beschloß die Direktion auf Antrag des Präsidenten einstimmig, gegen die finanzielle Beteiligung des Staates an der zu errichtenden Kunstdüngerfabrik auf das entschiedenste Stellung zu nehmen, getreu dem vom Bund seit seiner Gründung konsequent eingenommenen Standpunkt, wonach der Wettbewerb der vom Staat direkt errichteten oder mit Beteiligung des Staates zustande gebrachten Betriebe unsere industrielle Entwicklung lähmt. Die Direktion beschäftigte sich sodann mit dem Gesetzentwurf über die Kriegstransportsteuer der Eisenbahnen und sprach auf Antrag des Präsidenten Franz Chorin nach den Bemerkungen der Herren Manfred v. Weiß, Roland v. Hegedüs und Béla Veith aus, daß sie ihren in dieser Frage bisher eingenommenen Standpunkt auch weiterhin aufrechterhalte. Mit Rücksicht auf die großen finanziellen Bedürfnisse des Staates erhebt der Bund gegen die neue Steuer keine Einwendung. Er lenkt jedoch die Aufmerksamkeit der Regierung darauf, daß das System unserer Eisenbahntarife auch derzeit bereits große Anomalien aufweist, da die Höhe der Tarifsätze mit dem Werte der Rohstoffe und Fabrikate in keinem entsprechenden Verhältnis steht. Die gegenwärtigen Tarifsätze belasten bereits die von der ungarischen Industrie erzeugten Massengüter mehr als die von der österreichischen Industrie gelieferten Fabrikate. Die durchweg mit 30 Prozent bemessene Transportsteuer wird diese Anomalie noch stärker zum Ausdruck bringen und das ungarische Wirtschaftsleben empfindlich schädigen. Der Bund betont daher, daß die Kriegstransportsteuer nur von provisorischer Geltung sein und höchstens für die Zeit des Krieges in Kraft bleiben könne. Nach Beendigung des Krieges müsse aber unser ganzes Eisenbahnsystem einer Revision unterzogen und nach Anhörung der interessierten Kreise so umgestaltet werden, daß die gegenwärtigen Ungleichheiten aufhören und die Eisenbahntarife zu Förderern unserer wirtschaftlichen Entwicklung und unseres aus währungspolitischen Gründen nach dem Kriege besonders wichtigen Exports werden. Hierauf berichtete Gustav Gratz über jene Verhandlungen, die der Bund in Angelegenheit der Erleichterung der Lebensmittelversorgung der Industriearbeiter mit dem Kriegsernährungsamt geführt hat. Er hob hervor, daß das Ernährungsamt jüngst an die Munizipien eine Zirkularverordnung gerichtet hat, in welcher diese aufgefordert werden, die Ernährung der Arbeiter der vom Standpunkte der Heeresversorgung besonders wichtigen Industrieunternehmungen unbedingt sicherzustellen. Der Bund führte Verhandlungen im Interesse der Schaffung einer Organisation, welche in zentraler Weise für die Lebensmittelversorgung der Arbeiter der Industrieunternehmungen in Budapest und Umgebung sorgen würde. Nachdem Manfred v. Weiß, Heinrich Fellner, Baron Moritz Kornfeld, Baron Adolf Kohner, Béla Szurányi, Julius Egger, Béla Veith und andere zu dieser Frage das Wort ergriffen hatten, sprach der Bund aus, daß er die zentrale Versorgung der Arbeiter der in Budapest und Umgebung befindlichen Industrieunternehmungen für notwendig hält, in die Aktion jedoch vorläufig jene großen Unternehmungen nicht einbeziehen wolle, welche die Versorgung ihrer Arbeiter mit den notwendigen Lebensmitteln auch bisher schon sicherzustellen wußten. Der Bund hält es jedoch für nötig, daß diese Aktion nicht nur auf die direkt für das Heer liefernden Unternehmungen beschränkt, sondern auf die ganze Fabriksindustrie ausgedehnt werde. Schließlich hält es der Bund für wünschenswert, daß das Volksernährungsamt die Aktion weitgehend unterstütze und Bürgschaften dafür biete, wie die Organisation zu den notwendigen Lebensmitteln gelangen könne. Endlich beschäftigte sich die Direktion mit der Angelegenheit der Kriegsausstellung, die schon im vorigen Jahre in Wien veranstaltet wurde und heuer wiederholt werden wird. Schon bei der vorjährigen Ausstellung war der Bund der Ansicht, daß die Beteiligung der ungarischen Fabriken bei der Ausstellung nicht wünschenswert sei. Seither hat die Industrie auf dem Gebiete der Produktions- und Verkehrsverhältnisse mit noch erheblicheren Schwierigkeiten zu kämpfen, so daß sie in diesem Jahre noch weniger in der Lage wäre, sich an der Ausstellung in einer Weise zu beteiligen, daß dort die wichtige Rolle, welche die Industrie vom Standpunkt der Heeresversorgung spielt, entsprechend zum Ausdruck komme. Der Bund hält es darum für wünschenswert, daß die ungarischen Fabriken sich an der Ausstellung auch in diesem Jahre nicht beteiligen.

Neues Wiener Tagblatt 13./I. 1917

98

# Die Industrie in der Uebergangswirtschaft.

Die Behandlung der industriellen Produktion regierungsseits während der Uebergangszeit nach dem Kriege, das heißt die Frage, inwieweit die staatliche Reglementierung der Produktion nach Friedensschluß unter dem Gesichtspunkt der allgemeinen Interessen als zweckmäßig und gerechtfertigt zu erachten sein werde, wird innerhalb der industriellen Kreise mit zunehmender Aufmerksamkeit besprochen. Immer neue Stimmen von Ansehen und Geltung lassen sich vernehmen. Der Friede, wenn er kommen wird, soll die Faktoren, die dann an dem Aufbau der Volkswirtschaft maßgebend mitzuarbeiten berufen sind, nicht unvorbereitet finden. In bemerkenswerter Weise sprach sich über die Frage „Industrie und staatliche Beeinflussung" in der vorgestern abgehaltenen Monatsversammlung des Industriellenklubs dessen Präsident Bergrat Max Ritter v. Gutmann aus. Der Präsident begrüßte die Versammlung mit einer Ansprache, in welcher er ausführte:

Einem Kaiserwort verdanken wir den Hoffnungsschimmer, dessen Abglanz unsre Weihnachtstage erfreute, und wenn auch die Feinde in ihrem Wahn vorläufig der Menschheit den Frieden verwehren, so sind wir uns doch der vollen Kraft bewußt, wirtschaftlich auszuharren, bis wir durch militärische Siege den Frieden erzwungen haben.

Für alle Fälle sind rechtzeitig Vorkehrungen zu treffen für den Uebergang zur Friedenswirtschaft. Groß sind die Schwierigkeiten, mit denen die Industrie beim Uebergang zu rechnen hat, aber wir werden diese Schwierigkeiten überwinden. Sichere Gewähr dafür bietet uns die ungeahnte Entfaltung von Produktions- und Konsumkräften, die sich im Kriege offenbarte. Auf allen Produktionsgebieten eine unendliche Vielfältigkeit des Anpassungsvermögens und eine vielseits eminente Steigerungsfähigkeit der Erzeugung von Kriegsmaterial, die um so überraschender war, je schwieriger sich die Beschaffung von Rohstoffen, Arbeitskräften und Transportmitteln gestaltete. In allen Kreisen des Konsums eine bewunderungswürdige Opferwilligkeit sowohl in bezug auf das Ausmaß der Einschränkung als auch in bezug auf die Tragfähigkeit gegenüber der schwer lastenden Teuerung. All diese selben Kräfte werden sich auch im Frieden bewähren, jedoch unsres Erachtens wirksamer walten im Wege des freien Willens, mehr unter dem Zwange der Notwendigkeit, als unter dem Zwange des Gesetzes. Wir verhehlen uns keineswegs, daß Ausnahmszustände Ausnahmsmaßregeln rechtfertigen. Wir anerkennen wohl, daß bei dem ersten Ansturm der Anforderung von Rohstoffen, Nahrungsmitteln, Halbfabrikaten und Fabrikaten die Preisbildung derselben und noch mehr die Beschaffung der Valuta und des Schiffsraumes und vielleicht auch die Zuteilung des Imports festgefügte Organisationen erfordern werden unter Heranziehung der staatlichen Autorität, doch muß hiebei die freie individuelle Betätigung entsprechend gewahrt werden. Unbedingt muß jede Drosselung der Produktion vermieden werden, denn die intensivste Steigerung der Produktion auf allen Gebieten, in Industrie, Landwirtschaft und Gewerbe, ist eine Conditio sine qua non sowohl für die Bewältigung der die Kosten des Staatshaushaltes zu deckenden Steuerlast, als auch für die Förderung des Exports und die Einschränkung des Imports. Der Import sowie der Export lassen sich nicht durch gewaltsame Maßnahmen regeln, ohne unberechenbare Störungen im Wirtschaftsleben hervorzurufen.

Sollte jedoch trotzdem als äußerstes Mittel zur Anwendung von Einfuhrverboten geschritten werden, so frägt es sich immerhin, ob die Durchführung derselben nicht einigermaßen erschwert werden dürfte durch die als Friedensbedingung anzustrebende Sicherung des gegenseitigen freien Verkehres, denn eine Hauptsegnung des Friedens ist die Freiheit des Weltverkehres.

Vor allem sind jedoch als Vorbedingung für die Bereitschaft unsrer Friedensarbeit zunächst jene brennenden Fragen zu ordnen, die im Innern des Reiches ihrer Lösung harren: der Ausgleich mit Ungarn, die wirtschaftliche Annäherung an Deutschland, die künftige Stellung Galiziens im Staate. Einmütig ist das Bestreben, das enge politische Bündnis mit Deutschland, das durch die Waffenbrüderschaft die Weihe der Unzertrennlichkeit empfangen, auch auf das Wirtschaftsgebiet zu übertragen. Im Widerstreit der Meinungen über Form und Ausmaß der wirtschaftlichen Annäherung an Deutschland scheinen die zu allererst vom Industriellen Klub aufgestellten Grundsätze immer mehr Raum zu gewinnen: gegenseitige Gewährung von Vorzugszöllen, die niedriger sein müssen, als die andern Staaten auch auf Grund einer allfälligen Meistbegünstigung einzuräumenden Zölle. Ich verweise diesbezüglich auf die am 11. Mai 1915 gefaßten Beschlüsse des Industriellen Klubs. Ferner stelle ich fest, daß seitdem immer allgemeiner die Forderung aufgestellt wird, der Bildung einer gemeinsamen handelspolitischen Front mit Deutschland gegenüber dritten Staaten, wobei gedacht ist an Verhandlungen, die gemeinsam und im gegenseitigen Einvernehmen geführt werden, und an Verträge, die mit identischen Anfangs- und Endterminen abgeschlossen werden. Betreffend den Ausgleich mit Ungarn verweise ich auf die an die Regierung gerichtete gemeinsame Eingabe der drei zentralen Organisationen, in der die vom Industriellen Klub beschlossenen Leitsätze zur Einhaltung empfohlen wurden. Was Galizien anlangt, liegt die politische Seite der Frage außerhalb des Rahmens unsrer Verhandlungen. Wir betrachten es für selbstverständlich, daß die künftige Stellung Galiziens die dauernde Einheit der Wirtschaftsgebiete in keiner Weise gefährdet. Wir fordern dies nicht nur als Industrielle, sondern als gute Oesterreicher, denen die unbedingte und volle Interessengemeinschaft aller Völker, welche das mächtig einigende Band der dynastischen Treue unlösbar umschließt, über alles am Herzen liegt.

Die gegenwärtige Regierung wird vor Aufgaben gestellt, welche auf Dezennien hinaus schicksalsentscheidend sind für das Wirtschaftsleben unsrer Monarchie. Möge unsre Regierung nach richtiger Erkenntnis der dem Volks- und Reichswohl dienenden Ziele an demselben unverrückbar festhalten und ihre Erreichung nach innen und außen mit starker Hand durchsetzen. Möge das Parlament aus dem Gewirr politischer und nationaler Gegensätze einlenken zur einmütigen produktiven Arbeit. Das ist unser Wunsch.

Neue Freie Presse
16. I. 1917

100

[Die Industrie und der Uebergang zur Friedenswirtschaft.] In der letzten Monatsversammlung des Industriellenklubs hielt der Vorsitzende Präsident Bergrat Max Ritter v. Gutmann eine Rede, in welcher er die wichtige Frage des Ueberganges zur Friedenswirtschaft erörterte. Der Redner führte folgendes aus: Einem Kaiserworte verdanken wir den Hoffnungsschimmer, dessen Abglanz unsere Weihnachtstage erfreute, und wenn auch die Feinde in ihrem Wahn vorläufig der Menschheit den Frieden verwehren, so sind wir uns doch der vollen Kraft bewußt, wirtschaftlich auszuharren, bis wir durch militärische Siege den Frieden erzwungen haben. Für alle Fälle sind rechtzeitig Vorkehrungen zu treffen für den Uebergang zur Friedenswirtschaft. Groß sind die Schwierigkeiten, mit denen die Industrie beim Uebergang zu rechnen hat, aber wir werden diese Schwierigkeiten überwinden. Sichere Gewähr dafür bietet uns die ungeahnte Entfaltung von Produktions- und Konsumkräften, die sich im Kriege offenbarte. Auf allen Produktionsgebieten eine unendliche Vielfältigkeit des Anpassungsvermögens und vielerseits eine eminente Steigerungsfähigkeit der Erzeugung von Kriegsmaterial, die umso überraschender war, je schwieriger sich die Beschaffung von Rohstoffen, Arbeitskräften und Transportmitteln gestaltete. In allen Kreisen des Konsums eine bewunderungswürdige Opferwilligkeit, sowohl in Bezug auf das Ausmaß der Einschränkung als auch in Bezug auf die Tragfähigkeit gegenüber der schwer lastenden Teuerung. All diese selben Kräfte werden sich auch im Frieden bewähren, jedoch unseres Erachtens wirksamer walten im Wege des freien Willens, mehr unter dem Zwange der Notwendigkeit als unter dem Zwange des Gesetzes. Wir verhehlen uns keineswegs, daß Ausnahmszustände Ausnahmsmaßregeln rechtfertigen. Wir anerkennen wohl, daß bei dem ersten Ansturm der Anforderung von Rohstoffen, Nahrungsmitteln, Halbfabrikaten und Fabrikaten die Preisbildung derselben und noch mehr die Beschaffung der Valuta und des Schiffsraumes und vielleicht auch die Zuteilung des Imports festgefügte Organisationen erfordern werden, unter Heranziehung der staatlichen Autorität, doch muß hiebei die freie individuelle Betätigung entsprechend gewahrt werden. Unbedingt muß jede Drosselung der Produktion vermieden werden, denn die intensivste Steigerung der Produktion auf allen Gebieten, in Industrie, Landwirtschaft und Gewerbe, ist eine conditio sine qua non sowohl für die Bewältigung der die Kosten des Staatshaushaltes zu deckenden Steuerlast, als auch für die Förderung des Exportes und die Einschränkung des Importes. Der Import sowie der Export lassen sich nicht durch gewaltsame Maßnahmen regeln, ohne unberechenbare Störungen im Wirtschaftsleben hervorzurufen. Sollte jedoch trotzdem als äußerstes Mittel zur Anwendung von Einfuhrverboten geschritten werden, so fragt es sich immerhin, ob die Durchführung derselben nicht einigermaßen erschwert werden dürfte durch die als Friedensbedingung anzustrebende Sicherung des gegenseitigen freien Verkehres, denn, hochverehrte Herren, eine Hauptsegnung des Friedens ist die Freiheit des Weltverkehres. Vor allem sind jedoch als Vorbedingung für die Bereitschaft unserer Friedensarbeit zunächst jene brennenden Fragen zu ordnen, die im Innern des Reiches ihrer Lösung harren: der Ausgleich mit Ungarn, die wirtschaftliche Annäherung an Deutschland, die künftige Stellung Galiziens im Staate. Einmütig ist das Bestreben, das enge politische Bündnis mit Deutschland, das durch die Waffenbrüderschaft die Weihe der Unzertrennlichkeit empfangen, auch auf das Wirtschaftsgebiet zu übertragen. Im Widerstreite der Meinungen über Form und Ausmaß der wirtschaftlichen Annäherung an Deutschland scheinen die zu allererst vom Industriellenklub aufgestellten Grundsätze immer mehr Raum zu gewinnen: gegenseitige Gewährung von Vorzugszöllen, die niedriger sein müssen als die anderen Staaten auch auf Grund einer allfälligen Meistbegünstigung einzuräumenden Zölle. Ich verweise diesbezüglich auf die am 11. Mai 1915 gefaßten Beschlüsse des Industriellenklubs. Ferner stelle ich fest, daß seitdem immer allgemeiner die Forderung nach Bildung einer gemeinsamen handelspolitischen Front mit Deutschland gegenüber dritten Staaten aufgestellt wird, wobei gedacht ist, zu Verhandlungen, die gemeinsam und im gegenseitigen Einvernehmen geführt werden und zu Verträge, die mit identischen Anfangs- und Endterminen abgeschlossen werden. Betreffend den Ausgleich mit Ungarn verweise ich auf die an die Regierung gerichtete gemeinsame Eingabe der drei zentralen Organisationen, in der die vom Industriellenklub beschlossenen Leitsätze zur Einhaltung empfohlen wurden. Was Galizien anbelangt, liegt die politische Seite der Frage außerhalb des Rahmens unserer Verhandlungen. Wir betrachten es für selbstverständlich, daß die künftige Stellung Galiziens die dauernde Einheit der Wirtschaftsgebiete in keiner Weise gefährdet. Wir fordern dies nicht nur als Industrielle, sondern als gute Oesterreicher, denen die unbedingte und volle Interessengemeinschaft aller Völker, welche das mächtig einigende Band der dynastischen Treue unlösbar umschließt, über alles am Herzen liegt. Die gegenwärtige Regierung wird vor Aufgaben gestellt, welche auf Dezennien hinaus schicksalentscheidend sind für das Wirtschaftsleben unserer Monarchie. Möge unsere Regierung nach richtiger Erkenntnis der dem Volks- und Reichswohle dienenden Ziele an denselben unverrückbar festhalten und ihre Erreichung nach innen und außen mit starker Hand durchsetzen. Möge das Parlament aus dem Gewirre politischer und nationaler Gegensätze einlenken zur einmütigen produktiven Arbeit. Das ist unser Wunsch. (Anhaltender Beifall.)

Österr. Volkszeitung
16./I. 1917

101

* **Die Technik der Abfall- und Ersatzstoffe.** Ueber dieses Thema mit besonderer Berücksichtigung der Kriegswirtschaft sprach Professor Roman Zaloziecki gestern im Niederösterreichischen Gewerbeverein. Er führte unter anderem aus: Die möglichst vollständige Ausnützung der Abfälle jeder Art, ihre zweckmäßige Verwendung und Verwertung, die weitestgehende Berücksichtigung und regste Erzeugung der Ersatzstoffe sind zu zwingenden Geboten der Kriegswirtschaft, man könnte sagen, zu einem kriegswirtschaftlichen Dogma geworden, um der Bevölkerung eines geschlossenen Wirtschaftsgebietes industriell- und ernährungspolitisch das Durchhalten zu ermöglichen. Die Abfallstoffe spielten schon in Friedenszeiten eine wichtige Rolle, auf ihnen baute sich manche gewaltige Industrie auf. (Teerfarben, Zellulose.) Im Kriege ist ihre Bedeutung in ungeahnter Weise gewachsen; die Ersatzwirtschaft greift auf immer neue Gebiete über. Am wichtigsten sind die Ersatzstoffe zunächst für die Ernährung, so die Streckung der Mahlprodukte durch Verwendung von Ersatzstoffen an Stelle der Edelmehle. Auch das Hefeproblem spielt eine große Rolle. Neben den anerkennenswerten Bestrebungen hat sich auch eine unsaubere Fälschungstechnik breit gemacht, um die Hochkonjunktur durch Gewissenlosigkeit auszubeuten. Viel günstiger als in der Ernährung steht die Frage der Ersatzstoffe in der Industrie. Es wurden vielfach mit Hilfe der Technik und der Chemie Kunststoffe erzeugt, die sogar die Ursubstanz übertreffen oder die Erzeugung verbilligt haben. (Zum Beispiel Alizarin für Krapprot, künstliche Steine, Kunstdünger, künstlichen Indigo und künstlichen Kautschuk.) Besonders wichtig war die Synthese der Salpetersäure und des Salpeters, das ist ihre künstliche Darstellung aus Luft mit Hilfe der elektrischen Energie und die von Professor Heber ausgebildeten synthetischen Methoden der Ammoniakdarstellung aus den Elementen. Auf diesem Wege konnten künstliche Düngemittel (Kalkstickstoff), besonders aber wichtige Bestandteile der Schieß- und Sprengmittel hergestellt werden. Auch die organische Chemie weist große Errungenschaften auf. Besonders wichtig und schwierig war der Ersatz von Textilstoffen. Die schon früher erzeugte Kunstwolle genügt weder in Quantität noch in Qualität, Kunstseide hat nur beschränkte Anwendung und besonders fehlt ein entsprechender Ersatz für Baumwolle. Wohl hat die nach dem Verfahren des Professors O. Richter verarbeitete Nesselfaser große Bedeutung erlangt, aber ihre Einbürgerung, Kultivierung und Verarbeitung erfordert viel Zeit, Geld und Mühe. Dagegen gelang es in Papiergarnen alle Arten wichtiger Ersatzstoffe für Textilgewebe herzustellen (Papiergarne und Gewebe). Auch für Leder konnte bisher ein entsprechender Ersatz nicht geschaffen werden, ebensowenig für Seife, Schmieröle und Schmiermittel, wenngleich hier der kolloidale Graphit (Oeldog) schon als guter Ersatz oder Zusatzstoff bezeichnet werden kann. Einfacher stellte sich der Ersatz für Metalle, denn das universelle Eisen, in genügenden Mengen vorhanden, konnte hier herangezogen werden, neben der bekannten Gebrauchnahme von Altmaterial und Abfällen der knapp gewordenen übrigen Metalle.

Pester Lloyd
20. I. 1917

I

105

# Brennende Probleme.

## Auswanderung, Industrie und Landfrage.

Von Dr. Josef Strasser.

Budapest, 19. Januar.

Die ungarische Auswanderung hat nichts gemein mit den Ambitionen des englischen oder belgischen Kolonialausbeuters, auch nichts mit den großzügigen geschäftlichen Ambitionen des deutschen Kaufmanns oder Unternehmers. Sie ist wesentlich proletarisch. Der Ungar, der auf Ellis Island Einlaß verlangt in das Reich der unbegrenzten Möglichkeiten, ist in der erdrückend überwiegenden Zahl der Fälle ein proletarisierter Bauernstämmling, dessen Bedürfnisse tief herabgesenkt sind, der schon in einem Tageseinkommen von einigen Dollars ein lukratives Unternehmen sieht. Es ist hauptsächlich der ungelernte Arbeiter, der aus Ungarn auswandert und in amerikanischen Gruben oder Fabriken lohnenden Verdienst sucht, der verzweifelte Zwergbauer, der die belastete Scholle in der Heimat nicht festhalten kann, obgleich er die kargen Ernteeinkünfte durch schwererworbenen Tagelohn ergänzen will, um den Boden, der ihm unter den Füßen schwindet, retten zu können. Amerika hat durch die frühe und durchgreifende Mechanisierung, die weitestgehende Arbeitsteilung seiner Betriebe gerade dem ungelernten Arbeiter in seiner Industrie eine verhältnismäßig rentable Unterkunft gesichert. Der ungarische Arbeiter sucht die entwickelte Industrie, wenn er sich auf den Weg macht, um jenseits des Ozeans seine Zelte aufzuschlagen. Der Fünferausschuß des Auswanderungssenates betont diese Tatsache ausdrücklich, indem er hervorhebt, daß die Richtung unserer Auswanderung nach Westen geht und voraussichtlich auch fürderhin nach Westen gehen wird, wobei allerdings die näherliegenden europäischen Industriestaaten infolge der durch die kriegerischen Zerstörungen erhöhten Aufnahmefähigkeit ihrer Arbeitsmärkte als endgültige Ansiedlungsgebiete für die ungarische Auswanderung in Frage kommen werden. Wir sehen uns bewogen, diese Momente hervorzuheben, bevor wir auf die Erörterung der Beziehungen, die zwischen Landfrage und Auswanderung bestehen, eingehen. Es steht fest, daß die Landfrage ein treibendes Element unserer Auswanderung ist, es steht aber nicht minder fest, daß die Auswanderung wesentlich auch durch den Mangel eines aufnahmefähigen, entsprechend ausgedehnten und mechanisierten binnenländischen Industriearbeitsmarktes gefördert wird. Eine eingehende Bearbeitung dieser Gesichtspunkte vermissen wir leider in dem Bericht des Fünferausschusses. Es wäre wünschenswert gewesen, daß die Probleme der Industrieförderung und der Handelspolitik, überhaupt der industriellen Entwicklung eine ebenso ausführliche Besprechung gefunden hätten, wie die Landfrage. Diese Momente stehen bei der Beurteilung der Auswanderungsfrage wenigstens ebenso sehr im Vordergrund, wie das Agrarproblem. Zur weiteren Begründung unserer Auffassung verweisen wir noch auf das Kontingent, das zum Beispiel der gewerbetreibende Mittelstand der ungarischen Provinzstädte der Auswanderung stellt.

Ein zweiter Gesichtspunkt, der besonders für die Rückwanderung, aber auch für die Auswanderung sehr wichtig erscheint, betrifft etwa erforderliche Verbesserungen und Anpassungen in der inneren Verwaltung Ungarns. In einer Anlage des Berichtes des Fünferausschusses ist eine Information mitgeteilt. In dieser heißt es unter anderem: „Große Bedeutung wird jenen in einem gewissen weiteren Sinne gefaßten Verwaltungsverfügungen zukommen, die erwünscht sind, damit sich die Heimkehrenden in Ungarn wirklich heimisch fühlen. Die Kenntnis des geistigen und seelischen Lebens des amerikanischen Ungartums ist bei der Durchführung dieser Verfügungen unentbehrlich. Der Rückwanderer wird aus Amerika die starke Neigung zum Vereinsleben, zur Gründung von Krankenkassen, Leichenbestattungsvereinen, doch auch in hohem Maße zur Schaffung von sozialen Vereinen mitbringen. Das Prinzip unserer vaterländischen Verwaltung, die die Vereinsgründung möglichst verhindert, um die Verbreitung des Sozialismus zu vereiteln, wird demnach einige Aenderungen erfahren müssen. Der Koalitionsgedanke ist so sehr in das Blut des amerikanischen Ungartums, das in der Offenbarung dieses Gedankens in Amerika völlig frei ist, übergegangen, daß die Rückwanderer es schmerzlich empfinden würden, wenn sie hier ihrem gewohnten Vereinsleben entsagen müßten." Die Information verweist auch darauf, daß in der Presse das Erstehen von Organen ermöglicht werden müßte, die der Gedankenwelt des amerikanischen Arbeiters entsprechen.

Diese Mitteilungen zeigen, daß es mit der Lösung der Agrarprobleme allein nicht getan ist. Das politische Milieu des ungarischen Arbeiters, die Leitmotive der ungarischen Verwaltung müssen so gestaltet werden, daß sie möglichst anziehend wirken auf die Millionen ungarischer Arbeiter, die die Einrichtungen der modernsten Staaten des Westens kennen gelernt haben. Der landflüchtige Bauer, der vor Jahr und Tag über den Ozean schiffte, kehrt zurück als moderner Industriearbeiter. Er ist gesättigt mit den Ideen der modernen Arbeiterbewegung. Nur ein seiner neuen Weltauffassung entsprechendes Milieu wird ihn anziehen und hier halten, wie ja auch die Auswanderung wesentlich gehemmt werden kann durch Bestrebungen, die in der sozialen Wertung der Arbeit den Wettbewerb mit den Staaten des Westens aufnehmen können.

Damit wenden wir uns zu der Materie, die der Fünferausschuß in seinem Bericht zum Kern seiner Ausführungen gemacht hat: zur Bekämpfung der Auswanderung und Förderung der Rückwanderung durch die Lösung der Landfrage.

Im November des Jahres 1915 hat der Landesverband ungarischer Bodenkreditinstitute den Minister des Innern auf die Wahrscheinlichkeit einer nachkriegerischen Rückwanderung aufmerksam gemacht und darauf hingewiesen, daß es sich empfehlen würde, jene Auswanderer, die in Amerika Kapital sparen konnten, in Ungarn mit Grundbesitz zu versehen. Das Institut bemerkte in dieser Eingabe, daß es über 7000 bis 8000 Katastraljoch parzellierbaren Landes verfügt und daß es in der Lage wäre, im Bedarfsfalle auch andere Gebiete zu erwerben. Auch Landstücke, die dadurch frei wurden, daß ihre Eigentümer im Felde gefallen sind, könnten aufgekauft werden. Minister Johann v. Sándor überwies diese Anregung dem Auswanderungssenat. In dem Begleitschreiben vermeidet es der Minister, feste Ansichten betreffend die nachkriegerische Gestaltung der Auswanderung und Rückwanderung zu äußern. Er verweist nur auf die Notwendigkeit, Sorge dafür zu tragen, daß die Heimkehrenden Unterkunft finden. Der Ausschuß pflichtete nach Prüfung der Anregung der Auffassung bei, daß die Bodenbeschaffung, die zur Ansiedlung der heimkehrenden Kriegsteilnehmer und Rückwanderer, wie auch eines verläßlichen Grenzerelements erforderlich ist, durch den Landesverband der ungarischen Hypothekarinstitute und durch den Verband der Genossenschaften besorgt werden soll, damit das private, auf Gewinn gerichtete Bodengeschäft ausgeschlossen werde und der Boden dem ungarischen Bauer erhalten bleibe. Im Namen des Landesverbandes der Bodenkreditinstitute erklärte Baron Géza Pap vor dem Ausschuß, daß der Verband sich

Der Abend

20/I. 1917

107

# Wie man zu Dividenden kommt.

Im Hinblick auf die wiederholte Aufforderung an die Bevölkerung, an der Bekämpfung des Lebensmittelwuchers mitzuwirken, und überzeugt, daß es sich dabei tatsächlich um eine Pflicht gegen die wirtschaftlich Schwachen handelt, die ohne Ansehen des Standes, des Vermögens und der Beziehungen der beteiligten Personen erfüllt werden muß, lenken wir hiemit die Aufmerksamkeit der Strafbehörde auf eine ganze Reihe von Vergehen, die durch die eigenen Geständnisse der Schuldigen erwiesen sind. Es handelt sich um jene Aktiengesellschaften, deren Rechenschaftsberichte die Tatsache der Verwertung älterer Vorräte zu den gegenwärtigen Hochpreisen entweder ausdrücklich zugeben oder doch aus den Ziffern des Abschlusses mit voller Klarheit erkennen und feststellen lassen.

Die „Cosmanos" Vereinigte Textil- und Druckfabriken geben an, daß der Gewinn zum großen Teile aus der günstigen Verwertung von Vorräten stammt, zumal da die Gesellschaft bei Ausbruch des Krieges über bedeutende Baumwollager verfügte. Nur so ist es auch zu erklären, daß zwar die Erzeugungsschwierigkeiten immer fühlbarer wurden, die Spinnerei schon im Oktober 1915, die Weberei anfangs 1916 den Betrieb einstellen mußte und trotzdem der Rohgewinn von 1·889 Millionen im Jahre 1913/14 und 2·140 Millionen im Jahre 1914/15 auf mehr als das Doppelte, nämlich auf 4·553 Millionen steigen konnte. Noch viel beträchtlicher stieg der Reingewinn, nämlich von 0·653 und 1·046 Millionen auf 3·757, also das Sechs- und 3¾fache.

Es besteht augenscheinlich der dringende Verdacht, daß auch die Verwaltung der Gesellschaft aus dieser Preistreiberei Vorteil gezogen hat, da ihr Anteil am Reingewinne, die Tantième, die noch im Jahre 1913/14 nichts, 1914/15 nur 35.000 Kronen betragen hatte, im Jahre 1915/16 auf 176.000 Kronen gestiegen ist, in die sich neun Herren teilten.

Die Dividende konnte von 5 und 7½ auf 13. v. H. hinaufgesetzt werden, und dies obwohl das Aktienkapital von 12 auf 16 Millionen erhöht worden ist, also der Reingewinn auf eine größere Anzahl Aktien verteilt wurde. Daß ein Bedürfnis nach höherem Kapitale nicht bestand und die Erhöhung offenbar nur zu dem Zwecke geschah, um die Dividende kleiner erscheinen zu lassen und gleichzeitig ungeheuere Börsenkursgewinne zu ermöglichen, zeigt die nachstehende Tatsache, mit der zwingenden Gewalt der Logik: während das Kapital um vier Millionen erhöht wurde, stiegen die Guthaben bei Banken um rund 8½ Millionen. Es wurde sonach nicht nur das ganze neue hinzugekommene Aktienkapital, sondern mehr als doppelt soviel der Bank zur Verzinsung eingelegt, was sicherlich nicht die Aufgabe eines Industrieunternehmens ist. Überdies stieg auch der Besitz an Wertpapieren um mehr als drei Millionen.

Die Aktien befinden sich zum weitaus größten Teile im Besitze der Bodenkreditanstalt, die auch ihre Direktoren und Vertrauensmänner in der Verwaltung sitzen hat. Den Vollzugsausschuß des Verwaltungsrates bilden die Herren Dr. Rudolf Sieghart, Dr. Jakob Binach und Alfred Herzfeld, Direktor der Bodenkreditanstalt. Außerdem gehört noch Herr Direktor Alexander Weiner dem Verwaltungsrate an.

Die nach dem Rechenschaftsberichte der Gesellschaft wiedergegebenen Tatsachen bieten alle Kriterien der Preistreiberei und des Wuchers mit einem unentbehrlichen Bedarfsgegenstande. Es ist deshalb ebenso sehr ein Gebot der Abwehr, wie eine Forderung des gekränkten Rechtsgefühles, daß die Tat geahndet und gesühnt werde. Man erinnert sich des durch seine Offenheit aufsehenerregenden Ausspruches des Herrn Oberstaatsanwaltes v. Langer, daß es ihm noch nie gelungen sei, eines großen Preistreibers habhaft zu werden. Die Rechenschaftsberichte gestatten es nun, man muß sie nur zu lesen verstehen. Allerdings muß man sie auch lesen wollen. Die Bevölkerung würde sonst am Ende noch zu dem Aberglauben verleitet, daß auch die kleinen Wucherer straflos bleiben könnten, wenn sie nur unter dem Schutze einer Bank mit einflußreichen Beziehungen stünden. Einen solchen Aberglauben nicht entstehen zu lassen, liegt sicherlich im Interesse der geordneten Rechtspflege.

**Die Zeit**
21./I. 1917

108

— **(Eintritt des Hauses Schoeller und der Verkehrsbank in den Solvay-Konzern.)** Wie wir erfahren, haben das Haus Schoeller & Ko. und die Verkehrsbank an der dem Solvay-Konzern angehörigen Ersten bosnischen Ammoniaksodafabrik Interesse gewonnen. In der nächsten Generalversammlung werden Dr. Richard Ritter v. Skene und Direktor Philipp Broch in den Verwaltungsrat gewählt werden.

**Die Zeit** 21.I.1917

109

— (**Die Einwirkungen des Krieges auf den Welthandel.**) Mit den zukünftigen weltwirtschaftlichen Folgeerscheinungen des gegenwärtigen Krieges befaßt sich bereits eine unübersehbare nationalökonomische Literatur. Sie läßt deutlich zwei Richtungen erkennen: Die einen glauben, daß nach einer gewissen Uebergangsperiode der Welthandel wieder in vollem Maße aufleben wird, da alle Kulturvölker aufeinander angewiesen seien, die anderen wieder haben vor den vielen Kundgebungen und Wirtschaftskonferenzen des Vierverbandes zu viel Respekt und sind der Ansicht, daß sich in Zukunft die Staaten oder wenigstens die Staatengruppen voneinander so viel als möglich abschließen werden. Eulenburg nimmt zwischen den bald durch rosige, bald durch schwarze Brillen blickenden Propheten in seiner (im Verlage von S. Fischer in Berlin erschienenen) Arbeit „Weltwirtschaftliche Möglichkeiten" eine Mittelstellung ein. Er verkennt nicht, daß der Krieg eine wirtschaftliche Störung größten Stils hervorgebracht hat, unter der alle Länder für lange Jahre zu leiden haben werden. Der Welthandel, der im letzten Jahrzehnt in Oesterreich-Ungarn um 50, in Deutschland um 83, in England um 52, in Frankreich und Rußland um je 62, in den Vereinigten Staaten um 74, in Italien um 78 und im Durchschnitt um 61 Prozent zugenommen hatte, wird zweifellos für die nächste Zeit gewaltig nachlassen, schon deshalb, weil die Möglichkeit des Kapitalexports und der Kapitalinvestierung in die fernen Länder versiegt. Wir müssen damit rechnen, daß eine bewußte Nationalisierung der Volkswirtschaften in vielen Ländern eintreten wird. Wir finden eine solche schon seit längerer Zeit deutlich in Schweden. Es wäre ja auch seltsam, wenn alle diese feindlichen Bestrebungen ganz ohne Erfolg bleiben sollten, zumal in der Zwischenzeit tatsächlich manche neuen Bezugsquellen und manche neuen Wege versucht wurden. So wird zum Beispiel die starke Zuckerausfuhr nach England voraussichtlich aufhören oder sich doch vermindern. Der Rohrzucker stand ohnedies schon im Begriff, auf dem Weltmarkt von neuem vorzudringen. Die Arbeitskosten stellen sich niedriger als beim Rübenzucker, falls die nicht ganz leichte Arbeiterfrage in Kuba gelöst werden kann. Die Gefahr einer Zurückdrängung des österreichischen und deutschen Zuckers ist also vorhanden. Der englische Markt hat sich während des Krieges anders gewöhnt. Ob die bedeutende Ausfuhr deutscher Kohle (etwa eine halbe Milliarde Mark) in weiterem Umfang durch die englische verdrängt werden wird, ist eine Transport- und Preisfrage. Aber die fremden Länder, einschließlich Frankreich und Italien, werden gerade diese Bezüge in der Hauptsache weiter brauchen, soweit nicht die Elektrotechnik auf der einen, Petroleum auf der anderen Seite der Kohle Abbruch tun. Ebenso wird auch im reinen Fabrikatenexport mancher Verlust nicht zu umgehen sein. Es haben sich in der Zwischenzeit hier und dort nationale Produktionen gebildet, die die Einfuhr aus dem Ausland überflüssig machen. Versuche dafür sind öfter vorhanden, so in Rußland bezüglich der Eisenerzeugung und des Maschinenbaues. Die verminderte Kaufkraft mag ein übriges nach dieser Richtung tun. Das Fehlen der persönlichen Beziehungen und der auswärtigen Niederlassungen, die wahrscheinlich so bald kaum wieder aufgenommen werden können, werden nicht ohne Einfluß auf den Handel bleiben. So kommt mehreres zusammen, was nach derselben Richtung wirken wird. Es wäre sinnlos, diese Möglichkeiten nicht anzuerkennen. Manche Betriebe, mancher Kaufmann und Industrielle, manch einzelne Geschäftszweige werden es zu spüren haben. Nur werden für die Volkswirtschaft in ihrer Gesamtheit die Verluste nach ihrer Bedeutung wesentlich überschätzt. Denn auf die Dauer läßt sich die Welt nicht abschneiden, und der Welthandel wird überall hin, sei es mit schütteren, sei es mit dichteren Fäden, seine Netze ziehen.

Pester Lloyd
23./I. 1917

23
110

(Hauptstädtische Markthallenkommission.) Die Kommission hielt heute mittag unter dem Vorsitze des Vizebürgermeisters Dr. Theodor Bódy eine Sitzung, in der Magistratsrat Ludwig v. Folkusházy die Verfügung des Handelsministers mitteilte, mit der den Markthallen die bisherige zehnprozentige Tarifbegünstigung entzogen wurde. Der Magistratsrat erörterte den Standpunkt der Approvisionierungssektion gegenüber dieser Verfügung des Handelsministers; er bemerkte, daß die Tarifbegünstigung die Warenzufuhr nach Budapest gefördert habe, wodurch selbstverständlich auch die Preise in günstiger Weise beeinflußt worden seien. Was das Argument des Ministers betrifft, daß auch den Provinzstädten keine Tarifbegünstigung gewährt werde, hätte der Minister bedenken sollen, daß die Hauptstadt denn doch besondere Berücksichtigung verdienen würde, da ja in Ungarn der ganze Handel nach Budapest gravitiere und daß, wenn der Budapester Handel geschwächt werde, dies auf den Handel des ganzen Landes zurückwirke. Der Magistrat wies darauf hin, daß die Warenzufuhr in den letzten drei Jahren trotz der Tarifbegünstigung abgenommen habe; man könne darauf gefaßt sein, daß infolge der Entziehung dieser Begünstigung sich die Verhältnisse nur noch verschlimmern dürften. Daher müsse die Hauptstadt den Handelsminister ersuchen, seine Verfügung zurückzuziehen und eventuell erst nach dem Kriege eine endgültige Entscheidung der Frage der Tarifentziehung zu treffen. Dr. Béla Feleki unterzog das Vorgehen der Regierung gegenüber der Hauptstadt einer scharfen Kritik. Er empfiehlt, die Hauptstadt möge in einer an die Regierung zu richtenden Eingabe den Wunsch äußern, daß Budapest zum Mittelpunkt des ungarischen Warenverkehrs gemacht werde. Dr. Salomon Eulenberg wünscht, daß diese Angelegenheit vor die Generalversammlung gebracht werde. — Dr. Rudolf Krejcsi äußert sich über die Folgen der Entziehung der Tarifbegünstigung auf die Approvisionierung der Hauptstadt. Er bezeichnet das Vorgehen der Regierung als einen handelsfeindlichen Akt. Im übrigen teilt er den Standpunkt der Sektion. — Dr. Johann Radocza dankt dem Magistratsrat für seine gründliche Unterbreitung. Er empfiehlt, in der an die Regierung zu richtenden Eingabe zu betonen, daß infolge der Entziehung der Tarifbegünstigung die Teuerung sich noch unerträglicher als bisher gestalten werde. Nachdem noch Samuel Horner gesprochen hatte, wurde der Antrag der Sektion einstimmig angenommen. — Konzipist Dr. Karl Kortsák referierte sodann die Vorlage betreffend die Regulierung des Geflügelmarktes hinter der Zentralmarkthalle. Nach der Vorlage sollen einige Gebäude hinter der Markthalle abgetragen und das so frei werdende Grundstück dem Marktplatz angeschlossen werden. Hier würde man dann ein großes Gebäude errichten und darin den Geflügel- und Ei-markt unterbringen. Auch diese Vorlage wurde angenommen.

Der Abend
23. I. 1917

111

# Der Warenschmuggel von Budapest nach Wien.

Die Budapester Blätter beschäftigen sich seit gestern mit dem Webwarenschmuggel zwischen Budapest und Wien. Aus den Berichten ist nicht zu ersehen, an welche Adresse die geschmuggelten Waren gehen sollten. Bekannt ist bisher bloß, daß hauptsächlich Kleider und Wäsche aus Budapest nach Wien gebracht werden sollten, und das gibt der Angelegenheit eine Bedeutung, die über einen Betrugsfall hinausgeht. Daß Kleider und Wäsche von Ungarn nach Österreich geliefert werden, gehört zu den Ungeheuerlichkeiten dieser Zeit. Bisher hat immer Österreich nach Ungarn Webwaren geliefert. Ungarn war der größte und beste Abnehmer der österreichischen Webwarenerzeugung und des österreichischen Webwarenhandels. Daß österreichische Kaufleute sich jetzt nach Ungarn wenden, um dort Webwaren einzukaufen, ist nur daraus zu erklären, daß die Webwarensperre in Ungarn viel später verfügt wurde als in Österreich, daß also dort bis zu einem späteren Zeitpunkt Webwaren für den freien Handel frei waren. Der Warenhunger in Österreich und die hohen Preise, die heute hier für Webwaren bewilligt werden, sind wohl die letzte Ursache des vorliegenden Falles. Selbstverständlich waren es hauptsächlich österreichische Erzeugnisse, die bei dem jetzt in Frage stehenden Geschäft in Budapest eingekauft wurden, und daß sie durch die Spazierfahrten von Österreich nach Ungarn und zurück und durch das Lager in Budapest nicht billiger geworden sind, ist wohl auch selbstverständlich.

Wie in Österreich so ist auch in Ungarn heute die Ausfuhr von Webwaren an eine behördliche Bewilligung gebunden. Für größere Mengen ist diese Ausfuhrbewilligung begreiflicherweise überhaupt nicht mehr zu erhalten, so daß Käufer und Verkäufer auf die Idee kamen, die Ware aus Ungarn ohne Bewilligung hinauszuschmuggeln. Die aus Budapest stammende Nachricht, daß die geschmuggelten Waren für galizische Flüchtlingslager bestimmt waren, hat in hiesigen Fachkreisen zur Vermutung geführt, daß es sich um die Geschäfte von Firmen handeln muß, welche von der Bekleidungsstelle des Ministeriums des Innern mit der Lieferung von Kleidern und Wäsche für die Flüchtlingslager betraut wurden. Bloß diese eine Stelle ist in Österreich mit der Beschaffung der Kleider und Wäsche für die Flüchtlinge befaßt. Die Hauptlieferanten der Bekleidungsstelle waren die Firma Sigmund Bosel und die Firma Gerngroß. Neben ihnen noch eine ganze Reihe anderer Wiener Firmen. Wer von ihnen versucht hat, ohne Bewilligung Kleider und Wäsche aus Ungarn nach Österreich zu bringen, ist hier noch nicht bekannt. Die Wiener Polizei besitzt überhaupt noch keine amtliche Kenntnis von der Angelegenheit. Aus Fachkreisen wird uns mitgeteilt, daß die von der Bekleidungsstelle für die Flüchtlingslager gemachten Bestellungen 100 Millionen Kronen weit übersteigen. Den Budapester Berichten zufolge soll der Wert der geschmuggelten Waren 50 Millionen Kronen betragen.

Die A.-G. Gerngroß erklärt, an der Angelegenheit nicht beteiligt zu sein.

Reichspost
24. I. 1917

112

# Kaufmann und Kunde zur Kriegszeit.

## Eine Stimme aus Kaufmannskreisen.

Bis zum Ausbruche des Krieges war der Kaufmann in so manchen Orten, namentlich in den kleineren Gemeinden, der geachtete treue Ratgeber für viele, an den sich die Bevölkerung in mannigfachen Angelegenheiten wirtschaftlicher Natur und des Verkehrs vertrauensvoll wendete. Und der bodenständige, mit der Gemeinde eng verwachsene Kaufmann war immer gern bereit mit seiner Erfahrung zu helfen. So war das Verhältnis zwischen Bevölkerung und Kaufmannstand ein freundliches allen Teilen Nützliches. Da kam der Krieg. Durch den Großwucher wurden die Preise schwindelhaft in die Höhe getrieben, und die Bevölkerung, die anfangs von diesem Treiben keine Kenntnis hatte, sah plötzlich die Wirkungen auch bis ins kleinste Dorf hinaus dringen und für sie war es der Kaufmann, der auf einmal mit großen neuen Preisen vor sie hintrat, daß er den Stoß von oben erhalten hatte, daß auf ihn der einsetzende Wucher der Spekulation zuerst drückte, sahen die meisten nicht. Selbst die Behörden wurden von dem allgemeinen Geist ergriffen, und man glaubte nichts besseres tun zu können, als Verordnungen herauszugeben, welch alle nur den kleinen Geschäftsmann trafen und ihn mit den härtesten Strafen bedrohten, als ob er die Ursache der schlimmen Erscheinungen sei. Selbst die eigenen Gemeinden schlossen ihre Verlautbarungen immer mit Strafandrohungen gegen ihren Kaufmann. Dies Vorgehen mußte die Bevölkerung in dem Glauben bestärken, daß nur der Detailhandel an der Teuerung Schuld sei, und es gab viele, die in dem Kaufmanne nur mehr den Ausbeuter des Volkes sahen. Alte Beziehungen waren verschwunden und um das Chaos vollständig zu machen, wurden für den Lebensmittel-Detailhandel 16% Gewinn hinreichend erklärt. Auf welcher Grundlage oder nach welcher Kalkulation diese Grenze festgestellt wurde, das weiß niemand. Es wäre naheliegend gewesen, bei Unternehmungen, welche nicht auf Gewinn gegründet sind, und welche die geringsten Regien haben, z. B. Arbeiterkonsum. Vereine, die Kalkulation einzusehen; da würde man gefunden haben, daß diese Unternehmungen, welche in keiner Form Dividenden zahlen, bis zu 17% zuschlagen müssen, um existenzfähig zu sein. Was will es nun unter diesen Umständen bedeuten, wenn von den Tausenden bodenständigen Wiener Kaufleuten — die nicht verantwortlich sind für gewisse Zaungäste und ihre Geschäftsmoral und durch diese am schwersten selbst geschädigt werden — einige, die kaum einen Bruchteil bilden, oft wegen einiger Heller Differenz von Mißgünstigen angezeigt und wegen Preistreiberei verurteilt wurden. Als nun durch die Presse genauere Berichte über die ungeheuerlichen Zustände im Großhandel in die Oeffentlichkeit drangen, als bei manchen Geschäften über 1000% Gewinn nachgewiesen wurde, da war es bereits zu spät, um das eingewurzelte ungerechte Vorurteil gegen den bodenständigen soliden Kaufmann auszurotten und ihn von Anklagen zu befreien, die gegen ganz andere Adressen hätten gerichtet werden sollen. So mancher will einen ihm sichtbaren Sündenbock haben, an dem er seinen Unmut löschen kann und nachdem man nach altem Rezepte die Großen nicht so leicht hängen kann, so muß der Kleine herhalten. Und wenn man sonst dem Kaufmann nichts nachsagen kann, so klagt man ihn, daß er unhöflich gegen seine Kunden sei, „weil er ohnehin genug verdiene". Ich möchte jene die solche Vorwürfe erheben, einladen, nur einmal jetzt einen Tag als Kaufmann zu verbringen. Nach einer nicht selten sorgenvoller Nacht, steht er frühmorgens schon müd und abgespannt im Laden. Es fehlt an vielen Notwendigen: Kaffee, Oel, Essig, Zucker, Salz, Petroleum, Spiritus, Hülsenfrüchten usw. usw. Durchwegs Waren, welche jede Kunde dringend verlangt. Es kommen die Kunden, welche schon viele Jahre in dem Geschäfte einkaufen, und welche den Grundstock seines Geschäftes bilden. Durch sie kann er auf seinen Umsatz rechnen, und kann seine Einkäufe darnach regeln; er muß sie, wenn er etwas hat, oft abweisen, weil er sie nicht bevorzugen darf. Er muß Vorwürfe, bittere unverdiente Vorwürfe anhören, daß man zufällig dieses oder jenes wo anders bekommt. Er schreibt unzählige Bestellbriefe, welche meistens unbeantwortet bleiben, sein Lager ist gelichtet, er muß sich zu den schwersten Bedingungen entschließen um nur etwas Ware zu bekommen, ohne Rücksicht auf Verlust. Hat er nach Ueberwindung zahlreicher Verkehrsschwierigkeiten, Verschickungen, Verspätungen endlich Ware bekommen und kalkuliert nur so, daß er die Regien decken kann, steht er noch immer in Gefahr wegen Ueberschreitung des Höchstpreises angeklagt und verurteilt zu werden; vielleicht hat er es nur einem weitschauenden Richter zu verdanken, wenn er nicht verurteilt wird, den moralischen Schaden aber kann ihm niemand ersetzen. Warum gibt es keine Vorschrift gegen leichtfertige Anzeigen und Irreführung der überbürdeten Behörden?

Es ist da schließlich doch wohl kein Wunder, wenn bei diesen Verhältnissen, in denen die Kunde die gereizte Stimmung mitunter selbst in das Geschäft bringt, auch der ehrenhafte Geschäftsmann, und hätte er dazu noch Nerven von Stahl, nicht unberührt von der Unruhe und dem vielen Verdruß bleibt. Vergegenwärtige man sich noch, daß diese Zustände sich nun zwei Jahre ständig erhalten, dann möge jeder in sein Innerstes greifen und sich fragen, ob nicht auch wir Kaufleute eine freundlichere Beurteilung verdienen. Vielleicht darf doch der reelle Geschäftsmann hoffen, daß es noch viele gerecht denkende Menschen gibt, die sagen: „Du leidest so wie wir, tragen wir gemeinsam, so ist unser beider Los leichter!"

A. Riesch.
Gutenstein.

Neues Wiener Tagblatt 26./I. 1917.

115

# Ausgleich und Handelsverträge.

Im ungarischen Abgeordnetenhaus wurde gestern wieder über den Ausgleich und Handelsverträge infolge einer Interpellation des Grafen Apponyi gesprochen. Ministerpräsident Graf Tisza hat über den Ausgleich keine Erklärung abgegeben, weil er, wie er sagte, über diesen Gegenstand sich schon wiederholt geäußert habe und dermalen nur bereits Gesagtes wiederholen müßte, was überflüssig sei. Das ist völlig zutreffend. Allein auch in dieser negativen Aeußerung liegt ein positiver Kern. Nachdem nämlich Graf Tisza bisher immer nur von Verhandlungen über den Ausgleich, nicht aber von einem Abschluß des Ausgleiches gesprochen hat, so geht aus der gestrigen Erklärung des ungarischen Ministerpräsidenten hervor, daß die Verhandlungen über den Ausgleich noch nicht zum Abschluß gekommen sind. Und in der Tat dienen, wie wir erfahren, die zwischen den Kabinetten Stürgkh und Tisza geführten Verhandlungen und die in deren Folge zustande gekommenen teilweisen Vereinbarungen wohl im allgemeinen als Grundlage auch der zwischen den beiden derzeitigen Regierungen geführten Verhandlungen über den Ausgleich, allein es bestehen in einzelnen Fragen noch Differenzen, bezüglich welcher die Verhandlungen fortgesetzt werden, gewiß mit dem beiderseitigen Bestreben, zu einer die Wahrung der Interessen beider Teile berücksichtigenden Vereinbarung zu gelangen. Wären die Verhandlungen über den Ausgleich bereits abgeschlossen, das Abkommen also perfekt, so hätte Graf Tisza nicht gesagt, er habe in dieser Sache nichts Neues zu berichten.

Mit dieser Tatsache mag wohl auch die andre Tatsache in Verbindung stehen, daß die Handelsverträge — wie aus den gestrigen Erklärungen des Grafen Tisza hervorgeht — am 31. Dezember 1916 nicht gekündigt wurden. Es handelt sich dabei nur um die Verträge mit Deutschland und der Schweiz, deren Geltungsdauer bis 31. Dezember 1917 reicht, da die andern zu diesem Termin ablaufenden Verträge, nämlich die mit Rußland, Italien und Belgien, durch den Krieg ohnehin hinfällig geworden sind. Was nun die Verträge mit Deutschland und der Schweiz betrifft, so hatte jeder der beiden Staaten der Monarchie das Recht, ihre einjährige Kündigung Ende 1916 für Ende 1917 jeder für sich, aber mit der Wirkung für beide, also für die Monarchie, in Aussicht zu nehmen, nur mußte der Teil, der die Kündigung wünschte, also Oesterreich oder Ungarn, den andern Teil sechs Monate vor Ablauf der Kündigungsfrist, also am 30. Juni 1916, von dieser Absicht verständigen. Der andre Teil hatte nun sechs Monate Zeit, sich mit dem die Kündigung der Verträge anstrebenden Teil über die Frage der Kündigung auseinanderzusetzen, wobei entweder eine Verständigung zustandekommen konnte oder, falls dies nicht geschieht, der Minister des Aeußern die Kündigung Ende 1916 vorzunehmen hatte, wenn der die Kündigung verlangende Teil auf diesem Verlangen beharrt.

Am 13. Dezember 1916 hat nun Graf Tisza im ungarischen Reichstag erklärt, daß die ungarische Regierung am 30. Juni jene Schritte unternommen habe, die das Kündigungsrecht Ungarns für den 31. Dezember 1916 sichern, damit für alle Fälle das freie Verfügungsrecht Ungarns gewahrt sei. Das konnte nun mit Rücksicht auf den Artikel 4 des letzten Ausgleiches vom 30. Dezember 1907 nur so verstanden werden, daß die ungarische Regierung die österreichische davon verständigt habe, sie beabsichtige, mit Ende 1916 die Verträge mit Deutschland und der Schweiz zu kündigen. Trotz dieses formalen Aktes ist es jedoch keineswegs notwendig, daß die Kündigung tatsächlich erfolge, zumal ja weder Oesterreich noch Ungarn ein Aufhören der Vertragsbeziehungen zu Deutschland oder der Schweiz mit Ende 1917 anstreben, sondern Ungarn nur sein freies Verfügungsrecht für diesen Zeitpunkt, an dem auch der Ausgleichsvertrag abläuft, zu wahren bezweckte. Dieses Recht konnte jedoch auch auf andre Weise, und zwar für beide Teile, gewährleistet werden. Nämlich derart, daß beide Teile einverständlich darauf verzichteten, sechs Monate vor der tatsächlichen Kündigung von der Kündigungsabsicht des einen Teiles verständigt werden zu müssen. Ein solches Uebereinkommen ist denn auch zwischen den beiden Regierungen geschlossen worden. Demzufolge konnte das freie Verfügungsrecht für Ende 1917 auch ohne Kündigung am Schluß des Jahres 1916 gesichert werden.

Die Frage steht nun folgendermaßen: Kommt der Ausgleich zwischen den beiden Staaten der Monarchie in naher Bälde zustande, so daß die zu Vertragsverhandlungen mit Deutschland und der Schweiz erforderliche Grundlage gegeben ist, so können definitive Verträge mit diesen beiden Staaten noch im Laufe dieses Jahres abgeschlossen werden, die sich dann den jetzt bis Ende 1917 geltenden Verträgen einfach zeitlich anreihen. Sollte dies jedoch nicht möglich sein, so laufen die Verträge fort bis zum Ablauf eines Jahres von dem Tage ab, an dem sie gekündigt wurden. Nun hat Ungarn seit 1899 — seit dem Ausgleich Thun-Szell — stets den Standpunkt eingenommen, daß Ausgleich und Handelsverträge immer gleichzeitig ablaufen, damit die freie Selbstbestimmung Ungarns über sein wirtschaftliches Verhältnis zu Oesterreich nicht durch einen noch laufenden, für die ganze Monarchie geltenden Handelsvertrag beeinträchtigt werde. Graf Tisza hat darum für den Fall, daß, entgegen seinem Wunsche, endgültige Vereinbarungen rechtzeitig nicht getroffen werden könnten, von der Möglichkeit einer „interimistischen Verfügung" gesprochen, die eben eine provisorische Regelung schafft, bis sie durch ein Definitivum abgelöst werden kann.

Der Zusammenhang zwischen Ausgleich und Handelsverträgen ist greifbar. Neben andern wichtigen Bestimmungen handelt es sich beim Ausgleich vornehmlich um das Zustandekommen eines Zollvertrages zwischen den beiden Staaten der Monarchie, der bei den Verhandlungen mit dem Zollausland als Grundlage dient. Es ist gewiß Wunsch und Bestreben beider Regierungen, die Verhandlungen untereinander baldigst zu finalisieren, damit die Verhandlungen mit Deutschland und der Schweiz meritorisch geführt werden können. Allein an leitender Stelle muß naturgemäß auch an die Möglichkeit gedacht werden, daß eine rechtzeitige Erledigung der noch schwebenden Fragen, um in die Verhandlungen mit dem Zollauslande mit der Aussicht auf baldige Verständigung, nämlich noch vor Ende 1917, eintreten zu können, vielleicht doch nicht zu erreichen wäre. Für diesen Fall spricht nun Graf Tisza von der Eventualität einer zeitweiligen Verfügung, während deren Dauer indes nicht etwa ein Vakuum dem Zollauslande gegenüber eintreten, sondern die Verträge gemäß der oben zitierten Bestimmung auch nach dem 31. Dezember 1917 ein Jahr lang vom Kündigungstag an fortlaufen würden. Es handelt sich jedoch dabei, wie gesagt, nur um eine entfernte Möglichkeit. Wahrscheinlich und wünschenswert ist, daß noch im Laufe 1917 Ausgleich und Handelsverträge erneuert werden.

Die Zeit
26./I. 1917.

I. M6

## Ausgleich und Handelsverträge.

In der gestrigen Sitzung des ungarischen Abgeordnetenhauses, über die bereits berichtet worden ist, hat sich Abgeordneter Graf Albert Apponyi auch in sehr bemerkenswerter Weise über den ganzen Komplex der Ausgleichsfrage geäußert.

Wir nähern uns, sagte der Redner, nach dem Pester Lloyd, mit riesigen Schritten dem Zeitpunkt, bis zu dem vom Gesichtspunkt des wirtschaftlichen Verhältnisses zwischen Ungarn und Oesterreich und damit in Verbindung mit den auswärtigen Staaten etwas geschehen muß. Im Jahre 1917 laufen die bisherigen Verträge ab; es muß infolgedessen unbedingt eine Neuregelung erfolgen. Ich und meine Gesinnungsgenossen halten an der Ueberzeugung fest, daß diese Regelung in rationeller Weise sowohl vom Gesichtspunkt der wirtschaftlichen Zweckmäßigkeit als auch vom Gesichtspunkt der verfassungsrechtlichen Gewissenhaftigkeit nur provisorischen Charakters sein könne. Dieser Reichstag, der nicht mehr eine Volksvertretung repräsentiert, muß die Lösung dieser Frage dem nach dem Friedensschluß zu wählenden Reichstag intakt übergeben. Aber wir lesen stets von Verhandlungen, die zwischen der österreichischen und der ungarischen Regierung und parallel damit mit der deutschen Regierung gepflogen werden, und wir hören Auffassungen, denen zufolge die Regelung des Verhältnisses zwischen Oesterreich und Ungarn der Regelung des Verhältnisses mit Deutschland vorangehen muß. Die Regelung der wirtschaftlichen Verhältnisse bildet einen außerordentlich weiten Begriff. Es sind darin Probleme enthalten, die jetzt gelöst werden können, und Probleme, an deren Lösung jetzt vernünftigerweise nicht gedacht werden kann, ganz abgesehen vom staatsrechtlichen Gesichtspunkt, auf den ich später zurückkomme. Ich begreife vollkommen die Auffassung, die es für wünschenswert hält, daß vor der Einleitung der Friedensverhandlungen nicht nur in den großen politischen Fragen, sondern auch in den wirtschaftlichen Fragen volle Einmütigkeit zwischen den verbündeten Staaten herrsche. Aber die getroffenen Vereinbarungen zwischen den verbündeten Staaten müssen elastisch sein, denn sie müssen mit Eventualitäten rechnen, die vorausgesehen werden können. Ich verstehe darunter nicht nur eventuelle strategische Ergebnisse im weiteren Verlaufe des Krieges, sondern auch die Veränderungen, die in den Dispositionen und Absichten der feindlichen Staaten eintreten könnten. Denn ich halte es für unwahrscheinlich, daß die unter der Wirkung der Kriegspsychose betonte Absicht der Ententestaaten aufrechterhalten wird, daß nämlich diese Staaten auch nach dem Friedensschluß zur Führung eines wirtschaftlichen Krieges, mit dem sie heute drohen, vereint bleiben werden.

Wir müssen uns selbstverständlich auch auf diese Eventualität vorbereiten. Am besten ist es, wenn wir ihnen auch auf diesem Gebiet eine solche Front zeigen, daß sie selbst von der Durchführung ihrer Absicht keine großen Ergebnisse erwarten könnten. Aber man kann nicht einseitig diese schlimmste, nach meiner Ansicht unwahrscheinliche Hypothese zur Grundlage nehmen.

Ich glaube zwar nicht, daß gleich nach dem Friedensschluß eine Harmonie der Gemüter eintreten werde, aber die sozusagen brutalsten Symptome der Kriegspsychose werden aufhören. Man wird nüchtern über die eigenen Interessen denken und sich nicht dazu verleiten lassen, mit Verletzung der eigenen materiellen Interessen sich der Befriedigung der Rache, des Hasses, der Leidenschaften hinzugeben. Infolgedessen müssen unsere Vereinbarungen sich auch auf die Möglichkeit erstrecken, daß wir bei unseren gegenwärtigen Feinden einen konzilianteren Seelenzustand antreffen, und daß sie geneigt sein werden, mitzuwirken, daß der normale wirtschaftliche Zustand der zivilisierten Welt hergestellt werde. Demzufolge können diese Vereinbarungen sich nur auf die allgemeinsten prinzipiellen Grundlagen beziehen, denn wir müssen mit allen Eventualitäten rechnen und gegen alle Eventualitäten gerüstet dastehen.

Der zweite Punkt, der diese Vereinbarungsmöglichkeiten begrenzt, ist darin gegeben, daß heute niemand die grundlegenden Eigenschaften der Wirtschaftsverhältnisse kennt, wie diese nach dem Kriege sich gestalten können. Niemand weiß noch mit welchen Gebieten und mit welchem wechselseitigen Verhältnis der heute noch unbekannten Gebiete wir noch zu rechnen haben werden, niemand weiß, wie das Verhältnis zwischen Ware und Geld nach dem Kriege beschaffen sein wird. Niemand weiß, welche Richtung die Entwicklung der sozialen Verhältnisse nehmen wird, was natürlich von wesentlichem Einfluß auf die ganze Wirtschaftspolitik ist. Infolgedessen können es bloß gewisse Hauptrichtungen sein, auf die sich die Vereinbarung beschränken muß, in der die verbündeten Staaten einander Bürgschaften geben, daß sie einander nicht schaden wollen, nicht benachteiligen wollen, daß sie in der ihnen sonst vorbehaltenen Freiheit ihrer Entschließungen auf die wechselseitigen Interessen in billiger Weise Rücksicht nehmen werden, insoweit dies die Lebensinteressen jeder einzelnen Verhandlungspartei gestatten. Es können Vereinbarungen zustande kommen hinsichtlich der Verkehrspolitik, der Valutapolitik sowie hinsichtlich gewisser Rechtsinstitutionen, die mit dem Wirtschaftsleben zusammenhängen und es beeinflussen, ebenso wie auch Vereinbarungen zustande kommen können in bezug auf gewisse sozialpolitische Richtungen und dergleichen mehr. Eine konkrete Vereinbarung ist jedoch am allerwenigsten möglich hinsichtlich der im engsten Sinne genommenen Handelspolitik, der Frage des Zolltarifs und des mit dem Zolltarif zusammenhängenden Vertrages; diese können lediglich vom wirtschaftlichen Standpunkt aus beurteilt werden.

Nehme ich noch zu all dem das große grundlegende Problem, vor das Ungarn gestellt ist, das Problem, ob es die Basis seines eigenen wirtschaftlichen Bestandes und seiner eigenen wirtschaftlichen Entwicklung auch künftighin in der Gemeinsamkeit mit Oesterreich oder in einer selbständigen wirtschaftspolitischen Einrichtung sucht, dann ist es klar, daß in dieser Hinsicht konkrete Vereinbarungen heute nicht möglich sind.

Im weiteren Verlaufe seiner Rede befaßte sich Graf Apponyi mit den Bestrebungen zur Wirtschaftsannäherung der Mittelmächte. Auch ich fördere sie gern — meinte der Redner —, und sie verdienen, meiner Ansicht nach, in der Relation mit Deutschland und unseren übrigen Bundesgenossen die allgemeine Förderung. Ein Zusammenhang zwischen Annäherungsbestrebungen und dem Ausgleich besteht jedoch nicht, denn, wie ich bereits nachgewiesen habe, sind heute konkrete Beschlüsse über zoll- und handelspolitische Angelegenheiten im engeren Sinne des Wortes ohnehin unmöglich. Alles, was man heute tun kann, ist, daß wir uns gewisse Begünstigungen gegenseitig sichern. Dies kann aber in der Weise geschehen, daß diese Vorteile von Ungarn und von Oesterreich ihren Verbündeten für alle Fälle gesichert werden, einerlei, ob wir mit Oesterreich zusammen ein Zollgebiet bilden werden oder ob Ungarn besonders und Oesterreich besonders je ein selbständiges Zollgebiet sein werden, denn für Deutschland und die übrigen Bundesgenossen macht das keinen wesentlichen Unterschied. Es handelt sich alles in allem darum, in welche Relation das große Verbrauchsgebiet, das Oesterreich und Ungarn zusammen darstellen, mit der deutschen Volkswirtschaft gebracht wird; ob dann dieses große Verbrauchsgebiet in einer großen Summe oder in zwei miteinander durch das Pluszeichen verbundene Summen zum Ausdruck gelangt, hat dann weiter keine wesentliche Bedeutung.

Die Ausführungen des Grafen Apponyi fanden, soweit sie sich mit den Handelsverträgen befaßten, in der Rede des Ministerpräsidenten Grafen Tisza, wie wir bereits gestern wiedergegeben haben, eine hinlängliche Erwiderung. Dagegen unterließ es der ungarische Ministerpräsident, unter Hinweis auf seine früheren Erklärungen, auf die Ausgleichsverhandlungen zwischen Oesterreich und Ungarn neuerlich einzugehen.

Die Zeit

26./I. 1917

117

— (Eine Abwehr der österreichischen Industrie gegen Vorwürfe des Deutschen Nationalverbandes.) Wir erhalten vom Bund österreichischer Industrieller folgende Zuschrift: „Der Deutsche Nationalverband des Abgeordnetenhauses, der schon wiederholt ungerechtfertigte, auf mangelhafter Sachkenntnis beruhende Vorwürfe gegen die Industrie erhob, hat in seiner Vollversammlung am 16. d. beschlossen, von der Regierung ‚mit allem Nachdruck die restlose Auflassung der völlig unbegründeten Frachtbegünstigungen für einige mächtige Kartelle und Großunternehmungen zu fordern'. Der Herr Eisenbahnminister hat wohl in dankenswerter Weise unmittelbar darauf die Oeffentlichkeit dahin aufgeklärt, daß dieser Beschluß auf mangelhafter Informiertheit beruhe und daß Ausnahmsbegünstigungen, deren Abschaffung der Deutsche Nationalverband verlangt, weder bestanden noch bestehen. Ist daher die Haltlosigkeit vorerwähnten Beschlusses vollkommen klargestellt, so sehen sich die Präsidien der drei zentralen industriellen Verbände Oestereichs doch veranlaßt, ihr tiefes Bedauern darüber auszusprechen, daß eine so zahlreiche und hochansehnliche parlamentarische Gruppe in gänzlich unbegründeter Weise einzelnen Teilen der österreichischen Industrie den Vorwurf macht, sich auf Kosten der Gesamtheit Sondervorteile zu verschaffen. Die industriellen Verbände glauben, mit Fug und Recht aussprechen zu dürfen, daß die österreichische Industrie gerade in der harten Kriegszeit der Allgemeinheit unschätzbare Dienste geleistet und den Anspruch auf Anerkennung erworben hat, und sie hoffen, daß durch die klare Antwort des Eisenbahnministers eine verallgemeinernde Herabsetzung der Industrie, die leider, wie die Erfahrung lehrt, so leicht in der Auffassung der Bevölkerung Platz greift, um so gründlicher wird hintangehalten werden, als ihr nicht einmal jene Spezialfälle zugrunde liegen, deren Bestand der Deutsche Nationalverband irrtümlicherweise angenommen hat."

Neues Pester Journal
26. Lt. 1917
118

‡ (Die Aufgaben des Handels nach dem Kriege.) Unter dem Vorsitz des Hofrathes Dr. Jakob Schreyer wurde heute in der Ungarischen Kaufmannshalle die Frage der Rohmaterialbeschaffung nach dem Kriege und die Angelegenheit der Waarencentralen einer eingehenden Erörterung unterzogen. Die Diskussion wurde mit einem Vortrag des Kammersekretärs Joseph Vágó eingeleitet, der die angeregte Frage vom Standpunkte der Valuta, der Industrie, der Sozialpolitik und des Konsumenten behandelte. Alle diese Gesichtspunkte erheischen es, daß auch nach dem Frieden für eine gewisse Uebergangszeit die staatliche Ingerenz auf die Importthätigkeit weiter wirke. Der Vortragende ist entschieden gegen die geplante centralisirte Anschaffung, welche den Handel lahmlegen würde. Eine allgemein befriedigende Lösung kann nur durch die freie Bewegung des Handels erzielt werden, welche durch Ueberlassung von Devisen und der Verkehrsmittel, oder wenn erforderlich, durch Entziehung dieser Mittel im Rahmen des öffentlichen Interesses gehalten werden kann. Der Vortragende überreichte sodann eine Resolution, in welcher beantragt wird, die Regierung zu ersuchen, baldigst ein die Friedenswirthschaft vorbereitendes Uebergangs-Wirthschaftsamt und einen Senat zu schaffen, welchem außer den Delegirten der Handelskammern auch die Vertreter der einzelnen Handelsbranchen zugezogen werden sollen. Die Kaufmannshalle hält es für besonders wichtig, daß der Handel je eher über den Standpunkt der Regierung betreffend den Import, die Rohmaterialvertheilung, über die Bethätigung des freien Handels, über Aufgaben der Centralen ꝛc. nach dem Kriege verläßliche Orientirung erhalte. An der dem Vortrag folgenden Diskussion betheiligten sich Leo Dán, Adolf Faragó, Marcell Illés, Marcell Nagel, Sigmund Rotter, Izsó Salgó, Samuel Urbán u. A., die den Ausführungen Vágó's im vollen Umfange zustimmten. Nun wird sich der Ausschuß mit der Angelegenheit beschäftigen und die an die Regierung zu richtende Eingabe feststellen.

Fremdenblatt
27. II. 1917

122

# Die Rohstoff-Preise in England.

Die Deutsche Bank veröffentlicht auch in diesem Jahre wieder eine Anzahl von Tabellen über die Preisentwicklung wichtiger Rohstoffe an den größten ausländischen Warenbörsen. Die graphischen Darstellungen beziehen sich auf die Jahre 1914 bis 1916. Bei den meisten Waren ist die Bewegung der Kurven in der Kriegszeit steiler als sie je im Frieden gewesen ist. Im allgemeinen sind die Rohstoffpreise im letzten Jahre außerordentlich in die Höhe geschnellt.

Die Bewegung der Baumwollpreise an der Liverpooler Börse war im Kriege besonders eigenartig. Sie begann mit einem scharfen Preissturz. Während Ende Juli 1914 das englische Pfund (0,4536 Kilogramm) amerikanischer Baumwolle mit 6,6 Pence notiert wurde, sank der Preis bis 1914 auf 4,03 Pence. Vom Dezember 1914 an begann eine stetige Wiederaufwärtsbewegung, bis Ende 1915 den Preis bis auf 7,73 Pence steigen ließ. Im Jahre 1916 beschleunigte sich die Aufwärtsbewegung bis zum November sehr stark. Der höchste Preis, der 1916 erreicht wurde, betrug 12,41 Pence und erst im letzten Monat des Jahres 1916 trat wieder ein Rückgang ein. Ende des Jahres wurde der Preis von 10,43 Pence notiert, d. h. ein Preis, der immer noch um reichlich 60 Prozent den Durchschnittspreis der letzten Friedensmonate übersteigt.

Eine gewisse Aehnlichkeit mit der Kurve der Baumwollnotierungen weist die Kurve der Silberpreise auf. In den ersten zehn Tagen nach Kriegsausbruch stieg der Londoner Preis für eine Unze (31,10 Gramm) Silber sprunghaft von 24 auf nahezu 28 Pence. Dieser Steigerung folgte ein noch schärferer Preissturz, der den Preis im November 1914 bis auf 22⅛ Pence herabdrückte. 1915 zeigte eine allmähliche Steigerung des Preises bis auf annähernd 27 Pence und das Jahr 1916 wurde auch für Silber ein Jahr stürmischer Aufwärtsbewegungen. Ende 1916 erreichte der Silberpreis in London die außerordentliche Höhe von annähernd 37 Pence.

Sehr viel geradliniger ist die Preisbewegung für Roheisen an der Glasgower Börse verlaufen. Während das Jahr 1914 nur eine unerhebliche Aufwärtsbewegung der Preise von etwa 50 Schilling per Ton (1016 Kilogramm) auf etwa 55 Schilling brachte, stieg der Preis im Jahre 1915 von 55 Schilling auf 78 Schilling 3 Pence, und er stieg bis Ende Mai 1916 weiter auf 95 Schilling. Seit dem Juni sind die offiziellen Notierungen eingestellt.

Endlich sei noch die Preisbewegung des Kupfers erwähnt. Nach kurzer Preissenkung hielt sich in der zweiten Hälfte des Jahres 1914 der Preis an der Londoner Börse für ein Ton (1016 Kilogramm) Chile-Kupfer auf ungefähr 57 Pfund. Im Jahre 1915 stieg der Preis unter mehrfachen Schwankungen auf etwa 86 Pfund. Das Jahr 1916 zeigte riesenhafte Schwankungen. Bis Mitte Mai stieg der Preis steil an bis auf 145 Pfund. Er stürzte bis Mitte Juni wieder auf 86 Pfund herab, um Anfang Dezember 1916 die Rekordhöhe von 153 Pfund zu erreichen. Ende 1916 wurde immer noch der außerordentlich hohe Preis von 139 Pfund bezahlt.

Fremdenblatt
27. II. 1917



# Verwertung von Patenten feindlicher Ausländer.

In der gestrigen Vollversammlung des Niederösterreichischen Gewerbevereines machte der Vorsitzende Präsident Schiel folgende Mitteilung: Der Verordnung des Gesamtministeriums vom 16. August 1916 über Vergeltungsmaßnahmen auf dem Gebiete des gewerblichen Rechtsschutzes scheint bisher in den Kreisen unserer Industrie wenig Beachtung geschenkt worden zu sein, ungeachtet diese Verordnung volkswirtschaftlich bedeutsame Maßnahmen trifft. Es dürfte daher nicht unzweckmäßig sein, die Vereinsmitglieder auf die Bestimmungen dieser Verordnung aufmerksam zu machen. Der Minister für öffentliche Arbeiten kann auf Antrag Patente, Marken- und Musterrechte von Angehörigen Frankreichs und Großbritanniens aufheben oder an denselben Benützungsrechte (Zwangslizenzen) einräumen; Voraussetzung ist das Vorhandensein eines öffentlichen Interesses an diesen Maßnahmen. Dieselbe Verfügung kann der Minister für öffentliche Arbeiten bezüglich der Patente von Angehörigen Rußlands treffen, und zwar diesfalls ohne Nachweis eines öffentlichen Interesses. Den Angehörigen der drei feindlichen Staaten sind im Inlande tätige Unternehmungen gleichzuachten, die von den feindlichen Staaten aus geleitet oder beaufsichtigt werden, oder deren Kapital ganz oder zum Teile Angehörigen dieser Staaten zusteht.

Das Verfahren ist in einfacher Weise geregelt, die Entscheidung erfolgt, wie die wenigen bisher durchgeführten Fälle beweisen, in verhältnismäßig rascher Zeit.

Aber noch nach einer anderen Richtung verdient die Verordnung vom 16. August 1916 die Beachtung unserer industriellen Kreise. Nach der Verordnung ist nämlich die Aufhebung oder Beschränkung der Schutzrechte feindlicher Staatsangehöriger dann ausgeschlossen, wenn ein Inländer oder ein Angehöriger eines nichtfeindlichen Staates an diesem Rechte schon vor Eintritt des Kriegszustandes ein ausschließliches Benützungsrecht hatte. Diese ausschließlichen Benützungsrechte können bei dem Ministerium für öffentliche Arbeiten angemeldet werden; es empfiehlt sich, diese Anmeldung rechtzeitig vorzunehmen, damit das Ministerium für den Fall, als von dritter Seite ein Antrag auf Aufhebung oder Beschränkung des betreffenden Patentrechtes gestellt wird, in der Lage ist, das an diesem Rechte bereits bestehende ausschließliche Benützungsrecht zu berücksichtigen.

Pester Lloyd 28/I. 1917



(Ungarische Zentrale für Interessenten in Rumänien.) Gestern fand in der Budapester Handels- und Gewerbekammer unter dem Vorsitze des Präsidenten Philipp Weiß eine Ausschußsitzung dieser Zentrale statt, in der das Handelsministerium durch den Ministerialsekretär Dr. Edmund Kunoſy vertreten war. Der Präsident teilt mit Freuden mit, daß die Regierung nunmehr die wichtigsten Unterbreitungen der Zentrale erfüllt und die entsprechenden Schritte eingeleitet hat, um die noch schwebenden Fragen einer günstigen Lösung zuzuführen. Unter anderen wurden auch ungarische Staatsbürger dem in Rumänien wirkenden Gouvernement zugeteilt; der Leitung der Zentrale wurde es ermöglicht, nach Rumänien zu reisen, und es wurden Schritte unternommen, um den Interessenten die Reise nach Rumänien, den Postverkehr und die Teilnahme an der Ausnützung rumänischer Wirtschaftskräfte nach Tunlichkeit zu ermöglichen. Auf Antrag des Präsidenten gab der Ausschuß seiner Dankbarkeit protokollarisch Ausdruck. Direktor Eugen Pór referierte über die Ergebnisse der in Wien abgehaltenen vertraulichen Besprechungen, die der Ausschuß nach einem Meinungsaustausche, an dem sich Hofrat Dr. Julius v. Kovács, die Direktoren Jacques Kánitz, Alfred Löwenbach, Ladislaus Stuz und Dr. Edmund Werkner beteiligten, mit Dank zur Kenntnis nahm. Alfred Strasser stellte den Antrag, daß die Zentrale nunmehr auch in Bukarest eine entsprechende Organisation errichten möge, um auf diese Weise den Verkehr mit den das okkupierte Rumänien verwaltenden Behörden unmittelbar zu gestalten. Nach den Bemerkungen des Direktors des Handelsmuseums Dr. Kovács und des leitenden Sekretärs der Budapester Handels- und Gewerbekammer Josef Vágó erklärte Präsident Philipp Weiß, daß er sich nächste Woche während seines Aufenthaltes in Bukarest über die Möglichkeit der Verwirklichung dieses in jeder Hinsicht praktischen Vorschlages informieren wird. Dr. Kovács meldete, daß sich der nächste Woche nach Bukarest reisenden Studienkommission der Zentrale auch Herr Demeter Kopperly, Referent im königlich ungarischen Handelsmuseum, anschließen wird. Er ist der in Rumänien funktionierenden Expositur des Ministeriums des Aeußern zugeteilt und wird den Interessenten in jeder Hinsicht zur Verfügung stehen. Der Generalsekretär der Zentrale Josef Vágó unterbreitete mehrere Reskripte des Handelsministers, aus welchen auch ersichtlich ist, in welch ausgedehntem Maße das Handelsministerium die Tätigkeit der Zentrale bei den Rumänien betreffenden wirtschaftlichen Fragen in Anspruch zu nehmen gedenkt. Nach den Aufklärungen des Ministerialsekretärs Dr. Edmund Kunoſy gab der Ausschuß seiner Freude über das praktische, unmittelbare und erfolgreiche Zusammenwirken mit dem Ministerialvertreter Ausdruck und sprach ihm seinen Dank aus. Hierauf folgte das eingehende Referat des Rechtsanwaltes Dr. Salomon Beck über die Ergebnisse seiner völkerrechtlichen Studien in der Frage der pseudo-rumänischen Aktiengesellschaften, deren rechtliche Stellung eine dringende und befriedigende Lösung erheischt, weil sie in Rumänien wohl nach den Bestimmungen des rumänischen Aktiengesetzes, in rumänischer Form, jedoch trotzdem mit ungarischem Kapital gegründet wurden, und des heimischen Rechtsschutzes nicht entraten können. Nach den Ausführungen der Direktoren Jacques Kánitz und Ladislaus Stuz faßte der Ausschuß den Beschluß in dieser Angelegenheit eine Repräsentation an die Regierung zu richten. Zum Schlusse votierte der Ausschuß auf Antrag des Direktors Jacques Kánitz der Leitung der Zentrale und in erster Linie dem hochverdienten und unermüdlichen Präsidenten Philipp Weiß für ihre Bemühungen Dank. — Die Zentrale veröffentlicht folgenden Aufruf an die in Rumänien interessierten Firmen: Unter der Leitung des Präsidenten der ungarischen Zentrale für Interessenten in Rumänien Philipp Weiß begeben sich am 31. d. M. Direktor Eugen Pór und Generalsekretär Josef Vágó nach Rumänien. Die Studienkommission der genannten Zentrale lenkt auch auf diesem Wege die Aufmerksamkeit der Interessenten darauf, daß sie, insofern sie dies bisher nicht getan hätten, diese Gelegenheit benützen können, Nachrichten nach und aus Bukarest zu vermitteln und Aufträge zu geben, die sich auf ihre sich in Rumänien befindlichen Zugehörigen und Vermögensobjekte beziehen. Womöglich kurz gefaßte konkrete Aufträge übermittelt das Bureau der Handels- und Gewerbekammer und der Zentrale (V., Szemere-utca 6, II. Stock) bis zum 31. Januar.

Neue Freie Presse Abend 126
1./II. 1917

## Vereinigung der am Ueberſee- und Großhandel beteiligten Firmen.

Wien, 1. Februar.

Unter zahlreicher Beteiligung der am Ueberſee- und Großhandel intereſſierten Kreiſe fand heute vormittag im großen Saale der Handels- und Gewerbekammer die konſtituierende Generalverſammlung des Verbandes der am Ueberſee- und Großhandel beteiligten Firmen ſtatt. Der Präſident des Gründungskomitees, Kommerzrat Nauen, legte nach herzlicher Begrüßung der erſchienenen Regierungsvertreter ſowie der Vertreter der Wiener und Trieſter Handelskammer die Ziele und Zwecke des Verbandes dar, die darin beſtehen, durch eine freie Fachorganiſation die Intereſſen des Großhandels beſonders anläßlich der Regelung der Verkehrsbeziehungen beim Uebergange vom Krieg zum Frieden mit Sachkenntnis zu vertreten und die organiſierten Kräfte des Handels beſſer in den Dienſt der allgemeinen volkswirtſchaftlichen Intereſſen zu ſtellen. Insbeſondere ſei es der Wunſch des organiſierten Großhandels, daß der Verband dem Handelsminiſterium als miberatendes Fachorgan bei der Regelung der Uebergangswirtſchaft zur Verfügung ſtehe. Der Vorſitzende verweiſt auf die im Deutſchen Reiche gegründeten analogen Verbände und richtet an die Vertreter der Regierung und der erſchienenen Korporationen das Erſuchen, die Beſtrebungen des Verbandes auch ihrerſeits zu unterſtützen. — Miniſterialrat Dr. Friedrich Krenn begrüßt namens des Handelsminiſteriums die Gründung des Verbandes und verſichert, daß das Handelsminiſterium wie auch alle übrigen Behörden mit vollem Ernſte beſtrebt ſein werden, die Bemühungen des Verbandes kräftigſt zu unterſtützen. Das Handelsminiſterium erblickt in dem Verbande ein Vorzeichen für eine glückliche Wiederbelebung unſeres Außenhandels und hofft, daß alle, die am Außenhandel beteiligt ſind, insbeſondere die Kaufmannſchaft von Trieſt, ſich mit voller Tatkraft dieſer Aufgabe widmen werden und daß der Erfolg nicht ausbleibe, ſobald der freien Tätigkeit der Kaufmannſchaft wieder freie Bahn offen ſtehen wird. (Lebhafter Beifall.)

Mitglied Johann Glanzmann beſpricht die Bedeutung des Handels und würdigt insbeſondere die Stellung Trieſts. Der Hafen von Trieſt ſoll nicht bloß eine Umſchlagſtation ſein, vielmehr ein Handelsplatz werden, und es müſſen alle Anſtrengungen gemacht werden, um Trieſt die ihm gebührende Stellung innerhalb der Monarchie zu geben. Trieſt kann nur gedeihen, wenn es ſeine innige Zuſammengehörigkeit zur Monarchie anerkennt und auf dieſer Baſis weiterſchreitet. (Beifall.) Die Bewohner Trieſts, die opferwillig, opferfreudig

---

alles auf ſich nehmen, danken den heldenhaften Kämpfern, die Trieſt und die Grenzen des Vaterlandes beſchützen. (Beifall.) — Miniſterialſekretär Dr. Maja, ſtellvertretender Regierungskommiſſär der Trieſter Handelskammer, begrüßt namens der Trieſter Handels- und Gewerbekammer das Inslebentreten des neuen Verbandes auf das freudigſte und ſpricht die Erwartung aus, daß der Verband durch die Organiſation der kommerziellen Kräfte und durch klare Erfaſſung der künftigen Ziele dazu beitragen werde, dem Großhandel die ihm gebührende Geltung zu verſchaffen. (Beifall.) — Kommerzrat Vinzl heißt namens der Wiener Handels- und Gewerbekammer den Verband willkommen.

Er hofft, daß der Verband auch Fühlung mit allen am Großhandel beteiligten Firmen ſuchen werde. Mitglied Karl Wegenaſt bemerkt, der Verband erſtrebe nicht ein Privileg für die Trieſter Kaufleute, ſondern das, was er verlangt, müſſe der geſamten Monarchie zuteil werden. Trieſt müſſe jene Blüte erreichen, die es als Seehafen Oeſterreichs verdient. Die großen und ſchweren Opfer des Krieges werden dafür gebracht, daß Oeſterreich der Beſitz Trieſts für alle Zeiten erhalten bleibe und die Freiheit des Meeres geſichert ſei. (Beifall.) Sodann werden die Wahlen vorgenommen und zu Mitgliedern des Ausſchuſſes berufen die Herren: Dr. Alexander Aſenduli, Artur Freiherr v. Albori, Kommerzialrat Karl Arnſtein, Dr. Philipp Brunner, kaiſerlicher Rat Max Brunner, M. v. Buſſanich, Armin Deveglia, Johann Glanzmann, Samuel Goldſchmied, Karl Küchler, Iſidor Nadel, Ernſt Nauen, Dr. Rud. Freiherr v. Pariſi, Leopold Popper, Vito Raſtelli und Karl Wegenaſt. Hierauf wurde die Verſammlung geſchloſſen.

Reichspost

2./II. 1917



# Die Entwicklung der niederösterreichischen Landesgewerbeförderung.

## Bisher ein Gesamtaufwand von nahezu 11 Millionen Kronen.

In der Landesausschußsitzung vom 30. Jänner d. J. legte der Referent für Gewerbeförderungsangelegenheiten Landesausschuß Bielohlawek gleichzeitig mit dem Rechnungsabschlusse für das vergangene Jahr einen Ausweis über die Ausgaben des Landes Niederösterreich für Zwecke der Gewerbeförderung in den Jahren 1900 bis Ende 1916 vor. Aus diesem Ziffernmateriale ergibt sich wohl deutlicher als in einem langen Berichte der überaus erfreuliche Entwicklungsgang der niederösterreichischen Landesgewerbeförderung von kleinsten Anfängen an bis zur heutigen Höhe, in Gewerbeförderung die erste unter allen österreichischen Kronländern. — Vor 17 Jahren setzte die niederösterreichische Landesgewerbeförderung mit einem Jahresaufwande von nur 4125 Kronen ein. Ein starker Wille aber, systematische und unermüdliche Arbeit brachte das begonnene Werk von Jahr zu Jahr immer rascher nach vorwärts. So sei aus dem Berichte vor allem nur ein Kapitel: „Heereslieferungen", herausgegriffen, das deutlichst den Beweis gibt, welche Früchte ein verständnisvolles Erfassen dringender Aufgaben durch öffentliche Organe zeitigen kann. Es wurden vom Lande Niederösterreich den kleingewerblichen Erwerbs- und Wirtschafts- und auch Zwangsgenossenschaften, um ihnen die Uebernahme und Durchführung größerer Heereslieferungen zu ermöglichen, Darlehen und Lieferverdienstvorschüsse im Gesamtbetrage von Kronen 8,353.350.84 gewährt. Derart gelang es, die meisten der vor Kriegsbeginn schon bestehenden gewerblichen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, die anfangs des Krieges mit den größten Schwierigkeiten zu kämpfen hatten, nicht bloß zu erhalten, sondern ihre ganze Gebarung auf eine gesunde, kaufmännische und erträgnisreiche Grundlage zu bringen. Auch während des Krieges neugegründete gewerbliche Wirtschaftsorganisationen nahmen sich daran ein Beispiel und weisen heute schon unter dem Schutze der niederösterreichischen Landesgewerbeförderung auf die günstigsten Ergebnisse hin. Nicht genug betont kann die im Berichte verzeichnete Tatsache werden, daß dem Lande bei all diesen großen Darlehen nicht der geringste Verlust erwuchs. Mit der Darlehensgewährung ließ es aber der Landesausschuß nicht bewenden; er bemühte sich auch, daß überhaupt kleingewerbliche Genossenschaften mit Heereslieferungen betraut wurden, mit Erfolg, denn seinem Eingreifen, gemeinsam mit dem Ministerium für öffentliche Arbeiten und der Gemeinde Wien, ist die Uebertragung solcher Lieferungen in größtem Maßstabe an den Gewerbestand gelungen. — Die ganzen Aktionen der Landesgewerbeförderung auf diesem Gebiete fanden aber erst kürzlich ihre Vollendung und ihren finanziellen Ausbau durch Schaffung einer Geldzentrale für die wirtschaftlichen Organisationen des gewerblichen Mittelstandes, den Zentralverband von gewerblichen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften Niederösterreichs, Ges. m. b. H., welcher nach kaum mehrwöchiger Wirksamkeit schon einen Umsatz von über 4 Millionen Kronen aufzuweisen und damit wohl den Beweis seiner Daseinsberechtigung erbracht hat. Der Bericht des Landesausschußreferenten Bielohlawek weist am Schlusse einen Gesamtaufwand der n.-ö. Landesgewerbeförderung 1900 bis 1916 von 10,931.000 Kronen 45 Heller nach, eine gewaltige Summe, zeugend, daß das Land Niederösterreich verhältnismäßig selbst der Reichsregierung an Verausgabung für Gewerbeförderungszwecke vorangeht.

Österr. Volkszeitung
2./II.1917

128

# Eine Kriegstagung der Handwerker.

Vom Abgeordneten **J. W. Dobernig.**

Der Reichshandwerkerrat beruft für Sonntag, 4. d., eine Handwerkertagung nach Leoben ein. Daß dieser Stand das Bedürfnis fühlt, über die aus der Not der Zeit entstehenden Schäden sich auszusprechen und die Mittel einer wirksamen Abhilfe zu erörtern, ist wohl zu verstehen. Denn neben den Festbesoldeten aller Berufe spüren die Handwerker die Wirkungen des Krieges am eigenen Leibe, hilf- und ratlos waren sie oft schon früher, in friedlichen Tagen, wie sehr sind sie es erst jetzt, da viele Zweige des Handwerks auch im Innern des Reiches durch den Mangel an Arbeitskräften, durch das Ausbleiben des Rohmaterials, durch das Fehlen des nötigen Kredits schwer in Mitleidenschaft gezogen werden. Wenn die Vertreter des deutschen Handwerks in Oesterreich sich trotz alledem inmitten des Kriegslärmes zu einer Tagung zusammenfinden, bei der nicht nur die dringendsten Sorgen das Wort haben sollen, sondern auch über andere Angelegenheiten beraten werden wird, wie zum Beispiel über die Regierungsvorlage betreffend die gewerblichen Fortbildungsschulen, den Befähigungsnachweis, die Abänderung des bürgerlichen Gesetzbuches, das Kreditwesen, die Rohstoffbeschaffung, so liegt darin eine beachtenswerte Aeußerung des Standesbewußtseins und des Gefühls der Zusammengehörigkeit.

Kaum dürfte in einem der Feindesländer derzeit eine derartige fachliche Beratung zustande kommen. Dort sind zwar die Parlamente versammelt, ihre Erörterungen gelten jedoch, soweit sie uns bekannt werden, nur den Kriegsfragen, während in dem angeblich zerfallenden Oesterreich, dessen parlamentarische Vertretung zwar noch immer, und wer weiß auf wie lange, zum Stillschweigen verurteilt ist, dagegen andere, nichtoffiizelle Körperschaften sich rühren und die öffentliche Tribüne ersetzen, deren Wiederaufrichtung anscheinend so großen Schwierigkeiten begegnet. Einer der Hauptgegenstände der Leobner Beratung, an welcher Handwerker aus Nord und Süd, aus den Alpen- und Sudetenländern sowie aus der Reichshauptstadt teilnehmen werden, bildet auch die Kriegshilfsaktion für den österreichischen Gewerbestand.

Bereits im Frühsommer des vergangenen Jahres hatten sich über Einladung des Landesausschusses von Niederösterreich und des Zentralkollegiums des Landesgewerberates für Mähren Abgesandte der gewerblichen Körperschaften des Reiches in Wien eingefunden, um den Mitteln zur Fürsorge für die durch den Krieg geschädigten und insbesondere auch für die aus dem Felde heimkehrenden Gewerbetreibenden nachzugehen. Die Teilnehmer fanden schon ein reiches Materiale vorbereitet, neben den Denkschriften und Verlautbarungen der vorgenannten auch Blätterstimmen über eine einschlägige Aktion im Deutschen Reiche. Da erweckt es nun Interesse, daß selbst der Generalfeldmarschall Hindenburg dieser Sache nicht nur Bedeutung beilegte, sondern sogar einen von „seinem Ludendorff" veranlaßten Antrag an den Reichskanzler unterzeichnete, dem folgende Stellen entnommen seien: „Nach der Entwicklung der heutigen Volkswirtschaft sind gerade die kleineren Geschäftsbetriebe fast ausnahmslos auf die Inanspruchnahme erheblicher Kredite angewiesen. Hier entscheidende Abhilfe zu schaffen, ist für die wirtschaftliche Kraft und damit für die Zukunft unseres Vaterlandes von großer Bedeutung. Das Reich muß die Gefahr beseitigen, daß ein großer Teil seiner tüchtigen und wirtschaftlich selbständigen Söhne verarmt aus dem Kriege heimkehrt oder Gefahr läuft, sofort den Gläubigern in die Hände zu fallen und wirtschaftlich mit Frau und Kindern zusammenzubrechen. An solchen Nöten darf auch der Heerführer, dem die Sorge um das Wohl seiner Soldaten am Herzen liegt, nicht achtlos vorübergehen. Es ist mir daher eine warmempfundene Pflicht, auf die oben geschilderten Gefahren und auf die Notwendigkeit hinzuweisen, rechtzeitig auf dem Wege der Gesetzgebung Abhilfe zu schaffen. Das Pflichtgefühl und der todesmutige Geist unserer Armeen verlangt Gegenleistung zu Hause auch auf diesem Gebiete. Die Nervenkraft jedes einzelnen Mannes, die die Grundbedingung bildet nicht nur für das Durchhalten, sondern für den entscheidenden Sieg, verlangt als sichere Vorbedingung das Bewußtsein der wirtschaftlichen Sicherheit für die Daheimgebliebenen und die Hoffnung emporstrebender Betätigungsmöglichkeit nach dem Kriege. Die großen Verschiebungen im Wirtschaftsleben der Nation, wie sie schon jetzt und ganz besonders nach Beendigung des Krieges vor sich gehen werden, müssen ein wirtschaftlich gesundes und entwicklungsfähiges Volk vorfinden."

So der große Heerführer! Sein Ruf mag auch bei allen berufenen Stellen in unserem Reiche vernommen werden. Der österreichischen Regierung ist auf Grund der Wiener Beratungen eine Eingabe vorgelegt worden, dahingehend, daß zugunsten des durch den Krieg wirtschaftlich geschädigten gewerblichen Mittelstandes (Handwerker und Kleinkaufleute) in allen Kronländern Kredithilfsfonds unter Heranziehung der bestehenden Einrichtungen ins Leben gerufen werden, ferner daß für die zumeist um all ihr Hab und Gut gekommenen Handel- und Gewerbetreibenden der im Mittelpunkte der Kriegsereignisse stehenden Länder außerdem die baldigste Durchführung einer ausgiebigen Sanierungsaktion größeren Stiles in Aussicht genommen werde. Bei der Leobner Tagung wird einer der Hauptmitarbeiter am Werke, der Direktor Kubelka der mährischen Gewerbeförderungsanstalt, berichten, wie weit die Aktion gediehen und ob sie aus dem Stadium der Vorerhebungen schon herausgekommen ist. Vom staatlichen, wie vom völkischen Gesichtspunkte aus ist daher das Zusammentreten des Handwerkerparlaments wärmstens zu begrüßen.

Reichspost Abend 3./II. 1917



## Schutz den Verbrauchern und dem legitimen Handel!

Der „Pester Lloyd" vom 2. d. veröffentlicht Aeußerungen des Präsidenten des ungarischen Landes-Volksernährungsamtes Geheimen Rat Baron Ludwig Kürthy über die aktuellen Versorgungsfragen. Baron Kürthy sagte u. a.:

„Eine sehr wichtige Aktion betrifft den Kettenhandel, beziehungsweise den Schutz des Konsums und des legitimen Zwischenhandels. Wir haben einer Konferenz von geladenen Fachmännnern einen fertigen Referentenentwurf über die zu treffenden Maßnahmen vorgelegt. Sobald die Delegierten den Referentenentwurf studiert haben, wird eine zweite Konferenz uns in die Lage versetzen, den beteiligten Regierungsstellen Vorschläge zu erstatten. Die allgemeine Tendenz, die uns bei der Lösung dieser Frage leitet, ist je rascher Verfügungen gegen die wucherische und illegitime Anhäufung von Lebensmitteln und aller Art von Waren zu treffen. Dabei sollen Produzent und Konsument einander nahegebracht, bezw. unberufene Vermittler ferngehalten werden. Wir verfolgen damit einen doppelten Zweck: wir wollen den Konsum schützen, ihm die Versorgung mit allen Bedarfsartikeln erleichtern, anderseits dem Handel in seiner legitimen Tätigkeit helfen, auch ihn beschirmen. Zweifellos wird der Krieg nicht geführt, damit sich unberufene Elemente bereichern, insbesondere durch Warenanhäufungen wichtige Interessen der Allgemeinheit gefährden. Das muß verhindert, der legitime Handel aber dabei gleichzeitig geschützt werden. Jedermann bekommt heute eine Gewerbelizenz ausgefolgt, und ganz Unkundige befassen sich mit dem Handel in diesen oder jenen Waren, nur weil die Gelegenheit zum raschen Geldverdienen sich darbietet. Wie kommt zum Beispiel ein Goldarbeiter dazu, plötzlich mit Lebensmitteln zu handeln und dadurch sich einen großen Gewinn zu sichern? Wir wollen den ganzen Komplex der einschlägigen Fragen regeln, so auch die Rechtsfrage der Gewerbelizenzen und des Warenlombards neuerdings erwägen. Vielleicht wird es zur Revision der Gewerbelizenzen kommen, oder auch zu erwägen sein, ob es rechtlich zulässig sei, bereits erteilte solche Lizenzen von Amts wegen zurückzuziehen. Noch wichtiger ist die Frage des Warenlombards. An und für sich ist ja gegen diesen vom wirtschaftlichen Standpunkt nichts einzuwenden. Sobald jedoch die Lombardierung dazu dient, die mißbräuchliche Anhäufung von Waren, den Warenwucher selbst zu ermöglichen, da ist es wohl schon am Platze, über Maßregeln nachzusinnen, die solch gefährlichem Treiben einen Riegel vorschieben. Unsere Aktion gegen den Kettenhandel ist im Zuge und soll zum Schutze von Konsum und legitimem Handel bald in Form geeigneter Regierungsverfügungen zum gedeihlichen Abschluß gelangen.

Vossische Zeitung
6. VII. 1917

130

# Handel und Gewerbe im Kriege.

## Aus dem Haushaltsausschuß des Abgeordnetenhauses.

Der verstärkte Staatshaushaltsausschuß des Abgeordnetenhauses beriet gestern den Haushalt der Handels- und Gewerbeverwaltung. Der Berichterstatter Abg. Oeser (Vpt.) wies auf die Lasten des Krieges für die Fabrikanten und Handwerker hin. Es sei nur ein mangelhafter Ausgleich durch die Heereslieferungen geschaffen. Arbeitermangel und Fehlen der Rohstoffe treten stark in die Erscheinung. Der Nachwuchs für das Handwerk fehlt. Bedauerlich bleibt, daß die heimkehrenden Handwerker einen erheblichen Teil ihrer früheren Leistungsfähigkeit eingebüßt haben. Die Rohstoffbeschaffung nach dem Kriege ist eine der wichtigsten Fragen. Das Handwerk sollte vorzugsweise bedacht werden, weil die Industrie sich Rohstoffe leichter besorgen kann. Ebenso wichtig ist die Kreditbeschaffung. Von den Kriegshilfskassen haben die im Vaterländischen Hilfsdienst Stehenden und die in der Heimat Zurückgebliebenen keinen Nutzen, deshalb muß eine Ausdehnung erfolgen.

Der Minister führte aus: Im letzten Jahre ist das Handwerk an den Kriegslieferungen mehr beteiligt worden; es wurden 100 Millionen Mark an Aufträgen vermittelt. Die Lehrlingsfrage liege ungünstig; in Berlin seien statt 30 000 nur 7000 Lehrlinge. Die Industrie nehme die Lehrlinge durch bessere Bezahlung weg. Im Ministerium beschäftigt man sich mit der Frage, wie nach dem Kriege das Handwerk besser mit Lehrlingen versorgt werden könne. Der Minister will mit dem Finanzminister verhandeln, ob eine Ausdehnung der Kriegshilfskassen möglich sei. Ein freikonservatives Mitglied stellt fest, daß an 800 Lieferungsverbände der Handwerker Lieferungen der Behörden gegeben wurden; die Lieferungen hätten voll befriedigt. Nach dem Bericht der Handwerkskammer Berlin seien die Zahlen für die fehlenden Lehrlinge noch größer, als der Minister mitgeteilt habe: früher 45 000 und jetzt nur 7800 Lehrlinge. Die Kriegsgesellschaften seien eine große Gefahr für den Mittelstand. Bei der Verteilung der Lebensmittel sollten die Kleinhändler mehr berücksichtigt werden. Der Minister erklärt, daß seine Tätigkeit auf letzterem Gebiete sich nur auf Anregungen beschränken könne.

Ein konservativer Redner bedauert, daß der Minister hier nicht durchgreifen wolle. An wen solle man sich denn wenden, wenn der Minister versage. Bei der Vergebung der öffentlichen Arbeiten sollten zunächst die kriegsbeschädigten Handwerker berücksichtigt werden. Auch in dem Reichskommissariat für Uebergangswirtschaft müßten die Handwerker vertreten sein. Der Minister teilte mit, daß demnächst im Kriegsernährungsamt eine Besprechung stattfinde über eine bessere Beteiligung des Groß- und des Kleinhandels bei der Lebensmittelverteilung. Ein Zentrumsredner wies auf das Bestreben des Kriegsamts hin, kleine Handwerksbetriebe stillzulegen; das gehe nicht an. Ein anderes Mitglied der Zentrumspartei verlangt, daß auch in Preußen ähnlich wie im Reiche zeitig für den Frieden vorgearbeitet werde. Er beantragt, die Regierung um Vorlage eines Gesetzentwurfs noch in dieser Session zu ersuchen, auf Grund dessen Kleinhandelskammern errichtet werden. Der Minister ist der Meinung, daß eine besondere Organisation für die Uebergangswirtschaft in Preußen überflüssig sei bei der engen Fühlung mit den Reichsbehörden. Ein fortschrittlicher Abgeordneter erklärt, daß der Minister trotz allem Wohlwollen nicht verhindern konnte, daß die unteren Behörden bei Vergebung der Arbeiten sich an diese Anregungen des Ministers nicht halten. Bei dem Reichskommissariat für Uebergangswirtschaft wünscht auch er eine Vertretung des Handwerks. Notwendig seien Lehrlingsheime.

Ein fortschrittlicher Antrag verlangt Ausdehnung der Wirksamkeit der Kriegshilfskassen auch auf nicht eingezogene Angehörige des Mittelstandes, sofern ihre Selbständigkeit bedroht ist, Befriedigung des vermehrten Kreditbedürfnisses, gebührende Berücksichtigung der Handwerks- und Kleinbetriebe mit Rohstoffen bei der Ueberleitung in die Friedenswirtschaft, Bereitstellung öffentlicher Arbeiten in der Uebergangszeit, auch für die Lieferungsgenossenschaften der Handwerksverbände.

Vossische Zeitung
6. II. 1917

# Die Konsumvereine im Kriege.

Die Entwicklung der Geschäftstätigkeit und der Geschäftsergebnisse der Konsumvereine bringt nach mehrfacher Richtung Aufschlüsse über wichtige Erscheinungen und Zusammenhänge der Kriegswirtschaft. Einmal sind die Konsumvereine rein technisch Kleinhandelsunternehmungen. Sie unterliegen also den Einflüssen, die die Kriegsumstände auf den Kleinhandel allgemein ausüben; und diese Einflüsse lassen sich bei ihnen besser und zuverlässiger als sonst, zum Teil sogar nur bei ihnen, beobachten, weil lediglich sie, nicht aber die privaten Kleinhandelsgeschäfte eine eingehende, der Oeffentlichkeit zugängliche Geschäftsstatistik führen. Auf der anderen Seite sind die Konsumvereine Genossenschaften, und zwar — mindestens im städtischen Bereiche — die auf breitester Grundlage ruhenden Genossenschaften, die wir besitzen. Die Gestaltung ihrer Verhältnisse zeigt uns, welche Kraft der genossenschaftliche Gedanke den störenden und hemmenden Wirkungen des Krieges entgegenzusetzen vermochte, welche Fähigkeit er bewies, sich im Kriege und just mit Rücksicht auf ihn weiter zu entwickeln, wie die bisherige Methodik der genossenschaftlichen Geschäftsführung gegen den Krieg und seine Folgen gewappnet war, und welche Aenderungen sie durch ihn erfuhr. Die zuletzt erwähnten, rein genossenschaftlichen Kriegswirkungen sind nicht bloß für die Erkenntnis der kriegswirtschaftlichen Tatsachenverkettungen, sondern auch für die Beurteilung künftiger Entwicklungsmöglichkeiten von hoher Wichtigkeit. Mancherlei spricht dafür, daß die kommende Friedenswirtschaft weit stärker mit genossenschaftlichen Elementen durchsetzt sein wird, als die vergangene, wenn die Basis des Genossenschaftswesens sich über den Krieg weg gesund und widerstandskräftig erhält.

Der Zentralverband Deutscher Konsumvereine hat seine wirtschaftlich-statistische Berichterstattungstätigkeit im Kriege nicht eingeschränkt. sein „Jahrbuch" für 1916*) ist genau so umfangreich und gründlich wie im vorigen oder in den Jahren vor dem Kriege. Es bietet zur Ermittlung der konsumgenossenschaftlichen Kriegswirkungen die Geschäftsstatistik der angeschlossenen Vereine, bzw. Revisionsverbände, sowie der zentralen Unternehmungen (insbesondere der Großeinkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine und ihrer Eigenproduktionsbetriebe) für das Jahr 1915. Für den vorangegangenen Bericht war eine besondere Kriegserhebung veranstaltet worden, die sich nur auf die fünf Kriegsmonate von 1914 erstreckte. Die Ausbeute dieser Sonderstatistik war nicht sehr groß; sie zeigte im ganzen bloß gewisse, von vornherein zu erwartende und für die weitere Entwicklung relativ gleichgültige Panikerscheinungen in den ersten Wochen und ihre allmähliche Korrektur in den späteren Monaten. Für 1915 ist eine solche Erhebung nicht veranstaltet worden (schon die Personalknappheit ließ sie nicht rätlich erscheinen); sie soll nach Friedensschluß zusammenfassend für die ganze Kriegsdauer nachgeholt werden. Die gewöhnliche Geschäftsstatistik aber liegt vollständig vor und ist aufschlußreich genug.

Die Mitgliederzahl der Konsumvereine des Zentralverbandes nahm von Ende 1914 bis Ende 1915 um 7,7 v. H. (von 1.718 auf 1.849 Millionen) zu; der Umsatz im eigenen Geschäft blieb nahezu gleich (493,6 gegen 493 Millionen). Die genossenschaftliche Werbekraft hat also nicht wesentlich gelitten; die Quote des Mitgliederzuwachses war zwar etwas, aber nicht beträchtlich kleiner, als im letzten Friedensjahre 1913. Zieht man die Verminderung der männlichen Bevölkerung durch die Einberufungen in Betracht, so erscheint die Anziehungskraft der Konsumvereine im Kriege sogar außerordentlich bemerkenswert. Sehr eingeengt hat sich dagegen der Umfang der Versorgung des einzelnen Mitgliedes durch den Verein. Im Jahre 1913 hatte der Durchschnittsumsatz pro Mitglied 291 M. betragen, 1914 sank er auf 287, 1915 auf 267 M. In der gleichen Zeit, namentlich im Verlaufe des Jahres 1915, sind bekanntlich die Preise sprunghaft gestiegen, so daß der Mengenrückgang noch ungleich erheblicher ist. Kein Zweifel, daß sich diese Entwicklung 1916 in gleicher Weise fortgesetzt hat. Die Ablenkung der Mitglieder vom Vereinsbezug durch gemeindliche Verkaufsstellen, durch die Massenspeisung usw., mag eine gewisse Rolle spielen; die Hauptursachen der Einschränkung sind natürlich die Verkleinerung der Haushaltungen (die die Mitgliedschaftseinheiten darstellen), durch die militärischen Einziehungen, die Rationierung, der Angebotsmangel und die Teuerung der nicht rationierten Waren. Der Umsatzrückgang trotz Teuerung ist jedenfalls für den ganzen Kleinhandel typisch, soweit er nicht besonders bemittelte Bevölkerungskreise bedient und soweit nicht lokal durch zahlreiche Geschäftsschließungen Entlastungen eingetreten sind.

Von dem absolut ungefähr gleichgebliebenen, relativ stark geschmälerten Umsatz haben nun die Konsumvereine einen etwas geringeren Gewinn erzielt. Es betrugen nämlich die sogenannten Ersparnisse einschließlich des festen Rabatts im Zentralverbandsdurchschnitt 1913 8,2 v. H. des Umsatzes, 1914 8,4 v. H., 1915 7,6 v. H. Der Rückgang ist mit alleiniger Ausnahme des Verbandes bayerischer Konsumvereine in allen Revisionsverbänden festzustellen; er ist also für die Konsumvereine typisch. Ob dies Ergebnis auch für den privaten Kleinhandel allgemeine Geltung hat, scheint dagegen recht zweifelhaft. Die Preisbildung der Konsumvereine steht gerade in Zeiten stetig fortschreitender Teuerung unter starken Hemmungseinflüssen; der Wunsch, die Mitgliedschaft treu und mit der die Geschäfte führenden Verwaltung zufrieden zu erhalten, sowie den Vorsprung der genossenschaftlichen Warenverteilung vor der privaten zu betonen, wird sie veranlassen, den Preissteigerungen zögernd und nur im Rahmen des durch die kaufmännische Kalkulation unbedingt geforderten zu folgen. Der Privathandel ist, soweit ihm nicht bestimmte Gewinnmargen gesetzlich vorgeschrieben sind, von solchen Rücksichten nicht gefesselt; er kann das dauernde Ueberliegen der Nachfrage gegenüber dem Angebot ohne weiteres ausnutzen, die Bindungen und Begrenzungen, denen er zum Teil unterliegt, an anderer Stelle durch stärkere Erweiterungen der Gewinnspanne — zum Beispiel bei billig erworbenen, älteren Vorräten — ausgleichen. — Die Gewinnminderung ist bei den Konsumvereinen von keiner Erhöhung der Spesen begleitet gewesen. Die Verwaltungskosten, Löhne und Gehälter stellten sich im Gesamtdurchschnitt 1913 auf 9,6, 1914 auf 10,1 und 1915 auf 9,9 v. H. des Umsatzes. Nur beim sächsischen Revisionsverband sind die Betriebsunkosten (von 9,9 auf 10,7 v. H.) gestiegen. Wesentlich beigetragen hat zu diesem Ergebnisse die absolute und auch relative Einschränkung des Personals. Die Umsatzleistung des einzelnen Angestellten war 1916 größer als 1914 und 1913 — teils weil die Waren teurer, teils weil weniger Leute tätig waren. Damit sanken natürlich auch die Lohn- und Gehaltskosten für je 100 M. Umsatz, wenn Löhne und Gehälter gleich blieben, oder stiegen doch nicht oder jedenfalls in geringerer Proportion, wenn sie sich erhöhten. Bei den größeren Privatkleinhandelsgeschäften dürften die Verhältnisse vielfach ähnlich liegen; andere dagegen bei sehr kleinen Betrieben, wo Personalersparnis nicht in Frage kommt, und bei solchen Spezialgeschäften, wo die geringe Mannigfaltigkeit und der Angebotsmangel der Waren mit denen gehandelt wird, den Umsatz gewaltsam verkleinern. Für die Gestaltung des wirtschaftlichen Kriegsschicksals dieser letzteren Gruppe läßt sich aus den Konsumvereinsergebnissen kaum Schlüssiges entnehmen.

Rein genossenschaftlich betrachtet, ist der Abschluß der Konsumvereine durchaus zufriedenstellend. Die Zunahme der Gesamtmitgliederzahl wurde bereits erwähnt. Bemerkenswert und erfreulich ist die stärkere soziale Mischung, die in der Mitgliedschaft eingetreten ist. Das größte Kontingent stellen in den Konsumvereinen des Zentralverbands nach wie vor Angestellte und Lohnarbeiter; immerhin sank ihr Anteil von 79,1 v. H. 1913, auf 78,6 v. H. 1914 und 76,9 v. H. 1915. Dagegen stieg im letzten Berichtsjahre der Anteil der freien Berufe, der Staats- und Gemeindebeamten von 3,4 auf 3,8 v. H., der der selbständigen Gewerbetreibenden von 5,3 auf 5,6 v. H. Darin liegt eine deutliche soziale Ausweitung der Anziehungskraft der Konsumvereine — zugleich eine Verstärkung der Gewähr ihrer parteipolitischen Neutralität. Finanziell ist die Basis der Vereine durchaus solide geblieben; die Dividenden sind zwar etwas gekürzt worden (im Gesamtdurchschnitt Rückgang von 7,3 auf 6,6 v. H. des Umsatzes), aber die Geschäftsguthaben, die Reserven und sogar die Spareinlagen der Mitglieder sind im Verhältnis zum Umsatze gestiegen. Die Konsumvereine haben im Kriege maßvolle, aber doch wie es scheint, völlig ausreichende Thesaurierungspolitik getrieben.

*) Jahrbuch des Zentralverbandes Deutscher Konsumvereine. XIV. Jahrgang. 1916. 2 Bände. Herausgegeben von Heinrich Kaufmann. Verlagsgesellsch. Deutscher Konsumvereine G. m. b. H. 1916.

Österr. Volkszeitung 6.VII.1917

133

# Tagung der deutschösterreichischen Handwerkerverbände.

Aus Leoben, 4. d., wird uns berichtet: Heute fand hier eine Tagung der in der deutschen Handwerkergemeinschaft vereinigten Handwerkerverbände Deutschösterreichs statt. Die Tagung war aus allen Kronländern zahlreich beschickt, ungefähr 94.000 selbständige Meister waren dabei vertreten.

Abg. Einspinner hielt als Vorsitzender des Reichshandwerkerrates eine Begrüßungsansprache und beantragte die Absendung eines Huldigungstelegrammes an den Kaiser. Als erster Redner beantragte Verbandspräsident Martin Giugno aus Brünn die eheste Einberufung des Gewerberates des Handelsministeriums.

Landessekretär Kubelka, Direktor des Mährischen Gewerbeförderungsinstituts, berichtete über die Kriegshilfsaktion für den österreichischen Gewerbestand. Es bestehe die Verpflichtung, Vorkehrungen zu treffen, damit dieser nicht vom Großkapital erdrückt werde. 45 Prozent der Gewerbetreibenden seien zur Kriegsdienstleistung einberufen worden, ein großer Teil der Betriebe mußte geschlossen werden; der Rest wird von Frauen und Lehrlingen mit größter Mühe aufrechterhalten. Die Daseinsmöglichkeiten für die heimkehrenden Handwerker seien schwieriger als für andere Berufe, und die Staatsverwaltung müsse kräftige Hilfe gewähren, unter anderem durch Schaffung der notwendigen Arbeitsgelegenheit. Eine Entschließung wurde einstimmig angenommen, worin die Regierung ersucht wird, zu der von den gewerblichen Berufskörperschaften, Gewerbeförderungsanstalten, Landesausschüssen und Handelskammern Oesterreichs seit Monaten beantragten Kriegshilfsaktion eheſtens zustimmend Stellung zu nehmen, und der Erwartung Ausdruck gegeben wird, daß die Regierung alle Opfer bringen wird, um durch Kredithilfe den Wiederaufbau des Handwerkes und mit ihm eine neue Blüte des erwerbenden städtischen Bürgertums zu begründen.

Nach einem Bericht des Verbandspräsidenten Mitschala, Mährisch-Neustadt, betreffend die gewerblichen Fortbildungsschulen, deren Vermehrung und Ausgestaltung unbedingt anzustreben sei, sprach Wanderlehrer Eder, Graz, über den Befähigungsnachweis, gegen dessen Abänderung nach irgendeiner Richtung hin sich die Tagung gleichfalls in einer Entschließung aussprach. — Landesverbandsobmann Hicke, Innsbruck, erörterte jene Aenderungen des Bürgerlichen Gesetzbuches, die sich auf gewerbliche Betriebe und das Verhältnis der Meister zu den Arbeitsnehmern beziehen.

Als letzter Berichterstatter besprach Landesverbandsobmann Krebs, Graz, die Fragen des Kreditwesens, der Rohstoffbeschaffung, der Schaffung einer gewerblichen Zentralkasse und der wirtschaftlichen Organisation der Handwerkerschaft. Seinem Antrag entsprechend wurden folgende Forderungen einstimmig beschlossen: Eine umfassende Bewegung einzusetzen, damit alle deutschen Handwerksmeister Oesterreichs den unter staatlicher Aufsicht stehenden Kreditkassen beitreten. — Die Rohstoffbeschaffung für die Handwerker großzügig in die Hand zu nehmen. Ferner dafür zu sorgen, daß den Handwerkern alle Heereslieferungen, bei denen sie sich während des Krieges voll bewährt haben, verbleiben, und daß die Handwerkerschaft mit den Arbeiten beim Wiederaufbau der vom Krieg betroffenen Kronländer unmittelbar bedacht wird. — Dahin zu wirken, daß eine gewerbliche Zentralkasse ins Leben gerufen wird. Gleichzeitig sind zur Errichtung einer staatlichen Zentralgenossenschaftskasse die nötigen Schritte zu unternehmen. — Es sollen nach steirischem Muster in allen Kronländern große wirtschaftliche Vereinigungen errichtet werden, die sich vereint mit ihren Verbänden der gewerblichen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften der gewerblichen Zentralkasse anzuschließen hätten.

Fremdenblatt
9. IV. 1917

135

# Wiener Handelskammer.

Die niederösterreichische Handels- und Gewerbekammer hielt gestern eine öffentliche Plenarsitzung ab. Der Präsident Herrenhausmitglied Paul Ritter v. Schoeller verlas zunächst ein Schreiben des Statthalters von Niederösterreich an die Kammer, das folgenden Wortlaut hat: „Se. k. u. k. apostolische Majestät haben von dem Beschlusse der niederösterreichischen Handels- und Gewerbekammer, das Andenken an die Allerhöchste Thronbesteigung durch die Widmung des Betrages von einer Million Kronen für die Zwecke der Unterstützung und Förderung von Handels- und Gewerbetreibenden auf immerwährende Zeiten festzuhalten, mit lebhafter Befriedigung zur Kenntnis zu nehmen und den Mitgliedern der Kammer für diese großherzige Bekundung ihrer patriotischen und humanitären Gesinnungen herzlichst zu danken geruht. Ueber einen diesbezüglichen Allerhöchsten Auftrag setze ich das geehrte Präsidium hievon zu weiterer Veranlassung in Kenntnis. Der Statthalter."

Die Kammer nahm sodann die Wahl des Präsidiums vor. Der bisherige Präsident Herrenhausmitglied Paul Ritter v. Schoeller wurde mit 29 von 30 abgegebenen Stimmen zum Präsidenten wiedergewählt. Das Wahlresultat wurde von der Versammlung mit lebhaftem Beifall begrüßt. Präsident v. Schoeller dankte für das ihm neuerdings entgegengebrachte Vertrauen und gab die Zusicherung, daß er auch weiterhin bemüht sein werde, die von der Kammer vertretenen Interessen zu fördern, wobei er auf die Unterstützung des Vizepräsidenten, der stellvertretenden Vorsitzenden sowie des Bureaus rechne.

Hierauf wurde Vizepräsident kaiserlicher Rat Rudolf Kitschelt unter stürmischem Beifall mit 31 von 32 abgegebenen Stimmen wiedergewählt. Der Präsident hielt an den Vizepräsidenten eine Ansprache, in der u. a. äußerte: „Die neuerliche Wiederwahl unseres hochgeehrten Kollegen, des Herrn kaiserlichen Rates Kitschelt, zum Vizepräsidenten der Kammer macht uns zu Zeugen einer seltenen Jubiläumsfeier. Herr kaiserlicher Rat Kitschelt, welcher der Kammer seit dem Jahre 1878 als Mitglied angehört, wurde im Jahre 1892 zum Vizepräsidenten gewählt und durch das Vertrauen der Kammermitglieder stets wieder auf diesen Ehrenposten berufen, so daß er heute seine fünfundzwanzigste Funktionsperiode als Vizepräsident der Kammer abschließt. Ihre unermüdliche Mitarbeit an allen Fragen des öffentlichen Lebens und namentlich die bleibenden Verdienste, die Sie sich um den Aufbau und die Hebung des heimischen Gewerbes errungen, Ihre gründlichen Kenntnisse für die Bedürfnisse dieses Standes, Ihre nie versagende Sicherheit in der Erfassung des Richtigen und Erreichbaren, Ihr reiches Wissen und Ihre vielfachen Erfahrungen haben Sie im Laufe der Jahre zu einem Fachmann gemacht, dessen Rat jederzeit gern gehört wird."

Der landesfürstliche Kommissär Statthaltereirat Raab schloß sich in der Eigenschaft, die ihn amtlich mit der Kammer verbindet, sowie als Gewerbereferent der Statthalterei den Glückwünschen an. Der stellvertretende Vorsitzende Hofrat Dr. Freiherr v. Eger beglückwünschte Vizepräsidenten Kitschelt namens der Kammermitglieder. Kammerrat Pabst beglückwünschte Herrn Kitschelt als Vertreter der aus den kleingewerblichen Wahlkörpern gewählten Kammermitglieder. Der erste Sekretär Regierungsrat Dr. v. Tayenthal beglückwünschte den Vizepräsidenten namens des Kammerbureaus. Vizepräsident Kitschelt dankte in gerührten und herzlich empfundenen Worten für die Wahl und die vielfachen ehrenden Ansprachen.

Die Kammer wählte sodann einstimmig die Herren Hofrat Dr. Freiherrn v. Eger und Direktor Dr. Paul Hammerschlag zu stellvertretenden Vorsitzenden und Kammerrat Samuel Steinhübl zum Kassenverwalter wieder.

Ein Antrag von Kammerrat Lemberger, der der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen wird, geht dahin, die Kammer möge bei der Regierung dahin vorstellig werden, daß in nächster Zukunft wie in Deutschland auch in Oesterreich eine Verwaltungsreform-Kommission eingesetzt werde, die mit tunlichster Beschleunigung Vorschläge zur Verbesserung und Verbilligung unserer Verwaltung zu machen hätte.

Ein Bericht des Kammersekretärs Prof. Dr. Karl Grabetz betrifft die Schaffung von Auskunftsstellen über Kriegsverordnungen. Der Antrag lautet:

1. Zur Auskunftserteilung über Kriegsverordnungen werden besondere Auskunftsstellen bei den politischen Bezirksbehörden errichtet. 2. Diese Behörden sollen solche Auskünfte in urkundlicher Form und unverzüglich erteilen. 3. Die erteilten Auskünfte sind an die politische Landesstelle jeweils unter Namhaftmachung des Auskunftwerbers mitzuteilen. 4. Die politische Landesstelle überprüft die Auskunft der Bezirksbehörde und veranlaßt erforderlichenfalls deren sofortige Richtigstellung. 5. In zweifelhaften Fällen von prinzipieller Bedeutung hat die Landesstelle die Entscheidung des Ministeriums des Innern einzuholen, welche sich erforderlichenfalls mit dem Justizministerium und den anderen beteiligten Ministerien ins Einvernehmen setzt. 6. Auskünften von prinzipieller Bedeutung wird die weitestgehende Publizität durch Veröffentlichung in den Amtsblättern, den Fachblättern und erforderlichenfalls in den Tageszeitungen gesichert. 7. Jede Auskunft ist unter ausdrücklicher Anführung der gesetzlichen Vorschriften oder der Verordnung, auf welche sie sich stützt, und mit einer der Lage des Falles entsprechenden Befristung zu erteilen. 8. Der Interessent, der von der amtlichen Auskunft innerhalb der erteilten Frist Gebrauch macht und seine Handlungen darauf abstellt, wird von einer Strafverfolgung, welche auf Grund der in der Auskunft bezogenen Vorschriften sonst einzuleiten wäre, freigehalten. 9. Die zur Strafverfolgung berufenen Organe wären anzuweisen, von der Verfolgung Abstand zu nehmen, wenn gelegentlich der Vorerhebungen über die sonst strafbare Handlung das entlastende Zeugnis einer amtlichen Auskunftsstelle vorgelegt wird.

Gemäß einem Bericht des Kammersekretärs Dr. E. Pistor bewilligte die Kammer für das Propagandakomitee für Edelarbeit und Kunst und die von ihm geplanten Vorführungen auf dem Gebiete der Mode, des Kunstgewerbes und der Kunst einen Betrag von 20.000 Kronen. Entsprechend einem Bericht des Kammersekretärs Dr. Pistor wird ein Antrag genehmigt, der dahin geht: Die Kammer spreche sich, abgesehen von den sonst notwendigen politischen und handelspolitischen Maßnahmen weitausgreifender und prinzipieller Natur, für die Ausgestaltung der österreichisch-ungarischen Handelskammer in Konstantinopel aus. Die Kammer genehmigte sodann eine Reihe von Subventionen und gewährte mehrere Stipendien. Auf die öffentliche Sitzung folgte eine vertrauliche.

Die Zeit Abendblatt
9./11. 1917



(Rohstoffbeschaffung und Seetonnage.) Diese Fragen wurden kürzlich in der Abteilung für Export- und Seeverkehr des Niederösterreichischen Gewerbevereins behandelt. Der Vorsitzende J. Grabscheid und die Herren Hofspediteur Jos. A. Leinkauf, kais. Rat Ranschburg, kais. Rat Schweiger, Kommerzialrat Rosenberg u. a. erörterten kritisch die Organisation und Tätigkeit der Kriegszentralen und begründeten ausführlich den Standpunkt, daß diese Zentralen nach Kriegsende nicht unverändert beibehalten werden können. Insbesondere müsse der Möglichkeit der Einfuhr von Rohstoffen, aber auch Halb- und Ganzfabrikaten, namentlich im Interesse der mittleren und kleinen Industrie und der verarbeitenden Gewerbe und im Interesse der möglichst raschen und ausgiebigen Hebung des Exports weitester Spielraum gelassen werden. Von besonderem Interesse waren die Ausführungen, die der Generaldirektor des Oesterreichischen Lloyd Hofrat Albert Frankfurter über die der österreichischen Einfuhr für die Zeit nach Kriegsende voraussichtlich zur Verfügung stehenden Seetonnage machte. Er führte aus, daß nach Berechnungen, die von Fachleuten vorgenommen worden sind, der nach dem Kriege unserer Monarchie zur Verfügung stehende Schiffsraum aller Wahrscheinlichkeit nach ausreichen wird, um den Bedürfnissen der Einfuhr von Rohprodukten auf dem Seeweg zu genügen. Allerdings ist es heute, da der Krieg noch andauert und sein Ende noch schwer abzusehen ist, nicht leicht, Ziffern für den Zukunftsbedarf aufzustellen. Man ist daher von dem Standpunkt ausgegangen, daß sämtliche Warenlager geräumt sein werden und eine vollkommene Neuversorgung notwendig sein wird. Eine weitere Voraussetzung der Berechnungen war, daß nur unbedingt notwendige Rohstoffe und Waren von Uebersee zur Einfuhr zugelassen werden und daß sich der ganze Verkehr über Triest, beziehungsweise über Fiume abzuwickeln haben würde. Als Grundlage für die Gesamteinfuhr Oesterreich-Ungarns wurde die Ziffer eines der letzten Friedensjahre angenommen, die an notwendigen und wichtigen Gütern zirka 7½ Millionen Tonnen (ohne Kohle) ausweist. Hiervon hat ungefähr ein Fünftel den Weg zur See in die Monarchie genommen. Das Verhältnis zwischen der Einfuhr zu Lande und der zur See wird sich in der ersten Zeit nach dem Friedensschluß stark zugunsten des Seeweges verschieben, da über die nordeuropäischen Häfen wohl weniger Güter für uns Eingang finden werden. Wenn man den während des Krieges verlorenen, ja selbst den beschlagnahmten Schiffsraum berücksichtigt, dürften bei Kriegsende noch immer rund 900.000 Tonnen Tragfähigkeit verbleiben, die, unter der Voraussetzung, daß in den Bezugsländern keine großen und ungünstigen Verschiebungen eintreten, vollkommen ausreichen, um innerhalb eines Jahres dieses Quantum mittelst des erwähnten Schiffsraumes einzuführen. Allerdings wäre als unbedingte Voraussetzung zu nennen: die Verpflichtung der österreichischen Reeder, in erster Reihe nationalen Interessen zu dienen, ferner die rascheste Sicherstellung der Schiffsbemannung und endlich Freigabe aller zur Schiffahrt notwendigen Betriebsmittel.

Reichspost Abendbl
10./II. 1917

138

# Die Lieferungen der Firma Bosel und Rosenbaum.

Die Machenschaften der Firma Bosel u. Rosenbaum finden im „Pester Lloyd" vom 9. d. eine ausführliche Verteidigung, da „die Behandlung dieser ganzen Angelegenheit von Seite der Behörde und einzelner Zeitungen in den Handelskreisen große Erbitterung erwecken mußte"; es „verlaute nämlich, daß den Anzeigen, auf die hin die Behörde einschritt, durchaus nicht gemeinnützige Motive zugrunde lagen, die Urheber vielmehr in der Annahme, daß es sich um Warenschiebereien im Werte von 100 Millionen handelt, in der Anzeige zugleich ihren Anspruch auf den zwölfprozentigen Angeberlohn, also auf das nette Sümmchen von 12 Millionen Kronen, angemeldet haben." Es gibt eben derzeit die verschiedensten Methoden, um Millionär zu werden: erstens die „Schiebereien", dann die Angebereien. Zwölf Millionen an den Schiebungen anderer zu verdienen, ist gewiß keine Kleinigkeit.

Aber uns in Oesterreich interessiert zunächst vor allem folgende Mitteilung im genannten Blatte:

„Auf Grund einer im vorigen Jahre vom österreichischen Ministerium des Innern erhaltenen Betrauung hat die niederösterreichische Statthalterei mehrere österreichische Firmen aufgefordert, Bekleidungsartikel für die galizischen Flüchtlinge zu liefern. Am 2. September hat jedoch die österreichische Regierung den größten Teil der Baumwollwaren unter Sperre genommen, so daß die Großhandlungsfirmen sie nicht verkaufen konnten, da sie im Sinne der Verordnung verpflichtet waren, ihre Lager zu sperren. Damit nun die Firmen, darunter die Firma Bosel u. Rosenbaum, ihren Verpflichtungen gegenüber der Statthalterei Genüge leisten können, sind sie im Oktober und im November nach Ungarn gekommen, wo damals die Vorräte noch nicht unter Sperre genommen waren. Die Bestellungen der Wiener Firma lauteten auf fertige Kleider oder auf sogenannte Manufakturmeterware. Bei den Kleidern, das ist bei den konfektionierten Waren, wurde das Geschäft in der Weise abgewickelt, daß die Wiener Firma beispielsweise 10.000 Stück Ueberröcke bestellte, worauf der ungarische Verkäufer auf Grund der Bestellung nach Oesterreich reiste, dort die den 10.000 Stück Ueberröcken entsprechende Menge Stoff bestellte, die österreichische Fabrik die Ware herbeibeförderte, der ungarische Verkäufer aber dem heimischen Kleingewerbe Beschäftigung gab, indem er den österreichischen Stoff bei uns zuschneiden und nähen ließ, so daß der Arbeitslohn und der Unternehmernutzen der ungarischen Volkswirtschaft zugute kamen. Die soeben geschilderte Art des Geschäftes zeigt, daß die Stoffe direkt zu dem Zwecke nach Ungarn gebracht wurden, damit sie von hier verarbeitet wieder zurückbefördert werden.

Wir sind neugierig, was die Wiener und österreichischen Gewerbetreibenden zu dieser ungarisch-patriotischen Betätigung von Wiener Großfirmen (Gerngroß!) und Großlieferanten für die n.-ö. Statthalterei sagen.

Der Abend
10./II. 1917

140

## Die Verdoppler.

Die Tagesblätter bringen die nachstehende Meldung, wie sie von den Nutznießern der Kriegsgelegenheiten ausgesandt wird, ohne daß — soweit wir es feststellen konnten — auch nur ein einziges Blatt ein Wort der Kritik hinzuzufügen wert gefunden hätte. Kein Wunder, daß sich die Ausbeutung im Gefühle ihrer Sicherheit immer frecher breit macht.

Die Mitteilung besagt, daß in einer Sitzung des Verwaltungsrates der Poldihütte der Beschluß gefaßt wurde, das Aktienkapital von 20 Millionen Kronen auf 28 Millionen Kronen zu erhöhen. Die neuen Aktien im Nennwerte von 400 Kronen sollen zum Kurse von 900 Kronen angeboten werden. Der Erlös aus dieser Kapitalserhöhung soll zur Deckung jener Kosten dienen, die der Gesellschaft aus der Errichtung ihrer neuen Anlagen in Komotau und aus der Erwerbung und dem Aufschluß von Kohlenvorkommen erwachsen. Die Raubritter bauen neue Zwingburgen auf Aktien.

*

Die Ungarische Bank- und Handels-Aktiengesellschaft erhöht ihr Aktienkapital von 66 auf 80 Millionen. Die neuen Aktien werden zum Kurse von 580, also mit einem Profit von 180 K = 45 v. H. oder zusammen 5·4 Millionen ausgegeben. Wie man sieht, lohnt sich die Errichtung und Erweiterung der Zwingburgen auch jenseits der Leitha.

Neues Pester Journal

11. II. 1917

11

141

‡ (Ermöglichung des Sonntagseinkaufes.) Der lang andauernde Krieg hat bisher schon eine ganze Reihe von Erschwernissen für uns im Gefolge gehabt. Interessant ist hiebei, daß viele dieser Erschwernisse angeordnet wurden, um uns, wie paradox dies auch scheinen mag, in anderer Beziehung irgendeine Erleichterung zu verschaffen. Durch die Verfügung der Siebenuhr-Sperrstunde zum Beispiel wollte man in erster Reihe den Wünschen der Angestellten entgegenkommen. Andererseits verfolgte man den ganz löblichen Zweck, durch frühzeitigen Ladenschluß Beleuchtungs- und Brennmaterial zu ersparen. Nun hat aber die Siebenuhr-Sperre die sich immer mehr fühlbar machende Unannehmlichkeit zur Folge gehabt, daß jene Angestellten und Bediensteten von Unternehmungen und Betrieben, welche täglich, demnach auch an Samstagen, bis 7 Uhr Abends im Dienst stehen, außer Stande sind, Einkäufe von gewissen Bedarfsartikeln besorgen zu können. In der letzten Zeit war die Rede davon, daß es einzelnen Gewerbetreibenden, besonders den Raseuren, gestattet werden soll, über die Siebenuhr-Sperrstunde hinaus ihr Geschäft offen zu halten. Nun ist auch in den Kreisen der Industriellen und Kaufleute der Wunsch rege geworden, ihren Bediensteten die Möglichkeit zu schaffen, auch gewisse für den Sonntag nothwendigen Einkäufe, wozu im Laufe der Woche keine Gelegenheit ist, besorgen zu können. In erster Reihe dachte man daran, diese Einkäufe durch eine Hinausschiebung der Siebenuhr-Sperrstunde am Samstag zu ermöglichen, ist jedoch hievon mit Rücksicht auf die Nothwendigkeit von Ersparnissen an Beleuchtungsmaterial wieder abgekommen und haben sich die maßgebenden Kreise dahin geeinigt, dem Handelsminister das Ersuchen zu unterbreiten, für den Einkauf von dringenden Bedarfsartikeln das Oeffnen der Geschäfte, welche sich mit dem Verkauf solcher Waaren beschäftigen, für ein bis zwei Stunden an Sonntagen zu gestatten. Eine eingehend motivirte Eingabe in diesem Sinne ist gestern vom Verband der Fabriksindustriellen dem Handelsminister mit dem Ersuchen einer ehebaldigen Erledigung überreicht worden.

Hamburger Fremdenblatt
11. II. 1917

11

142

## Handelswirtschaftliche Beziehungen zum Balkan und zur Türkei.

Ein großer Kreis von Vertretern des Großhandels und des Auslandshandels versammelte sich im Curiohaus zu dem Vortrage des Generalleutnants z. D. Imhoff-Pascha über „Die handelswirtschaftlichen Beziehungen Deutschlands zum Balkan und der Türkei". Auch ein Vertreter des Generalkommandos und mehrere Bürgerschaftsvertreter waren anwesend.

Der Redner wies einleitend auf den Kampf der drei großen Handelsimperien England, Amerika und Rußland gegen den mitteleuropäischen Block um die Vorherrschaft in der Welt hin. Ein Handelskampf um die Handelshegemonie sei aber undenkbar und eine Utopie. Wo wir kaufen, dorthin müssen wir auch verkaufen.

Unser nächster Nachbar im mitteleuropäischen Block ist, von Oesterreich-Ungarn abgesehen, Bulgarien. Es ist ein Agrarland und wird infolgedessen für die nächste Zukunft in bezug auf den Handel der empfangende Teil sein. Wichtig für diesen wie für den ganzen mitteleuropäischen Handel ist die Donaulinie mit den projektierten Kanälen, dem Rhein-Donau-Kanal und dem Donau-Elbe-Kanal. So wird die Nord- und Ostsee mit dem Schwarzen Meer verbunden werden. Bulgarien wird sich die Herrschaft über die Donaumündung nicht wieder aus der Hand winden lassen. Von dem Schwarzen Meer wird einst der Handelsweg über das Asowsche Meer, einen Kanal zwischen Don und Wolga bis an das Südgestade des Kaspischen Meeres führen. Das ist zwar Zukunftsmusik, aber der Handelsweg von Hamburg bis an das Kaspische Meer liegt durchaus nicht außerhalb der Grenzen der Möglichkeit. Für Bulgarien ist vor allem der Ausbau des Eisenbahnnetzes notwendig, zunächst der zweigeleisige Bau der vorhandenen Bahn und nach dem Friedensschlusse die Anlage einer zweiten Bahnlinie, so daß die eine nördliche Linie die Donau entlang nach dem Schwarzen Meer und eine südliche Linie durch Mazedonien nach Saloniki oder einem Hafen des Aegäischen Meeres führt. Diese Landverbindungen sind besonders für die Ausfuhr des russischen Getreides wichtig, von dem Deutschland vor dem Kriege jährlich 22¼ Millionen Pud erhielt.

Dann ging der Redner auf

**die Bedeutung der Türkei**

für die zukünftigen Handelsbeziehungen über. Die Entwicklung des deutschen Handels mit der Türkei berechtigt zu großen Hoffnungen. Wir erhalten von der Türkei namentlich Rohtabak, für 19½ Millionen Mark, Rosinen, Teppiche, Haselnüsse, Rohseide, Mohn usw., wir liefern der Türkei wollene Kleider, baumwollene Gewebe, Waffen, Maschinen, Weizenmehl, Strümpfe, Eisenbahnschienen und -schwellen, Bandeisen, Teerfarbstoffe. Die Ausfuhr nach der Türkei ist groß, ihr fehlt aber ein Massenartikel, der für den Seehandel besonders wichtig sein würde. Von großer Bedeutung für den deutschen Handel nach der Türkei ist die Aufhebung der Kapitulationen, die für die Türkei immer eine Zwangsjacke waren, und mit deren Aufhebung sich Deutschland als der wahre Freund der Türkei schon vor dem Kriege einverstanden erklärt hatte. Der neue Zolltarif in der Türkei bildet nur ein Provisorium; er ist aber trotzdem von großer Bedeutung für die wirtschaftliche Zukunft des Landes. Denn die Türkei ist auf dem besten Wege, aus dem alten Schlendrian herauszukommen.

Außerordentlich wichtig ist die Schaffung von Verkehrslinien, von Eisenbahnen in der Türkei. Bis zum Ausbruch des Krieges konnte die Türkei ohne den Willen der Ententemächte nicht eine einzige Bahn bauen. So ist beispielsweise in dem nördlichen Anatolien nicht eine einzige Bahn entstanden. Darum war es auch den Russen so leicht, in dieses Gebiet einzudringen. Zahlreiche Bahnprojekte liegen vor. Die Bagdad-Bahn wird nach dem Friedensschluß bald fertiggestellt werden. In jener Gegend Geld anzulegen, ist eine gute Kapitalanlage. Ein Zukunftsbild ist die Fortführung dieser Bahnlinie durch Anschluß an eine Bahn durch Persien, so daß im Verein mit den russischen Bahnen zwei Bahnlinien entstehen, die einen Handelsweg von Hamburg bis tief in das Innere Asiens darstellen werden.

Notwendig ist für den deutsch-türkischen Handel, daß ein deutsches Handelsverkehrsbuch erscheint, das alle wissenswerten Nachrichten über türkisch-deutschen Handel und Industrie zusammenfaßt und Vorschriften für den deutsch-türkischen Handelsverkehr enthält. Wer nach der Türkei geht, soll nicht glauben, daß er dort das Geld in Scheffeln aufheben könne. Er muß die genauesten Erkundigungen einziehen und dort einen Halt haben, sonst ist er rettungslos verloren. Geschäftsanknüpfungen auf bloße Zeitungsanzeigen hin sind nicht ratlich. Wer keinen Vertrauensmann in der Türkei hat, sollte solche Handelsbeziehungen nicht anknüpfen. Die türkische Sprache so zu erlernen, daß man sie, um in jenem Lande Handel treiben zu können, beherrscht, ist außerordentlich schwer; darum ist davon dringend abzuraten, in türkischer Sprache Geschäfte abzuschließen. Es ist zu empfehlen, daß sich die einzelnen Firmen oder die Handelsvereine, die in der Türkei Handel treiben wollen, zusammenschließen; die Bildung von Einkaufsgesellschaften ist zu fördern, die Zahl der Handelssachverständigen zu vermehren. Vor der Erwerbung von Monopolen in der Türkei ist abzuraten; denn es gibt dort niemand, der sie schützt.

Die sicheren Ziele der deutschen Orientpolitik werden die Aeußerung eines Osmanen, die Türkei habe von Europa bislang nur Unglück erfahren, wenigstens was Deutschland anbetrifft, gründlich zuschanden machen. d.

Hamburger Fremdenblatt 11./II. 1917

143

# Förderung deutscher Wirtschaftsinteressen im Auslande.

Die Vereinigung zur Förderung deutscher Wirtschaftsinteressen im Auslande, die ihren Sitz vorläufig in Köln hat, hielt am 10. Februar, wie schon kurz berichtet, in der Börse eine Tagung ab, an der zahlreiche Vertreter des Großhandels und des Exporthandels teilnahmen. Den Vorsitz führte Herr Kommerzienrat Hubert Underberg (M. d. A.) aus Köln. Herr Generalsekretär Peter berichtete zunächst über

## die gemeinnützigen Aufgaben der Vereinigung.

Die Bestrebungen dieser Vereinigung sind ausgegangen von den Klagen der Industrie und des Handels. Erst nach Beendigung des Krieges ist natürlich die praktische Arbeit durchzusetzen, die fast ausschließlich dem Auslande gelte. Diese Arbeit zerfällt in drei Gruppen. Die erste ist als der Allgemeindienst zu bezeichnen, die zweite betrifft die Verbesserung des Nachrichtendienstes und die dritte die Zentralisation des deutschen Anzeige- und Reklamewesens.

Die gesamte Arbeit soll in enger Fühlung mit der Industrie und dem Handel nach kaufmännischen Grundsätzen geschehen. Zu dem Allgemeindienst gehört die Einflußgewinnung auf die Gesetzgebung und Verwaltung, die Unterstützung aller Bestrebungen der Regierung, Organisation und Wissenschaft zur Verbindung mit dem Auslande, Unterstützung der großzügigen Kanalprojekte z. B. desjenigen, wonach die Donau mit Hamburg verbunden werden soll, der Bahnfragen, der ausländischen Anleihen usw.; die starke Aufklärung der auswärtigen Presse und der führenden Männer der Wissenschaft, des Handels und der Parlamente im Auslande; die sorgfältige Ueberwachung und eventuelle Bekämpfung der feindlichen Kräfte und Faktoren, die systematisch das deutsche Wirtschaftsleben bekämpfen; der Kampf gegen die ausländische Boykottbewegung; die Beratung in Fragen des ausländischen Marktes, Uebernahme des Rechtsschutzes; die systematische Förderung der Durchführung von Ausländerreisen nach Deutschland; die Förderung der deutschen Kunst im Auslande.

Der Nachrichtendienst in Deutschland in bezug auf den Außenhandel litt unter dem Vertrag zwischen dem Büro Wolff und dem Büro Reuter, der mit sich brachte, daß alle Nachrichten aus dem Auslande, namentlich aus den überseeischen Gebieten, über das Büro Reuter gehen mußten. Es ist tatsächlich vorgekommen, daß sehr wichtige Nachrichten um Stunden, ja, um Tage verzögert worden sind. Wir brauchen einen unabhängigen Apparat. Wir brauchen deshalb wissenschaftliche Beobachtungsposten, die sich wie ein Netz über das gesamte Ausland spannen. Der allgemeine Nachrichtendienst muß sich in erster Linie auf die Schiffsbewegungen im Auslande, die schnelle Mitteilungen von Submissionen und den Schutz der Deutschen vor Vertrauensbruch im Auslande erstrecken. Hinsichtlich der Zentralisation des deutschen Anzeige- und Reklamewesens ist mitzuteilen, daß die Vereinigung schon mit einer großen Firma abgeschlossen hat. Es darf nicht mehr vorkommen, daß auswärtige Zeitungen mit ausgesprochenen deutschfeindlichen Charakter große Anzeigen aus Deutschland erhalten. Vor dem Kriege sind in einem Jahre 60 Millionen Mark für deutsche Anzeigen im Auslande aufgewandt. Der Ausbau der Vereinigung muß schon während des Krieges geschehen, damit nach ihm die Waffe vorliegt, die sie für die Eroberung des Weltmarktes sein will. Denn das zukünftige Wirtschaftsleben werde zwei Merkmale zeigen, die ausgiebige Bearbeitung aller Märkte der Welt und die höchste Steigerung des Wirtschaftskampfes an allen Ecken und Enden. Darum muß für deutsche Industrie und deutschen Handel das alte hamburgische Wort, das überall widerklingt, gelten: „Mein Feld ist die Welt!" (Lebhafter Beifall.)

Der Meinungsaustausch über den Antrag, die Zentrale nicht nach Berlin, sondern nach Hamburg zu legen, ergab allgemeine Stimmung für Hamburg, weil hier der geeignete Boden für ihre Bestrebungen sei. Die Abstimmung darüber findet in der nächsten Generalversammlung statt.

Reichspost Abend C
15./II. 1917



## Warum nicht auch Höchstpreise für die Industrieartikel?

Diese Frage richteten kürzlich der „Landesverband der landwirtschaftlichen Vereine" und der Landeskulturverein Ungarns an das ungarische Parlament, nachdem der ungarische Ministerpräsident den Wunsch der genannten Vereine nach einer einheitlichen Festsetzung von Höchstpreisen für die im landwirtschaftlichen Betrieb erforderlichen Industrieartikel als unerfüllbar abgelehnt hatte. Die Eingabe der beiden Verbände an den Reichstag führt nun u. a. aus:

Es sei schwer einzusehen, warum nicht auch die Preise der verschiedenen Materialien zum Schutze der Landwirtschaft und des Weinbaues, der Kohle, des Brenn- und Bauholzes, der Säcke, Plachen, Seilerwaren, Bindfäden, Pferdedecken, Motor- und Maschinenöle, Roh- und Schmieröle, der gewöhnlichen Lederartikel, des Roheisens, Eisen-, Draht- und Nagelwaren, der zum landwirtschaftlichen Betrieb unentbehrlichen Maschinen und kleineren landwirtschaftlichen Geräte, der gewöhnlichen Glaswaren, einfachen Kleidungsstücke und Schuhe, sowie vieler notwendigen Haushaltungsartikel begrenzt werden könnten, nachdem die Regierung für Getreide, Mehl, Kleie, Futterstoffe, Rollgerste, Hirse, geschälte Erbsen, Tarhonya, die meisten Pflanzenöle, manche tierische Fette, Mineralöl, Glyzerin, Knochenprodukte, Seife, Waschpulver, appretiertes Leder, Hanf und Hanfgarne, Flachs, Baumwolle und Baumwollgarne, Stärke und einige zum Ersatz der requirierten Eisen- und Kupfergegenstände dienende Gebrauchsartikel aus Eisen Höchstpreise festgestellt hat. Die Landwirte rechnen auf eine gleiche Behandlung um so mehr, als das Mißverhältnis zwischen den Preisen der landwirtschaftlichen und der Industrieartikel bereits den Fortgang der landwirtschaftlichen Erzeugung zu unterbinden droht. Dieses Mißverhältnis habe bereits begreifliche Erbitterung in Kreisen der Landwirte erweckt.

Es ist übel genug, daß der Wunsch nach gleicher Behandlung überhaupt erhoben werden muß. Schlimmer ist, daß er für unerfüllbar erklärt wird. Wie soll da der sprunghaften Teuerung und der Spekulation entgegengearbeitet werden können, solange dem einen Teil der Produzenten gestattet wird, durch beliebige Preiserhöhungen immer neue Mißverhältnisse und „Anregungen" zu schaffen?

Pester Lloyd 16. II. 1917

IV
146

# Die interparlamentarische Pariser Handelskonferenz vom 27., 28. und 29. April 1916.

Von Franz Karl Grafen Marenzi.

Budapest, 15. Februar.

Die Entente will uns militärisch, politisch und wirtschaftlich unschädlich machen; wir haben ihre leitenden Staatsmänner, Politiker in den Parlamenten und Publizisten in der Presse zur Genüge diesen Zerschmetterungsgedanken mit der unbedingten Zuversicht in den Erfolg aussprechen gehört.

Daß in militärischem Sinne die vernichtende Angriffskraft im Mißverhältnisse zu diesen Absichten steht, kann man mit der Ueberzeugung aussprechen, daß auch in Ententeländern viele unsere Ansicht teilen werden.

Sehen wir uns aber die Mittel und Tendenzen des reinen Wirtschaftskrieges an. Welche Waffen stehen da der Entente zur Verfügung? Wie steht es da mit der einheitlichen Leitung, mit der einheitlichen Front aus? Wie sind die Stoßtruppen, wie die Reserven für diese wirtschaftliche Einschließungs- und Zerschmetterungsoperation formiert, wo steht das schwere Geschütz?

Wir wollen dem Gegner ins Gesicht sehen und unsere [illegible] erwehr leisten. Wir wollen ernste Gefahren von Bluffs unterscheiden können. Was bei den Pariser Konferenzen des Vorjahres gesprochen wurde, interessiert uns daher in besonderem Maße. Außer den trockenen Wirtschaftsproblemen wurde da ja auch viel flüssige Politik aufgetischt.

Wo sich Gegensätze zwischen den momentanen politischen und den dauernden wirtschaftlichen Interessen zeigen, ist deren Ueberbrückung mit Phrasen von Solidaritätsgefühlen, Menschheitsidealen, Freiheit der unterdrückten Völker usw. immer ein willkommenes Mittel und so war es auch in Paris der Fall.

Im hohen Idealismus der gehaltenen Reden, der so sehr mit der von England mißachteten Kohlennot Frankreichs und Italiens und den sonstigen kritischen Momenten in der Ententewirtschaft kontrastiert, könnte man fast ein Moment weltentrückter Harmlosigkeit erblicken, doch man muß sich der Macht der Schlagworte auf die von Demagogen hypnotisierten Massen, auf Körperschaften und Versammlungen erinnern. So ist auch anzunehmen, daß die Auspeitschung der Nerven, welche besonders von englischer Seite auf der Konferenz erfolgte, politisch nicht ohne Erfolg geblieben sein wird.

Neben der Leidenschaftlichkeit der Engländer bildeten eine gewisse, nicht zu verkennende Resignation der Franzosen, dann der Versuch vorwurfsvoller Auflehnung von seiten Italiens und die, von deutlichen Symptomen der Seelenverwandtschaft mit Italien abgesehen, im allgemeinen zutage getretene Gleichgültigkeit Rußlands die Grundtöne der interparlamentarischen Handelskonferenz vom Frühjahr 1916, die alledem zum Trotze in vollste, in die Welt posaunte Harmonie ausklang.

Das über die Franzosen Gesagte trifft allerdings auf Poincaré nicht zu, der den in seiner Lage geziemenden Fanatismus dokumentierte. Entweder sind also Poincarés Worte nicht jene Frankreichs, oder verraten sie nicht seine innersten Gedanken. Im allgemeinen ist nicht zu verkennen, daß die Konferenz mehr defensive als offensive Tendenzen zeigte. Es war sozusagen eine mit mehreren Vorstößen und Ausfällen gepaarte Defensive.

In erster Linie war sie gewiß ein Reflex der wirtschaftlichen Annäherung der Mittelmächte.

Die technische Grundlage des Programms bildete jedoch das Material der durch den Ausbruch des Weltkrieges unterbrochenen internationalen Brüsseler Handelskonferenz vom Jahre 1914 mit ihrer kosmopolitischen Richtung, die trotz des Umsatteins auf das Streitroß der Entente nicht ganz restlos verschwinden konnte. Das Brüsseler Bureau, welches während des Krieges nach Paris übergesiedelt war, sandte auch die Einladungen zur Pariser Handelskonferenz aus.

Zur Selbstbeschränkung war die Konferenz vor allem dadurch bemüßigt, daß sie — von den Rachezöllen gegen Deutschland abgesehen — gar nicht den Versuch machte, in das Wespennest der Zollfragen zu greifen.

Besonders deutlich wird uns wieder die Macht der Geographie. Während die Mittelmächte in einer großen zusammenhängenden geographischen Einheit eingebettet sind, sehen wir bei den Ententestaaten die vollste geographische Zerklüftung, besonders wenn obendrein die Dominions und Kolonien in die wirtschaftliche Amalgamierungsaktion einbezogen werden sollen.

Stark prononcierte sich die Furcht vor einer kommerziellen Invasion Deutschlands nach dem Frieden, und zwar besonders auf Seite der Franzosen. Wie ist diese Furcht mit dem „für absolut sicher gehaltenen Endsiege" der Entente, von dem wir so oft hören, in Einklang zu bringen?

Anscheinend hält man sich nur mehr für den wahrscheinlichen Sieger in der Abwehr, nicht aber für den voraussichtlichen Sieger im offensiven Raumgewinne. Wenn dies der Fall ist, so müssen die mittlerweile ergangenen Friedensvorschläge der Zentralmächte in Frankreich ein geheimes sympathisches Echo gefunden haben, das man aber beim Brüllen des britischen Löwen schwer hören konnte.

Im Frühjahre 1916 scheint die relative Ruhe der französischen Atmosphäre dem Weiterfressen des großen Brandes nicht überaus günstig gewesen zu sein; jenseits des Kanals mußte der Motor gefunden werden, der dem Kriegswind wieder Sturmeskraft verlieh.

England und Frankreich stehen auf der Konferenz da wie zwei kartellierte Großbanken, die sich stützen,

Neue Freie Presse
18./II. 1917

148

[Die Brünner Handels- und Gewerbekammer über das Kriegsjahr 1916.] Die Brünner Handels- und Gewerbekammer veröffentlicht soeben ihr Jahrbuch 1916. Der vom Kammersekretär Regierungsrat Dr. Robert Mayer verfaßte allgemeine Bericht führt aus, daß Industrie, Handel und Gewerbe auch den Stürmen des vergangenen Jahres unerschüttert standgehalten haben. Die Fabriken sind mit wenigen Ausnahmen in vollem Betriebe, die wichtigsten Gewerbezweige finden in Heereslieferungen und öffentlichen Aufträgen ausgiebige Beschäftigung und auch dem Handel blieb ein durch die Kriegswirtschaft freilich wesentlich eingeschränktes Feld der Betätigung gewahrt. Der Erfolg der Kriegsanleihe zeugt für unsere innere Kraft, die Zahl der Konkurse und Zahlungseinstellungen ist geringer als in den Jahren vor dem Kriege. Freilich war das abgelaufene Jahr für alle Erwerbszweige neuerlich ein außerordentlich schwieriges. In stets steigendem Maße mußten Frauen und jugendliche Hilfsarbeiter beschäftigt werden und auch die Verkehrshemmnisse machten sich schwer fühlbar. Die Teuerung der wichtigsten Lebens- und Bedarfsartikel, mit welchen die Lohnerhöhungen nicht immer Schritt halten konnten, haben wesentliche Erhöhungen der Erzeugungskosten und empfindliche Einschränkungen in der Lebenshaltung weiter Kreise der Bevölkerung zur Folge. Auf allen Gebieten gewerblicher Erzeugung ist der Versuch gemacht worden, die vorhandenen Vorräte durch Verwendung von Surrogaten zu strecken, viele bisher nicht oder nicht genügend beachtete Abfallprodukte sind einer zweckmäßigen Verwertung zugeführt worden. Daneben haben Wissenschaft und Praxis in der Erfindung neuer Ersatzstoffe gewetteifert. Der interessante Bericht der Kammer enthält wertvolle Aufschlüsse über den Geschäftsgang einer Reihe von Industrien und schildert die wichtigsten wirtschaftlichen Vorgänge des abgelaufenen Jahres. An der Ausarbeitung des speziellen Teiles des Handelskammerberichtes haben sich Zweiter Sekretär Dr. Ernst Lieblich, der den Anhang „Systematische Uebersicht über die Wirtschaftsgesetzgebung im Kriege" verfaßte, sowie Kammerkonsulent Doktor Hugo Bratmann beteiligt.

Vossische Zeitung
18. II. 1917

149

# Leipziger Mustermessen.

## Eine Denkschrift der Reichsregierung.

**Im Reichsetat für 1917 ist ein Beitrag des Reiches in Höhe von 700 000 Mark zur Gründung eines Meßamtes für Mustermessen zu Leipzig, das seine Tätigkeit bereits aufgenommen hat, vorgesehen. Eine soeben von der Reichsregierung herausgegebene Denkschrift schildert ausführlich die hohe Bedeutung, die im Interesse von Deutschlands Industrie und Handel den Leipziger Mustermessen zukommt:**

Die Leipziger Mustermessen mit börsenmäßigem Charakter, die jährlich im Frühjahr und im Herbst stattfinden, sind etwa seit der Mitte des 19. Jahrhunderts unter dem Einfluß der völlig veränderten wirtschaftlichen und Verkehrsverhältnisse aus den alten, fast tausendjährigen Warenmessen herausgewachsen. Als eine somit noch verhältnismäßig junge Einrichtung stehen sie in andauernder Fortbildung und Weiterentwicklung, haben jetzt schon für die auf ihnen vertretenen Warengruppen, denen sich ständig neue anschließen, ausschlaggebende Bedeutung gewonnen und sind ihnen teilweise unentbehrlich geworden. Die Mustermessen stellen ein wesentliche Geschäftsvereinfachung für Gewerbe und Handel dar und kommen namentlich den Erzeugern sperriger, leicht zerbrechlicher, teils auch hochwertiger Güter entgegen, die kaum oder überhaupt nicht in Musterkoffern durch Geschäftsreisende vertrieben werden können (Keramik, Glas usw.). Die Vorteile der Mustermessen fließen überwiegend der deutschen Industrie und dem deutschen Handel zu, da z. B. von den Meßausstellern (Fabrikanten) nach der letzten Zählung in Friedenszeiten nur rund 8 v. H. aus dem Ausland stammten, darunter die meisten aus Oesterreich-Ungarn.

Besonders hervorzuheben ist die reichhaltige — man kann fast sagen vollständige — Beteiligung der deutschen Ausfuhrindustrie an den Leipziger Mustermessen. Erwähnt sei u. a. die thüringische Porzellan-, Tonwaren-, Glaswaren- sowie Christbaumschmuck-Industrie, die hochentwickelte Porzellanindustrie und Bürsten- und Pinselfabrikation, die Nürnberg-Fürther Bleisoldatenerzeugung, die Steinzeugindustrie und Kunsttöpferei des Rheinlandes und Hessen-Nassaus, die Harzer Holzwarenindustrie, die bedeutende Berliner Leder-, Metall- und Kurzwaren- usw. Industrie, der Japan- und Chinawarenimport der Hansestädte, die Bernsteinindustrie von der Ostsee, die weltumspannende Sonneberger Puppen- und Spielwarenindustrie, die schlesische und Lothringer Glasfabrikation, die westfälische Metallkurzwarenindustrie, die Korbwarenindustrie Thüringens und Bayerns, die Bijouteriewarenfabrikation, die Solinger Stahlwarenindustrie, ferner die für das sächsische Erzgebirge und Vogtland überaus wichtige Spiel-, Holzwaren- und Musikinstrumentenindustrie usw.

Die durch den Krieg großenteils lahmgelegte Ausfuhr, für welche die auf den Leipziger Mustermessen vertretenen Industriezweige hauptsächlich arbeiten, alsbald nach Friedensschluß wieder im alten Umfang aufnehmen und womöglich noch verstärken, die Schwierigkeiten der Wiedergewinnung verlorener und der Erwerbung neuer Absatzgebiete vermindern zu helfen, wird eine der Hauptaufgaben der Leipziger Messen und vornehmlich durch sie zu ermöglichen sein. Dazu gehört eine großzügige Werbetätigkeit für die Messen im In- und Ausland, insbesondere auch die Bearbeitung bestimmter überseeischer Ländergebiete durch besondere, mit den dortigen Verhältnissen und den einschlägigen Exportbeziehungen vertraute, länder- und sprachkundige Personen (Auslandsvertreter). Zur Bestreitung dieser und sonstiger erheblicher Ausgaben, die der Wiederbelebung der Ausfuhr und der rascheren Ueberwindung der während der Kriegszeit erwachsenen Schwierigkeiten für Handel und Industrie dienen sollen, soll der Reichszuschuß Verwendung finden.

Die hohe volkswirtschaftliche Bedeutung, welche die Leipziger Mustermesse im Laufe der letzten 25 Jahre für das ganze deutsche Wirtschaftsleben wie die internationalen Handelsbeziehungen Deutschlands und namentlich für die deutsche Ausfuhr nach dem Ausland gewonnen hat, geht aus der starken von Jahr zu Jahr gewachsenen Zahl der Aussteller und Einkäufer hervor, sowie aus deren Verteilung auf die einzelnen Produktionsgebiete und Produktionsorte. Es betrug zur jeweiligen Frühjahrsmesse die

| Zahl der Ausstellerfirmen: | | Zahl der Einkäuferfirmen: | |
|---|---|---|---|
| 1910 | 3682 | 1910 | 12 359 |
| 1911 | 3762 | 1911 | 13 387 |
| 1912 | 3849 | 1912 | 14 010 |
| 1913 | 4086 | 1913 | 14 955 |
| 1914 | 4213 | 1914 | 15 741 |

Nach einer im Jahre 1911 aufgestellten Statistik stammten die damaligen 3762 Aussteller aus 952 verschiedenen Orten, und unter ihnen befanden sich 314 Firmen aus 133 Orten im Ausland (meist Oesterreich-Ungarn, Frankreich, England, Italien, Belgien und Holland). Von den ebenfalls damals gezählten 13 387 Einkäufern stammten 3344 aus 629 Orten im Ausland (vorzugsweise Oesterreich-Ungarn, Holland, England, Frankreich, Rußland, die nordischen Reiche, Schweiz, Belgien, Italien und Nordamerika). Der Nutzen, der durch die regelmäßig zweimal im Jahre gebotene Gelegenheit zu persönlicher Fühlungnahme und Aussprache zwischen Lieferanten und Abnehmern, für die Pflege und Erweiterung der geschäftlichen Beziehungen und für die Beurteilung der Geschäftslage überhaupt, ferner für die Kenntnis technischer Fortschritte, der sich ständig vollziehenden Geschmacks- und Verbrauchsverschiebungen u. a. m. erwächst, muß hoch veranschlagt werden.

Die Bedeutung für die Leipziger Mustermessen für das deutsche Wirtschaftsleben geht aber weiterhin aus der Zahl der von den Meßausstellerfirmen beschäftigten Angestellten und Arbeiter hervor. Durch die auf den Leipziger Mustermessen erhaltenen Aufträge wurde im Jahre 1913 insgesamt 3652 Ausstellerbetrieben des Deutschen Reichs mit 523 645 gewerbstätigen Personen (40 380 Angestellte und 483 265 Arbeiter) Arbeit und Verdienst geboten, d. h. im Durchschnitt etwa 8 v. H. der in der deutschen Industrie beschäftigten Angestellten und Arbeiter, oder wenn man letztere allein zählt, sogar reichlich 11 v. H. der in Betracht kommenden gesamten deutschen Industriearbeiter.

Ganz bedeutende Summen werden von den größeren und führenden Unternehmern der auf der Messe vertretenen Geschäftszweige für große und glänzend ausgestattete Ausstellungsräume in den über 20 Meßpalästen Leipzigs, für Einladungen an die Meßbesucher, Ankündigungen in den Meß- und Fachzeitschriften, Maßadreßbüchern usw., ferner für die regelmäßige Anfertigung neuer Muster zu jeder Messe usw. in der Erkenntnis aufgewendet, daß bei einer solchen weltumspannenden Einrichtung wie den Leipziger Mustermessen eine kostspielige und umfassende Reklame notwendig ist, die sich dann auch als lohnend erweist. In ähnlicher Weise bedarf die Meßverwaltung künftig großer Mittel u. a. dazu, den Konkurrenzbestrebungen des Auslandes wirksam zu begegnen. Außer bereits stattgefundenen Messen in Paris (Spielwaren- sowie Pelzwarenmesse), Lyon (Warenmesse, auch Bücher, Pelzwaren usw.), Stoleon[illegible] (Glas- und Porzellanmesse), London (Spielwarenmesse und englische Industriemesse), sind neuerdings noch Meßveranstaltungen in folgenden Ländern teils geplant, teils bereits in Ausführung begriffen: In Dänemark in Fredericia und Kopenhagen; in England in Birmingham, Glasgow und Manchester; in Frankreich in Bordeaux; in Holland in Amsterdam und Utrecht; in Italien in Mailand; in der Schweiz in Basel und Lausanne. Diese Unternehmungen erfreuen sich zum Teil finanzieller Unterstützung durch den Staat. Es wird großer fortdauernder Anstrengungen und wie erwähnt nicht zum wenigsten erheblicher Geldaufwendungen bedürfen, um den ausländischen meßähnlichen Unternehmungen gegenüber konkurrenzfähig zu bleiben und eine Schädigung der Leipziger Mustermesse zu verhüten. Bei dem allgemeinen Interesse, das hierdurch die Leipziger Mustermessen für den gesamten deutschen Handel in Anspruch nehmen dürfen, erscheint es angemessen, wenn das Reich neben dem Sächsischen Staate und der Stadt Leipzig einen Beitrag zu den laufenden Kosten der Unterhaltung und für den Ausbau der Leipziger Mustermessen beiträgt.

Frankfurter Zeitung

19. II. 1917.

19

150

# Ein Meßamt für Mustermessen in Leipzig.

N Berlin, 17. Febr. Im Reichsetat für 1917 ist, wie gemeldet, ein Beitrag des Reiches in Höhe von 700 000 Mark zur Gründung eines Meßamtes für Mustermessen in Leipzig vorgesehen. Von der Zentralstelle für Interessenten der Leipziger Mustermessen E. V. in Berlin ist die Anregung zur Errichtung eines besonderen, mit Unterstützung des Reichs zu unterhaltenden Meßamts ausgegangen. Die Zentralstelle hat sich mit dem Rate der Stadt Leipzig und der Leipziger Handelskammer zu einem Verein zusammengetan, der der Träger des Meßamts sein wird. Im Interesse von Deutschlands Handel und Industrie ist es erwünscht, so bald die Verhältnisse es gestatten, eine wirksame Werbetätigkeit für die Leipziger Messe zu entfalten. Die Mustermessen bieten gerade den kleineren Fabrikanten, die für eine große Verkaufsorganisation die Mittel nicht aufbringen können, Gelegenheit, sich mit den größeren Abnehmern des In- und Auslands unmittelbar in Verbindung zu setzen. Besonders kommen die auf der Messe erteilten Aufträge auch vielen Heimarbeitern zugute. Zweck der Reichshilfe ist insbesondere die Ueberwindung der während der Kriegszeit für die Aufrechterhaltung und Wirksamkeit der Leipziger Messe erwachsenen Schwierigkeiten.

Die Leipziger Mustermessen mit börsenmäßigem Charakter sind etwa seit der Mitte des 19. Jahrhunderts unter dem Einfluß der völlig veränderten wirtschaftlichen und Verkehrsverhältnisse aus den alten, fast tausendjährigen Warenmessen herausgewachsen. Als eine somit noch verhältnismäßig junge Einrichtung stehen sie in andauernder Fortbildung und Weiterentwicklung, haben jetzt schon für die auf ihnen vertretenen Warengruppen, denen sich ständig neue anschließen, ausschlaggebende Bedeutung gewonnen und sind ihnen teilweise unentbehrlich geworden. Die Mustermessen stellen eine wesentliche Geschäftsvereinfachung für Gewerbe und Handel dar und kommen namentlich den Erzeugern teils leicht zerbrechlicher, teils auch hochwertiger Güter entgegen, die kaum oder überhaupt nicht in Musterkoffern durch Geschäftsreisende vertrieben werden können (Keramik, Glas usw.). Die Vorteile der Mustermessen fließen überwiegend der deutschen Industrie und dem deutschen Handel zu, da z. B. von den Messeausstellern (Fabrikanten) nach der letzten Zählung in Friedenszeiten nur rund 8 Prozent aus dem Ausland stammten, darunter die meisten aus Oesterreich-Ungarn. Besonders hervorzuheben ist die reichhaltige — man kann fast sagen vollständige — Beteiligung der deutschen Ausfuhrindustrie an den Leipziger Mustermessen. Die durch den Krieg großenteils lahmgelegte Ausfuhr, für die die auf den Leipziger Mustermessen vertretenen Industriezweige hauptsächlich arbeiten, alsbald nach Friedensschluß wieder im alten Umfang aufnehmen und womöglich noch verstärken, die Schwierigkeiten der Wiedergewinnung verlorener und der Erwerbung neuer Absatzgebiete vermindern zu helfen, wird eine der Hauptaufgaben der Leipziger Messen und vornehmlich durch sie zu ermöglichen sein. Dazu gehört eine großzügige Werbetätigkeit für die Messen im In- und Ausland, insbesondere auch die Bearbeitung bestimmter überseeischer Ländergebiete durch besondere mit den dortigen Verhältnissen und den einschlägigen Exportbeziehungen vertraute, länder- und sprachkundige Personen (Auslandsvertreter). Zur Bestreitung dieser und sonstiger erheblicher Ausgaben, die der Wiederbelebung der Ausfuhr und der rascheren Ueberwindung der während der Kriegszeit erwachsenen Schwierigkeiten für Handel und Industrie dienen sollen, soll der Reichszuschuß Verwendung finden.

Die hohe volkswirtschaftliche Bedeutung, die die Leipziger Mustermessen im Laufe der letzten 25 Jahre für das ganze deutsche Wirtschaftsleben wie für die internationalen Handelsbeziehungen Deutschlands und namentlich für die deutsche Ausfuhr nach dem Ausland gewonnen haben, geht aus der starken, von Jahr zu Jahr gewachsenen Zahl der Aussteller und Einkäufer hervor. Die Zahl der Ausstellerfirmen stieg von 2659 im Jahre 1902 auf 4213 im Jahre 1914; die Zahl der Einkäuferfirmen von 6401 im Jahre 1902 auf 15 741 im Jahre 1914. Um den Konkurrenzbestrebungen des Auslandes wirksam zu begegnen, bedarf die Meßverwaltung künftig großer Mittel. Außer bereits stattgefundenen Messen in Paris (Spielwaren- sowie Pelzwaren-Messe), Lyon (Warenmesse, auch Bücher, Pelzwaren usw.), Stokeon-Trent (Glas- und Porzellanmesse), London (Spielwarenmesse und englische Industriemesse), sind neuerdings noch Meßveranstaltungen in folgenden Ländern teils geplant, teils bereits in Ausführung begriffen: in Dänemark in Fredrica und Kopenhagen, in England in Birmingham, Glasgow und Manchester, in Frankreich in Bordeaux, in Holland in Amsterdam und Utrecht, in Italien in Mailand, in der Schweiz in Basel und Lausanne. Diese Unternehmungen erfreuen sich zum Teil finanzieller Unterstützung durch den Staat. Es wird großer, fortdauernder Anstrengungen und an nicht zum wenigsten erheblicher Geldaufwendungen bedürfen, um den meßähnlichen Unternehmungen gegenüber konkurrenzfähig zu bleiben und eine Schädigung der Leipziger Mustermessen zu verhüten. Bei dem allgemeinen Interesse, das hierdurch die Leipziger Messen für den gesamten deutschen Handel in Anspruch nehmen dürfen, erscheint es angemessen, wenn das Reich neben dem sächsischen Staate und der Stadt Leipzig einen Beitrag zu den laufenden Kosten der Unterhaltung und für den Ausbau der Leipziger Mustermessen beiträgt.

Frankfurter Zeitung
26. II. 1917

152

# Oesterreich-Ungarns Handelspolitik.

## Eine Programmrede?

In der ungarischen Volksvertretung hat dieser Tage der Abgeordnete Dr. Gustav Gratz eine beachtenswerte Rede über die künftige Handelspolitik Oesterreich-Ungarns gehalten. Doppelt beachtenswert, weil Herr Dr. Gratz, wie berichtet wird, künftig im gemeinsamen Ministerium des Aeußern mit dem Range eines Sektionschefs die handelspolitischen Interessen der Doppelmonarchie vertreten soll. Wenn dies zutrifft, darf man in seinen Ausführungen wohl eine Skizzierung der Richtlinien suchen, welche den gegenwärtigen Leitern der österreichisch-ungarischen Politik für die Zukunft maßgebend erscheinen. Es ist, wie ein Budapester Blatt bemerkt, nicht anzunehmen, daß ein in die Regierung berufener Abgeordneter in seiner letzten Parlamentsrede programmatische Gedanken entwickelt, deren Uebereinstimmung mit den Gedanken und Absichten seines künftigen Chefs ihm irgendwie zweifelhaft sein kann. Man wird deshalb kaum zu weit gehen, wenn man sich die handelspolitische Richtung des Grafen Czernin ähnlich denkt wie die, welche sein künftiger Mitarbeiter jetzt im ungarischen Reichstag vertreten hat.

Die Rede des Herrn Dr. Gratz ging von der Tatsache aus, daß zur wirtschaftlichen Erholung der Doppelmonarchie von den schweren Folgen des gegenwärtigen Krieges eine Steigerung der Ausfuhr dringend erforderlich sei. Als Ziel dieser Ausfuhr komme in erster Linie der Balkan in Frage. Vor dem Kriege habe sich der österreichisch-ungarische Ausfuhrhandel nach den Balkanstaaten zwar gesund entwickelt, aber viel zu langsam und dies aus zwei Gründen. Einmal sei man in der Donaumonarchie nicht kapitalkräftig genug gewesen, um dem Kreditbedürfnis der Käufer in Südosteuropa genügend entgegenzukommen. Der zweite Grund jedoch liege in der Absperrungspolitik, welche man gegenüber den Balkanvölkern getrieben habe. „Unsere wichtigsten Interessen gebieten uns, diese Politik von Grund auf zu ändern." Den Vermittler zwischen Osten und Westen zu spielen, sei der historische und geographische Beruf der Monarchie.

Wenn wir die Rohprodukte des Orients nicht aussperren, sondern sie einlassen, wenn auch nur um sie nach dem Westen weiterzugeben, verhelfen wir nicht nur den Balkanstaaten zu neuen Entwicklungsmöglichkeiten, welche in letzter Linie auch uns zum Vorteile gereichen werden, sondern wir können auch darauf rechnen, daß in demselben Maße, in welchem wir ihre Interessen befriedigen, auch sie unsere Interessen berücksichtigen und die Einfuhr unserer Waren erleichtern werden. Der Vermittlungsprozeß ist für uns am vorteilhaftesten, wenn er sich im Wege einer Veredlung abspielt und wenn wir die vom Balkan bezogenen Rohprodukte hier aufarbeiten und als fertiges Produkt nach dem Westen weitergeben. Die Möglichkeiten, die sich nach dieser Hinsicht darbieten und die sich keineswegs nur auf die Brotfrüchte beschränken, müssen auf das ernsteste daraufhin studiert werden, wie sie mit möglichst geringem Nachteil für die heimische Produktion verwirklicht werden könnten. Eine zweite Möglichkeit für die Vermittlung bietet sich dar, indem wir die Produkte des Orients einfach übernehmen und an das Ausland weitergeben, wobei auch die Möglichkeit ins Auge gefaßt werden kann, daß wir eigene Produkte nach dem Westen ausführen und statt dessen entsprechende Mengen derselben Produkte unserer südlichen Nachbarn bei uns einlassen.

Man habe die Absperrung der Donaumonarchie gegenüber dem Balkan darauf zurückgeführt, daß an der anderen Seite die deutschen Grenzen verschlossen waren und Oesterreich-Ungarn den Stoß, den es von Westen empfing, nach Osten weitergeben zu müssen glaubte. Eine Schlußfolgerung, die der Redner verständlich, aber „nicht unbedingt richtig" fand. Jedenfalls müsse man in Zukunft die umgekehrte Folge von Ursache und Wirkung herbeizuführen suchen. Wenn Deutschland der verbündeten Monarchie die Möglichkeit gebe, an der Deckung seines großen Nahrungsmittelbedarfs stärker als bisher teilzunehmen, dann könnten auch die Tore der Monarchie den Rohprodukten der Balkanstaaten weiter aufgetan werden. Dem naheliegenden Einwand, daß die landwirtschaftliche Erzeugung Oesterreich-Ungarns vorerst gar nicht die großen Ueberschüsse hervorbringt, die zur Durchführung solcher Wirtschaftspolitik gehören würden, begegnet Dr. Gratz, indem er als Folge des intimeren Verhältnisses zu Deutschland einen erheblichen Aufschwung insbesondere der ungarischen Landwirtschaft und ihrer Bodenerträge als wahrscheinlich nachzuweisen sucht. — Vor den handelspolitischen Beziehungen zum Balkan müßten also die zu Deutschland geregelt werden, beiden jedoch habe der Ausgleich zwischen Oesterreich und Ungarn vorauszugehen. Der endgültige Ausgleich, kein Provisorium. Denn Deutschland habe im Friedensschluß auf wirtschaftlichem Gebiet Lebensinteressen zu verteidigen, und „es ist unser eigenes brennendes Interesse, daß Deutschland, wenn es an die Regelung dieser Fragen herantritt, die Abmachungen, zu welchen es mit der Monarchie gelangt, bereits berücksichtigen könne".

Im letzten Teil seiner Rede richtet Herr Dr. Gratz eingehende und sehr beherzigenswerte Mahnungen an die Produzenten seines Landes, landwirtschaftliche und industrielle Produzenten, das Heil nicht vom Zollschutz allein zu erwarten. Gerade Ungarn habe die Erfahrung gemacht, daß einseitiges Vertrauen auf staatlichen Grenzschutz den wirtschaftlichen Fortschritt hemmen und schädigen könne, sobald die individuelle Energie und das Bedürfnis, Methoden zu verbessern, zu verbilligen, sich lähmen ließen. — Für uns in Deutschland sind die Ausführungen des ungarischen Parlamentariers, die hier nur kurz umrissen werden konnten, von ernsthaftem Interesse, wenn wir darin die Gedankengänge und Grundsätze der Staatsmänner vermuten dürfen, die gegenwärtig die auswärtige Politik, also auch die Handelspolitik, der habsburgischen Monarchie zu leiten haben. Beachtenswert ist wohl schon die Ankündigung, daß Graf Czernin, den früher die Ungarn mit einem gewissen Mißtrauen angesehen haben, gerade seinen handelspolitischen Mitarbeiter aus der östlichen Reichshälfte holen wird. Man darf wahrscheinlich aus dieser und mancher anderen Tatsache den Schluß ziehen, daß auf die künftige Handelspolitik der Doppelmonarchie die Interessen und Ansprüche Ungarns von recht erheblichem Einfluß sein werden. Das mag bei der Neuregelung des Verhältnisses zu Deutschland unseren eigenen Unterhändlern nicht immer ganz bequem sein. Aber es braucht der schließlichen Einigung keineswegs hinderlich zu werden, wenn nur alle Teile sich bewußt bleiben, daß die gemeinsamen Interessen der beiden verbündeten Reiche doch immer, schon aus politischen Gründen, die stärksten und die entscheidenden sein werden.

Österr. Volkszeitung

27. III. 1917

154

# Der Sprachenerlaß an die tschechischen Handelskammern.

## Die tschechischen Beschwerden vom Reichsgericht abgewiesen.

Wie berichtet, haben die tschechischen Handelskammern von Prag, Budweis und Pilsen beim Reichsgericht gegen den Erlaß des Handelsministeriums, womit ihnen aufgetragen wurde, sich in Hinkunft in den Berichten und Eingaben an die Zentralstellen und Ministerien ausschließlich der deutschen Sprache zu bedienen, Beschwerde wegen Verletzung des verfassungsmäßig gewährleisteten Rechtes der sprachlichen Gleichberechtigung erhoben. Unter dem Vorsitz des Präsidenten Dr. v. Grabmayr hat gestern das Reichsgericht die Beschwerden als unbegründet zurückgewiesen.

In dem Erkenntnisse wird hervorgehoben, daß die Entscheidung des vorliegenden Falles von der Frage abhängt, ob im Artikel 19 Staatsgrundgesetz ein verfassungsmäßiges Recht der Kammer mit den Zentralstellen in der von ihr gewählten Sprache zu verkehren begründet und ob die Kammer zu einer Beschwerde gegen den vorliegenden Auftrag des Handelsministeriums berechtigt erscheint. Das Reichsgericht hat seit seinem Bestand wiederholt erkannt, daß ebenso staatliche als auch autonome Organe ein Beschwerderecht gegen die den Dienstgang betreffenden Verfügungen der ihrer vorgesetzten Behörde aus Artikel 19 Staatsgrundgesetz nicht ableiten können. Die Kammern unterstehen unmittelbar dem Handelsminister, dessen Anordnungen in den ihrem Wirkungskreise angehörigen Angelegenheiten sie zu vollziehen haben. Die Angelegenheiten, welche in den Wirkungskreis der Kammer fallen, sind durchaus Angelegenheiten öffentlicher Natur. Bei diesen Umständen ist es für die gegenwärtige Frage nicht maßgebend, ob die Handelskammern mit Entscheidungsgewalt ausgestattete Behörden oder amtliche Hilfsorgane des Handelsministeriums sind. Keineswegs kann ihnen der letztere Charakter abgesprochen werden. Nichtentscheidend ist, daß die Mitglieder der Kammer aus der Wahl der Handels- und Gewerbetreibenden hervorgehen, in welchem Sinne die Kammern als eine autonome Interessenvertretung bezeichnet werden, der auch Korporationsrechte zustehen. Denn auch autonome Organe unterstehen mehrfach den staatlichen Behörden und kommt ihnen ein Beschwerderecht gegen ihre Verfügungen nur insofern zu, als sie in der Eigenschaft als Parteien einschreiten. In dem Organisationsgesetz für die Kammern findet sich aber keine Bestimmung über die Geschäftssprache, daher, vermeint die Beschwerde, überschreite der Auftrag des Ministers seine gesetzliche Befugnis. Allein unter dem im Organisationsgesetz geregelten Wirkungskreis der Kammer befinden sich auch die Erstattung von Berichten und Eingaben an den Handelsminister und an die übrigen Ministerien. Der Auftrag über die Form und Sprache dieser Einschreitungen betrifft daher allerdings eine dem Wirkungskreise der Kammer angehörige Angelegenheit.

Der Auftrag an die Kammer, in ihren Berichten an die Zentralstellen sich jener der gleichberechtigten Landessprachen zu bedienen, die zugleich notorisch die Geschäftssprache der Zentralstellen ist, begründet übrigens auch keineswegs eine Bevorrechtung einer dieser Landessprachen, sondern entspricht nur einem praktischen Bedürfnisse der Staatsverwaltung.

Pester Lloyd
28/II. 1917



(Exportangelegenheiten.) Die Fachgruppe für Außenhandel der Budapester Handels- und Gewerbekammer hielt unter dem Vorsitze Béla Rechtnitz' eine Sitzung, in der das Elaborat des Konsulenten für Außenhandel Dr. Artur Székely bezüglich der Handhabung der Einfuhr- und Ausfuhrverbote zur Vorlage gelangte. Die Fachgruppe schloß sich nach einer eingehenden Debatte, an der sich die Herren Dr. Koloman Balkányi, Adolf Csókai, Béla Greiner, Hugo Engl, Stefan Molnár, Marzell Nagel, Robert Oßkár, Moritz Richter, Akos Zwack und der Vorsitzende beteiligten, den Ausführungen des Referenten an, demgemäß an die Regierung eine Repräsentation zu richten wäre, laut deren nicht nur vom Gesichtspunkt der Valutapolitik, sondern auch behufs Wahrung der bisherigen ausländischen Geschäftsverbindungen und der Anknüpfung neuerer Beziehungen schon während des Krieges alles mögliche zur Hebung unserer Ausfuhr zu veranlassen wäre. Die Liste der unter Ausfuhrverboten stehenden Waren wäre zu diesem Behufe einem neuerlichen Studium zu unterziehen und von denjenigen Waren, von welchen auch nur ein geringer Ueberschuß vorhanden ist, Exportkontingente zu bewilligen. Bis dahin wäre behufs unparteiischer und schleuniger Erledigung der Ausfuhr- und der sich von Tag zu Tag mehrenden Einfuhrgesuche in Budapest eine Einfuhr- und Ausfuhrkommission zu organisieren, die in ihren Sitzungen unter Mitwirkung des in Budapest sich ständig aufhaltenden Vertreters des k. u. k. Kriegsministeriums und der Vertreter der Fachinteressenten bezüglich dieser Gesuche endgültig zu beschließen hätte. Hiedurch wäre die Hin- und Hersendung der Akten und Gesuche zwischen dem Kriegsministerium und den Behörden überflüssig, und die Erledigung könnte schnellstens bewirkt werden. Es müßte möglich gemacht werden, daß die zum Export zugelassenen Waren in möglichst großer Menge hergestellt werden dürfen. Die bisherigen Konsumeinschränkungen müßten stabilisiert werden, damit der hiedurch erzielte Ueberschuß exportiert werden könne. Hierauf brachte der leitende Sekretär Josef Vágó das Reskript des Handelsministers zur Vorlage, in welchem die Aufmerksamkeit der Kammer auf die nach dem Kriege zu erfolgende Hebung der wirtschaftlichen Beziehungen zu Spanien gelenkt wird. Die Fachgruppe betraut das Bureau mit der Abfassung eines detaillierten Programms. Ebenso wurde auf Antrag Josef Vágós, nach den Bemerkungen der Mitglieder Béla Balog, Friedrich Herzfeld und anderer, das Kammerbureau betraut, bezüglich der Hebung des Exportes nach dem Kriege mit einer aus der Fachgruppe entsendeten Subkommission gemeinschaftlich ein auf die Grundbedingungen und Detailfragen bezughabendes Elaborat auszuarbeiten. Zum Schlusse meldete der Referent für Rechtsangelegenheiten Dr. Salomon Beck, daß Deutschland bezüglich der Erfüllung der mit feindlichen ausländischen Untertanen abgeschlossenen Verträge entsprechende Verfügungen erlassen hat und wies darauf hin, daß es begründet wäre, daß die Kammer ihre in derselben Angelegenheit an die Regierung gerichtete Eingabe urgiere. Die Fachgruppe schloß sich diesen Ausführungen an.

Die Zeit
1./III. 1917

156

**Die Warenverteilung an die Kaufleute.**

Vom Präsidium der Reichsorganisation der Kaufleute Oesterreichs wird mitgeteilt: Die vielen Beschwerden der Detailkaufleute in Wien und in den Provinzen über schlechte Warenverteilung haben die Reichsorganisation der Kaufleute Oesterreichs veranlaßt, an maßgebender Stelle Schritte zu unternehmen, um die bisherigen Uebelstände abzustellen. Alle jene Detaillisten, die sich von ihren früheren Bezugsquellen keine Ware beschaffen können und auch bei Verteilungen von amtlich zugewiesenen Waren übergangen werden, insbesondere jene Frauen, die mit schwerer Mühe und Sorge die Geschäfte ihrer eingerückten Männer betreiben müssen, wollen sofort ihre Beschwerden schriftlich an die Reichsorganisation bekanntgeben.

Pester Lloyd
2./III. 1917

160

(Die Wirtschaftskonferenz der Ententemächte in Rom.) Aus Stockholm wird uns telegraphiert: Die Nowoje Wremja bezeichnet als Hauptgegenstand der nächsten Wirtschaftskonferenz in Rom am 12. April die Gründung einer englisch-kontinentalen Liga gegen den Mitteleuropäischen Wirtschaftsbund. Zu diesem Zwecke erscheinen zwischenstaatliche Vereinbarungen über den Güterverkehr und Bahntarife, sowie die Kartellbildung der Handelsflotten und Handelshäfen der Alliierten notwendig. Auch über die Vorzugsrechte der Alliierten beim Einkauf von Rohstoffen, bei Gewährung kolonialer Konzessionen, sowie bei der Aufnahme von Anleihen werde beraten werden. Rjetsch weist darauf hin, daß die erste internationale parlamentarische Wirtschaftskonferenz der jetzigen Ententeländer einige Monate vor Kriegsausbruch in Brüssel stattfand. Nach Rom soll die nächste Wirtschaftskonferenz im Herbst 1917 in London stattfinden. Zu den Konferenzen nach dem Kriege sollen auch die Neutralen geladen werden. Diese seien ohnehin durch das wirtschaftliche Uebergewicht der Ententeländer gezwungen, sich der geplanten Liga anzuschließen. Als weitere Aufgaben dieser Konferenzen bezeichnet Rjetsch die Subventionierung der privaten Schiffsbauer, die Verfolgung falscher Angaben über die Warenherkunft, die Vereinheitlichung der Zollpraxis, die Vereinheitlichung der Maßgewichte und der Münzsysteme. Erst bei letzterem Punkte kommen dem Blatte einige Bedenken, ob Rußland und England dabei mittun werden.

Der Abend
4/III. 1918

161

# Die Diebstähle in den Dampfwäschereien.

Vor kurzem berichteten wir, daß sich die meisten Dampfwäschereien seit einiger Zeit weigern, die Haftung für die ihnen übergebene Anzahl der Wäschestücke zu übernehmen. Sie übernehmen die Wäsche nur nach Gewicht, so daß sie eigentlich nur die Verpflichtung haben, ein Paket von gleichem Gewichte zurückzustellen. Auch die Tatsache, daß die Wäschestücke vorgezählt werden, schützt das Publikum nicht vor der Weigerung, Ersatz für verloren gegangene Stücke zu leisten, wie folgende Zuschrift beweist:

„Meine Frau übergab der Dampfwäscherei „Vienna", 6. Bez., Mollardgasse 72, Wäsche im Trockengewichte von 15 Kilogramm, und zwar in der vorgezählten Stückzahl von 35 Stück zum Waschen. Es waren nur sogenannte große Wäschestücke, von Bettwäsche, Hemden und Handtücher. Bei der Rückstellung verlangte meine Frau die Übergabe auch nach Stückzahl, da sie ja die Wäsche ebenso der Anstalt übergeben hatte. Die Angestellte der Wäscherei weigerte sich jedoch in brüskester Weise, dies zu tun. Meine Frau bestand aber auf Abzählung und konnte dabei den Abgang von zwei Leintüchern feststellen. Die Angestellte erklärte, daß die Reklamation telephonisch vorgenommen werden müßte. Dies geschah auch sofort. Aber da wurde uns zu unserer Überraschung die Erklärung gegeben: „Ja, damit muß heute gerechnet werden. Hauptmann S."

(Name und Adresse sind der Schriftleitung bekannt.)

Ohne Zweifel bilden die Zustände in den Dampfwäschereien für die Bevölkerung Wiens einen schweren Übelstand. Es gibt heute in Wien ungefähr 500.000 Haushaltungen, von denen etwa 100.000 in Dampfwäschereien waschen lassen. Nun beklagen sich die Wäschereien über das Überhandnehmen der Diebstähle und behaupten dagegen ganz machtlos zu sein. Sie geben an: Die Wäsche wird in Netzen übernommen, deren Verschluß zu erst mit Spagat verschnürt und dann mit einer Plombe geschlossen wird. Verläßliche Bleiplomben gibt es jetzt aber nicht, sondern nur Plomben aus sprödem Metall, das leicht springt. Die Netze kommen daher oft mit gelösten Plomben in die Wäscherei und der Übernehmer kann nie entscheiden, ob die Plombe von selbst gesprungen oder geöffnet wurde, um den Inhalt des Netzes zu berauben. Daß es gegen diese Mißlichkeiten aber einen einfachen Schutz gibt, nämlich einen genauen, vom Abholer zu unterfertigenden Übernahmsschein, vergessen die Wäschereibesitzer hinzuzufügen. Sie berufen sich vielmehr auf die Diebstähle im Waschraum selbst. Leibesuntersuchungen haben hier keinen Erfolg, wie sie behaupten, da die Arbeiter angeblich ohne Unterwäsche zur Arbeit kommen und dort in verschwiegenen Orten sich mit Hemden usw. versehen. Daher die Auskunft: „Ja, damit muß heute gerechnet werden!" Warum aber soll gerade das Publikum damit zu rechnen und den Schaden zu tragen haben? Die Wäschereien, die bisher soviel verdienten und damit höchst einverstanden waren, überwälzen sowie sie Schaden erleiden, dies sofort auf ihre Kunden. 100.000 Haushaltungen sind es, die bei den heutigen Waschmitteln (in einzelnen Betrieben wird sogar Chlor verwendet!) ihre Wäsche im denkbar traurigsten Zustande zurückerhalten. Und nun kommt noch der Verlust von einzelnen Stücken hinzu. Hier muß Abhilfe geschaffen werden. Mag auch noch so viel gestohlen werden, die Wäschereien und Putzereien sind es, die haftbar sind. Sie haben, wenn sie nicht Schaden erleiden wollen, dafür Sorge zu tragen, daß die Diebstähle nicht überhand nehmen. Gewiß wird solange weiter gestohlen werden, als sie keine Haftung übernehmen. Aber wir sind überzeugt, daß die Zahl der Diebstähle sofort zurückgehen wird, wenn sie, wie es das Gesetz verlangt, Schadenersatz leisten müssen.

Pester Lloyd

5. III. 1917

5

162

(Kriegswirtschaftliche Organisationstypen in Serbien.) Unter diesem Titel hielt in der Ungarisch-Orientalischen Wirtschaftszentrale der Chef der Warenverkehrszentrale in Belgrad Rittmeister Dr. Alexander v. Schneider einen freien Vortrag über den Entwicklungsgang und die Tätigkeit der im Okkupationsgebiete befindlichen Kriegszentralen. Als nach dem siegreichen Vordringen unserer Truppen das Militär-Generalgouvernement für Serbien errichtet wurde, bestand in der Monarchie bereits ein entwickeltes System von kriegswirtschaftlichen Organisationsformen, welche die Produktion, den Handel und die Verteilung der Güter einer scharfen Kontrolle unterzogen haben. Es ist nur natürlich, daß das eroberte Serbien, wo die Verhältnisse noch viel mehr für eine stramme Organisation der Volkswirtschaft sprachen, eines gleichen Systems von Zentralstellen bedurfte. So entstanden Zentralen zur Aufbringung der Rohstoffe, zur Einheimsung und zum Abschub von Getreide und Obst. Als typische kriegswirtschaftliche Organisationsform, welche militärische Grundsätze mit kommerziellen Arbeitsmethoden vereinigt, besprach Ritter v. Schneider die zur Kontrolle des gesamten serbischen Außenhandels berufene Warenverkehrszentrale. Diese wurde mit 1. Juni 1916 ins Leben gerufen und hatte die Aufgabe einesteils die von seiten der kompetenten Finanzministerien für Serbien gewährten Warenkontingente durch Ausstellung von Ausfuhrzertifikaten in gerechter Weise zu verteilen, andererseits die Ausfuhr aus dem Okkupationsgebiet — insofern es sich nicht um von militärischen Stellen abgeschobenen Waren handelt — zu kontrollieren und für diesen Export ebenfalls Zertifikate auszustellen. Durch diese zentrale Kontrollstelle konnte eine genaue Orientierung über den gesamten Außenhandelsverkehr gewonnen und dieser, wo notwendig, gefördert oder eingeschränkt werden. Außer diesem behördlichen Wirkungskreis ist die Warenverkehrszentrale, die mit den kommerziellen Kreisen des Okkupationsgebiets Verbindungen aufrechterhält, auch informativ tätig und erteilt den Interessenten der Monarchie in ähnlicher Weise Aufschlüsse über die Marktverhältnisse wie ein Handelsmuseum oder eine Handelskammer. Zum Schlusse seines Vortrages berührte Ritter v. Schneider die Frage der Uebergangswirtschaft in Serbien, und wies auf den Umstand hin, daß wie immer sich die Lösung dieser Frage gestalten mag, die bestehenden kriegswirtschaftlichen Organisationsformen dabei eine nicht unbedeutende Rolle spielen werden. Die Ausführungen des Vortragenden, dem Kopräsident Hofrat Anton Székács dankte, fanden den lebhaften Beifall der zahlreichen Zuhörer, in deren Reihen sich Ministerialrat Dr. v. Földváry und Sektionsrat Procopius, der Finanzdirektor Serbiens Bernhard v. Pavlinovics (Belgrad), Oberleutnant v. Miklóssy und Oberleutnant v. Petheö von seiten der Warenverkehrszentrale in Budapest, Oberleutnant Hefelle von der Warenverkehrszentrale in Wien und Oberleutnant Hunyár von der Warenverkehrszentrale für Montenegro, Baron Dirßtay, Hauptmann Hirth, Philipp Weiß, Präsident des serbischen Gläubigerschutzvereins, der bulgarische Vizekonsul Balscharow, die Bankdirektoren Dr. Stein, Anton Hernády (Sophia), Donner, Forró und Generalsekretär Paul Szende befanden.

Tägliche Rundschau
7. III. 1917

163

# Sozialpolitik im Reichshaushaltsausschuß.

Der Hauptausschuß des Reichstages beschäftigte sich heute in fortgesetzter Beratung des Etats für das Reichsamt des Innern zunächst mit einer sozialdemokratischen Entschließung, wonach schleunigst neue, für das ganze Reich wichtige Arbeiterschutzvorschriften, namentlich für diejenigen Betriebe der Munitions- und Schwerindustrie, die besonders gefährlich sind, erlassen und mit Hilfe der Bundesstaaten durchgeführt werden sollen. (Allgemeine Achtstundenschicht, bessere Unfallverhütung, umfassende Vermehrung des Inspektionspersonals, auch durch Beurlaubungen und Neuanstellungen); weiter sollen die Kräfte der Abteilung für Arbeiterstatistik des Statistischen Reichsamts erheblich vermehrt und die Fertigstellung statistischer Feststellungen über die Frauenarbeit usw. beschleunigt werden.

Ein sozialdemokratischer Redner führte aus, wenn in gewissem Sinne mit der menschlichen Kraft Raubbau getrieben werden müsse, wenn Frauen in Bergwerken unter Tage beschäftigt werden und noch stärker herangezogen werden sollen, so muß man auch an Schutz denken. Viele Unglücksfälle sind auf den Mangel an Schutzvorschriften zurückzuführen. Die Ueberwachung des Arbeiterschutzes hat sich durch die Einrichtung des Kriegsamtes verschoben, die Zivilbehörden sind durch die Militärbehörden zurückgedrängt, das war nicht die Absicht des Ermächtigungsgesetzes vom 4. August 1914. Nach einem Rundschreiben des Reichskanzlers darf nur in Ausnahmefällen ein Nachlaß der Schutzvorschriften eintreten; die nachgeordneten Behörden und die Entwicklung der Verhältnisse haben die Ausnahme zur Regel werden lassen. Die achtstündige Schicht ließe sich viel allgemeiner durchführen. Eine genaue Statistik ist unentbehrlich, sie kann auf Grund der letzten Volkszählung hergestellt werden.

Der Unterstaatssekretär des Reichsamts des Innern erklärt, daß diese Dinge genau verfolgt werden und alles geschehe, was geschehen könne. Für gesetzgeberische Maßnahmen sei jetzt nicht die Zeit. Eine allgemeine Befreiung von den Schutzbestimmungen besteht nicht. Die Regelung liegt bei den Bundesstaaten. Der Erlaß des Reichskanzlers gibt ausreichende Normen. Die achtstündige Schicht läßt sich vielfach nicht durchführen, zumal wo Frauen mit Männern zusammenarbeiten. In diesen Fällen haben sich die Behörden sorgfältig um den Schutz zu kümmern. Auch die Nachtarbeit läßt sich nicht immer vermeiden. Wir gehen lange nicht soweit, wie z. B. England. Natürlich soll vermieden werden, Frauen unter Tage zu beschäftigen. Die Unfallvorschriften gelten unverändert fort. Für die eingezogenen Gewerbeinspektoren ist Ersatz geschaffen worden, auch Frauen sind dazu herangezogen. Das Statistische Amt ist überlastet, neue Kräfte lassen sich nicht einstellen. Die Erfahrungen des Krieges werden gesammelt, um im Frieden nutzbar gemacht werden zu können; in dieser Hinsicht wird nichts versäumt. Bei Beschwerden kann es sich nur um Ausnahmen handeln.

Der Vertreter der Deutschen Fraktion erklärt, die deutsche Sozialpolitik sei allen anderen voran. Jetzt könne man den Antrag nicht annehmen, es gelte anderes zu tun. — Ein Fortschrittler weist darauf hin, daß ausländische Zeitungen übertriebene Darstellungen über die Unglücksfälle bringen, denen man in Deutschland nicht entgegentrete. Es fehle vielfach an der Durchführung der Unfallvorschriften. Die Munitionsindustrie sei in vielen Zweigen nicht besonders gesundheitsgefährlich. Wo es geht, solle man die Achtstundenschicht einführen. Die Nachtarbeit für Frauen läßt sich nicht entbehren. Man könnte die Entschließung dem Reichskanzler als Material überweisen. — Ein Sozialdemokrat tritt den Einwendungen entgegen. Die Fabrikinspektion müsse von unabhängigen Personen ausgeübt werden. Ueber die bestehenden Verhältnisse müßten konkrete Angaben gemacht werden. — Der Vertreter der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft verlangt Widerherstellung des Arbeiterschutzes, völliges Verbot der Frauennachtarbeit und daß in dichtbevölkerten Stadtteilen Munitionsfabriken nicht angelegt werden. — Ein Konservativer betont, die Verheimlichung unvermeidbarer Unfälle fördere nur übertriebene Gerüchte. Im Kriege müssen aber dessen Anforderungen erfüllt werden; die Entschließung gehe zu weit. — Derselben Meinung ist ein Nationalliberaler.

Fremdenblatt
8./III. 1917



# Konzentrierung der industriellen Produktion.

Unter dem Vorsitze des Kammerpräsidenten Baron Haupt hat gestern in der Brünner Handels- und Gewerbekammer eine Beratung über die vom Kriegsministerium in Aussicht genommene Konzentrierung der industriellen Produktion stattgefunden. Einladungen waren an die industriellen Vereinigungen im Brünner Kammerbezirk, sowie die der Industrie angehörigen Herren Kammermitglieder ergangen. In einer eingehenden Debatte, an der sich die Herren kaiserlicher Rat Ruber, kaiserlicher Rat Grünfeld, Karl Mühlinghaus, Vizepräsident Robert, Direktor Adler, Baron Baratta, Alfred Löw-Beer, Hochstetter, Direktor Steckl, Hiller, kaiserlicher Rat Samek und kaiserlicher Rat Gottlieb beteiligten, wurde auf die großen Schwierigkeiten der beabsichtigten Maßnahme hingewiesen und insbesondere auch darauf aufmerksam gemacht, daß im Interesse der mittleren und kleineren Unternehmungen die Wiederaufnahme allfällig stillgelegter Betriebe im Frieden mit allen Kräften unterstützt werden müßte. Im Sinne der vom Referenten Regierungsrat Dr. Robert Mayer vorgelegten Grundzüge wurde beschlossen, an allen zuständigen Stellen auf die schweren Bedenken aufmerksam zu machen, für den Fall der Durchführung besonderes Gewicht darauf zu legen, daß den lokalen Kommissionen Vertreter der Industrie und der Kammern mit beratender Stimme beigezogen werden, daß die fachlichen Organisationen Gelegenheit zu einer Aeußerung erhalten, endlich daß durch Schaffung einer zentralen Stelle für eine tunlichst gleichmäßige Durchführung und die Beobachtung gleichartiger Richtlinien vorgesorgt werde.

Neues Wiener Tagblatt
8./III. 1917



**(Projektierte Konzentrierung der industriellen Produktion.)** Aus Brünn wird uns berichtet: Unter dem Vorsitz des Kammerpräsidenten Baron Haupt hat gestern in der Brünner Handels- und Gewerbekammer eine Beratung über die vom k. u. k. Kriegsministerium in Aussicht genommene Konzentrierung der industriellen Produktion stattgefunden. In einer eingehenden Debatte, an welcher sich die Herren kaiserlicher Rat Ruber, kaiserlicher Rat Grünfeld, Karl Mühlinghaus, Vizepräsident Robert, Direktor Adler, Baron Baratta, Alfred Löw-Beer, Hochstetter, Direktor Steckl, Hiller, kaiserlicher Rat Samek und kaiserlicher Rat Gottlieb beteiligten, wurde auf die großen Schwierigkeiten der beabsichtigten Maßnahme hingewiesen und insbesondere auch darauf aufmerksam gemacht, daß im Interesse der mittleren und kleineren Unternehmungen die Wiederaufnahme allfällig stillgelegter Betriebe im Frieden mit allen Kräften unterstützt werden müßte. Im Sinne der vom Referenten Regierungsrat Dr. Robert Mayer vorgelegten Grundzüge wurde beschlossen, an allen zuständigen Stellen auf die schweren Bedenken aufmerksam zu machen, für den Fall der Durchführung besonderes Gewicht darauf zu legen, daß den lokalen Kommissionen Vertreter der Industrie und der Kammern mit beratender Stimme beigezogen werden, daß die fachlichen Organisationen Gelegenheit zu einer Aeußerung erhalten, endlich, daß durch Schaffung einer zentralen Stelle für eine tunlichst gleichmäßige Durchführung und die Beobachtung gleichartiger Richtlinien vorgesorgt werde.

Fremdenblatt
8/III. 1917

166

# Englands Wirtschaftskrieg.

Unter diesem Titel hielt Schriftsteller L. Leonhard in der gestrigen Vollversammlung des Niederösterreichischen Gewerbevereines einen Vortrag. Er besprach einleitend den U-Bootkrieg, den sträflichen Optimismus der Engländer, als bereits am 16. Februar 1915 die erste Blockade durch Deutschland über das Inselreich verhängt wurde und endlich die vergebliche Suche der Nation nach wirksamen Abwehrmaßnahmen. Wenn führende Minister jetzt erklären, die Tauchbootgefahr werde bis Ende März beseitigt sein, so handelt es sich um einen Bluff, denn im Augenblicke sind London und die englischen Provinzstädte von Plakaten überschwemmt, in denen die ganze Bevölkerung aufgefordert wird, über wirksame Erfindungen gegen die U-Boote nachzusinnen. Können solche Mittel bis Ende des Monates tatsächlich gefunden und auch praktisch ausgeprobt sein? Sodann ging der Vortragende auf Englands eigentlichen Wirtschaftskrieg über und erörterte nach allen Seiten hin den von England geplanten „Krieg nach dem Kriege". Man brauche sich durch die diesbezüglichen Vorbereitungen Großbritanniens nicht einschüchtern zu lassen, solle sie aber auch nicht ignorieren, sondern für die Uebergangszeit gewappnet dastehen. England will erreichen, daß die Ententestaaten ihre Einfuhrzölle auf englische Waren ermäßigen, dagegen den Import deutscher Waren durch besonders hohe Zölle unmöglich machen. Die Folge davon wäre, daß die jetzigen Alliierten dann mehr oder weniger auf England angewiesen wären, die Zentralstaaten jedoch gewissermaßen in ihren eigenen Fabrikaten ersticken würden. Aber England will noch weiter gehen: Die jetzigen Feinde der Mittelmächte sollen auch nach Friedensschluß den letzteren keine Rohstoffe liefern dürfen, so daß wir nicht einmal den eigenen Bedarf an Industrieartikeln decken, geschweige denn exportieren könnten. Dann würde das vereinigte Königreich in die Bresche springen und versuchen, uns mit Fabrikaten zu überschwemmen. Die Entente will Deutschland aber auch von neutralen Mächten ausschließen und macht schon jetzt die verzweifeltsten Anstrengungen, Südamerika und China zu erobern. Rätselhaft bleibt nur, wie England den ungeheuren Bedarf an Industrieartikeln der ganzen Welt decken will. In vielen Fabrikaten kann es sich selbst nicht versorgen, sondern bleibt auf Importe aus dem Ausland angewiesen. Wenn England versucht, die vorhandenen 4700 Munitionswerkstätten nach Beendigung des Krieges in die verschiedensten Fabriken zum Betriebe von Friedensindustrien umzuwandeln, so lassen sich doch solche Umwälzungen nicht über Nacht herbeiführen. Auch können Munitionsarbeiter nicht mit einem Schlage geschulte Arbeiter aller möglichen Industrien werden. Ueberdies läßt sich heute kaum sagen, wie sich die Beziehungen der verschiedenen Ententeverbündeten nach Friedensschluß gestalten werden und außerdem hat England mit der außerordentlichen Konkurrenz Amerikas zu rechnen. Viele Industrien des Inselreiches sind übrigens so rückständig, z. B. die Glasfabrikation, daß an einen plötzlichen Aufschwung nach dem Kriege kaum zu denken ist. Schließlich lassen die Engländer ganz außer acht, daß am Ende des Krieges ihre Rohstofflager erschöpft sein dürften. Zuletzt erörterte der Vortragende eingehend die Kriegskosten Großbritanniens, die über die phantastischen Erwartungen der Engländer selbst hinausgehen und ihre ärgsten Befürchtungen übersteigen. Die Kosten sind so enorm, daß mit der neu gezeichneten Milliarde Pfund Sterling England kaum das Auslangen für ein weiteres halbes Kriegsjahr finden wird. In diesem Halbjahre nun will es die Zentralmächte aufs Haupt schlagen! Tatsache aber ist, daß England sich jetzt mit dem eigenen Schwerte schlägt, denn den Wirtschaftskrieg, den Großbritannien führen wollte, führen durch die U-Bootwaffe jetzt die Mittelmächte.

Die sehr interessanten Ausführungen Leonhards wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

Die Zeit Abend
8/III. 1917
167

a [Gegen das grobe Benehmen der Kleinhändler.] Aus Reichenberg wird uns berichtet: Die Bezirkshauptmannschaft Aussig veröffentlicht folgende Mitteilung: „Es haben sich in letzter Zeit wiederholt Fälle ereignet, daß Händler mit Bedarfsartikeln des täglichen Lebensunterhaltes im Verkehr mit den Kunden, insbesondere mit solchen der minderbemittelten Stände, ein barsches und grobes Benehmen an den Tag gelegt haben. Ein solches Vorgehen ruft mit Recht öffentlichen Unwillen hervor; es beweist aber auch einen hohen Grad von Verständnislosigkeit für die schwierige Lage der ärmeren Bevölkerung und ungewöhnliche Herzlosigkeit. In Hinkunft wird gegen solche Händler auf Grund der kaiserlichen Verordnung vom 20. April 1854 unnachsichtlich mit Arreststrafen vorgegangen werden."

Pester Lloyd
9/III. 1917

168

(Die Konzentration der industriellen Betriebe.) Aus Wien wird uns telegraphiert: Unter dem Vorsitze des Handelsministers Dr. Urban hat heute im Handelsministerium eine Enquete stattgefunden, die sich mit der Konzentration der Betriebe behufs Erleichterung der Kohlenversorgung und Milderung der Transportschwierigkeiten beschäftigte. Die einvernommenen Vertreter der Industrie sprachen sich ohne Ausnahme gegen eine Konzentration aus. Dr. Urban legte dar, daß er die Bedürfnisse der Industrie als Industrieller genau kenne und nicht die Absicht hätte, die Industrie irgendwie zu benachteiligen. Wenn es zu einer Konzentration der Betriebe in Oesterreich käme, so würde das im Einvernehmen mit Ungarn geschehen. Der Präsident der drei industriellen Verbände, Kommerzialrat Vetter sprach sich gegen den Plan aus. Sollte aber die Zusammenfassung nicht umgangen werden können, so halte er es für unbedingt notwendig, in jedem einzelnen Falle die Wünsche der betreffenden Branche und jedes Betriebes zu berücksichtigen. Namens der österreichischen Wollindustrie sprach sich Fabrikant Löw-Beer gegen die geplanten Maßnahmen aus. Direktor v. Fries machte namens der Zuckerindustrie seine Bedenken geltend, ebenso Kommerzialrat Kuffler als Präsident des Baumwollverbandes. Unter anderen wurde von den Delegierten auch darauf verwiesen, daß ein analoges Vorgehen wie in Deutschland sich bei uns nicht empfehle.

Reichspost

9./III. 1917

169

— **Eine Jubiläumsschrift der Wiener Kaufmannskongregation.** Zum 25jährigen Bestande der Marianischen Kongregation für Kaufleute an der Pfarrkirche St. Augustin in Wien veröffentlicht der bekannte Männerapostel P. Abel S. J. (im Verlag der Kongregation, 1. Bezirk, Augustinerstraße 7) eine 40 Seiten starke Broschüre, eine anschauliche, frisch temperamentvoll geschriebene Geschichte der Kongregation. Und es ist mehr als nur eine Geschichte der Kongregation; aus einer Reihe allgemeiner Hinweise und Seitenbemerkungen baut sich mehr oder weniger ein Bild der ganzen neueren christlichen Volksbewegung in Wien auf. So wird die Schrift nicht nur für die Kongregationsangehörigen interessant, nicht nur für die zahlreichen Teilnehmer an den jährlichen Männerfahrten nach Mariazell, von denen eingehend die Rede ist, sondern auch für alle diejenigen, die sich im weiteren für Werden und Gedeihen jener Volksbewegung interessieren. Aus der Schrift entnehmen wir, daß der äußere Anstoß zur Gründung der Kongregation für Kaufleute bei St. Augustin kam aus den in der Fastenzeit 1890 ebendort gehaltenen, Aufsehen erregenden, zahlreich besuchten Missionspredigten der Patres Klinkowström und Abel. 1893 erfolgte die Gründung der Mariazeller Männerwallfahrten. In das Jahr 1897 fallen die Anfänge des Canisiushauses und der Canisiuskirche, an deren Bau Kongregationsmitglieder als Begründer und Hauptpropagatoren des „Canisius-Kirchenbauvereines" hervorragenden Anteil nahmen. 1900 erfolgt eine Trennung der Kongregation in eine solche für Kaufleute (Beamte, Angestellte) und für Kaufherren. 1903 werden die regelmäßigen Wiener Männerfahrten nach Klosterneuburg zum Grab des heiligen Leopold begründet. Ein Werk der Arbeit und Propaganda der Kaufmannskongregation ist die 1914/15 erbaute und bereits eingeweihte Kirche von Mitterbach bei Mariazell. An den Vorarbeiten und der eigentlichen Organisation des Wiener Eucharistischen Kongresses 1912 ist gerade die Kaufmännische Kongregation in hervorragender Weise beteiligt. Dieser Art ist in der Schrift von viel schönen Früchten religiösen Eifers die Rede. Moderator der Kongregation ist heute P. Abel; Präfekt der Altbürgermeister von Kalksburg Herr Weber. Hauptorganisatoren bei großen Veranstaltungen die Herren Pendl, Schiefer und Salac.

Arbeiterzeitung
10./III. 1917

170

## Konzentration der Industrie.

### Ein Plan der Regierung.

Handelsminister Dr. Urban hat für gestern Vertreter der drei großen industriellen Verbände sowie Vertreter der Gewerkschaftskommission eingeladen, um ihnen einen Plan bekanntzugeben. Es soll nämlich, wie es vielfach in Deutschland geschehen ist, eine Konzentration der Industriebetriebe auch in Oesterreich eintreten, weil dadurch, wie die Regierung glaubt, mit größerer Wirtschaftlichkeit gearbeitet werden könnte.

Dr. Urban meinte, der Wunsch nach leichterer Kohlenversorgung und nach Beseitigung der Verkehrsschwierigkeiten sowie andere Umstände (gemeint ist hier wohl die Ersparung von Arbeitskräften) haben den Plan entstehen lassen, Betriebe zu konzentrieren, das heißt mehrere Betriebe zusammenzulegen. Ein größerer Betrieb brauche verhältnismäßig weniger Kohlen und auch die Beförderung auf den Bahnen sei leichter, wenn an einem bestimmten Orte viel ein- und ausgeladen werde, als wenn dieselbe Menge an verschiedenen Orten behandelt werden müsse. Der Plan werde nur durchgeführt werden, wenn dasselbe auch in Ungarn geschehe. Geschädigten solle Entschädigung gewährt werden.

Im Namen der drei industriellen Verbände erklärte sich Kommerzialrat Vetter gegen den Plan. Er meinte schließlich, wenn doch irgend etwas in dieser Richtung geschehen sollte, so sei nicht nur auf die Wünsche der einzelnen Branchen Rücksicht zu nehmen, sondern auch auf die Bedingungen jedes einzelnen Betriebes. Dann sprachen die Herren Löw-Beer, Dr. v. Frieß und Kuffler namens der Schafwoll-, der Zucker- und der Baumwollindustrie. Sie erklärten sich ebenfalls gegen den Plan und meinten, die Verhältnisse seien in Oesterreich anders als in Deutschland. Vorsicht sei schon deshalb geboten, weil, wenn man Betriebe jetzt im Kriege auflasse, viele wahrscheinlich im Frieden nicht mehr auferstehen würden. Es komme auch in Betracht, daß die kleinen Unternehmer heute staatliche Aufträge deshalb ausführen müssen, weil die großen Betriebe ohnehin bis zur Grenze ihrer Leistungsfähigkeit angespannt und deshalb gezwungen seien, Arbeit an Kleingewerbetreibende zu übertragen.

Als Vertreter der Gewerkschaftskommission nahmen Domes, Hanusch, Hueber und Seitz an der Besprechung teil. Sie erklärten: Die Arbeiter haben sich selbstverständlich einer Konzentration der Betriebe, die im Laufe der natürlichen Entwicklung erfolgte, niemals entgegengestellt. Gegen eine plötzliche und sprunghafte, ja gewaltsam durchgeführte Konzentration sprechen allerdings die schwersten Bedenken. Vor allem dürfte die Zusammenfassung der Betriebe nicht planlos erfolgen, ohne daß ein etwa vorhandener Plan den maßgebenden Organisationen der Industriellen und der Arbeiterschaft zur Prüfung unterbreitet wird. Eine solche Prüfung, die vom Standpunkt jeder einzelnen Branche ausgehen muß, müßten die Gewerkschaften von zwei Gesichtspunkten aus vornehmen: vom Standpunkt jener Arbeiter, die überflüssig werden sollen, und jener, die in den zu vergrößernden Betrieben neu beschäftigt werden sollen. Der Minister hat wohl von Entschädigungen und Unterstützungen an die Arbeiter, die überflüssig werden sollten, gesprochen. Man weiß aber aus Erfahrung, wie es um solche Unterstützungen beschaffen ist. Die Arbeiter sind keine Bettler und Almosenempfänger, sie wollen arbeiten und erwerben. Bei der großen Zahl der Eingerückten kann übrigens den Zurückgebliebenen genug Arbeit verschafft werden. Was die zweite Gruppe betrifft, so müssen zunächst Garantien geschaffen werden, daß die Arbeits- und Lohnverhältnisse nicht verschlechtert werden, ferner, daß diejenigen, die ihre Arbeitsstelle wechseln, samt ihren Familien angemessene Wohnungen finden und eine ausreichende und zweckmäßige Organisation der Nahrungsmittelversorgung antreffen. Wird die Familie nicht an die neue Arbeitsstätte mitgenommen, so muß sie durch den Unterhaltsbeitrag klaglos entschädigt werden. Gerade in dieser Hinsicht hat man üble Erfahrungen gemacht, die zu den schwersten Bedenken führen. Sollte die von diesen Gesichtspunkten ausgehende Prüfung ergeben, daß nicht alle Garantien die möglich sind, bestehen, so würde sich die ablehnende Haltung noch verschärfen. Wenn man sieht, wie groß im Deutschen Reiche der Einfluß der Berufsorganisationen der Industriellen und der Arbeiter bei allen kriegswirtschaftlichen Vorkehrungen und besonders bei der Schaffung und Durchführung des Hilfsdienstgesetzes ist, so empfindet man so recht die politische Rückständigkeit in Oesterreich. In dieser Frage wäre es von den allerschwersten Folgen, würde man irgendeinen Schritt unternehmen, ohne die Gutachten der Organisationen zu hören und zu beachten.

Der Vorsitzende gab am Schlusse einen Ueberblick über die Erörterungen und dankte für die Aufschlüsse, die erteilt wurden.

Pester Lloyd
14. III. 1917



(Mehrproduktion und Zollpolitik.) Unter diesem Titel hielt heute Dr. Alexander Katona in der Diskussion der Soziologischen Gesellschaft über die Agrarreform einen Vortrag, in dem er ausführte, daß der Zollschutz im Interesse der Mehrproduktion nicht wünschenswert sei, wenn er einer organischen Mehrproduktionpolitik auch nicht hindernd im Wege steht. Aus dem Gesichtspunkte der Verwertung der landwirtschaftlichen Produktion Ungarns sei die Aufrechterhaltung der Zollgemeinsamkeit mit Oesterreich von hervorragender Wichtigkeit. Da uns im Falle der Verwirklichung der Mehrproduktion das österreichische Absatzgebiet nicht genügen würde, müssen wir unserer landwirtschaftlichen Ausfuhr nach dem Zollauslande Märkte sichern. Hier kommt in erster Reihe Deutschland in Betracht, mit dem wir zu diesem Behufe keine Zollunion einzugehen brauchen. Es wären nur die Beseitigung der mit der Zollbehandlung verbundenen Vexationen, die Sicherung der vollkommen gleichen Behandlung, das Abstellen der deutschen Prämien und die entsprechende Regelung des Veterinärwesens erforderlich. Die zollpolitischen Bedingungen der Mehrproduktion sind größtenteils vorhanden, die fehlenden aber könnten in den neuen Handelsverträgen leicht gesichert werden. Die Ausführungen des Vortragenden wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

Arbeiterzeitung
15. III. 1917



## Die Wahlversammlung der Handlungsgehilfen.

Die Wahlversammlung findet Sonntag den 25. d. statt. Die Stimmenabgabe erfolgt wieder im großen Saale des Wiener Börsengebäudes. Samstag den 24. Februar hat eine Kommission, der auch als Vertreter des Magistrats Magistratssekretär v. Goerz angehörte, an Ort und Stelle die notwendigen Verfügungen getroffen. Es werden achtzehn Wahlkommissionen gebildet. Als Legitimation gilt wieder das Mitgliedsbuch der Krankenkasse der gremialangehörigen Handlungsgehilfen in Wien (vormals Gremialkrankenkasse der Wiener Kaufmannschaft) und ein vom Gehilfenausschuß ausgestellter, auf den Namen des Wahlberechtigten lautender Legitimationsschein. Die Wählerzahl beträgt an 27.000. Die Wählerliste ist bereits fertiggestellt und ebenso die Legitimationsscheine. Die auf Namen lautenden Legitimationsscheine werden den Firmen zugestellt, die sie an die wahlberechtigten Angestellten zu verabfolgen haben. Mit der Versendung der Legitimationsscheine wurde begonnen. Die Wahlberechtigten, denen der Legitimationsschein bis 21. d. nicht zugestellt wurde, können ihn vom 22. bis 24. d. zwischen 9 Uhr vormittags und 1 Uhr nachmittags gegen Vorweisung ihres Krankenkassenbuches in der Kanzlei der Krankenkasse der gremialangehörigen Angestellten in Wien, IX. Kolingasse Nr. 13, persönlich beheben, ebenso Duplikate für in Verlust geratene Legitimationsscheine. Gleichfalls firmenweise erfolgt die Zustellung der Stimmzettel durch das Wahlcomité. Solche Stimmzettel können auch beim Wahlcomité, Werdertorgasse Nr. 9, zweiter Stock, behoben werden. Die Stimmenabgabe beginnt um 8 Uhr vormittags und endet um 4 Uhr nachmittags.

Pester Lloyd Abendbl.
15./III. 1917

15
775

(Ungarische Kaufmannshalle.) Die Ungarische Kaufmannshalle hielt gestern unter dem Vorsitze des Kopräsidenten Ladislaus v. Fürst ihre diesjährige Generalversammlung. Der Vorsitzende verwies in seiner, mit großem Beifall aufgenommenen Eröffnungsrede auf den reichen Inhalt des Jahresberichtes und hob die umfangreiche Tätigkeit hervor, welche die Fachsektionen auch im abgelaufenen Jahre entwickelt haben. Ihrer Tätigkeit ist es zu verdanken, daß die vor den Ausschuß kommenden Fragen fachgemäß vorbereitet und daß die richtige Interpretierung und gleichmäßige Anwendung der verschiedenen Kriegsverordnungen erleichtert wurden. Der Vorsitzende reflektierte dann auf die ungerechten Angriffe, welchen der Handel im abgelaufenen Jahre ausgesetzt war. Indem er diese energisch zurückwies, verwahrte er sich dagegen, daß wegen der Mißbräuche einzelner, die überall und bei jedem Berufe vorkommen, der Handel als solcher angegriffen werde. Er befaßte sich hierauf mit der Frage der Maximierung der Bedarfsindustrieartikel und konstatierte, daß der Handel gegen eine solche Verfügung keine Einwendung erhebt, daß aber andererseits die Frage verspätet aufgeworfen wurde, weil dies in einer Zeit erfolgte, wo größere Warenvorräte nicht mehr vorhanden waren. Zum Schlusse beschäftigte sich der Vorsitzende eingehend mit der Anschaffung des Rohmaterials nach dem Kriege und im Zusammenhange damit mit der Frage der verschiedenen Zentralen, hinsichtlich welcher die Kaufmannshalle ihren Standpunkt fixiert hat. Die Generalversammlung akzeptierte einstimmig den Bericht, genehmigte die Schlußrechnungen und stellte den Kostenvoranschlag für das laufende Jahr fest. Schließlich wurde die Ergänzung des Ausschusses vorgenommen, indem Armin Bartos (Firma Moritz Munk u. Komp. Nachfolger), Benedikt Hoffmann, Philipp Neumayer, Bernhard Szántó und Samuel Urbán zu neuen Ausschußmitgliedern gewählt wurden.

Westungarischer-Grenzbote

16./III. 1917

178

## Plenarsitzung der Pozsonyer Handels und Gewerbekammer.

Die vorgestrige Frühjahrs-Plenarsitzung, übrigens die erste des Jahres, wies eine reichhaltige Tagesordnung auf. Präsident Johann Sendlein eröffnete um 4 Uhr die Sitzung und designierte die Kammerräte Josef Braun und Bela Szulyovszky zu Authentikatoren. Hierauf folgt ein warmer Nachruf auf die Kammerräte Lazar Gestettner, Emil v. Felizides und Wilhelm Vorhorn. Vor der Tagesordnung stellt

Kammerrat Siegmund Fornheim einen wohlbegründeten, mit allgemeiner Zustimmung begleiteten Separatantrag betreffs Aufrechterhaltung der Darlehenskassen für Handels- und Gewerbetreibende in der Zeit während und nach der Mobilisierung. — Dieser Antrag lautet im Wortlaute:

Löbl. Plenar-Versammlung!

Noch immer wütet der grausige Weltkrieg und fordert täglich ungeheure Opfer an Gut und Blut. Beweint und betrauert werden die gefallenen Helden und Ehre ihrem Andenken!

Für die Ueberlebenden aber, für die nach heiß errungenem Siege heimkehrenden heldenhaften Sieger, die durch das Ziehen ins Feld zumeist ihre Existenz verloren haben, wird, infolge der so traurigen Wirtschaftsverhältnisse, vom Staate vorgesorgt werden müssen.

Alle Berufsangehörigen werden wohl mehr oder minder arg betroffen, wohl aber kein Stand so sehr als die Kleinkaufleute und Gewerbetreibenden.

Der zurückkehrende Arbeiter wird raschest wieder Arbeit finden, ebenso wird der Staats-, Stadt- oder Privat-Beamte wieder Stellung bekommen, zumeist auf seinem früheren Posten.

Arzt, Anwalt, Ingenieur oder Angehörige aller diplomierten Stände werden wieder ihre Erwerbtätigkeit aufnehmen können, da ja bei allen diesen angeführten Berufen großer Mangel und Bedarf herrscht, andererseits zum Neubeginn der Arbeitstätigkeit kein Kapital oder Kredit nötig ist.

Der Kleinkaufmann und Gewerbetreibende aber, der durch seine militärische Dienstleistung gezwungen ist, sein Geschäft, resp. Werkstatt zu schließen und dadurch ruiniert wurde, kann, zurückgekehrt, unmöglich wieder seinen Beruf fortsetzen, sich und seine Familie erhalten. Er hat ja keine Ware, kein Kapital und, was das Schwerste ist, infolge der Kriegswirtschaft keinen Kredit.

Für diese Handels- und Gewerbetreibenden muß nun der Staat in allererster Linie vorsorgen und durch Vorstrecken von Waren und Kapitalien ermöglichen, daß die unzähligen Betriebe wieder in Gang gebracht werden und diese vielen Steuerzahler wieder fortbestehen können.

Die Handels- und Gewerbekammern als Schützer der Interessen der Kaufleute und Gewerbetreibenden müssen in diesem Sinne bei einer hohen Regierung eindringlichst intervenieren, daß in vergrößertem Stile wie die Kriegsdarlehen-Kassen für die heimkehrenden Unterstützungsbedürftigen Friedens-Darlehen-Kassen errichtet werden, in welcher die anständigen Kleinkaufleute und Gewerbetreibenden behufs Anschaffung der benötigten Waren und Materialien zinsenfreie Darlehen bekommen. Mit der Durchführung könnten die Handels- und Gewerbekammern betraut werden, so wie sie die segensreich wirkenden Kriegs-Unterstützungen erfolgreich erledigen.

Möge die löbliche Plenarversammlung in diesem Sinne einen Beschluß erbringen, sich diesbezüglich mit den Schwester-Kammern in Verbindung setzen und bei einer hohen Regierung die Durchführung dieses Beschlusses, sowie Bereitstellung eines entsprechend großen Fondes erwirken, zum Heile unserer zurückkehrenden Helden des Kaufmann- und Gewerbestandes, aber auch im Interesse unseres teuren Vaterlandes.

Es folgte nun die Tagesordnung. Im Rahmen derselben werden von seite der Kammer: Alexander Feigler und Friedrich Duschinsky als ordentliche, Johann Thek und Siegmund Fornheim als Ersatzmitglieder in die Pozsonyer städtische Steuerreklamations-Kommission entsendet. Kammerrat Moritz Pollak (Nyitra) wünscht, daß nicht nur für die Stadt Pozsony, sondern auch für die übrigen Steuerbezirke durch die Kammer Mitglieder entsendet werden sollen. Die Plenar-Sitzung beschließt nach dem Referate des Sekretärs Dr. Wolff, diesem berechtigten Wunsche bei den Finanzdirektionen des Pozsonyer Kammerdistriktes Geltung zu verschaffen.

Im Anschlusse zu dieser Steuerverwaltungsangelegenheit stellt Kammer-Vizepräsident Max Stein den beifällig aufgenommenen, von der Handelssektion gestellten Antrag, die Bestimmungen der neuen Steuergesetze den Handels- und Gewerbetreibenden — wie schon einmal geschehen — in volkstümlichen Broschüren sowie in Vorträgen zugänglich zu machen.

Gleichzeitig teilt der Vizepräsident mit, daß die Kammer beim Finanzminister um Verlängerung des Fatierungstermines vom 31. März auf 31. Mai eingekommen ist. (Allgemeine Zustimmung.)

Kammerrat Friedrich Duschinsky teilt diesbezüglich mit, daß auch der Finanzdirektor — laut einer von ihm im hiesigen städtischen Verwaltungsausschusse abgegebenen Erklärung — das Recht besitzt, Einzelngesuchen um Verlängerung des Fatierungstermines stattzugeben, was den Handels- und Gewerbetreibenden zu wissen jedenfalls sehr angenehm ist.

Die Propositionen bezüglich der Steuerfatierung gelangen im obigen Sinne nach einigen weiteren Erörterungen zur Erledigung.

Längere Debatten behandelten die Mißgriffe bei Handhabung der Approvisionierungsvorschriften durch untergeordnete Verwaltungsorgane, den Verteilungsmodus der Landeszentrale bei den Rohmaterialien und Massenartikeln in Handel und Gewerbe, die Maßregelung des Kettenhandels, die Schwierigkeiten im Bahnverkehr, die Erweiterung der hiesigen höheren Handelsschulen, einen Antrag Fornheims bezüglich Errichtung einer handelswissenschaftlichen Fakultät an der Pozsonyer Universität.

Wie ersichtlich, standen hochwichtige volkswirtschaftliche Angelegenheiten auf der Tagesordnung; dieselben wurden im Rahmen der dreistündigen Plenar-Sitzung erledigt und gelangen jetzt nach Erledigung vor die große Oeffentlichkeit.

Die Plenar-Sitzung wurde nach Erschöpfung der Tagesordnung etwas vor halb 6 Uhr abends geschlossen.

Pester Lloyd
17. III. 1917

17
181

(Die Konzentrierung der industriellen Betriebe.) Die Direktion des Bundes der Fabriksindustriellen befaßte sich in ihrer gestern unter dem Vorsitze des Magnatenhausmitgliedes Dr. Franz Chorin gehaltenen Sitzung mit der Frage der Konzentrierung der industriellen Betriebe. Sekretär Dr. Max Fenyö gab eine Darstellung der bisherigen Phasen der Frage und berichtete über die Fachberatungen, die über dieses Problem unter Einbeziehung des gesamten industriellen Interessentenkreises in Oesterreich abgehalten wurden. Das Resultat dieser Beratungen war, daß die österreichische Fabriksindustrie sowie die industrielle Arbeiterschaft einhellig gegen diese Konzentration Stellung nahm. Hierauf entspann sich in der Direktionssitzung eine eingehende Diskussion, an der sich Dr. Edvard Aczél, Ludwig Borbély, Dr. Franz Chorin jun., Heinrich Fellner, Stefan Henik, Dr. Albert Hirsch, Béla Rechtnitz, Béla Surányi, Manfred v. Weiß und Alexander Wolf beteiligten. Präsident Franz Chorin stellte in seinem Resumé fest, daß bei den völlig abweichenden Produktionsbedingungen der ungarischen Fabriksindustrie, die entgegen der österreichischen und insbesondere der deutschen Industrie eher über einzelne Fabriksbetriebe als über entwickelte Industriezweige verfügt, ein ähnlicher Versuch zur Desorganisation führen, die bei uns überwiegenden Klein- und Mittelbetriebe ausrotten und alle Industrieförderungsbestrebungen eines Menschenalters vernichten würde, so daß Ungarn nach dem Kriege ganz ohne industrielle Rüstung dastünde. Die Ergebnisse, die man durch die Kohlenersparnis sowie die mindere Inanspruchnahme der Transportmittel erhofft, würden sich als illusorisch erweisen. Auch finanziell ist die Sache nicht zu lösen, gleichwie sie aus dem Gesichtspunkte der Arbeiterfrage unlösbar erscheint. Der Präsident machte sich den Antrag des Vizepräsidenten Manfred v. Weiß zu eigen, wonach der Bund sich an den Ministerpräsidenten und den Handelsminister wenden und sie ersuchen möge, in dieser Sache nicht ohne Anhörung des Bundes und der beteiligten Industriezweige zu entscheiden. Die Direktion akzeptierte die Unterbreitungen des Präsidenten.

Neues Pester Journal

18/III. 1917

18

183

(Die Leipziger Frühjahrsmustermesse.) Man schreibt uns aus Leipzig: Die sechste Leipziger Kriegsmesse hat ihre Vorgängerinnen und wohl fast alle Friedensmessen übertroffen und einen vorzüglichen Verlauf genommen. Die Besucherzahl übersteigt mit rund 35.000 alle bisherigen Ziffern und bedeutet einen Rekord. Ebenso war die Zahl der Ausstellerfirmen mit über 2500 noch größer als zur vorjährigen Frühjahrsmesse. Die Meßgebäude waren voll besetzt und boten mit ihren glänzenden Musterausstellungen ein Bild, das in nichts an den Krieg erinnerte. Wiederum überwog die Nachfrage nach besseren und besten Erzeugnissen, wobei die Preisfrage nur eine nebensächliche Rolle spielte. Von neuem zeigte sich bei Besichtigung der Musterlager, daß die Messe für minderwertige Erzeugnisse kaum mehr in Frage kommt, dagegen als Markt für Qualitätsware mehr und mehr in Erscheinung tritt. Das Ausland war unter den Einkäufern in ansehnlichem Maße vertreten, in erster Linie, wie immer, Oesterreich-Ungarn, ferner die Niederlande, Dänemark, die Schweiz, die besetzten Gebiete in Russisch-Polen, Schweden, Norwegen, Belgien, Luxemburg, die Balkanländer usw. Zum ersten Male fand die Mustermesse unter der Verwaltung des neugegründeten Meßamtes für die Mustermessen in Leipzig statt, das, von Reich, Staat und Stadt mit ansehnlichen Zuschüssen bedacht, seiner Aufgabe, alle für die Mustermesse schaffenden Kräfte nach einheitlichen Gesichtspunkten zusammenzufassen und die Messe nach jeder Richtung zu fördern, vollkommen gerecht wurde. Alles in allem ist dem feindlichen Auslande abermals der schlagende Beweis geliefert worden, daß deutscher Unternehmungsgeist und nationale und vaterländische Gesinnung Unerwartetes, ja Unerhörtes zustande bringen, daß aber auch die jahrhundertealte Einrichtung der Leipziger Messen allen feindlichen Gegenunternehmungen zum Trotz in unveränderter Jugendfrische weiter blühen wird.

Fremdenblatt

18./III. 1917

185

# Industrieller Klub.

In der gestrigen Monatsversammlung des Industriellen Klub hielt Professor Dr. Paul Samassa einen Vortrag über „Die deutsche Kolonialpolitik vor und nach dem Weltkriege". Vor Eingang in die Tagesordnung äußerte sich der Vorsitzende Präsident Bergrat Max R. v. Gutmann über die Organisation industrieller Staatsbetriebe: Er sagte u. a.:

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, erlaube ich mir anknüpfend an die Diskussion der letzten Monatsversammlung, die diesbezügliche Stellungnahme unseres Ausschusses bekanntzugeben. Das großzügige Programm des Vortragenden, betreffend die Reform der Organisation von industriellen Staatsbetrieben, insbesondere die Ausführungen über die Uebertragung von Vorzügen der Privatwirtschaft auf die Staatswirtschaft, fand die volle und rückhaltlose Zustimmung des Ausschusses. Hingegen wurden schwerwiegende Bedenken erhoben gegen die Anregung der Beteiligung des Staates an dem Gewinne von Industrien, beziehungsweise an ihren Verbänden, gegen Gewährung von Kompensationen, die in der Machtsphäre des Staates liegen. Der Vorschlag ist anscheinend verlockend, doch birgt er gewisse Gefahren, nicht nur weil der allzu enge Zusammenschluß von fiskalischen und kapitalistischen Interessen leicht zu einem Gegensatze zu den Interessen des Konsums führt, sondern auch mit Bezug auf den industriellen Fortschritt, der nur durch äußerstes Anspannen aller technischen und kommerziellen Fähigkeiten und Arbeitskräfte auf Grund der in ihrem Wirtschaftsgebiete gegebenen Produktions- und Absatzbedingungen gedeihen kann, ohne künstliche Förderung, ohne Versetzung in eine Treibhausatmosphäre. Was nun die prinzipielle Seite der Frage anbelangt, so haben wir im Industriellen Klub stets den Standpunkt vertreten, daß wir gegenüber anderen Erwerbsgruppen keine außergewöhnlichen Begünstigungen in Form von Subventionen oder außerordentlichen Maßnahmen verlangen, sondern nur, daß die Freiheit unserer industriellen Betätigung nicht behindert werde durch legislative oder administrative Hemmnisse und Erschwernisse. Es ist die Pflicht des Staates, weil es zum Wohle der Gesamtheit gereicht, alle Vorkehrungen zu treffen für das Gedeihen der Industrie, keineswegs durch Gewährung von Zugeständnissen oder Privilegien, die zu bezahlen wären, sondern durch eine produktionsfördernde Zoll-, Eisenbahntarifs- und Handelspolitik. Auf die Frage der Besteuerung übergehend, bemerkt der Vorsitzende: Wir sind uns vollkommen bewußt, daß das enorme Anwachsen der Kosten des Staatshaushaltes schwere Steuerlasten erfordern wird, und zuweilen träumen wir sogar von einer der Deckung einer Teilquote der Staatsschuld dienenden Vermögenssteuer. Ja, ich glaube, daß sich die Großindustrie bereits mit der Notwendigkeit der Durchführung einer maßvoll zu bemessenden Vermögenssteuer vertraut gemacht hat. Auch geben wir zu, daß außer auf dem Gebiete des Steuerwesens noch andere Einnahmsquellen für den Staat zu erschließen wären, wobei unseres Erachtens allerdings ein Fortschreiten der Verstaatlichung von Industriebetrieben oder die Einführung von Produktionsmonopolen gerade das Gegenteil des angestrebten Zweckes erzielen würde. Uebrigens denken wir keineswegs allzu pessimistisch über die künftige Ertragsmöglichkeit der Besteuerung. Freilich kann kaum bestritten werden, daß — unter Voraussetzung von Durchschnittskonjunkturen — schon vor dem Kriege die Höhe der direkten und indirekten Steuern, insbesondere der Aktiensteuer, die für die Steigerungswahrscheinlichkeit der aus diesen Steuern zu erzielenden Einnahmen zulässige Maximalgrenze zumeist erreicht und häufig überschritten hat. Sonach erachten wir eine Erhöhung des Steuerfußes bestehender Steuern im allgemeinen für unwirksam und sogar schädlich. Was uns als zweckdienlich vorschwebt, ist: eine allgemeine und gleichmäßige Verbreiterung der Steuergrundlage auf alle Einkommensquellen und Erwerbsstände und die Durchbildung eines Steuersystems, dessen Aufbau in keiner Weise lähmend wirkt auf die Produktivität der Bevölkerung.

Nach diesen beifällig aufgenommenen Ausführungen nahm Dr. Samassa das Wort zu seinem kolonialpolitischen Vortrag.

Der Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen. Hierauf schloß der Vorsitzende mit dem wärmsten Danke an den Vortragenden die Versammlung.

Fremdenblatt
18./III. 1917

186

# Wirtschaftspolitische Ausblicke.

## Zu den bevorstehenden Verhandlungen mit Deutschland.

Am 18. d. M. begann in Berlin eine gemeinsame Tagung des deutsch-österreichisch-ungarischen, des österreichisch-deutschen und des ungarisch-deutschen Wirtschaftsverbandes. Sie gilt einer neuerlichen Beratung des von diesen Verbänden wiederholt erörterten Themas der wirtschaftspolitischen Annäherung Oesterreich-Ungarns an Deutschland. Diese Erörterungen waren bisher immer mehr oder weniger rein akademischer Natur, während sie diesmal einen tatsächlichen Untergrund erhalten haben durch die vom Staatssekretär Dr. Helfferich im Budgetausschusse des Deutschen Reichstages vor kurzem abgegebenen Erklärungen. Dort kündigte Dr. Helfferich an, daß die Verhandlungen zwischen den Regierungen der beiden großen Mittelstaaten in naher Frist wieder aufgenommen, beziehungsweise fortgeführt werden sollen. Solche Verhandlungen haben, wie man weiß, schon wiederholt stattgefunden, und in Interessentenkreisen ist es bekannt, daß bei den vorjährigen Besprechungen in Berlin in technisch-formaler Beziehung ein erhebliches Ergebnis erzielt wurde. Wenn jetzt, wie der deutsche Staatssekretär ankündigte, die zollpolitischen Verhandlungen fortgeführt werden sollen, so können darunter nur solche meritorischen Inhalts verstanden sein. Das ist ermöglicht worden durch das vorläufige Uebereinkommen der Regierungen der beiden Staaten der Monarchie über die Zoll- und Handelsbeziehungen, demzufolge nunmehr, wie die amtliche Mitteilung besagte, der Einleitung handelspolitischer Verhandlungen mit dritten Staaten, insbesondere mit dem Deutschen Reiche, kein Hindernis im Wege steht, d. h. das vorläufige Uebereinkommen vom 25. Februar 1917 hat die Monarchie verhandlungsfähig gemacht.

Dr. Helfferich hat in seiner Rede im deutschen Budgetausschuß hervorgehoben, daß sich die geplante Annäherung, die den Gegenstand der demnächstigen Verhandlungen — wahrscheinlich zu Anfang April und wahrscheinlich in Wien — bilden wird, nicht auf zollpolitische Vereinbarungen allein erstrecken solle, daß daneben vielmehr auch Abmachungen anderen Inhalts, namentlich solche verkehrs- und wirtschaftspolitischer Natur Gegenstand der Beratung bilden werden. So haben es ja auch die verschiedenen Vereinigungen verstanden, die schon vor dem Kriege im Sinne einer Annäherung tätig waren, und nicht minder jene Vereinigungen, die während des Krieges dem gleichen Zwecke ihre Entstehung verdankten. Insbesondere die Budapester Tagung der drei mitteleuropäischen Wirtschaftsvereine im Dezember 1916 hat in dieser Hinsicht ein zusammenfassendes und umfangreiches Programm aufgestellt.

An der Hand dieses Programms ist es unschwer zu sagen, was den Gegenstand der Beratung über das Verkehrswesen, die der deutsche Staatssekretär ankündigt, bilden wird. Die Wirtschaftsvereine haben verlangt, daß die schon jetzt bestehenden, den Verkehr fördernden Bestimmungen aufrechterhalten, aber auch fortgebildet werden sollen, namentlich in bezug auf die Erstellung praktisch brauchbarer direkter Tarife. Rechtseinheit durch Uebereinstimmung unserer Betriebsreglements mit der deutschen Verkehrsordnung sei anzustreben, desgleichen möglichste Uebereinstimmung in tarifarischen Belangen, grundsätzliche Benützung der jeweilig günstigsten Routen im Export- und Transitverkehr nach dritten Staaten und Zusammenschluß der da und dort bestehenden Eisenbahnverbindungen. Aber auch auf juristischem Gebiete soll bezüglich des Wirtschaftsrechtes ein Einklang geschaffen werden in bezug auf Handelskauf, Kommissions- und Frachtgeschäft, Versicherungs- und Lagerhausrecht, Gesellschaftsrecht, Schankrecht, Patent-, Marken-, Musterschutz, Urheberrecht, unlauteren Wettbewerb u. dgl. m. Alle diese Materien fallen in das Gebiet des Verkehrswesens und des Wirtschaftsrechts, die von Dr. Helfferich als Gegenstand der bevorstehenden Beratungen bezeichnet wurden. Sie liegen nicht im engeren Gebiete der Handelspolitik, insofern man unter dieser vornehmlich Zollpolitik verstehen möchte, allein sie umfassen sehr erhebliche Bereiche einer ernsten wirtschaftlichen Annäherung.

Vielleicht ist es nicht unangebracht, bei diesem Anlasse noch folgendes festzustellen: Wenn eine handelspolitische Vereinbarung zwischen den Mittelmächten — wie zu erwarten ist — im Sinne einer Annäherung zustande kommt, bei der selbstverständlich die staatliche Souveränität und wirtschaftliche Lebensinteressen der Kontrahenten zu respektieren sein werden, dann wird dieser Block keinen exklusiven Charakter haben. Unsere Feinde bereiten sich vor, nach dem Frieden, der dem militärischen Waffengange ein Ende machen wird, den Wirtschaftskrieg gegen uns zu beginnen. Sie beabsichtigen, uns die Lieferung ihrer Rohmaterialien zu versagen und unseren Halbfabrikaten und Finalprodukten durch Einfuhrverbote oder Aufstellung von Kriegszöllen die Grenzen ihrer Länder zu verschließen, mit Einem Worte: uns wirtschaftlich zu boykottieren. Ob solche Absichten, wenn der Krieg aufhört und der Weltverkehr allmählich wieder in sein normales Geleise kommt, auch tatsächlich ausführbar sind, bleibe diesmal unerörtert. Hier sei nur bei diesem Anlasse festgestellt, daß den Mittelmächten derartige Tendenzen absolut fernliegen. Sobald sie untereinander einig sind — und sie werden sich gewiß einigen — öffnen sie alle Tore und laden jeden zum Eintritt und Beitritt ein, die Neutralen, wenn sie wollen, noch während des Krieges, die jetzigen Feinde nach dem Kriege. Ja, auch die Feinde können von den Mittelmächten die Meistbegünstigung für alle Fälle haben und wenn sie es anstreben: sogar Tarifverträge. Die Mittelmächte wollen weder mit Exklusivität arbeiten, noch mit Boykott, sie sind vielmehr zu Vereinbarungen für jedermann zu haben. Wie sie jetzt während des Krieges die politische Verständigung angeboten haben, obgleich sie militärisch greifbar im Vorteil waren, so werden sie nach dem Kriege zum wirtschaftlichen Frieden mit jedermann bereit sein, obgleich sie, untereinander geeint, einen Wirtschaftsblock bilden, der, wenn es sein muß, auch einen Zollkrieg mit Erfolg bestehen könnte.

Neue Freie Presse
18./III. 1917
787

[Die staatliche Kontrolle der Wareneinfuhr.] Die Wirkung der neuen Verordnung, welche die Wareneinfuhr regelt, läßt sich in Kürze dahin zusammenfassen, daß fast jeder Import, der nicht für staatliche Zwecke notwendig ist, mit Rücksicht auf die Zahlungsbilanz unter die Lupe genommen und nur in Fällen besonderer Dringlichkeit bewilligt werden dürfte. Die Staatsnotwendigkeit bricht die Valutapolitik, die jedoch für alle anderen nicht durch Kriegs- oder sonstige staatliche Bedürfnisse hervorgerufenen Importe entscheidend wird. Ueber die Kriegs- und Ernährungszwecken dienende Einfuhr werden die Heeresverwaltung und das Amt für Volksernährung, über die geringen Importe für den Zivilbedarf eine Kommission entscheiden. Eine Ausnahme macht die Verordnung nur hinsichtlich der Einfuhr von Büchern, neben anderen mit dem Kriegsfürsorgeverkehr zusammenhängenden Sendungen. Der Import im Kriege war in der letzten Zeit, soweit nicht die Einfuhr für Kriegs- und Ernährungszwecke in Betracht kam, derart vermindert, daß während des Krieges eine sehr große weitere Abnahme infolge der neuen Verordnung kaum zu erwarten ist. Immerhin werden für einige Millionen weniger Waren hereinkommen als bisher. Durch die Verordnung wird auch erreicht werden, daß private Warenkäufe für notwendige Gebrauchsgegenstände, wie zum Beispiel Lebensmittel, im Ausland nicht mehr auf eigene Faust werden durchgeführt werden können. Wird ein Privater um die Einfuhrbewilligung für Lebensmittel ansuchen, wird er verhalten werden, sich mit dem Amt für Volksernährung, das dann auch auf die Preisbildung Einfluß nehmen kann, ins Einvernehmen zu setzen. Es sei hervorgehoben, daß die Verordnung in ihrer Wirksamkeit nicht zeitlich befristet ist.

L 70000
1./X.–18./III.
Handel u. Gew.
4
allgem.
4
4
Reichspost
1./X. 1916
1

# Das Gewerbe nach dem Kriege.

Von Johann Alfred Breuer,
Mitglied des Wiener Gemeinderates,
Präsident des Deutsch-Oesterreichischen Gewerbebundes.

Vor einigen Tagen hat sich unter dem Schutze und auf Anregung der Gewerbeförderung des niederösterreichischen Landesausschusses der Zusammenschluß vieler und angesehener gewerblicher Wirtschafts-, Lieferungs- und Kreditgenossenschaften zu einem „Zentralverband der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften Niederösterreichs" vollzogen. Der Tag dieses Ereignisses wird in der Geschichte des Wiener und niederösterreichischen Gewerbes ein Merktag bleiben.

Da der mittelständische Handwerker- und Kaufmannsstand, welcher während der Kriegszeit, wie nur irgend ein Stand, Bluts- und Vermögensopfer brachte und dem in dieser Zeit gefährliche neue Wettbewerber erstanden, im kommenden Frieden des Schutzes sehr bedürftig sein wird, regte schon vor einigen Monaten die unter Führung des Landesausschusses Bielohlawek stehende Landesgewerbeförderung eine großzügige Kriegshilfsaktion an, ließ es aber dabei nicht bewenden, sondern brachte auch wirksame Maßregeln zur raschen Beratung und Durchführung. In allererster Linie handelt es sich bei dieser Aktion um Kredithilfe. Dem durch den Krieg betroffenen Handels- und Gewerbetreibenden soll ein Darlehen zur Verfügung stehen,

---

mit dem er nach dem Kriege sein Geschäft wieder eröffnen kann, auch dafür soll gesorgt werden, daß er rückständige Mobilisierungs- und Materialienrechnungen ohne Schädigung seines Betriebes rückzuerstatten in der Lage ist. Die vom Landesausschusse in Aussicht genommene Förderungsaktionen der anderen Kronländer in dieser Richtung unterstützen Schritte zeigen bereits greifbare Formen.

Der Landesausschuß ist in seinen Fürsorgebestrebungen noch einen gewaltigen Schritt nach vorwärts gegangen. Der Kredit allein wird ja nicht genügen, es muß auch Arbeit und Verdienst geboten und für die Wiederöffentlichung, die nach dem Kriege dem einkehren namentlich in manchen Zweigen bei der Größe des dann auftretenden Bedarfes schwer fallen dürfte, vorgesorgt werden. Vor allem Beschleunigung der Liquidierung im größten Maßstabe. Mit der Uebertragung vieler und großer Arbeiten an den Gewerbestand ist es allein nicht getan. Es gehört nebst einer zweckentsprechenden Organisation des Arbeitsnachweises auch eine fachmännische Regelung der Arbeitsbedingungen im Gewerbestand selbst dazu. Das läßt sich aber nur in Zweigen durchführen, welche sich bereits mit Lieferungen befaßt haben. Ehe wird es obliegen, die Lieferungen tunlichst zu übernehmen, die für das Handwerk bestimmten Arbeiten, welche sich bereits mit Vorteil in Gewerbebetrieben ausführen lassen, zu gliedern, die möglichst allgemein zu verteilen. Das durch einen solchen Zusammenschluß auch mit den berücksichtigten „Produktionsbezirken" bei Lieferungen aufgerichtet wird. Selbstverständlich. Durch die neu geordnete Organisation soll auch die Organisation der zuständige erhält und unseren Gewerbetreibenden, welche sich bereits an Banken zeigen, damit die einheitlich zusammengefaßt werden, damit die einzelnen Zentralitäten materiellen Kräfte des Gewerbestandes sollen tung der Lieferungen erhalten. Damit eröffnen sich von selbst noch viel weitere, verheißungsvolle Ziele. Die arg wird künftighin in seinem Bereiche kein Bargeld zur Ausrungen seine Buchforderungen an Banken zeitigen müßte, Gewerbetreibende, der bisher bei Uebertragung von Liefe- rungsgelder abgeführt, verrechnet und Strecke gedacht. Der verrechnungen. An diesen Sammelpunkt werden die Liefe- gebarung: der Verband übernimmt auch die Lieferungs- übernimmt, sorgt eine kaufmännische Zeitung für die Geld- Ausführung der Lieferungsarbeiten die Verantwortung

Während eine fachtechnische Zeitung für die sollche

müssen der Weg ins Ausland gebahnt werden.

1

Der Abend
3./X. 1916
5

# Die Verdoppler und Verdreifacher.

Eine Arbeit in der „Frankfurter Zeitung" hat sich unlängst mit den Reingewinnen der deutschen Kriegsindustrie beschäftigt; Ziffern von geradezu unfaßbarer Höhe kamen dabei zutage. Viele Unternehmungen haben ihre Reingewinne verdoppelt und verdreifacht, und dabei weiß der Kenner, daß vieles verschleiert und verschwiegen wurde. Die vier großen Waffen- und Munitionsfabriken: Deutsche Waffen- und Munitionsfabrik, Waffenfabrik Mauser, Köln-Rottweiler Pulverfabrik und Rheinisch-westfälische Sprengstoff-A.-G. hatten im Jahre 1913 Mk. 11·818 Millionen Reingewinn, im Jahre 1914 waren es 16·832 Millionen und im Jahre 1915 30·638 Millionen! Ähnlich ist es bei allen Unternehmungen, die Kriegsbedarf erzeugen, bei den Stahlwerken, den Maschinenfabriken, den Elektrizitätsgesellschaften, selbstverständlich auch bei Flugzeug- und Kraftwagenfabriken. Nur ein paar Ziffern, aus den reichen Tabellen des Aufsatzes willkürlich herausgegriffen:

Bergmann, Elektrizitätswerk: 1913: Mill. 3·178, 1914: Mill. 3·979, 1915: Mill. 11·462;

Bochumer Gußstahl-Verein: 9·8, 11·9, 22·6;

Ludwig Loewe & Co.: 1·719, 2·905, 4·338;

Pokorny & Wittekind: 0·288, 1·361, 2·781;

Gasapparate-Fabrik Mainz: Mk. 22.473, 33.986, 3,634.961;

Oberschlesische Eisenbahnbedarfs-Gesellschaft: 2·660, 1·750, 6·304;

Rheinische Metallwarenindustrie: 1·937, 3·524, 9·876.

Schriftgießerei Stempel: 0·301, 0·210, 1·082;

Stahlwarenfabrik v. d. Zypen: 2·2, 3·4, 11·9.

Bei der chemischen Industrie, die durch die Stillegung der Weltausfuhr beeinträchtigt wurde, ist der Betrieb nur in einigen Abteilungen sehr stark gewesen. Trotzdem zeigen die Abschlüsse der chemischen Werke, die auch im „Abend" mitgeteilt wurden, sehr günstige Ergebnisse. Glänzend ist das Bild in den Bekleidungs- und Lederfabriken, die Kriegslieferungen haben. Der Gewinn hat sich stellenweise verzehnfacht, die Dividenden sind durchwegs stark in die Höhe gegangen. Besonders lehrreich ist das Bild, das sich aus den Abschlüssen der Kraftfahrzeug- und Flugzeugfabriken ergibt. Es betrugen die Reingewinne bei:

Adlerwerke, Frankfurt a. M.: 1913: Mill. 4·191, 1914: 4·048, 1915: 5·589;

Benz u. Co., Mannheim: 5·012, 8·898, 13·010;

Daimler-Motorengesellschaft: 3·214, 4·604, 6·620;

Dürkopp-Werke, Bielefeld: 1·087, 0·877, 2·778;

Fahrzeugfabrik, Eisenach: 0·313, 0·845, 1·790;

Motorenfabrik, Oberursel: 0·243, 0·392, 1·619.

Die beiden letzten Gesellschaften haben also ihren Gewinn auf das Sechsfache gesteigert; der Reingewinn von Benz u. Co. ist von 5 auf 13 Millionen, die Dividende von 0 auf 20 v. H. gestiegen usw.

Eine ähnliche Zusammenstellung der bei uns erzielten Gewinne ist in Vorbereitung; man kann schon heute sagen, daß die Ergebnisse nicht geringer sein werden.

Zu Beginn des Krieges mochten die Unternehmungen halbwegs berechtigt sein, hohe Preise zu verlangen; sie konnten sich einerseits auf die geringe Erfahrung berufen, und anderseits darauf, daß sie nicht wissen konnten, wie lange der Krieg dauern und ob es ihnen möglich sein werde, die kostspieligen Einrichtungen auszunützen. Man hatte die Entschuldigung gelten lassen müssen, da es ja bekanntlich Grundsatz vor allem ist, daß die Großindustrie unter keinen Umständen etwas verlieren darf. Beide Entschuldigungen gelten aber leider derzeit nicht mehr; der Krieg dauert schon so lange, daß Erfahrungen im reichsten Maße gesammelt und die Einrichtungen mehr als genügend hereingebracht werden konnten. Mit vollem Rechte wird deshalb in dem Aufsatze der „Frankfurter Zeitung" verlangt, daß die Reichsregierung die Preise, die zu so übermäßigen Gewinnen führen, entsprechend der Erfahrung herabsetzen möge, damit nicht länger die Gesamtbevölkerung schwere Lasten tragen müsse, nur damit eine Anzahl Großkapitalisten auch weiterhin reiche Kriegsgewinne einstreichen.

Die Zeit der Rechenschaftsberichte geht mit dem Frühsommer zu Ende. Ein zweiter Abschnitt beginnt mit dem Monat Oktober; da kommen die Abschlüsse der Gesellschaften, deren Rechnungsjahr mit dem ersten Halbjahre, am 30. Juni, endet; es sind ihrer in Deutschland ziemlich viele, und auch bei uns gibt es solche, wenn auch in beschränkterer Zahl. Diese Veröffentlichungen fangen jetzt an. Sie bieten ein ganz neues Bild. Wohl mangelte es auch vorher nicht an Ausweisen, die Reingewinne von ungebührlicher Höhe zeigten, aber jetzt scheint es die Regel mit wenigen Ausnahmen zu sein, daß der Reingewinn wenigstens doppelt so groß wie im Vorjahre sein muß, und dabei werden selbstverständlich alle möglichen Kunststücke angewandt, um ihn so klein wie möglich erscheinen zu lassen. Die Buchhalter müssen ganz neue Erfindungen machen, sehr im Gegensatz zu früheren Zeiten, wo es umgekehrt ihre Pflicht war, dem Reingewinn gutes Aussehen und runde Backen anzuschminken.

Heute liegt eine ganze Anzahl solcher neuer Abschlüsse mit Reingewinnen von doppelter Höhe und mehr vor. Die Mannesmannwerke in Düsseldorf haben 31·184 Millionen Mark gegen 15·878 im Vorjahre verdient, und wenn sie die Dividende „nur" von zehn auf 15 v. H. erhöhen, so geschieht es, weil sie mit anerkennenswerter Geschicklichkeit große Teile des Gewinnes für andere Zwecke verwenden und zurückhalten. Dies ist der Fall, der wegen der Bedeutung des Unternehmens und der Höhe der in Betracht kommenden Summen am meisten auffällt; andere werden täglich in unserer Spalte „Denen der Krieg gut anschlägt" verzeichnet, eine Spalte, von der es kürzlich in einer reichsdeutschen Zeitung hieß, sie werde später ein wertvoller Beitrag zur Sittengeschichte dieser Zeit sein.

Doppelte Reingewinne in einer Zeit, wo wir alle, die nicht Aktionäre sind, unter doppelten und dreifachen Lasten schwer zu tragen haben; doppelte Reingewinne, die ohne eine einzige Ausnahme auf Kosten des Volkes erzielt werden, denn mögen sie nun an Erzeugnissen verdient werden, die wir unmittelbar zum Leben brauchen, oder an solchen, die dem Staate zu seinem Kampfe ums Dasein nötig sind: bezahlen müssen ja doch wir, woran diese Gewinne erzielt werden. Und da drängt sich neben Gefühlen des Schmerzes immer wieder die Frage auf, ob denn nicht Erwägungen höherer Ordnung fordern, daß Gewinne von so übermäßiger Höhe und so bedenklicher Herkunft denen zurückgegeben werden sollen, von denen sie genommen wurden. Kriegsgewinnsteuern erweisen sich diesbezüglich als völlig unzureichend, denn niemand wird sich für sittlich oder sachlich befriedigt halten, wenn Leuten, die sich an der allgemeinen Not so übermäßig bereichern, ein geringer Teil wieder abgenommen wird. Das öffentliche Bewußtsein verlangt durchaus, daß solche Gewinne zur Gänze enteignet werden; ja, man wird sich fragen müssen, ob es denn damit abgetan sein dürfe und ob nicht eine vermögensrechtliche Strafe als Genugtuung für das verletzte Rechtsgefühl am Platze wäre. Als die Kriegssteuern in den verschiedenen Ländern erlassen wurden, konnte man noch nicht wissen, welchen ungeahnten Umfang die Ausbeutung der Gelegenheiten annehmen werde, und man glaubte deshalb, mit Steuern auskommen zu können. Heute zeigt es sich, daß man die Bedeutung und die Art der Kriegsgewinne unterschätzt hat und daß ihnen mit Steuergesetzen allein nicht beizukommen ist. Für die Kriegsindustrie mag der Vorschlag der „Frankfurter Zeitung" ausreichen. Man lasse ihr einen reichlich bemessenen Ertrag. 10 v. H. dürften mehr als angemessen für die Aktionäre sein, deren ganze Arbeit darin besteht, zu besitzen. Dann ist aber auch alles getan, was sie billigerweise verlangen können. Das übrige mag der Staat durch Herabsetzung der Preise an sich nehmen.

Aber nicht nur die Kriegsindustrie im eigentlichen Sinne des Wortes hat es verstanden, ihre Gewinne zu verdoppeln und zu verdreifachen, sondern auch die, die unentbehrliche Lebensmittel erzeugen. Bei diesen ist eine Herabsetzung der Preise von Staats wegen nicht genügend. Hier verlangt das öffentliche Rechtsbewußtsein auch eine Sühne. Es kann nicht ungestraft angehen, das ganze Jahr lang vorzuspiegeln, als ob man nur mühsam den Betrieb aufrechtzuerhalten vermöchte, nur um die Allgemeinheit in so schwerer Zeit nicht im Stiche zu lassen. Es ist nicht zu dulden, daß man unter diesen und ähnlichen Vorwänden unablässig höhere Zugeständnisse erreicht, um schließlich zu zeigen, daß man seinen Gewinn vervielfacht hat. Und dabei sind die Aktiengesellschaften noch nicht einmal die allerschlimmsten, denn sie müssen es wenigstens bekennen, wieviel sie gewonnen haben. Wie aber verhält es sich mit der ungleich größeren Zahl der privaten Kriegsgewinner, in deren Geheimnis einzudringen uns niemals möglich ist?

Es ist immer gut, sich auf Ähnliches in der Vergangenheit zu berufen. Schon wiederholt ist es vorgekommen, daß sich die Gerichte mit unangemessenen Gewinnen beschäftigten. Es war in Frankreich zur Zeit des großen Finanzschwindlers, des Schotten Law, es war wiederholt in England der Fall und auch an Ereignisse aus der Vergangenheit Österreichs darf erinnert werden. Niemand als das Gericht hat die Mittel und die Macht, in Geheimnisse dieser Art hineinzuleuchten. Aus diesem Grunde verlangt die erregte öffentliche Meinung, daß man übermäßige Gewinne dem Urteile des Gerichtes unterwerfe. Übermäßig ist allerdings so ziemlich jeder Gewinn an unentbehrlichen Bedarfsgegenständen, der den der Friedenszeit übersteigt. Allein das Rechtsbewußtsein des Volkes ist geduldig und wird nichts dagegen haben, wenn man die Grenzen etwas höher zieht.

Neue Freie Presse
3./X. 1916



# England und die österreichische Handelsschiffahrt im Suezkanal.

Von Universitätsprofessor Dr. Adolf Lenz.

Graz, 29. September.

Als England im Jahre 1904 die Rivalität Frankreichs in Aegypten durch Ueberlassung Marokkos beseitigte und damit den Einspruch dieser Macht gegen die rechtswidrige, andauernde Besetzung Aegyptens nicht mehr zu besorgen hatte, schrieb Lord Cromer: „Es ist ein besonderer Vorteil für eine Nation, die durch öffentliche Moral und eigenes Interesse an die gewissenhafte Erfüllung internationaler Pflichten gebunden ist, daß sie nicht länger mehr einer anscheinenden Mißachtung solcher Pflichten beschuldigt werden kann." Wie sehr seitdem politische Leidenschaft diese Tradition verleugnen ließ, beweist die englische Prisengerichtsbarkeit.

Durch die Urteile des Londoner Appellgerichtshofes für Prisensachen (Judicial Committee of the Privy Council) vom 13. und 14. April 1916 sind zwei wertvolle Dampfer der österreichischen Handelsmarine, der „Marquis Bacquehem" und der „Concadoro", die in Unkenntnis des Kriegsausbruches ihren letzten Hafen verlassen hatten und unter dem Schutze internationaler Abkommen die Eingangshäfen des Suezkanals angelaufen waren, als gute Prise erklärt, das heißt eingezogen worden. Die großen Handelsinteressen, die Oesterreich am maritimen Verkehre mit Aegypten besitzt, und die Unverhülltheit, mit der sich ein Oberster Gerichtshof Englands über klare Bestimmungen des internationalen Rechtes hinwegsetzt, fordern die öffentliche Kritik geradezu heraus.

Am 4. August 1914, somit lange vor dem erst am 12. August mitternachts eingetretenen Kriegszustande zwischen Großbritannien und Oesterreich-Ungarn, verließ der dem Oesterreichischen Lloyd gehörige Handelsdampfer „Marquis Bacquehem", ein Schiff von 4400 Bruttotonnen, Karachi (Vorderindien) mit einer Ladung Baumwolle für Triest und einer Ladung Getreide für Aden. Auf der Fahrt durch das Rote Meer wurde der Dampfer durch ein britisches Kriegsschiff angehalten, aber nicht aufgebracht, weil er sich noch in Unkenntnis des Kriegsausbruches befand. Der Kommandant des Kriegsschiffes begnügte sich, in das Logbuch des „Marquis Bacquehem" die Mitteilung vom Kriegsausbruche einzutragen, und gestattete ihm, die Fahrt fortzusetzen. Er fühlte sich dazu durch die internationale, von England im Verhältnis zu Oesterreich-Ungarn ausdrücklich anerkannte Gepflogenheit verpflichtet, Handelsunternehmen in ihrer Ausführung zu schützen, die vor dem Kriegsausbruche in gutem Glauben begonnen hatten. Artikel 3 des 6. Abkommens der zweiten Haager Konferenz verbietet in solchen Fällen, das auf hoher See angetroffene Schiff einzuziehen, und gestattet nur die Beschlagnahme während des Krieges gegen Rückgabe oder Entschädigung nach dem Kriege. Der „Marquis Bacquehem" fuhr bei Aden vorbei, weil eine unmittelbar vor Abfahrt des Schiffes eingegangene Depesche der Lloyddirektion den Auftrag enthielt, direkt nach Triest zu fahren. Der Kapitän lief den Hafen von Suez in der Meinung an, daß es sich um einen neutralen Hafen handle, konnte aber infolge Maschinendefektes die Weiterfahrt durch den Suezkanal nicht antreten und blieb im Eingangshafen liegen. Am 27. Oktober wurde der „Marquis Bacquehem" von der Hafenbehörde mit Beschlag belegt und der Fall vor den Obersten Gerichtshof in Alexandrien gebracht. Dieses englische Prisengericht erster Instanz erkannte nur auf Beschlagnahme während des Krieges, weil der Dampfer von dem Kriegsschiffe auf offener See die Erlaubnis zur Weiterreise erhalten hatte und somit nicht in eine schlechtere Lage geraten könne. Der Kapitän sei zum Anlaufen des Hafens von Suez ermutigt und in dem Glauben bestärkt worden, daß er dort in Sicherheit sei. Dies durchaus billige Urteil wurde vom Appellhofe in London infolge Berufung der Krone umgestoßen und der „Marquis Bacquehem" für eingezogen erklärt, weil der Hafen von Suez ein feindlicher Hafen sei, der nicht als Zufluchtshafen benützt werden könne, um der Wegnahme auf hoher See zu entgehen. Aehnlich lag der zweite Fall.

Am 1. August 1914 verließ der einer Triester Firma gehörige „Concadoro", ein Schiff von 1813 Bruttotonnen, Cardiff (Wales) mit einer Ladung Kohlen für Port Sudan. Am 18. August lief er den Hafen von Port Said an, ohne vom Kriegsausbruche Kenntnis erlangt zu haben, konnte aber die Fahrt mangels ausreichender Geldmittel nicht fortsetzen. Da die Kohlenladung von den Empfängern in Port Sudan reklamiert wurde, bot die Hafenbehörde dem Kapitän im Auftrage der englischen Regierung einen Geleitschein nach Port Sudan unter Bedingungen an, die mit dem Auftrage seiner Geschäftsherren im Widerspruche standen. Aus diesem Grunde weigerte sich der Kapitän, die Fahrt fortzusetzen, worauf der „Concadoro" von der Hafenbehörde einem englischen Kriegsschiffe übergeben wurde. Dieses ließ durch seine Schiffsbesatzung den Kohlentransport nach Port Sudan durchführen, und der Oberste Gerichtshof in Alexandrien erklärte das Schiff für eingezogen. Der Appellhof in London wies die Berufung der Schiffseigentümer als unbegründet ab.

Beiden Urteilen muß in erster Linie entgegengehalten werden, daß die Eingangshäfen zum Suezkanal nach internationalem Rechte als neutrale Häfen zu betrachten sind. Aegypten, seit den Firmans von 1841, 1873 und 1879 ein tributärer Vasallenstaat der Türkei, steht nur tatsächlich seit der englischen Okkupation von 1882 unter dem Einflusse des großbritannischen Generalkonsuls. Selbst dann, wenn man der allmählichen Loslösung Aegyptens von der türkischen Oberherrlichkeit Rechnung trägt und die Eingangshäfen zum Suezkanal als Teile eines tatsächlich souveränen Staates betrachtet, sind sie als neutrale Häfen anzusprechen. Erst am 29. Oktober 1914 erklärte Großbritannien der Türkei den Krieg und erst am 18. Dezember 1914 hat es ein Protektorat über Aegypten proklamiert. Dieser einseitige Schritt bedarf erst der Anerkennung durch den Sultan als Oberherrn und der Zustimmung der Großmächte, die 1856 und 1878 den territorialen Besitzstand der Türkei garantiert haben. Wenn das Ministerium des Regenten Hussein Ruchdi in Abwesenheit des Khediven Abbas II. Hilmi schon am 5. August 1914 Aegypten in den Kriegsschauplatz einbezogen erklärte, so hat es damit nur einen Neutralitätsbruch begangen, der die internationale Rechtslage nicht zu ändern vermag.

Aber selbst dann, wenn man die Eingangshäfen des Suezkanals als feindliche Häfen betrachtet, müßte die Handelsschiffahrt durch den Suezkanal nach dem Konstantinopler Abkommen von 1888 allen Handelsflaggen selbst im Kriege freigegeben werden. Nur der Umstand, daß beide Handelsschiffe ihre Fahrt nicht fortsetzten und in den Eingangshäfen liegen blieben, gab England einen scheinbaren Anhaltspunkt für sein Eingreifen. Es hatte bereits am 13. Oktober 1914 allen Seemächten mitgeteilt, daß zwar die Schiffahrt durch den Kanal freigegeben sei, nicht aber die Benützung der Häfen als Zufluchtshäfen, um der Wegnahme auf hoher See zu entgehen.

Unbegründeterweise haben beide Urteile des Appellhofes die Absicht der Kapitäne als erwiesen angenommen, die Fahrt durch den Suezkanal nicht fortzusetzen. Im Falle „Marquis Bacquehem" wird dafür angeführt, daß dieser Aden nicht anlief, obwohl die Getreideladung dahin bestimmt war. Der Kapitän wies aber auf den Auftrag der Lloyddirektion hin, direkt nach Triest zu fahren, und stellte den Maschinendefekt unter Beweis. Im Falle „Concadoro" wird angeführt, daß der Kapitän trotz des ihm angebotenen Geleitscheines die Fahrt nach Port Sudan nicht fortsetzen wollte. Dieser wies aber darauf hin, daß infolge des Kriegsausbruches, somit infolge „höherer Gewalt", die erforderlichen Geldmittel ausgeblieben waren und die ihm auferlegten Bedingungen für die Weiterfahrt auftragswidrige seien. In der Tat war der Kohlentransport im Interesse Englands nach Port Sudan ein neues Handelsunternehmen, das der Kapitän auszuführen nicht verpflichtet war.

Ja sogar dann, wenn man die Absicht der beiden Handelsdampfer, die Fahrt nicht fortzusetzen, als erwiesen annimmt, ist die Einziehung rechtswidrig. Diese ist eine feindselige Handlung, die durch den Konstantinopler Vertrag von 1888 ausgeschlossen ist. Wenn die Dampfer den Handelsverkehr in der Reede behinderten, so war die Behörde nur zu einer hafenpolizeilichen Maßnahme befugt. Sie konnte die Dampfer aus der Reede entfernen und bis zum Kriegsende anderswo zurückhalten; auch die Anforderung gegen Entschädigung wäre nach internationalem Brauche zulässig gewesen. Keinesfalls konnte aber eine bloße Verkehrsstörung zur Ausübung des Seebeuterechtes in einem neutralisierten Hafen mißbraucht werden.

Mit diesen rechtswidrigen und unbilligen Urteilen hat die englische Prisengerichtsbarkeit, die sich stets als Rechtsinstitution ausgibt, ihren Charakter verleugnet. Derartige Urteile sind Beugungen des Rechtes und können nur als Akte völkerrechtswidriger Gewalt gewertet werden. Oesterreich-Ungarn, das in Alexandrien unter den außerenglischen Flaggen an erster Stelle stand und eine stetig wachsende Einfuhr an Zucker und Bauholz besaß, wird nach dem Ende des Krieges alles daransetzen müssen, um seinen verletzten Handelsinteressen Ersatz und Sicherheit gegen Rechtsbeugung zu verschaffen.

Arbeiterzeitung
11./X. 1916
13

# Der wirtschaftliche Nebenkrieg.

Der Weltkrieg hat nicht nur alte Waffen und Methoden der Kriegführung zu neuer Geltung gebracht, sondern auch alte Grundsätze, die durch die Zivilisation längst überholt schienen. Nicht nur den Staaten als Organisationen gilt der Kampf mehr, sondern jedem Bürger feindlicher Staaten. Der Ausländer ist freud- und friedlos. Er und sein Hab und Gut sind recht- und schutzlos, nur daß sich die Rechtlosigkeit nicht mehr auf das nackte Leben erstreckt. Dieser Nebenkrieg wider das Vermögen und die Rechtsfähigkeit des Ausländers hat viele Werte vernichtet, langjährige Verbindungen gewaltsam auseinandergerissen und allgemeine Rechtssätze für nichtig erklärt. Der Friedensvertrag wird auf all diese Dinge Bedacht nehmen und die internationalen Beziehungen wiederherstellen müssen. Darüber, wie die wirtschaftlichen und rechtlichen Beziehungen zwischen den kriegführenden Staaten wieder aufgenommen werden sollen, handelt eine ebenso inhaltsreiche wie in der Darstellung sachliche Schrift des ehemaligen Justizministers Dr. Franz Klein, die er unter dem Titel: „Der wirtschaftliche Nebenkrieg“ in der Sammlung „Kriegswirtschaftliche Zeitfragen“, Tübingen, hat erscheinen lassen.

Es ist alte englische Rechtsüberzeugung, daß den Untertanen während eines Krieges der Handel mit dem Feinde untersagt werde. Von diesem Anfang gelangte man in den Ländern des Vierverbandes dazu, nicht nur den Abschluß von Rechtsgeschäften mit den Feinden zu verbieten, sondern auch die Erfüllung von Verträgen und Geschäften, die aus der Zeit vor dem Kriege stammten, zu untersagen. Ja es wurden sogar neutrale Bürger gehindert, mit diesen Personenkreisen Geschäfte abzuschließen. Die feindlichen Ausländer können vor Gericht nicht als Kläger auftreten, wohl aber verurteilt werden, ohne zur Verteidigung

zugelassen zu werden. Die Vermögensrechte, die einem feindlichen Staatsbürger an Gegenständen zustehen, die sich im Gebiet der gegnerischen Macht befinden, sind infolgern aufgehoben worden, als nun mindestens ohne Befragung des Berechtigten durch einen Zwangsverwalter über sie verfügt wird. Die vermögensrechtlichen Kriegsverfügungen sind entweder „Verbote oder Entrechtungen, Beschränkungen“. Sie schließen die Staatsangehörigen Feindstaates und Oesterreich-Ungarns von der Teilnahme am geschäftlichen Leben aus. Sinngemäß ihres Vermögens ist es so, als ob sie tot wären und noch niemand die Erbschaft angetreten hätte. „Viele Kriegsverfügungen werden in den Ausführen ihres Wirkens den Krieg teilweise überdauern und gerade Zeit die Erinnerung an ihn in Fußbarer Weise nachhalten.“ Es ist selbstverständlich, daß die Friedensverhandlungen darüber Bestimmungen treffen werden, die diese Verfügungen beseitigen. Es ist aber nicht ausgeschlossen, daß die Friedensverträge Bestimmungen enthalten können, die einzelne Verfügungen aufrechterhalten. Verhältnisse der wirtschaftlich Schwachen müssen im Interesse des Weltfriedens geschützt werden. Es ist daher nicht ausgeschlossen, daß die Friedensverträge Bestimmungen enthalten werden, die eine Übergangszeit vorsehen, während der die Feinde ein Vorzugsrecht und Vorkaufsrecht haben, um sich wieder in den Besitz ihrer Vermögen zu setzen. Wie viel von all dem erreicht werden wird, das hängt von den künftigen Machtverhältnissen ab; jedenfalls mehr, wenn die Mittelmächte im Vorteil sind im Augenblick der Friedensschließung, als wenn sie im Nachteil sind. Sie werden wieder Handel treiben können, aber unter Bedingungen, die sie nicht annehmen können, ohne sich selbst aufzugeben. Sie werden Verträge schließen müssen, die ihnen Lasten auferlegen, die sie nicht tragen können, ohne sich selbst zu vernichten. Sie werden Verträge schließen müssen, die ihnen Rechte nehmen, die sie nicht entbehren können, ohne sich selbst zu vernichten. Sie werden Verträge schließen müssen, die ihnen Pflichten auferlegen, die sie nicht erfüllen

Pester Lloyd 11/X. 1916

# Plenarsitzung der Budapester Handels- und Gewerbekammer.

Budapest, 10. Oktober.

Die heutige Plenarsitzung der Budapester Handelskammer, die erste nach den Sommerferien, war außerordentlich reichhaltig und erfreute sich sehr zahlreichen Besuches. Eröffnet wurde die Sitzung durch eine aktuelle Enunziation des Präsidenten, Geheimen Rates Leo Lánczy über die durch das Eingreifen Rumäniens in den Weltkrieg geschaffene neue wirtschaftliche Situation. Die Ausführungen des Präsidenten, der auch andere wichtige Tagesfragen behandelte, fanden allgemein reges Interesse und lebhaften Beifall. Vor der Tagesordnung gab es eine Reihe von Interpellationen, die manche wichtige Fragen, wie die Erhöhung der Posttarife, die Mängel der Eierversorgung, den Kleingeldmangel betrafen, über die sich eine sehr lebhafte Diskussion entwickelte.

Die interessante Sitzung nahm folgenden Verlauf:

Präsident Leo Lánczy begrüßte die erschienenen Mitglieder und hielt folgende Rede:

### Eröffnungsrede des Präsidenten.

Geehrte Plenarsitzung!

Zur Zeit unserer jüngsten Plenarsitzung schien noch die Möglichkeit obzuwalten, daß die perfideste Kriegserklärung der Welt nicht erfolgen wird. Die rumänische Regierung hat gerade die die friedliche Berührung der Völker fördernde Arbeit: die Handelsverbindungen zur Verhüllung ihrer niedrigen Ziele benützt. Scheinbar hat sie den Warenaustausch mit den Zentralmächten organisiert, und dem das friedliche Zusammenwirken schaffenden Handel die Wege geebnet, tatsächlich ist sie jedoch schon zu jener Zeit unter der Maske der Kultur abgewichen von dem Wege des Einanderverstehens und der Nüchternheit, um ihre gebieterobernden Absichten zu verwirklichen und uns meuchlerisch Besitze zu entreißen, die nie Rumänien gehörten und das unverletzbare heilige Eigentum der Länder der heiligen ungarischen Krone bilden.

Es kann mit Freuden festgestellt werden, daß der neue Feind sich in seiner Berechnung bitter getäuscht hat. Als hätte der niederträchtige Ueberfall unsere Kräfte verhundertfacht, versetzen wir dem treulosen Bundesgenossen Schlag auf Schlag, so daß er sich jetzt vielleicht schon wehmütig zurücksehnt nach der für ihn so rentablen zweijährigen Epoche der Neutralität, in der er mit wahrhaft diktatorischer Macht die Bedingungen vorgeschrieben hat, unter denen er seine Waren den Zentralmächten zur Verfügung gestellt hat.

Rumänien hat uns mit dem Vertragsbruch gelohnt, daß wir und unsere Bundesgenossen dem primitiven rumänischen Boden zum Aufschwung verholfen, daß wir den Ausbau seines Eisenbahnnetzes, seine Industrialisierung, die Entwicklung seines Kreditlebens auf modernen und solideren Grundlagen gefördert haben. Die wirtschaftliche Berührung mit Rumänien vor dem Kriege hat am besten bewiesen, daß es auf uns angewiesen ist. Es hat von dem Gebiete der österreichisch-ungarischen Monarchie verschiedene Waren im Werte von rund 140 Millionen, von dem Gebiete des Deutschen Reiches aber von mehr als 240 Millionen Lei eingeführt und dementsprechend Waren im Werte von ungefähr 95 Millionen, nach Deutschland aber von ungefähr 42·5 Millionen ausgeführt.

Diese Warenbewegung mit den verbündeten Staaten ist jedoch nur scheinbar passiv, denn auch der vor dem Kriege nach Belgien und Holland geleitete Teil des rumänischen Exportes tendierte von hier wieder nach Deutschland, was vornehmlich der Wohlfeilheit des Transportes zur See zuzuschreiben ist. Die Freiheit des nach Westeuropa führenden Seeweges bildet sonach ein Lebensinteresse für Rumänien. Es ist ganz unbegreiflich, daß es sich jener Machtgruppe angeschlossen hat, die sich aus Konstantinopel ein zweites Gibraltar schaffen will.

Ebenso kann festgestellt werden, daß die Intensität der rumänisch-französischen Handelsbeziehungen trotz der chauvinistischen Sympathie der Rumänen für die lateinische Rasse der Franzosen weit hinter unserem Verkehr zurückbleibt. Der Gesamtverkehr Rumäniens mit uns beläuft sich auf 233 Millionen Lei, dem gegenüber beträgt der Warenaustausch mit Frankreich insgesamt 88 Millionen und mit Rußland gar nur 22 Millionen Lei. Selbst die Ein- und Ausfuhr der Warenmengen nach und aus England im Werte von 131 Millionen und nach und aus Italien im Werte von 158 Millionen Lei ist wesentlich geringer als der mit uns erzielte rumänische Außenhandels-Gesamtverkehr.

Rumänien hat die leitende Idee, daß es seine landwirtschaftlichen Produkte am zweckmäßigsten bei uns und in Deutschland verwerten kann, verworfen und sich in die Arme des gleichfalls agrarischen Rußland gestürzt; in seiner Gier nach fremdem Gebiet hat es vorhandene Handelsverbindungen von unschätzbarem Werte einer trügerischen Phantasmagorie zuliebe geopfert. Wir vertrauen darauf und hegen den festen Glauben, daß unsere ruhmreiche Armee ihm eine bittere Ernüchterung bereiten wird, daß Siebenbürgen, das mit seinen Naturschätzen und seinen zu schaffenden Industrieanlagen eine mächtige Stütze des künftigen Ungarn bilden muß, unser bleiben wird. Wir vertrauen darauf, daß auch die wertvollste Errungenschaft dieses Weltkrieges: die uns mit Bulgarien und der Türkei verbindende Straße nach dem Orient intakt bleiben und allezeit das Symbol des treuen Zusammenwirkens und der Interessengemeinschaft der Zentralmächte sein wird.

Der feige und unerwartete Einbruch der Rumänen hat die siebenbürgische Grenzbevölkerung unvorbereitet gefunden. Sie mußte zum größten Teile unter Zurücklassung ihres Vermögens plötzlich flüchten, um das nackte Leben retten zu können und nur der vereinten Opferwilligkeit des Staates und der Gesellschaft ist es gelungen, ihr unbeschreibliches Elend einigermaßen zu lindern. Nichts ist natürlicher, als daß diese mißliche Lage unserer Mitbürger das Herz der ganzen Handelswelt der Hauptstadt bewegt hat, und an dieser Aktion hat auch unsere Kammer teilgenommen. Ueber unser Vorgehen nach dieser Richtung und unsere Absichten wird der Sekretariatsbericht eingehenden Aufschluß geben.

Der gegenwärtige Weltkrieg hat uns nicht nur auf den Schlachtfeldern, sondern auch auf dem Gebiete der Volksernährung schwere Prüfungen auferlegt. Es drohen schwere Folgen einer schwachen Ernte. Das System unserer Approvisionierung und deren richtiges Funktionieren bieten zweifellos ein trauriges Bild, das seinen Hauptgrund in der Beschränktheit der Vorräte und in dem erhöhten Verbrauch hat. Wir müssen voraussetzen, daß die Verhältnisse im Falle einer richtigeren und zweckmäßigeren Organisation, sowie größerer Disziplioniertheit noch immer verbessert werden könnten. Leidlichere, erträglichere Lebensverhältnisse wären auch von günstiger Wirkung auf unsere Produktion. Es wäre jedenfalls erwünscht, daß die Regierung sich in der Frage der öffentlichen Ernährung je früher zu einer entsprechenden Reform entschließe, in deren Rahmen auch die Geschäftskreise zu der ihnen zukommenden Rolle kämen und daß auf diese Art die vereinte, harmonische Kooperation der Verwaltungs-, Geschäftsverkehrs- und Verbraucherkreise im Interesse des gemeinsamen Zieles gesichert werde.

Zum Schlusse gedenke ich mit aufrichtiger Freude des allerhöchsten Reskripts, das unserer Industrie für ihre Kriegsarbeit den Lorberkranz gereicht hat. Ich bin überzeugt, daß unsere wirtschaftlichen Faktoren sich dieser allerhöchsten Anerkennung auch in Zukunft würdig erweisen werden.

Die Rede des Präsidenten wurde von Zustimmungs- und Beifallskundgebungen häufig unterbrochen und zum Schlusse mit lebhaften Eljenrufen gelohnt.

### Der Kleingeldmangel.

Vor der Tagesordnung brachte Kammermitglied Soma Boross den Kleingeldmangel zur Sprache und ersuchte das Präsidium, bei der Österreichisch-Ungarischen Bank zu intervenieren, damit die Ausgabe der Ein-Kronen-Noten beschleunigt und auch sonst Kleingeld in ausreichender Menge zur Verfügung gestellt werde. Präsident Lánczy erwiderte, daß seines Wissens bereits Verfügungen getroffen sind, damit die Herstellung der Ein-Kronen-Noten mit aller Beschleunigung erfolge.

### Requirierung der Baumwollvorräte.

Dr. Josef Krämer ersucht das Präsidium, Schritte zu unternehmen, damit bei der bevorstehenden Requirierung der Vorräte an Baumwollwaren die Detailhändler durch eine zu niedrige Feststellung der Preise keinen Schaden erleiden. Präsident Lánczy gibt dem Interpellanten die beruhigende Versicherung, daß bereits Vorsorge getroffen wurde, damit eine Schädigung dieser Interessentenkreise möglichst vermieden werde.

### Die Mängel des neuen Posttarifs.

Kammermitglied Alexander Holzer interpelliert über verschiedene Mängel des neuen Posttarifs. Er beanstandet namentlich, daß man nur frankierte Postpakete aufgeben kann, ferner daß die Gebühren für Drucksorten zu hoch bemessen sind, und daß auch der Telegrammverkehr sehr verteuert wurde. Er findet, daß dem Handel durch die Erhöhung der Posttarife wieder eine unerschwingliche Last auferlegt wurde und richtet an das Präsidium die Anfrage, ob die Kammer rechtzeitig alle Schritte unternommen habe, um gegen diese neuerliche Belastung des Handels und der Industrie Stellung zu nehmen. Präsident Leo Lánczy erwidert, daß wir uns wohl allmählich daran gewöhnen müssen, daß der Kriegszustand uns allen neuerliche schwere Lasten und materielle Opfer auferlegt. Die Erhöhung der Posttarife konnte unmöglich eine Ueberraschung bilden, da man hierauf allgemein vorbereitet war. Die Kammer habe selbstverständlich rechtzeitig gegen all jene Absichten Stellung genommen, die eine noch weitere Belastung des Handels zur Folge gehabt hätten. Kammermitglied Emerich Székács beklagt, daß die Postverwaltung das große Publikum in ungenügender Weise über die Erhöhung informiert hat, so daß jetzt viele Sendungen ungenügend frankiert an die Adressaten gelangen und mit Strafporto belegt werden. Man möge daher dafür sorgen, daß die erhöhten Posttarife in entsprechender Weise zur Kenntnis der Allgemeinheit gebracht werden. Kammermitglied Alois Zwack beschwert sich darüber, daß wegen des Gebührenzuschlages bei Telegrammen, die nach 4 Uhr nachmittags aufgegeben werden, sehr viel Unzukömmlichkeiten bestehen. Kammermitglied Ludwig Herz beanstandet die Verfügung des neuen Posttarifs, daß durch die Privatindustrie hergestellte Postkarten eine erhöhte Gebühr zu bezahlen haben. Jede große Handelsfirma besitzt Tausende von solchen Postkartendrucksorten, man sollte also wenigstens ein Uebergangsstadium feststellen. Kammermitglied Leo Dán beschwert sich über den Frankierungszwang bei Postpaketen. Kammersekretär Josef Vágó teilt mit, daß die Kammer demnächst Fragebogen an alle Interessenten über die Wirkung der neuen Posttarife und über allfällige Beschwerden versenden und sodann auf Grund des gesammelten Materials an die Regierung eine Repräsentation richten wird.

### Der Eiermangel und die hohen Eierpreise.

Kammermitglied Soma Boross interpelliert wegen der exorbitanten Erhöhung der Eierpreise und des in Budapest sich zeigenden Eiermangels und fragt, wie es möglich ist, daß diese Zustände durch die von der Kammer ins Leben gerufene Budapester Eierbörse stillschweigend geduldet werden. Er verliest auch die Mitteilung eines Tageblattes, wonach im Budapester Kühlhaus 150 Millionen Stück Eier seien, wodurch die Preise in die Höhe getrieben werden. Kammermitglied Hofrat Anton Székács, Präsident der Eierbörse, bittet um die Erlaubnis, auf diese Interpellation antworten zu dürfen. Es gehe nicht an, auf Grund der falschen und oberflächlichen Information einer Zeitung gegen die Eierbörse Angriffe zu richten. Es sei einfach absurd, wenn eine Zeitung behauptet, daß im Kühlhause 150 Millionen Stück Eier aufgestapelt wären. Das sind höchstens „Zeitungs-Enteneier". (Heiterkeit.) Tatsächlich befinden sich im Kühlhaus für Rechnung der Hauptstadt 4—4½ Millionen Eier. Und da der Budapester Tagesbedarf 450.000—500.000 Stück beträgt, ist das ein sehr geringes Quantum. Die Eierbörse sei übrigens lediglich nur der Schauplatz, wo sich der Geschäftsverkehr in Eiern abwickelt. Nun hat sich sogar eine Zeitung gefunden, die von der Eierbörse verlangt, sie möge in der Provinz alle Eierbestände aufkaufen und nach Budapest bringen. Natürlich könne sich die Eierbörse mit solchen Propregeschäften nicht befassen. Die wahre Ursache des Eiermangels und der Eierteuerung ist, daß der Export nicht organisiert ist. Leider habe jedoch die Regierung die Schaffung einer Exportzentrale abgelehnt und dafür auch für Eier die Benützung von Transportzertifikaten obligatorisch angeordnet. Infolge dieser Verfügung hat sich die Zufuhr nur noch verringert und die Preise sind weiter gestiegen. Die Eierbörse treffe für diese Erscheinungen keine Verantwortung. Kammermitglied Ludwig Gerlei schließt sich vollinhaltlich den Ausführungen des Vorredners an. Solange keine Verfügung getroffen wird, daß von den zu Exportzwecken zusammengekauften Eiermengen ein Teil für den Budapester Konsum überlassen werde, wird der Eiermangel hier nicht aufhören. Präsident Leo Lánczy erklärt, die Kammer werde eine Bewegung der Interessenten nach dieser Richtung gern unterstützen.

### Die Reform der Schutzmarkenregistrierung.

Dr. Jakob Kohn bringt die bevorstehende Reform der Schutzmarkenregistrierung zur Sprache und bittet das Kammerpräsidium, dahin zu wirken, daß die Registrierung von Schutzmarken auch weiter dem Tätigkeitsbereich der Handels- und Gewerbekammer vorbehalten bleibe. Das Präsidium sagt nach dieser Richtung Verfügungen zu.

### Die Preistreiberei mit Seife.

Kammermitglied Seifenfabrikant Julius Klein bringt die Mißbräuche des illegitimen Zwischenhandels mit Seife zur Sprache und urgiert im Namen der Seifenbranche die Maximierung der Seifenpreise. Gleichzeitig müsse jedoch auch nach österreichischem Muster angeordnet werden, daß sämtliche Vorräte und die Produktion an Unschlitt der Oel- und Fettzentrale angeboten werden müsse. Wenn sämtliche notwendigen Rohstoffe maximiert sein werden, wird die derzeitige Preistreiberei mit Seife aufhören. Präsident Lánczy stellt in Aussicht, daß das Kammersekretariat in Angelegenheit der Seifenfrage eine Repräsentation an die Regierung richten wird.

### Präsidialmitteilungen.

Es folgten sodann die Präsidialmitteilungen, welche Generalsekretär Dr. Rudolf Krejcsi und Sekretär Josef Vágó referierten. Es wurde mitgeteilt, daß der Finanzminister an die Kammer das Ansuchen gerichtet hat, bezüglich der Enthebung der Beamten und Diener der Geldinstitute vom Militärdienst die vorhandenen Daten zu konstribieren und dem Minister innerhalb fünfzehn Tage bekanntzugeben. Die diesbezügliche Aufforderung wurde allen Geldinstituten des Kammerbezirkes mit dem Bemerken übermittelt, daß die zu sammelnden Daten bloß zur Orientierung des Ministeriums dienen und eine Einschränkung der Enthebungen nicht vorgesehen ist.

Der Verkehr von Ledersorten in der für Militärzwecke geeigneten Qualität soll neuerdings geregelt werden. Es soll zwischen den Erzeugern von Militärausrüstungssorten und den Lederfabrikanten ein besseres Zusammengreifen erzielt werden. Bisher konnte, da die Frage nur im Einvernehmen mit Oesterreich zu lösen ist, kein konkretes Resultat erzielt werden. Die für Militärzwecke ungeeigneten Ledersorten werden durch ein Komitee den Gewerbetreibenden zugewiesen, doch konnten die Schwierigkeiten, die sich bei der Beschaffung von Schuhsohlen für die Zivilbevölkerung ergeben, nicht behoben werden.

Die Sicherstellung der serbischen Außenstände wird von der unter Leitung der Kammer gegründeten Kreditschutz-Zentrale für die okkupierten südöstlichen Provinzen besorgt. Es wurde in Belgrad eine ständige Expositur errichtet, mit deren Leitung ungarischerseits der Belgrader angesehene Kaufmann und gewesene Konsul Ladislaus Koßtovits betraut wurde. Die von seiten der österreichischen, ungarischen und deutschen Interessenten zu tragenden Kosten wurden mit zirka 20.000 Kronen pro Jahr festgesetzt und die ungarischen Auslagen werden zwischen 20.000 und 30.000 Kronen variieren. Es wurden entsprechende Verfügungen getroffen, welche die Erreichung des ausgesteckten Zieles sicherstellen.

Bezüglich des Besuches der Leipziger Messe wurden von seiten der Regierung gewisse Erleichterungen bewilligt. Die Kammer hat die interessierten Geschäftsleute hierauf aufmerksam gemacht.

Infolge des Einbruches rumänischer Truppen in Siebenbürgen ist bekanntlich ein großer Teil der Einwohnerschaft zur Flucht gezwungen worden. Die Kammer hat behufs Unterstützung und Beschäftigung der Flüchtlinge in allen Bahnhöfen Exposituren errichtet, welche bis zum Eingreifen der staatlichen Behörden mehr als 10.000 Personen Arbeit verschafft haben. Außerdem wirken drei Kuratorien der Kammer an der Unterstützung der Geflüchteten mit.

Dem langgehegten Wunsche der Kammer entsprechend, beabsichtigt die Regierung, eine Zentralstelle für die öffentliche Approvisionierung zu errichten. Als in der Sitzung des Abgeordnetenhauses der Ackerbauminister diesen Entschluß der Regierung veröffentlichte, hat sich die Kammer beeilt, bei der Regierung den Antrag zu unterbreiten, an der Seite dieser Zentralorganisation einen ständigen Fachsenat für öffentliche Approvisionierung zu errichten. Die jüngsten Erklärungen des Ministerpräsidenten in der Sitzung des Magnatenhauses berechtigen zu der Hoffnung, daß bei der Lösung dieser Frage der beratenden Mitwirkung von Fachmännern Raum gegeben werden wird.

Bei den vertraulichen Konferenzen bezüglich der vom Kriegsminister geplanten gewerblichen Kriegsstatistik und in Angelegenheit der Materialbeschaffung nach dem Kriege wurde die Kammer durch den leitenden Sekretär Josef Vágó vertreten.

Die Präsidialmitteilungen wurden zur Kenntnis genommen und es folgte hierauf die Verhandlung der Tagesordnung.

### Die Tagesordnung.

Zur Verlesung gelangt zunächst die Antwort des Handelsministers in Angelegenheit der Strafsachen, die von der Polizeibehörde gegen Schuherzeuger, beziehungsweise Schuhhändler anhängig gemacht wurden. Der Minister erklärt, daß er an den Minister des Innern das Ansuchen gerichtet hat, in allen Fällen die Meinungsäußerung von Fachmännern (Schuhhändler, Schuhfabrikanten, beziehungsweise Schuhmacher) einzuholen und daß die Kammer in allen Fällen Fachmänner namhaft zu machen in der Lage sein wird.

Zur Vorlage gelangt sodann das Elaborat in Angelegenheit der Weiterentwicklung und Ausgestaltung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs. Das vom Konzipisten Dr. Ernst Szegö verfaßte und referierte Elaborat kennzeichnet alle auf den modernen Zahlungsverkehr bezüglichen Fragen und gruppiert die notwendigen Maßnahmen in entsprechender Weise. Die Vorlage fand allgemeine Zustimmung.

Hierauf gelangte der Antrag bezüglich der Ernennung von Buchsachverständigen der Kammer zur Unterbreitung. Auf Grund eingehender Motivierung beantragt das Präsidium, daß die Kammer nach Maßgabe des Bedarfes eine entsprechende Zahl, bezüglich ihres Fachwissens, ihrer Kenntnisse und Verläßlichkeit vollkommen einwandfreie Revisoren namhaft machen und derart im Verbande der Kammer ein Korps von Revisoren schaffen möge, die sie den Kaufleuten und Gewerbetreibenden in allen in das Fach schlagenden Fragen zur Verfügung stellen solle.

Der Antrag bezüglich der den Kriegsinvaliden, den vom Kriege zurückkehrenden Soldaten, ferner den Angehörigen

Frankfurter Zeitung
12./X. 1916

16 12

# Ein Kapitel aus der ersten Kriegszeit.

Dr Walther Rathenau veröffentlicht jetzt einen Vortrag über „Deutschlands Rohstoffversorgung", den er im Dezember vor. J. in der „Deutschen Gesellschaft 1914" gehalten hat, und der bisher nur als Manuskript gedruckt vorlag, unter geringen Auslassungen mit Genehmigung des preußischen Kriegsministeriums, im Buchhandel (Verlag von S. Fischer, Berlin.) Manche werden ihm dafür dankbar sein. Daß die Sicherung unserer Rohstoffversorgung genau so wichtig ist wie die Lebensmittelversorgung, und daß die Organisation dieser Sicherung vielfach noch schwieriger war, als jene, das ist ja bekannt, auch wenn das große Publikum von den Nahrungsmitteln für Mensch und Vieh unendlich viel mehr spricht und unendlich mehr an sie denkt als an die Rohstoffe, diese unentbehrlichen Nahrungsmittel der Kriegsindustrie. Und auch die Formen für die Organisation der Rohstoffversorgung sind im allgemeinen bekannt, sie sind, z. B. auch an dieser Stelle, oft geschildert worden — mehr noch, sie sind nach vieler anfänglichen Begeisterung für den „Kriegssozialismus" mit der Länge der Zit vielfach zu einem Gegenstande ernster Kritik geworden, weil manches davon, was für einen kürzeren Krieg vielleicht die Reinheit der Idee bewahrt hätte, in langen Jahren einer für das Großkapital und für die großkapitalistischen Organisationen immer lukrativer gewordenen Kriegsführung den großkapitalistischen Pferdefuß immer deutlicher herausgesteckt hat. Gleichviel, man wird die Schilderung Rathenaus bei aller notwendigen kritischen Skepsis gegenüber den Dingen mit starkem Anteil lesen, als eine Erinnerung an die erste Zeit des Krieges, in der alles neu war und alles auf das Neue und Große sich mit mächtigem Schwunge einzustellen suchte, vor allem als die Schilderung eines Mannes, der weiß, wie es gewesen ist, weil er sein eigenes Werk zu schildern unternimmt, mit der inneren Wärme einer starken Persönlichkeit und in einem ganz persönlichen Stile.

Denn dies ist nach Rathenaus Schilderung der äußere Hergang.

Am 4. August, als England den Krieg erklärte, geschah das Ungeheuerliche und nie Gewesene: unser Land wurde zur belagerten Festung. Geschlossen zu Lande und geschlossen zur See war es nun angewiesen auf sich selbst; und der Krieg lag vor uns, unübersehbar in Zeit und Aufwand, in Gefahr und Opfer. Drei Tage nach der Kriegserklärung trug ich die Ungewißheit unserer Lage nicht länger, ich ließ mich melden bei dem Chef des Allgemeinen Kriegsdepartements, dem Oberst Scheüch und wurde am 8. August abends freundlich von ihm aufgenommen. Ihm legte ich dar, daß unser Land vermutlich nur auf eine beschränkte Reihe von Monaten mit den unentbehrlichen Stoffen der Kriegswirtschaft versorgt sein könne. Die Kriegsdauer schätzte er nicht geringer ein als ich selbst, und so mußte ich an ihn die Frage richten: Was ist geschehen, was kann geschehen, um die Gefahr der Erwürgung von Deutschland abzuwenden? Es war sehr wenig geschehen, und es geschah dennoch viel; denn das Interesse des Kriegsministeriums war geweckt. Als ich bekümmert und sorgenvoll heimkehrte, fand ich ein Telegramm des Kriegsministers von Falkenhayn, das mich auf den nächsten Vormittag in sein Amtszimmer bestellte. Es war Sonntag der 9. August. Ich dankte dem Minister und sagte ihm: ich bewunderte, daß er in dieser Mobilmachungszeit in der Lage sei, seine Zeit zu opfern, um sich mit fremden Gedanken zu befassen. Er antwortete, indem er auf seinen Schreibtisch wies: Sie sehen, dieser Tisch ist leer. Die große Arbeit ist getan, die Mobilmachung ist vorüber, es ist nicht eine Reklamation gekommen, und ich habe Zeit Besuche zu empfangen. Die Unterhaltung währte einen Teil des Vormittags, und als sie endete, war der Beschluß des Kriegsministers gefaßt, eine Organisation zu schaffen, gleichviel wie groß, gleichviel mit welchen Mitteln; sie mußte wirksam sein und mußte die Aufgabe lösen, die uns auferlegt war. In diesem entscheidenden Augenblick brachte der kühne, verantwortungsvolle Entschluß des Preußischen Kriegsministeriums den Wendepunkt auf dem Gebiet, von dem ich zu Ihnen sprechen darf. Ich wollte mich verabschieden; der Kriegsminister behielt mich dort, indem er mir die unerwartete Zumutung stellte, ich sollte die Organisation dieser Arbeit übernehmen. Vorbereitet war ich nicht; Bedenkzeit wollte ich mir ausbitten, das wurde nicht zugelassen, meine Zustimmung hatte ich zu geben, und so sah ich mich wenige Tage darauf im Kriegsministerium untergebracht.

So fing man an, Rathenau, ein Oberst und ein Geh. expedierender Sekretär, „dessen praktische Erfahrungen wir in den Fährnissen der Geschäftsordnung kennen lernten", in vier kleinen Zimmern im Kriegsministerium. Zunächst verschaffte man sich eine ungefähre Statistik der Vorräte. Sie ergab, daß die Deckung des damals vorhandenen, seither weit überschrittenen Kriegsbedarfs bei wenigen Stoffen

---

tige. Und man kann nicht sagen, daß die „Deutsche Reiterpatrouille am Wardar", diese gigantische Kriegsillustration, als gut geratenes Plakat anzusehen wäre. Jäckel ist in seiner Ungegorenheit wesentlich ernster zu nehmen. Allerdings erst im Hinblick auf eine zukünftige Entwicklung. Er hat das Glück gehabt an einem gewaltigen Auftrag: der Dekoration eines Aufenthaltsraumes für die Arbeiter der Bahlsenschen Keksfabrik seine mannigfaltigen Gaben erproben zu können. Noch ist eine große Leerheit in den Flächen, gegen die Jäckel nur mit künstlichen Mitteln aufzukommen versucht. Die wenigen Figuren, auf die er sich beschränkt, sind ins Maßlose getrieben. Und wieder, wie das in den Zeichnungen schon zu beobachten war, ist das Wagnis unternommen, die Figuren in einem anderen Maßstab zu geben als ihre Umgebung. Damit kommt in die Gestaltung etwas Aufgetragenes hinein, das mit den Mitteln eines aufgefrischten Akademismus kaum überwunden ist. Dazu in den Farben, die alle ins Grau hineingetönt sind, ein Lyrismus, der als dekorative Romantik zutreffend charakterisiert wäre. Auch Metzner, wenn er die Porträts einer Malerin oder eines Kaufmanns überstilisiert, lebt in solcher Romantik.

Gleichsam ein Gegenstück zu dem monumentalischen Bismarck ist Lederers Heine-Denkmal für den Hamburger Bürgerpark. Lederer wollte etwas betont Unfeierliches geben. Den Biedermeierjüngling mit dem gewellten Haar, den zarten Liedersänger mit dem weltschmerzlichen Zug in der Seele stellt er ohne weitere Umstände auf ein Postament. Eine Illustration etwa zu den Versen:

„Der Tod, das ist die kühle Nacht,
Das Leben ist der schwüle Tag,
Es dunkelt schon, mich schläfert,
Der Tag hat mich müd gemacht —"

Die Auffassung, trotzdem sie den Begriff „Heine" allzu sehr einengt und mit dem Schmachtlockigen viel zu sehr kokettiert, ist nicht uneben. Man könnte sich so etwas von einem Walser sehr hübsch gezeichnet denken; wenn sie als Denkmal fast nur Unbehagen hervorgerufen hat, so liegt das an der plastischen Durchgestaltung. Man sieht, wie Lederer auf den ornamentalen Schwung eingestellt ist, wie eine unbarocke Porträtfigur ihn ganz ohne Haltung findet. Er verliert sich im realistisch gemeinten Detail. Nirgends ist auf eine geschlossene Linienführung hingearbeitet worden, alles nur auf die Porträtmöglichkeit angesehen. Die Figur, die sich so ergab, auf funktionelle Werte hin zu gliedern, lag scheinbar ganz außerhalb seiner Bemühungen. Was auf die Art in den Hamburger Bürgerpark kommt, ist eine Heine-Statuette im Biedermeiergehrock, nichts weiter.

# Kunst, Wissenschaft und Leben.

**[Deutschlands Rohstoffversorgung.]** Ein trockenes Thema, über das im Verlaufe des Krieges unendlich viel geschrieben worden ist, ohne daß es bisher erschöpft worden wäre. Daß es sich auch anders als in rein geschäftsmäßigem Stil behandeln läßt, zeigt eine kleine Schrift von Dr. Walter Rathenau, die soeben im Verlag von S. Fischer in Berlin erscheint. Sie führt uns hinter die Kulissen. Dabei versteht es Rathenau, in lebendiger und anschaulicher Darstellungsweise, uns ein Bild von den Schwierigkeiten zu geben, die bei der Organisation der Rohstoffversorgung im Anfang zu überwinden waren und auch noch weiterhin zu überwinden sind. Er schreibt u. a.: „Die Kriegs-Rohstoff-Abteilung war durch Ministerialerlaß errichtet; sie hatte einen zweiköpfigen Vorstand, bestehend aus einem Obersten a. D., einem erfahrenen Mann, der gewissermaßen die militärische Deckung darstellte und die Erfahrungen des Kriegsministeriums in unserer jungen Abteilung verkörperte, und mir, dem die Aufgabe gestellt war, die Organisation zu schaffen. So saßen wir in vier kleinen Zimmern zu dritt mit einem Geheimen expedierenden Sekretär, der uns beigegeben war, und dessen praktische Erfahrungen wir in den Fährnissen der Geschäftsordnung schätzen lernten. Es war Mitte August. Vor meinem Fenster breitete ein wundervoller Ahorn seine Äste aus und überschattete das Dach. Unten lag der schöne Garten des Kriegsministeriums, darin schritt eine Wache langsam auf und ab; zwei alte Kanonen standen auf dem Rasen in der Sonne. Und hinter dieser friedlichen Stille ein hoher Schornstein; der deutete auf das Riesengebiet der deutschen Wirtschaft, das sich jenseits ausbreitete bis zu unsern flammenden Grenzen. Dieses Gebiet der donnernden Bahnen, der rauchenden Essen, der glühenden Hochöfen, der sausenden Spindeln, dieses unermeßliche Wirtschaftsgebiet dehnte sich vor dem geistigen Auge, und uns war die Aufgabe gestellt, diese Welt, diese webende und strebende Welt, zusammenzufassen, sie dem Kriege dienstbar zu machen, ihr einen einheitlichen Willen aufzuzwingen und ihre titanischen Kräfte zur Abwehr zu wecken... Vier Wege waren möglich und mußten beschritten werden, um die Wirtschaft im Lande umzugestalten, um das Verteidigungsverhältnis zu erzwingen. Erstens: alle Rohstoffe des Landes mußten zwangsläufig werden, nichts mehr durfte eigenem Willen und eigener Willkür folgen. Jeder Stoff, jedes Halbprodukt mußte so fließen, daß nichts in die Wege des Luxus oder des nebensächlichen Bedarfes gelangte; ihr Weg mußte gewaltsam eingedämmt werden, so daß sie selbsttätig in diejenigen Endprodukte und Verwendungsformen mündeten, die das Heer brauchte. Das war die erste und schwerste Aufgabe. Zweitens: ... Die dritte Möglichkeit, die sich uns umschloß, war die Fabrikation. Wir mußten Bedacht darauf nehmen, daß alles das im Inland erzeugt wurde, was unentbehrlich und unerhältlich war. Wir mußten auch darauf Bedacht nehmen, daß neue Erzeugungsmethoden gefunden und entwickelt wurden, wo die alte Technik nicht ausreichte. Und nun der vierte Weg: es mußten schwer erhältliche Stoffe durch andere, leichter beschaffbare ersetzt werden. Wo steht es geschrieben, daß diese oder jene Sache aus Kupfer oder Aluminium gemacht werden muß; sie kann auch aus etwas anderm gemacht werden. Surrogate müssen herhalten, altgewohnte Fabrikate müssen aus neuen Stoffen geschaffen werden. Wenn die alten sich störrisch zeigen hinsichtlich ihres Stoffverbrauches, so muß dieser Eigensinn gebrochen werden, und es müssen solche Fabrikate erstehen, die weniger wählerisch sind hinsichtlich ihrer Erzeugungsmittel. Das waren die Methoden, die sich unserm Blick erschlossen hatten; nicht die Lösungen zwar, doch die Wege, die Möglichkeiten, die Hoffnungen. — Auf der andern Seite aber lagen unübersehbar die Widerstände. Die kriegswirtschaftliche Gesetzgebung stand etwa auf der Seite friderizianischer Wirtschaft. Was das Kriegsleistungsgesetz uns freistellte, war, wenn man es seines theoretischen Ausdrucks entkleidet, ungefähr soviel, wie wenn ich sage: Kommt ein Rittmeister in ein Dorf, so kann er sich vom Ortsvorsteher Hafer geben lassen, und macht ihm der Ortsvorsteher Schwierigkeiten durch Säumigkeit, so darf er in gewissen Ausnahmefällen sich den Hafer selbst nehmen. Das war ungefähr der Inbegriff der Gesetzgebung, wie wir sie fanden." Des nähern zeigt uns dann Rathenau weiter die Schwierigkeiten, die bei der Heranziehung von Arbeitskräften, bei der Überwindung von Raum und Zeit durch die neue Organisation zu bewältigen waren, und führt uns dann ein in den Begriff der Kriegswirtschaftsgesellschaften. „Heute", so sagt er, „ist das eine Sache, von der man wie von einer altererbten spricht. Viele dieser Kriegsgesellschaften sind in aller Munde; man kennt sie und empfindet sie als ein längst Gegebenes. Aber das Paradoxe ihres Wesens schien so groß, daß selbst in unserm engsten Kreise, der sonst in großer Einhelligkeit unsere Maßnahmen durchdachte, eine Spaltung über die Möglichkeit und Durchführung dieser Schöpfung entstand. Auf der einen Seite war ein entschiedener Schritt zum Staatssozialismus geschehen; der Güterverkehr gehorchte nicht mehr dem freien Spiel der Kräfte, sondern war zwangsläufig geworden. Auf der andern Seite wurde eine Selbstverwaltung der Industrie, und zwar in größtem Umfang, durch die neuen Organisationen angestrebt; wie sollten die gegenläufigen Grundsätze sich vertragen? Man hat denn auch hinterdrein mit größerm oder geringerm Wohlwollen uns gesagt, wie man es anders hätten machen sollen: wir hätten nicht die Gesellschaften gründen, sondern den behördlichen Apparat vergrößern sollen. Heute sind die Stimmen der Kritik verstummt. Wer indes noch zweifelt, dem empfehle ich einen Besuch in die Kriegsmetall- oder Kriegschemikalien-Gesellschaft. Wenn er dort Tausende von Menschen an der Arbeit sieht, diesen Bienenkorb vor Augen hat, den Strom von Besuchern, Korrespondenzen, Transporten und Zahlungen verfolgt, so wird er sich sagen, in den Behördenrahmen war diese Aufgabe nicht mehr hineinzupressen, sie mußte den wirtschaftlichen Berufskräften und der Selbstverwaltung überlassen werden. So entstand der Begriff der Kriegsgesellschaft aus dem Wesen der Selbstverwaltung und dennoch nicht der schrankenlosen Freiheit. Die Kriegs-Rohstoff-Gesellschaften wurden gegründet mit straffer behördlicher Aufsicht. Kommissare der Reichsbehörden und der Ministerien haben das unbeschränkte Veto; die Gesellschaften sind gemeinnützig, weder Dividenden noch Liquidationsgewinne dürfen sie verteilen; sie haben neben den gewöhnlichen Organen der Aktiengesellschaften, Vorstand und Aufsichtsrat, noch ein weiteres Organ, eine unabhängige Kommission, die von Handelskammermitgliedern oder Beamten geleitet wird, die Schätzungs- und Verteilungskommission. Auf diese Weise stehen sie da als ein Mittelglied zwischen der Aktiengesellschaft, welche die freie wirtschaftlich-kapitalistische Form verkörpert, und einem behördlichen Organismus; eine Wirtschaftsform, die vielleicht in kommende Zeiten hinüberdeutet. Ihre Aufgabe ist es, den Zufluß der Rohstoffe in einer Hand zusammenzufassen und seine Bewegung so zu leiten, daß jede Produktionsstätte nach Maßgabe ihrer behördlichen Aufträge zu festgesetzten Preisen und Bedingungen mit Material versorgt wird."

* **[Café Capsa.]** In einem verbandsfreundlichen Telegramm aus Bukarest war kürzlich zu lesen, daß unter andern auch das bekannte Café Capua geschlossen worden sei, weil es die Verbreitung aufregender und falscher Nachrichten fördere. Es soll natürlich statt Capua Capsa heißen, und der Setzer, dem dieser Irrtum zuzuschreiben ist, hat sich wohl nicht gedacht, daß er damit unbewußt einen Zusammenhang der Ideen äußerlich hergestellt hat. Capsa könnte tatsächlich auch Capua heißen. Was die für ihr Wohlleben bekannte süditalienische Stadt dem Heer Hannibals angetan hat, das besorgt an dem wohlhabenden Teil des rumänischen Volkes jahraus, jahrein das Hotel, Café und Gasthaus Capsa, vielleicht nicht so rasch, wie die italienische Schwester, um so gründlicher aber und jedenfalls viel teurer. Capsa ist das Wahrzeichen von Bukarest, man kann sagen, von ganz Rumänien, wenigstens von jenem, das beansprucht, in der Welt als solches angesehen zu werden, dem Rumänien der Großgrundbesitzer, Politiker und Advokaten. Capsa spielt im öffentlichen und gesellschaftlichen Leben dieser Rumänen eine große Rolle, und seine Bedeutung überträgt sich natürlich auch auf den Fremden, der in die rumänische Hauptstadt verschlagen wird. Bei Capsa nicht gewesen sein, heißt so viel, wie achtlos am Kölner Dom vorübergehen oder die Raffaelsche Madonna in Dresden versäumt haben. Dies klingt im ersten Augenblick übertrieben, ist es aber nicht. Die Stadt, die keine künstlerisch wertvolle Kirche hat — die einzige dieser Art in Rumänien steht in Curtea de Argesch, wo das alte Königspaar begraben liegt, dem sie auch ihre Rettung aus trostloser Verfallenheit verdankt —, die Stadt, die heute noch kein Rathaus hat — nur der eingestriedigte Platz ist zu sehen, auf dem es vor Jahren hätte erbaut werden sollen, mit den Millionen, die dem Steuerzahler abgeknöpft wurden, die aber inzwischen spurlos in den Taschen der Bürgermeister und des Heers von Beamten, über die sie verfügen, verschwunden sind —, die Stadt, die kein sehenswertes Museum hat — sie kann tatsächlich auf ihren Capsa stolz sein. Man geht nicht hin, um etwas zu sehen, denn das Haus ist alt und winkelig, die Wohnräume sind altmodisch ohne die sonst bei ähnlichen Bauten übliche Beigabe von neuzeitlicher Bequemlichkeit; man geht hin, um zu schlemmen und zu trinken. Es ist kennzeichnend, daß die rumänische Hauptstadt über kein anderes Wahrzeichen verfügt, lehrreich aber ist es gewiß auch. Capsa spielt in der rumänischen Politik eine größere Rolle, als man gemeinhin anzunehmen geneigt ist. Von Capsa ging die grausame Rache aus, die die heutige Regierung mit Herrn Bratianu als Minister des Innern an den Bauern im Jahre 1907 nahm, Capsa war und ist maßgebend für die Behandlung der Juden, wie sie in keinem andern Land des Erdballs, Rußland nicht ausgenommen, zu finden ist, von Capsa ging auf Anregung des heutigen Ministerpräsidenten die Bewegung für den Krieg gegen Bulgarien im Jahre 1913 aus. Die Leute, die diese löblichen Geschäfte besorgen, sind vor allem junge und alte Nichtstuer und solche, die sich ihrer bedienen. Jene sind immer dort zu finden. Am späten Vormittag sitzen sie bei schönem Wetter mit weit vorgestreckten Beinen auf dem Bürgersteig, so daß die Vorübergehenden Mühe haben, den Herrschaften auszuweichen, mittags füllen sie sich die Mägen, wenn sie über ausreichend Geld verfügen oder jemanden mithaben, der für sie zahlt, nachmittags wird der Vormittag wiederholt und so fort bis in den frühen Morgen. Sich bei Capsa betrinken, ist keine Schande, es gehört sogar zeitweise zum guten Ton. Dort werden auch erfahrungsgemäß Nachrichten hergestellt, die bestimmte Wirkungen hervorzurufen haben und für deren Verbreitung besonders die Russen recht schöne Preise an die ewig geldbedürftigen Capsisten zahlen. Allnächtlich konnte man dort den frühern russischen Militärattaché mit dem Direktor der amtlichen Agence Roumaine beim Whisky sitzen sehen und täglich fühlten wir von den Mittelmächten die Folgen dieser engen Freundschaft. Die genannte Agence war uns immer feindlich bis an die Zähne. Die Macht Capsas zeigte sich niemals so deutlich wie in der letzten Entscheidung Rumäniens. Herr Bratianu machte sich allerdings in seinen Blättern noch wenige Wochen vor der Kriegserklärung über die Capsisten lustig, schließlich tat er doch, was sie wollten, denn die Hochburg der Feindseligkeit gegen die Mittelmächte war natürlich Capsa, wo jeder Rumäne, der auf sich hält, welche Sprache immer, nur nicht Rumänisch spricht, am liebsten Französisch. Ihre Betätigung für das Vaterland sehen diese Helden damit als abgeschlossen an, und keine Meldung verdient mit mehr Vorsicht aufgenommen zu werden, als jene, in der es heißt, daß bei Hermannstadt die Blüte der vornehmen Bukarester Jugend zugrundegegangen sei; im Weltkrieg ist allerdings alles möglich, sogar, daß die Capsisten kämpfen, dieselben, die schon im Frieden Notarstellen gewissermaßen en gros kauften, weil die Notare nicht einrücken müssen. Möglich ist es also wohl, aber nicht wahrscheinlich, denn dieses Capua — nicht der Geister, sondern nur der rein körperlichen Sinne — erzieht nur Genußmenschen im gewöhnlichen Sinn.

Arbeiterzeitung
17/X 1916

25

# Die deutschen Industriekartelle.

Indes die Arbeiter in den Schützengräben den Kampf gegen die Feinde und ihre Familien daheim den gegen die Teuerung ausfechten, häufte ein Großteil der Unternehmer Profite auf Profite. Es erstarkt das Finanzkapital, gewinnt Einfluß auf eine immer größere Zahl von Unternehmungen und nützt diesen Einfluß, um diese Unternehmungen wirtschaftlich zu stärken, indem es die Reibungen und Spannungen zwischen ihnen ausschaltet und sie zu Kartellen oder Interessengemeinschaften vereinigt. „Industriekartelle sind Verabredungen selbständiger Großunternehmer, die dem Zwecke dienen, für einen Geschäftszweig den Wettbewerb zu beschränken und dadurch die Rentabilität der Werke zu erhöhen“: mit diesen Worten leitet Professor Troeltsch seine Abhandlungen über „Die deutschen Industriekartelle vor und seit dem Kriege“*) ein. Deutlich gesagt, heißt dies, Kartelle bezwecken, durch die Ausschaltung der Konkurrenz die Preise zu erhöhen. Für diese Offenheit wird man Troeltsch um so dankbarer sein, als seine Schrift das Hohelied der Kartelle sein sollte.

Einst war Voraussetzung aller Unternehmungen möglichste Bewegungsfreiheit und Ungebundenheit gegenüber Mitbewerbern. Darin lag die Quelle großer Reichtümer, die noch größer gewesen wären, wenn nicht Gesetz und Furcht vor der Rache der Ausgesogenen dem Erwerbstrieb Schranken gesetzt hätten. Aber da war noch Raum für viele und die Reichtümer wuchsen auch ohne besondere Vereinbarungen der Großunternehmer. Dieser rücksichtslose Wettbewerb schaltete die kleineren Unternehmer aus, bis eines Tages die Großunternehmer aufeinanderstießen. Dazu führten die Massenproduktion und die Verbilligung der Transportmittel. Kein Unternehmer war mehr sicher, daß nicht ein anderer ihm seinen Markt streitig machte, wenn jener nur — und sei es selbst auf Kosten der Qualität — billiger war. Wohl war nicht der Bestand des Unternehmens gefährdet, jedoch die Höhe des Profits. Dieser Wettbewerb um den Markt zwang zu technischen und organisatorischen Neuerungen. Die Leistung der Arbeiter wurde durch Verfeinerung der Arbeitszerlegung und entsprechende Lohnsysteme, die teuflisch ausgeklügelt waren, gesteigert. Die Werkanlagen wurden vergrößert, die Arbeit spezialisiert und mehrere Produktionsstufen zusammengefaßt. Wie die Vereinfachung und Vereinheitlichung der Erzeugnisse die Selbstkosten verringert, so die Zusammenfassung vieler Betriebe in einer Hand, die die Verwertung des Rohmaterials bis zur letzten Erzeugung ermöglicht. Je weiter jedoch diese Entwicklung geht, je größer die Jagd nach technischer und organisatorischer Ueberlegenheit ist, desto größere Kapitalmassen sind notwendig. Zu einem Teile werden diese durch Kredit aufgebracht, die Banken gewinnen Einfluß auf die Unternehmungen, und zwar auf viele und vielerlei Unternehmungen. Sie sind also nicht mehr interessiert, daß das eine Unternehmen auf Kosten der anderen gedeihe, sondern daran, daß alle gleichmäßig Profite abwerfen. An Stelle vernichtender Konkurrenz setzen sie Vereinbarungen zu gemeinsamer Ausbeutung der Verbraucher, Trusts, Kartelle, Interessengemeinschaften. Die weitestgehende Form, der Trust, ist in Deutschland im Werden. Die vornehmlichste Form ist jedoch die Kartellierung der Industriezweige, als deren Vorstufe man die Interessengemeinschaft bezeichnen kann. Diese wird durch Austausch von Aktien und Aufsichtsräten bekräftigt. Es klingt wie ein leises Bedauern, wenn Professor Troeltsch ausführt, daß sich „die Kartelle weder an Festigkeit, noch an Rücksichtslosigkeit, noch an Freiheit des Handelns ihrer Leiter mit den Trusts vergleichen lassen“. Sie haben im übrigen sehr verschiedene Formen. Ihren Höhepunkt erreichen sie, wenn der Absatz der kartellierten Waren einer besonderen Verkaufsstelle übertragen wird (Syndikate). Die Konditionenkartelle beschränken sich auf die Festsetzung einheitlicher Bedingungen für den Geschäftsverkehr mit der Kundschaft. Eine Spielart sind die Preiskartelle. Dagegen greifen die Produktionskartelle tiefer ein, sie bestimmen Art und Umfang der Produktion.

So harmlos liest sich das alles, mahnt an Ordnung, aber in Wahrheit ist die Geschichte der Kartelle mit Blut geschrieben. Nicht immer und überall konnten Kartelle gegründet werden, sie scheiterten meist an den „persönlichen Schwierigkeiten“. Schon diese Bemerkung verrät, daß die Ausschaltung des Wettbewerbes nur im Interesse eines Teiles der Unternehmer lag und auf Kosten der anderen vor sich gehen sollte. Gefördert wurden die Kartelle durch Schutzzölle und besondere Steuergesetze. In je weniger Händen eine Industrie liegt, desto leichter ist natürlich die Kartellierung. Roh- und Hilfsstoffe der Industrie eignen sich am besten zur Kartellierung. So sind denn in Deutschland recht viele Kartelle gegründet worden. Das Urteil über die Kartelle, meint Troeltsch, habe außerordentlich geschwankt, so seien sie von Handel, von Weiterverarbeitern und von der großen Masse der letzten Konsumenten wegen der Preisbildung angegriffen worden. Nun sei es ja wahr, daß die Kartellbewegung „eine starke Verschiebung der Kräfte“ bewirkt habe. „Daß bei dieser Kräfteverschiebung manche Härte im einzelnen eintrat und viel Unmut ausgelöst wurde, darf nicht geleugnet werden ... In den Syndikaten, die eine tatsächliche Monopolstellung besitzen, zeugen die Lieferungsbedingungen den Kunden gegenüber deutlich für die neugewonnene Machtstellung ... Auch vor mehr oder weniger gelinden Mitteln des Zwanges gegen die Abnehmer schrecken die Kartelle nicht zurück.“ So gelinde drückt Troeltsch es aus, daß selbständige Handelsunternehmungen vernichtet, Weiterverarbeiter ruiniert und unbotmäßige Konkurrenten an den Bettelstab gebracht wurden. Dies alles sei notwendig gewesen und die durch die Kartellierungen bewirkten Preiserhöhungen seien „volkswirtschaftlich unbedenklich“, auch daß das Inland höhere Preise zahle, damit das Kartell im ungeschützten Ausland die Ware billiger absetzen könne. Mit Unrecht erblicken die Arbeiter nach Troeltsch in den Kartellen eine Drohung gegen sich, wenn es auch richtig sei, daß durch sie die Stellung des Unternehmers gekräftigt werde. Wenn die Kartelle auch noch unvollkommen wären, im ganzen bilden sie doch „einen unleugbaren organisatorischen Fortschritt“. Man möchte hinzufügen: „auf dem Gebiet der Ausbeutung“. Denn das ist das Mißverständnis, daß schon die Tatsache einer Organisation als Fortschritt gedeutet wird, während darüber nur der Zweck entscheidet. Kartelle sind nicht Vereinigungen zur Erzielung höherer Organisation in der Industrie, sondern zur Sicherung höheren Profits für die Industriellen.

Deshalb ist es auch nicht wahr, daß sie sich im Kriege organisatorisch für die Gesamtheit, durch Bedarfsdeckung, bewährt haben. „Für die Rentabilität der Betriebe“ waren sie schon bedeutsam, so sehr, daß sich im Kriege zahlreiche Preiskartelle gebildet haben. Nicht etwa, um die Preise zu ermäßigen oder Höchstpreise festzusetzen, sondern um die Konjunktur skrupellos auszunützen. Die verschiedentlichen Kriegsgewinne reden da eine vernehmliche Sprache. Man braucht nur aufmerksam zu lesen, was Troeltsch selbst an Tatsachen anführt, um über das gemeingefährliche Wirken der Kartelle vollauf unterrichtet zu sein. Die Kartelle haben im Kriege eine bedeutende Vermehrung und Stärkung erfahren. Noch kennt man viele nicht, da sie es vorziehen, ihre preisregulierende Tätigkeit im Dunkeln auszuüben. Wie berechtigt die Erhöhung der Preise war, haben die Jahresabschlüsse der wichtigsten Industrien zur Genüge erwiesen. Aber Troeltsch ist — und Sachkunde muß man ihm lassen — auch guter Hoffnung für die Zukunft. Die Versorgung mit Rohstoffen, der Aufbau und die Rückwandlung werden die Kartellierungen fördern und den Handel weiter zurückdrängen. Aufgabe des Staates aber sei es, diese Entwicklung zwar zu fördern, jedoch keineswegs zu beaufsichtigen. Allerdings steigt Troeltsch ein Bedenken auf, ob denn auch die Kartelle nach dem Kriege „höheren staatlichen Interessen und dem Gemeinwohl Rechnung tragen“ werden. Troeltsch ist überzeugt, daß sich die Kartellfürsten nicht vom Klasseneigennutz leiten lassen werden. Eine Beaufsichtigung durch die Regierung würde wie ein Alpdruck auf der Industrie lasten. „Nicht zerstörend und schulmeisternd, sondern erhaltend, aufbauend, ergänzend wird man sich das Verhältnis des Staates zu den Kartellen in Zukunft denken müssen.“ Nicht also beurteilt die Arbeiterschaft die Kartelle, sie kennt ihre Gefahr für sich als Arbeiter und als Verbraucher. Sie hat es wiederholt erfahren, daß sich gerade die kartellierte Industrie stets und energisch all ihren Ansprüchen widersetzt hat. Sie sieht in der Stärkung der Kartelle infolge der in Zeiten bitterster Not ergaunerten Kriegsgewinne nur die Ankündigung neuer schwerer wirtschaftlicher Kämpfe. Wenn einmal Friede geschlossen sein wird zwischen den kriegführenden Mächten, werden die Arbeiter neue Kämpfe erwarten, die große Auseinandersetzung mit dem Kapital. Kämpfe, in denen sie ihre ganze Tatkraft und Geschultheit brauchen werden. Deshalb tut es not, diese Entwicklung aufmerksam zu verfolgen und der wachsenden Macht der Kapitalisten die Geschlossenheit der Proletarier entgegenzustellen. Ist sich das Proletariat der neuen Gefahren, von denen es bedroht wird, bewußt, dann wird es aus diesen neuen Kämpfen siegreich hervorgehen.

*) Kriegshefte aus dem Industriegebiet, Heft 18.

Pester Lloyd 1./XI. 1916

38

# Hoffnungen und Befürchtungen für Amerikas Welthandel.

Von Professor Dr. Alfred Manes.

Berlin, 29. Oktober.

Die selbst für Amerika ungewöhnlich großen und plötzlichen Gewinne aus dem Ueberseehandel während des Weltkrieges haben das ganze wirtschaftliche, kulturelle, geistige und politische Leben der Vereinigten Staaten nachhaltig beeinflußt. Selbst im Lande der unbegrenzten Möglichkeiten hat man einen so fabelhaften Goldregen, wie ihn der Weltkrieg dorthin gebracht hat, und aller Voraussicht nach, solange er noch dauert, auch weiterhin nach Amerika führen wird, nie für denkbar gehalten. Daß bei diesem Handel die Verdienste aller Amerikaner erheblich gewachsen sind, die irgendwelchen Kriegsbedarf nach Europa ausführen, ist kein überraschendes Ergebnis. Die Zunahme in der amerikanischen Ausfuhr verteilt sich selbstverständlich nicht gleichmäßig auf alle in Betracht kommenden Waren und Güter, aber die überwiegende Mehrzahl wird davon betroffen.

Allenthalben herrscht in Amerika die Ueberzeugung, daß die Milliarden unserer Gegner, solange der Krieg weiterdauert, in die Taschen der amerikanischen Industrie fließen werden. Daß man es inzwischen als eine Beeinträchtigung des Geschäftes auslegt, wenn durch wirksame Kriegführung der Zentralmächte die Kriegsdauer verkürzt wird, will als amerikanisch-menschliche Schwäche angesehen sein. Wenn aber die Geschäftsleute der Vereinigten Staaten sich für ein baldiges Kriegsende nicht begeistern, so liegt dies vor allem daran, daß die Erkenntnis sich immer mehr Bahn bricht, es werde die amerikanische Volkswirtschaft mit Kriegsende nicht nur wieder auf den normalen, vor Kriegsausbruch herrschenden Zustand in Ein- und Ausfuhr zurückkehren, sondern möglicherweise werde ein starker Rückschlag eintreten, der erhebliche Teile des gewaltigen Kriegsprofits wieder aus dem Dollarlande jagt. Den durch die Kriegslieferungen an unsere Feinde mit Gold überschütteten amerikanischen Großindustriellen graut vor der Götter Neide; sie fürchten, daß ihnen die gewaltigen Summen, die während des Krieges der dortigen Volkswirtschaft zugeströmt sind, nur so lange der Krieg dauert, reine Freude bereiten werden. Der Friedensschluß, der eine Ueberführung der amerikanischen Kriegsindustrie in den früheren Betrieb notwendig macht, wird als Beginn einer schweren Krise ins Auge gefaßt.

Diese Friedensangst der amerikanischen Kriegslieferanten ist gewissermaßen statistisch festgestellt worden. Eine große New-Yorker Bankfirma, die sich namentlich mit Kapitalsanlagen befaßt, hat eine kleine Schrift herausgegeben, in der die Ergebnisse einer an über 4500 amerikanische Firmen gerichteten Rundfrage enthalten sind. Freilich sind nur 1710, also etwa 40 Prozent der Fragebogen, ausgefüllt zurückgekommen, aber sie bieten immerhin die Möglichkeit zur Beurteilung, wie die amerikanische Geschäftswelt die Lage auffaßt. Der Zweck der Rundfrage war: Klarheit darüber zu bekommen, wie die maßgebenden Kreise sich zu der wiederholt in Amerika geäußerten Auffassung stellten, die jetzige glänzende Lage sei nur als künstlich und abnorm zu bezeichnen, der Absatz der amerikanischen Produkte sei nur dadurch zu erklären, daß Europa ausschließlich mit Kriegsangelegenheiten beschäftigt wäre und infolgedessen der Friedensschluß einen schweren Rückschlag im Gefolge haben müsse.

Die Frage, ob das Geschäft durch den Friedensschluß unmittelbar beeinflußt werde, bejahten 728, während 750 mit nein antworteten, hingegen verneinten 1088 Firmen, daß durch die Preissteigerung eine Einschränkung in ihrem Absatz eingetreten sei. 1332 konnten mitteilen, daß bei ihnen keine Arbeitslosigkeit vorhanden sei, während nur 225 von einer solchen berichteten. 887 Firmen erklärten, daß die Arbeiter mit den jetzigen Löhnen zufrieden wären, während 598 von einer Unzufriedenheit berichten mußten und 309 einen Arbeiterstreik zur Erlangung besserer Arbeitslöhne für diesen Sommer vermuten. Nicht weniger als 1228 konnten über eine gesteigerte Tätigkeit in ihren Geschäftskreisen berichten, vom Bau neuer Häuser, von der Vergrößerung der Fabriksanlagen, von der Vornahme erheblicher Verbesserungen, aus denen wiederum ein Vertrauen auf die zukünftige wirtschaftliche Lage spricht. Die Herausgeber der lehrreichen kleinen Schrift sind der Ueberzeugung, daß der Krieg nicht allein materiell, sondern auch moralisch Amerika in die Höhe gebracht habe, wobei natürlich moralisch nur im amerikanischen Sinne gemeint sein dürfte.

Wie vermeiden die amerikanischen Staaten möglichst einen Rückgang der Ausfuhr bei Kriegsschluß? Wie rüstet sich Amerika am zweckmäßigsten für den Frieden? Wie erhöht es aber bis zu dessen Eintritt möglichst noch immer weiter seine Gewinne aus der Ausfuhr? Das sind die großen Fragen, denen die amerikanische Geschäftswelt, wie die ihr durchweg willig dienende Wissenschaft und Politik gegenwärtig am meisten Interesse entgegenbringen und die sie zu lösen sich bemühen. Im Zusammenhang hiemit stehen die mehr oder minder schön ausgedachten Welthandelspläne Amerikas, welche namentlich die Regierung und in ihr das Handelsamt in Washington zu fördern bestrebt sind.

Beim Aufstellen dieser Pläne versäumt man es nicht, die kriegswirtschaftlichen Maßnahmen zu studieren und zu bewundern, welche es uns ermöglicht haben, mit überraschender Plötzlichkeit zum geschlossenen Handelsstaat zu werden. So wenig man durchweg seine Abneigung gegenüber staatlichen Reglementierungen verbirgt, so kann man doch nicht umhin, die deutsche Organisation zu bewundern und sich zu fragen, ob nicht vielleicht Amerika einiges davon trotz allem einführen müßte, um zum Ziel seiner Wünsche für die Zukunft zu gelangen. Denn man hat eingesehen, daß England im Kampf gegen Deutschland, gegen dessen Militarismus wie Staatssozialismus, beide bekanntlich Hauptbestandteile des deutschen Barbarismus, nur dadurch sich halten kann und irgendwelche Erfolge zu erwarten berechtigt ist, wenn es das böse Beispiel, das es austilgen wollte, selbst nachahmt. In der Einführung der Wehrpflicht, wie in manchen anderen durch den Krieg veranlaßten britischen Gesetzen sieht man in Amerika den Sieg deutscher Methode und deutschen Geistes über die englischen Methoden und geheiligten Traditionen, die man im allgemeinen viel lieber hat und viel höher schätzt. Diese Erfahrung führt zu der oft genug bereits ängstlich vorgebrachten Frage, ob denn etwa der schlimme deutsche Organisationsgeist auch eines Tages in Amerika seinen Einzug halten werde, und auch die Vereinigten Staaten eines Tages genötigt seien, die Errungenschaften preußischer barbarischer Kultur bei sich durchzuführen. Diese Furcht ist umso stärker, als der deutsch-amerikanische Notenaustausch und andere Ereignisse die Amerikaner fühlen lassen, ein wie enges Interessengebiet der Erdball geworden ist, wie nicht nur die Wirtschaft aller Völker aufs engste miteinander verstrickt ist, sondern wie auch die ganze große Politik aller Nationen heute und noch mehr in Zukunft miteinander in Wechselwirkung steht. Man ahnt, daß früher oder später auch Amerika seinen Weltkrieg haben wird, daß seine Entfernung von Europa im modernen Krieg nicht mehr bedeutet als Englands einst vorhanden gewesene, im Zeitalter der Unterseeboote und Luftschiffahrt aber verschwundene insulare Abgeschiedenheit und vermeintliche unbedingte Sicherstellung. So finden Welthandelspläne Nahrung auch in amerikanischen Kreisen, die sonst solchen Gedanken abhold gewesen sind. Stark genährt werden sie durch die Tatsache, daß New York Londons Erbschaft als internationale Geldzentrale bereits angetreten hat. Die Hauptnahrung dafür aber ist die Angst vor erhöhter Energie und erhöhter Leistungsfähigkeit des deutschen wie des englischen Arbeiters, wenn auch nicht unmittelbar, so doch bald nach dem Kriege. Man befürchtet namentlich von der Industrie, die es in so wunderbarer Weise fertig bekommen hat, trotz gewaltiger Wertvernichtungen, ihre Produktionskraft nicht nur zu bewahren, sondern stellenweise in erheblichem Umfange noch zu vergrößern, gewaltige Ueberraschungen. Man glaubt, daß unsere elektrische Industrie und andere Industrien nach Kriegsende noch viel Gewaltigeres leisten und auch den amerikanischen Markt in größerem Umfang überfluten werden.

Besonders viel erwartet man im freien Amerika von der Imperialisierung des Geschäfts, wie eines der neuesten Schlagwörter lautet, unter dem man das Zusammenwirken von Staat und Privatinitiative zusammenfaßt, wie es sich bei unserer kriegswirtschaftlichen Organisation zeigt. Auch als Superorganisation wird gelegentlich diese Erscheinung deutschen Kriegswirtschaftslebens bezeichnet und die Frage erörtert, ob und in welchem Umfang diese in den Frieden hinübergebracht werden und ob nicht etwa Amerika aus einer entsprechenden Nachahmung Vorteile ziehen könnte. Denn selbst diejenigen, welche in Amerika wider die Kartelle sich gewandt hätten, könnten nichts dagegen haben, wenn ein Zusammenschluß womöglich unter Einmischung des Staates stattfinde, sofern es sich dabei nicht um eine Kartellierung handle, die den inneren Markt beeinflusse, sondern um eine solche, die sich lediglich mit dem Auslandsmarkt und seiner Eroberung beschäftige. Zu einer entsprechenden Abänderung der Antikartellgesetzgebung sind denn auch bereits die ersten Schritte unternommen.

Die Kassandrarufe weitblickender amerikanischer Bankleute, beispielsweise von F. A. Vanderlip, Präsidenten der National City Bank in New York, sind auch für europäische Ohren nicht ohne Reiz. Was wird aus unserem Gold, wenn der Krieg vorbei ist, fragt dieser. Wie können wir unsere kolossalen Goldvorräte verteidigen? Auf welches Programm sollen wir uns festlegen, um die internationalen Angriffe abzuwehren, welche auf die Goldgrundlage unseres Kreditsystems gemacht werden? Erkennt man, warum diese Fragen von wichtigster Bedeutung für jeden Amerikaner sind, der ein Bankkonto besitzt? Denn wenn der Krieg zu Ende ist, wird ganz Europa von Gold entblößt sein, erdrückt unter der Last von Banknoten und Papiergeld. Um sein Gold wieder zu bekommen, wird man die Reserven Amerikas stürmen. Alle Mittel und Wege wird man einschlagen, um an diese heranzukommen und das Gold Amerikas für irgend etwas einzutauschen. Die Gesetze der Volkswirtschaft werden auf seiten der Angreifer stehen; denn eine solche Goldfülle, wie sie Amerika besitzt, bedeutet stets steigende Preise. Amerika wird Preise bekommen, die es zu einem guten Markt machen für fremden Absatz, aber zu einem schlechten für unseren Einkauf. Denn jetzt steigen die Herstellungskosten Tag für Tag, vor allem die Arbeiterlöhne; niemand ahnt, welch ungeheure Schwierigkeiten erwachsen, wenn das Gold nicht mehr nach Amerika strömt, sondern normale Friedenszeiten kommen, die Arbeiterlöhne wieder herunterzudrücken und auch die anderen Produktionskosten auf normalen Stand zu bringen. Haben aber die Angriffe Europas auf Amerikas Goldreserven Erfolg, was bei dem ungeheuer sinkenden Zinsfuß in Amerika zu befürchten ist, dann stürzt (immer noch nach Vanderlip) der ganze amerikanische Kredit, der auf der Goldreserve beruht, zusammen. Dagegen helfen keinerlei gesetzgeberische Erlässe. Auch die Maßregeln der Banken stehen einer solchen Erscheinung ohnmächtig gegenüber. Höchstens kurze Zeit können diese das Unheil aufhalten. Nur eine wirksame und gleichwertige Waffe gegenüber den Angriffen aus Europa kann sich Amerika verschaffen: Vergrößerung seiner Ausfuhr dadurch, daß es alle Vorbereitungen trifft, auch künftig am Welthandel mehr als bisher teilzunehmen. Dafür besitzt Amerika günstige Vorbedingungen in seiner Menge billiger Nahrungsmittel, in seinen großen Vorräten von Rohmaterialien und in seinen tüchtigen Arbeitermassen. Zugute kommt ihm ferner der Umstand, daß die fremden Märkte in den kriegführenden wie in den neutralen Ländern bei Friedensschluß zunächst noch in großer Unordnung sich befinden werden; aber gerade deswegen erscheint es den einsichtigen Amerikanern erforderlich, möglichst frühzeitig die Friedensrüstungen zu beginnen. Nicht ohne gute Gründe fordern an die Zukunft denkende Amerikaner, man müsse in den Vereinigten Staaten energische Anstrengungen machen, um vor allen Dingen den südamerikanischen Markt des fernen Ostens jetzt zu erobern, weil die Aussichten, hier lange Zeit den Markt zu behaupten, weit besser wären als hinsichtlich der europäischen Märkte unserer Feinde. Nichts sei verkehrter, als mit der Gewinnung jener Märkte warten zu wollen, bis Europa mit seinem Krieg zu Ende sei, um sich dann mit umso größerer Energie darauf zu stürzen.

Diese Friedensrüstungen sind von dem Abteilungschef des amerikanischen Handelsministeriums Dr. Pratt in einem Programm zusammengestellt worden, welches eine Betrachtung lohnt. Pratt geht von der Ueberzeugung aus, daß Amerika in eine neue Epoche seiner Wirtschaftsgeschichte eintrete und eintreten müsse. Einstmals hatten die Vereinigten Staaten aus einigen Kolonien an der atlantischen Küste bestanden, die miteinander im Kampf lagen. Dann wurde Amerika ein großes einiges Agrikulturvolk und schließlich ein Industriestaat. Die Zukunft, deren Vorläufer sich in diesem Krieg deutlich zeigten, dränge Amerika in eine Periode des Welthandels und müsse es an die Spitze aller handeltreibenden Staaten bringen. Um diese Amerika vorgezeichnete neue Epoche ohne Rückschläge durchzuführen, sei das Wichtigste, eine große Anzahl tüchtiger Männer zu schaffen, welche geeignet wären, den amerikanischen Welthandel zu leiten. Nach Pratts Meinung verfügt Amerika vorläufig nicht über die erforderliche Zahl entsprechend vorgebildeter Leute. Er will daher die Ausbildung solcher sofort in Angriff nehmen und namentlich auch mehr und bessere Handelsdiplomaten schaffen.

Die nächste wichtige Voraussetzung für das Gedeihen amerikanischen Welthandels ist die Möglichkeit, ihn richtig zu finanzieren. Man weiß nicht nur bei uns, wie schlecht es damit bestellt ist. Das amerikanische Kreditwesen soll ausgebaut und ausgedehnt werden. Die Errichtung von Filialen amerikanischer Banken im Ausland will man ins Auge fassen. Das ganze Auslandswechselgeschäft bedarf einer entsprechenden Organisation. Von ihm versteht nach Pratt der Durchschnittsamerikaner vorläufig sehr wenig. Nur dann könne Amerika ein Stück Welthandel erobern, wenn amerikanisches Geld in ausländische Bahnen, in ausländische Docks, in ausländische Fabriken und Bergwerke, Warenhäuser und sonstige Unternehmungen hineingesteckt wird. Nicht minder wichtig aber erscheint vielen die Schaffung eines entsprechenden Zoll- und Handelsvertragssystems. Bis jetzt sind die Amerikaner, wie ihnen einer ihrer hervorragendsten Bankleute sagt, Amateure in Dingen der Zollpolitik, die künftig noch viel wichtiger für ihre ganze Wirtschaftsentwicklung wird. Bisher hat es nach Pratts Geständnis in Amerika an Intelligenz wie an Patriotismus gefehlt, aus den Tarifen ein Instrument zu machen, das der nationalen Wohlfahrt dient; es sei vielmehr ein Feld gewesen, auf dem sich Eigennutz der Industriellen und Eifersucht der Politiker betätigt habe. Des weiteren will man Amerika zum Weltmarkt für Stapelartikel machen, Warenbörsen schaffen mit Schiedsgerichten und anderen dort nicht bekannten Einrichtungen. Hiefür, wie für die Frage der Zolltarife sollen, sofern es nicht schon geschehen ist, geeignete Ausschüsse eingesetzt werden mit der Aufgabe, vor allem das ganze in Betracht kommende Material, namentlich auch des Auslandes, gründlichst zu studieren. Ein weiterer Ausschuß soll die Schiffahrtfragen ins Auge fassen, das Problem prüfen, wie Amerika es am zweckmäßigsten fertig bekommt, eine ausreichende eigene Handelsmarine zu schaffen. Der Ruf nach einer solchen ist gerade während des Krieges infolge des Mangels an Schiffsraum erhoben worden; denn ungeheure Warenvorräte haben sich, wie in zahlreichen anderen überseeischen Häfen, so auch in den amerikanischen aufgestapelt und können nicht rechtzeitig, vielleicht überhaupt nicht an das Ziel ihrer Bestimmung gelangen, da es an Beförderungsmöglichkeit fehlt. Für die Waren aber, welche auf Handelsschiffen ein Unterkommen finden, müssen ungemein hohe Frachtsätze entrichtet werden.

Der unparteiische Beurteiler wird sich der Einsicht nicht verschließen können, daß die Voraussetzungen zur Verwirklichung amerikanischer Welthandelspläne bei Kriegsende nicht ungünstig sind. 450 Millionen der Weltbevölkerung sind jetzt an einem fürchterlichen Krieg beteiligt. 25 Millionen Männer davon finden sich unter Waffen. Der Verlust tüchtiger Arbeitskräfte bei allen am Krieg beteiligten Völkern wird ungeheuer groß sein, und zweifelsohne werden auch die tüchtigsten, den Krieg überlebenden Arbeiter, die jetzt Monate und Jahre im Schützengraben liegen, wenigstens vorübergehend der technischen Arbeitsfähigkeit entbehren. Hinzu kommt die gewaltige Steuerlast und die nicht geringe Sorge für die ungeheuren Kriegsschulden, welche alle kriegsbeteiligten Nationen haben aufnehmen müssen. Wenn auch, wie oben ausgeführt, die Not der europäischen Völker ein hervorragender Lehrmeister für sie sein wird, mit verdoppelter Energie an die Arbeit zu gehen und ihre Wirtschaft neu aufzubauen und auszugestalten, so wird doch eine nicht unerhebliche Zeit vom Friedensschluß bis zu dem Zeitpunkt verstreichen, in welchem die europäische Arbeitskraft sich so erholt hat, daß sie die Ausfuhr bewerkstelligen, Welthandel im alten Umfange wieder treiben kann. Dieses Zwischenstadium birgt also namentlich auch für die Zentralmächte gewaltige Gefahren in sich, deren Ausnutzung Amerika zu seinen Gunsten beabsichtigt und für die eine recht einflußreiche, neu gegründete Organisation, die American International Society Stimmung macht.

Neues Pester Journal
2./XI. 1916
32

# Tantième-Studien.

Die Gegner des Staatsbetriebes machen geltend, daß die Leistungen darunter leiden würden, wenn der Anreiz des Geldverdienens wegfiele. Wir stehen nicht an, diese Verteidigung der kapitalistischen Betriebsform für falsch zu erklären; gewiß ist Eigennutz eine Haupttriebskraft menschlichen Handelns aber die einzige ist er nicht. Wir sind heute in der Lage, dies an einem sehr überzeugenden Beispiel zu erweisen. Es wäre denkbar, daß die Erzeugung der Handfeuerwaffen Staatsbetrieb wäre und daß der Zufall oder glückliche Menschenkenntnis Herrn Dr. Sieghart an die Spitze dieses Staatsbetriebes gestellt hätte; wäre nun anzunehmen, ja täte man diesem pflichteifrigen und uneigennützigen Beamten nicht geradezu Unrecht, wenn man annehmen wollte, daß er sich der Erzeugung von Gewehren mit völlig unvermindertem Eifer hingegeben hätte? Haben wir nicht im Staatsbetriebe Beamte, vom höchsten bis zum geringsten genug, die mit Feuereifer und Hingebung ihre Pflicht und mehr als ihre Pflicht tun? Und gerade bei Herrn Dr. Sieghart hätte es des Anreizes der Tantième bedurft? Wir glauben es nicht; wenn wir auch zugestehen müssen, daß dieser Anreiz ein sehr gewaltiger war, so liegt es uns doch ferne, es einem Beamten zuzumuten, der sich, als er noch im Staatsdienste stand, so hervorragend um die Wahrung seiner Interessen bemüht hat.

Ist dies nun richtig, so muß auch der überzeugteste Anhänger der eingangs erwähnten Theorie von der anfeuernden Kraft der Tantième zugeben, daß der Staatsbetrieb erheblich billiger ist. Ein Sektionschef bezieht alles zusammen 22.000 Kronen, und selbst wenn ihm die Begünstigung der dritten Rangsklasse zuteil wird, kostet er alles in allem jährlich 32.000 K, wozu höchstens noch ein paar tausend Kronen außerordentliche Zulagen kämen; dagegen hat Herr Dr. Sieghart, laut dem uns vorliegenden Ausweis, dessen Verläßlichkeit außer allem Zweifel steht, in seiner Eigenschaft als Präsident des Verwaltungsrates der Österreichischen Waffenfabrik für das abgelaufene Geschäftsjahr 1915/16 den erheblich höheren Betrag von 443.104 K 91 h erhalten, eine Summe, für die man im Falle des Staatsbetriebes ziemlich viele Sektionschefs anstellen könnte, und das für ihre ganze Zeit, nicht nur im Nebenamte, insoweit ihnen ihr Hauptgeschäft und die zahlreichen sonstigen, nicht minder einträglichen Nebenämter Zeit übrig lassen.

Diese 443.104 K 91 h sind aber keineswegs alles um was sich der kapitalistische Betrieb teurer stellt; der Verwaltungsrat besteht aus acht Mitgliedern, die, wenn auch gebührendermaßen nicht so hoch wie der Präsident, so doch recht anständig entlohnt werden, zusammen mit dem nicht ganz unerheblichen Betrage von K 1,527.047.38. Ihre Namen und Tantièmen sind folgende: Herr Ludwig Siegmund Bachrach, Direktor der Bodenkreditanstalt, erhielt K 137.272.04; Robert Baron Buddenbrock, der der Fachmann in der Körperschaft zu sein scheint, K 305.832.85; Herr Georg Günther, Generaldirektor der Berg- und Hüttenwerke-Aktiengesellschaft K 287.103.87; Direktor Hermann Gussenbauer K 118.534.05; Dr. Karl Ritter von Taussig, Sohn des verstorbenen Gouverneurs der Bodenkreditanstalt und Präsidenten der Waffenfabrik, K 81.085.09 — so hoch bezahlen die Aktionäre und die Besteller von Gewehren die Pflicht der Pietät gegen den Verstorbenen —, endlich der Direktor der Bodenkreditanstalt Herr Alexander Weiner K 6.838.55 (dies ist kein Schreibfehler, Herr Weiner hat aus Gründen, die wir nicht kennen, wirklich nur diesen wahren Bettel erhalten) und endlich der Direktorstellvertreter der Bodenkreditanstalt Doktor Max Wilhelm K 147.272.03.

Aber damit ist die Reihe derer, die durch Tantièmen zu gesteigerten Leistungen angeregt werden mußten, noch lange nicht zu Ende; die Waffenfabriks-Gesellschaft hat nicht nur Verwaltungsräte, sondern auch technisch und kaufmännisch gebildete Fachleute, die gleichfalls Anteil vom Reingewinn erhalten, wenn auch selbstverständlich geringere. Ist es doch so ziemlich in der ganzen Welt so eingerichtet, daß sich das Einkommen nicht nach Arbeit und Leistung, sondern nach der gesellschaftlichen Stellung richtet. Mit Ausnahme des Direktors Josef Duffek, der K 168.560.82 erhielt, stehen die übrigen Mitarbeiter tief unter den Bezügen der Verwaltungsräte, offenbar weil es bei ihnen nicht notwendig schien, die Fähigkeiten und Leistungen durch Tantièmen von ungewöhnlicher Höhe anzueifern; es erhielt der Oberinspektor Robert Forster K 50.568.25 und die Vorstände, Oberingenieure oder Inspektoren Karl Mayer, Kuppelholz, Rechl, Pirker und Welsky jeder K 25.284.12, welche Beträge allerdings durch angemessene Gehälter ergänzt und auf eine annehmbare Höhe gebracht wurden. Auf jeden Fall wird man sagen dürfen, daß auch diese verdienstvollen Mitarbeiter erheblich höher bezahlt wurden, als es Staatsbeamten gleicher Bedeutung zuteil geworden wäre. Die Gesamtsumme der Tantièmen beträgt K 1,872.597.05; dies mag nicht nur den Aktionären viel vorkommen, was uns nichts angeht und nichts kümmert, sondern auch den Staatsbürgern, die diese 1,872.597 Kronen und 5 Heller als Steuerträger bezahlen müssen. Ob der Staatsbetrieb wirklich weniger gut arbeiten würde, ist noch nicht bewiesen; daß er erheblich teurer kommt, ist sicher, unsere kleine Tantièmen-Studie beweist es. Ein ganzes österreichisches Ministerium, zu seiner Ehre sei es gesagt, kostet nicht so viel, wie ein Verwaltungsrat von einiger Bedeutung.

•

Der Zufall, der dem „Abend" in Tantièmenfragen wohl will, spielt uns gleichzeitig einige ähnliche Ausweise in die Hand. Von einem noch sei heute in Kürze die Rede, weil auch da der allgegenwärtige Gouverneur der Bodenkreditanstalt die leitende Rolle innehat. Es ist der Tantièmenausweis des Oesterreichischen Vereines für chemische und metallurgische Produktion, eine der Aktiengesellschaften, für die das Sprichwort von den Frauen gilt: die, von denen man am wenigsten spricht, tragen die besten Dividenden, man braucht sich mit ihnen am wenigsten zu plagen, und wer das Glück hat, von so guten Eltern zu sein, daß er im Verwaltungsrate sitzen darf, dem kommt es wie dem Gerechten in der Bibel, nämlich im Schlafe. Womit natürlich keineswegs gesagt sein soll, daß die Männer, welche die chemische und metallurgische Produktion verwalten, etwa schliefen. Weder wird man das Herrn Dr. Sieghart nachsagen können, der wieder mit K 36.749·37 an der Spitze marschiert, noch Herrn Professor Dr. v. Landesberger, Präsident der Anglo-Oesterreichischen Bank, der ihm mit K 24.499·58 auf der Ferse folgt. Je K 12.249·79 erhielten die Herren Georg Günther — man sieht, daß man so ziemlich überall denselben Namen begegnet — Alfred Herzfeld, der den Lesern schon von der Mineralölgesellschaft Fanto her bekannte Direktor der Bodenkreditanstalt — es ist nicht schlecht, Direktor der Bodenkreditanstalt zu sein — Josef Hubert in Aussig, Baron Dr. Adolf Kohner in Budapest, Ferdinand Maresch in Aussig, Doktor Heinrich Miller R. von und zu Aichholz, Professor Dr. Heinrich Precht in Hannover, Professor Dr. Wassermann in Berlin und Eduard Weinmann in Teplitz; mit K 6558·13 mußte sich Herr David Fanto begnügen, und K 6353·98 erhielt die Verlassenschaft eines verstorbenen Mitgliedes.

Die Ziffern sind bescheiden, wahrhaft kleinbürgerlich im Vergleiche zu denen, womit die Verwaltungsräte der Waffenfabrik im Finanz-High-Life glänzen können; aber trotzdem scheinen auch sie allerlei Lehrreiches zu enthalten. Vor allem zeigen sie, wie leicht man Fachmann im Verwalten gutgehender Aktiengesellschaften wird; es gehört nichts dazu als die Kunst, zur richtigen Zeit schweigen oder ja sagen zu können, eine fachmännische Eigenschaft, die sich überraschend schnell erlernt, fast so schnell wie die, sich die Tantième auf Bankkonto gutschreiben zu lassen. Einigermaßen lästig ist die Pflicht, im Laufe des Jahres an vier oder sechs Sitzungen teilzunehmen; die Pflichterfüllung wird einem allerdings in der Regel durch die sogenannten Anwesenheitsmarken erleichtert, die in der Regel mit zwanzig bis hundert Kronen bezahlt zu werden pflegen; übrigens nimmt es eine einsichtige Leitung nicht übel, wenn man sich im Sommer mit der Notwendigkeit von Gastein, Karlsbad oder Ischl entschuldigt. Das alles, wie gesagt, ist nicht schwer; schwerer ist es schon, Sohn, Schwiegersohn oder Vetter des ausschlaggebenden Mannes zu sein, aber auch das erlernt sich. Und bringt es einer gar nicht zusammen, so gibt es noch immer der Mittel und Wege einige, wie man zu Verwaltungsratsstellen gelangt, die sich lohnen.

## Schlußkurse.

| | 6./11. | 4./11. |
|---|---|---|
| Tendenz für Geld | behauptet. | nom. |
| Geld auf 24 Stunden Durchschnittsrate | 2¼ | nom. |
| Geld auf 24 Stunden letztes Darlehen | 2½ | nom. |
| Wechsel auf Berlin (Sicht) | 70.— | 70¼ |
| Wechsel auf Paris (Sicht) | 5.32½ | 5.34½ |
| Wechsel auf London (60 Tage) | 4.71.25 | 4.71.25 |
| Wechsel auf London Cable Tr. | 4.76.45 | 4.76.45 |
| Silber Bullion | 69½ | 68.75 |
| Atchison Topeka 4proz. Bonds | 107.— | 106.50 |
| Baltimore u. Ohio 4½proz. Bonds | 95½ | 96.— |
| Chesapeake u. Ohio 4½proz. Bonds | 85½ | 85.50 |
| 4½ Chic. Rock Isl. u. Pac. first u. Ref. Bds. 1934 | 77⅝ | 77.25 |
| Northern Pacific 3proz. Bonds | 66¾ | 67.— |
| Northern Pacific prior lien 4proz. Bonds | 93⅞ | 93.75 |
| St. Louis u. S. Francisco Bonds-Ref. 4proz. | 83.50 | 83.50 |
| 6proz. | 81.— | 80.— |
| Southern Pacific 4proz. Bonds 1929 | 88½ | 88⅝ |
| Union Pacific konvertierte 4proz. Bonds 1908 | 94½ | 94⅝ |
| United States 4proz. Bonds 1925 | 110.50 | 110.50 |
| U. S. Steel Corp. 5proz. Bonds | 106⅞ | 106⅞ |
| Atchison Topeka u. Santa Fé Com. | 107⅛ | 106.25 |
| Pref. | 100.75 | 100⅛ |
| Baltimore u. Ohio | 88.50 | 88.— |
| Canada Pacific | 173.— | 172.75 |
| Chesapeake u. Ohio | 68.75 | 68.50 |
| Chicago Milwaukee u. St. Paul | 96.— | 94.75 |
| Denver u. Rio Grande Com. | 20.50 | 20.— |
| Denver u. Rio Grande Pref. | 48.25 | 48.— |
| Erie Com. | 39.— | 38.50 |
| Erie I. Pref. | 53½ | 53.50 |
| Erie II. Pref. | 44.50 | 44.50 |
| Great Northern Pref. | 119.50 | 118⅝ |
| Great Northern Ore Cert. | 43.50 | 42⅞ |
| Illinois Central | 108.— | 107⅞ |
| Interborough Metropolitain Com. | 19.25 | 19.— |
| Consolidated Pref. | 76.25 | 74.— |
| Kansas City u. Southern Com. | 28¼ | 27.50 |
| Pref. | 61.50 | 60.75 |
| Lehigh Valley Nom. (50 Dollar Shares) | 84.— | 83.50 |
| Louisville u. Nashville | 136.50 | 136.— |
| Missouri Kansas u. Texas Com. | 8.25 | 8.— |

Neues Wiener

# Staatliche Einflußnahme auf die industrielle Produktion.

### (Aus der Gesellschaft österreichischer Volkswirte.)

In der Gesellschaft österreichischer Volkswirte hielt gestern abend Herr Arthur Kuffler, Präsident des Kriegsverbandes der Baumwollindustrie, einen Vortrag über „Staatliche Einflußnahme auf die industrielle Produktion". Den interessanten Ausführungen ist folgendes zu entnehmen:

Zu den wichtigsten Fragen der vollständigen Neuorientierung, die der gegenwärtige Krieg in seiner ungeahnten Dauer und in der erzwungenen Unterbrechung der Handelsbeziehungen zur Folge hat, zählt die Stellung der Gesetzgebung und Staatsverwaltung zur industriellen und gewerblichen Produktion und zum Handel mit deren Erzeugnissen. Bisher galt die freie und schrankenlose Entwicklung der Industrie und des Handels als wirtschaftliches Grundgesetz, und eine staatliche Einflußnahme erschien nur zum Zweck ihrer allgemeinen Förderung, bei Beschränkungen aus sozialpolitischen Gründen und bei Heranziehung zur Deckung der Kosten des Staatshaushaltes zulässig. Der Krieg an sich hätte an diesen grundlegenden Verhältnissen nichts ändern müssen, erst dessen außergewöhnlich lange Dauer mit der immer stärker zu Tage tretenden Unterbindung der Einfuhr und Ausfuhr, beziehungsweise der einseitigen Gestaltung unsrer Einfuhr bei gleichzeitiger Behinderung der Ausfuhr, haben zu Veränderungen geführt, die zu einer geänderten Beurteilung der Grundlagen des Wirtschaftslebens zwingen.

Gegenwärtig erachtet es die Staatsverwaltung mit Recht als ihre Aufgabe, durch geeignete Vorschriften dafür zu sorgen, daß mit den heimischen Vorräten an Rohprodukten und Erzeugnissen während der Dauer des Krieges das Auslangen für den unerläßlichen öffentlichen und privaten Bedarf gefunden wird, und sucht dieses Ziel durch Beschränkung der Erzeugung und des Verbrauches, durch Enteignung und Verteilung zu erreichen. Am Ende des Krieges wird nur ein unter besonderer Berücksichtigung schwächeren Elemente erfolgt.

Unter diesen Umständen darf die Notwendigkeit einer staatlichen Einflußnahme auf die industrielle Produktion kaum in Zweifel gezogen werden, und es kann sich nur darum handeln, die Art und den Umfang dieser Einflußnahme festzustellen, die naturgemäß nie Selbstzweck sein und die nie weitergehen darf, als es die Rücksichtnahme auf das öffentliche Interesse notwendig erscheinen läßt. Vor allem muß maßgebend bleiben, daß die betreffenden Maßnahmen nur den Charakter eines Provisoriums haben, die den Uebergang zum normalen freien Verkehr nicht behindern sollen, sondern nur den Zweck haben, die Kriegswirtschaft abzubauen und die Ueberleitung in die Friedenswirtschaft vorzubereiten. Ferner muß die Forderung aufgestellt werden, daß die notwendige staatliche Einflußnahme auf die industrielle Produktion im Einvernehmen mit dem zu diesem Zwecke geschaffenen oder zu schaffenden industriellen Selbstverwaltungskörper erfolge, damit jederzeit die allgemeinen staatlichen Erfordernisse mit den besonderen Erfordernissen der Produktion und des Handels in Einklang und Uebereinstimmung gebracht werden können.

Am sichersten kann der angestrebte Zweck ohne Zweifel durch ein System von Einfuhrverboten, beziehungsweise Einfuhrbewilligungen erreicht werden. Die Zuteilung der Einfuhrmengen hätte nach ihrem Werte für die einzelnen Industrie- und Handelsgruppen für längere Perioden im voraus auf Grund des Votums einer Körperschaft zu erfolgen, in der die finanziellen, industriellen, gewerblichen und kaufmännischen Organisationen vertreten sind. Die Einfuhr von Halb- und Ganzfabrikaten sollte nur solange und in dem Umfange gestattet werden, als die Fabrikate nicht im Inlande hergestellt werden können, damit die Verschuldung an das Ausland in den notwendigen Mindestgrenzen gehalten wird. Bei allen Stapelindustrien wird sich die staatliche Einflußnahme auf eine auf gesetzlicher Grundlage beruhende Einschränkung der Produktion und des Rechtes zur Lagerhaltung beschränken können, wodurch die freie wirtschaftliche Betätigung nur quantitativ und nicht qualitativ beschränkt würde.

Der erforderliche Umfang der Produktionseinschränkung kann sowohl statistisch als empirisch festgesetzt und jederzeit dem tatsächlichen Bedarf angepaßt werden, wodurch sich die Möglichkeit eines reibungslosen Ueberganges zur vollständig freien wirtschaftlichen Betätigung ergibt. Die Beschränkungen der Produktion und des Bezuges sind nur auf die Inlandsproduktion zu beziehen, das zulässige Produktionsquantum muß aber stets um diejenigen Mengen überschritten werden dürfen, die tatsächlich zur Ausfuhr gelangen.

Die staatliche Einflußnahme wird sich, solange die Erzeugungsbeschränkungen dauern, auch auf die Preisbildung erstrecken müssen, da sonst durch die Hemmung der Erzeugung die Möglichkeit für eine schrankenlose Preissteigerung gegeben ist.

Damit die staatliche Regelung der industriellen Erzeugung nicht zum Schaden der österreichischen Industrie erfolge, ist es jedenfalls als eine wichtige Voraussetzung der gedeihlichen und zweckdienlichen Lösung zu betrachten, daß mit Ungarn und Deutschland eine Verständigung in diesen Fragen vorausgeht. Solange sich dann die staatliche Einflußnahme auf die industrielle Produktion in den gekennzeichneten Grenzen hält und im Einvernehmen

Neue Freie Presse
10./XI. 1916

46

# Die staatliche Einflußnahme auf die industrielle Produktion.

Von **Kommerzialrat Heinrich Vetter.**
Präsident des Bundes Oesterreichischer Industrieller.

Wien, 9. November.

Der Präsident des Vereines der Baumwollspinner Oesterreichs, Herr Artur Kuffler, hat jüngst in der Gesellschaft österreichischer Volkswirte darzulegen versucht, daß bei dem Uebergange zur Friedenswirtschaft eine staatliche Einflußnahme im Wege industrieller Selbstverwaltungskörper auf die Produktion notwendig und wünschenswert sein werde. Der Redner führte aus, daß insbesondere den erwähnten Körperschaften das Recht zugebilligt werden müsse, eine Einschränkung der Erzeugung zu verfügen, sowie auch eine Drosselung der Einfuhr der Rohstoffe vorzunehmen und die Produktion derartig zu kontrollieren, daß Lagerhaltungen über ein bestimmtes Maß hinaus unmöglich gemacht werden, jede Ueberproduktion vermieden und die Erzeugung einem von diesen Selbstverwaltungskörpern anzunehmenden Bedarfe angepaßt werde. Dem Vortrage soll in der nächsten Zeit eine Diskussion folgen. Aber ich fühle mich geradezu verpflichtet, derselben vorzugreifen, damit sich nicht etwa die Ansicht herausbilden könne, daß die Mehrzahl der Industriellen oder industriellen Organisationen die Pläne und Absichten des Präsidenten Artur Kuffler vollkommen billige.

Die Regelung der Produktion ist während der Kriegszeit unbedingt geboten gewesen. Die Industrie mußte daher, so sehr sie gegen jeden Zwang und jede Einschränkung der individuellen Initiative ist, diese Zwangsorganisation hinnehmen, im vollen Bewußtsein, daß dadurch allein in zweckmäßiger Weise das Durchhalten mit unseren Vorräten ermöglicht würde, wenn auch anderseits Preisausschreitungen vielleicht nicht außer Zusammenhang mit diesen Zwangsregelungen sein könnten. Eine Ueberwachung und Regelung der Rohstoffeinfuhr sowie eine Einflußnahme auf die industrielle Verarbeitung der Rohstoffe erscheint in der vom Herrn Präsidenten Kuffler vorgeschlagenen Art nur für wenige Industrien, respektive für ganz bestimmte Rohstoffe vielleicht möglich. So erfolgt selbst die Verarbeitung der Baumwolle, zumindest der Halbfabrikate aus Baumwolle, vielleicht auch der Schafwolle und der Jute nicht ausschließlich in voraus bekannten Betrieben, zum Teil sogar in der Heimarbeit, deren Beteilung mit Halbfabrikaten (und auch die Kontrolle ihrer Erzeugung) so schwer durchführbar ist, daß bei der vorgeschlagenen Regelung deren Ausschaltung fast notwendig wäre. Wie soll aber eine solche Regelung bei der Einfuhr von Rohstoffen und Halbfabrikaten, wie Metallen, Gummi, Hartzen und zahllosen anderen Artikeln stattfinden, welche in einer Unzahl von großen und kleinen Betrieben, und zwar in ganz verschiedenen Industrien, verarbeitet werden? Schon diese einfache Erwägung müßte zu der Folgerung führen, daß die Kufflerschen Vorschläge höchstens für einen ganz beschränkten Kreis von Industrien anwendbar sind. Hiebei hat Präsident Kuffler selbst bemerkt, daß auch für diese Industriegruppen eine vorgängige Einigung zwischen dem Deutschen Reich, Oesterreich und Ungarn erfolgen müßte. Wir hätten also sogar einen industriellen Quotenstreit zu gewärtigen, bei dessen Ausgang vielleicht die österreichische Industrie nicht allzugut abschneiden würde.

Aber selbst abgesehen hievon, glaube ich aus prinzipiellen Gründen alle derartigen Eingriffe in die industrielle Produktion ablehnen zu müssen. Herr Präsident Kuffler scheint hier von einem dem meinigen direkt entgegengesetzten Standpunkte auszugehen. Er fürchtet sich vor der Gefahr der Ueberproduktion, während ich bei der Teuerung, dem Mangel an Transportmitteln und der Schwierigkeit der Valutabeschaffung mich nur davor fürchte, daß wir nicht die genügende Menge von Rohstoffen erhalten, um baldmöglichst wieder unseren ganzen industriellen Apparat in Bewegung zu setzen. Dies zu ermöglichen, muß das oberste Ziel jeder Wirtschafts- und Handelspolitik sein. Wir müssen dafür sorgen, daß die aus dem Kriege und dem Militärdienst zurückkehrende Arbeiterschaft baldmöglichst wieder reichliche Beschäftigung findet. Ich glaube, daß dies der Staat und die Industrie vor allem der Arbeiterschaft schuldet, die ihr Leben und ihre Gesundheit für den Staat eingesetzt hat und bei ihrer Rückkehr nicht auf Almosen angewiesen sein darf, sondern lohnenden Erwerb in friedlicher Beschäftigung finden muß. Die Wiederaufnahme der Produktion im weitestgehenden Maße ist auch vom industriellen und allgemein wirtschaftlichen Standpunkte nur geboten. Nur eine vollarbeitende Industrie kann daran denken, einen Export aufzusuchen und auch die hiefür notwendigen Opfer zu bringen. Und daß eine Ausfuhr schon vom staatsfinanziellen Gesichtspunkte aus dringend notwendig ist, wird wohl niemand bestreiten. Wenn wir aber durch Drosselungsmaßnahmen bei der Einfuhr die Wiederaufnahme einer vollen Produktionstätigkeit hemmen, werden andere Staaten auch die uns geographisch nächstliegenden Ausfuhrgebiete aufsuchen und besetzen und wenn wir dann mit Erlaubnis der industriellen Selbstverwaltungskörper unsere volle Erzeugung aufnehmen dürfen, werden wir vielleicht wieder einmal die Märkte, die in unserer Interessengrenze liegen, von anderen erobert finden. Schließlich und endlich erscheint mir eine baldmöglichste Aufnahme der ganzen Produktion auch aus einem anderen wichtigen Gesichtspunkte nötig. Die für die Konsumenten unerträgliche Teuerung kann nur durch eine vollerzeugende Industrie gemildert werden. Jede Drosselung der Produktion durch Einfuhrbehinderungen wird und muß dazu führen, daß der hohe Preisstand aufrecht erhalten wird, weil die Industrie für die mangelnden Umsätze in erhöhten Gewinnen Ersatz suchen wird. Diese Preispolitik ist um so leichter durchzuführen, wenn das Angebot an Waren hinter dem Bedarf zurückbleibt oder demselben ganz knapp angepaßt wird. Hiebei ist nicht zu übersehen, daß es selbst für die industriellen Selbstverwaltungskörper nach der Umwälzung aller Verhältnisse durch den Krieg schwer fallen wird, „den legitimen Bedarf" genau abzuschätzen, und daß auch hier verhängnisvolle Irrtümer vorfallen können. Auch glaube ich, daß wir die Lage unserer Unterhändler, welche bei Friedensschluß die handelspolitischen Beziehungen zu den Neutralen, aber auch zu unseren gegenwärtigen Feinden für uns günstig gestalten sollen, wesentlich erschweren, wenn wir mit Einfuhrverboten arbeiten. Es ist hiebei gleichgültig, ob dieselben direkt ausgesprochen oder auf Umwegen erreicht werden sollen. Denn gerade nach den Erfahrungen vor dem Kriege werden alle Staaten bei dem Abschluß von Handelsverträgen Sicherungen dafür verlangen, daß nicht auf indirektem Wege dem Handel andere Hindernisse als durch Zollsätze und Monopolbestimmungen bereitet werden. Auch wird immer der drohende Mangel an Schiffsraum für die Notwendigkeit staatlicher Regelung ins Treffen geführt. Wir wissen nicht, wie gewaltige Anstrengungen im Schiffbau gemacht werden, namentlich von den seefahrenden Neutralen, und ob dadurch nicht die Verluste des U-Boot-Krieges zum Teil aufgewogen werden. Wohl wissen wir aber, daß es unternehmenden Industriellen schon jetzt gelungen ist, sich Schiffsraum für die Zeit nach dem Kriegsende zu sichern. Die Schiffsraumfrage wird vielleicht zum großen Teile nur eine Preisfrage sein.

Schließlich werden die Reglementierungsvorschläge immer mit der Sorge um die Beschaffung der auswärtigen Zahlungsmittel begründet, mit anderen Worten mit der Valutafrage. Es kann wohl niemand so töricht sein, diese Sorge nicht zu berücksichtigen und die Regelung unseres Geldwesens nicht als eine der wichtigsten Zukunftsfragen zu betrachten. Es ist auch sicher, daß die Beschaffung der industriellen Rohstoffe und Halbfabrikate, die zur vollen Wiederaufnahme unserer industriellen Produktion notwendig sind, davon abhängig sein wird, ob wir in der Lage sein werden, uns die hiezu notwendigen auswärtigen Zahlungsmittel zu verschaffen. Aber ich glaube nicht, daß diese große Frage mit so kleinen Mittelchen, wie Produktionsbeschränkungen, Einfuhrdrosselungen, gelöst werden kann. Die Valutafrage ist vor allem eine Frage des Kriegsausganges. Wir hoffen mit voller Zuversicht, daß wir den Krieg siegreich beenden und vor aller Welt der Glaube und das Zutrauen in die Zukunft der Monarchie gestärkt werden wird. Dieser glückliche Kriegsausgang ist die erste Grundlage, auf der sich die Regelung des Geldwertes aufbauen kann. Wenn wir gleichzeitig mit vollem Ernst daran gehen, unsere finanzielle Lage zu ordnen, wenn wir mit schonungsloser Sparsamkeit in der Verwaltung, mit der Beendigung des Regimes der nationalen Geschenke einsetzen werden, wenn wir gleichzeitig durch ein vernünftiges und gerechtes Steuerprogramm, welches bedauerlicherweise als unabwendbare Folgeerscheinung des Krieges die Steuerkraft der Bevölkerung sehr wird ausnützen müssen, das Gleichgewicht in unserem Staatshaushalte herstellen werden, dann werden wir auch wieder volles Vertrauen bei allen Neutralen genießen, dann wird es nicht schwer fallen, ein großes Valutaanlehen zum Zwecke der Rohstoffbeschaffung aufzunehmen, und dann sind alle Drosselungs- und Reglementierungspläne nicht nur unnötig, sondern geradezu schädlich. Wir müssen unsere Tore der Rohstoffeinfuhr weit und schrankenlos öffnen können. Dann wird auch die Industrie sofort mit Macht ihre Arbeit wieder einsetzen können. Wir dürfen uns nicht vor einer Ueberproduktion fürchten. Unsere einzige Sorge wird sein, ein Zurückbleiben der österreichischen Industrie zu verhindern. Jeder einzelne und alle Organisationen müssen trachten, daß die kommerziellen und technischen Kräfte unserer Industrie voll angespannt werden. Nur eine große, niemals aber eine gedrosselte Industrie kann jene Exportüberschüsse schaffen, welche unbedingt notwendig sein werden, um unsere Goldverschuldungen im Auslande zu tilgen und die Beständigkeit unseres Währungswesens dauernd aufrecht zu erhalten. Eine gedrosselte Industrie wird nur dazu führen, daß die Arbeitslosigkeit nach dem Kriege eintritt, daß die Teuerung fortdauert. Auch die gedrosselte Industrie erfordert eine Verschuldung an das Ausland für die Bezahlung ihrer Rohstoffe. Die Drosselung verhindert aber eine kräftige Entwicklung, die Exportüberschüsse schafft, mit denen wir unsere Goldschulden bezahlen.

Alle diese Vorschläge knüpfen an Vorstellungen an, an die wir uns im Kriege gewöhnt haben. In vielen Kreisen, namentlich in jenen, die sich unter den Regelungen materiell wohlbefunden haben, scheint sich der Gedanke festzusetzen, daß diese Regelungen dauernde Einrichtungen werden sollen. Ich freue mich sehr, daß unser gegenwärtiger Justizminister Dr. Franz Klein jüngst in einem Vortrage die Anschauung ausgesprochen hat, als ob es bei manchen Aktionen, die während des Krieges erfolgten, kaum am Platze wäre, sie in ähnlicher Menge und in ähnlichem Zeitmaße fortzusetzen. Und so hoffe ich auch, daß in der Industrie bald jene Strömungen überwunden sein werden, die in Beschränkungen ihr Heil sehen. Der Friede muß und wird wieder den Grundgedanken zu Ehren bringen, daß die freie Initiative die Grundlage des industriellen Gedeihens ist und jede Beschränkung derselben eine Gefährdung der industriellen Entwicklung bedeutet.

Reichspost
11./XI. 1916

47

# Ein neues Werk unserer Landesgewerbeförderung.

**Die Gründung des „Zentralverbandes von gewerblichen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften Niederösterreichs".**

Wie wir schon vor einiger Zeit berichteten, befaßte sich die Landesgewerbeförderung mit der Absicht, eine Zusammenfassung der in Niederösterreich bestehenden Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften zu dem Zweck durchzuführen, um sowohl die finanziellen Bedürfnisse dieser Genossenschaften leichter befriedigen zu können, als auch bei der Beschaffung von Rohstoffen und bei der Organisierung des Absatzes dieser Organisationen als einheitlicher Faktor auftreten zu können. Es sollte also durch die Sammlung der gewerblichen Arbeitskraft der Sammlung des Großkapitales und der Großindustrie wirksam entgegengetreten werden. Die Vorverhandlungen hatten ein überraschendes Ergebnis: 65 Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften und sonstige gewerbliche Vereinigungen und 11 Berufsgenossenschaften (Anstreicher und Lackierer, Dachdecker, Friseure, Graveure, nichtprotokollierte Handelsleute, Juweliere und Goldschmiede, Kleidermacher, Posamentierer, Schuhmacher, Tapezierer und Tischler) haben ihren Willen erklärt, sich an dieser Gründung beteiligt! Als Form dieser Organisation wurde die G. m. b. H. gewählt. Von den vorgenannten Genossenschaften einschließlich des Landesausschusses des Erzherzogtums Niederösterreich, welcher an dieser Gründung mit rund 140.000 Kronen mitwirkte, wurden insgesamt 840.000 Kronen aufgebracht.

Die gründende Generalversammlung des Zentralverbandes erfolgte gestern nachmittag im Landtagssitzungssaale unter dem Vorsitze des Gewerbeförderungsreferenten LA. Bielohlawek, der durch diese Tat neuerlich den Beweis erbrachte, welch ehrlicher Freund und wertvoller Förderer des gewerblichen Mittelstandes er ist.

---

Nach dem Abschlusse des Vertrages wurden die Mitglieder der Zustimmungsstatuten und Geschäftsführer durchgeführt.

Zum Obmann des Zustimmungsrates wurde Landesobmann Hieloblawek gewählt. In den Vorstand wurden Obmann Hieloblawek, Obmann Germann, Obmann Hofbauer, Obmann Hofbauer, Obmann Hofbauer

# Die englischen Schwarzen Listen.

## Greys Antwort auf den amerikanischen Protest.

London, 14. November.

Das Reutersche Bureau meldet:

In Beantwortung der amerikanischen Note über die sogenannten britischen Schwarzen Listen als willkürliche Einmischung in den Handel der neutralen Staaten wiederholt Lord Grey, daß das Verbot des Handels mit gewissen Personen in fremden Staaten nur ein Akt der Landesgesetzgebung sei und sich lediglich auf Personen in Großbritannien erstrecke. Grey erklärt, daß die britische Regierung weder beabsichtige noch das Recht beanspruche, neutralen Einzelpersonen irgendwelche Behinderungen oder Strafen aufzuerlegen. Die Maßnahme zwinge nur diejenigen, welche großbritannische Untertanen sind, die Handelsbeziehungen mit denjenigen Personen, welche den Feind unterstützen, aufzugeben. Das Recht Großbritanniens als souveräner Staat, solche gesetzlichen Maßnahmen zu treffen, sei so zweifellos, daß Grey sicher sei, daß der dagegen eingelegte Protest auf einer mißverständlichen Auffassung des mit diesen Maßregeln bezweckten Zieles beruhe.

Gegenüber den Befürchtungen der Vereinigten Staaten, daß dieses System von Handelsverboten möglicherweise eine ungerechtfertigte Ausdehnung erfahre, weist Grey darauf hin, daß der Vorteil des Handels zwischen britischen Untertanen und Ausländern auf Gegenseitigkeit beruhe und daß ein Verbot für britische Untertanen, mit Angehörigen eines fremden Staates Handel zu treiben, notwendigerweise eine Einschränkung des britischen Handels nach sich ziehe und die Regierung daran hindere, auf die Schwarze Liste irgendeine Firma zu setzen, die einen neutralen Handel betreibt, der bona fide ist.

Grey fährt fort: Es scheint in den Vereinigten Staaten und anderswo Leute zu geben, die man unmöglich überzeugen kann, daß die von uns ergriffenen Maßnahmen solche gegen den Feind sind und nicht bezwecken, unseren eigenen Handel auf Kosten desjenigen der neutralen Länder zu fördern. Ich kann nur wiederholen, was ich eingangs wiederholt auseinandergesetzt habe, daß die Regierung Seiner Majestät kein so unwürdiges Ziel im Auge hatte. Wir haben in Wirklichkeit bei allen Schritten, die wir ergriffen haben, um britische Untertanen vom Handel mit diesen angeführten Firmen abzuhalten, die größtmögliche Sorge getragen, um so weit als möglich eine Schädigung des neutralen Handels sowohl in unserem wie im Interesse der Neutralen zu verhüten.

An anderer Stelle sagt Grey: Lassen Sie mich wiederholen, daß die Regierung Seiner Majestät keinen Anspruch erhebt, Bürgern der Vereinigten Staaten oder anderen Neutralen vorschreiben zu wollen, mit welchen Personen sie Handel treiben dürfen oder nicht. Sie muß dagegen an ihrem Rechte festhalten, daß es in der gegenwärtigen schwierigen Zeit sogar ihre Pflicht gegenüber der Bevölkerung des eigenen Landes wie der Alliierten ist, die britische Förderung denen vorzuenthalten, die ihren Handel zugunsten unserer Feinde führen. Wenn der Wert der britischen Förderung für diese Firmen so groß ist, daß sie lieber den Handel mit unseren Feinden aufgeben, als daß sie Gefahr laufen, dieser Förderung beraubt zu werden, dann kann die Regierung Seiner Majestät nicht zugeben, daß die Annahme von Bürgschaften dafür ihrerseits Willkür ist oder unvereinbar mit dem internationalen Recht oder dem guten Einvernehmen zwischen den Völkern.

Grey bespricht sodann den in manchen Kreisen herrschenden Gedanken, daß die militärische Lage derart sei, daß es für die Regierung unnötig wäre, irgendwelche Schritte zu unternehmen, die den Austauschverkehr im geringsten behindern könnten, da das Ende des Krieges in Sicht sei, und nichts, was sich in den fernen neutralen Ländern ereignet, den endgültigen Ausgang berühren könne. Hiezu sagt Grey: Wir möchten wohl wünschen, daß die Lage so wäre, aber sie ist nicht so. Obwohl sich die militärische Lage der Alliierten bedeutend gebessert hat, steht ihnen noch ein langer Kampf bevor, der zur Anwendung jedes rechtmäßigen Mittels, um den Gegner zu überwinden, nötigt. Was auch für Unbequemlichkeit den neutralen Nationen durch die Ausübung der Rechte der Kriegführenden erwächst, ist diese nicht zu vergleichen zum Beispiel mit den Verlusten, die der Menschheit durch die Verlängerung des Krieges auch nur um eine Woche verursacht werden.

### Der Unterseebootkrieg.

Grey bespricht dann das englische Verfahren, Schiffen, die Waren für auf der Schwarzen Liste stehende Firmen führen, Bunkerkohlen zu verweigern, und sagt: Was für ein rechtlicher Einwand kann gegen diese Haltung erhoben werden? Es ist englische Kohle; warum sollte sie zum Transport von Gütern derer benützt werden, die unseren Feinden aktive Hilfe leisten? Man muß auch daran erinnern, daß die deutsche Regierung durch den U-Boot-Krieg versucht hat, die Welttonnage zu verringern. Sie hat in unrechtmäßiger Weise ohne Warnung Hunderte von friedfertigen Frachtschiffen versenkt, nicht nur solche, die den Alliierten gehören, sondern auch solche der Neutralen, norwegische, dänische, schwedische, holländische, spanische und griechische Schiffe. Alle sind versenkt worden. Zwischen dem 1. Juni und dem 30. September 1916 sind 262 Schiffe durch feindliche Unterseeboote versenkt worden. 73 davon waren englische Schiffe, 123 gehörten den Alliierten, 66 waren neutral. In dieser Zahl sind 10 englische Schiffe inbegriffen, die ohne Warnung versenkt worden sind, wobei 81 Menschenleben verloren gingen, zwei Schiffe der Verbündeten, auf deren einem zwei Menschenleben verloren gingen, während über die andere Versenkung keine Nachrichten zu erhalten waren, sowie drei Schiffe der Neutralen, wobei ein Menschenleben verloren ging. Selbst diese Liste ist unvollständig. Wahrscheinlich sind weitere Schiffe ohne Warnung versenkt worden und noch mehr als die aufgezählten Menschenleben verloren gegangen. Hinzugefügt sei, daß da, wo die an Bord Befindlichen mit dem Leben davonkamen, dies in der Regel nur dadurch geschah, daß sie sich in offene Boote begaben. Selbst Schiffe, die Ladung im Auftrage der belgischen Unterstützungskommission führten, wurden wiederholt versenkt. Trotz der besonderen Erleichterungen, die den für die Kommission tätigen Schiffen bezüglich der Kohlenversorgung gewährt werden, ist diese Gesellschaft doch ständig nicht in der Lage, die Nahrungsmittel nach Belgien einzuführen, die zur Erhaltung des Lebens der Bevölkerung durchaus nötig sind. Kann es daher wundernehmen, daß die britische Regierung ängstlich bemüht ist, die Versorgung mit englischer Kohle so zu beschränken, daß soweit als möglich nur Schiffe Kohlen erhalten, die wirklich im Handel für die Alliierten oder die Neutralen beschäftigt sind?

Grey nimmt auf die Besorgnis der Neutralen Bezug, daß die tatsächliche Aufsicht über die Transportmittel, die so in der Hand einer Nation ist, zur Störung des Welthandels

Westungarischer-Grenzbote
18./XI. 1916
57 9/18.

## Plenarsitzung der Pozsonyer Handels- und Gewerbekammer.

Die Pozsonyer Handels- und Gewerbekammer hielt am Mittwoch unter Vorsitz des Präsidenten Johann Sendlein ihre Plenarversammlung ab, in welcher laut dem Vortrag des Kammersekretärs Dr. Gregor Wolff folgende Angelegenheiten von allgemeinem Interesse zur Verhandlung gelangten.

Im Auftrage des kön. ung. Handelsministers sammelt die Kammer seit August l. J. monatlich zweimal **statistische Daten über die Preisgestaltung der wichtigsten Lebensmittel und Gebrauchsartikel.** Die Daten werden zur Bestimmung der auf Grund des Gesetzes über die Kriegsleistungen zu zahlenden Ersetzungsposten verwendet.

**Unter dem Titel „Ungarisch-orientalische Wirtschaftszentrale"** ist mit Unterstützung der Regierung und unter Mitwirkung der Kammern und der freien Interessenvertretungen des Landes ein Organ entstanden, welches berufen ist, unsere Bestrebungen im Orient zu fördern und welches schon derzeit eine lebhafte Verbindung mit den leitenden wirtschaftlichen Kreisen unserer Verbündeten, Bulgarien und Türkei, aufrechterhält.

Zum Schutze der durch den Krieg betroffenen **ungarischen Interessen in Rumänien** ist im Monat September **die ungarische Zentrale der in Rumänien Interessierten** entstanden. Die neue Zentrale wird sich nicht nur ihren finanziell interessierten Mitgliedern nützlich erweisen, sondern trägt mittelbar auch zur Lösung der zahlreichen Fragen unseres wirtschaftlichen Lebens im Kriege und nach demselben bei.

Im Interesse der **Sparsamkeit mit Beleuchtungsmaterialien** hat die Kammer der Stadt Pozsony zweckmäßige und in der Durchführung die Kaufleute und Gewerbetreibenden nicht schädigende Anträge gestellt. Auch **die Behebung des Mangels an Heizmaterial** läßt sich die Kammer angelegen sein und verhandelt bereits mit den interessierten Fachleuten.

Die Schwierigkeiten, welche sich auf dem Gebiete der **Approvisionierung** bemerkbar machen, ist die Kammer bestrebt, Hand in Hand mit der Stadt zu beheben. Bei einigen Artikeln, wie z. B. **bei Fett und Zucker, ist schon eine Besserung zu verzeichnen.**

Die nach Pozsony geflüchteten Siebenbürger Kaufleute und Gewerbetreibenden unterstützt die Kammer materiell.

Nach Kenntnisnahme des Berichtes über diese Angelegenheiten erfolgte nunmehr die Verhandlung **der Gesetzentwürfe über die Patente und den Markenschutz,** welche vom Handelsminister zwecks Meinungsabgabe der Kammer zugeschickt wurden. **Die Revision des Patentgesetzes** machen die oft sich ändernden Rechts- und volkswirtschaftlichen Verhältnisse notwendig. Der Entwurf ändert nichts an dem Grundsystem und hält die grundlegenden Prinzipien aufrecht. **Der Gesetzentwurf über den Markenschutz** modifiziert und ergänzt nicht nur die bisherigen Regeln, sondern schafft in bezug auf die vorgehenden Behörden und Regeln wesentliche Aenderungen: so wird der Wirkungskreis des Handelsministeriums und der Kammern eingestellt und **die Markenschutzangelegenheiten in den Wirkungskreis des Patentamtes und des Patentsenates überwiesen. Gegen diese Verfügung des Entwurfes nimmt die Kammer Stellung,** denn das wäre eine neue Zentralisierung solcher Angelegenheiten, welche bei uns und auch in Oesterreich seit vielen Jahrzehnten die Kammern versehen, bedeutet aber auch eine empfindliche Verteuerung und Erschwerung des Markenschutzes der kaufmännischen und der industriellen Interessenschaft.

Das kais. und kön. Kriegsministerium wünscht die für den Verlauf des Krieges außerordentlich wertvolle **Mitwirkung der Industrie, des Handels und Gewerbes an der Bereitstellung des Heeresbedarfes zu verewigen** und hat zu diesem Behufe im Kreise der Heereslieferanten eine breitangelegte Datensammlung eingeleitet. Die Kammer wird bezüglich der Modifikation resp. Vereinfachung der Datensammlung Vorschläge unterbreiten, zugleich aber die Interessenten auffordern, die Daten nach ihrem besten Können einzuliefern, denn von kompetenter Stelle wurde die Versicherung gegeben, daß durch das wahrheitsgemäße Bekanntwerden der Daten die Geschäftsgeheimnisse ganz und gar nicht offenbar werden.

In bezug auf den neuen Post- und Telegrafentarif unterbreitet die Kammer im Interesse des praktischen Durchdringens des neuen Tarifes folgende Vorschläge:

1. Die Frankierung des Vorrates an mit Firmendruck versehenen Postkarten der Kaufleute und Gewerbetreibenden möge auf eine gewisse Uebergangszeit mit 8 Heller Marken normiert werden.

2. Das Aerar möge **für den Bürobedarf praktischere Karten** herausgeben.

3. Die **Postkarten und Briefumschläge der Firmen sollen in der Staatsdruckerei mit Wertaufdruck** versehen werden.

4. Bei den schwereren Briefen mögen die Abstufungen des Tarifes vereinfacht werden.

5. Der Pakettarif möge im Interesse der Handelsprovinzzentren bedeutend ermäßigt werden.

6. Aufheben der die Geschäftswelt ungemein belästigenden Verfügung des 1 Kronen-Zuschlages bei aufgegebenen Telegrammen und der 3-fachen Taxe und beschränkter Annahme von nachts und Sonntags aufgegebenen Depeschen.

7. Pauschalierung der Gebühr der Telegrammadressen.

Im Interesse der Förderung des bargeldlosen Verkehrs schlägt die Kammer der Postsparkasse die Herabsetzung der Stammeinlagen von 100 Kronen auf 50 Kronen, bessere Verzinsung der Einlagen und die Aufnahme der Checkkonto-Inhaber in den Clearing-Verkehr vor. Schließlich ist es wünschenswert, daß die Postsparkassa-Erlagscheine überall erhältlich seien.

Im Interesse der Linderung des Kleingeldmangels beantragt die Kammer die Einführung von Blocks bei der elektrischen Straßenbahn, in den Kaffeehäusern Gasthäusern und in Milchgeschäften. Eine praktische Verfügung wäre es noch, wenn die städtischen Wasser-, Gas- und Elektrizitätswerke bei den Monatsrechnungen der Konsumenten, die Fabriken aber bei den Wochenlohnauszahlungen Beträge unter 1 Krone immer für den nächsten Monat, resp. für die nächste Woche vorschreiben würden.

Eingehend referiert Sekretär Dr. Wolff über die Frage der Sicherung der für die Industrie notwendigen Rohmaterialien sowie über die Wirkung derselben auf unsere Valuta und auf die Gestaltung der Eisenbahntarife im Zusammenhange mit jenen Agenden, welche sich auf den Uebergang zur Friedens-Volkswirtschaft beziehen.

Bezüglich der im **Kriege entfalteten Tätigkeit des Handels und Gewerbes** gab die Kammer folgende Deklaration:

Der vaterländische Handel und das Gewerbe erfüllen ihre Aufgaben im Existenzkampfe des Landes mustergiltig — einesteils dadurch, daß sie für unsere Armee die zur Kriegführung notwendigen mannigfaltigen Mittel herbeischaffen und daß sie durch die Erhaltung der wirtschaftlichen Kraft des Landes unsere Kampfbereitschaft erstärken, wozu auch die Kaufmannschaft und die Gewerbetreibenden durch umsichtiges Einschaffen und Ergänzen mangelnder Waren beitragen, um die breiten Schichten der Bevölkerung versehen zu können, wodurch zum Trotze der Aushungerungspläne unserer Feinde die zuhause gebliebenen Millionen bis zum siegreichen Ende des Krieges vor Not beschützt werden.

Die reellen Kaufleute und Gewerbetreibenden verdienen es daher, daß sie von jedem kompetenten Faktor unterstützt und vor Ekikanen und Drangsalierungen bewahrt werden

Schließlich wurde der Kostenvoranschlag der Kammer für das Jahr 1917 und der Kostenvoranschlag der von der Kammer erhaltenen Handelsschulen für Knaben und Mädchen für das Schuljahr 1916/17 verhandelt, bei welcher Gelegenheit der Professor der Chemie und Warenkunde Eugen Sebök und die Lehrerin der ungarischen und deutschen Sprache Frl. Marie Kregar durch die Plenarsitzung zu ordentlichen Professoren ernannt wurden.

Vossische Zeitung 19/XI. 1916. 58

# Die Pflicht zur Arbeit.

Von

**Georg Münch.**

Mehr als ein Dutzend Jahre ist's her, da äußerte sich mir gegenüber der alte Wilhelm Kollmann, den ich auf seiner Bismarckhütte besuchte, im Gespräch über Arbeiterverhältnisse dahin, daß jeder arbeitswillige Bürger eines Staates ein Recht auf Beschäftigung habe; ein gut geleitetes Staatswesen müsse es als Pflicht betrachten, diesen Anspruch seiner Angehörigen zu erfüllen, indem es für alle Gewerbe Daseinsbedingungen schafft, die eine freie Entfaltung ermöglichen. In den seitdem verflossenen langen Friedensjahren ist im Deutschen Reiche, ungeachtet der stetigen, starken Bevölkerungszunahme, eigentliche Arbeitsnot eine unbekannte Erscheinung geblieben. Landwirtschaft, Industrie und Handel nahmen einen gewaltigen Aufschwung, unsere Beziehungen zu den fremden Märkten reckten und dehnten sich ins Ungeheure, und Hand in Hand damit ging eine Hebung des Wohlstandes unseres Volkes, woraus sich wiederum eine kräftige Erhöhung der Aufnahmefähigkeit des heimischen Verbrauchs für alle nur erdenklichen Gegenstände ergab. Jäh hatte der Kriegsausbruch dieses glückliche Bild gestört. Im ersten Schrecken über das furchtbare Geschehnis fanden zahlreiche Betriebsbeschränkungen oder -Einstellungen und im Zusammenhang damit Arbeiterentlassungen statt. Statistisch trat dies in dem Anschwellen der Zahl der Arbeitsuchenden hervor. Im August 1914 kamen nach den Feststellungen des Reichsarbeitsblattes auf je 100 offene Stellen 236 Arbeitsuchende, im Vergleich mit nur 144 im Juli des gleichen Jahres. Doch eben damals zeigte sich, was ein gesunder, elastischer Wirtschaftskörper vermag. Kaum ein paar Wochen vergingen, da war die Umstellung der Industrie auf die Kriegsbedürfnisse in vollem Gange. Was an der einen Stelle an Arbeitskräften überflüssig war, fand an der anderen Verwendung. Im September 1914 war das Verhältnis der Arbeitsuchenden zu den offenen Stellen schon auf 195, im Oktober auf 163, im November auf 151, im Dezember gar auf 131, also unter die Ziffer des letzten Friedensmonats gesunken. Damit war die große soziale Gefahr, die in Arbeitslosigkeit im Kriege gelegen hätte, beseitigt. Und je länger der Krieg währte, je mehr Köpfe und Hände die Landesverteidigung selbst für sich beanspruchte, desto fühlbarer wurde ein Mangel an Arbeitskräften auf vielen Gebieten. Vermehrte Heranziehung von Frauen und Jugendlichen schuf nach und nach auch hier einen erträglichen Ausgleich. Doch immer mehr Männer wurden im Heere gebraucht. Die Hartnäckigkeit der Feinde, die verbissene Wut, mit der sie sich gegen das Eingeständnis des deutschen Sieges sträuben, der Vernichtungswillen, den sie immer wieder gegen alles, was uns teuer ist, bekunden, lassen keinen im unmittelbaren Dienst des Vaterlandes entbehrlich erscheinen. Hat im Frieden der Staat die Pflicht, seinen Bürgern ihr Recht auf Arbeit zu gewährleisten, so hat jetzt im Kriege jeder Bürger die Pflicht, seine Arbeitskraft dem Staate zu widmen.

Wie dieser Grundsatz am besten in die Tat umzusetzen ist, darüber wird ja bald der Reichstag nach dem Vorschlage der Regierung zu entscheiden haben. Unsere Kriegsindustrie, im weitesten Sinne des Wortes, braucht, um den Anstrengungen der Feinde weiter erfolgreich die Spitze bieten zu können, neue Arbeiter. Um solche Hilfskräfte bereit zu stellen und zu halten, soll eine gewisse Arbeitspflicht eingeführt werden; die Regierung nimmt an, daß sich freiwillig hinreichende Kräfte zur Verfügung stellen werden; Zwangsmaßnahmen sind nur als letztes Mittel gedacht. Dieses verständige, durch die Stunde gebotene Programm wurde noch dahin ergänzt, daß eine Schmälerung des Einkommens ausgeschlossen und eine Ausdehnung der Arbeitspflicht auf die Frauen nicht beabsichtigt sei. Kurzum, es handelt sich darum, bisher brach liegende Kräfte mobil zu machen. Der Nutzen, den unsere Kriegführung davon hat, findet eine äußerst wertvolle Ergänzung darin, daß sich der Kreis der gut bezahlten industriellen Hilfskräfte ausdehnt, mehr Geld unter die Leute kommt und so die ganze Volkswirtschaft jetzt und für später gekräftigt wird. Mehr Arbeit, mehr Verdienst, mehr Gütererzeugung — das ist der Ausblick, den die Einführung der Arbeitspflicht eröffnet. Zu ihrer kleinmütigen Beurteilung liegt darum keine Veranlassung vor. Der Staat wendet sich nur unter dem Hinweis auf die Erfordernisse der ernsten Zeit an den gesunden Sinn der Nation; er hat sich an unzähligen Stellen, draußen und daheim, im mutigen Kampf, im tätigen Handeln und im willigen Verzichtleisten auf vieles, was uns im Frieden unentbehrlich erschien, bewährt. Jetzt erinnert der Staat daran, daß auch in der Ausnutzung der Arbeitskraft jeder in erster Reihe an das zu denken hat, was dem Lande frommt. Je freier von Zwang sich diese weitere und — man darf sagen — nunmehr allgemeine Umstellung des Ganzen auf die Kriegsbedürfnisse vollzieht, desto besser. Wir haben bisher mit dieser Freiheit keine schlechten Erfahrungen gemacht.

Das gilt vorzüglich für die Rolle, welche unsere Industrie in dem heutigen Kampfe um Deutschlands Sein oder Nichtsein erfüllt hat. Dieser Krieg wird nicht nur durch die Tapferkeit und die Nervenkraft der Kämpfer oder durch die finanzielle Kraft, die jedem Staate innewohnt, entschieden werden, sondern auch durch die industrielle Leistungsfähigkeit. Die Technik spielt bei dem, was draußen zu geschehen hat, oft die entscheidende Rolle. Der Geist aller Erfinder unter den Völkern wird gegeneinander aufgeboten. Und stolz kann es der Deutsche sagen, daß er auch in diesem Punkte bisher der Sieger geblieben ist. Die Feinde selbst haben es schon längst erkannt. Ja, aus ihrer Presse und den befreundeten amerikanischen Organen spricht schon seit einiger Zeit völlige Ratlosigkeit gegenüber dieser verblüffenden industriellen Leistungsfähigkeit Deutschlands. Den tiefsten Eindruck scheint bei ihnen die Tatsache hinterlassen zu haben, daß Deutschland auch im Kriege den angrenzenden neutralen Staaten mit mancherlei Waren aus der Verlegenheit helfen konnte. Mit Hilfe der Handelstauchboote konnten wir sogar mit Amerika in solchen Verkehr treten. Darauf hat sich eine förmliche Legende aufgebaut: Die Deutschen hätten — so schrieb ein amerikanisches Fachblatt, „Bache Review", — eine ungeheure Heimarmee von Frauen, Kindern und alten Leuten aufgeboten, um Ausfuhrwaren so billig herzustellen, daß keinerlei Schutzzölle, auch nicht einmal die Amerikas oder Rußlands, diese Flut nach dem Kriege eindämmen könnten. Die New-Yorker „Economic World" sagt, Deutschland stapele jetzt große Mengen von Stahl, Eisen, Farbwaren usw. auf, um sie sogleich nach Friedensschluß auf den Weltmarkt zu werfen und sich so Geld zu machen. Aehnliches Geschwätz ließ sich „Evening Post" melden. Das alles mag von englischer Seite vielleicht nur deshalb verbreitet werden, um in Amerika Stimmung für die denkbar höchsten Prohibitivzölle gegen Deutschland zu machen und das Land des Dollars in den britischen Wirtschaftskrieg hineinzuziehen. Nichtsdestoweniger beweisen diese anglo-amerikanischen Stimmen, welche höllische Achtung man vor dem Deutschen selbst jetzt hat, wo er als unmittelbarer Wettbewerb ausgeschaltet ist.

Dessen kann sich unsere Industrie ehrlich freuen. Es ist die beste Anerkennung ihrer glänzenden Leistungen im Kriege. Daß sie diese inmitten wachsender Arbeiterschwierigkeiten vollbracht hat, erhöht ihren Triumph. Doch es ist gut, daß der Staat ihr diese Probe nicht mehr ohne seine Hilfe zumuten will. Was er ihr auf der einen Seite für den Heeresdienst an Arbeitskräften entziehen muß, will er ihr auf der anderen Seite mittels der allgemeinen Arbeitspflicht für die Betriebe, an deren Ausbau er im Kriege ein Interesse hat, wieder zuführen. Nicht als ein Geschenk soll die Kriegsindustrie diese Verstärkungen empfangen, nein, die jetzt üblichen Lohnsätze soll sie dafür vergüten. Das liegt im Interesse der Industrie selbst. Der privatwirtschaftliche Charakter der Betriebe wird auf solche Art in keiner Weise berührt. Andernfalls käme mancher in die Versuchung, die Arbeitspflicht als eine Vorstufe für die Verstaatlichung der Rüstungsindustrie anzusehen. Sehr gewagt wäre es in der Tat, die heikle Frage der Verstaatlichung industrieller Betriebe just im Kriege anzuschneiden. Die Erfahrungen, die wir gerade jetzt, Allen sichtbar, mit unserer Kriegsindustrie gemacht haben, sollten derartige Gedanken eigentlich nicht aufkommen lassen. Was unsere Rüstungsindustrie ist, hat sie sich im Laufe langer Jahrzehnte mit sehr großen Opfern erkauft. Der Pfad ihrer Erfolge ist ein dornenvoller. Und doch, ja eben deshalb ist die zähe, private Unternehmungslust auf ihrem Gebiete nicht zu entbehren. So war es und so wird es bleiben. Staatliche Verwaltung verstößt oft, ihrem ganzen Charakter nach, gegen einen wesentlichen wirtschaftlichen Grundsatz: „Diejenige Anwendung der Produktionsfaktoren," sagt der Nationalökonom Wilhelm Roscher, „ist die produktivste, welche das größte Bedürfnis der Wirtschaft mit dem kleinsten Aufwande von Mitteln befriedigt. Da findet freilich ein ewiger Wechsel statt, ganz nach dem Wechsel der Bedürfnisse und Fähigkeiten." — Jeder Privatbetrieb wird selbstverständlich nach der Regel arbeiten, mit einem Mindestmaß von Aufwand ein Höchstmaß von Leistung herauszuholen. Er wird sich auch jeweils den neuen Erfordernissen rasch anzupassen suchen. Der Apparat einer staatlichen Verwaltung wäre dem nicht gewachsen, auch dann nicht, wenn er eine Anzahl der fähigsten Köpfe sein eigen nennen könnte. Zwar klingt die Behauptung leicht verständlich, daß die Rüstungsindustrie wegen ihres hohen Wertes für den Schutz des Landes Eigentum des Staates werden müsse. Geht man aber der Frage zuleibe, so wird man bald ihre ganze Schwierigkeit gewahr. Krupps Geschützfabrikation — als Beispiel betrachtet — ist nur ein Teil dieses ungeheuren montanindustriellen Werkes, das alle möglichen anderen Erzeugnisse der Hüttenindustrie herstellt. Und ähnlich ist es bei den sonstigen Werken. Wo soll da die Verstaatlichung anfangen, wo soll sie aufhören? Alle diese Werke danken übrigens, wie unsere ganze Industrie, ihre Blüte nicht zuletzt dem Absatz, den sie sich im Frieden im Auslande errungen haben. Das machte sie stark und mächtig, wie es unser Volkseinkommen und -Vermögen bereicherte. Deshalb kann auch die Gefahr, in friedlichen Zeiten an spätere Feinde deutsches Kriegsmaterial zu liefern, für den Gedanken der Verstaatlichung der Rüstungsindustrie nicht entscheidend angeführt werden. Der internationale Wettbewerb, der auf jenem Gebiete stets sehr scharf zutage trat, hat bewiesen, daß sich in keinem Lande diese Industrie scheut, ihre Ware auf dem Weltmarkte anzubieten. Den Schneider-Creuzot und Vickers-Maxim, nicht uns, würden wir einen Dienst erweisen, wollten wir nach diesem Kriege unsere Kriegsmaterialausfuhr einstellen, bei der bestimmte Grenzen der Vorsicht stets beobachtet worden sind.

Der Begriff der Kriegsindustrie ist zudem heute schwerer denn je festzulegen. Ihr dient nicht nur der Hersteller von Kanonen, Gewehren und Geschossen, sondern das ganze Heer der Eisen- und Kohlenerzeuger, dient die Maschinen- und die Elektrizitäts-, die chemische, die Bekleidungsindustrie und vieles andere; ja, der letzte Bauer, der mit seinem Pfluge den Acker bestellt, er arbeitet ebenfalls für die erfolgreiche Durchführung auch unseres technischen Kampfes mit einer feindlichen Welt. Kein Geringerer als Hindenburg hat auf diesen Zusammenhang in seinem Schreiben an den Reichskanzler hingewiesen: „Es ist unmöglich, daß unsere Arbeiterschaft auf die Dauer leistungsfähig bleibt, wenn es nicht gelingt, ihr eine nach gerechten Gesichtspunkten verteilte, ausreichende Menge Fett zuzuführen . . . Für die Landwirtschaft ist die Aufgabe nicht nur in der selbstverständlichen Steigerung der Produktion zu erblicken, sondern auch darin, ihre Produkte, insbesondere das Fett, in weitestem Maße freiwillig dem Verbrauche zuzuführen." — Straffes Erfassen der vorhandenen Kräfte, inniges Zusammenarbeiten Aller ist das Ziel, das uns als etwas Selbstverständliches vor Augen steht. Jeder muß bereitwillig seine persönlichen Interessen dem Ganzen opfern.

Indem wir uns solchen Zwang auferlegen, dürfen wir hoffen, daß der Plan Englands, den Krieg zu verschleppen und uns so zu zermürben, durch neue entscheidende Schläge vereitelt wird. Der Frieden würde damit näherrücken. Je freiere Grundlagen alsdann das gewerbliche Leben vorfinden wird, desto schneller wird es sich an die Forderungen einer neuen Zeit, die wahrlich sehr hohe sein werden, anpassen. Die Schaffensfreudigkeit des Einzelnen wird man dabei nicht entbehren können. Die ins Ungeheure gesteigerten geldlichen Verpflichtungen des Staates werden nur von einem arbeitsfrohen Volke getragen werden können. Wie der Staat jetzt die Arbeitspflicht, so wird der Bürger alsdann wieder sein Recht auf Arbeit geltend machen. Es wird ihm werden, wenn nützlicher Betätigung keine hemmenden Schranken gezogen sind, wenn das Wohl des Ganzen mit dem des Einzelnen in kluger Weise abgestimmt ist.

Kölnische Zeitung
10./X. 1916

69[10]

# Die Friedensziele für Industrie u. Ausfuhrhandel.*)

Von Dr. W. Beumer, Mitgl. des preuß. Abgeordnetenhauses.

„Ich bin zu dem Schluß gekommen, daß in diesem Augenblick die einzige Chance Deutschlands, die Herzogtümer zu befreien, darin besteht, daß wir einen Krieg gegen Rußland zugunsten Polens anfangen. Dann ist Louis Napoleon unser gehorsamer Diener, Schweden fällt uns sofort in die Arme und England ist lahmgelegt; dann nehmen wir von Dänemark ungestraft, was wir wollen." So schrieb am 3. Dezember 1863 der Sozialdemokrat Friedrich Engels an seinen Freund Karl Marx, und das mag zunächst zum Beweis dafür dienen, daß damals auch die äußerste Linke betreffs notwendiger Gebietserweiterungen wesentlich anderer Meinung war als ihre heutigen Vertreter, daß somit die Frage eines größern Deutschlands keine parteipolitische ist, sondern von Fall zu Fall beurteilt werden muß. Erinnert aber wird an diesen Brief für die nachfolgenden Ausführungen hauptsächlich deshalb, weil jene Frage, ob nach siegreichem Kampfe Deutschland innerhalb der bisherigen Grenzen bestehen bleiben kann oder nicht, im wesentlichen von den Erfahrungen abhängig ist, die wir jetzt im Kriege bei uns und an unsern Feinden gemacht haben.

Daß wir, wie in einer Festung eingeschlossen, unter den schwierigsten Verhältnissen, nicht allein bezüglich unserer Ernährung, sondern auch betreffs unserer Gütererzeugung und ihres Vertriebs, insbesondere durch den Ausfuhrhandel, leben, braucht nicht besonders hervorgehoben zu werden. Um so bewundernswerter ist die Umstellung unsrer gesamten Erwerbsstände, und unter ihnen der Industrie, in die durch den Krieg völlig veränderten Verhältnisse. Aber auch davon ist allerorten so viel geredet und geschrieben worden, daß sich hier ein tieferes Eingehen darauf verbietet. Nur ein paar Beispiele! Neben die angesichts der verminderten Knappenzahl geradezu bewundernswerten Leistungen des Stein- und Braunkohlenbergbaus treten die bekannten Ziffern unsrer Roheisendarstellung, und die Flußstahlerzeugung, die in den Monaten Januar bis 30. September 1914, also in einem Zeitraum, in den sieben volle Friedensmonate fielen, 12 223 486 Tonnen betrug, beziffert sich in dem gleichen Zeitabschnitt 1916 auf 11 931 131 Tonnen, ist somit der erstern fast gleich — eine staunenerregende Tatsache, die nur der mit den bestehenden Schwierigkeiten bekannte Fachmann in vollem Umfang zu würdigen weiß. Daneben steht die bekannte Umstellung kleiner und kleinster Betriebe in die Munitionserzeugung. Die chemische Industrie braucht man nur zu nennen, um an ihre beispiellosen Leistungen auf dem Gebiet der Munition, der Auffindung zahlreicher neuer Legierungen, der Gewinnung des Stickstoffs aus der Luft, der Ersatzprodukte in den verschiedensten Zweigen, auch der Ernährungswirtschaft, und nicht zuletzt des synthetischen Kautschuks erinnert zu werden. Hand in Hand ging mit ihr auch die Textilindustrie, die sich der Ersatzstoffe in ebenso einsichtiger wie tatkräftiger Weise bemächtigte und damit Schwierigkeiten überwand, durch die wir sonst in die übelste Lage gekommen wären. Kurzum, auf allen Gebieten eine rastlose und zugleich von dem fruchtbaren Zusammengehen der Praxis mit der Wissenschaft zeugende Tätigkeit, die in diesem Umfange kein anderes Land, weder vor noch unter dem Kriege aufzuweisen hat.

Was Wunder, daß wir darob von den Ländern des Vierverbands auf kräftigste beneidet wurden, deren Mißbehagen in der Pariser Wirtschaftskonferenz einen ebenso sichtbaren wie geradezu komisch wirkenden Ausdruck fand. Denn im Ernste glauben doch wirklich die Herren von der Entente cordiale nicht daran, nach dem Krieg Deutschland vom Wettbewerb in ihren Ländern und Kolonien völlig auszuschließen. Es ist, wenn ich nicht irre, ein ehemaliger russischer Handelsminister gewesen, der kurz vor der Pariser Konferenz dem Sinne nach die Worte sprach: „Vor dem Kriege kaufte Rußland da, wo es am besten und billigsten war. Und das war auf dem deutschen Markte. Können uns die Verbündeten nach dem Kriege ebensogut bedienen, so werden wir bei ihnen kaufen. Im andern Falle müssen wir zum deutschen Markt zurückkehren." So wird sich im großen und ganzen praktisch die Sache auch in den andern, uns feindlichen Ländern gestalten, in denen blinder Haß bald durch kühle Vernunft abgelöst werden wird — nicht zuletzt in England! Natürlich werden wir nach dem Krieg zunächst Schwierigkeiten auf dem Weltmarkt haben, in erster Linie im Wettbewerb mit Japan und den Vereinigten Staaten von Amerika, die in heller Freude darüber leben, daß wir in Europa uns die Köpfe zerschlagen und ungeheure Werte zerstören. Nordamerika wird schon dadurch ein gefährlicherer Gegner werden, daß sich sein Reichtum in hohem Maße vermehrt hat. Ist doch für das mit dem 30. Juni 1916 abschließende Steuerjahr die persönliche Einkommensteuer der dortigen Zensiten auf 13 588 718 Pfd. Sterling gegen 8 207 232 Pfd. Sterling im Vorjahr und die Einkommensteuer für Gesellschaften auf 11 398 731 Pfd. Sterling gegen 7 831 119 Pfd. Sterling im Vorjahr gestiegen. Aber unter diesem vermehrten Wettbewerb werden unsere jetzigen Feinde nach dem Kriege genau so zu leiden haben wie wir. Es kann sich also bei der Frage, wie sich die Verhältnisse der deutschen Industrie und des Ausfuhrhandels in kommenden Jahren gestalten werden, nur um einen Vergleich mit den europäischen Ländern handeln, mit denen wir vor dem Kriege auf dem Weltmarkt im Wettebewerb standen. Und das sind in erster Linie Belgien, Frankreich und England. Was Belgien anbelangt, so hat die Kölnische Zeitung bereits am 2. Dezember d. J. (Nr. 1223) hervorgehoben, „es dürfte Einigkeit der Auffassung unter uns darin herrschen, daß Belgien militärisch, wirtschaftlich und zollpolitisch unter deutscher Hand bleiben muß als unumgängliche Bürgschaft unserer militärischen Sicherung". Ich persönlich gehe weiter, ohne auf das Wort „Annexion" irgendwelchen Wert zu legen. Die deutschen Ausdrücke „Angliederung", „Eingemeindung", oder sonstwelche, klingen besser. Wenn ich aber an das Wort Napoleons des Großen denke: „Alles hätten mir die Engländer verziehen; aber daß ich Antwerpen besaß, diese auf die Brust Englands gerichtete Pistole, das haben sie mir nie vergessen" — so, glaube ich, spricht dieses Wort Bände über das, was wir nach siegreichem Kampfe mit Belgien zu tun haben. Und insonderheit bezüglich Antwerpens kommt noch etwas anderes hinzu. Jeder, der Antwerpen in den letzten Jahrzehnten vor dem Kriege gekannt hat, weiß, daß mehr als die Hälfte des dortigen Geschäfts (Ausfuhr, Einfuhr, Zwischenhandel, Spedition usw.) in deutschen Händen war. Die Namen A. de Bary, W. v. Mallinckrodt, Rich. Böcking, Baron v. Ohlendorff bezeugen dies genug. Wie sich aber die Stimmung der Belgier unter dem Kriege gegen die Deutschen gestaltet hat, ist nicht darauf zu hoffen, daß unter belgischer Herrschaft jener Zustand irgendwie hergestellt werden kann, so daß die Frucht 30- bis 40jähriger zäher Arbeit vernichtet sein würde. Die Folgerung ergibt sich von selbst, — von der Freiheit der Meere ganz abgesehen, an die doch ohne „reale Garantien" bezüglich jenes Einfalltors für England gar nicht zu denken ist. Aber selbst wenn Belgien in irgendeiner Form — woran ich nicht glauben kann — wiederhergestellt würde, ist für die ersten Jahre an einen gleichen Wettbewerb gegen Deutschland auf dem Weltmarkt aus selbstverständlichen Gründen nicht zu denken.

Und Frankreich? Das Erzgebiet von Briey und das Revier der bituminösen Kohlen sind für Deutschland Lebensbedürfnis. Bismarck würde jenes Erzgebiet schon 1871 genommen haben, wenn damals der Thomas-Gilchoist-Prozeß bestanden hätte. Für die Erzversorgung Deutschlands kamen 1913 an Eisengehalt 44 v. H. aus dem Auslande, und zwar aus Frankreich 1 410 000 Tonnen, d. h. 20 v. H. der Gesamteinfuhr. Wie sich aber auch die Eingemeindung jener Gebiete gestalten möge, Frankreich wird Jahrzehnte gebrauchen, um wieder lebens- und wettbewerbsfähig auf dem Weltmarkte zu werden. Das weiß jeder, der die von uns besetzten Gebiete durchfahren und gesehen hat, was dort durch Frankreichs eigene Schuld zerstört worden ist.

Bliebe England. Sein Ruf als Gold- und Geldland ist doch arg geschmälert; London ist schon jetzt nicht mehr das Clearinghouse der Welt, und wenn man an den befreundeten Yankee fast 6¼ v. H. Zinsen für ein Darlehen zahlen muß, so ist das auch nicht grade ermunternd. Zudem wird England nach dem Kriege schwierigere Arbeiterverhältnisse haben als irgendein anderes Land der Erde. — Australien vielleicht ausgenommen. — Daß es uns also einen schärfern und erfolgreichern Wettbewerb nach dem Kriege machen könnte als vor diesem, erscheint völlig ausgeschlossen. Um den Kampf auf dem Weltmarkt darf uns also nicht allzu bange sein.

Freilich wäre es töricht, die Schwierigkeiten zu unterschätzen; aber Hindernisse auf einem Wege sind nicht dazu da, um von seinem Beschreiten abzuhalten, sondern um überwunden zu werden.

Nachdrücklich ist vor der infolge des Naumannschen Buches vielfach verbreiteten Ansicht zu warnen, als könne uns „Mitteleuropa" den bisherigen Weltmarkt auch nur annähernd ersetzen. Naumann selbst hat ja in einem spätern Vortrag es ausgesprochen, daß er so nicht habe verstanden werden wollen. Aber es ist doch notwendig, besonders darauf hinzuweisen, daß zumal bezüglich unseres spätern Verhältnisses zu Österreich-Ungarn gar zu rosige Hoffnungen nicht erweckt werden dürfen. 1913 betrug unsere Ausfuhr nach Österreich-Ungarn 10,9 v. H. unserer Gesamtausfuhr, machte aber rund 40 v. H. der gesamten österreichisch-ungarischen Einfuhr aus. Auch wenn die restlichen 60 v. H. ganz aus Deutschland geliefert werden könnten, würden wir nur 17,5 v. H. unserer Gesamtausfuhr nach Österreich-Ungarn absetzen. Und was gar eine Zollunion mit unserm Bundesbruderstaate anbelangt, so hat inbezug auf sie Geh. Baurat Beukenberg den schönen und zutreffenden Vergleich geprägt: „Wenn zwei Familien, die jahrelang in enger Freundschaft zusammengestanden haben, den Entschluß fassen, fortan einen gemeinsamen Haushalt zu führen, so werden sie wohl für einige Wochen oder Monate bei gegenseitiger Rücksichtnahme gut miteinander auskommen. Sollen sie aber fortgesetzt an derselben Tafel sitzen, so werden sie bald schmerzlich manche der frühern Gewohnheiten entbehren, erst recht, wenn einige der Kinder von Jugend auf selbständig und eigenwillig erzogen sind. Das gilt auch für zwei große Völkerfamilien."

Wir bedürfen des Weltmarktes, und dies erfordert zugleich einen starken Kolonialbesitz und vermehrte Seegeltung; denn Kolonialmacht und Seemacht sind voneinander untrennbar. Hat doch auch der Kolonialstaatssekretär Dr. Solf sein angeblich mißverstandenes „Entweder — oder" in ein „Sowohl als auch" verwandelt, als er am 2. September d. J. an den Herzog Johann Albrecht zu Mecklenburg schrieb, „daß Deutschland sowohl eine Flotte brauchte, die unserm Handel über See die unbehinderte Betätigung sichert, als auch gleichzeitig einen Kolonialbesitz, der uns möglichst unabhängig von dem Tribut an fremde Staaten macht für den Bezug derjenigen Rohprodukte, deren unsere Bevölkerung in der Landwirtschaft und Industrie benötigt." Wir bedürfen endlich neuer Siedlungsgebiete für deutsche Landkolonisten, da uns 1913 zur Deckung der notwendigen Lebens- und Futtermittel nicht weniger als 5 Millionen Hektar fehlten, also eine Bodenmenge, die der landwirtschaftlich genutzten Fläche Bayerns und Badens zusammengenommen gleichkommt. Diese Siedlungsgebiete werden wir nach siegreichem Kriege im Osten finden, wo zugleich eine Vermehrung der für Oberschlesiens Eisenindustrie dringend notwendigen Erzquellen ermöglicht werden kann.

Dies alles aber wird sich nur dann nützlich für unser Vaterland gestalten, wenn wir auch im Innern die Einrichtungen treffen, die für ein Gedeihen aller Erwerbsstände erforderlich sind, zunächst also sachgemäße Überleitung in die Friedenswirtschaft. Wir haben unter dem Krieg, der Not gehorchend, nicht dem eignen Trieb, eine Menge von Organisationen geschaffen, die naturgemäß langsam abgebaut werden müssen. Von dauerndem Bestand können und dürfen sie nicht sein. Dauernd an ihnen festhalten wollen manche, die überhaupt eine Umbildung unserer Privatwirtschaft in die Gemeinwirtschaft befürworten. Ich habe in einer Tischrede jene Kriegsorganisationen, soweit sie einen zu starken Beharrungswillen über den Krieg hinaus bekunden, mit den in billigen Gasthöfen üblichen Kommodenschubladen verglichen, die bekanntlich beim Gebrauch schnell herausgleiten, die sich aber, sei es im Gefühl ihrer Freiheit oder in Überschätzung ihrer Bedeutung, nur sehr schwer in den status quo ante zurückbringen lassen. Das ist nur scheinbar ein Scherz; denn es steckt ein tiefer Ernst dahinter. Wenn je Kollektivismus und Sozialismus schweren Schiffbruch gelitten haben gegenüber dem Individualismus, so ist es in diesem Kriege geschehen, in dem sich der Wert führender Persönlichkeiten an der Front und hinter der Front in so außerordentlich hellem Licht gezeigt hat. Wir werden auch nach dem Kriege mehr als je an das Wort denken müssen, daß wir Menschen nur vor Gott und im Tode gleich sind, daß wir aber im Leben aus der Verschiedenheit der Begabung und der Fähigkeiten die größten Werte ziehen. Und diese Verschiedenheit der Begabung und der Fähigkeiten soll man nach einem so schweren Kriege nicht unterdrücken wollen, sondern man muß sie erhalten, pflegen, stärken, erweitern und vertiefen. Dr. Graf v. Schwerin-Löwitz hat in seiner vortrefflichen Arbeit über „die Vorratsfrage in unserer Ernährungspolitik" einwandfrei nachgewiesen, daß die Gemeinwirtschaft da, wo sie in der Landwirtschaft je versucht worden sei, zur Unterdrückung eines jeden gesunden Fortschritts und jedes tatkräftigen Unternehmungsmutes geführt habe. Eine solche Unterdrückung aber können wir weder in der Landwirtschaft ertragen, noch in der Industrie, im Handel und in der Schiffahrt. Die Industrie, die vor und unter dem Kriege so hervorragende Leistungen aufzuweisen hat, braucht nicht am Gängelbande der Mutterschürze des Staats wieder laufen zu lernen. Das kann man ruhig ihr selbst überlassen. Dabei soll der Staat nicht etwa ausgeschaltet werden. Vielmehr wird das Parellelogramm der Kräfte, das sich zusammensetzt aus dem freien Spiel der Energien unseres Wirtschaftslebens auf der einen und aus der Macht eines weise gelenkten und geleiteten Staats auf der andern Seite, der dem Wirtschaftsleben mit vollem Verständnis gegenübersteht, an die Stelle der utopistischen Pläne und Illusionen des Kollektivismus, des Sozialismus und der Gemeinwirtschaft treten müssen, wenn wir in Zukunft unsere Aufgaben im Wirtschaftsleben restlos sollen lösen können.

Ein Zweites, das uns nottut, ist ein umfassender Nachrichtendienst. Der unsaubere Haß, von dem Deutschland in der ganzen Welt verfolgt wird, ist zum größten Teil auf den Mangel eines solchen Nachrichtendienstes zurückzuführen, auf den namentlich ein großer Teil unserer Diplomaten mit verächtlichem Lächeln herabsehen zu dürfen meinte und bei dem man vor allem die Leute nicht entbehren kann, die wirklich die Sache verstehen, die Journalisten.

Und ein Drittes zuletzt, aber nicht an letzter Stelle. Deutschlands wirtschaftliche Zukunft beruht auf dem Festhalten an der Bismarckschen Wirtschaftspolitik, die uns hinter der Front den gegenwärtigen Krieg bis heute siegreich gewinnen ließ. Man greift sich ja an den Kopf, wenn man heute schon von der Notwendigkeit eines Abbaues dieser Politik reden hört. Der Abg. Legien hat in öffentlicher Rede zu Königsberg versichert, er habe dem Reichskanzler in einem Privatissimum über die Gewerkschaften keinen Zweifel darüber gelassen, daß ein etwaiges Kartell aller Gewerkschaften dann sofort wieder in die Brüche gehen werde, wenn die christlichen unter dem Druck des Zentrums für Zölle und indirekte Steuern einzutreten bereit seien. Nun wird der Herr Reichskanzler ja wissen, wohin die Reise mit diesen Herren geht. Ein Abbau der Bismarckschen Wirtschaftspolitik bedeutet nichts Geringeres, als daß England in Zukunft einen Aushungerungskrieg gegen uns mit Sicherheit gewinnen würde. Auf Notwendigkeiten unserer zukünftigen Handelspolitik kann hier aus begreiflichen Gründen nicht tiefer eingegangen werden. Sollen die Hoffnungen und Wünsche der deutschen Industrie und des deutschen Ausfuhrhandels in Erfüllung gehen, so müssen wir an den Grundlagen des Schutzes der vaterländischen Arbeit festhalten. Dann, aber auch nur dann wird es gelingen, Deutschland die Stellung auf dem Weltmarkte zu sichern und zu erweitern, die es 1913 mit seinem Welthandel (Ausfuhr- und Einfuhr zusammengenommen) von 20 Milliarden Mark einnahm.

Es ist möglich, daß einzelne Kreise der Industrie und des Ausfuhrhandels die in vorstehendem dargelegte Zuversicht nicht in ganzen Umfange teilen. Demgegenüber mag die Bemerkung gestattet sein, daß sie hier jemand ausspricht, der schon in ziemlich hohen Semestern steht, der aber von Jugend auf Optimist war und dies immer mehr wurde, je tiefer er in das unvergleichliche Werk Bismarcks einzudringen sich bemühte im Studium seiner Reden, Briefe und Schriften, in jahrzehntelanger Verteidigung seiner Wirtschaftspolitik und in unvergeßlicher persönlicher Fühlung mit dem Heros im Sachsenwalde. Bismarck war durch und durch Optimist — einem Pessimisten wäre niemals Bau und Ausbau des Deutschen Reichs gelungen — und Landwirtschaft, Industrie, Ausfuhrhandel und Schiffahrt, die ihm so unendlich viel verdanken, werden in dem einen Punkt völlig einig sein, daß wir einen Frieden nur schließen dürfen nach seinem Grundsatz: „Die einzig gesunde Grundlage eines großen Staates ist der staatliche Egoismus, nicht die Romantik."

*) Da es nachgerade Zeit wird an den Übergang von der Kriegswirtschaft in die Friedenswirtschaft und an die Zukunft im neuen Deutschland zu denken, so möchten wir an dieser Stelle Männern das Wort geben, die über diese Dinge kraft ihrer Stellung im öffentlichen und wirtschaftlichen Leben etwas zu sagen haben. Ohne unsre eigne Entscheidung dadurch festzulegen, hoffen wir durch eine solche öffentliche Erörterung zur Klärung mancher noch dunkeln oder umstrittenen Frage beitragen zu können.

Neues Pester Journal
15./XII. 1916
71

# Budapester Handels- und Gewerbekammer.

— Plenarsitzung. —

Unter dem Vorsitz des Geheimraths Leo Láncz y wurde heute eine Plenarsitzung der Handelskammer abgehalten.

In seiner Eröffnungsrede gedenkt der Vorsitzende des eingetretenen Thronwechsels. Dem neuen Herrscher ist die große, schwere und glanzvolle Aufgabe gestellt, die Wunden, welche der Krieg seit über zwei Jahre geschlagen, zu heilen und die Nation wieder auf den Weg des friedlichen Fortschrittes und der Kultur hinüber zu leiten. Als Armeekommandant habe der Monarch die Söhne der Nation kennen gelernt, ihren Muth, ihre Anhänglichkeit und Treue für König und Vaterland. In der an die Regierung gerichteten Aufforderung, den Krönungsakt zu vollziehen, besitzen wir ein Pfand dafür, daß die konstitutionelle Organisation Ungarns unberührt aufrecht erhalten bleiben wird, ebenso auch jene Rahmen, welche zur Entwicklung und Konsolidirung der kommerziellen und industriellen Entwicklung erforderlich. Der zweite bedeutsame Akt des Monarchen ist die kundgegebene Friedensbereitschaft. Diese Initiative wird den Namen des Monarchen für immerwährende Zeiten unvergeßlich machen, und der Dank aus Millionen Herzen strömt ihm entgegen für diese wahrhaft fürstliche That, und Millionen wünschen, daß ein Friedenszustand komme, der unserer staatlichen Existenz und unserem wirthschaftlichen Leben eine ruhige, sichere Entwicklung garantirt. Die Worte des Präsidenten, und sein Antrag, Se. Majestät in einer Begrüßungsdepesche der unerschütterlichen Treue und Anhänglichkeit zu versichern, wurden von der Kammer, welche der Rede stehend angehört hatte, mit lebhaften Eljenrufen aufgenommen.

Hierauf gab Präsident Láncz y eine ausführliche Darstellung über die durch den Krieg geschaffene wirthschaftliche Lage, in welcher er u. A. sagte: Zum zweiten Male wurde nunmehr unsere Hauptverkehrsader, die Donau, die uns mit dem Orient eng verknüpft, frei. Es ist dies die wahre Wiedergeburt unserer Flußschifffahrt, deren glückliche Folgen hoffentlich schon in der nächsten Zukunft bemerkbar werden.

Wie unsere Feinde sich auch immer entscheiden werden, in das Gewissen der großen Welt hat sich unsere Erklärung der Friedensbereitschaft unauswischbar festgesetzt, und die wohlthätigen Folgen dieser Thatsache werden früher oder später fühlbar werden. Bis dahin können wir voller Zuversicht der Zukunft entgegenblicken, an den großen Erfolgen hat ja außer unserer ruhmvollen Armee auch die Volkswirthschaft Ungarns einen großen Antheil: unsere erstarkte Industrie, unsere Verkehrsanstalten, unser unternehmender Handel bedeuten aus dem Gesichtspunkte des Erfolges der Vaterlandsvertheidigung eine Grundlage, auf die sich unsere Armeeleitung sicher verlassen kann. Unter solchen Umständen finden die Zeichnungen für die fünfte Kriegsanleihe unter den günstigsten Auspizien statt, und der Erfolg wird gewiß auf dem Niveau der früheren glänzend gelungenen Kriegsanleihen bleiben. Die in den jüngsten Tagen in Budapest stattgehabten Berathungen der Mitteleuropäischen Wirthschaftsvereine haben die wirthschaftliche Annäherung der verbündeten Staten jedenfalls vorbereitet und haben die gehaltvollen Diskussionen der maßgebenden Faktoren ein reiches Material zur Verwirklichung des großen Gedankens der einträchtlichen Zollpolitik geboten. Unserer Auffassung gemäß ist aber das Ziel noch beiweitem nicht erreicht, wenn blos auf dem streng genommenen Gebiete der Zollpolitik gewisse einheitliche Grundprinzipien festgelegt werden, sondern es ist von ebensolch eminenter Wichtigkeit, daß das gemeinschaftliche Zusammenwirken auch auf dem Gebiete der Valutapolitik zur Geltung gelange, deren Endziel die vollkommene Verbesserung unseres Geldwerthes, die vollkommene Wiederherstellung seiner Integrität und damit die endgiltige Lösung des Valutaproblems sein muß. Ohne dem steht zu befürchten, daß die große und werthvolle Arbeit der zollpolitischen Annäherung sich auf einem unfruchtbaren Boden aufbaut.

Vor Uebergang zur Tagesordnung gab es eine ganze Reihe von Anmeldungen und Interpellationen, an welche sich längere Diskussionen schlossen. Kammermitglied Soma Boros bespricht die angeordnete Requirirung der Kupferkessel aus den Haushaltungen und führt Beschwerde darüber, daß ein Ersatz für diese Kessel wegen Mangels an Rohmaterial nicht wird beschafft werden können.

Kammermitglied Dr. Joseph Kraemer erörterte die Verordnung über die Anmeldepflicht für Baumwollwaaren und führt Beschwerde über die Strenge der Verfügung, durch welche die Existenz unzähliger Mittel- und Kleinkaufleute gefährdet wird, während die österreichischen Kaufleute in diesem Belange wesentlich günstiger bestellt sind. Ganz besonders erschwerend sei der zu kurz bemessene Anmeldungstermin. Derselben Ansicht geben Dr. Paul Szende, Soma Fuchs (Székesfehérvár) und Moriz Ledermann Ausdruck. Letzterer beantragt, in der in dieser Angelegenheit an die Regierung zu richtenden Eingabe auf die Verlängerung des Anmeldungstermins bis zum 15. Januar das Hauptgewicht zu legen, weil die Anmeldung bis zum 20. Dezember ganz undurchführbar sei. Präsident Láncz y betont, daß es bedauerlich sei, daß in solch wichtigen Angelegenheiten die Interessenkreise vorher nicht befragt werden, wodurch dann derartige Konflikte unvermeidlich werden. In der an die Regierung zu richtenden Eingabe werde vorerst das Hauptgewicht auf die Aufschiebung des Termins gelegt werden.

Kammermitglied Max Weiß (Székesfehérvár) bespricht die in Székesfehérvár herrschende Kohlennoth, welche schon die Einstellung einzelner Betriebe zur Folge gehabt habe, und ersucht um eine Intervention der Kammer.

Kammermitglied Julius Szekula hält als einziges Mittel gegen die Kohlennoth die gerechte Vertheilung der ins Land kommenden schlesischen Kohle. Man müßte eben an maßgebender Stelle manchmal auch an Ungarn und nicht immer an Oesterreich und Wien denken. Präsident Láncz y hofft, daß die entsendete Kohlenkommission für eine gleichmäßige Vertheilung der Kohle Sorge tragen werde und so dem herrschenden Uebelstande nach Möglichkeit abgeholfen werden dürfte.

Im Interesse der Aufrechterhaltung der Handelsbeziehungen mit Serbien ist die Kammer auf Bitte der in Ungarn internirten serbischen Kaufleute dahin vorstellig geworden, den politisch unverdächtigen Internirten die Rückkehr nach Serbien zu gestatten. Ein großer Theil Rumäniens wurde in Folge der Okkupation unter militärische Verwaltung gestellt, welche unter deutscher Oberleitung steht. Da bisher nur österreichische Staatsbürger der Verwaltung zugezogen wurden, hat die Kammer intervenirt, daß angesichts der nahezu 150 Millionen Kronen betragenden ungarischen Forderungen in Rumänien der Verwaltung auch ungarische, der rumänischen Sprache mächtige Beamte beigegeben werden. Ferner wurde urgirt, daß die in Rumänien befindlichen, von Ungarn gegründeten Unternehmungen ihre Thätigkeit wieder aufnehmen können, daß die in Rumänien requirirten Lebensmittel und Rohprodukten nach einer entsprechenden Quote aufgetheilt werden mögen.

Der Handelsminister verständigt die Kammer, daß in Oesterreich die Abstellung der für Musterkoffer gewährten Tarifbegünstigungen geplant wird, und wünscht, daß die Kammer bezüglich der Einführung dieser Einschränkung in Ungarn ihr Gutachten abgeben möge. Das Plenum der Kammer verwahrt sich mit Rücksicht auf die wichtigen kommerziellen Interessen gegen die Entziehung der Transportbegünstigung und bittet um die Aufrechterhaltung derselben auch während der Zeit des Krieges.

Sodann gelangte der Bericht über das Verbot von Ankündigung größerer Quantitäten (Waggonladungen) von Lebensmittelm zur Vorlage. Bekanntlich hat der Handelsminister auf eine Eingabe der Kriegskommission der Konsumenten die Kammer zur Meinungsabgabe bezüglich des Verbots von Annoncen, welche mit der Tendenz der Preistreiberei Lebensmittel in größeren Quantitäten (Waggonladungen) feilbieten, aufgefordert. Die Fachgruppe gibt nun der Ansicht Ausdruck, daß die diesbezüglichen Annoncen keineswegs als tendenziös und als Preistreiberei stigmatisirt werden können. Da mit den Annoncen keinerlei Nachtheil verbunden ist, sei von den beabsichtigten Einschränkungen abzusehen.

Der Bericht der Fachgruppe für öffentliche Approvisionirung bezüglich der Milchversorgung Budapests faßt in 14 Punkten diejenigen Maßnahmen zusammen, welche zur Sanirung der auf dem Gebiete der Milchversorgung bisher beobachteten Uebelstände geeignet wären. Kammermitglied Ludwig Gerlei erörtert in längerem Vortrage die Ursachen der erschwerten Milchversorgung und beantragt mehrere die Versorgung der Hauptstadt erleichternde Vorschläge in das an das Landes-Ernährungsamt zu richtende Elaborat aufzunehmen. Bezüglich der Erhöhung der Milchzufuhr tritt er für die Bewilligung einer Zufuhrprämie von drei Heller ein. Die Anträge Gerlei's wurden angenommen.

Zur Vorlage gelangte hierauf das vom leitenden Sekretär Joseph Vágó verfaßte Elaborat der Fachgruppe für Außenhandel bezüglich der Materialbeschaffung nach dem Kriege. Das umfangreiche und die Frage eingehend behandelnde Elaborat gipfelt in dem Antrag, daß eine Landescentrale für Uebergangswirthschaft geschaffen werde, welche in drei Sektionen, und zwar: Valutacentrale, Centrale für Schiffsraum und Waarenverkehrskanzlei in Wirksamkeit treten möge. Das Elaborat wurde, nachdem Kammermitglied Leo Dán zu demselben gesprochen, zur Kenntniß genommen.

Nach Erledigung mehrerer gewerberechtlicher und kommerzieller Angelegenheiten und nach Begrüßung des Präsidiums anläßlich der Jahreswende durch Kammermitglied Gabriel Kohn wurde die Sitzung geschlossen.

Die Zeit 22./XII. 1916



# Der Vaterländische Hilfsdienst und die Gewerkschaften in Deutschland.

Von Prof. Dr. E. Francke (Berlin).

Vor zehn Jahren etwa sagte der Reichskanzler v. Bethmann Hollweg, damals Staatssekretär des Innern, eine der wichtigsten Aufgaben sei die organische Eingliederung der Arbeiterbewegung in das Staatsganze. Was hier als fernes Ziel aufgestellt wurde, der Krieg hat es sofort bei seinem Ausbruch mit einem Schlage erreicht. Mit unfehlbarer Sicherheit erkannte die gesamte organisierte Arbeiterschaft in Deutschland die Gefahr, die für ihr Wirtschaftsleben und ihren Kulturstand eine Niederlage bringen mußte, und einmütig standen vom ersten Tage an die sozialdemokratischen Gewerkschaften neben den christlichen und den Hirsch-Dunckerschen Gewerbevereinen nicht nur in der rückhaltlosen Bereitschaft zum Waffendienst, sondern auch in der Bewilligung der Kriegskredite und in hingebender Teilnahme an allen Werken der inneren Kriegshilfe. Damals brannte in den Herzen der Massen die Empfindung, der der sozialdemokratische Dichter Bröger aus Nürnberg Ausdruck lieh in den Worten: „Immer haben wir dich mit unserer Liebe gekannt ... daß dein ärmster Sohn auch dein getreuester war — dank es, o Deutschland!"

An der Politik des 4. August 1914, als die ganze sozialdemokratische Partei im Reichstag mit den anderen Fraktionen und der Reichsregierung zu Schutz und Trutz des angegriffenen Vaterlandes zusammenstand, haben die Gewerkschaften treu festgehalten. Die radikalen Splitter, die sich im Laufe der Zeit abgesondert haben, die Liebknecht- und die Haase-Leute, stammen nicht aus dem gewerkschaftlichen Lager. In dieses sind die zerstörenden Tendenzen nur ganz vereinzelt eingedrungen, am meisten noch in Berlin, wo von je die schärfste Tonart beliebt war. Aber die wirklichen Führer der Gewerkschaften stehen ohne Ausnahme zu der Mehrheit, ja man kann sagen, daß die eigentlichen Arbeiterabgeordneten den festen Kern dieser Mehrheit bilden. Von Anfang an haben sie mitgewirkt an allen Maßnahmen, die der Krieg unserem inneren wirtschaftlichen und sozialen Leben auferlegt hat. Wohin wir blicken, stehen diese Männer, geschult in reicher Erfahrung, klaren Blicks und fester Hand, im Reich, in Staat und Gemeinde, im öffentlichen Leben und in der Wohlfahrtspflege an vorderster Stelle als Helfer, Berater, Mahner. Ihrem großen Einfluß, ihrem unermüdlichen Wirken ist es großenteils zu danken, daß die Volksmassen „durchhalten" in treuem Glauben an den Sieg Deutschlands über eine Welt von Feinden. Hier bewährt sich glänzend die gewerkschaftliche Zucht, eine Volkserziehung von unermeßlicher Bedeutung.

Uns Sozialreformern, die wir die Gewerkschaften kannten, war dies keine Ueberraschung. Wir hatten es nicht anders erwartet, wenn es uns auch mit tiefer Freude erfüllte. Aber in manchen Aemtern und Bureaus wirkte diese vaterländische Haltung der sozialdemokratischen Arbeiterschaft mit verblüffender Gewalt. Die sonst so oft gescholtenen oder doch mit Mißtrauen betrachteten Streikvereine als Säulen und Stützen von Reich und Staat in der Stunde der größten Gefahr! Man hat nicht gezögert und gespart mit der Anerkennung, Kaiser und Kanzler voran, wenn auch manche Beamte nur widerstrebend mitfolgten. Am offensten und freiesten stellten sich die Militärbehörden zu der Mitarbeit der Gewerkschaften. Mit dem scharfen Blick für die Notwendigkeiten, nicht gehemmt durch die Fesseln der Tradition, griff der Offizier willig nach der dargebotenen Hand des Arbeiterführers. Wie an der Front, im Schützengraben, auf dem Marsch, in der Schlacht, nicht nach Rang, Stand, Beruf, Partei gefragt wird, sondern nur Manneswert gilt, so war auch hier jeder willkommen, der in der Heimat wirksame Kriegshilfe leisten konnte. Mit Vertrauen kam die Heeresverwaltung dem Gewerkschafter entgegen, und dieser erwiderte das Vertrauen ohne Zaudern. Es klingt bisweilen ganz erstaunlich, mit welcher Anerkennung beide Teile sich über die Gemeinsamkeit ihrer Arbeit aussprachen, mit welcher Freude sie sich zu ihrem Werk bekannten.

So nahm es denn auch nicht wunder, daß sofort beim ersten Auftauchen des gewaltigen Planes des vaterländischen Hilfsdienstes die Gewerkschaften, ohne Unterschied der Richtung, ihre grundsätzliche Zustimmung äußerten, während andererseits die Militärbehörden offen erklärten, ohne die Arbeiterführer kann dies große „Hindenburg-Programm" nicht durchgeführt werden. Gewiß, man kann die Betriebe, die Munitionsfabriken, die Geschützgießereien, die Werften, die Waffenfabriken, die Bergwerke „militarisieren". Man kann die Arbeiter und Arbeiterinnen zwangsweise an Ort und Stelle führen, aber keine Macht der Erde kann sie zwingen, nun auch gut, rasch, zuverlässig zu arbeiten. Man braucht gar nicht an Streiks oder Sabotage zu denken, die passive Resistenz genügt vollkommen, um die Arbeit zu lähmen. Darum waltet auch im vaterländischen Hilfsdienst der Gedanke der Freiwilligkeit, des ehrlichen Willens, der hingebenden Bereitschaft vor; nur als letztes, äußerstes Druckmittel steht der Zwang im Hintergrunde. Und für diese Freiwilligkeit ist einerseits notwendig die Führung der Arbeiter durch die Männer ihres Vertrauens und andererseits ein fester Schutz und Damm gegen alle Willkür und Ungebühr, die den Arbeitern zuteil werden könnte.

Diese Strömungen beherrschten die parlamentarische Beratung des Gesetzentwurfs. Es war ein Fehler, daß die Reichsregierung nur ein Rahmengesetz von einigen kurzen Paragraphen vorlegte, die zwar die Grundsätze enthielten, aber die Ausführung völlig ins Ungewisse

# Der Oeconomist.

## Die Ueberführung der Kriegs- zur Friedenswirtschaft in der Industrie.

Von Viktor Zuckerkandl.

Vorstand und Generaldirektor der Oberschlesischen Eisenindustrie-A.-G. in Gleiwitz.

Grunewald-Berlin, 30. Dezember.

Der Uebergang von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft wird sich nicht ohne erhebliche Schwierigkeiten vollziehen.

Als bei Kriegsausbruch die Umstellung der Industrie zur Kriegswirtschaft erforderlich wurde, haben die Industriellen, unbeeinflußt von den Behörden, diese selbst vollzogen, und es wird allgemein anerkannt werden müssen, daß dieser Uebergang mustergültig zur Durchführung kam.

Die Umbildung der Industrie von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft wird sich notwendigerweise unter weitgehender behördlicher Einflußnahme vollziehen. Es wird deshalb die mehr oder weniger reibungslose Ueberführung zur Friedenswirtschaft von der Zweckmäßigkeit der behördlichen Maßnahmen abhängen. In der Hauptsache werden sich die behördlichen Einflüsse erstrecken auf:

1. Anordnungen zur Versorgung der Industrie mit aus dem Auslande zu beziehenden Materialien;

2. Festsetzung der Menge derjenigen industriellen Erzeugnisse, welche exportiert werden sollen, sowie Zuteilung dieser Mengen an die verschiedenen Staaten;

3. wird die Regelung der Arbeitsbeschaffung für die aus dem Felde heimkehrenden Krieger von den behördlichen Maßnahmen sehr beeinflußt werden.

Es bedarf keiner näheren Erläuterung, daß die Versorgung mit aus dem Auslande zu beziehenden Materialien nicht den einzelnen Industriellen überlassen werden kann; denn abgesehen davon, daß eine möglichst gleichmäßige Versorgung der Industrien von erheblicher Bedeutung ist, muß in Rücksicht auf die Valutafrage und in Rücksicht darauf, daß aus dem Auslande auch Waren, welche nicht für die Industrie bestimmt sind, bezogen werden müssen, die Behörde als Regulator wirken.

Das gleiche ist der Fall bei Bemessung des Exports, denn es wird noch längere Zeit nach dem Kriege erforderlich sein, diejenigen Staaten von uns aus mit unseren Industrieerzeugnissen zu versorgen, welche uns als Gegenleistung Waren senden, deren wir bedürfen.

Erst wenn einigermaßen normale Zustände auf dem Valutenmarkte eingetreten sind und auch die Auffüllung der Bestände von aus dem Ausland zu beziehenden Waren erfolgt sein wird, soll die behördliche Einflußnahme auf dem in Rede stehenden Gebiet ihr Ende finden.

Die richtige Lösung dieser den Behörden obliegenden schwierigen Aufgabe ist ohne Zweifel von großer Wichtigkeit und sollte deshalb rechtzeitig vorbereitet und sichergestellt werden.

Während der Kriegswirtschaft hat es sich gezeigt, daß eine möglichst weitgehende Zentralisation dringend erforderlich ist, wenn nicht von einzelnen Behörden Verfügungen ergehen sollen, welche die Ausführung von Anordnungen anderer Behörden erschweren oder unmöglich machen.

Die Bildung einer besonderen Behörde dürfte kaum erforderlich sein, doch ist es unerläßlich, daß die verschiedenen Aemter, welche mit der Materie befaßt werden, ihre Verfügungen erst nach deren Vorberatung mit den anderen Ressorts erlassen. Natürlich darf diese Vorberatung nicht den aktenmäßigen, weil zu langwierigen Weg gehen, es müssen vielmehr in gemeinschaftlichen Beratungen Beschlüsse kurzerhand gefaßt werden.

Sehr zu empfehlen ist es, zu diesen Beratungen Vertreter der in Betracht kommenden Industrien und auch Vertreter der Bankwelt hinzuzuziehen, weil nur auf diesem Wege zuverlässige Informationen, welche dann zu zweckmäßigen Anordnungen führen können, erhältlich sind.

Große Beachtung verdient die Frage der aus dem Felde zurückkehrenden Arbeitnehmer; einerseits werden nach dem Kriege Beamte und Arbeiter in großen Massen zurückströmen, deren Einstellung an den Plätzen, welche sie vor dem Kriege innehatten, wohl als Pflicht zu betrachten ist. Anderseits ist es nicht billig, Beamte und Arbeiter, welche während des Krieges als Ersatz eingestellt wurden und treue Dienste geleistet haben, zu entfernen. Es würde dies in der Hauptsache weibliche Arbeitskräfte treffen, von welchen sich ein namhafter Teil während des Krieges sehr bewährt hat.

Schließlich obliegt der Industrie auf diesem Gebiet auch noch die Pflicht, kriegsbeschädigte Offiziere und Mannschaften, sofern sie sich in der Industrie verwenden lassen, einzustellen. Solche kriegsbeschädigte Offiziere und Mannschaften, welche schon in der Industrie tätig waren, werden bei gutem Willen und sofern die Beschädigung keine zu weitgehende ist, anstandslos eingestellt werden können, doch werden auch kriegsbeschädigte Berufsoffiziere und Unteroffiziere, welche nicht mehr militärdienstfähig sind, soweit es nur tunlich ist, in der Industrie zu beschäftigen sein. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die Industrie bei einiger Nachsicht im Anfang auf diesem Wege gute und treue Mitarbeiter erwerben wird, denn der Heeresdienst ist eine ausgezeichnete Schule.

Die Lösung der Arbeitnehmerfrage wird sehr beeinflußt sein von dem Tempo, in welchem die Demobilisierung erfolgen wird. Wird die Rückkehr der Leute aus dem Felde — wie es anzunehmen ist — in mehreren, zeitlich auseinander liegenden Abständen bewirkt, dann ist wohl eine befriedigende Lösung dieser überaus schwierigen und wichtigen Frage zu erwarten.

Die gemeinsame Tätigkeit der Behörden mit den Industriellen bei Ueberführung der Kriegs- zur Friedenswirtschaft ist auf das wärmste zu empfehlen. Die Industriellen sind daran gewöhnt, erhebliche Schwierigkeiten in ihren Verwaltungen und Betrieben zu beheben, denn es wird in keinem größeren Werke auch nur ein Tag vergehen, an welchem man nicht genötigt ist, wegen des Eintrittes unerwarteter Ereignisse bereits getroffene Dispositionen plötzlich zu ändern. Die Beamten der Be-

Neue Freie Presse
5./I. 1917

85

# Deutsch-österreichisch-ungarische Wirtschaftsziele.

Von Geheimrat Professor Dr. Julius Wolf.
Berlin, 2. Januar.

I.

Auf der am 11. und 12. Dezember 1916 in Budapest abgehaltenen Delegiertenkonferenz der mitteleuropäischen Wirtschaftsvereine sind Fragen der Handelspolitik, der Kanal- und Schiffahrtspolitik, der mit diesen beiden Themen eng verschwisterten Gütertarifpolitik und der Rechtsausgleichung verhandelt worden, durchwegs also Gegenstände von einschneidender Bedeutung für das Wirtschaftsleben der Donaumonarchie und Deutschlands. Sie wurden von den mitteleuropäischen Wirtschaftsvereinen nicht ein erstes Mal vorgenommen. Die Vereine haben sich nie an Kundgebungen allgemeiner Art genügen lassen und haben überhaupt weniger durch Mittel der Stimmungsmache zu wirken gesucht, sie haben vielmehr Arbeit geleistet. In ruhiger, sachlicher, nüchterner Tätigkeit auf allen für die Annäherung Deutschlands und Oesterreich-Ungarns in Betracht kommenden Feldern ist von ihnen eine heute fast schon unübersehbare Fülle von Anregungen ausgegeben worden. Lange bevor Naumanns prächtige Ausmalung „Mitteleuropa" erschienen war, hat die mitteleuropäische Idee in den mitteleuropäischen Wirtschaftsvereinen gelebt und Früchte getrieben.

Einen mächtigen Anstoß hat die Arbeit der Vereine durch den Ausbruch des Weltkrieges empfangen, der mit dem Dahinfall des Frankfurter Friedens die Fessel sprengte, die dem handelspolitischen Selbstbestimmungsrecht Deutschlands und unmittelbar auch Oesterreich-Ungarns angelegt war. Seit Jahren schnitt sie Deutschland ins Fleisch. Erst der Bruch des Frankfurter Friedens gestattete Deutschland und Oesterreich-Ungarn, sich, wenn sie es wollten, gegenseitig eine zollpolitische Vorzugsstellung einzuräumen.

Zu Beginn des Krieges hatte allerdings der Vorschlag der Zollunion den Vorrang. Der Plan wurde alsbald zugunsten der Vorzugsbehandlung zurückgestellt. Als die Diskussion über die Vorzugsbehandlung sich vertiefte, zeigte sich freilich, daß auch ihr nicht beschieden war, die ursprünglichen Freunde unbedingt festzuhalten. In Deutschland fürchtete man, auf diesem Wege für ein Linsengericht das handelspolitische Erstgeburtsrecht auf dem Weltmarkt wegzugeben. Man operierte dabei mit der bekannten Formel, daß die Bevorzugung von rund 10 Prozent oder — nach dem Kriege bei wesentlich reduzierter Gesamtausfuhr — von vielleicht 15 Prozent der deutschen Exporte, die den Weg nach Oesterreich-Ungarn nehmen, Gefährdung der 90 — oder nach dem Kriege — der 85 Prozent, die in die übrige Welt gehen, bedeute, während Oesterreich-Ungarn, welches 40 Prozent seiner Ausfuhr nach Deutschland wirft, durch die Bevorzugung Deutschlands kaum auch nur 60 Prozent seiner Ausfuhr gefährde. Die Haltbarkeit dieser Beweisführung ist von hervorragenden österreichischen Sachkennern angefochten, ihre Werbekraft in Deutschland hatte sie darum aber nicht eingebüßt. Man meinte auch, nicht bloß die Feinde von heute, sondern auch die Neutralen, denen selbst im Falle des eklatantesten Sieges man nichts wird oktroyieren können, würden die gegenseitige Bevorzugung Deutschlands und Oesterreich-Ungarns nicht ruhig hinnehmen. Man fürchtete also den Eintritt in eine Aera der Zollkonflikte oder doch der zollpolitischen Spannung und eines harten Kampfes um die Meistbegünstigung. Das war die Stimmung noch im Oktober dieses Jahres. Seitdem war es der Idee des Vorzugszolls beschieden, neue Freunde zu gewinnen. Nicht ohne Bedeutung war in diesem Zusammenhang die Proklamierung des Königreiches Polen. Denn es ist anders gar nicht möglich, als daß man Polen wirtschaftspolitisch in den Konzern, in die Intimität der beiden Monarchien zu ziehen sucht.

II.

Die Ausfuhren Polens nach Deutschland und Oesterreich-Ungarn mögen gering sein und auch den Exporten aus Oesterreich-Ungarn und Deutschland dahin mag fürs erste keine sonderliche Steigerung in Aussicht stehen. Trotzdem wird es dem allgemeinen Gefühl nach kaum angängig sein, Polen gegenüber die Zollschranken für alle Waren in der vollen Höhe, wie sie für die fremden Staaten gelten, aufzurichten. Es wird dann aber weiter nicht angehen, daß Deutschland und Oesterreich-Ungarn sich gegenseitig anders behandeln als jenes ihr Kind. Die Idee des mitteleuropäischen Bundes gewinnt derart mit der Hereinziehung Polens in die deutsch-österreichisch-ungarische Interessengemeinschaft an Stärke und innerer Notwendigkeit, sie kann dann aber auch den Neutralen gegenüber die zureichende Begründung für eine Bevorzugung abgeben.

Andere Staaten haben unter ähnlichen Verhältnissen ja nicht anders gehandelt. So gewähren und empfangen die Vereinigten Staaten nicht nur im Verhältnis zu Kuba und zu Brasilien die Bevorzugung, sie waren auch im Begriffe, sie dem mit ihnen keineswegs politisch verbündeten Kanada einzuräumen, ohne daß etwa in Deutschland oder in Oesterreich-Ungarn oder, so viel ich weiß, sonst auf der Welt jemand dagegen aufgestanden wäre. Was dem einen recht ist, wird dem andern billig sein. Und die Begründung, die Deutschland und Oesterreich-Ungarn der gleichen Forderung geben, ist nicht bloß der Hinweis auf geographische Nachbarschaft und Neigung, hier haben wir ein völkerrechtliches Verhältnis. In diesem Zusammenh n leistet aber auch die Ausrufung Polens zum Königreich wertvolle Dienste. Denn daß sie im weiteren Verlauf der Dinge einen Staatenbund zwischen Deutschland, Oesterreich, Ungarn und Polen bedingt und es bei einem Bündnis, wie es von der Zeit Julius Andrassys des Aelteren her bestand, kaum sein Bewenden haben wird, ist die Auffassung weitester Kreise. Und damit gewinnt es, wie gesagt, an Wahrscheinlichkeit, daß das Prinzip der Vorzugsbehandlung in diesem Bereich durch alle Fährnisse hinweg zu retten sein, das heißt, daß es den Widerspruch der Neutralen nicht wecken oder, wenn geweckt, über ihn hinwegzukommen sein wird.

Der Verkehr mit den bisherigen Feinden steht auf einem anderen Blatt. Hier hängt alles vom Ausmaß unseres Sieges und wohl auch von den Kompensationen ab, die sich unsere Feinde später aus dem Fell ihrer kleinen Verbündeten schneiden werden. Wie immer dem sei, wird aber auch hier schließlich nicht geleugnet werden können, daß ein Staatenbund, wie der in Mitteleuropa in Gründung befindliche, handelspolitisch sein besonderes Recht hat. Meinte der frühere Handelsminister Stibral, noch als er in der Stadt Mozarts residierte, „Oesterreich-Ungarn und Deutschland sind einander mehr wert, als beliebige dritte Staaten, die absolute Gleichstellung, wie sie bis zum Kriegsbeginn geübt worden ist, mutet uns heute als Anachronismus an," und führte er das dahin näher aus, daß Oesterreich-Ungarn und Deutschland „sich gegenseitig eine bevorzugte Zollbehandlung einräumen müssen, von der die fremden Staaten ausgeschlossen bleiben", so ist damit der Empfindung weitester Kreise Ausdruck gegeben, daß das Verhältnis Deutschlands und Oesterreich-Ungarns, wie es sich im Laufe und nach den Erfahrungen des Krieges gestaltet hat, eine gegenseitige Behandlung auf dem Fuße dritter Staaten einfach nicht mehr zuläßt.

Für mich ist die Präferenz — immer in der Voraussetzung, daß sie die für beide Teile wertvollere Meistbegünstigung nach außen nicht gefährdet — freilich auch Mittel der Evolution oder — deutlicher — auch „Sprungbrett" zu anderen Zielpunkten, deren Erreichbarkeit nicht sichergestellt ist, aber immer doch — dank wieder auch der neuerdings veränderten weltpolitischen Lage — in einem weiter hinausliegenden Zeitpunkt nicht als schlechterdings unmöglich gelten muß. Der Gedanke der Zollunion ist fürs erste dem entschiedenen Widerstreben der Ungarn im Verein begegnet. Die Oesterreicher blieben geteilt. Aber auch in Ungarn ist meines Wissens jener Widerspruch kein allgemeiner. Auch waren und sind es mehr staats- und verwaltungsrechtliche als wirtschaftspolitische Gründe, aus denen er hervorging. Ich halte nicht für ausgeschlossen, daß eine staats- und verwaltungsrechtliche Konstruktion die Bedenken dieser Gattung zu beseitigen vermag. Jedenfalls wird von vielen der besten Männer zumal Oesterreichs der Gedanke des Zollvereines in dieser oder jener Gestalt immer neu aufgenommen. Es soll hier keineswegs Stimmung für ihn gemacht werden. Aber dafür, daß er keine bloße Fata Morgana ist und unter bestimmten Bedingungen (vgl. meine Broschüre: „Ein deutsch-österreichisch-ungarischer Zollverband", Leipzig, bei Deichert) den Interessen auch Oesterreichs nicht ins Gesicht schlägt, mag der Name des handelspolitischen „Klassikers" Alexander Peez Zeugnis ablegen, der der österreichischen Industrie unvergeßliche Dienste geleistet hat. Wirtschaftspolitisch wird von den Freunden des alten Planes geltend gemacht, daß die Gestehungskosten, von den Schwerindustrien abgesehen und vielleicht selbst mit Einschluß dieser, in Oesterreich nicht höher sein müssen als in Deutschland. Es wird jetzt hinzugefügt, daß, insoweit sie höher sind, die Kriegsgewinne die Möglichkeit für Abschreibungen liefern, welche vielen der betroffenen Industrien auch bei weiterhin etwas niedrigeren Preisen mit Gewinn zu wirtschaften gestatten. Allerdings ist nicht zu übersehen, daß auch in Deutschland Kriegsgewinne gebucht und Abschreibungen vorgenommen worden sind.

Daß fürs erste Oesterreich-Ungarn im Rückstande ist und dies besondere Rücksichten verlangt, wird übrigens von niemandem geleugnet. Wie sehr Oesterreich-Ungarn mit seinen Exporten gegen Deutschland zurückbleibt und daß es Menschen statt Waren ausführt, ist nur zu bekannt. Die Auswanderung ist eines der fatalsten Kapitel in Oesterreich-Ungarns Volks- und Sozialwirtschaft. Oesterreich-Ungarn führte 1912 aus nach sechs Staaten Süd- und Mittelamerikas, drei Staaten Ostasiens und vier autonomen englischen Kolonien Waren für 60 Millionen Mark, Deutschland exportierte dahin einen Wert von 1214 Millionen Mark, also reichlich das Zwanzigfache, dagegen hatte Oesterreich 1913 eine Auswanderung von 194.000, Ungarn 1912 eine solche von 121.000 Menschen, meist nach Amerika, Deutschland bei mehr als der doppelten Bevölkerung Oesterreichs und mehr als der dreifachen Ungarns 1914 eine solche von insgesamt 12.000. Das sind Verhältnisse, die den Krieg nicht überdauern dürfen.

Wenn je, muß Oesterreich-Ungarn heute für eine Zukunft die Zurüstungen treffen, die es — bei der Mannigfaltigkeit der Gaben, mit welchen die Natur es ausgestattet hat (man vergleiche unter anderm die Wasserkräfte!) — zu einem Lande wenn nicht der unbegrenzten Möglichkeiten, so doch auf der Höhe der internationalen Konkurrenzfähigkeit macht. Diese geschichtliche Gelegenheit muß wahrgenommen werden selbst dann, wenn einzelne Interessen dadurch Schaden leiden, wie andere dadurch unverdient gewinnen. Keine Politik rächt sich so sehr wie die der verpaßten Gelegenheiten. Und die Aufgabe des Staatsmannes ist es, sich über den Widerstreit der einzelnen Interessen, die ihn umdrängen, hinweg den Blick aufs Ganze zu wahren. Hier gelten die schönen Worte, die Franz Klein vor etwas über Jahresfrist geprägt hat und die auch in Deutschland Widerhall fanden: „Von den Interessen des Volkes und Staates wesentlich abweichende Wirtschaftsziele kann es nicht geben. Es wäre unangebracht, die selbständigen, um die Gesamtinteressen unbekümmerten Wirtschaftsziele einzelner Gruppen von Privatwirtschaften gerade in dem Augenblick hervorzukehren, wo viele Tausende anderer Privatwirtschaften ihre Ziele in der Form von Opfern an Gut und Blut dem Staate hingeben müssen, und dies ohne Murren tun und ohne Gegenleistungen zu beanspruchen."

(Ein zweiter Artikel folgt.)

Kölnische Zeitung
5./I. 1917

86

# Verträge mit feindlichen Staatsangehörigen.

Von Justizrat Dr. Simon in Krefeld.

Eines der ersten wirtschaftlichen Kampfmittel der uns feindlichen Staaten bestand darin, daß sie ihren Angehörigen durch besonderes Gesetz die Möglichkeit schufen, sich von denjenigen Verträgen zu befreien, die sie vor dem Kriege mit Angehörigen des Deutschen Reiches abgeschlossen haben. Es war zweifelhaft, ob, wenn demgemäß die Aufhebung des Vertrages erfolgt war, der deutsche Vertragsteil nach deutschem Recht von seinen Vertragspflichten gleichfalls dauernd befreit war oder nicht. Es bestand ferner die Gefahr, daß der feindliche Vertragsgegner nach dem Kriege dem deutschen Vertragsteil gegenüber von der Aufhebung des Vertrages nur dann Gebrauch machen wird, wenn dies alsdann für ihn, den Ausländer, noch vorteilhaft ist, daß er also auf Kosten des Deutschen, der von der Auflösung des Vertrages möglicherweise nicht einmal etwas erfahren hat, zu spekulieren imstande ist.

Die hierdurch geschaffene Unsicherheit der Rechtslage des deutschen Vertragsteils ist nunmehr beseitigt. Der Bundesrat hat nämlich unterm 16. Dezember 1916 (R.-G.-Bl. S. 1396) eine Verordnung erlassen, nach der aus Gründen der Vergeltung ein Kauf- oder Lieferungsvertrag, den ein Deutscher mit einem Angehörigen Großbritanniens und Irlands, Italiens oder Frankreichs oder den Kolonien und auswärtigen Besitzungen dieser Staaten geschlossen hat, auf Antrag des Deutschen für aufgelöst erklärt werden kann.

Dasselbe ist der Fall bei Werkverträgen sowie Frachtverträgen, welche die Beförderung von Gütern zur See zum Gegenstande haben und bei Mietverträgen über Seeschiffe. Für Börsentermingeschäfte gilt das Auflösungsrecht nicht. Es ist auffallend, daß, abgesehen von den Börsentermingeschäften, nicht alle gegenseitigen Verträge dem Auflösungsrecht unterworfen sind, besonders Gesellschafts- und Dienstverträge; allein der Bundesrat hat, entsprechend der vorsichtig zurückhaltenden Rechtspolitik, die für ihn von Anfang an leitend war, offenbar nur die schwerwiegendsten Ungerechtigkeiten beseitigen wollen.

Soweit der Verkäufer bei Stellung des Antrages die ihm in bezug auf die Leistung der verkauften Sachen obliegenden Verpflichtungen schon erfüllt hatte, ist die Aufhebungserklärung ohne Wirkung. Hat der Käufer den Kaufpreis schon bezahlt, so kann er ihn, soweit der Vertrag aufgelöst ist, zurückfordern. Die Aufhebungserklärung kann auf einen Teil des Vertrages beschränkt werden.

Die Entscheidung über die Auflösung solcher Verträge erfolgt laut Artikel 1 der Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 17. Dezember 1916 (R.-G.Bl. S. 1398) durch das Reichsschiedsgericht für Kriegswirtschaft in Berlin. Hierzu sind folgende Vorschriften erlassen:

II. Der Antrag auf Auflösungserklärung ist schriftlich bei dem Reichsschiedsgericht für Kriegswirtschaft einzureichen.

III. In dem Antrag ist der Inhalt des Vertrags darzulegen. Der Antrag soll ersehen lassen, ob die Auflösungserklärung für den ganzen Vertrag oder nur für einzelne Teile beantragt wird.

Im einzelnen soll der Antrag namentlich angeben:

1. Die Vertragsparteien nach Namen, Stand oder Gewerbe, Wohnort und Staatsangehörigkeit;
2. den Zeitpunkt der Schließung des Vertrags;
3. den Gegenstand und den Umfang der Leistungen, auf die sich der Vertrag bezieht, sowie die Höhe des Entgelts;
4. den Zeitpunkt, in welchem der Vertrag zu erfüllen ist oder bei ordnungsmäßiger Erledigung zu erfüllen gewesen wäre;
5. die Abreden, durch welche für den Fall höherer Gewalt, eines Kriegs usw., die Erfüllungszeit hinausgeschoben oder in sonstiger Weise Vorsorge getroffen wird; falls derartige Abreden nicht getroffen sind, ist dies ausdrücklich zu vermerken.

Der Antrag soll ferner angeben:

6. Inwieweit der Vertrag von der einen oder andern Seite oder von beiden Seiten schon erfüllt ist;
7. inwieweit und aus welchen Gründen der Vertrag nach allgemeinen Rechtsgrundsätzen als fortbestehend oder hinfällig angesehen wird oder aus welchen Gründen in dieser Beziehung Zweifel obwalten;
8. die Gründe, die für die Auflösungserklärung geltend gemacht werden.

IV. Ist eine Vertragspartei eine juristische Person, so ist außer ihrem Sitz tunlichst anzugeben, welchen Staaten im wesentlichen die Beteiligten angehören. Ist eine Vertragspartei eine Handelsgesellschaft ohne juristische Persönlichkeit, so ist Name, Wohnort und Staatsangehörigkeit der Mitglieder anzugeben.

V. Der Antragsteller soll die ihm zugänglichen, auf den Vertrag bezüglichen oder sonst zur Aufklärung des Sachverhältnisses dienlichen Urkunden beifügen.

VI. Das Reichsschiedsgericht kann vor der Entscheidung weitere Ermittlungen anstellen.

Die Entscheidung ist dem Antragsteller mitzuteilen.

VII. Für die Entscheidung wird eine zur Reichskasse fließende Gebühr erhoben.

Die Höhe der Gebühr wird von dem Reichsschiedsgericht bestimmt. Die Gebühr soll in der Regel nicht weniger als fünfzig Mark und nicht mehr als eintausend Mark betragen. Aus besondern Gründen kann von der Erhebung der Gebühr Abstand genommen werden.

Das Reichsschiedsgericht kann den Erlaß der Entscheidung von der Vorauszahlung der Gebühr abhängig machen.

---

Kräftige Tiere mit schönen Körperformen finden sich nur in der nördlichen Moldau. Die mangelnde Sorgfalt der Viehhaltung hängt mit zwei nicht so leicht umzugestaltenden Verhältnissen zusammen. Molkerei und Mastwirtschaft finden im Inlande nicht genügenden Absatz, da die Lebensgewohnheiten des rumänischen Bauern

Vossische Zeitung 7. I. 1917

89

# Auswärtiges Amt und Reichs-Handelsamt.

Von

**Dr. Georg Quandt,**

Geschäftsführender Vorstand des Verbandes deutscher Eisenexporteure.

Die Frage der Schaffung eines selbständigen Reichshandelsamtes wird seit geraumer Zeit in der Presse wie in den wirtschaftlichen Verbänden auffällig häufig behandelt und hat sich bereits zu einer Anfrage im Reichstag verdichtet. Nun dürfte es kaum zweifelhaft erscheinen, daß zur Zeit gerade die nächstbeteiligten Stellen, Auswärtiges Amt und Reichsamt des Innern, wohl Dringenderes zu tun haben, als sich auch ihrerseits mit der Errichtung eines neuen Staatssekretariats zu befassen. Allein die Frage ist doch wegen ihrer entscheidenden Bedeutung für die zukünftige Gestaltung unserer wirtschaftlichen Beziehungen zum Ausland von so großer Wichtigkeit, daß man in absehbarer Zeit nicht umhin können wird, an eine Prüfung und Umgestaltung der amtlichen Vertretung unserer wirtschaftlichen Interessen praktisch heranzugehen.

Am eingehendsten ist die Forderung eines selbständigen Reichshandelsamtes wohl zuletzt in dem Ständigen Ausschuß deutscher Vereine zur Förderung des Außenhandels behandelt worden. Dort sprachen über das Thema Professor Dr. Apt und Dr. März, die Verfasser zweier Broschüren über „Außenhandelsamt" und „Der achte Staatssekretär", und an ihre Referate schloß sich eine längere Erörterung an. Herr Professor Apt wünscht ein Reichswirtschaftsamt und ein Reichsarbeitsamt, daneben ein gemischt-wirtschaftliches Außenhandelsamt. Das Reichswirtschaftsamt soll sich mit den innenwirtschaftlichen Fragen, also mit Industrie, Handel und Landwirtschaft, beschäftigen, aber auch die Fragen des Außenhandels in letzter Entscheidung behandeln. Das Reichsarbeitsamt hätte sich mit den Fragen der Sozialpolitik zu beschäftigen. Das Außenhandelsamt soll als Nachrichten- und Gutachterstelle vorbereitend in Fragen des Außenhandels dienen. Herr Dr. März wünscht ein Reichshandelsamt für Industrie, Handel und Schiffahrt, das im wesentlichen aus den beiden Abteilungen des Auswärtigen Amtes und des Reichsamts des Innern zusammengesetzt sein soll, welche bisher schon die Handels- und Wirtschaftspolitik bearbeiteten, nämlich Abteilung II vom Auswärtigen Amt und Abteilung IV vom Reichsamt des Innern.

Was zunächst die grundsätzliche Seite dieser Vorschläge betrifft, so scheint mir der Gedanke der Loslösung der beiden Abteilungen aus den bisherigen Staatssekretariaten und Zusammenlegung zu einem neuen Staatssekretariat in seinen letzten Folgen nicht bis zu Ende gedacht zu sein. Bisher war die Verbindung zwischen handelspolitischer und politischer Tätigkeit innerhalb des Auswärtigen Amtes räumlich, sachlich und persönlich die denkbar engste und deshalb für rasches, positives Arbeiten an sich so günstig und nützlich wie möglich. Würde die handelspolitische Abteilung vom Auswärtigen Amt abgetrennt und ihre Arbeiten dem Reichswirtschaftsamt überwiesen, so hätten wir zunächst, da das neue Staatssekretariat ja auch die Handelsverträge selbständig abschließen soll, zwei Zentralstellen, die direkt mit dem Ausland verkehrten. Im diplomatischen Verkehr der Staaten untereinander ein Unding! Die Folgen dieser Trennung von Politik und Wirtschaft und der damit verbundenen Doppelvertretung des Reiches hier und draußen wären gar nicht abzusehen. Man hat bisher, ob mit Recht oder Unrecht, sei hier nicht erörtert, über Reibungen zwischen den beiden Abteilungen des Auswärtigen Amtes und des Reichsamts des Innern geklagt. Aber diese sachlichen und persönlichen Eifersüchteleien stehen in gar keinem Verhältnis zu den Mißständen, die sich aus dem Nebeneinanderarbeiten eines auf hohe Politik beschränkten Auswärtigen Amtes und eines Wirtschaftspolitik treibenden Reichswirtschaftsamtes oder Reichshandelsamtes ergeben müßten. Politik und Wirtschaft sind ihrem Wesen nach so eng miteinander verknüpft und greifen so häufig ineinander über, daß ihre letzte Bearbeitung an zwei getrennten Stellen selbst im besten Fall eine Erschwerung, Verlangsamung und Vermehrung der Arbeiten bedeuten würde.

Die Wegnahme der handelspolitischen Abteilung des Auswärtigen Amtes von diesem ist aber in der Praxis auch gar nicht durchführbar, ohne daß man nicht sofort eine neue einrichten müßte, welche den Verkehr mit dem neuen Staatssekretariat zu übernehmen hätte. Schon die Arbeiten der beiden dem Auswärtigen Amt verbleibenden Abteilungen, der politischen und der Rechtsabteilung, namentlich der ersteren, greifen so häufig in das wirtschaftliche Gebiet hinein, daß für die Sichtung und Bearbeitung des hier in Frage kommenden Materials allein schon eine handelspolitische Abteilung nötig sein würde. Tatsächlich hat auch jedes Auswärtige Amt bei den anderen Staaten seine handelspolitische Abteilung. Dazu kämen weitere große Schwie-

Neues Wiener Tagblatt
10./I. 1917

92

# Die österreichische Industrie in der Uebergangswirtschaft.

Von **Artur Lemberger**, Präsident des Vereines der Baumwollweber Oesterreichs.

Ist mit einer wirtschaftlichen Hochkonjunktur nach dem Kriege zu rechnen? Die Frage wird teils bejaht, teils verneint. Namhafte Vertreter der Volkswirtschaft, wie Professor Harms, Baranowski, Toerpe und Stillich, haben sich mit der Horoskopie der Konjunktur nach Friedensschluß eifrig beschäftigt und gelangen zu wenig verheißenden Schlußfolgerungen. Diesem Skeptizismus lassen sich freilich anderseits nicht minder autoritative Namen gegenüberstellen, die von optimistischer Auffassung erfüllt sind. Keinesfalls aber erscheint es überflüssig, die schwierigen Probleme zu erwägen, die bei Ueberleitung von der Kriegs- in die Friedenswirtschaft der Industrie erwachsen werden; zumal mit einer ganz andern Situation zu rechnen sein wird, als sie sich vor Kriegsausbruch im Juli 1914 darbot. Mein im Juli vorigen Jahres in der Wiener Handelskammer eingebrachter Antrag sollte zu dem Studium in der Richtung anregen, ob die Schaffung einer Zentralstelle, um in der Uebergangszeit unser aus den Fugen gebrachtes Wirtschaftsleben wieder einzurenken, angebracht und zweckmäßig sei.

Bei oberflächlicher Prüfung dürfte mein Antrag von seiten der Industrie möglicherweise eine glatte Ablehnung erfahren; in der irrigen Annahme, daß er ein Attentat auf die Bewegungsfreiheit der Industrie enthalte, und in der Besorgnis, daß man später die Geister, die man rief, nicht mehr loswerden könnte. Gewiß ist das freiwirtschaftliche System ein Hauptfaktor ökonomischer Entwicklung, welche durch jedwede schablonenhafte Einschnürung beeinträchtigt wird; nur der uneingeschränkte Unternehmungsgeist vermag auch schwierige Situationen zu überwinden. Hiefür bietet gerade die rasche und erfolgreiche Anpassung der Unternehmungen an den Kriegsbedarf einen überzeugenden Beweis; und diese Erfahrung müßte auch für jene Zeitperiode zur Richtschnur dienen, da die Umschaltung der Industrie auf die Friedensproduktion zu vollziehen sein wird. Gleich nach Kriegsende werden folgende Hauptforderungen nach Erfüllung drängen: 1. Die Wiederherstellung des durch den Krieg Vernichteten. 2. Die Ergänzung, Vermehrung der privaten, öffentlichen und militärischen Bestände. 3. Die nach langer Drosselung hervorbrechende Nachfrage nach allen Konsumartikeln. 4. Die Zivilbekleidung der rückkehrenden Krieger. 5. Die allmähliche Füllung der geleerten Warenlager u. a. m.

Alle diese Momente müßten zu einer kräftigen Anregung für die Industrie, zu einer Belebung des Handels, zur Einstellung von großen Arbeitermassen führen, was wieder den Konsum anzuregen geeignet wäre. Soweit wäre also die gute Konjunktur gesichert, kämen nicht andre Umstände hinzu, welche diesen Höhenflug einigermaßen dämpfen müssen. Der enorme Bedarf für die Armee im Felde wird abreißen, ebenso jener der Hilfsaktionen, Flüchtlingsfürsorge und Liebestätigkeit ꝛc. Daß die Aufbringung des großen Zinsenerfordnisses für unsre alten sowie für die neuen (Kriegs-) Schulden ebenso wie die termingemäße Tilgung zur absoluten Notwendigkeit gehört, bedarf nach den wiederholten nachdrücklichsten Erklärungen der Finanzminister keiner besonderen Erwähnung. Selbst wenn ich an eine gleichmäßige Verteilung der Lasten denke, welche zu tragen, mit gebotener Schonung der wirtschaftlich schwachen Elemente, ausnahmslos alle Kreise berufen sein müssen, so erscheint mir die zukünftige Belastung des Staatsbürgers in allen europäischen Staaten, die in den Krieg verwickelt sind, so enorm, daß die für eine Konjunktur notwendige Kaufkraft der Bevölkerung immerhin ernstlich beeinträchtigt werden könnte. Ueberdies werden die breiten Schichten an den hohen Lebensmittelpreisen, deren Abbau wohl nur im langsamen Tempo möglich sein wird, schwer zu tragen haben. Aber auch die Produktionsbedingungen der Industrie werden durch Steuern, Transportkosten, Verteuerung aller Materialien, durch eine der verteuerten Lebenhaltung entsprechende Anpassung von Gehältern und Löhnen nicht unbedenklich verändert werden; Erschwernisse, die freilich, wie bemerkt, ausnahmslos alle kriegführenden Staaten bedrücken werden, wodurch in der Konkurrenz unter den Ländern Europas gewissermaßen ein Ausgleich eintreten wird.

Als Gegengewicht gegen die drohenden Uebel wird vor allem an eine umfassende Intensivisierung der Produktion gedacht. Neue Arbeitsmethoden und Maschinen, eine rationellere Oekonomie und Betriebsführung, eine sogenannte produktive Sparsamkeit sind insbesondere der vielverheißende Inhalt des neuen Programms. Ist es aber denkbar, daß in relativ kurzer Zeit solche der Oekonomie und Rentabilität zugedachten Umformungen in industriellen Betrieben durchgeführt werden können, namentlich angesichts der noch ungelösten und der nicht leicht zu beseitigenden Verkehrsbeengung? Ich verweise diesbezüglich nur auf das mir naheliegende Gebiet der Baumwollindustrie.

Wenn überdies aus Gründen des Valutaschutzes der Rohstoffbezug gedrosselt werden und sich die Industrie auf die Bearbeitung von Ersatzstoffen einrichten muß, wie soll sich diese Umstellung ohne die Bezugsmöglichkeit entsprechender Maschinen rasch vollziehen? Die Vorsorge für die Valuta wird gewiß in der Uebergangszeit ein Haushalten mit Zahlungen an das Ausland vorschreiben. Diese notwendige Zurückhaltung wird aber vor unentbehrlichen Importen haltmachen müssen, und es wird die Ausarbeitung einer Staffel der unabweisbaren Bezüge unerläßlich werden, zumal naturgemäß jede Industrie mit ihren Ansprüchen hervortreten wird.

Unter diesen Auspizien wird wohl nicht ohneweiters von einer Intensivisierung der Wirtschaft und ebensowenig von einem Export in jenen Fertigfabrikaten, welche aus ausländischem Rohstoff hergestellt sind, die Rede sein können. Und doch werden wir die höchste Produktivität, wie eine möglichst forcierte Ausfuhr dringend benötigen. Aus dieser Erwägung folgt die Anempfehlung der entgegengesetzten Methode, wonach der Bezug des Rohstoffes, unbekümmert um Valuta, ohne Einschränkung gestattet sein soll, wohl aber mit der Verpflichtung für den Bezieher, einen gewissen Teil des Rohstoffes für Exportware zu verarbeiten.

(Ein Schlußartikel folgt.)

Neues Wiener Tagblatt 11.10.1917

93 11

# Die österreichische Industrie in der Uebergangswirtschaft.

Von Artur Lemberger, Präsident des Vereines der Baumwollweber Oesterreichs.

II.*)

Die Ansichten über die zweckmäßigste Lösung der Frage des Bezuges ausländischer Rohstoffe unmittelbar nach dem Kriege gehen, wie am Schlusse des ersten Artikels ausgeführt wurde, sehr auseinander. Einerseits wird aus Valutarücksichten tunlichste Einschränkung des Bezuges, selbstverständlich unter weitreichender staatlicher Kontrolle, empfohlen, anderseits soll auch der uneingeschränkte Bezug zulässig sein bei gleichzeitiger Statuierung der Verpflichtung des Empfängers, zumindest einen Teil des bezogenen Quantums zur Herstellung von Exportware zu verwenden.

Während bei der beschränkten Rohstoffeinfuhr die Verteilung geregelt und nach einem sogenannten Schlüssel, welchen die einzelnen Industriegruppen (Kriegsverbände) zu erstellen hätten, vorgegangen werden müßte, würden bei dem uneingeschränkten Bezuge die Rohstoffe nur wegen der Exportverpflichtung unter Vormerk stehen. In beiden Fällen wäre dann die Zuweisung der Transportmittel, die Regelung des Verkehres Gegenstand der staatlichen Einflußnahme. Die dritte Möglichkeit: den Rohstoff ohne jede Beschränkung und ohne jeden Exportzwang beziehen zu lassen und so dem freien Spiel der Kräfte die Ueberwindung aller Uebelstände zu überlassen, erscheint wohl erstrebenswert, aber kaum durchführbar. Da viele Gründe für den unbehinderten Rohstoffbezug ohne Rücksichtnahme auf die Valuta sprechen, müßte man vielleicht doch den zunächst zwar als undurchführbar erachteten Vorschlag einer genaueren Prüfung unterziehen, welcher dahin geht, eine Inlandswährung ohne oder mit kleiner Golddeckung und eine Auslandswährung mit voller Golddeckung zu errichten, oder aber, daß man die notwendige Golddeckung durch eine Aenderung der Bankgesetze aufhebt und über den Goldschatz der Oesterreichisch-ungarischen Bank nach rein kaufmännischen Grundsätzen verfügt. Wir erhielten dann statt des brachliegenden Goldes nutzbringende Rohstoffe und wertvolle Auslandsware. Als Lösung ergäbe sich dann, wie sie Dr. Dalberg in seinem Buch formuliert: Unser Gold gehört ins Ausland! Also Umwälzungen von unübersehbarer Tragweite.

Vielleicht ist auch ein gemischtes System denkbar, welches da mit Reglementierung, dort mit dem freien Walten industriellen Könnens zum Ziele führt. In jedem Fall wird ein großzügig konzipiertes Rohstoffdarlehen, womöglich in Verbindung mit Deutschland, unerläßlich werden; und vor allem muß der Bedarf an barem Gelde durch Forcierung der Entwicklung des bargeldlosen Zahlungsverkehres herabgedrückt werden. Letzteres wird freilich nicht durch bloße Belehrungen zu erreichen sein, sondern durch eine Popularisierung des Postsparkassaverkehres vermöge Herabsetzung der Gebühren und möglichster Entlastung des Publikums von allen Unbequemlichkeiten und überflüssiger Arbeit bei Ueberweisungen. Die voranstehend angedeuteten Eventualitäten haben natürlich die Möglichkeit der ausreichenden Beschaffung von Rohstoff überhaupt zur Voraussetzung. Die Rohstofffrage wird auch eine besondere Regelung der Ausfuhr von Halb- und Fertigfabrikaten erfordern. Der große Demobilisierungsplan ferner wird wohl nicht allein auf militärische Erwägungen aufgebaut sein, sondern sicherlich nicht minder wichtigen wirtschaftlichen und sozialpolitischen Gesichtspunkten angemessene Würdigung angedeihen lassen.

Bei Prüfung der Verhältnisse in der Uebergangszeit habe ich den wirtschaftlichen Nebenkrieg vorerst unberücksichtigt gelassen. Die einschlägigen Beschlüsse der Pariser Wirtschaftskonferenz zerfallen in: a) Kriegsmaßnahmen, dazu gehören: Beschlagnahme des Privateigentums, Patentraub, schwarze Listen, Schiffahrtsfragen; b) Beschlüsse für die Zeit des Ueberganges, darunter fallen: Aufhebung der Meistbegünstigung gegenüber den Zentralmächten, Verbot der Wareneinfuhr aus dem feindlichen Ausland; c) Beschlüsse für die eigentliche Friedenszeit, darunter sind gedacht: Alle Bestrebungen zur Verdrängung des deutschen und österreichischen Handels, Boykott feindlicher Waren, Hebung der eigenen Produktion und des Ueberseehandels. Daß man in Deutschland trotz richtiger Wertung und ohne Ueberschätzung dieser Beschlüsse deren Tragweite anderseits auch nicht zu leicht nimmt, beweist unter anderm der von Professor Dr. Prion der Handelshochschule in Berlin auf der Jahresversammlung der Deutschen weltwirtschaftlichen Gesellschaft gestellte Antrag auf Errichtung einer Zentralstelle, welche sich mit dem auf den Wirtschaftskrieg bezughabenden Material zu befassen habe und für geeignete Abwehrmaßnahmen besorgt sein möge. Er schloß seine Ausführungen mit den Worten, daß man den Vorgängen bei unsern Gegnern die größte Aufmerksamkeit zuwenden müsse.

In diesem Zusammenhang seien hier auch die Vorschläge des französischen Nationalökonomen Théry bezüglich der drei Tarifsysteme erwähnt (Vorzugstarif für die Verbündeten, Vertragstarif für die Neutralen und Generaltarif für die Zentralmächte, sowie Zuschläge je nach der Herkunft der Schiffe. Ob wir und mehr noch Deutschland als Käufer und Verkäufer dieselben Verhältnisse wie vor dem Kriege vorfinden werden, möchte ich jedenfalls bezweifeln. Ich gehöre nicht zu den Schwarzsehern, aber alle die vielen, zum Teile sehr phantastischen Maßnahmen, welche die systematische Ausschaltung und Verdrängung des deutschen Handels (von Oesterreich zu sprechen, scheint man als überflüssig zu erachten!) bezwecken, sicherlich ernstere Beachtung erheischen. Ich verweise auf den Anti-German Pledge in England, auf die fünf antideutschen Ligen in Frankreich, auf ähnliche Einrichtungen in Rußland und Italien. Keineswegs lassen diese Bestrebungen einen raschen Abbau des Hasses erhoffen, und leidenschaftslose, objektive Denker, wie zum Beispiel Exzellenz Dr. Klein und Eulenburg, warnen, all diese Vorkehrungen mit sorglosem Optimismus als wesenlosen Rummel hinzustellen und sie zu leicht zu nehmen.

Aus allem ergibt sich die Notwendigkeit, daß eine geeignete Stelle die Probleme der Uebergangszeit prüfe, die Möglichkeit ihrer Bewältigung durchberate und vorbereite, um gemeinsam mit der Industrie und ihren Kriegsverbänden ein Programm aufzustellen. Nur mit zureichendem Rüstzeug versehen, kann man die Uebergangszeit, deren Erschwernisse wir überwinden müssen und werden, ohne jedes Angstgefühl herankommen lassen. Zutreffend stellt Friedrich List der Theorie der Werte diejenige der produktiven Kräfte gegenüber. Nicht darauf kommt es an, was eine Nation besitze, sondern auf das, was sie zu leisten imstande sei. Deutschland und auch Oesterreich-Ungarn haben nicht Milliarden für Kriegsmaterial ins Ausland getragen, wie England, daher sind die Zentralmächte nur insofern gegen früher ärmer geworden, als sie ihre Produktion, statt auf nutzbringende Investitionen auf Munition und Kanonen einstellen mußten. Aber die gleichen produktiven Kräfte werden mit nicht minderer Intensität und Vollkommenheit für die Herstellung von Friedensarbeit zur Verfügung sein. Wir müssen uns nur rechtzeitig rüsten, den Frieden in wirtschaftlicher Beziehung vorbereitet zu empfangen.

*) Siehe „Neues Wiener Tagblatt" vom 10. d.

Vossische Zeitung
11./I. 1917

94 1

# Zentralverband des deutschen Großhandels.

Der während des Krieges gegründete Verband hielt gestern seine zweite, von etwa 800 Personen besuchte Tagung ab. Die Verhandlungen wurden von Herrn Kommerzienrat Lustig, Generaldirektor der Akt.-Ges. Deutscher Eisenhandel, geleitet, der die Versammlung unter Hinweis auf die Ursachen und den Zweck der Gründung des Zentralverbandes, begrüßte.

Sodann folgte eine Ansprache des Staatssekretärs a. D. Exzellenz Dr. Dernburg, der sich das Thema „Der Großhandel und die deutsche Wirtschaftsorganisation nach dem Kriege" gestellt hatte. Der Redner erwähnte einleitend die Absperrungsmaßregeln der Feinde, die Lahmlegung des deutschen Außenhandels und besprach dann die gesetzlichen Verbote des Handels mit dem Feinde, wie sie auf der berüchtigten Pariser Wirtschaftskonferenz beschlossen worden sind. Was damit beabsichtigt war, die Aushungerung des deutschen Volkes, die Erregung von Mutlosigkeit und Verzweiflung, die inneren Unruhen und den moralischen Zusammenbruch, habe man nicht erreicht. Im Gegenteil, es ist zu hoffen, daß die kritische Zeit der Versorgungsschwierigkeiten überwunden ist, und daß die Gegner Deutschlands nunmehr alles das, was sie uns zugedacht haben, in verschärftem Maße am eigenen Leibe zu spüren bekommen werden.

Der Vortragende ging sodann auf die Absicht der Feinde ein, auch nach dem Kriege Deutschland vom Welthandel abzuschließen (Punkt 2 und 3 des Pariser Programms) und bemerkte hierzu, daß diese Absicht kaum jemals zur Anwendung gebracht bzw. durchgeführt werden wird. Schon heute gibt es Leute, die besorgt sind, ob ihre gegen Deutschland gerichteten Bestrebungen sie nicht stärker schädigen werden, als den deutschen Handel. Trotzdem bleibt der deutsche Außenhandel schweren Bedrängnissen ausgesetzt. Aber auch der Binnenhandel hat unter den durch den Krieg geschaffenen Verhältnissen stark gelitten. Er ist zudem ungerechter Beurteilung ausgesetzt worden, und ihm wird die Schuld an der Entwicklung gewisser Erscheinungen beigemessen, für die er nicht verantwortlich ist. Es ist deshalb notwendig, darauf hinzuweisen, welchen Anteil an der verhältnismäßig guten Situation unseres Vaterlandes gerade dem Großhandel zukommt. Wenn in Deutschland Importvorräte vorhanden gewesen sind, so ist dies der Voraussicht, der Kapitalkraft und dem Unternehmungsgeist des deutschen Großhandels zu verdanken, ebenso wie es als Verdienst des letzteren bezeichnet werden muß, wenn auch nach Kriegsausbruch noch erhebliche Mengen solcher fremder Güter hereingebracht worden sind.

Redner unterzieht alsdann die Vorbereitung der Friedenswirtschaft einer Betrachtung. Voran steht die Wiederversorgung des Landes mit Nahrungsmitteln, mit Rohstoffen und die damit zusammenhängende Bereitschaft des Wirtschaftslebens, damit ähnliche Katastrophen Deutschland niemals mehr in dem Zustand der Hilflosigkeit finden mögen. Hierzu braucht man den Rat, die Mithilfe und die Tätigkeit des Großhandels. Niemand wird den Nutzen verkennen, den die staatliche Zentralisierung, die staatssozialistische Bewirtschaftung unserer Bedürfnisse in dieser Zeit hat, aber niemand auch die vielen Schattenseiten übersehen, die große Unwirtschaftlichkeit, die ungenügende Versorgung auch innerhalb der verfügbaren Waren- und Lebensmittelquantitäten. Das System staatlicher Regelung läßt sich im übrigen nur auf Dinge anwenden, welche nahezu ausschließlich im Inlande erzeugt, keinem Verderben ausgesetzt sind und deshalb weder in bezug auf Bereitung noch auf Erhaltung besondere Anforderungen stellen. Hier ist eine große Aufgabe für den Großhandel.

Zu der Frage der künftigen handelspolitischen Gestaltung der Dinge führte Dernburg aus, daß nicht nur alle Handelsabkommen usw. mit unseren Feinden durch den Krieg zerschnitten sind, sondern daß mit dem 31. Dezember 1917 bis auf einen einzigen auch alle noch bestehenden Handelsverträge mit unseren Verbündeten bzw. den Neutralen ablaufen. Bei der künftigen Regelung wird es nicht mehr heißen: Schutzzoll oder Freihandel, sondern es werden Differenzierungen bei den einzelnen Erzeugnissen stattfinden müssen. Bezüglich der Landwirtschaft z. B. muß es als fraglich bezeichnet werden, ob sie als das für die deutsche Ernährung im Kriege ausschlaggebende Gewerbe jemals wieder der absolut freien Betätigung des Handels überlassen werden kann. Wenigstens sind viele Stimmen dagegen. Wie man sich hinsichtlich der Rohstoffe und Halbmaterialien zu verhalten habe, müsse von Fall zu Fall sorgfältig geprüft werden. Die protektionistische Bewegung, die sich zurzeit in England geltend mache und nach dem Kriege wohl noch zunehmen werde, müsse von deutscher Seite dahin ausgenutzt werden, daß wir die Stelle einzunehmen versuchen, die England bis zum Kriegsbeginn eingenommen habe. Für Deutschland mit seinen vortrefflich eingerichteten Häfen bestehe die Möglichkeit dazu. In diesem Falle würden größere Konzessionen an den Freihandel nötig sein, während bei der Ersatzwirtschaft in Durchbrechung bisheriger Prinzipien ein gleiches dem Schutzzoll gegenüber geschehen müßte.

Für alle diese Dinge reicht nach der übereinstimmenden Ueberzeugung des deutschen Kaufmannstandes weder seine noch die Organisation der Behörden aus. Man verlangt nach einem Reichswirtschaftsamt, unter obligatorischer Beratung durch die Vertreter des Handels, der Industrie und der Landwirtschaft. Dieses Amt soll selbständig und vom Reichsamt des Innern getrennt sein; auch soll ihm die handelspolitische Abteilung des Auswärtigen Amtes beigegeben werden. Für dieses Wirtschaftsamt verlangt man für die Wahrnehmung der Volksinteressen und der Gruppeninteressen Beiräte, ernsthaft und regelmäßig zu befragende Beiräte, die in bestimmten Fragen durch die Beamten häufig gehört werden. Diese Stellung strebt der Großhandel an, insbesondere der überseeische, das Schiffahrts- und das Versicherungswesen. Es wird auch gewünscht, daß sich die Konsuln im Auslande des Rats frei zu bildender und kleinerer Beiräte aus den ortsansässigen Kaufleuten bedienen und so getreulich die Meinung des Ueberseehandels und der überseeischen Industrie der Heimat übermitteln. Gewählt werden sollen die Beiräte für den Ueberseehandel von denjenigen Handelskammern, bei denen ein großes überseeisches Geschäft in Frage kommt.

Der Redner schloß, indem er jedes einzelne Mitglied des Verbandes zur Mitarbeit aufrief, mit den Worten: „Der Stolz des deutschen Großhändlers hat bisher immer darin bestanden, als Einzelpersönlichkeit aus eigener Kraft und Initiative eine vornehme Haltung und eine vornehme Leistung zu bringen. Eine Vereinigung unter Aufrechterhaltung aller dieser Eigenschaften wird dem Namen eines Vereins des Großhandels Ehre machen und zum Nutzen des Landes und der Allgemeinheit beitragen können, jene wichtigen wirtschaftlichen Probleme zu lösen, die die Zukunft Deutschlands bedeuten. Nur mit Mäßigung und Ueberlegung, mit Entgegenkommen auf der einen Seite, nur mit Kraft, Ueberzeugungstreue und Mut auf der anderen Seite wird Ihre Vereinigung etwas zu leisten vermögen; aber in diesem Zeichen wird sie siegen!"

Als zweiter Redner sprach der Abg. Heinath über die „Sicherung der deutschen Auslandforderungen". Aus den Ausführungen dieses Referenten sei das Folgende wiedergegeben: „Hand in Hand mit dem gegenwärtigen Ringen der Heere und der Kriegsflotte schreitet ein gigantischer Wirtschaftskampf, in dem auch die deutsche Volkswirtschaft zähe und erfolgreich um den Sieg ringt. Gerade weil unsere Feinde mit ihren Stößen in das Mark unserer Volkswirtschaft zielen, müssen wir mit ungebrochener wirtschaftlicher Kraft aus dem Weltkriege hervorgehen, wenn wir nicht trotz eines militärischen und politischen Sieges letzten Endes die Besiegten sein wollen. In diesem Rahmen betrachtet, gewinnt die Frage der Sicherung der Auslandsforderungen eine eminent nationale Bedeutung. Der völlige oder teilweise Verlust der in die Milliarden gehenden Außenstände würde für die Außenhandelskreise einen so schwer zu überwindenden Schlag und eine so tiefe Entmutigung nach sich ziehen, daß eine rasche Erholung nicht mehr möglich wäre. Ursprünglich wollte man, namentlich in Regierungskreisen, aber auch in weiten Kreisen des Handels die Wiederherstellung der wirtschaftlichen Beziehungen und der Rechtsverhältnisse der freien Verständigung des ehrbaren Kaufmannes überlassen. Mehr und mehr setzte sich aber die Ueberzeugung durch, daß die lange Dauer des Krieges und die immer schärfer werdenden gesetzlichen Maßnahmen gegen das feindliche Eigentum die Lösung der Rechtswirrnisse, die privatwirtschaftliche Liquidation ohne aktive Mitwirkung des Reiches unmöglich machen. Die Regierung begann denn auch zum Schutze der deutschen Interessen mit der Feststellung der deutschen Schulden an das Ausland und deren Sicherstellung zum Pfand für die deutschen Forderungen. Dann wurde nach langem Widerstreben der Regierung, dank der unermüdlichen Tätigkeit der freien Verbände, die zwangsweise Registrierung der deutschen Forderungen an das Ausland in Aussicht genommen und wird wohl in allernächster Zeit zur Durchführung gelangen. Nun aber handelt es sich um den dritten entscheidenden Schritt zur Klarstellung der Schuldverhältnisse herüber und hinüber, von Reichs wegen die Sicherheiten für die deutschen Forderungen zu schaffen. Die Aufhebung der gegen uns gerichteten Kriegsgesetze und die Wiederherstellung der Rechtsbehelfe kann angesichts der teilweise schon im Frieden mangelhaften Rechtspflege in den feindlichen Ländern und der tief wurzelnden Erbitterung und Feindseligkeit keine ausreichende Sicherheit geben. Die deutschen Forderungen an das Ausland bedürfen vielmehr bis zur vollständigen Befriedigung dauernd des unmittelbaren Schutzes des Reiches und einer materiellen Sicherstellung durch Faustpfänder an feindlichem Eigentum. Schon in dem Friedensvertrag müssen die Bürgschaften eventuell unter Haftung der jetzt feindlichen Staaten geschaffen werden.

Kommerzienrat Lustig schloß die Versammlung mit einem Appell an die Anwesenden, unerschütterlich zusammenzustehen und weiter an dem Zusammenschluß des Großhandels zu arbeiten.

Neue Freie Presse
16.II.1917

99

# Wirkung der Tariferhöhung auf Verbrauch und Erzeugung.

## Fachmännische Aeußerungen.

Wien, 15. Januar.

### Der Verkehr in Getreide und Mahlprodukten.

Von **Regierungsrat Dr. Alexander Horovitz.**
Generalsekretär der Wiener Produktenbörse.

Die am 14. Januar veröffentlichte und am 1. Februar 1917 für die Dauer von drei Jahren in Wirksamkeit tretende Verkehrsabgabe (Frachtsteuer) für die Beförderung von Gütern auf Eisenbahnen und der damit verbundene Kriegszuschlag im Gesamthöchstausmaße von 30 Prozent würde in normalen Zeiten selbstverständlich auch eine Verteuerung des verfrachteten Getreides und Mahlproduktes und damit eine sehr empfindliche Mehrbelastung der Verbraucher, auf welche ja erfahrungsgemäß stets Mehrlasten überwälzt werden, zur Folge haben. Ob der Staat für die Kriegsdauer durch Verzicht auf einen Mehrerlös aus der Einführung der Frachtensteuer und des Kriegszuschlages die Preise der Mahlprodukte unverändert lassen oder bei einer künftigen Preisfestsetzung die neue Verkehrssteuer mitberechnen wird, muß abgewartet werden. Da der Getreide- und Mahlproduktenverkehr derzeit lückenlos staatlich geregelt ist, kann die Rückwirkung der neuen Verkehrsabgabe ausschließlich von diesem Gesichtspunkte gewertet werden.

Nach den amtlichen Erläuterungen handelt es sich bei der neuen Verkehrssteuer um eine auf einen dreijährigen Zeitraum beschränkte Kriegsmaßnahme. Die Befristung wurde aus dem Grunde gewählt, weil die Absicht besteht, die vorläufige schematische Belastung des Verkehrs rechtzeitig durch eine die wirtschaftlichen Bedürfnisse berücksichtigende Tarifreform zu ersetzen. Die Uebertragung dieser Verkehrssteuer auf den Verkehr in Getreide und Mahlprodukten in Friedenszeiten würde nicht nur eine drückende Maßnahme, sondern auch ein empfindliches Verkehrserschwernis bilden, denn nicht nur, daß bei für die Preisbildung maßgebenden Voraussetzungen in normalen Zeiten eine derart beträchtliche Verkehrsabgabe die Beschaffungskosten des Getreides und damit die Herstellungskosten des Mahlproduktes einschneidend beeinflußt, hat sie auch zur Folge, daß eingelebte Verkehrsformen und Verkehrswege verschoben werden, bisherige Bezugsquellen und Absatzgebiete grundlegende Veränderungen erfahren.

Auch würde die Einführung einer beträchtlichen Verkehrssteuer bei Fortbestand der derzeitigen Frachtdisparität für Getreide- und Mahlprodukte, die wir aus Ungarn beziehen, die heimische Mühlenindustrie in ihrem Wettbewerbe mit der ungarischen Großmühlenindustrie bei der Versorgung des heimischen Mehlbedarfes außerordentlich in Nachteil setzen. Denn bisher besteht, allen Vorstellungen zum Trotze, der ganz unglaubliche Zustand, daß das Getreide und Mehl nach der gemeinsamen Güterklassifikation in eine und dieselbe Tarifklasse fallen und daß demzufolge die österreichischen Mühlen für das nach Oesterreich gebrachte ungarische Getreide dieselben Frachtsätze bezahlen müssen, zu welchen die ungarischen Mühlen auf österreichischen Bahnen ihr Mehl nach Oesterreich führen. Wenn nun dieses mit allen tarifpolitischen Grundsätzen — wonach das Rohprodukt billiger zu verfrachten ist als das Endprodukt — im Widerspruch stehende Verhältnis auch bei einer Verkehrssteuer in Geltung bleiben sollte, so würde damit ein weiterer, sehr beträchtlicher Vorsprung der ungarischen Mühlenindustrie gegenüber der heimischen verbunden sein. Denn in diesem Falle müßten die heimischen Mühlen für 100 Meterzentner Getreide die Fracht und den 30prozentigen Zuschlag entrichten, während die ungarischen Mühlen, unter der Annahme einer Mehlausbeute von 80 Prozent, bei Verladung von 100 Meterzentner Mehl nicht nur wie bisher den alten Frachtanteil, sondern auch die neue Verkehrssteuer von 20 Meterzentner Mehl ganz ersparen würden.

Lebhaft zu begrüßen wäre es, wenn, wie die erläuternden Bemerkungen in Aussicht stellen, bei Wiederkehr normaler wirtschaftlicher Verhältnisse durch eine rationelle und mehr individualisierende Gütertarifreform den Bedürfnissen des Verkehres Rechnung getragen werden wird. Eine gründliche Abstellung des herrschenden Systems der Frachtberechnung ist dringend geboten. Unhaltbar ist die heutige Form des Frachtbriefes, welcher neben der eigentlichen Fracht eine ganze Anzahl zumeist strittiger, nicht einheitlich festgesetzter und auch nicht immer sofort zu berechnender Nebengebühren aufweist und hiedurch in den Geschäftsverkehr zuweilen eine heillose Verwirrung und Unsicherheit hineinträgt.

### Kohle.

Von **Bela Max.**
Direktor der Trifailer Kohlenwerksgesellschaft.

So begründet die Erhöhung der Eisenbahntarife im Hinblick auf die verteuerten Betriebs- und Erhaltungskosten der Bahnen sein mag und so unausbleiblich die Heranziehung des Frachtverkehres in stärkerem Maße als Steuerquelle für den Staatshaushalt erscheint, muß dennoch konstatiert werden, daß die Erhöhung der Verkehrsabgaben eine neuerliche Belastung der Industrie und der Konsumenten herbeiführt. Von der Kohlenproduktion Oesterreichs im Ausmaße von rund 40 Millionen Tonnen, wozu noch der Import von sieben bis acht Millionen Tonnen aus dem Ausland kommt, gelangen rund 36 Millionen Tonnen Kohle zur Verfrachtung. Der Rest wird für den eigenen Bedarf der Kohlenwerke, für den nächsten Lokalbedarf und im Ausmaße von sieben bis acht Millionen Tonnen für den Kohlenverbrauch der Bahnen in Anrechnung gebracht werden können. Diese 36 Millionen Tonnen Kohle würden nunmehr in Zukunft eine um 30 Prozent erhöhte Fracht zu tragen haben. Die hochwertige Steinkohle wird bis zu den äußersten Grenzen der Monarchie verfrachtet und auch sehr bedeutende Mengen der Braunkohle werden an entfernte Konsumstellen transportiert. Ich glaube, man kann annehmen, daß 16 Millionen Tonnen Steinkohle einen durchschnittlichen Eisenbahnweg von 300 Kilometer und 20 Millionen Tonnen Braunkohle eine Bahnstrecke von 80 bis 100 Kilometer zu durchlaufen haben, bis sie ihre Konsumstelle erreichen. Die Frachtsummen, welche hiefür bisher zu bezahlen waren, würde ich mit 220 Millionen Kronen veranschlagen. In Zukunft wird für Kohle an Mehrfracht ein Betrag von rund 66 Millionen Kronen zu leisten sein. Von dieser Erhöhung werden die stark Kohle verbrauchenden Industrien, wie die Eisenindustrie, die Zucker-, die Textil-, Zement- und die chemische Industrie besonders betroffen.

Man muß aber hoffen, daß die neuerliche Belastung des Konsums nach Wiederkehr normaler Verhältnisse, früher als die Dauer des Gesetzes es voraussieht, einen Abbau gestatten wird. Ein solcher wäre nicht nur im Interesse der Bahnen, sondern auch in jenem der Industrie gelegen, die zur Förderung der Volkswirtschaft eine Steigerung unseres Exports nach Kräften anstreben muß.

### Eisen.

Von **Ignaz Frankl.**
Gesellschafter der Firma A. Herm. Frankl & Söhne, Wien.

Die Tariferhöhung auf den österreichischen Staats- und Privatbahnen wird meiner Ueberzeugung nach auf die gegenwärtige Lage des Eisenmarktes keinen wesentlichen Einfluß ausüben und das Geschäft wenigstens für die Dauer des Krieges nicht nachhaltig beeinträchtigen. Die Tariferhöhung wurde für die nächsten drei Jahre in Wirksamkeit gesetzt und die neuen Tarife werden daher ohne Zweifel auch in der Friedenszeit in Wirksamkeit bleiben. Wie sich auch die Lage des Eisenmarktes im Frieden gestalten wird, darüber kann man sich vorläufig noch kein ganz klares Bild machen. Solange der Krieg dauert, sind die Eisenbahntarife von keiner ausschlaggebenden Bedeutung für die Geschäftstätigkeit, da der Bedarf für die Heeresverwaltung so dringend ist, daß die Beschaffung des Materials in erster Linie und die Preise erst in zweiter Linie in Betracht kommen. Einen Schaden könnten nur jene Verbraucher erleiden, welche schon seit Monaten die Ware, die geliefert hätte werden sollen, nicht erhalten haben, da ihre Bestellungen im Hinblicke auf dringende öffentliche Lieferungen wiederholt zurückgestellt werden mußten und größtenteils erst nach dem 1. Februar zur Ausführung gelangen werden. Bis vor einem halben Jahre haben die Werke die Verkäufe ab Werksstation unter Vergütung des zur Zeit des Verkaufes in Geltung gestandenen normalen tarifmäßigen Waggonladungsfrachtsatzes bewerkstelligt. Die Waren, die nach dem 1. Februar zur Ablieferung kommen, müssen daher höher verfrachtet werden. Die Differenz geht naturgemäß zu Lasten des Käufers. Seit der vorerwähnten Frist werden die Preise von den Werken nur ab Werksstation ohne Frachtvergütung erstellt, so daß die Fracht überhaupt zu Lasten des Käufers geht.

Um ein Beispiel zu geben, wie sich die künftigen Frachten stellen werden, seien im nachstehenden die bisher in Geltung gestandenen Frachtsätze angeführt:

Donawitz (Alpine Montangesellschaft) -Wien,
bisher Waggonladungsfracht . . . . . K. 1.18
Witkowitz-Wien, bisher Waggonladungsfracht . . K. 1.53
Kladno (Prager Eisenindustrie-Gesellschaft)
-Wien, bisher Waggonladungsfracht . . . . . K. 2.28

Die neuen Frachtsätze werden um 30 Prozent höher sein.

In der ersten Zeit des Friedens wird der Eisenbedarf ziemlich bedeutend sein, da vor allem die Staatsbahnen große Investitionen (Erneuerung des Oberbaumaterials sowie des rollenden Materials) vornehmen werden müssen. Auch die Bautätigkeit dürfte, ungeachtet des einsetzenden höheren Zinsfußes, eine ziemlich rege sein. Schließlich wird auch in der übrigen Industrie durch Umwandlung derselben von der Kriegseinrichtung auf die Friedenseinrichtungen ein großer Verbrauch eintreten. Infolgedessen dürften auch die Preise voraussichtlich durch längere Zeit keine wesentliche Veränderung erfahren und die höheren Frachtsätze in der Kalkulation keine wesentliche Rolle spielen.

### Baumaterialien.

Von **Walter Reckmann.**
Generaldirektor der Wienerberger Ziegelfabriks- und Baugesellschaft.

Die Ablehnung unseres Friedensanbotes durch unsere Feinde zwingt uns weiterhin, Opfer für unser Vaterland zu bringen, um durchzuhalten bis zum siegreichen Ende.

Und so muß die mit 1. Februar d. J. in Kraft tretende Erhöhung der Frachtgebühren stillschweigend hingenommen werden, da sie dem Staate eine neue Einnahmsquelle bietet.

Es ist jedenfalls von Interesse, zu untersuchen, welchen Einfluß diese Maßnahme auf die einzelnen Industrien auszuüben imstande ist.

Die Ziegel- und Tonwarenindustrie ist jedenfalls eine der durch den Krieg am meisten in Mitleidenschaft gezogene Industrie. Die private Bautätigkeit ist vollständig brachgelegt und nur der Bedarf für Heeresbauten und Bauten der Heeresindustrie ist zu decken.

Die Frachterhöhungen werden sich daher nicht sofort in dem Maße fühlbar machen als nach Friedensschluß. Ist doch der Geltungstermin bis Ende Januar 1920 bestimmt. Erhöhungen werden selten herabgemindert, und so wird in Zukunft unbedingt mit ihnen zu rechnen sein.

In nachstehenden Beispielen wurde für die Waren der Preis vor dem Kriege zugrunde gelegt. Mauerziegel können infolge ihres großen Gewichtes nur auf zirka 70 Kilometer verfrachtet werden. Werden Mauerziegel von Inzersdorf nach St. Pölten (70 Kilometer) geliefert, so beträgt die Fracht derzeit Promille 13 Kronen 33 Heller, nach der Erhöhung 17 Kronen 33 Heller, was einer Verteuerung inklusive des Ziegelpreises um 7½ Prozent entspricht. Einschneidender wirkt die Frachterhöhung bei Dachfalzziegeln, welche in die ganze Monarchie und besonders stark nach Galizien verfrachtet werden. Nach Krakau beträgt die Verteuerung 11·83 Prozent, nach Lemberg sogar 18·05 Prozent des Frankopreises. Besonders der Brennprozeß der Waren wird eine Verteuerung um 22 bis 25 Prozent erfahren und nebenher geht noch die Erhöhung für Kessel- und Hausbrandkohle der Beamten und Arbeiter. Es wird daher die Ziegel- und Tonwarengroßindustrie alle Anstrengungen machen müssen, um durch rationellere Erzeugungs- und Brennmethoden diese Erhöhung der Gestehungskosten wettzumachen. Die Wienerberger Ziegelfabriks- und Baugesellschaft hat bereits begonnen, diese Methoden durch Neuanlagen und Umbau bestehender Anlagen einzuführen, um nach dem Friedensschlusse den Anforderungen des Baugewerbes voll und ganz gerecht zu werden.

### Die Tariferhöhungen und die Privatbahnen.

Es ist bereits mitgeteilt worden, daß die Regierung mit einzelnen Privatbahnen Verhandlungen eingeleitet hat, in welchen festgesetzt werden soll, ob und in welchem Ausmaße ihnen eine Quote des Kriegszuschlages überlassen werden soll. Zwischen der Regierung und der Südbahn sind die Verhandlungen über Ausmaß und Tragweite der Tariferhöhung sowie über die Quote, welche der Gesellschaft vom Kriegszuschlag überlassen werden soll, im Wesen zum Abschluß gelangt. Auf den Linien der Südbahn dürfte mit Rücksicht auf den Umstand, daß schon bisher infolge des sieben prozentigen Tarifzuschlages die Frachtsätze höher waren als auf den Staatsbahnen, vom 1. Februar ab, wie gestern mitgeteilt worden ist, keine 30prozentige, sondern eine 25prozentige Steigerung der Frachtsätze eintreten. Diese Verschiebung bedeutet eine geringere Belastung der Alpenländer, beziehungsweise eine teilweise Ausgleichung der Verschiedenheit, die zwischen diesen Gebieten und den übrigen Teilen Oesterreichs besteht. Die Wirkung der Tariferhöhung berechnet sich dahin, daß in den Alpenländern künftig die Frachtsätze um 3¾ Prozent höher sein dürften als beispielsweise in Böhmen, während der bisherige Zuschlag der Südbahn sieben Prozent betrug, so daß die Ungleichheit zur Hälfte ausgeglichen ist. Auf Grund des Verkehres des Jahres 1915 berechnet die Südbahn für das heurige Jahr die Wirkung der Tariferhöhung für die Gütertransporte mit einer ihrem Dienste zugute kommenden Einnahme von neun bis zehn Millionen Kronen. Die Erhöhung der Personentarife dürfte der Südbahn geringere Summen zuführen, weil die Tarife der Südbahn schon jetzt bedeutend höher waren als jene der Staatsbahnen. Man nimmt an, daß die Mehreinnahme der Südbahn aus der Erhöhung der Personentarife etwa eine Million Kronen betragen wird, so daß im ganzen für ihren Dienst mit einer Mehreinnahme von etwa elf Millionen Kronen im Jahre zu rechnen sein wird.

Auch die böhmischen Privatbahnen haben darauf hingewiesen, daß die Mehrausgaben nur teilweise durch die Mehreinnahmen bestritten werden können, und ihre Vertreter nehmen an, daß den Gesellschaften der ganze oder jedenfalls ein sehr wesentlicher Teil des Kriegszuschlages für die eigenen Zwecke zugewiesen werden wird.

Bei einzelnen anderen Privatbahnen, deren Lage sich durch die Ausnahmsverhältnisse des Krieges sehr gebessert hat, scheint die Aussicht, daß ihnen eine bedeutendere Quote des Kriegszuschlages zugewiesen werden dürfte, eine geringere zu sein.

Die Verhandlungen mit den Privatbahnen dürften in einigen Monaten zum Abschluß kommen.

### Die oberschlesischen Kohlentarife.

Wie verlautet, sind Verhandlungen über die oberschlesischen Kohlentarife im Zuge. Es heißt, daß in Deutschland der Plan erwogen wird, ebenso wie dies in Oesterreich der Fall ist, auf den Linien, auf welchen die oberschlesische Kohle befördert wird, eine Tariferhöhung um 30 Prozent eintreten zu lassen.

Die Vertreter des Wiener Kohlenhandels, die verpflichtet sind, vierzehn Tage vor einer allfälligen Preisveränderung dem Handelsministerium davon Mitteilung zu machen, haben in einer Eingabe an dasselbe berichtet, daß sie vom 1. Februar ab eine Erhöhung der Preise eintreten lassen, die sich genau mit der Steigerung der Tarife decken werde.

Pester Lloyd 18/I. 1917

18

102

# Die Revision des Handelsgesetzes.

Von Béla v. Gáßner,
kön. öffentlichem Notar in Budapest.

Budapest, 17. Januar.

Infolge einer Anregung, die in dem redaktionellen Teile des vortrefflich geleiteten juridischen Fachblattes Ügyvédek Lapja über diesen Gegenstand erschienen ist, hat der Verfasser des gegenwärtigen Artikels eine längere Abhandlung vorerst über die Erneuerung — womöglich die gänzliche Umgestaltung — des G.-A. XXXVII. v. J. 1875 durch Schaffung eines ganz neuen Handelsgesetzes, wenigstens aber des Abschnittes IV über die Aktiengesellschaften geschrieben, die in der Nr. 45 des genannten Fachblattes vom 4. November v. J. veröffentlicht wurde. Die Vorkommnisse, die in den jüngsten Tagen über die Geschäftsgebarung zweier sogenannten landwirtschaftlichen Genossenschaften in die Oeffentlichkeit gelangten und die demnächst angeblich auch im Reichstage zur Sprache gebracht werden sollen, haben die Aktualität der Besprechung einer Erneuerung des veralteten Handelsgesetzes noch mehr in den Vordergrund gerückt, und da die Mängel des Gesetzes bezüglich der Aktiengesellschaften nahezu die gleichen sind wie bezüglich der Genossenschaften, wird es nicht unangebracht sein, die dringlichsten Aenderungen, die an diesem Teile unseres Handelsgesetzes vorgenommen werden müssen, auch vor einem weiteren Leserkreise darzulegen.

Zunächst also die Aktiengesellschaft. Gegen die §§ 147—150 des G.-A. XXXVII: 1875 läßt sich kaum etwas einwenden, denn sie bezeichnen kurz und bündig den Begriff der Aktiengesellschaft und die primitivsten Erfordernisse der Gründung einer solchen. Aber schon Alinea 2 des § 181 weist eine bedenkliche Lücke auf, indem die „persönliche oder durch einen Bevollmächtigten erfolgte" Aktienzeichnung in keinerlei Form die Echtheit der geschehenen Unterschrift verlangt, noch deren Kontrolle anordnet. Dasselbe ist der Fall bei der Frage, ob denn die im Prospekte festgesetzte erste Einzahlung auf das Aktienkapital tatsächlich durch die einzelnen Aktienzeichner geleistet worden ist und ob demnach die Gründung in Wahrheit aus dem Vermögen mehrerer Einzelpersonen geschehen ist oder nur als Fiktion besteht, indem das ganze Kapital durch die Gründer allein einbezahlt wurde, was dem Grundbegriffe der „Gesellschaft" widerstreitet, wo doch der § 155 das letztere als Prinzip aufstellt, da er die Beschlußfähigkeit der gründenden Generalversammlung davon abhängig macht, daß an derselben mindestens sieben physische Personen als Aktienzeichner vertreten sind. Lückenhaft ist auch die Bestimmung des Alinea 2 des § 150, demzufolge die Gründer den Prospekt mit der Angabe ihres bürgerlichen Berufes und Wohnsitzes zu unterfertigen haben, denn auch diese Angaben bestätigen noch entfernt nicht die Echtheit der Unterschrift und den Umstand, ob die als Gründer benannten Personen auch tatsächlich die Gutstehung für die im Prospekte versprochenen Vorteile und Bedingungen übernommen haben oder ob dort nur „Strohmänner" mit klingenden Namen figurieren. Es ist demnach notwendig, daß in dieser Beziehung die strengsten Maßregeln festgesetzt werden, denn es kann dem Aktienzeichner nicht einerlei sein, welchen Persönlichkeiten er sein Geld gibt.

§ 154 ordnet im Alinea 1 an, daß sich die gründende Generalversammlung die Ueberzeugung verschaffen müsse, ob das ganze Aktienkapital durch entsprechende Aktienzeichnung und Einzahlung gesichert ist, und Alinea 3 des § 159 bestimmt die Mindesteinzahlung mit 30 Prozent des Nennwertes jeder Aktie, — dies alles aber ohne irgendwelche Vorschrift darüber, auf welche Weise sich die gründende Generalversammlung diese „Ueberzeugung" zu beschaffen habe. Diese Gesetzeslücke hat sich die findige Praktik derart zurechtgelegt, daß die Gründer der Generalversammlung eine Summe Bargeldes vorweisen, oder noch einfacher den Kontokorrentauszug eines Geldinstituts, und erklären, dies sei die 30prozentige Anzahlung des Aktienkapitals, die durch die einzelnen Aktienzeichner bei ihnen erlegt wurde. Natürlich unterliegt es niemals einer Prüfung, ob in der Tat die einzelnen Aktienzeichner selbst diese Anzahlung geleistet haben, oder ob dieser Teil des Aktienkapitals nicht bloß für ein paar Stunden der Kasse eines Geldinstituts entlehnt, oder der betreffende Kontokorrentauszug durch das zuvorkommende Geldinstitut gegen eine mehr oder minder hohe Provision zur Verfügung gestellt worden ist und nach Schluß der gründenden Generalversammlung auf irgendwelche Art „geregelt" wird, das heißt: in Wirklichkeit gar nicht, sondern nur auf dem Papier vorhanden ist. „Aber" — könnte man meinen — „dafür haften ja laut des Handelsgesetzes mit voller Verantwortlichkeit die Gründer, die den Prospekt unterschrieben haben!" Das stimmt aber nur in dem Falle, wenn diese Unterschriften unzweifelhaft wirklich erfolgt sind, was aber nach dem Vorgesagten durchaus nicht prozeßordnungsgemäß einwandfrei der Fall ist.

Ganz offenkundig wird die Fiktion der Kapitalseinzahlung dort, wo der gründenden Generalversammlung eine eiserne Kassette vorgelegt wird, als deren Inhalt ein oft sehr hoher Betrag in barem Gelde als Anzahlung auf das Gründungskapital figuriert, während schon ein Beamter des beliebigen Geldinstituts und ein oder zwei Diener im Hintergrunde ungeduldig warten, um die eiserne Kassette je rascher in das Kassenlokal ihrer Bank zurückzutragen. Dabei ist wieder eine „Aktiengesellschaft" nach allen Formeln des Handelsgesetzes entstanden, an der materiell niemand als die Gründer allein Anteil haben, was aber den Grundbegriffen einer gesellschaftlichen Vereinigung öffentlichen Vermögens zu Zwecken seiner Fruktifizierung widerspricht, wonach auch nur die Gründer allein alle volkswirtschaftlichen Vorteile der neuen Unternehmung ohne Kapitalseinlage und ohne Risiko genießen und ohne der volkswirtschaftlichen Vermögensvermehrung Vorschub zu leisten.

Besondere Aufmerksamkeit muß den Verfügungen des § 156 des Handelsgesetzes gewidmet werden. Es ist nicht genügend, daß die gründende Generalversammlung die Werthöhe der nicht in barem geleisteten Einzahlung auf das Aktienkapital festsetze, sondern es ist durchaus notwendig, daß dieser Wertfestsetzung vorhergehend der wahre Wert der Einlage durch ein außer dem Interessenkreise der Gründer stehendes Fachorgan, am besten durch sachverständige Schätzleute des kompetenten Handelsgerichtes eruiert werde, um danach den Uebernahmspreis bestimmen zu können, um den die Einlage übernommen werden kann, ohne daß die Aktienzeichner des neu zu gründenden Unternehmens Schaden erleiden. Den bezeichneten Schäden und Mängeln des Handelsgesetzes muß abgeholfen werden, damit das schon jetzt arg erschütterte Vertrauen in die Gründung solcher Unternehmungen bei dem großen Publikum nicht gänzlich schwinde.

Man muß die Neugründung von Aktiengesellschaften auf zuverlässigerer Grundlage aufbauen und an solche verschärfte Bedingungen knüpfen, die die Möglichkeit ausschließen, daß die Aktiengesellschaft ihres gesellschaftlichen Charakters entkleidet werde. Hieher gehört vor allem die Verhinderung dessen, daß während des Bestandes der Aktiengesellschaft die absolute Mehrheit des Aktienbesitzes in eine Hand kommen könne, die dann in den Generalversammlungen absolut dominiert und ihre eigenen Sonderinteressen ungehemmt verfolgen kann. Die Aktiengesellschaft müßte in diesem Falle durch das Gesetz ipso facto als aufgelöst zu erkennen sein und könnte nur als Einzelfirma — beziehungsweise als Kommanditgesellschaft — weiterbestehen, deren Inhabern, beziehungsweise Kommanditären die gewesenen Aktionäre nur bis zum Betrage ihrer früheren Aktienzeichnung haftbar bleiben würden, deren frühere Aktien aber nur dem Privatverkehr unterlägen und keinesfalls an der Börse zu einer amtlichen Notierung zugelassen würden. Es ist ja richtig, daß so einschlagende Verfügungen für viele der jetzt bestehenden Aktiengesellschaften die Götterdämmerung bedeuten würde, indessen es ist zu erwägen, ob die volkswirtschaftlichen Vorteile, die sie bieten, nicht durch die Nachteile ihrer Geschäftsgebarung überboten werden und ob der Nutzen für die Oeffentlichkeit nicht auch — und sicherer — auf diesem Wege erreicht werden könne.

Aber auch die innere Organisation der Aktiengesellschaft muß einer gesetzlichen Revision unterzogen werden.

Hieher gehört namentlich die Verschärfung der Kontrolle der Geschäftsgebarung und in erster Reihe die Regelung der Amtshandlungen des Aufsichtsrates, angefangen von dessen Bestellung. Den Kreis dieser Amtshandlung bestimmen die dürftigen Verfügungen der §§ 194 und 196 des Handelsgesetzes, die als einziges Remedium gegen etwaige Mißbräuche der durch den Aufsichtsrat zu kontrollierenden Verfügungen der Direktion die sofortige Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung der Aktionäre dekretieren. Welchen Erfolg kann eine solche Verfügung haben in einer Generalversammlung, deren absolute Stimmenmehrheit in der Hand eben jener Person oder jenes Konsortiums vereinigt ist, welche die Direktion der Gesellschaft selbstherrlich gewählt hat? Ist da nicht die Majorisierung durch die brutale Stimmenzahl allein entscheidend und wird da mit Argumenten gekämpft? Wenn man ferner in Betracht zieht, daß der Aufsichtsrat der Aktiengesellschaften heutigen Kalibers aus solchen Persönlichkeiten „frei" gewählt wird, welche die Direktion der Generalversammlung zur Wahl vorschlägt, und wenn man ferner das Abhängigkeitsverhältnis sieht, in welchem demzufolge die zur Kontrolle berufenen Mitglieder des Aufsichtsrates von dem Wohlwollen der Direktion stehen, so ist es unmöglich, die Augen vor dem Umstande zu verschließen, daß diese Kontrolle eine bloße Fiktion und die gesamte Wirksamkeit des Aufsichtsrates in seiner heutigen Zusammensetzung eine bloße Spiegelfechterei ist — wie es denn auch kaum einen einzelnen Fall der Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung von seiten des Aufsichtsrates gegeben hat, auch wenn dazu Grund vorhanden gewesen wäre.

Der Urgrund dieses Uebels liegt in der Art der Bestellung des Aufsichtsrates. Diese Art muß mit der Wurzel ausgerottet werden, damit die Bestellung fernerhin nicht mehr allein im Wege der Wahl durch die Generalversammlung der Aktionäre vollzogen werde. Zu diesem Zwecke müßte vor allem die im § 194 des H.-G. mit mindestens drei Mitgliedern festgesetzte Anzahl der Aufsichtsräte erhöht werden, von denen ein Drittel wohl durch freie Wahl der Generalversammlung besetzt werden dürfte, während das dritte Drittel von dem kompetenten Handelsgericht in den Aufsichtsrat entsendet würde. Der Vorsitzende des Aufsichtsrates müßte ebenfalls durch das Gericht ernannt und ihm bei den Abstimmungen ein entscheidendes Votum verliehen werden. Außerdem müßte in die Statuten der Aktiengesellschaft die Aufnahme solcher Bestimmungen vorgeschrieben werden, denen zufolge an den Sitzungen der Direktion stets der Präsident des Aufsichtsrates teilzunehmen hat, dem das gleiche Stimmrecht wie den Direktoren zu erteilen wäre. Es ist zu erwägen, ob nicht der gleiche Vorgang bei der Bestellung des Direktionsrates zu befolgen wäre, mindestens aber sollte in die Direktion jeder Aktiengesellschaft ein Mitglied durch das zuständige Handelsgericht entsendet werden; diesem Mitgliede wäre auch ein Vetorecht zu verleihen, das zur Folge hätte, daß die beanstandete Verfügung der Direktion bis zur endgültigen Entscheidung des Gerichtes in Schwebe bliebe. Die Bestallungsdauer und die Bezüge der durch das Gericht entsendeten Mitglieder müßte jenen der gewählten Mitglieder gleich sein.

Schließlich müßte bei der Gründung von Aktiengesellschaften das Hauptgewicht der gesetzlichen Bestimmungen auf die elementaren Bedingungen der Erwerbs-

Neues Pester Journal 103

18. I. 1917

# Unsere Wirthschaftsbeziehungen zu Rumänien.

— Gefährdete ungarische Interessen. —

Wir haben jüngst auf die Nothwendigkeit hingewiesen, unsere sehr bedeutenden wirthschaftlichen und materiellen Interessen in Rumänien in irgend einer Weise sicherzustellen. Bisher ist in diesem Belange seitens unserer kompetenten Faktoren nichts geschehen, und wenn die Dinge in dem bisherigen Tempo weiter kultivirt werden, dann wird für uns in Rumänien in wirthschaftlicher Beziehung nicht nur kein Nutzen, sondern wahrscheinlich ein Nachtheil resultiren. In einer im Laufe dieser Woche abgehaltenen Berathung der zum Schutze unserer wirthschaftlichen Interessen in Rumänien sofort nach Ausbruch des rumänischen Krieges ins Leben gerufenen centralen Vereinigung hat der Präsident derselben, Generaldirektor Philipp Weiß, in längerer Auseinandersetzung darauf hingewiesen, daß seitens der in Rumänien interessirten Industrie- und Handelskreise Alles versucht worden ist, um unseren Interessen dienlich zu sein, daß aber alle diese Bestrebungen bisher nicht den geringsten Erfolg gezeitigt haben.

In der erwähnten Sitzung waren auch in Vertretung des Ministeriums des Aeußern der Hof- und Ministerialsekretär Baron Dr. Peter v. Dóczy und in Vertretung des ungarischen Handelsministeriums Sekretär Dr. Edmund v. Kunoſy anwesend, die die ungarischen Interessenkreise des unbegrenzten Wohlwollens ihrer Chefs versicherten. Wie weit dieses Wohlwollen sich für uns bemerk- und fühlbar gemacht, wird wohl am besten durch den Umstand illustrirt, daß es bisher keinem legitimen Vertreter der ungarischen Industrie und des Handels gelungen ist, zur Wahrnehmung unserer Interessen in den von uns und unseren Verbündeten besetzten Gebieten Rumäniens die Bewilligung zur Reise dahin zu erhalten. Alle diesbezüglichen Ansuchen wurden rundweg abgewiesen, indem man darauf hinwies, daß es bisher Civilinteressenten nicht gestattet wurde, sich nach Rumänien zu begeben. Diese letztere Behauptung entspricht, wie wir aus einwandfrei verläßlicher Quelle erfahren, nicht vollkommen den Thatsachen, da es unseres Wissens schon zahlreichen Civilpersonen gelungen ist, Reiselegitimationen nach Rumänien zu erhalten, wohl nicht von unseren, aber von deutschen Behörden. Sowohl die genannte centrale Vereinigung, wie auch das k. ung. Handelsmuseum sind für später vertröstet worden, und auch den Führern der verschiedenen Centralen ist in Aussicht gestellt worden, daß ihnen demnächst die Reise in das „gelobte Land Rumänien“ gestattet werden soll.

Aus Zeitungen, welche in der letzten Zeit aus Bukarest hieher gelangten, ist ersichtlich, daß man in Bukarest und auch in anderen rumänischen Städten Angestellte, Fabriksdirektoren, Industrielle usw. sucht, daß dort lebhafter Waarenaustausch, mit einem Worte reges wirthschaftliches Leben herrscht, an welchem in entsprechender Weise zu betheiligen gerade uns Ungarn nicht möglich ist. Im Bukarester Generalgouvernement gibt es eine Wirthschaftsabtheilung, in deren Rahmen sich auch eine österreichisch-ungarische Sektion befindet, doch sind in derselben wenigstens vorläufig nur österreichische und kein einziger ungarischer Offizier vertreten. So kommt es, daß die ungarischen Interessen, welche gerade jetzt in Rumänien auf dem Gebiete der Zucker-, Wald-, Mühlen- und zum Theile auch auf dem Gebiete der Petroleumindustrie einer ganz besonders intensiven Pflege und Obsorge bedürfen würden, nicht entsprechend gewahrt werden können. Daß dem thatsächlich so ist, erhellt wohl klar aus dem Umstand, daß es sich in Rumänien um ungarländische Investitionen im Betrage von weit über 130 Millionen Kronen handelt, während Oesterreich mit kaum 30 Millionen Kronen vertreten ist und Deutschland fast ausschließlich nur Interesse an der Petroleumindustrie hat.

Unsere Interessentenkreise werden von Tag zu Tag vertröstet, unsere Handelsregierung bringt ihnen Wohlwollen entgegen, es mangelt ihr jedoch die in diesem Falle doppelt erforderliche Energie. Man wird uns, fürchten wir, so lange vertrösten und hinhalten, bis es in Rumänien keine Waaren mehr geben wird; man wird uns dann, wenn einmal der ganze gegenwärtige und auch die Garantien für den zukünftigen Handel in die Wege geleitet sein werden, unsere rumänischen Interessen gegen ein Linsengericht mit Geld abzulösen versuchen, welches in Anbetracht des Umstandes, daß man uns die Möglichkeit zukünftiger Handelsverbindungen erschwert oder gar ganz unmöglich gemacht hat, von sehr problematischem Werthe sein wird.

Ueber die vorhin angeführte Versammlung der Ungarischen Centrale für die Interessenten in Rumänien wird heute ein Bericht versendet, in welchem es unter Anderem heißt:

Auf Grund des Referates des Direktors Eugen Pór wurde die Nothwendigkeit der möglichst energischen Geltendmachung der in Rumänien befindlichen ungarischen Interessen eingehend behandelt. Nach den Ausführungen des Vizepräsidenten Hofraths Dr. Julius Kovács, Alfred Strasser's, Dr. Erwin Doroghi's, Dr. Emerich Weißberger's, Joseph Vágó's und der Direktoren Jacques Kanitz, Julius Blau, Dr. Koloman Balkányi, Oskar Arany ertheilten die anwesenden Ministerialdelegirten betreffend die heutige Sachlage der Frage eingehende Informationen. Präsident Philipp Weiß setzte unter allgemeinem Beifall der anwesenden Interessenten auseinander, daß die Centrale, die das volle Vertrauen ihrer Mitglieder verdient und die eine musterhafte Thätigkeit verrichtet, nur dann sich aufrechterhalten kann und nur dann eine Daseinsberechtigung besitzt, wenn sie durch ihre Arbeit auch praktische Erfolge erzielt. Er formulirte die dringendste Erledigung erheischenden Fragen und Wünsche, die die Ministerialdelegirten auf Wunsch des Ausschusses ad referendum nahmen. Auf Vorschlag des Direktors Dr. Eugen Pór beauftragte dann der Ausschuß die Deutsch-österreichisch-ungarische Gläubigerschutz-Centrale für die südöstlichen Okkupationsgebiete, sich mit dem Inkasso der bei der rumänischen Centrale angemeldeten privatrechtlichen Forderungen zu befassen. Zuletzt beschloß der Ausschuß, eine neuerliche Sitzung abzuhalten, sobald der Vorsitzende der Centrale Philipp Weiß, der leitende Sekretär der Budapester Handels- und Gewerbekammer Joseph Vágó und der Direktor der Centrale Eugen Pór den ihnen bereits in Aussicht gestellten Passierschein nach Rumänien erhalten. In dieser Sitzung wird die Centrale diejenigen Fragen zusammenstellen, welche die genannten Herren dort zu studiren, beziehungsweise zu ordnen berufen sein werden.

Reichspost

19. I. 1917

104

## Die mitteleuropäischen Wirtschaftsvereine und die Wirtschaftsverbände.

Professor Dr. Kobatsch gab eine vergleichende Darstellung der für den wirtschaftlichen Zusammenschluß der Mittelmächte bisher hauptsächlich tätigen Organisationen, das ist auf der einen Seite die drei mitteleuropäischen Wirtschaftsvereine, auf der andern Seite der Deutsch-österreichisch-ungarische Wirtschaftsverband (Berlin) und der Oesterreichisch-deutsche Wirtschaftsverband (Wien). Die mitteleuropäischen Wirtschaftsvereine entschlossen sich verhältnismäßig spät und nur zögernd, für die volle Wirtschaftsgemeinschaft einzutreten. Die erste Kundgebung der Wirtschaftsvereine vom Juni 1915 sprach überhaupt nur von einer zollpolitischen Bevorzugung Deutschlands und Oesterreich-Ungarns, auf welche dritte Staaten allerdings nicht Anspruch hätten, und nur von gemeinsamen Richtlinien für die Vertragsverhandlungen mit dritten Staaten, welche womöglich gleichzeitig geführt werden sollen. Dagegen stellten die Wirtschaftsverbände fast gleichzeitig, auch im Juni 1915 auf ihrer zweiten großen Tagung in Wien, sich ganz entschieden auf den Standpunkt eines auf lange Frist vertragsmäßig festgelegten Zoll- und Wirtschaftsbündnisses mit einer gemeinsamen Handelspolitik nach außen, forderten ein einheitliches Zolltarifschema mit, soweit tunlich, gleichen Außentarifen sowie die gegenseitige Vorzugsbehandlung mit möglichst weitgehender Freiliste und mit dem Abbau der Zwischen- oder Ausgleichszölle. Die mitteleuropäischen Wirtschaftsvereine näherten sich in ihren Kundgebungen vom November 1915 (Wien) und Jänner 1916 (Dresden) diesem Standpunkt der Wirtschaftsverbände in mehrfachen Punkten, doch wurde die gemeinsame Handelspolitik noch lange nicht mit jenem Nachdruck gefordert wie von den Wirtschaftsverbänden. Diese waren inzwischen neuerlich, und zwar im November 1915 in Dresden, zusammengekommen und betonten den früher gekennzeichneten Standpunkt der vertragsmäßig festgelegten gemeinsamen Handelspolitik sowie die Einbeziehung der neuen Verbündeten, Bulgariens und der Türkei, in das Wirtschaftsbündnis. Die letzte Kundgebung der mitteleuropäischen Wirtschaftsvereine (Budapest Dezember 1916) näherte sich abermals dem Grundgedanken der gemeinsamen Handelspolitik, wenngleich die Wirtschaftsvereine von diesem Grundsatz wieder Ausnahmen zulassen wollen. Es wird Aufgabe der Wirtschaftsverbände sein, demgegenüber an ihren Grundsätzen unentwegt festzuhalten. Sowohl die Wirtschaftsverbände als auch die mitteleuropäischen Wirtschaftsvereine haben im Laufe der Verhandlungen auch die wichtigen Fragen der einverständlichen Verkehrspolitik, insbesondere des Ausbaues der Wasserstraßen, ferner der Rechtsannäherung und Rechtsvereinheitlichung, mehrfach behandelt und sind in diesen Belangen erfreulicherweise keine grundsätzlichen Unterschiede der Auffassungen festzustellen.

Nach dem Bericht des Vorsitzenden wird auf Antrag des Rechnungsführers F. G. Bujatti der Vereinsleitung das Absolutorium für das Jahr 1916 einstimmig erteilt.

Zu den Ausführungen des Vorsitzenden Abgeordneten Friedmann sprach Direktor Recsei, welcher ausführte, daß der wirtschaftliche Zusammenschluß hauptsächlich unter dem Zwange der weltpolitischen und weltwirtschaftlichen Ereignisse wird zustandekommen müssen. Präsident des Reichsverbandes der Gewerbevereine Bernhard Ludwig berichtet über die Anschauungen, welche im Deutschen Reiche über den Gedanken des wirtschaftlichen Zusammenschlusses herrschen, und schildert die Notwendigkeit einer besseren Bekanntmachung Oesterreichs im Auslande. Er erörtert die großen und dauernden Vorteile, welche das Wirtschaftsbündnis für beide Mittelmächte unbedingt haben wird. Abg. Dr. v. Oberleithner führt aus, daß das mitteleuropäische Wirtschaftsbündnis namentlich in jenem Maße zur Verwirklichung kommen werde, in welchem die Beschlüsse der Pariser Wirtschaftskonferenz verwirklicht werden sollten. Chefredakteur Bösbauer schildert die vielfachen Mängel und Unterlassungen, welche bei uns auf dem Gebiete des Auslandsnachrichtendienstes zu verzeichnen sind, die außerordentlich geringe und oft aus engherzigen Gründen sogar verhinderte Verbreitung österreichischer Zeitungen und Zeitschriften im neutralen Auslande, die mangelnde Bekanntschaft österreichischer Verhältnisse und Leistungen außerhalb unsrer Grenzen und die dadurch vielfach bewirkte ungünstigere Beurteilung unsrer Zustände, als sie der Wirklichkeit entsprechen.

Nach einem Schlußworte des Vorsitzenden gelangte die folgende Entschließung zur einstimmigen Annahme:

### Die Entschließung.

Indem der Oesterreichisch-deutsche Wirtschaftsverband an den gemeinsam mit dem Deutsch-österreichisch-ungarischen Wirtschaftsverband wiederholt, namentlich auf der Wiener Tagung im Juni 1915 und auf der Dresdner Tagung im November 1915 kundgegebenen Richtlinien für das zwischen den Mittelmächten zu vereinbarende Zoll- und Wirtschaftsbündnis unentwegt festhält, erklärt der Oesterreichisch-deutsche Wirtschaftsverband im besonderen, daß

1. durch einen langfristigen Vertrag zwischen den beiden Mächten ein Zoll- und Wirtschaftsbündnis mit dem Hauptinhalt einer dadurch gesicherten Gemeinsamkeit der Handelspolitik nach außen ehestens vereinbart werden soll. Das Bündnis ist auf Grund eines einheitlichen Zolltarifschemas, übereinstimmender Zollvorschriften sowie einheitlicher Außentarife zu vereinbaren, deren Zollsätze nicht durchweg die gleichen für beide Gebiete zu sein brauchen. Die Handelsvertragsverhandlungen mit dritten Staaten sind von den verbündeten Reichen gemeinsam unter gegenseitiger Unterstützung und gleichzeitig zu führen, die Handelsverträge gleichzeitig und für die gleiche Dauer abzuschließen. Im Sinne dieses Bündnisses wäre auch eine ständige amtliche Kommission, bestehend aus Vertretern der verbündeten Reiche, zu bilden.

2. Daß im wechselseitigen Verkehr möglichst Zollfreiheit eingeführt und nur die im volkswirtschaftlichen Interesse noch gebotenen Ausgleichszölle zu vereinbaren seien, deren allmählicher Abbau jedoch ins Auge zu fassen wäre. In den Friedensverträgen wäre dafür zu sorgen, daß dritte Staaten auf diese Ausgleichszölle nicht oder nur auf Grund eines zustandegekommenen Einverständnisses der beiden Mittelmächte Anspruch haben.

3. Daß die zweckentsprechende Aufnahme unsrer Verbündeten im Südosten, Bulgariens und der Türkei in das Wirtschaftsbündnis ermöglicht werde.

4. Daß gleichzeitig mit den zoll- und handelspolitischen Abmachungen auch die grundlegenden Fragen der Verkehrspolitik (insbesondere Ausbau des Wasserstraßennetzes und einheitliches Vorgehen auf dem Gebiet der Tarifpolitik) geregelt werden.

5. Daß schließlich die Maßnahmen zur Wiederherstellung der Valuta in den beiden Mittelmächten ebenfalls im gegenseitigen Einvernehmen und in wechselseitiger Unterstützung durchgeführt werden.

6. Daß Deutschland und Oesterreich-Ungarn auf eine möglichste Uebereinstimmung der für den Wirtschaftsverkehr besonders wichtigen Gesetze und Verwaltungseinrichtungen hinwirken. (Rechtsannäherung.)

Der Wirtschaftsverband begrüßt es, daß namentlich in der letzten Zeit die Regelung wichtiger wirtschaftspolitischer Fragen des Krieges, wie zum Beispiel die Behandlung der Devisen und Valuten, nach gleichen Grundsätzen erfolgte oder daß, wie auf dem besonders wichtigen Gebiet der Ernährungspolitik, gemeinsame Verhandlungen der leitenden Persönlichkeiten Deutschlands und Oesterreich-Ungarns stattfanden und ein gleichartiges Vorgehen in Aussicht genommen wurde. Der Wirtschaftsverband erachtet es für notwendig, daß das einverständliche Vorgehen auf diesen und andern wichtigen Gebieten, so insbesondere bei der Regelung des wechselseitigen Verkehres im Kriege, bei der Erlassung von Einfuhr-, Ausfuhr- und Durchfuhrverboten und ihrer Handhabung, ebenfalls ständig gepflogen werde, um die Interessen aller beteiligten Staaten gleichmäßig zu wahren.

Pester Lloyd 20. I. 1917

II

106

Commende Problem.

naturgemäß nur mit solchen Rückwanderern beschäftigen kann, die mit entsprechenden materiellen Mitteln heimkehren. Dem Staat soll die Aufgabe zufallen, die freiwerdenden Ländereien zu konskribieren und dem Institut ein Vorkaufsrecht zu sichern. Das Institut würde es auch übernehmen, in den südlichen Komitaten des Landes die staatlichen und kommunalen Ländereien zu parzellieren und auf etwa 25 Jahre zu verpachten. Im Namen des Verbandes der Genossenschaften erklärte Direktor Dr. Johann Horváth, die Ortsstellen des Verbandes, die die Mission übernehmen, die einzelnen, etwa durch den Krieg freiwerdenden Anwesen festzustellen, würden auf die in Amerika weilenden Dorfeinwohner einwirken und die freiwerdenden kleinen Landstücke so mit rückwandernden Dorfinsassen neu besetzen.

Der Fünferausschuß akzeptierte in einem gewissen Sinne beide Anträge, indem er sein Siedelungsprogramm ihnen anpaßte. Von dem Standpunkte ausgehend, daß von dem Staate eine finanzielle Fundierung der Siedelungen nicht erwartet werden kann, sah sich der Ausschuß bewogen, anzuregen, daß die Ansiedelung der Kriegsteilnehmer und der heimkehrenden Auswanderer in zwei Gruppen erfolgen soll. Die umfassenden Ansiedelungen, die Erwerbung von Gütern, sowie die Parzellierung der kommunalen und fiskalischen Ländereien soll durch den Landesverband der Bodenkreditinstitute erfolgen, während bei der Ansiedelung in den Einzelfällen, die sich in der bezeichneten Weise bei Freiwerdung dörfischer Anwesen vollzieht, der Verband der Genossenschaften vorzugehen hätte. Diese letztere Art der Ansiedelung müßte allerdings vorläufig unterbleiben, denn eine Konskribierung der derelinquierten Bauerngüter könnte durch falsche Gerüchte ungünstig auf die im Felde stehenden Bauern wirken, hätte überdies auch anderweitig mit Ungenauigkeiten zu rechnen. Jedenfalls begrüßt der Fünferausschuß die propagandistische Tätigkeit des Verbandes der Genossenschaften.

Der Beschluß des Fünferausschusses geht in einer Richtung weiter als die Verfügungen, die in Oesterreich und im Deutschen Reiche zum Schutze des Bauerngutes getroffen wurden. In Oesterreich verfügt die kaiserliche Verordnung vom 9. August des Jahres 1915 für die Dauer der durch den Krieg verursachten außerordentlichen Verhältnisse eine Einschränkung und eine behördliche Kontrolle der Uebertragung von Bauerngütern. Im Deutschen Reiche ist die Frage, soweit sie durch kriegerische Ereignisse (und nicht etwa durch nationalpolitische Momente!) akut wurde, über die allerdings großzügige Propaganda nicht hinaus gediehen. In Preußen sind staatliche Fonds in der Höhe von hundert Millionen Mark durch die Preußische Staatsbank für die nachkriegerische Ansiedelung vorgesehen. Demgegenüber umfassen die Pläne unseres Fünferausschusses die Ansiedelung der Rückwanderer und der heimkehrenden Kriegsteilnehmer, an den Südgrenzen Ungarns die Schaffung von Siedelungen, die gewissermaßen an das frühere Grenzersystem erinnern, und schließlich die Organisierung des landwirtschaftlichen Betriebes in einer Form, Dimension und rechtlichen Ausgestaltung, die fürderhin auch die Auswanderung hemmen soll. Dieser letztere Teil der Unterbreitungen des Fünferausschusses ist das kodifikatorische Werk des Tafelrichters Dr. Dionys Sebeß. Er ist, in ausgezeichneter Weise motiviert, ein nachahmenswertes Beispiel kodifikatorischer Leistung. Wir wollen hier in erster Reihe die Bedeutung der Pläne werten, die die Beschaffung des Siedelungsgebietes betreffen.

Ein Vorzug muß diesen Plänen zuerkannt werden: sie verlangen vom Staate kein Geld. In der Besprechung der Entwürfe für die Erhaltung der Bauernanwesen werden wir zeigen, daß der Fünferausschuß dem Staate nur ein lucrum cessans zumutet, Verzichte, die mehr auf dem Gebiete des Gebührenrechtes liegen. Sonst werden nur legislatorische Verfügungen verlangt. Wird der Fünferausschuß bei dieser Genügsamkeit den Dimensionen des Problems gerecht? So weitherzig er in der Aufrollung und Erfassung des Problems ist, so eng erscheint der Kreis der Mittel, die er zur Lösung heranziehen will. In dem Bericht wird in ziemlich vehementer Weise das Eingreifen des privaten Kapitals in die Siedelungsangelegenheiten abgelehnt. Stehen aber die angerufenen Hilfskräfte im Verhältnis zur Aufgabe, die zu lösen ist? Die große Siedelungspolitik soll durch ein Vorkaufsrecht des Landesverbandes der Bodenkreditinstitute besorgt werden. Der altruistische Charakter dieser Institution ist bekannt. Die Gewinnmöglichkeiten der Beteiligten sind gesetzlich begrenzt, und zwar in einer Weise, die auf das Privatkapital kaum sehr anziehend wirken kann. Damit ist der altruistische Charakter der Tätigkeit des Instituts allerdings gekennzeichnet, gleichzeitig aber auch die Begrenztheit seiner Mittel, die zum großen Teile vom Staate stammen, also aus einer Quelle, aus der nach der Auffassung des Fünferausschusses nicht mehr viel geholt werden kann. In Amerika, von wo die Auswanderergelder seit Kriegsbeginn nur spärlich nach Ungarn sickern, harren sicherlich große Beträge der Heimbeförderung, und es besteht kein Zweifel, daß nach dem Kriege diese Kapitalskräfte im Landkaufe, besonders durch die Valutadifferenz gesteigert, der Kapitalskraft des Landesverbandes der Bodenkreditinstitute weitaus überlegen sein werden. Es ist also nicht abzusehen, wie das Vorkaufsrecht des Landesverbandes der Bodenkreditinstitute die Wirkungen des Kaufgesuches auf die Preisgestaltung ausschalten soll. Man muß damit rechnen, daß dieses Vorkaufsrecht angesichts der Konkurrenzverhältnisse nahezu illusorisch bleiben wird. Wie also soll auf diesem Wege das Siedelungsgebiet zur Verfügung gestellt werden? Wie sollen ferner die vermögenlos Heimkehrenden angesiedelt werden? Wie eine Einschränkung der Steigerung des Bodenpreises erfolgen? Man sieht, es ist noch vieles auszubauen, zu ändern, zu ergänzen, wenn die Gefahr des Versagens ausgeschaltet werden soll.

Auch wir teilen die Auffassung, daß die Ansiedlung nicht durch Beistellung staatlicher Geldmittel erfolgen soll. Wir erinnern uns jedoch jener Auffassungen, die dem Staate auf diesem Gebiete eine kostenlose, doch großzügige Initiative zuweisen. Großzügigkeit ist hier die Voraussetzung des Erfolges. Andere Zahlen als die, die in dem Bericht des Fünferausschusses betont werden, müssen die Organisierung des Siedelungswesens bestimmen. Rußland, das allerdings auch mit anderen Bevölkerungszahlen zu rechnen hat, hat auf diesem Gebiete, aus politischen Motiven heraus, Mustergültiges geschaffen. In fünf Jahren hat es 40 Millionen Joch Boden in individuelles Bauerngut umgewandelt und im sechsten Jahre, im Jahre 1913, wieder 970.000 Bauern freien Besitz gegeben. Das war die staatliche Bewegung. Neben ihr hat die Agrarbank noch zwölf Millionen Joch in Bauernbesitz gebracht. Gewiß, Rußland hat, wie wir ja bemerkten, mit anderen Zahlen zu rechnen. Aber auch in Ungarn müssen, wenn die Pläne nicht Pläne bleiben sollen, einerseits die Rückwanderer und andererseits jene Kriegsteilnehmer, die nach dem Kriege ohne feste Existenz dastehen und den Anlockungen des Auswanderns ausgesetzt sein werden, Berücksichtigung finden. Auch in Ungarn wirtschaften nahezu anderthalb Millionen Bauern auf durchschnittlich 0·98 Joch Grund, also einem Landbesitze, der nur eine Erschwerung des Elends, eine Sorge und nicht eine Quelle des Erwerbes ist. Der Fünferausschuß hat in dem Bestreben, einen kräftigen Bauernstand zu schaffen, sein Augenmerk auch auf diese Parias der Landwirtschaft gerichtet. Wir verweisen ihn auf die hier bereits besprochene Studie Roland Hegedüs'. In dieser Studie wird der § 182 des Daránhischen Entwurfes herangezogen, in dem die Parzellierung des staatlichen Besitzes zur Bekämpfung der Auswanderung unter gewissen Voraussetzungen ausgesprochen ist. In der Motivierung dieses Entwurfes ist auch die Heranziehung des gebundenen Besitzes zur Herstellung einer richtigen Besitzverteilung empfohlen, ein Prinzip, das von Roland Hegedüs trefflich ausgebaut wurde. Wenn man den gewaltigen Dimensionen der Aufgabe wirklich gerecht werden will, wird man noch oft auf diese Studie zurückgreifen müssen. Sie zeigt den Weg einer wirksamen gesetzgeberischen Tätigkeit, die das Kostbarste unseres staatlichen Besitzes, den Volksbestand, durch eine ausgreifende Neugestaltung der landwirtschaftlichen Besitzverhältnisse, vor allem durch die Heranziehung des gebundenen Großbesitzes erhalten und vermehren kann. Der Fünferausschuß hat die Feststellung der Ländereien, die zu Siedelungszwecken herangezogen werden sollen, späteren Beratungen vorbehalten. Wir wollen hoffen, daß das richtige Bestreben auch den richtigen Weg finden wird, daß sich der Wirklichkeitssinn offenbaren wird in der Feststellung der Dimensionen, die die Legislative dem Reformwerke geben muß, wenn sie einer der größten Gefahren unseres Volksbestandes erfolgreich begegnen soll.

Pester Lloyd 25. I. 1917 I 113

## Der Ausgleich und die Kündigung der Handelsverträge.

Budapest, 24. Januar.

Die Reihe der Interpellationen, die am Schlusse der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses eingebracht wurden, eröffnete Graf Albert Apponyi mit seinen an die Regierung gerichteten Anfragen betreffend die Kündigung der Handelsverträge und den wirtschaftlichen Ausgleich mit Oesterreich. Graf Apponyi wünschte einerseits Aufklärungen über die Prinzipien und die Ziele der mit Oesterreich gepflogenen wirtschaftlichen Verhandlungen, andererseits aber wollte er wissen, ob die Regierung von dem ihr zustehenden Rechte der Kündigung der mit Ende 1917 ablaufenden Handelsverträge mit Deutschland und mit der Schweiz Gebrauch gemacht habe, und wenn sie dies nicht getan hat, auf welche Art der gleichzeitige Ablauf der mit den auswärtigen Staaten geschlossenen Verträge und des österreichisch-ungarischen Handelsvertrages gewährleistet sei.

Ministerpräsident Graf Stefan Tißa war nicht in der Lage, dem Interpellanten die gewünschten Informationen über die Ausgleichsverhandlungen zu bieten. Eingehender äußerte er sich aber in der Frage der Handelsverträge, indem er begründete, warum die Regierung keine Veranlassung hatte, die Verträge mit Deutschland und der Schweiz zu kündigen, und nachwies, daß dem Selbstbestimmungsrechte der Nation dadurch keinerlei Abbruch geschehen sei. Die Replik des Interpellanten und die Duplik des Ministerpräsidenten, sowie die weitere Fortsetzung der Auseinandersetzung der beiden Staatsmänner brachten dann noch eine weitere Klärung der Kontroverse, die wir an leitender Stelle des vorliegenden Blattes meritorisch besprechen. Wir teilen diese Ausführungen vorwiegend wirtschaftlicher Natur im nachstehenden mit:

**Graf Albert Apponyi:**

Es ist unerläßlich, daß das freie Verfügungsrecht der Nation über ihre wirtschaftlichen Einrichtungen gewahrt werde. Die Nation muß ihre Entscheidungen frei treffen können, ohne auch nur irgendwie gebunden zu sein. Ob man den Standpunkt der Zollgemeinschaft mit Oesterreich oder den des selbständigen Zollgebietes einnimmt, muß man zugeben, daß es im wichtigsten Interesse des Landes liegt, daß nicht nur in juristischer Hinsicht, sondern auch dadurch vollkommen freie Hand gewährleistet sei, daß keine faits accomplis geschaffen werden, durch welche die Hände der Nation gebunden werden. Infolgedessen können wir auch mit den auswärtigen Staaten keine Handelsverträge schließen, deren Gültigkeit über die Zeit hinausläuft, bis zu welcher der Ausgleich mit Oesterreich in Kraft besteht, denn sonst wäre der Uebergang zur wirtschaftlichen Selbständigkeit bedeutend erschwert und es würde von dem betreffenden auswärtigen Staat abhängen, ob er geneigt ist, die mit ihm geschlossenen Handelsverträge auch dann aufrecht zu erhalten, wenn Oesterreich und Ungarn getrennte Zollgebiete besitzen. Dieser Gesichtspunkt kommt auch in den G.-A. XXX: 1899 und G.-A. XII: 1908 vollkommen zur Geltung. Redner verliest die bezüglichen Bestimmungen der beiden erwähnten Gesetzartikel, er weist darauf hin, daß für den Fall der nichtrechtzeitigen Kündigung unserer befristeten Verträge mit den auswärtigen Staaten diese Verträge zu unbefristeten Verträgen werden und fährt dann fort:

Die im Dezember abgegebene Erklärung des Herrn Ministerpräsidenten gab uns die Versicherung, daß die ungarische Regierung den ersten Schritt getan hat, den sie tun mußte, um am 31. Dezember 1916 sich das Recht zu sichern, Deutschland und der Schweiz gegenüber auch einseitig vom Minister des Aeußern die Kündigung des Vertrages fordern zu können. Die erste Frage, die ich an die Regierung richte, besteht daher darin, ob diese Kündigung am 31. Dezember 1916 tatsächlich erfolgt ist. (Lebhafter Beifall links.) Ich stelle diese Frage nicht aus dem Gesichtspunkte, als ob ich nicht wünschte, daß wir mit Deutschland einen Handelsvertrag schließen, daß wir mit Deutschland in kommerzieller und wirtschaftlicher Beziehung in einem Vertragsverhältnis stehen, sondern nur deshalb, weil ich das große Interesse gewahrt wissen will, das die beiden erwähnten Gesetze gewährleisten und dessen Erhaltung bei den sonst auseinandergehenden wirtschaftlichen Auffassungen zur communis opinio doctorum geworden ist. Es bildet eine wesentliche Vorbedingung unseres wirtschaftlichen Selbstverfügungsrechtes, daß wenn wir über unser Handelsverhältnis mit Oesterreich entscheiden, unsere Hände nicht durch einen mit einem auswärtigen Staat geschlossenen Vertrag gebunden seien. Dies kann nicht geschehen, ohne daß daraus große Nachteile für unsere Volkswirtschaft erwachsen. Denn entweder werden wir gezwungen, unter dieser Pression unsere Gebundenheit auch Oesterreich gegenüber aufrechtzuerhalten, oder wir würden uns, wenn wir dies nicht tun wollen, allen Schwierigkeiten, Gefahren und Unannehmlichkeiten aussetzen, die mit der Nichtregelung unserer Verhältnisse mit dem auswärtigen Staate verknüpft sind. Deshalb frage ich zunächst die Regierung, ob diese Kündigung erfolgt sei oder nicht?

Welcher Rechtszustand würde eintreten, wenn diese Kündigung nicht durchgeführt würde? Diesbezüglich sind die in den Verträgen mit Deutschland und der Schweiz enthaltenen Verfügungen maßgebend, wonach diese Verträge, insofern sie am Ende des Jahres 1916 für das Ende des Jahres 1917 nicht gekündigt werden, auch über das Jahr 1917 hinaus so lange in Kraft bleiben, bis sie gekündigt werden, und zwar gemeinsam gekündigt werden, und dann noch vom Tage der Kündigung gerechnet ein Jahr lang. Die Sache steht demnach praktisch so: Wurde der Vertrag mit Deutschland und der Schweiz am Ende des Jahres 1916 nicht gekündigt, so wurden aus diesen beiden befristeten Verträgen unbefristete Verträge, so daß wenn Ungarn es als in seinem Interesse gelegen ansehen würde, daß diese Verträge gekündigt werden, Oesterreich aber nicht, noch sechs Monate von dem Tage angefangen, an welchem die ungarische Regierung diesen ihren Wunsch der österreichischen Regierung mitteilen würde, verstreichen müßten, ehe die Kündigung, auf Grund deren der Vertrag nach einem Jahr seine Geltung verliert, durchgeführt werden könnte. Auf diese Weise würde die Garantie, die in den G.-A. XXX: 1899 und XII: 1908 enthalten ist, außer Kraft gesetzt sein. Infolgedessen ist es sehr wichtig, daß das Land darüber orientiert sei, ob die Kündigung tatsächlich erfolgt ist und ob keine Unterlassung begangen worden ist. Man kann nicht damit argumentieren, als ob die Kündigung eines solchen Vertrages zwischen Verbündeten während des Krieges zu Mißverständnissen hätte Anlaß geben können. Jedermann hätte gewußt oder man hätte es jedermann erklären können, daß die Kündigung erfolgt sei, damit wir in einer anderen Relation, in einer für uns viel wichtigeren Relation bei der Wahl zwischen Gebundenheit oder Selbständigkeit von unserer Entschließungsfreiheit Gebrauch machen können. (Lebhafter Beifall links.) Ich hoffe, daß die Kündigung tatsächlich erfolgt sei, was wir um so eher annehmen können, weil der Herr Ministerpräsident in seiner Erklärung im Monate Dezember gesagt hat, die Regierung werde jedenfalls so vorgehen, daß sie das freie Verfügungsrecht des Landes wahren werde.

Wenn ich mit diesem wichtigen Teil des Problems unserer wirtschaftlichen Einrichtung mich beschäftige, ist es unmöglich, mich nicht zugleich ganz kurz auch auf den ganzen Komplex der Ausgleichsfrage zu erstrecken. Wir nähern uns mit riesigen Schritten dem Zeitpunkt, bis zu welchem vom Gesichtspunkte des wirtschaftlichen Verhältnisses zwischen Ungarn und Oesterreich und damit in Verbindung mit den auswärtigen Staaten etwas geschehen muß. Im Jahre 1917 laufen die bisherigen Verträge ab; es muß infolgedessen unbedingt eine Neuregelung erfolgen. Ich und meine Gesinnungsgenossen halten an der Ueberzeugung fest, daß diese Regelung in rationeller Weise sowohl vom Gesichtspunkte der wirtschaftlichen Zweckmäßigkeit, wie vom Gesichtspunkte der verfassungsrechtlichen Gewissenhaftigkeit nur provisorischen Charakters sein könne. (Lebhafter Beifall links.) Dieser Reichstag, der nicht mehr eine Volksvertretung repräsentiert, muß die Lösung dieser Frage dem nach dem Friedensschluß zu wählenden Reichstag intakt übergeben. Allein wir lesen stets von Verhandlungen, die zwischen der österreichischen und der ungarischen Regierung und parallel damit mit der deutschen Regierung gepflogen werden, und wir hören Auffassungen, denen zufolge die Regelung des Verhältnisses zwischen Oesterreich und Ungarn der Regelung des Verhältnisses mit Deutschland vorangehen muß. Die Regelung der wirtschaftlichen Verhältnisse bildet einen außerordentlich weiten Begriff. Es sind darin Probleme enthalten, die jetzt gelöst werden können, und Probleme, an deren Lösung jetzt vernünftigerweise nicht gedacht werden kann, ganz abgesehen vom staatsrechtlichen Gesichtspunkt, auf den ich später zurückkomme. Ich begreife vollkommen die Auffassung, die es für wünschenswert hält, daß vor der Einleitung der Friedensverhandlungen nicht nur in den großen politischen Fragen, sondern auch in den wirtschaftlichen Fragen volle Einmütigkeit zwischen den verbündeten Staaten herrsche. Allein die getroffenen Vereinbarungen zwischen den verbündeten Staaten müssen elastisch sein, denn sie müssen mit Eventualitäten rechnen, die vorausgesehen werden können. Ich verstehe darunter nicht nur eventuelle strategische Ergebnisse im weiteren Verlaufe des Krieges, sondern auch die Veränderungen, die in den Dispositionen und Absichten der feindlichen Staaten eintreten könnten. Denn ich halte es für unwahrscheinlich, daß die unter der Wirkung der Kriegspsychose betonte Absicht der Ententestaaten aufrechterhalten wird, daß nämlich diese Staaten auch nach dem Friedensschluß zur Führung eines wirtschaftlichen Krieges, mit dem sie heute drohen, vereint bleiben werden. Wir müssen uns selbstverständlich auch auf diese Eventualität vorbereiten. Am besten ist es, wenn wir ihnen auch auf diesem Gebiet eine solche Front zeigen, daß sie selbst von der Durchführung ihrer Absicht keine großen Ergebnisse erwarten könnten. Allein man kann nicht einseitig diese schlimmste, nach meiner Ansicht unwahrscheinliche Hypothese zur Grundlage nehmen. Ich glaube zwar nicht, daß gleich nach dem Friedensschluß eine Harmonie der Gemüter eintreten werde, allein die sozusagen brutalsten Symptome der Kriegspsychose werden aufhören. Man wird nüchtern über die eigenen Interessen denken und sich nicht dazu verleiten lassen, mit Verletzung der eigenen materiellen Interessen sich der Befriedigung der Rache, des Hasses, der Leidenschaften hinzugeben. Infolgedessen müssen unsere Vereinbarungen sich auch auf die Möglichkeit erstrecken, daß wir bei unseren gegenwärtigen Feinden einen konzilianteren Seelenzustand antreffen und daß sie geneigt sein werden, mitzuwirken, daß der normale wirtschaftliche Zustand der zivilisierten Welt hergestellt werde. Demzufolge können diese Vereinbarungen sich nur auf die allgemeinsten prinzipiellen Grundlagen beziehen, denn wir müssen mit allen Eventualitäten rechnen und gegen alle Eventualitäten gerüstet dastehen. (Beifall links.)

Der zweite Punkt, der diese Vereinbarungsmöglichkeiten begrenzt, ist darin gegeben, daß heute niemand die grundlegenden Eigenschaften der Wirtschaftsverhältnisse kennt, wie diese nach dem Kriege sich gestalten können. Niemand weiß noch mit welchen Gebieten und mit welchem wechselseitigen Verhältnis der heute noch unbekannten Gebiete wir noch zu rechnen haben werden, niemand weiß, wie das Verhältnis zwischen Ware und Geld nach dem Kriege beschaffen sein wird. Niemand weiß, welche Richtung die Entwickelung der sozialen Verhältnisse nehmen wird, was natürlich von wesentlichem Einfluß auf die ganze Wirtschaftspolitik ist. Infolgedessen können es bloß gewisse Hauptrichtungen sein, auf die sich die Vereinbarung beschränken muß, in der die verbündeten Staaten einander Bürgschaften geben, daß sie einander nicht schaden wollen, nicht benachteiligen wollen, daß sie in der ihnen sonst vorbehaltenen Freiheit ihrer Entschließungen auf die wechselseitigen Interessen in billiger Weise Rücksicht nehmen werden, insoweit dies die Lebensinteressen jeder einzelnen Verhandlungspartei gestatten. Es können Vereinbarungen zustande kommen hinsichtlich der Verkehrspolitik, der Valutapolitik, sowie hinsichtlich gewisser Rechtsinstitutionen, die mit dem Wirtschaftsleben zusammenhängen und es beeinflussen, ebenso wie auch Vereinbarungen zustande kommen können in bezug auf gewisse sozialpolitische Richtungen und dergleichen mehr. Eine konkrete Vereinbarung ist jedoch am allerwenigsten möglich hinsichtlich der im engsten Sinne genommenen Handelspolitik (So ists! links), der Frage des Zolltarifs und des mit dem Zolltarif zusammenhängenden Vertrages (Zustimmung links); diese können lediglich vom wirtschaftlichen Standpunkte aus beurteilt werden.

Nehme ich noch zu all dem das große grundlegende Problem, vor das Ungarn gestellt ist, das Problem, ob es die Basis seines eigenen wirtschaftlichen Bestandes und seiner eigenen wirtschaftlichen Entwicklung auch künftighin in der Gemeinsamkeit mit Oesterreich oder in einer selbständigen wirtschaftspolitischen Einrichtung sucht, dann ist es klar, daß in dieser Hinsicht konkrete Vereinbarungen heute nicht möglich sind.

Ich stelle dies lediglich als Problem auf. Von diesem Abgeordnetenhaus, dessen Mehrheit, wie ich weiß, auf ganz anderer Grundlage steht, erwarte ich nicht, daß es in bezug auf den sachlichen Teil des Problems meinen Standpunkt einnehmen wird. Ich wünsche bloß, daß es das Problem als Problem anerkenne, als eine Frage, in der die Nation zu entscheiden haben wird und in der die Nation die freie Wahl haben muß, sich für eine oder die andere Richtung zu entscheiden. Denn, wenn Sie diese Aktionsfreiheit nicht wagen, dann haben Sie die 1867er Grundlage unter ihren eigenen Füßen weggestoßen. Mit einem Wort: ich wünsche, daß diese ganze Frage nicht zu einer Formalität herabsinke, daß die Nation vielmehr vor eine große Entschließung gestellt sei, über die man mancherlei für und wider ins Treffen führen kann, auch ins Treffen führen soll, damit die Nation dann ihre Entscheidungen zu treffen in der Lage sei. Worum es sich handelt, ist eben, daß die Nation in die Lage gebracht werde, ihr Entscheidungsrecht zur Geltung zu bringen, daß ihr dieses Recht nicht konfisziert werde, denn jeden Versuch, der Entschließungsfreiheit der Nation irgendwie vorzugreifen, müßte ich als eine unverzeihliche Felonie bezeichnen. (Lebhafte Zustimmung links.)

Diese Frage hängt nicht notwendig mit den Annäherungsbestrebungen zusammen, die auch ich gern fördere und die meiner Ansicht nach in der Relation mit Deutschland und unseren übrigen Bundesgenossen die allgemeine Förderung verdienen. Ein solcher Zusammenhang besteht nicht, denn, wie ich bereits nachgewiesen habe, sind heute konkrete Beschlüsse über zoll- und handelspolitische Angelegenheiten im engeren Sinne des Wortes ohnehin unmöglich. Alles, was man heute tun kann, ist, daß wir uns gewisse Begünstigungen gegenseitig sichern. Dies kann aber in der Weise geschehen, daß diese Vorteile von Ungarn und von Oesterreich ihren Verbündeten für alle Fälle gesichert werden, einerlei, ob wir mit Oesterreich zusammen ein Zollgebiet bilden werden oder ob Ungarn besonders und Oesterreich besonders je ein selbständiges Zollgebiet sein werden, denn für Deutschland und die übrigen Bundesgenossen macht das keinen wesentlichen Unterschied. Es handelt sich alles in allem darum, in welche Relation das große Verbrauchsgebiet, das Oesterreich und Ungarn zusammen darstellen, mit der deutschen Volkswirtschaft gebracht wird; ob dann dieses große Verbrauchsgebiet in einer großen Summe oder in zwei miteinander durch das Pluszeichen verbundene Summen zum Ausdruck gelangt, hat dann weiter keine wesentliche Bedeutung. Dem steht der kategorische Imperativ der freien wirtschaftlichen Entwicklung Ungarns gegenüber, sowie die Grundbedingung der ungarischen Verfassung, daß in einer so kardinalen, für die ganze Zukunft des Landes wichtigen Frage eine Körperschaft, die heute keine Volksvertretung mehr ist, der wirklichen Vertretung der Nation nicht vorgreifen darf. Es geht nicht an, die freie Offenbarung des nationalen Willens auf solche Art zu verhindern. (Zustimmung links.)

Ich halte es für absolut ausgeschlossen, daß diese Gesichtspunkte, wofern sie nicht von einer Minderheit, sondern vom ganzen ungarischen Parlament vertreten werden, nicht überall respektiert und beachtet werden sollten. (Zustimmung links.) Selbstverständlich aber würden wir, wenn andere Gesichtspunkte, eventuell solche der Bequemlichkeit, eine Kapitulation in Aussicht stellen, gegen solche Gesichtspunkte dann nicht mehr kräftig aufzutreten vermögen. Darum bezieht sich der zweite Teil meiner Interpellation auf das gegenwärtige Stadium der Ausgleichsangelegenheit im allgemeinen.

Redner unterbreitet nach all dem folgende Interpellation an den Ministerpräsidenten, den Finanz-, den Handels- und den Ackerbauminister:

In Anbetracht dessen, daß eine der praktischen Bedingungen des wirtschaftlichen Selbstbestimmungsrechtes des Landes darin besteht, daß die mit auswärtigen Staaten durch Ungarn und Oesterreich gemeinsam abgeschlossenen Handelsverträge zu demselben Zeitpunkte ablaufen, zu welchem die gegenseitige handelspolitische Gebundenheit der beiden Staaten abläuft, mit Rücksicht ferner darauf, daß der im Jahre 1908 mit Oesterreich zustande gekommene, im G.-A. XII: 1908 inartikulierte Vertrag, der eine solche Gebundenheit feststellt, am letzten Tage des Monats Dezember 1917 abläuft; und schließlich mit Rücksicht darauf, daß die mit Deutschland und der Schweiz durch Oesterreich und Ungarn gemeinsam abgeschlossenen Handelsverträge nur in dem Falle gleichfalls am Schlusse des Jahres 1917 ablaufen, wenn sie 12 Monate früher gekündigt worden sind, da sie im entgegengesetzten Falle bei einem einjährigen Kündigungsrecht weiter in Geltung bleiben;

frage ich die zuständigen Herren Minister: hat der gemeinsame Minister des Aeußern auf Grund des am 30. Juni 1916 unternommenen Schrittes der ungarischen Regierung und entsprechend dem auf Grund des Artikels IV des im G.-A XII: 1908 inartikulierten Vertrages zum Ausdruck gebrachten einmütigen Wunsche der österreichischen und der ungarischen Regierung oder dem einseitigen Wunsche einer dieser beiden Regierungen die mit Deutschland und der Schweiz bestehenden Handelsverträge gekündigt?

Wenn nicht, welche Verfügungen hat die Regierung getroffen, damit die gleichzeitige Ablaufsfrist der mit den auswärtigen Staaten geschlossenen Handelsverträge und der ungarischen und österreichischen Handelsverträge unbedingt gewährleistet werde?

Ist die Regierung überhaupt geneigt, das Haus über die durch sie bei den im Gange befindlichen wirtschaftlichen Verhandlungen mit Oesterreich und anderen Staaten des Auslandes befolgten Prinzipien und Ziele zu orientieren? (Lebhafter Beifall und Applaus links.)

**Ministerpräsident Graf Stefan Tißa:**

Bezüglich der Ausgleichsverhandlungen im allgemeinen wurde ich in der jüngsten Vergangenheit von dem Herrn Abgeordneten interpelliert und hatte wiederholt Gelegenheit, den Standpunkt der Regierung darzulegen. Ich glaube daher, daß es nicht notwendig ist und auch keinen praktischen Zweck hätte, in derselben Frage das gleiche zu wiederholen. Deshalb will ich meine Antwort bloß auf die Frage der Handelsverträge beschränken. Bezüglich der Kündigung der Handelsverträge kam zwischen der österreichischen und der ungarischen Regierung eine Vereinbarung zustande, welche beiden Regierungen das Recht sicherte, wonach jede der Regierungen die Kündigung der Handelsverträge auch einseitig fordern dürfe und wonach die Handelsverträge auch dann gekündigt werden können, wenn dies auch nur von der einen Regierung gewünscht wird. Deshalb lag keine Notwendigkeit vor, die Handelsverträge Ende Dezember tatsächlich zu kündigen. Welchen prinzipiellen Standpunkt man auch bezüglich der zollpolitischen Einrichtung des Landes einnehmen mag, der hochwichtige handelspolitische Gesichtspunkt, den wir alle unterschreiben, daß nämlich die mit dem Auslande bestehenden Vertragsverpflichtungen das Selbstbestimmungsrecht des Landes nicht vereiteln dürfen, erheischte nicht die Kündigung der Verträge Ende Dezember des Vorjahres. Der Herr Abgeordnete hat in seiner Rede erklärt, daß seiner Ansicht nach Ende Dezember nur ein Provisorium folgen könne. Meine Meinung deckt sich hiebei nicht vollkommen mit der seinen. Ich glaube, es könne auch endgültig eine Einrichtung folgen. Darin aber stimme ich mit dem Herrn Abgeordneten überein, daß wenn die endgültige

Pester Lloyd 25./I. 1917 II

Der Ausgleich und die Kündigung der Handelsverträge.

Einrichtung nicht erfolgen könne, naturgemäß eine provisorische Verfügung notwendig sei. Während des Bestehens oder der Wirksamkeit dieser provisorischen Verfügung ist genügend Zeit vorhanden, um auch die mit dem Auslande bestehenden Handelsverträge zu kündigen, so daß diese jedenfalls zu einer Zeit gelöst werden können, zu der die ungarische Gesetzgebung bezüglich der künftigen handelspolitischen Richtung eine Entscheidung zu treffen wünscht. Ich bin daher der Ansicht, daß die Interessen des Landes nach jeder Richtung hin gesichert sind und bitte das Haus, meine Antwort zur Kenntnis zu nehmen. (Beifall rechts.)

**Graf Albert Apponyi**

kann die Antwort des Ministerpräsidenten nicht zur Kenntnis nehmen, erstens weil die meritorische Antwort auf die allgemein gehaltene Frage verweigert wurde, zweitens weil ihm auch die Antwort des Ministerpräsidenten auf die konkrete Frage nicht zufriedenstellen kann. Vielleicht wird eine zweite Bemerkung des Ministerpräsidenten mehr Klarheit darüber bringen, ob die Kündigung der Verträge tatsächlich erfolgt ist. Der Ministerpräsident hat erklärt, es sei mit der österreichischen Regierung eine Vereinbarung getroffen worden, die auch weiterhin das Recht der ungarischen Regierung gewährleistet, die einseitige Kündigung fordern zu können. Diesbezüglich hätte aber auch mit den auswärtigen Staaten eine Vereinbarung getroffen werden müssen, denn wir haben diesen Staaten gegenüber Vertragsverpflichtungen, die durch eine mit der österreichischen Regierung getroffene Vereinbarung nicht außer Kraft gesetzt werden können. Die Ausführungen des Ministerpräsidenten seien keineswegs genügend, um feststellen zu können, ob das Selbstverfügungsrecht Ungarns gegenüber den auswärtigen Staaten gewährleistet worden ist. Der Ministerpräsident will uns damit beruhigen, daß nach seiner Ansicht bis Ende 1917 die endgültige Regelung zustande kommen wird. Kommt sie zustande, dann brauchen wir von dem Kündigungsrecht nicht Gebrauch machen, kommt sie aber nicht zustande, so werde die Lieblingsidee des Redners nach Ansicht des Ministerpräsidenten verwirklicht. Jedenfalls würden wir unter dem Drucke einer Last stehen, von der wir uns erst nach anderthalb Jahren von dem Zeitpunkt angefangen befreien könnten, zu welchem die Regierung ihre Kündigungsabsicht der österreichischen Regierung mitgeteilt haben wird. Unter dieser Last würden wir auch bei dem Abschluß eines Provisoriums stehen. Die gegenwärtige österreichische Regierung ist uns gegenüber wohl noch vollständig intakt und wir können uns über ihre Absichten noch nicht orientieren, allein die Geschichte unseres wirtschaftlichen Verhältnisses mit Oesterreich beweist, daß Oesterreich uns nie besondere Zuvorkommenheit entgegengebracht, sondern im Gegenteil jede Zwangslage mit eingestandener Schonungslosigkeit zu unserem Nachteil ausgenützt hat. Demzufolge wirkt die auf die erste Frage des Redners erteilte Antwort des Ministerpräsidenten keineswegs klärend auf die Lage, sondern sie läßt auch weiter das Bestehen einer gewissen Beunruhigung zu. (Zustimmung links.) Der Ministerpräsident verweigerte auf die zweite Frage des Redners die Antwort mit der Begründung, er sei nicht gewohnt, dasselbe, wenn es nicht unerläßlich ist, zu wiederholen. Es gibt Dinge, die stets wiederholt werden müssen, und deshalb habe Redner heute seine Anfrage wiederholt. Es ist aber verständlich, daß es nicht angenehm ist, eine Antwort zu wiederholen, die gleichbedeutend ist mit der eventuellen Konfiszierung des Selbstbestimmungsrechtes der Nation. Redner wird es jedoch auch fernerhin für seine Pflicht halten, auf die Gefährdung des Selbstbestimmungsrechtes der Nation hinzuweisen und das staatsrechtliche Gewissen der Nation wachzuhalten. (Lebhafter Beifall und Applaus links.)

**Ministerpräsident Graf Stefan Tißa:**

Der Herr Abgeordnete hat in bezug auf die Kündigung der Verträge zwei Dinge von ganz verschiedener Natur zusammengefaßt, nämlich die einjährige Kündigungsfrist, die dem Auslande gegenüber besteht, und die Halbjahrsfrist, die im Sinne der bisherigen Vereinbarungen zu dem Zwecke bestand, damit in bezug auf die Kündigung ein Uebereinkommen zwischen der österreichischen und der ungarischen Regierung zustande komme. Auf solche Art bringt dann der Herr Abgeordnete das Spatium von achtzehn Monaten heraus, das in der Tat vorhanden war bis zum 30. Juli 1916, denn damals mußte die ungarische Regierung ihre Kündigungsabsicht erklären, damit dieses Kündigungsrecht unter allen Umständen wirksam bleibe. Jetzt aber verhält sich die Sache anders. Nunmehr ist dem Auslande gegenüber ganz einfach diejenige Bestimmung der bestehenden Verträge maßgebend, daß seine einjährige Kündigung besteht, von welchem Tage immer gerechnet, also nicht achtzehn Monate, sondern ein Jahr, und da von diesem Jahre noch elf Monate im Sinne des alten Vertrages übrig sind, so erstreckt sich unsere Rechtspreisgebung bisher auf diesen einzigen Monat.

Die Vereinbarung zwischen der österreichischen und der ungarischen Regierung ist selbstverständlich solcher Natur, daß sie das Spatium jener weiteren sechs Monate ausschaltet, so daß man fortab mit diesem Zeitraum nicht mehr zu rechnen hat, so daß er sich hier selbst in dem Falle, wenn bis zum Schlusse des laufenden Jahres keine Kündigung erfolgt, bloß um eine einjährige Verlängerung handeln würde, welche aber meines Erachtens für den Fall, daß eine endgültige Vereinbarung nicht zustande käme, auch für ein auf das kürzeste befristete Provisorium unbedingt notwendig ist.

Unter solchen Umständen hat die Regierung sich von der Ueberzeugung leiten lassen, daß der Weg, den wir gehen, keinerlei wichtiges Wirtschaftsinteresse des Landes verletzt, während die Kündigung aller Handelsverträge für das Ende des laufenden Jahres jedenfalls in vielerlei Hinsicht eine unangenehme und verwickelte Lage geschaffen hätte.

Nach alledem möchte ich in bezug auf die Ausgleichsfrage nur eine Bemerkung machen. Der Herr Abgeordnete hat sicherlich im besten Glauben und unter der Eingebung seiner eigenen Ueberzeugung gesagt, er erachte es als seine Pflicht, die Nation auf die für sie auf dem Spiele stehenden großen Wirtschaftsinteressen aufmerksam zu machen. Demgegenüber dürfen auch wir, und zwar gleichfalls unter der Eingebung unserer eigenen Ueberzeugung mit voller Ruhe behaupten, daß in einem Augenblick, in dem die richtige oder unrichtige Lösung der Aufgabe für die künftige wirtschaftliche Entwicklung der Nation auf lange Zeit hinaus von entscheidender Bedeutung sein kann, derjenige Weg die Wirtschaftsinteressen der Nation wahrt, den wir beschreiten, und daß wir diese Interessen aufs Spiel setzen und gefährden würden, wenn wir auf den vom Herrn Abgeordneten empfohlenen Weg übergingen. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Diese Motive haben uns bisher geleitet, sie werden auch künftig für unser Vorgehen in der Ausgleichsfrage bestimmend sein. (Lebhafte Zustimmung rechts.)

**Graf Albert Apponyi:**

Aus der zweiten Erklärung des Ministerpräsidenten entnimmt Redner, daß zwischen der ungarischen und der österreichischen Regierung eine Vereinbarung getroffen worden ist, wonach auf den einseitigen Wunsch einer dieser Regierungen von der im Gesetze festgestellten halbjährigen Frist abgesehen werden kann, und daß in dem Augenblick, da die eine der beiden Regierungen den Wunsch äußert, die Kündigung unverzüglich erfolgen muß. Diese Verfügung könnte nur dann beruhigend wirken, wenn diese neue Vereinbarung ebenfalls mit gesetzlicher Kraft ausgestattet wird, denn die ungarische Regierung könnte sich nicht wirkungsvoll einer neuen österreichischen Regierung gegenüber auf die mit der gegenwärtigen Regierung getroffene Vereinbarung berufen, zumal nach dem Gesetz die halbjährige Frist vorgeschrieben ist. Jedenfalls kann eine Vereinbarung zwischen zwei Regierungen, die gestürzt werden können, nur diese binden, sie kann aber nicht zur Beruhigung dienen. (Beifall links.)

**Ministerpräsident Graf Stefan Tißa:**

Ich will in aller Kürze zunächst bemerken, daß ein Uebereinkommen solcher Natur zwischen zwei Regierungen, einerlei, ob es Regierungen zweier einander fremden Staaten oder zweier miteinander im staatsrechtlichen Verband stehenden Staaten seien, nicht bloß die beiden Regierungen verpflichtet. Denn wenn die eine Regierung von dem Rechte, das sie besitzt, keinen Gebrauch macht und dies an eine gewisse Bedingung knüpft, die andere Regierung aber diese Bedingung annimmt, so kommt einer solchen Vereinbarung die Natur eines internationalen Uebereinkommens zu. (Zustimmung rechts.) Und ein solches Uebereinkommen hat bindende Kraft auch für die Nachfolger der betreffenden Regierung. (Zustimmung rechts. Bewegung links.) Wäre es anders, so könnte zwischen Regierungen im Wege eines Notenwechsels niemals ein Abkommen bezüglich der Ausübung gewisser gesetzlich festgelegten Rechte zustandekommen. Dergleichen ist aber alltäglich zwischen den Regierungen, und in solchen Fällen ist der Beitritt der Regierung stets auch für den Staat und für die Nachfolger der betreffenden Regierung verpflichtend.

Was nun die sechs Monate betrifft, so will ich nicht in die Einzelheiten der Sache eingehen, denn es ist immer schwierig, einzelne Momente herauszureißen, Besprechungen vertraulicher Natur...

Abgeordneter Nikolaus Pozsgay (dazwischenrufend): Sie haben viel Vertrauen zueinander! (Bewegung und Heiterkeit.)

Ministerpräsident Graf Stefan Tißa (fortfahrend): Ich kann dem geehrten Haus die Versicherung geben, daß ich schlechterdings keinerlei Grund habe, der österreichischen Regierung gegenüber mich auf den Standpunkt des Mißtrauens zu stellen. (Bewegung. Hört! Hört!) Alle Erfahrungen, die ich in dem bisherigen kurzen, aber an Verhandlungen genügend reichen Zeitraum hinsichtlich der Mitglieder der österreichischen Regierung gewonnen habe, sind absolut danach, daß ich mich auf den Standpunkt des vollen persönlichen Vertrauens stellen kann. (Zustimmung rechts. Bewegung links.) Bezüglich des Meritums der Sache möchte ich nur bemerken, daß jenes gewisse Spatium von sechs Monaten, das der Natur der Sache nach bei Abschluß des Vertrages begründet war, naturgemäß für eine ferner liegende Zukunft eliminiert wird. Die einjährige Kündigung kann in der durch das Uebereinkommen bestimmten Weise sowohl von der österreichischen wie von der ungarischen Regierung verlangt werden, und sie muß auch auf den einseitigen Wunsch welcher der beiden Regierungen immer stattfinden. Das ist es, was ich bemerken wollte. (Zustimmung rechts.)

**Graf Albert Apponyi**

erhebt sich zum Wort.

Vizepräsident Karl v. Szász: Der Herr Abgeordnete hat das Recht, das Wort zu ergreifen, bereits erschöpft. (Großer Lärm links.) Im Sinne der Geschäftsordnung kann der interpellierende Abgeordnete nur zweimal das Wort ergreifen. (Großer Lärm links. Bewegung rechts.)

Graf Albert Apponyi: Meines Wissens hat der interpellierende Abgeordnete das Recht, sich zu äußern, wenn der Minister antwortet.

Vizepräsident Karl v. Szász: Der interpellierende Abgeordnete hat nach der Begründung seiner Interpellation im Sinne der Geschäftsordnung nur zweimal das Recht, zu sprechen. (Zustimmung rechts, großer Lärm links.)

Stefan Rakovßky: Der Minister hat ja gesprochen!

Vizepräsident Karl v. Szász: Dem Minister steht dieses Recht im Sinne des Gesetzes und im Sinne der Geschäftsordnung zu. Wenn das Haus es gestattet, kann Graf Albert Apponyi noch einmal sprechen. (Rufe rechts Wir gestatten es! Großer Lärm links.)

Graf Albert Apponyi will nicht das letzte Wort haben, allein die Angelegenheit ist von außerordentlicher Bedeutung und muß infolgedessen geklärt werden. Der Ministerpräsident erklärt, es sei zwischen der ungarischen und der österreichischen Regierung ein internationaler Vertrag zustande gekommen. Es gibt aber einen anderen internationalen Vertrag zwischen beiden Regierungen, demzufolge der Wunsch nach einseitiger Kündigung nur nach sechs Monaten zur Geltung gebracht werden kann. Dieser ältere internationale Vertrag ist gesetzlich inartikuliert, während das neue Uebereinkommen keine Gesetzeskraft hat. Es kann eine österreichische Regierung kommen, die sich auf diesen inartikulierten Vertrag berufen könnte. Infolgedessen findet der Redner in den Erklärungen des Ministerpräsidenten keine Beruhigung. (Lebhafter Beifall links.)

Ministerpräsident Graf Stefan Tißa erhebt sich zum Wort. (Großer Lärm links. Rufe rechts: Hört! Hört!)

Abgeordneter Johann Tóth: Es schickt sich nicht, daß man im ungarischen Parlament den Grafen Albert Apponyi nicht anhören will. (Großer Lärm links und rechts.)

Ministerpräsident Graf Stefan Tißa: Das ist keine Frage der Schicklichkeit (Großer Lärm links), im übrigen verlange ich von niemand Belehrungen über die Schicklichkeit. Ich erteile keine Belehrungen, erbitte mir aber auch keine. (Langandauernder großer Lärm links und äußerst links.)

Abgeordneter Moritz Palugyay: Welch anmaßender Ton ist dies! (Großer Lärm.)

Abgeordneter Andreas Ráth: Die Pferdelieferanten sitzen, wie es scheint, auf hohem Roß. (Großer Lärm links und rechts.)

Vizepräsiden Karl v. Szász ersucht den Abgeordneten Andreas Ráth, keine Zwischenrufe zu machen.

Ministerpräsident Graf Stefan Tißa: Ich habe nicht verstanden, was der Herr Abgeordnete Johann Tóth jetzt gesagt hat.

Abgeordneter Johann Tóth: Es schickt sich nicht, den Grafen Apponyi nicht anzuhören. (Lärm links, Widerspruch rechts).

**Ministerpräsident Graf Stefan Tißa:**

Ich bitte über diesen Zwischenfall kaltblütig nachzudenken und dann zu sagen, ob ein Grund vorlag, die Frage der Schicklichkeit aufzuwerfen. Gerade jetzt, da das Haus auf Antrag seines geehrten Präsidenten in sehr richtiger Weise dem Grafen Albert Apponyi noch einmal das Wort erteilt hat, obwohl Graf Apponyi sein Recht, zu sprechen, auch nach der alten Geschäftsordnung verloren hätte. Ich glaube, sagen zu dürfen, daß in diesem Falle von seiten der Mehrheit die weitestgehende Rücksicht einem sehr geehrten Führer der Opposition gegenüber geübt worden ist. Mir aber erwächst geradezu die Pflicht, von dem mir im 1848er Gesetze verliehenen Rechte Gebrauch zu machen, um Aufschluß zu erteilen in einer Frage, in der Graf Albert Apponyi in der Hitze der Diskussion Aeußerungen getan habe, die, wenn sie unberichtigt bleiben, in einem gegebenen Augenblick zum Nachteil der Interessen der Nation in sehr unangenehmer Weise ausgebeutet werden können. (Großer Lärm links. Hört! Hört! rechts.)

Präsident bittet, den Redner nicht zu unterbrechen.

Ministerpräsident Graf Stefan Tißa (fortfahrend): Graf Apponyi hat eine Aeußerung getan, die, wenn sie nicht richtiggestellt wird, einer eventuellen späteren österreichischen Regierung eine Waffe in die Hand gibt, um gegen die Rechte und Interessen der ungarischen Nation auftreten zu können. (Großer Lärm links. Hört! Hört! rechts.) Um was handelt es sich in diesem Falle? Es steht hier nicht etwa ein gesetzlich inartikuliertes Abkommen einem gesetzlich nicht inartikulierten Abkommen gegenüber, sondern es handelt sich darum, daß hinsichtlich der Art und Weise der Ausführung einer Bestimmung eines gesetzlich inartikulierten Abkommens eine Vereinbarung zwischen den beiden Regierungen zustandegekommen ist, die im Sinne des Gesetzes in dieser Angelegenheit vorzugehen hat. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Das Gesetz sagt nicht, daß man unter allen Umständen sechs Monate mit der Kündigung zu warten hat, es sagt bloß, daß die österreichische Regierung das Recht hat, durch sechs Monate dem Wunsche der ungarischen Regierung nicht beizupflichten und in diesem Falle findet die Kündigung eben erst nach den sechs Monaten statt. Doch steht es der österreichischen Regierung zu, auf dieses Recht zu verzichten, und wenn jetzt die ungarische Regierung von der tatsächlichen Ausübung des Kündigungsrechtes nur unter der Bedingung absteht, daß die österreichische Regierung ihrerseits auf die Anwendung des ihr in bezug auf das sechsmonatige Spatium zugesicherten Rechtes verzichtet, dann ist das meines Erachtens eine derartige Vereinbarung zwischen den beiden Regierungen, wie solche in zahllosen ähnlichen Fällen vorgekommen ist und eine derartige Vereinbarung legt dem Staate eine Verpflichtung auf, die dieser zu respektieren hat. (Zustimmung rechts.) Ich denke, es ist in der Tat ein Interesse der Nation, daß in dieser Hinsicht ein Mißverständnis oder ein Irrtum sich nicht einschleichen könne, und so lebhaft ich es auch bedauere, die Geduld der Herren Abgeordneten noch einmal in Anspruch genommen zu haben, so war es doch meine Pflicht, dies zu betonen. (Lebhafte Zustimmung rechts.)

Das Haus nimmt sodann die Antwort des Ministerpräsidenten zur Kenntnis.

Pester Lloyd 26. I. 1917



# Die Rolle des Handels nach dem Kriege.*)

Von Josef Vágó,
leitendem Sekretär der Budapester Handels- und Gewerbekammer.

Budapest, 25. Januar.

Die Kriegswirtschaft hat sich mit rauher Hand in die Verhältnisse beinahe aller Stände einmischen müssen; der uns aufgezwungene Wirtschaftskrieg erforderte eine Maßregelung der sonst freien Betätigung, wie man sich sie selbst für das Zeitalter des Kollektivismus nicht weitergehend vorgestellt hat. Die Erzeugung, die Inverkehrsetzung, der Handel und selbst der Verbrauch der wichtigsten Waren wurden gemeinwirtschaftlichen Grundsätzen unterworfen. Daß hiebei so manchen Berufsklassen Härten auferlegt werden mußten, ist allbekannt. Die festbesoldeten Nurkonsumenten ausgenommen, hatte und hat jedoch keine Berufsklasse darunter mehr zu leiden, als der Kaufmannsstand. Höchstpreise, Beschlagnahmungen, Einfuhrmonopole, das Kartensystem usw. beengten das Betätigungsfeld der Kaufleute beinahe noch mehr als die Blockade von seiten unserer Feinde. Vexationen von seiten der überall Kriegswucher witternden Behörden sind auf der Tagesordnung und verursachen mehr Erbitterung in Handelskreisen, als die gemeinnützigen, aber meistens fehlgeschlagenen Verkaufseinrichtungen der Gemeinden; die verschiedenen Kriegsorganisationen, die bevorzugte Stellung der Konsumgenossenschaften bei der Warenbeschaffung zielen alle darauf hin, die vermittelnde Tätigkeit des Handels auszuschalten. Dies gelang um so mehr, als sich hiezu alsbald Einfuhrverbote und sonstige Erschwerungen der Importtätigkeit gesellten und einen derartigen Zustand zeitigten, daß die Warenlager nunmehr zur Neige gehen und die Kaufleute in nicht weiter Zukunft überhaupt kaum mehr Waren zum Weiterverkauf besitzen werden.

Alle Hoffnungen des Kaufmannsstandes sind nun auf die Friedenszeit gerichtet; vom Eintritt des Friedens erwartet jeder Kaufmann das Abschütteln des Alpdruckes, der während des Krieges auf dem Handel so schwer lastet. In kaufmännischen Kreisen hegt man allerorts die sichere Erwartung, daß mit Beginn der Friedensperiode auch ihre Bewegungsfreiheit wieder einsetzen wird. Man ist sich zwar diesbezüglich gewisser Schwierigkeiten in der Uebergangszeit bewußt, kann sich aber dennoch der Auffassung nicht erwehren, daß die vom Wirtschaftskriege auferlegten Fesseln mit Kriegsende doch abgeschüttelt werden könnten. Weiterblickende und mit den kausalen Zusammenhängen der Weltwirtschaft vertraute Kaufleute wissen jedoch genau, daß der Handel sofort nach dem Kriege jenen Grad der Freiheit, den er vorher innegehabt hat, nicht erlangen kann. Der Stand unserer Währung spricht eine zu beredte Sprache, um sich in bezug auf die vollkommen freie Einfuhr einer Illusion hingeben zu können. Die Zahlungsbilanz der Doppelmonarchie dürfte sich unmittelbar nach dem Kriege eine Zeitlang eher noch verschlechtern als verbessern. Da wird man mit den knapp bemessenen Devisen haushälterisch umgehen müssen. Sollte es auch den Hoffnungen der Kaufleute gemäß vollauf gelingen, ein oder mehrere Valutadarlehen im Auslande aufzunehmen, wird mit den Devisen noch immer gespart werden müssen. Nur wenn Oesterreich-Ungarn die volle Exportfähigkeit wiedererlangt haben wird, kann der Devisenhandel seine frühere Freiheit zurückerlangen. Bis dahin muß der Handel geduldig und gefügig sich mit der Tatsache abfinden, daß seine freie Betätigung eingeschränkt werden muß.

Uebrigens wissen die Kaufleute auch von einer sie von anderer Seite bedrohenden Drosselung ein Lied zu singen. Der Mangel an Verfrachtungsraum ist schon während des Krieges zu einem Uebelstande angewachsen, der viel Pein und Not verursacht. In Fachkreisen zweifelt man allseits daran, daß dieser Notstand mit dem Kriege zu Ende sein wird. Bis zur Beendigung des Krieges dürfte das stehende und rollende Material der Eisenbahnen noch mehr abgenützt sein als bisher. Es läßt sich heute nicht einmal annähernd ein Termin feststellen, bis zu welchem die Abrüstung vollbracht werden kann. Es muß jedoch füglich angenommen werden, daß die Rückbeförderung all des Materials an Menschen und Sachgütern, das im Laufe des jahrelang andauernden Krieges an den verschiedenen Fronten und sonstigen Punkten der Heeresorganisation aufgehäuft und angesammelt wurde, wenigstens ein bis anderthalb Jahre in Anspruch nehmen wird. Mit dem für den Zivilwarenverkehr zu reservierenden Eisenbahnfrachtraum wird ökonomisch gewirtschaftet werden müssen, um nur den dringendsten Notwendigkeiten der Lebenshaltung nachkommen zu können.

Praktische und theoretische Volkswirtschaftler befürchteten bisher viel mehr den Mangel an Schiffsraum. Die Schiffsraumfrage ist jedoch viel leichter zu lösen als die des Eisenbahnraumes. Im ärgsten Falle werden die Schiffe unserer Handelsflotte für die nationale Schiffahrt beschlagnahmt werden müssen, obzwar es zu bedenken wäre, ob ein Teil unserer Handelsflotte nicht vielmehr zur Ausnützung der nach dem Kriege gewiß eintretenden Hochkonjunktur der Schiffahrtraten zu veranlassen wäre. Jedenfalls würde uns ein solches Vorgehen gleich nach Friedensbeginn bedeutende Mengen an ausländischen Devisen zuführen. Sollte jedoch die Auffassung überwiegen, daß es uns mehr auf die möglichst rasche Beschaffung je massenhafteren ausländischen Rohmaterials ankommt, so wird der uns zur Verfügung stehende Schiffsraum unseren Bedürfnissen gewiß genügen. Die Berechnung, die die Hofräte Hugo v. Eidlitz und Albert v. Frankfurter diesbezüglich veröffentlichten, wie auch die Nachrechnungen, die die Budapester Handels- und Gewerbekammer in ihrem bekannten Berichte über die Rohstoffbeschaffung nach dem Krieg aufgestellt hat, lassen hierüber keinen Zweifel aufkommen.

Es muß daher mit dem Mangel an Verfrachtungsraum der Eisenbahnen gerechnet werden. Auch darauf muß man gefaßt sein, daß während der Zeit der Abrüstung die Verfügung über das Eisenbahnmaterial auch weiterhin der k. u. k. Zentral-Transportleitung zustehen wird, die selbst bei dem regsten und verständigsten Sinn für die Bedürfnisse des bürgerlichen Verkehrs und mit dem besten Willen nicht in der Lage sein wird, den gesteigerten Erfordernissen des Transportbedürfnisses nach dem Krieg Genüge zu leisten. Sollte es nun gelingen, die militärische Zentral-Transportleitung dafür zu gewinnen, auch nach dem Krieg die Austeilung und Inferradierung des für den Zivilverkehr reservierten Frachtraumes einer bürgerlichen Amtsstelle anzuvertrauen, wie dies während des Krieges im Wege der österreichischen und ungarischen Warenverkehrsbureaus geschieht, so wird man noch immer darauf gefaßt sein müssen, daß schon dieser beschränkte Verkehr allein eine behördliche Einmischung bedingt, die die so heißersehnte Bewegungsfreiheit des Handels schwer aufkommen lassen wird.

Aus den bisherigen Ausführungen geht bereits hervor, daß selbst die enragiertesten Anhänger weitestgehender Handelsfreiheit die Berechtigung und Unumgänglichkeit behördlicher Ingerenz auf die Wareneinfuhr nach dem Kriege anerkennen müssen. Zu den sonstigen wichtigen Aufgaben der Uebergangswirtschaft gehört es, daß die Abwicklung der Abrüstung von volkswirtschaftlichen Grundsätzen geleitet und durchgeführt werde; daß die Valuta auch im Wege der Exportförderung saniert werden muß, daß die vom Feld und aus der Kriegsgefangenschaft heimkehrenden Gewerbetreibenden und Kaufleute in den Stand gesetzt werden müssen, ihren früheren bürgerlichen Beruf wieder aufnehmen zu können, was zumeist nur im Wege einer neu zu organisierenden Kreditbeschaffung ermöglicht werden kann; daß das in Kriegsanleihepapieren immobilisierte Kapital unseres Handels und unserer Industrie wieder mobil gemacht werde; daß die Produktion des Landes in großem Stile gehoben werden soll usw. Eine Fülle von Uebergangswirtschaftsaufgaben harrt sonach der Lösung, die nur auf die Weise wird erfolgen können, wenn auch Ungarn hiefür eine besondere Zentralstelle nach dem Muster des Deutschen Reichskommissars für Uebergangswirtschaft bestellt. Dieses Organ müßte ehebaldigst ins Leben gerufen werden, um wenigstens das Studium der sich hierauf beziehenden wichtigen Fragen je eher einzuleiten. Beizugeben wäre diesem Landesamt ein Beirat, in den außer den Delegierten der Handels- und Gewerbekammern auch die berufenen Vertreter der einzelnen Handelsbranchen zu berufen wären. An die Spitze dieses Landesamtes sollte nach deutschem Muster ein Mann mit kaufmännischer Schulung, mit Sinn für die Bedürfnisse aller Volkswirtschaftskreise gestellt werden, der Wissen mit Tatkraft in sich vereinigt und vor allem über Organisationstalent verfügt. Das Landesamt hätte die Devisenzentrale und auch das als Verkehrszentrale fungierende Warenverkehrsbureau zu übernehmen, sie mit Einbeziehung der hieran am meisten interessierten Kreise auszugestalten und im übrigen in Unterabteilungen für jede einzelne Branche zu arbeiten. Dieses Amt sollte es sich zur Hauptaufgabe machen, sich — wie dies jüngst Dr. Helfferich ausführte — ehestens überflüssig zu machen, das heißt alle an die Kriegswirtschaft erinnernden Ueberbleibsel der verschiedenen Verkehrshemmungen aus der Welt zu schaffen und allmählich die vollkommene Freiheit des Binnenhandels wieder herzustellen.

Das wichtigste Problem der Uebergangswirtschaft bildet die Versorgung der Industrie mit Rohstoffen und des verbrauchenden Publikums mit Lebens- und Bedarfsartikeln. Diese Frage soll derart gelöst werden, daß der während des Krieges in seinem natürlichen Berufe immer mehr gedrosselte Handel wieder in seine alten Rechte eingesetzt werde. Wenn bei der Regelung dieser Frage auch hochwichtige währungspolitische Fragen in Betracht zu ziehen sind und mit Rücksicht hierauf wie auf die Einteilung der Verkehrsmittel auch eine gewisse staatliche Einmengung nicht zu umgehen sein wird, bedeutet dies nach kaufmännischer Ansicht noch lange nicht die Notwendigkeit, daß der Warenbezug nach dem Kriege im Wege von mit monopolistischen Rechten auszustattenden Warenzentralen vor sich gehen müßte, wie dies von den bestehenden Kriegszentralen und von vielen Verbänden der Industrie, hauptsächlich in Oesterreich, vielfach gefordert wird. Nicht nur das Interesse des in seiner Existenz sonst bedrohten Handels, sondern auch die wohlerfaßten Konsumenteninteressen, ebenso wie die Mittelstandspolitik und nicht in letzter Linie das höchste Gebot der Allgemeininteressen erfordern es vielmehr, daß der Warenbezug auch nach dem Kriege von jenen besorgt werde, die ihre Tätigkeit vor dem Kriege, ihre geschäftlichen Verbindungen und kommerziellen Fähigkeiten hiefür prädestinieren. Der ungarische Handel wird all seine Energie dafür einzusetzen haben, daß der Abbau der Kriegszentralen möglichst rasch erfolge.

Hier muß auch gegen die insbesondere von seiten österreichischer Industriekreise propagierte Auffassung Stellung genommen werden, wonach es nach dem Kriege nur Rohstoffe einzuführen erlaubt sei, die der industriellen Weiterverarbeitung zuzuführen wären, daß hingegen die Einfuhr konsumfähiger Fertigfabrikate zu verbieten wäre. Demgegenüber ist festzustellen, daß Ungarn auch vor dem Kriege ein gewerbliche Artikel einführendes Land war und daß die Versorgung seiner auf Gebrauchsartikel förmlich ausgehungerten Bevölkerung im Anfang nur im Wege der Einfuhr und des Handels möglich ist. Bis zu einem gewissen Grade hat ja auch dieser einseitige industrielle Standpunkt vieles für sich und keinesfalls dürften entbehrliche Fertigfabrikate vor den Rohstoffen eingeführt werden. Diese Forderung darf aber nicht übertrieben

*) Aus dem in der heutigen Plenarversammlung der Ungarischen Kaufmannshalle gehaltenen Vortrage des Verfassers.

Neues Wiener T

## Der wirtschaftliche Druck Englands auf die skandinavischen Staaten.

Aus Christiania, 26. d., liegt folgendes Telegramm vor: „Der kommunale Verproviantierungsrat beschloß gestern abend, Kohlen, Koks und Schlacken der Gaswerke zu beschlagnahmen, um sie zusammen mit den schon beschlagnahmten privaten Vorräten zur Verteilung zu bringen." Diese Meldung ist der sprechendste Beweis für die drückende Not, in welche die neutralen nordischen Staaten durch englische Rücksichtslosigkeit und Bedrängung geraten. England hat nämlich vor dem Kriege Skandinavien fast ausschließlich mit Kohle versorgt, und nur mit verhältnismäßig geringen Mengen war Deutschland an diesen Kohlenlieferungen beteiligt. England erhöhte nun die Kohlenpreise auf das Drei- bis Vierfache, und als trotz dieser Preissteigerungen der Kohlenbezug Skandinaviens nicht geringer werden wollte, da sperrte England ohne Erbarmen alle weiteren Kohlenlieferungen. In der Erkenntnis der Bedeutung dieser Kohlenlieferungen für das schwer gefährdete Wirtschaftsleben der nordischen Staaten stellte England Bedingungen an den weiteren Kohlenbezug, welche die Teilnahme dieser Staaten an dem Aushungerungskriege gegen Deutschland bezwecken sollten. England forderte die Einstellung jeder Ausfuhr nach Deutschland, und englische Beamte sollten in Norwegen eine gewisse Kontrolle des Ausfuhrverbotes ausüben. Erst nach langen Verhandlungen wurde von dieser gewaltsamen englischen Kontrolle Abstand genommen. Norwegens Absperrung von jeder Zufuhr drohte katastrophal zu werden. Von den 10·8 Millionen Tonnen des Jahresbedarfes der nordischen Staaten Schweden, Norwegen und Dänemark lieferte England im Jahre 1915 nur 8·4 Millionen Tonnen und im Jahre 1916 nur mehr 6·2 Millionen Tonnen Kohle. England erklärte anderseits die deutsche Kohle als Bannware, verhinderte die Einfuhr deutscher Kohle ungeachtet der schweren Kohlennot, die in diesen Staaten eingetreten war. Aus diesem Grunde konnten die bezüglichen Verhandlungen der nordischen Staaten mit Deutschland, insbesondere bezüglich Norwegens, bisher zu keinem erfolgreichen Abschluß gelangen. England hat in einem Geheimzirkular, das die britischen Konsulate an die norwegischen Kaufleute versendet haben, mitgeteilt, daß die britische Regierung keine Erleichterung für Lieferung von Waren an Schiffshändler oder ähnliche Personen bewilligen kann, die Eßwaren oder sonstige Vorräte für Schiffe von oder nach Deutschland liefern.

England hat bekanntlich schon vor langer Zeit die sogenannten „schwarzen Listen" eingeführt, in welchen alle Firmen eingetragen erscheinen, die mit Deutschland Handelsgeschäfte gemacht haben. Die Folge dieser Maßregeln war, daß norwegische Schiffswerften sich in vielen Fällen geweigert haben, deutsche Schiffe zu docken und auszubessern, trotzdem diese Werften mit wesentlich deutschem Baumaterial versorgt waren. Die nordischen Reeder mußten sich unter anderm auch für die ganze Kriegsdauer verpflichten, ihre Schiffe niemals zur Fahrt nach irgendeinem deutschen Hafen verwenden zu lassen, wenn sie von der „Vacuum Oil Company" Schmieröl erhielten. England hat Norwegen dazu verpflichtet, nur zirka 15 bis 20 Prozent seiner Fischausfuhr nach Deutschland freizugeben, und ferner Norwegen dazu veranlaßt, ein Ausfuhrverbot für kupferhältigen Schwefelkies zu veranlassen. Das Fischausfuhrverbot hat für Norwegen einen ganz enormen Schaden bewirkt. Das Ausfuhrverbot für Schwefelkies hat mit der fast völligen Lahmlegung der norwegischen Gruben geendet, und Tausende von Grubenarbeitern wurden brotlos gemacht. England hat mehrere tausend Tonnen amerikanischen Kupfers, die norwegische Elektrizitätswerke bereits vor vielen Monaten in Amerika gekauft, bezahlt und verfrachtet hatten, beschlagnahmt und dafür eine Kompensation in norwegischem Schwefelkies verlangt, damit den Beschwerden der schwer geschädigten norwegischen Grubenindustrie Rechnung getragen werde. England hat solcherart den Außenhandel der nordischen Staaten auf das schwerste geschädigt und sich auf Kosten der kleinen Staaten genährt, indem es sich die neutrale Schiffahrt vollständig dienstbar gemacht hat. Die englische Regierung hat die für neutrale Reedereien in Großbritannien im Bau begriffenen Schiffe beschlagnahmt, um sie für eigene Transporte zu verwenden, und weiter die neutrale Schiffahrt zu Reisen verpflichtet, um die Kohlenversorgung von Frankreich, Italien und Portugal bewirken zu können. England verweigert den neutralen Staaten die ohnehin sehr reduzierten Kohlenmengen, wenn sie nicht ihren Schiffsraum für Bannwarentransporte zur Verfügung stellen. England benützt auf diese Weise die Haut der Neutralen zum Schutze gegen den deutschen Unterseebootkrieg, um seinen eigenen Schiffsraum einer solchen Gefahr nicht aussetzen zu müssen.

Gerade auf diesen „Pflichtreisen" durch die gefährlichsten Kriegszonen, mit denen die nordischen Reeder sich ihre Bunkerkohle teuer erkaufen müssen, wurden die meisten norwegischen Dampfer von deutschen Unterseebooten versenkt. Die nordischen Handelsflotten haben in diesem Kriege bereits ein ungeheures Kriegsrisiko getragen und dies teuer bezahlen müssen. Die bisherigen norwegischen Verluste allein werden auf mehr als 400,000 Tonnen eingeschätzt. Die letzten Nachrichten besagen, daß mehr als 95 Prozent der norwegischen Handelsflotte durch Zeitverfrachtung an England gebunden sind und nur zirka 5 Prozent für den Eigenbedarf Norwegens zur Verfügung stehen. Dessenungeachtet gibt England sich noch immer nicht zufrieden, denn kurz nach Neujahr hat es ein Ausfuhrverbot für Kohle erlassen und dadurch Norwegen in eine schwere wirtschaftliche Situation gebracht. Die Wirkungen dieses Ausfuhrverbotes machen sich jeden Tag, wie neuerdings das heutige Telegramm aus Christiania zeigt, mehr und mehr geltend. Die größten Fabriksbetriebe wurden bereits eingestellt, die vollständige Einstellung des Verkehrs auf den wichtigsten Bahnstrecken steht bevor.

So äußert sich der Druck Englands im gesamten Wirtschaftsleben der nordischen Staaten. Zwei große norwegische Gesellschaften haben nun zwar schon vor längerer Zeit die mächtigen Kohlenlager auf Spitzbergen am Eisfjord bei Green Harbour und in der Adventbucht erworben. Man hofft auf diese Weise von Englands Kohle sich unabhängig zu machen; aber erst in der späteren Friedenszeit. Gleichzeitig hat sich auch eine kapitalskräftige Gesellschaft gebildet, die aus Sulfitlauge (Zelluloseabfall) nach einem schwedischen Verfahren Kohle herstellen will. Praktische Versuche sollen ergeben haben, daß die Sulfitkohle der besten englischen Kohle gleichwertig sein soll. Außerdem denkt man in Skandinavien ernstlich an den Ausbau der Wasserkräfte, um vor allem eine Elektrisierung der Eisenbahnen durchzuführen.

Soweit Maßnahmen in gegenwärtiger Zeit in Betracht kommen, beabsichtigt Norwegen, ein Ausfuhrverbot auf alle Holzarten, also auch für Grubenholz, zu erlassen. Dadurch würde der englische Kohlenbergbau, der derzeit noch ansehnliche Holzmengen aus Norwegen bezieht, empfindlich getroffen werden. Aber vorläufig leidet Norwegen empfindlich unter den Wirkungen der englischen Brutalität.

# Unsere künftige Handelspolitik.

Von Professor Dr. Rudolf Kobatsch.

Wien, 26. Januar.

Alle diejenigen, welche seit zwei Jahren für ein deutsch-österreichisch-ungarisches oder mitteleuropäisches Wirtschaftsbündnis tätig sind, können mit hoher Genugtuung erfüllt sein, daß in dem Programm der neuen Regierung als eine der nächsten Aufgaben „die Anbahnung engerer wirtschaftlicher Beziehungen zum Deutschen Reich" nachdrücklichst hervorgehoben wird. Hervorragende Mitglieder der früheren und auch der jetzigen Regierung, wie Dr. Klein, Dr. v. Spitzmüller, Dr. Baernreither und Dr. Urban, waren im Verlaufe dieser zwei Jahre, während welcher an so verschiedenen, nach und nach an immer zahlreicheren Orten die Idee des mitteleuropäischen Wirtschaftsbündnisses erörtert wurde, Zeugen und zum Teil auch maßgebende Mitarbeiter an den darauf bezüglichen Studien und Veröffentlichungen. Doktor Klein und Dr. v. Spitzmüller gehören der Leitung des Mitteleuropäischen Wirtschaftsvereines für Oesterreich an, Dr. v. Spitzmüller und Dr. Urban nahmen an den Beratungen teil, welche unter Führung des leider so früh verstorbenen Dr. Marchet schon 1914/15 dem Zentralproblem unserer künftigen Handelspolitik gewidmet waren. Auch an den vorbereitenden Arbeiten zur Gründung des Oesterreichisch-Deutschen Wirtschaftsverbandes nahmen Dr. Klein und Dr. Baernreither lebhaften Anteil.

Die große gewaltige Idee eines mitteleuropäischen Wirtschaftsbündnisses weist, trotzdem erst zwei Jahre seit der Aufwerfung des Problems verstrichen sind, schon eine überaus interessante und wechselvolle Geschichte auf. Ihre ersten Verkünder und Anhänger wurden ursprünglich als Nur-Politiker, als Ideologen bespöttelt, ja man versuchte sogar, sie vereinspolitisch zu boykottieren und ihnen wenig vaterlandsfreundliche Gesinnung vorzuwerfen. Als aber die Anhänger des Gedankens sowohl in Oesterreich als auch in Ungarn und im Deutschen Reiche immer zahlreicher wurden, als immer mehr auch hervorragende, anerkannte Führer der Volkswirtschaft, erste Männer der industriellen, kaufmännischen und landwirtschaftlichen Praxis sich offen und ungescheut zum Wirtschaftsbündnisse bekannten und sich dafür einsetzten, wurde die Taktik geändert: man verschanzte sich hinter Scheinargumenten und suchte die Verhandlungen hinauszuschieben. Die Erörterung der Frage während des Krieges sei verfrüht; man müsse den Ausgang des Krieges und die durch ihn bewirkten territorialen Veränderungen abwarten; unsere Verwaltungseinrichtungen und -maximen, unsere wirtschaftliche Gesetzgebung und die Besteuerung müßten vorerst reformiert werden, um unser Wirtschaftsleben mit dem des Deutschen Reiches auf einen gleichen Nenner zu bringen. Eine besondere Wirkung versprach man sich auch von jenen Einwänden, welche von dem Wirtschaftsbündnis eine Schmälerung unserer handelspolitischen oder gar staatlichen Unabhängigkeit befürchten ließen.

Die Erscheinungen und Tatsachen des Krieges machten aber alle diese kleinmütigen und zaghaften, diese auf das Eigeninteresse engherzig Eingeschworenen schließlich doch verstummen. Der „wirtschaftliche Nebenkrieg" — wie Dr. Klein es nannte — der weitreichende Plan unserer Gegner, den Krieg nach Friedensschluß mit wirtschaftlichen Waffen fortzusetzen, redete eine so deutliche Sprache, daß der wirtschaftliche Zusammenschluß der Zentralmächte und ihrer Verbündeten schon aus bloßer Abwehr- und Verteidigungsabsicht als nicht mehr zu bestreitend gelten mußte.

Wie die Wirtschaftsverbände in Deutschland und Oesterreich, welchen sich nunmehr auch ein solcher in Ungarn anschließen wird, auf mehreren Tagungen, zuletzt insbesondere im Juni dieses Jahres in München, wo kein Geringerer als König Ludwig III. selbst sich offen für das Wirtschaftsbündnis aussprach, so haben auch die drei mitteleuropäischen Wirtschaftsvereine, sich rechtzeitig an ihr Gründungsprogramm erinnernd, in oftmaligen Verhandlungen und Konferenzen den Gedanken der wirtschaftlichen Annäherung geprüft, nach allen Seiten hin erörtert und sind auf ihrer letzten Konferenz in Budapest zu Ergebnissen gelangt, welche, maßvoll und wohldurchdacht, den Verhandlungen der Regierungen eine geeignete Grundlage bieten können.

Sowohl die Rechtsvereinheitlichung als auch die Annäherung auf verkehrspolitischem Gebiet in bezug auf Eisenbahnen, Schiffahrt und Wasserstraßen, insbesondere aber auf dem engeren zoll- und handelspolitischen Gebiet fanden bei der Budapester Konferenz ausgezeichnete Referate, unter welchen die von österreichischer Seite stammenden Berichte (der Geheimen Räte Dr. Klein, Dr. Ruß und Dr. v. Wittek, des Hofrates v. Csatary, des Präsidenten Vetter) sehr wesentlich zum entschiedenen und erfolgreichen Abschluß der Konferenz, zur Annahme sachlich guter, für die weitere Arbeit wirkungsvoll geeigneter Beschlüsse beitrugen.

Fußend auf den früheren Beschlüssen der Wirtschaftsvereine, der erwähnten Wirtschaftsverbände sowie auf den einschlägigen Arbeiten des Vereines für Sozialpolitik, weiter auf zahlreichen Untersuchungen in Deutschland und Oesterreich-Ungarn, gelangte man in Budapest zur vollen Anerkennung der zwei Grundsätze des Zoll- und Wirtschaftsbündnisses: der gemeinsamen Handelspolitik nach außen und der vorzugsweisen Behandlung im Innern. Ein Grundsatz ohne den anderen, namentlich die bloße Präferenz, gäbe noch kein Bündnis, wäre nur ein Torso und würde die Handelspolitik der Zukunft nicht verbessern, sondern verschlechtern und unnötigerweise komplizieren. Nur wenn die beiden großen Reiche Mitteleuropas mit dem auch in Budapest abermals gewünschten Anschluß ihrer beiden Verbündeten im Südosten, vielleicht auch so mancher jetzt neutraler Staaten nach außen hin einheitlich und geschlossen mit vorher wohlüberlegten zoll-, handels- und verkehrspolitischen Zielen und Absichten auftreten, werden sie ihr auch in Zukunft staatsnotwendiges politisches Bündnis wirtschaftlich fundamentieren und in ihrer Einheit jene wirtschaftspolitische Kraft entfalten, jene Anziehung auf die Verkäufer in der übrigen Welt ausüben, welche notwendig ist, um die mitteleuropäischen Staaten zu günstigen handelspolitischen Beziehungen mit den übrigen Ländern gelangen zu lassen, zu Beziehungen, welche sie vereinzelt nie und nimmer erreichen könnten. Nur dann werden sie auch imstande sein, den wirtschaftlichen Kriegsmaßnahmen unserer jetzigen Gegner zu begegnen; denn, wie insbesondere Geheimer Rat Szterényi in Budapest ausführte, sind diese Pläne durchaus nicht zu unterschätzen, auch soweit nicht die radikalen Absichten gänzlichen Boykotts der Mittelmächte in Betracht kommen, sondern die sich schon jetzt vollziehenden organisatorischen Pläne für die energische, vitalisierende Entwicklung der eigenen Produktion zum Zwecke möglichster Unabhängigkeit von den Mittelmächten und die gegenseitige Bevorzugung im Handel, im Kapitalsverkehre, im gewerblichen Rechtsschutz usw. Von besonderem Werte ist es, daß an den einstimmig gefaßten Budapester Beschlüssen Vertreter der größten landwirtschaftlichen und industriellen Körperschaften der Mittelmächte mitwirkten, daß somit die Stellungnahme der vollwertigen Repräsentanten des Wirtschaftslebens geklärt, dadurch die Bahn für die aufzunehmenden Verhandlungen der Regierungen frei und diesen auch der gewünschte Rückhalt gegeben wurde.

Jene gegenteiligen Stimmen, die sich auch jetzt noch vereinzelt bemerkbar machen, werden angesichts dieser Erfolge kaum mehr auf Berücksichtigung zählen können. Die gänzliche Verkennung der eigentlichen Ziele und Tendenzen des Wirtschaftsbündnisses, zum Beispiel die Furcht einzelner Kreise der deutschen Landwirtschaft oder der Industrie in Oesterreich und Ungarn vor zu geringem Zollschutz, kann auf Grund der in Budapest beschlossenen Leitsätze leicht widerlegt werden. Auch die noch immer geäußerte Behauptung, das Wirtschaftsbündnis sei ein Akt des „Imperialismus" und widerstreite den demokratischen und sozialen Ideen, ist nicht stichhältig.

Es zeigt sich die merkwürdige Erscheinung, daß das mitteleuropäische Wirtschaftsbündnis von den Hochschutzzöllnern als freihändlerische Gefahr, von den Freihändlern als hochschutzzöllnerische Gefahr bekämpft wird. Weder die eine noch die andere Furcht ist begründet. An den geltenden Außenzöllen der Mittelmächte braucht, abgesehen von ganz vereinzelten Korrekturen, durchaus nichts geändert zu werden; bei diesen Korrekturen kann es sich sogar um eine Herabminderung von Zöllen handeln, da einzelne Zölle jetzt unzweifelhaft viel zu hoch erstellt sind. Im Verkehr der Mittelmächte untereinander soll die schon jetzt geltende stattliche Zahl von zollfreien Positionen erhalten und, soweit das volkswirtschaftliche Interesse es zuläßt, möglichst ausgebaut, andere Zölle wieder auf das volkswirtschaftlich zulässige Maß herabgesetzt werden. Innerhalb der Mittelmächte würden dann die durch die Außenzölle bedingten Inlandpreise gelten, und es ließe sich in manchen Fällen durch zwischenstaatliche syndikatsähnliche Abmachungen, die sich auch auf den Absatz in dritte Staaten erstrecken könnten, einer etwaigen Konkurrenzierung innerhalb des Gebietes der Mittelmächte vorbeugen. Denjenigen, welche immer und immer wieder das Wirtschaftsbündnis als eine schutzzöllnerische und großkapitalistische Waffe des Imperialismus bezeichnen, sei nachdrücklichst gesagt, daß es sich den Mittelmächten ebensowenig um territoriale, wie um wirtschaftliche Eroberungen handelt. Sie wollen ihr Wirtschafts- und Staatsleben nur auf die denkbar solideste Grundlage stellen, wollen, wie in politisch-militärischer, so auch in wirtschaftlicher Hinsicht vereint vorgehen, um dadurch unnötige Reibungswiderstände zu eliminieren, um ihre Wirtschaftspolitik in Zukunft nach einem Prinzip einzurichten, welches schon vor dem Kriege gelten sollte, aber nach dem Kriege mit ungleich stärkerer Notwendigkeit geboten ist: nach dem Prinzip der Wirtschaftlichkeit. Auch die in einzelnen Kreisen der deutschen Volkswirtschaft gehegte Furcht, das Wirtschaftsbündnis werde auf die Außenhandels-, Uebersee- und Schiffahrtsinteressen Deutschlands ungünstig zurückwirken, entbehrt jeder Grundlage, denn das Wirtschaftsbündnis behindert keinen einzigen deutschen Reeder oder Exportinteressenten, soweit es nach dem Kriege möglich sein wird — und diese Möglichkeit wird nicht immer und nicht uneingeschränkt gegeben sein — dorthin zu navigieren oder zu exportieren, wohin sein Interesse es gebietet.

In einer außerordentlich wichtigen Frage wären die bisherigen Arbeiten und Beschlüsse der Wirtschaftsverbände und der mitteleuropäischen Wirtschaftsvereine allerdings zu ergänzen, in einer Frage, auf welche Geheimer Rat Leo Lanczy in der Sitzung der Budapester Handelskammer mit Recht hinwies: in der Frage der Verbesserung unserer Valuta. In dem Maße, in welchem die Mittelmächte ihre auswärtige Handelspolitik in Zusammenhang bringen, muß auch die Schaffung einer organischen und festen Verbindung zwischen der Mark und der Krone angestrebt werden. Die Anhänger des mitteleuropäischen Wirtschaftsbündnisses müssen sich auch mit der mitteleuropäischen Valutapolitik befassen, deren Endziel die vollkommene Verbesserung unseres Geldwertes, die vollständige Wiederherstellung seiner Integrität sein muß.

Auch innerpolitisch wird das Bündnis weder im Deutschen Reiche, noch in Oesterreich oder Ungarn ernsten Widerständen begegnen. In Ungarn gehören zu den Anhängern des Wirtschaftsbündnisses nicht bloß Männer der Regierungspartei wie Graf Khuen-Hedervary, sondern auch solche der oppositionellen Parteien wie Graf Andrassy und Geheimer Rat Szterényi. Das österreichische Kabinett enthält Mitglieder, welche überzeugte Anhänger des Wirtschaftsbündnisses sind, gerade solche Männer, hinter welchen große politische

Tägliche Rundschau
28. I. 1917

125

, durch
unter
ebiete,
fennig.
fennig.

Anzeigenpreise: Grundpreis der sechsgespaltenen Kleinzeile oder deren Raum im Morgenblatt 80 Pf., im Abendblatt sowie in der Montagausgabe 1 M. Reklamen: Grundpreis der dreigespaltenen Zeile 2.50 M. Zu diesen Preisen treten 10 v. H. Teuerungszuschlag. Stellengesuche die Zeile 40 Pf.

37. Jahrgang

# Westen.

## Frachtraummangel und Uebergangswirtschaft.

Von Prof. Dr. Hermann Levy.

Ein Aufsatz des Leiters der Reichsgetreidestelle, des Unterstaatssekretärs Exzellenz Michaelis, welcher sich „Reichsgetreide jetzt und später" betitelt, hat in der englischen Presse lebhaftes Aufsehen erregt. Teile des Aufsatzes wurden sofort in einem Auszuge von „Reuter" verbreitet. Die in England angesehene Zeitschrift „The Spectator" vom 13. Januar 1917 druckt diese Auszüge nach und knüpft an dieselben eine Reihe von Betrachtungen. Der Gedankengang von Exzellenz Michaelis, daß wir auch noch geraume Zeit nach dem Kriege eine Reichsgetreidestelle und eine Brotrationierung benötigen werden, erscheint dem „Spectator" als ein für Deutschland überaus betrübliches Zeichen, welches die Stimmung des deutschen Volkes herabdrücken müsse. Schon diese Auffassung der englischen Zeitschrift ist schief gesehen. Das deutsche Volk hat sich mit dem Bestehen der Brotration längst abgefunden und erblickt in dem glatten Funktionieren des Reichsgetreide-Apparates eine bewundernswerte Sicherstellung im Kriege, welche England nicht besitzt. Gerade in letzter Zeit hat das englische Volk wiederholt zu erkennen gegeben, daß es eine Festsetzung von niedrigeren Preisen für Brotgetreide, Mehl und Brot mit Freuden begrüßen würde. Die englische Regierung aber hat bei der Ankündigung ihrer neuen Ernährungsgesetze ausdrücklich darauf verwiesen, daß diese Gesetze eine Ermäßigung der Preise nicht zur Folge haben könnten. Inzwischen ist tatsächlich der Weizenpreis in England wiederum um 10 Schill. pro Quarter, d. h. etwa 46 M. per Tonne gestiegen und erreichte eine Höhe von 430 M. die Tonne, während diese in Berlin nur 260 M. kostet. Die englische Regierung hat längst erkannt und das englische Volk hat einsehen müssen, daß eine Festsetzung relativ niedriger Preise, wie es in unserer Kriegsgetreidewirtschaft der Fall ist, nur dann durchführbar ist, wenn gleichzeitig eine Rationierung vorgenommen werden kann; ferner aber ist England durch die Abhängigkeit von der Einfuhr an die Preise gebunden, welche ihm die Weltverkäufer von Brotgetreide auferlegen. Die Betrachtung dieser einfachen Tatsachen zeigt schon, wie sehr uns England um unsere Brotgetreidewirtschaft im Kriege beneiden muß, und so können die Worte des „Spectator" nur an die Fabel vom Fuchs und den sauren Trauben erinnern. Aber die englische Zeitschrift begnügt sich nicht mit dieser schiefen Interpretation, sondern knüpft an dieselbe noch eine weitere Erörterung. Exzellenz Michaelis hatte in seinem Artikel dargelegt, daß die Frage der Beibehaltung der Reichsgetreidestelle nach dem Kriege wesentlich von der Tatsache abhängig sein werde, daß ein beträchtlicher Frachtraummangel in der Welt herrschen werde und daß dieser wiederum eine Beschränkung der Einfuhr auf die volkswirtschaftlich dringlichsten Güter notwendig machen müsse; da wir aber auch fernerhin unseren Brotgetreideverbrauch rationieren könnten, so würde die hier gegebene Möglichkeit der Einfuhrbeschränkung der Einfuhr derjenigen Waren förderlich sein können, die wir unbedingt unmittelbar nach dem Kriege einführen müßten, wie vor allem die industriellen Rohstoffe, welche wir nicht selbst oder nur zum Teil selbst erzeugen und während des Krieges verbraucht haben. Der „Spectator" glaubt nun, Deutschland einen guten Rat geben zu müssen. Er meint, es sei dem späteren Frachtraumbedarf Deutschlands nicht förderlich, wenn wir durch die Tätigkeit unserer Unterseeboote den Frachtraum der Welt erheblich verminderten. „Indem Deutschland zur See Amok läuft," so schreibt das Blatt, „vernichtet es gerade diejenigen Schiffe, welche Nahrungsmittel für seine ausgehungerte Bevölkerung nach dem Kriege herbeibringen könnten. Die Mühlen Gottes mahlen langsam, aber sie mahlen."

Der Ratschlag, welchen der „Spectator" in der Lage ist, so freundlicherweise uns Deutschen zu erteilen, wird bei uns wenig Gegenliebe finden, dessen kann England versichert sein. Da man aber anscheinend in England die Zusammenhänge zwischen der Frachtraumnot nach dem Kriege und der Wirkung derselben auf das Inselreich noch nicht genügend einzuschätzen weiß, so sind vielleicht einige aufklärende Bemerkungen am Platze.

Voraussetzung für die ganze Erörterung, wie ein durch unsere Unterseebootätigkeit verstärkter Frachtraummangel nach dem Kriege auf die englische Volkswirtschaft und wie ein Weltfrachtraummangel auf die deutsche Volkswirtschaft wirken muß, ist natürlich zunächst die Frage, ob man über-

Pester Lloyd 6. II. 1917

6
132

# Yves Guyot über den Welthandelskrieg.

Von **Marzell Nagel.**

Budapest, 5. Februar.

Die im Juni vorigen Jahres gehaltene Pariser Wirtschaftskonferenz der Ententemächte soll am 12. April d. J. fortgesetzt werden. Bis zum 19. April gedenkt man das Fell des Bären aufzuteilen. Ob der Bär bis dorthin auch erlegt ist, wird wieder als Nebensache betrachtet. Die Aufteilung wird jedenfalls endgültig erledigt. Und da wir dieser Transaktion mit einiger Neugierde entgegensehen und zu den Worten der Staatsmänner kein rechtes Vertrauen haben, wenden wir uns vorerst um nähere Auskunft an die Wirtschaftsliteratur unserer Feinde. Die eigentlichen Inspiratoren der Handelskriegshetze sind nun zwar die Engländer, aber bei diesen läßt der blindwütige Konkurrenzneid absolut keine anderen Erwägungen zu Worte kommen. Wir wollen uns daher an die französische Wirtschaftsliteratur halten, in welcher derzeit — zumal nach dem jüngst erfolgten Tode Paul Leroy-Beaulieus — der Chefredakteur des Journal des Economistes Herr Yves Guyot die erste Geige spielt.

Dieser Schriftsteller, der auf internationalen Wirtschaftskongressen das große Wort zu führen pflegte, hat schon im Juli 1915, zum Schluß des ersten Kriegsjahres, einen über 400 Seiten starken Band*) veröffentlicht, worin er die Gründe und die von ihm erwünschten Folgen des Krieges erörtert und die Landkarte Europas einer gründlichen Revision unterzieht.

In seinem Vorwort äußert Yves Guyot löbliche Gedanken über die Sterilität des Völkerhasses, das Buch selbst aber bewegt sich in seinen politischen Ausführungen durchaus innerhalb der Ideologie der fanatischen Kriegsverhetzung, der alle Welt in Frankreich erlegen ist. Um das Ganze an einem Beispiel anschaulich zu machen, gibt Yves Guyot sich dazu her, der Ententepresse die stumpfsinnige Albernheit, den Erzherzog Franz Ferdinand habe Graf Tißa aus dem Wege räumen lassen, nachzuschwatzen!

Fast scheint es jedoch, als heule er im politischen Teil des Buches mit den Wölfen, um sich dadurch für seine wirtschaftlichen Gedankengänge Gehör zu schaffen, die den nationalistischen Ideen eines wirtschaftlichen Dauerkrieges mit nicht alltäglichem Mut entgegentreten.

Der Gedanke eines ständigen Handelskrieges will ihm nicht einleuchten und da verfällt er auf den genialen Einfall, diesen Gedanken den Germanen aufs Kerbholz zu schreiben. Er erklärt ihn für eine Verirrung jener von den Verkäufern gezahlt werden. Wollen sie die Monopole und der kommerziellen Eifersucht, der im XVII. und im XVIII. Jahrhundert die Kriege zwischen Holland und England, zwischen Frankreich, Holland und England, zwischen Spanien und England hervorrief, der zwischen Frankreich und England nicht nur die Einfuhr, sondern auch die Ausfuhr von Korn und Wolle untersagte, erscheint wieder. Man will in Friedenszeiten die Kontinentblockade errichten. Die englische Regierung verlangt von den Verbündeten, sie mögen sich in einem Uebereinkommen dazu verpflichten, daß sie mit den Feinden ohne Einwilligung der übrigen Verbündeten keinen Handelsvertrag schließen. Wenn dieses Uebereinkommen zustande käme, so würden die französischen Protektionisten die Tariffreiheit, auf die sie so stolz sind, verlieren. „Ich befürchte, daß dieser Versuch heftige Zwistigkeiten hervorrufen wird, welche die politische Einigkeit schwächen müßten."

Yves Guyot legt auf diese Prinzipien besonder Gewicht, denn er verkündet sie in dem Vorworte, das er zur zweiten Ausgabe seines Buches geschrieben hat.

Im zweiten Teile seines Buches, worin er die wirtschaftlichen Ursachen des Weltkrieges erörtert, bietet Yves Guyot eine scharfe Kritik des deutschen Wirtschaftslebens: er führt aus, daß alle deutschen Volkswirte im Dienste des preußischen Militarismus und der Hohenzollernschen Autokratie stehen, daß der Zollbund nur den Rheinprovinzen genützt habe, daß die deutschen Agrarier ihre Sonderinteressen der ganzen Welt gegenüber mit Waffengewalt geltend machen wollen, daß die deutsche Industrie, und zumal die schwere Industrie, ihren großen Aufschwung und ihre Weltstellung — die er nicht bestreiten kann — ausschließlich den Exportbonifikationen und der Dumpingpolitik der großen Kartelle verdanken. Nun ist aber das Wort „Dumping" nicht in Deutschland, sondern in Amerika entstanden, und eine Machtstellung, wie sie von der deutschen Industrie errungen wurde, muß viel stärkere Hebel gehabt haben, als die bescheidenen Bonifikationen, die der Roheisenverband oder der Stahlwerksverband den verarbeitenden Industrien zeitweise gewährt haben.

Die „maritime Eifersucht" der Deutschen behandelt Yves Guyot in ironischem Tone. Er findet, daß die Propaganda des deutschen Flottenvereins „charivaresque" war und Großbritanniens Seegewalt niemand je geniert hat. Weder die Deutschen noch die Holländer. Das ging in der ersten Ausgabe des Buches noch an. Aber im April 1916 wäre es doch angezeigt gewesen, den Unterseebooten zumindest einige Zeilen zu widmen. Und die Gründlichkeit, mit der sich der Verfasser über den Aushungerungsplan Englands ausschweigt, stellt der Gründlichkeit dieser Darstellung des wirtschaftlichen Weltkrieges ein erstklassiges Armutszeugnis aus.

Mit voller Kompetenz spricht Yves Guyot über das Thema der deutsch-französischen Wirtschaftsbeziehungen. Es entschlüpfen ihm da einige Bekenntnisse, in denen der im Vorwort verkündete Idealismus aus diesem Pfuhl von Haß und Verleumdung sieghaft durchbricht. Er kritisiert die wichtigsten Posten des deutsch-französischen Warenverkehrs und stellt fest, daß einerseits Frankreich aus Deutschland Lebens- und Futtermittel, ferner Kohle und Maschinen bezogen hat, die für seine Ernährung und die Entwicklung seiner Industrie notwendig waren, andererseits Deutschland von Frankreich stets steigende Massen von Luxuswaren kaufen konnte, weil sein Wohlstand sich stetig erhöhte. „Je reicher Deutschland wurde," schreibt er, „ein desto besserer Kunde wurde es für uns und auch wir wurden für Deutschland ein immer besserer Käufer. Die zwei Völker waren für einander gute Kunden." Das alles habe nun der wirtschaftliche Imperialismus verdorben. Fichte, Oldenberg und der böse Adolf Wagner ersannen den geschlossenen Handelsstaat, und die deutsche Regierung erhöhte die Zölle. Die Franzosen replizierten mit dem „Tarif minimum" und der Vorschrift, daß ausländische Waren als „importé d'Allemagne" bezeichnet werden mußten. Glücklicherweise hat die französische Zollverwaltung mit seltener Selbstmäßigung gütigst davon Abstand genommen, daß jedes Stück deutscher Kohle mit diesem „gelben Fleck" gebrandmarkt werde. Es hat sich ein Komitee für den deutsch-französischen Handel konstruiert. Es bestand aus Exporteuren der zwei Länder. „Die Protektionisten, die immer verkaufen, aber nie kaufen wollten, konnten ihren Landsleuten keine Vorwürfe machen, weil sie an Deutschland Waren verkaufen wollten. Ja, aber die Deutschen verkaufen auch an Frankreich! Die Schutzzöllner haben eben noch kein Mittel gefunden, wie man die Produkte verhindern könnte, gegen andere Produkte ausgetauscht zu werden." Yves Guyot erwähnt noch die Kieler Kaiser-Wilhelm-Stiftung und die Weltwirtschaftliche Gesellschaft und er schließt das Kapitel mit folgenden bitteren Worten: „Kommerzielle Eifersucht, wirtschaftliche Ignoranz, hypokratisches und unlauteres Vorgehen: das sind die Charakterzüge der Schutzzollpolitik — in allen Ländern."

Im Schlußkapitel bespricht Yves Guyot die Frage der Kriegsentschädigung und ermahnt seine Landsleute, nicht allzu große Ansprüche zu hegen. Die Friedensbedingungen sollen den deutschen Staat schwächen, sollen aber nicht den Zweck verfolgen, die Bauern, die Grundbesitzer, die Fabrikanten zu ruinieren, die Arbeiter arbeitslos zu machen. Ein solcher Druck schmiede Revanchegedanken. Wenn die Individuen ihre Existenz, ihre Geschäfte wieder errichten, sich Ruhe und Sicherheit verschaffen können, so werden ihre Erinnerungen abstumpfen, ihr Tatendrang andere Felder suchen, ihre Widerstandskraft sich auflösen, ihr Haß verfliegen. Man dürfe sich keine Illusionen machen, der Krieg werde auch für die Sieger keine Gewinstquelle werden! Guyot schreibt darüber: „Jene, die den deutschen Handel vernichten möchten, wollen die deutschen Waren durch Prohibitivzölle verdrängen. Sie vergessen, daß die Zölle von den Konsumenten und nicht deutsche Kohle mit dreifachem Zoll belegen? Damit schädigen sie unsere Metallurgie. Sollen die Zölle der Farbstoffe erhöht werden? Damit straft man unsere Textilindustrie. Sollen die Maschinen, die wir im Jahre 1913 im Werte von 130 Millionen einführten, ferngehalten werden? Da schädigt man all jene Industrien, die solche Maschinen brauchen."

Und in den Schlußsätzen seines Buches fordert Yves Guyot, Frankreich möge sich vom Hasse nicht hinreißen lassen, sondern in erster Reihe dafür sorgen, daß an die Stelle der Raubzivilisation die Zivilisation des Warenaustausches trete.

Yves Guyot hüllt seine klugen und gemäßigten Ratschläge in eine politische Hülle, die dem Mundgeschmack der französischen Kriegspsychose Rechnung trägt. Aber diese Hülle wird in den Kehricht wandern und es wird nur der edle Kern bleiben.

# Amerika und Oesterreich-Ungarn.

Ueber die durch den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland geschaffene neue wirtschaftliche Lage und die Beziehungen Oesterreich-Ungarns zu den Vereinigten Staaten von Nord-Amerika haben wir in sachverständigen Kreisen Erkundigungen eingezogen, deren Veröffentlichung für unsere Leser von Interesse sein dürfte.

**Dr. Richard Sudek,**

Generalsekretär des Wiener Industriellen-Verbandes,

äußerte sich: Selbstverständlich wird die Industrie durch die neue Entwicklung der politischen Ereignisse sehr getroffen, zumal das Verhältnis zwischen Amerika und Oesterreich-Ungarn sehr innig und die gegenseitigen kommerziellen Beziehungen außerordentlich rege waren. Der Aus- und Rückwanderverkehr zwischen beiden Ländern war sehr lebhaft und sehr viele Oesterreicher, die nach Amerika gewandert waren und dort Geld und Erfahrungen gesammelt, haben diese Erfahrungen dann in der Heimat wieder verwertet, teilweise auch Kapital mitgebracht. Das hat die gegenseitigen Beziehungen natürlich sehr rege gestaltet.

Unmittelbar betroffen werden diejenigen industriellen Kreise, die noch in letzter Zeit Maschinen, hauptsächlich Werkzeugmaschinen, aus der Union bezogen, was nunmehr aufgehört hat. Ferner ist die Gummi-Kabelindustrie in Mitleidenschaft gezogen. Aus Oesterreich ist schon seit mehr als einem Jahre nichts mehr exportiert worden, da es in dieser Zeit seine Industrie nur für den Inlandsbedarf beschäftigte.

Auf die Frage, ob und welche Rückwirkung die augenblicklichen politischen Ereignisse nach dem Kriege auf die Industrie ausüben werden, sagte Generalsekretär Sudek: Ich glaube nicht, daß diese Vorfälle eine schlechte Wirkung für die Zeit nach dem Kriege ausüben werden. Schon deshalb nicht, weil Amerika außerordentlich auf den Export angewiesen ist und andererseits auch wir von Amerika eine große Anzahl von Artikeln beziehen müssen. Mit Rücksicht auf dieses wechselseitige wirtschaftliche Bedürfnis dürfte es schwerlich eine unangenehme Rückwirkung der politischen Verhältnisse auch nach dem Kriege geben. Wir brauchen eine große Anzahl von Maschinen, besonders von Arbeitsmaschinen, die zum kleinen Teile aus Deutschland, vorwiegend aus Amerika bezogen werden. Diese Arbeitsmaschinen, darunter auch die Automaten usw., werden schon lange zu billigen Preisen aus Amerika bezogen.

Zusammenfassend meine ich, daß die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Amerika und Oesterreich-Ungarn nach dem Kriege, wenn auch nicht sofort — eine Zeit der Spannung wird es geben müssen und die wird „übertaucht" werden müssen — so doch recht bald wieder ohne nachteilige Folgen ins alte Geleise kommen werden. Ich kann mich der Meinung nicht anschließen, daß die politischen Ereignisse von heute für die Zukunft von ausschlaggebender Bedeutung sind.

## Statistisches.

**Kaiserlicher Rat Adolf Schwarz,**

Herausgeber der „Oesterr.-ungar. Export-Revue"

Bei den Vereinigten Staaten, wo der Export in der Regel durch Ursprungszeugnisse der amerikanischen Konsulate festgestellt wird, müssen die Ziffern unserer offiziellen Statistik als zutreffend betrachtet werden, weil ein nach einem anderen Lande ausgeführtes und dort nationalisiertes Gut auch auf dessen Konto zu buchen ist. Unser Verkehr mit den Vereinigten Staaten beträgt im Durchschnitt der letzten fünf Jahre 357 Millionen Kronen, von denen 282 Millionen auf die Einfuhr und 75 Millionen auf die Ausfuhr entfallen, wobei zu bemerken ist, daß die Einfuhr innerhalb dieses Zeitraumes eine bedeutende Steigerung von 231 im Jahre 1909 auf 323 im Jahre 1913 erfuhr.

Die wichtigsten Artikel der Einfuhr aus den Vereinigten Staaten nach der Monarchie sind:

| | Millionen Kronen |
|---|---|
| Baumwolle | für 172[1]) |
| Rohmetalle | für 52 |
| Tabak | für 5 |
| Mineralien | für 8,2 |
| Harz | für 5 |
| Holz | für 5 |
| Mineralöle | für 5 |
| Oele | für 1,4 |
| Kautschuk | für 1,4 |
| Leder und Lederwaren | für 5,6 |
| Instrumente | für 7,2 |

außerdem verschiedene andere Industrie-Erzeugnisse, deren Wert sich im einzelnen Falle auf weniger als eine Million Kronen beläuft.

Man ersieht aus dieser Tabelle, daß es sich beim Bezuge amerikanischer Waren vornehmlich um Rohstoffe handelt, hinter der die industrielle Einfuhr außerordentlich zurücksteht. Letztere dürfte kaum mehr als 30 Mill. Kronen betragen. Das umgekehrte Verhältnis zeigt unsere Ausfuhr nach den Vereinigten Staaten. Bis auf Hopfen, verschiedene tierische Produkte und Pflanzen, umfaßt sie nahezu durchwegs industrielle Erzeugnisse, von denen einzelne während der Berichtsperiode sogar eine rückläufige Bewegung zu verzeichnen hatten. Die hohen amerikanischen Schutzzölle einerseits, die beispiellos rasch aufblühende amerikanische Industrie anderseits haben eine Anzahl österreichischer Erzeugnisse, die früher mit Erfolg nach den Vereinigten Staaten zur Ausfuhr gelangten, von dem dortigen Markte ausgeschlossen. Ein Ersatz derselben durch andere Fabrikate war bei uns offenbar schwer zu finden, welchem Umstande es zuzuschreiben ist, daß der Export der Monarchie nach diesem Lande seit Jahren keine Steigerung aufweist. So wurden unsere Galanterieschuhe, Perlmutterknöpfe, Billardtuche, von denen wir seinerzeit für viele Millionen in den Vereinigten Staaten absetzten, von der dortigen Industrie ganz verdrängt. Unsere Textilwaren fanden daselbst bis auf Leinenwaren immer geringeren Anwert und selbst unsere Bekleidungsindustrie, die im Jahre 1909 noch für 10,7 Millionen Kronen nach den Vereinigten Staaten lieferte, mußte sich bis 1913 einen Rückgang bis auf 4,7 Millionen gefallen lassen. So trägt denn unser Export nach den Vereinigten Staaten immer mehr den Charakter eines Spezialitätenexportes, in dem sich jedoch bei einiger Anstrengung ein erheblich größerer Absatz erzielen läßt. Es gibt kein zweites Land der Erde, das von einer so konsumfähigen Bevölkerung bewohnt ist, wie gerade die Vereinigten Staaten, und wenn wir mit Massenartikeln nicht reüssieren, so sollen unsere Geschmacksindustrie und unsere kunstgewerbliche Produktion alles aufbieten, um sich auf dem amerikanischen Markte mehr einzubürgern, als es bisher der Fall war. Allerdings müßte auch dieser Zweig unserer Ausfuhr in großzügiger Weise aufgenommen und kultiviert werden.

Nachstehende Tabelle bietet eine Beurteilung unseres 75 Millionen Kronen betragenden Exportes nach den Vereinigten Staaten:

| | Mill. Kronen |
|---|---|
| Zucker | für 2·4 |
| Hopfen | „ 5·4 |
| Tierische Produkte | „ 4 |
| Getränke | „ 3·2 |
| Magnesit | „ 7·2 |
| Baumwollwaren | „ 1·2 |
| Leinenwaren | „ 4 |
| Wollwaren | „ 1·4 |
| Seidenwaren | „ 1 |
| Konfektionswaren | „ 7·2 |
| Papierwaren | „ 2 |
| Lederwaren | „ 2·1 |
| Spielwaren | „ 1·7 |
| Möbel | „ 1 |
| Glaswaren | „ 6·4 |
| Tonwaren | „ 1·8 |
| Eisenwaren | „ 1·8 |
| Metallwaren | „ 2·2 |
| Instrumente | „ 1·3 |
| Chemiehilfsstoffe | „ 1·2 |

Die Ausfuhr vorgenannter Waren beträgt rund sechzig Millionen Kronen, der Rest entfällt auf Erzeugnisse von kleineren Wertziffern.

## Der Ueberseehandel und der uneingeschränkte U-Boot-Krieg.

**Von Bernhard Janowitzer,**

Oesterreichische Export-A.-G. (vorm. A. Janowitzer), Wien.

Die deutsche und österreichisch-ungarische Seesperre-Erklärung wird nicht nur Komplikationen mit den Vereinigten Staaten hervorrufen, sondern auch in Südamerika die Zahl unserer politischen Gegner vergrößern. Es wird sich in diesem Falle für uns nur um eine „papierne Feindschaft" handeln, denn die brasilianischen und argentinischen Schiffsreeder betreiben ausschließlich Küstenfahrten, während der Verkehr nach unserem Kontinente in Händen europäischer Schiffahrtsgesellschaften liegt.

Die zentral- und südamerikanischen Staaten werden unter den Folgen des verschärften U-Bootkrieges besonders empfindlich zu leiden haben. Sie werden einen Großteil ihrer Exportartikel, wie Kaffee, Gummi, Rohrzucker, Getreide, Farbhölzer, Erze usw. nicht verladen können. Die Zentral- und südamerianischen Exporteure sind aber darauf angewiesen, die zur Verladung bereitliegenden Produkte durch Verkauf von Dokumenten schleunigst zu finanzieren. Die meisten überseeischen Exporteure dürften in unabsehbare finanzielle Kalamitäten gelangen, wenn ihnen für die kontrahierten und in den Häfen angehäuften Produkte die Verschiffungsmöglichkeit fehlt. Andererseits sind die südamerikanischen Länder in ihrer Einfuhr von Industrieartikeln

Neue Freie Presse
9./II. 1917

A37

# Die Seeinteressen der Neutralen des europäischen Nordens und die Absperrung vom Handel mit unseren Feinden.

Wien, 8. Februar.

Die Schweiz hat, wie verlautet, auf die Aufforderung des Präsidenten Wilson, sich dem Schritt der Vereinigten Staaten gegen Deutschland anzuschließen, mit einer glatten Ablehnung geantwortet. In dieser Antwort wurde auf die traditionelle Neutralität der Schweiz hingewiesen, aber auch betont, daß sie auf ganz andere Umstände Rücksicht zu nehmen habe, ganz andere Gesichtspunkte für sie maßgebend sein müßten als bei der Union. Diese Umstände sind zum Teil wirtschaftlicher Natur. Derartige Fragen kommen auch für die nordischen Staaten in Betracht, und es ist nicht ohne Interesse, sich mit ihnen näher zu befassen, da man dann leichter in der Lage ist, sich ein Urteil über die Meldungen, die über die Stellungnahme dieser Länder auftauchen, zu bilden.

Daß für die nordischen Staaten die Aufrechterhaltung des freien Verkehres mit den Zentralmächten gegenwärtig viel wichtiger ist als die Möglichkeit des ungehemmten Handels mit England und Frankreich, dürfte heute schon so ziemlich jedermann klar sein. Darüber wurde schon von verschiedenen Seiten berichtet. Weniger bekannt dürfte aber sein, daß durch die Absperrung Englands eine wirklich gefahrdrohende Kohlennot in keinem der vier nordischen Länder einzutreten braucht. Die jetzt dort herrschende Kohlenknappheit hat ihre Ursache darin, daß England Kohle nur dann liefert, wenn dafür die Schiffe der betreffenden neutralen Staaten ihm bestimmte, seine Kriegführung fördernde Dienste leisten. Das hat Schweden niemals zugelassen. Es bekommt britische Kohle nur auf dem Kompensationswege, bezieht daher den Großteil seines Bedarfes aus Deutschland, dessen Kohlenförderung in den letzten zehn Jahren bedeutend gestiegen ist. Norwegen hat im Jahre 1916 vier Millionen Tonnen Kohle aus Deutschland geliefert erhalten. Das ist weit mehr, als der durchschnittliche Jahresbedarf in normalen Zeiten ausmacht. Die Steigerung des Verbrauches ist auf die intensivere Beschäftigung der Handelsmarine während des Krieges zurückzuführen, hat also hauptsächlich im Bannwarenhandel ihre Ursache.

Die Kohlenbewegung in den nordischen Ländern stellte sich im Jahre 1911 wie folgt:

| | Kohlen- Einfuhr | Ausfuhr | wirklicher Bedarf des Landes |
|---|---|---|---|
| | in 1000 Tonnen | | |
| Norwegen | 2128·7 | — | 2128·7 |
| Schweden | 4287·6 | — | 4287·6 |
| Dänemark | 2951·9 | — | 2951·9 |
| Holland | 11.604·0 | 5058·2 | 5545·8 |

Der normale Bedarf läßt sich unter Berücksichtigung der erfahrungsgemäßen Steigerung für das Jahr 1917 ungefähr folgendermaßen schätzen:

| | Bedarf in Millionen Tonnen |
|---|---|
| Norwegen | 2·2 |
| Schweden | 4·5 |
| Dänemark | 3·1 |
| Holland | 6·0 |

das gibt zusammen ungefähr 16 Millionen Tonnen.

Deutschlands Kohlenexport — er stellte sich 1911 auf 34,536.500 Tonnen — richtete sich im Frieden hauptsächlich nach Rußland und Oesterreich-Ungarn. Ersteres ist ausgefallen und letzteres versorgt sich im Kriege der Hauptsache nach selbst. Außerdem haben die Mittelmächte die ergiebigen belgischen, nordfranzösischen und russischen Kohlengebiete in ihrer Hand; sie können daher nicht nur ihre Verbündeten, sondern auch die Schweiz und die nordischen Staaten mit Kohle versorgen. Den letzteren ist überdies auch noch der Bezug amerikanischer Kohle möglich, was freilich nur unter finanziellen Opfern durchgeführt werden kann. Die Kohlenfrage in den nordischen Ländern wird somit durch den Tauchbootkrieg wohl nicht verschärft.

Eine andere Frage ist die der Beschäftigung der Handelsflotten. Es entsteht die Frage, soll den Schiffen volle Freizügigkeit gewährt oder sollen die Reeder durch Regierungsmaßnahmen verhindert werden, ihre Flotten nach den Verbotszonen zu entsenden. Entscheidet man sich für ersteres, so haben sich die Reeder selbst die analoge Frage zu beantworten. Jedenfalls handelt es sich dabei um Entschlüsse von größter Tragweite für die Volkswirtschaft.

Die infolge der Kriegsereignisse eingetretene Not an Schiffsraum hat das Emporschnellen der Frachtraten zur natürlichen Folge gehabt. Niemals bisher gab es eine so allgemein gute Konjunktur auf dem Seetransportmarkte. Der Anreiz, jetzt, da durch die Unterseebootblockade eine noch weitere Verringerung des Schiffsraumes eintreten wird, die Gelegenheit zu noch höheren als den bisher erzielten Gewinnen zu suchen, ist daher groß. Demgegenüber steht aber das unverhältnismäßig gesteigerte Risiko. Für den einzelnen ist das bloß ein Rechenexempel. Für ihn kann der augenblicklich mögliche oder gar sichere Riesenverdienst den Ausschlag geben. Ist dieser eingeheimst, dann geschehe mit dem Schiffe, was wolle. Es hat sich bezahlt gemacht. Anders verhält sich die Sache, sobald es sich um die Verwendung der ganzen Handelsflotte eines Staates oder selbst nur um die einiger größerer Reedereien handelt. Da müssen die Aussichten für die Zukunft mitbestimmend, sogar in erster Linie mitbestimmend wirken. Und da darf nicht übersehen werden, daß nach dem Aufhören der Hemmungen des Krieges eine Nachfrage nach Schiffsraum eintreten dürfte, die kaum geringer sein wird als die gegenwärtige, vielleicht sogar größer. Dann wird aber das Risiko unverhältnismäßig geringer sein, als jetzt, die Gewinnaussicht gleich gut, aber viel sicherer sein. Der Schiffsbau wird den Anforderungen der Reeder innerhalb der ersten drei, vier Jahre nach Friedensschluß nicht genügen können. Jedes im Kriege verlorengegangene Schiff bedeutet also, vorausgesetzt, daß die Versicherungssumme ausbezahlt wird, ein für mehrere Jahre brachgelegtes Kapital, das erst nach geraumer Zeit wieder ins Verdienen gebracht werden kann. Die für die nordischen Staaten in betracht kommenden Werften dürften schon jetzt mit Aufträgen für das erste Friedensjahr, wenn nicht für länger, versorgt sein. Ein jetzt eintretender Schiffsverlust kann also aller Voraussicht nach frühestens zwei Jahre — für den Bau muß man ungefähr 12 Monate rechnen — nach Friedensschluß ersetzt sein. Dann ist aber die Zeit der günstigsten Seefrachtkonjunktur fast vorüber. Die nordischen Staaten können Handelsschiffe nur in ganz geringem Maße im eigenen Lande bauen, deshalb heißt es jetzt für sie mit den Schiffen *sparen*. Manche Gesellschaften vermochten 1915 und 1916 in *einem* Jahre Gewinste in der Höhe des ganzen Kapitals einzuheimsen. Man ersieht daraus, welche Folgen für die ersten Friedensjahre jetzt eintretende Schiffsverluste nach sich ziehen können.

Welche Bedeutung die Handelsflotten für die Volkswirtschaft der nordischen Länder haben, wird aus folgendem klar werden.

Ihr Gesamthandel stellte sich 1914 wie folgt:

| Land | Wert der Ausfuhr und Einfuhr in Millionen Kronen (abgerundet) |
|---|---|
| Norwegen | 1350 |
| Schweden | 2160 |
| Dänemark | 2160 |
| Holland (zum großen Teil transito) | 10.630 |

Die Handelsflotten dieser Staaten hatten zu Beginn des Krieges folgenden Bestand:

| | Dampfer | | Segler | |
|---|---|---|---|---|
| Land | Zahl | Registertonnen brutto | Zahl | Registertonnen netto |
| Norwegen | 1656 | 1,957.353 | 535 | 547.369 |
| Schweden | 1088 | 1,015.364 | 378 | 102.722 |
| Dänemark | 576 | 770.430 | 246 | 49.751 |
| Holland | 709 | 1,471.710 | 97 | 24.745 |

Der Wert einer Dampfertonne (brutto) konnte im Frieden mit etwa 300 bis 400 Kronen, der einer Segelertonne (netto) etwa gleich hoch angesetzt werden. Heute kann man mit einem Wert von mindestens 1000 Kronen für die Tonne rechnen. Daraus ergibt sich folgende Bewertung der hier besprochenen Handelsflotten:

| Land | Bruttotonnen Dampfer und Nettotonnen Segler | Jetziger Wert in Kronen |
|---|---|---|
| Norwegen | 2,504.722 | 2.504,722.000 |
| Schweden | 1,118.086 | 1.118,086.000 |
| Dänemark | 820.181 | 820,181.000 |
| Holland | 1,496.455 | 1.496,455.000 |
| | 5,939.444 | 5.939,444.000 |

Es stehen also Werte auf dem Spiele, die man nicht leichtfertig der Vernichtung aussetzen wird. Wenn man annimmt, daß der Verdienst der Volkswirtschaft am Warenumsatz 30 Prozent ausmacht und den Gewinn der Reedereien nur ebenso hoch ansetzt, so erhält man folgendes Bild:

| Land | Verdienst aus dem Handel | Verdienst aus dem Schiffahrtsbetrieb |
|---|---|---|
| | in Millionen Kronen | |
| Norwegen | 405 | 751 |
| Schweden | 648 | 835 |
| Dänemark | 648 | 246 |
| Holland | 3189 | 449 |

Nach dem Kriege wird aber der Großteil des Seehandels nur mit eigenen Schiffen betrieben werden können. Fehlen sie, so muß natürlich auch der Warenumsatz entsprechend zurückgehen.

Die Vereinigten Staaten von Nordamerika stellen ein geschlossenes Wirtschaftsgebiet dar. Sie können schließlich ohne Außenhandel auch weiterhin ihr Dasein behaupten, können allenfalls ihre Handelsschiffe für Englands Interessen opfern, ohne zu verbluten. Norwegen, Schweden, Dänemark und Holland sind aber nicht in der gleichen beneidenswerten Lage. Sie müssen Außenhandel treiben, müssen, da ihnen der Weg nach England und Frankreich versperrt ist, nach Deutschland exportieren, sich von dort ihren Bedarf holen. Sie können auch nicht ihre Handelsflotte aufs Spiel setzen, weil Präsident Wilson England mit allen Kräften zu unterstützen wünscht. Sie müssen ihre Schiffe vielmehr sorgsam behüten, damit sie nach Friedensschluß auf den dann hoffentlich von der britischen Seetyrannei wirklich befreiten Meeren ernten können.

## Die Auffassung in finanziellen Kreisen.

Die finanziellen Kreise in Wien und in Berlin standen heute unter dem Eindruck der Tatsache, daß alle neutralen Staaten Europas es abgelehnt haben, sich dem Schritte des Präsidenten Wilson anzuschließen. Aus den Kundgebungen der amtlichen Stellen und der Presse, die den Willen dieser Länder aussprachen, wurde entnommen, daß sie die Bedeutung der Aufrechterhaltung der wirtschaftlichen Beziehungen zu Deutschland und den Zentralmächten voll anerkennen. Die Berliner und die Wiener Börse ließen diese Erwägungen voll auf sich wirken und verhielten in ruhiger, zuversichtlicher Haltung. Der Newyorker Markt war gestern heftigen Schwankungen unterworfen, hatte mit erhöhten Kursen eröffnet und schloß dann mit nicht unerheblichen Abschwächungen. Der Berliner Markt war von einer zuversichtlichen Auffassung der Lage erfüllt, hatte lebhaften Verkehr und in den maßgebenden Papieren, insbesondere in den Bergwerks- und Rüstungsaktien, wurden Kurssteigerungen zwischen 4 und 5 Prozent erzielt. Namentlich waren nach den vorliegenden Meldungen die Aktien der Bergbaugesellschaft „Phönix" und der Rheinischen Metallwarenfabrik sehr fest gehalten und erzielten wesentliche Besserungen. Die Wiener Börse war gleichfalls von einer günstigeren Stimmung getragen. Der Verkehr blieb auf ein geringes Maß beschränkt und die Veränderungen in den Bewertungen hatten nur einen geringen Umfang.

Neues Wiener Tagblatt
10./V. 1917

# Eine wirtschaftliche Lebensfrage der Neutralen.

Die von den Zentralmächten verkündete Seesperre behindert kein neutrales Land in seinem Handelsverkehr mit einem beliebigen andern neutralen Staat; nur gegen den Feind richtet sich die Beschränkung. Staatssekretär Helfferich hat einem norwegischen Berichterstatter, der ihn über die Durchführung des Unterseebootkrieges befragte, beruhigend erklärt, daß die Schwierigkeiten der Neutralen unter dem verschärften U-Boot-Krieg geringer sein werden als diejenigen, die England diesen Staaten bisher verursacht hat. Deutschland wird alles tun, führte der Staatsmann aus, um diese Schwierigkeiten nach Möglichkeit abzuwenden. Deutschland weiß, daß die Kohlenfrage für die neutralen Staaten im Vordergrund des Interesses sich befindet, und unter Ueberwindung aller Hemmnisse, welche die derzeitige Transportkrise zeitigt, wird alles geschehen, um die bisher auf englischen Kohlenbezug angewiesenen neutralen Staaten mit deutscher Kohle zu versorgen.

Tatsächlich ist Deutschland in der Lage, diese Zusicherung in vollstem Maße einzulösen und die von England im Kriege nur mit sehr geringen Mengen von Kohle versorgten Neutralen nunmehr reichlich mit Kohle zu versehen. Staatssekretär Helfferich hat den norwegischen Berichterstatter auf die Tatsache verwiesen, daß Deutschland im Kriegsjahre 1916 mehr als vier Millionen Tonnen Kohle nach Norwegen geliefert hat, welche Menge die Lieferung vom Friedensjahre 1913 im Ausmaß von 418,000 Tonnen sehr wesentlich übersteigt. Großbritannien war im genannten Jahre nur in der Lage, 2·3 Millionen Tonnen Kohle nach Norwegen abgeben zu können. Aus Holland kommt die Meldung, daß Deutschland zugesagt hätte, von nun an eine monatliche Menge von 320,000 Tonnen Kohle nach den Niederlanden zu senden, welches Quantum einer jährlichen Lieferung von 3,840,000 Tonnen entsprechen würde. England hatte im Jahre 1916 nur zirka 1·3 Millionen Tonnen für Holland übrig. Holland wird mit Hilfe seines eigenen Bergbaues, der sich in ansehnlicher Entwicklung befindet, den außer den deutschen Lieferungen erübrigenden Eigenbedarf an Kohle decken können. Die holländische Kohlenerzeugung hat im Jahre 1903 zirka 457,000 betragen und ist im Jahre 1915 auf 2,026,000 Tonnen gestiegen. Holland ist übrigens außer Spanien der einzige europäische Staat, der seine Kohlengewinnung im Kriege erhöhen konnte, während alle andern Länder Minderförderungen aufweisen. Schweden hat einen Jahresverbrauch von zirka fünf Millionen Tonnen. England hat diesen Bedarf im Jahre 1913 fast vollständig gedeckt, im Jahre 1916 konnten nur mehr 1·6 Millionen Tonnen englischer Kohle nach Schweden gebracht werden. Dänemark bezog im Jahre 1913 zirka drei Millionen Tonnen Kohle aus England, im Jahre 1916 war diese Menge auf 2·3 Millionen Tonnen gesunken. Der Kohlenverbrauch der genannten nordischen Staaten, welche nun mit deutscher Kohle versorgt werden sollen, hat im Frieden zirka 19 Millionen Tonnen betragen. England hat im Jahre 1916 nur 7·5 Millionen Tonnen Kohle geliefert, während es im Jahre 1913 die Menge von 11·8 Millionen Tonnen Kohle beigestellt hat. Es ist nun die Frage, ob Deutschland den Kohlenbedarf der genannten Staaten, welche inklusive des Verbrauches der Schweiz zirka 22 Millionen Tonnen beträgt, im gegenwärtigen Kriege zu decken imstande ist.

Die deutsche Kohlenförderung betrug im Jahre 1913 zirka 278 Millionen Tonnen. im Jahre 1915 war ein Rückgang auf 235 Millionen zu verzeichnen, im Jahre 1916 dagegen trat eine Steigerung auf zirka 245 Millionen Tonnen ein. Die deutsche Kohlengewinnung befindet sich derzeit in steigender Tendenz, und es ist mit Sicherheit zu erwarten, daß in diesem Jahre eine weitere Zunahme der Förderung stattfinden wird. Es ist nicht zu übersehen, daß Deutschland im Jahre 1916 in Belgien zirka 19 Millionen Tonnen gefördert hat, so daß sich im Jahre 1916 eine Kohlenförderung von 269 Millionen Tonnen ergibt, wenn die Förderung aus den übrigen besetzten Gebieten mit nur 5 Millionen Tonnen angenommen wird. Deutschland hat alle Vorkehrungen getroffen, um seine Kohlenproduktion in diesem Jahre noch wesentlich zu erhöhen, und es ist bei entsprechender Erhöhung des im Kriege sehr reduzierten Arbeiterstandes leicht möglich, daß mit Hilfe der Förderungen in den okkupierten Gebieten annähernd die Friedensförderung erreicht werden wird. Aber selbst in dem Fall, als eine weitere Erhöhung gegenüber der Förderung von 1916 im laufenden Jahre nicht stattfinden würde, so könnte Deutschland von seiner derzeitigen Kohlengewinnung zirka 19 Millionen Tonnen an die Neutralen abgeben, wenn sein Jahresverbrauch mit 250 Millionen Tonnen angenommen und berücksichtigt wird, daß Oesterreich-Ungarn sich derzeit selbst versorgt. England hat im Jahre 1916 nur 7·5 Millionen Tonnen an die genannten Neutralen abgeben können. Während die beste Aussicht vorhanden ist, daß Deutschland seine Lieferungen an die Neutralen in diesem Jahre noch wesentlich erhöhen wird, ist mit Sicherheit anzunehmen, daß England im Jahre 1917 auch nicht annähernd jene ohnehin geringe Kohlenmenge wird liefern können, welche es im vergangenen Jahre abgegeben hat; selbst dann, wenn der verschärfte Unterseebootkrieg keinen störenden Einfluß auf die Kohlentransporte Englands nach den neutralen Staaten üben würde.

In dieser nicht anzuzweifelnden Tatsache liegt die festbegründete Erklärung für die Ablehnung des Ansinnens Wilsons, daß sich die neutralen Staaten seinem Vorgehen gegen Deutschland anschließen. Für die nordischen Neutralen wäre dieser Anschluß eine wirtschaftliche Katastrophe. Zieht man die einschlägigen Verhältnisse für Spanien in Betracht, so ist zu bemerken, daß dessen Bergbau im Kriege in steigender Entwicklung begriffen ist. Spanien hat im Jahre 1913 etwa 3·6 Millionen Tonnen Kohle aus England bezogen und 4·3 Millionen Tonnen eigene Kohle gefördert. Die Förderung Spaniens ist im Jahre 1915 auf 4·83 Millionen Tonnen gestiegen, und im vergangenen Jahre dürfte ebenfalls eine Zunahme der Fördermenge eingetreten sein. England hat im Jahre 1916 nur 2·4 Millionen Tonnen nach Spanien liefern können, und es dürfte der Zeitpunkt bald gegeben sein, in welchem Spanien auf die englischen Lieferungen überhaupt wird verzichten können. Jedenfalls ist Spanien weit eher in der Lage auf die geringen Kohlenmengen aus England zu verzichten, welche durch den verschärften U-Boot-Krieg noch wesentlich sinken werden, als England auf die 4·7 Millionen Tonnen von Eisenerz, welche Spanien bisher jährlich nach England geliefert hat.

Ob die Vereinigten Staaten, welche über ungeheure Kohlenschätze verfügen, ihren englischen Bundesgenossen mit Kohlen während des Krieges unterstützen können, ist wenig wahrscheinlich. Die Kohlenausfuhr der Vereinigten Staaten hat unter der Einwirkung des Krieges einen Rückgang erfahren: von 23 Millionen Tonnen des Jahres 1913 auf 20 Millionen Tonnen im Jahre 1916. Italien hatte im Jahre 1916 gegen 3 Millionen Tonnen Kohle aus Amerika erhalten, während im Friedensjahre 1913 nur 330,000 Tonnen amerikanischer Kohle in Italien eingeführt worden sind. Amerika hat auf diese Weise Italien wesentlich geholfen, wenn es auch die empfindliche Kohlennot dortselbst mit Rücksicht auf die ausgebliebene englische Kohle nicht wesentlich mildern konnte. Die Vereinigten Staaten haben ferner in diesem Kriege größere Kohlenmengen nach den südamerikanischen Staaten liefern müssen, um für die ausgebliebene englische Kohle Ersatz zu bieten. Die Kohlenlieferungen der Vereinigten Staaten haben jedoch auf Kosten andrer Länder stattgefunden, die früher reichlich mit amerikanischer Kohle versorgt worden sind. So haben Kanada, Mexiko und viele andre Gebiete im Kriege wesentlich ge-

Vossische Zeitung
14. II. 1917
19
144

# Die Welthandelpolitik und Oesterreich-Ungarn.

Von

**Heinrich Friedjung.**

Unentreißbar, das wird mit jedem Tage deutlicher, ist der eine der Preise des Sieges der Mittelmächte, der in dem Anschlusse des nahen Orients besteht. Das gewaltige Stück der Erde von Belgrad über Konstantinopel und Bagdad wird nicht mehr von der politischen, militärischen und volkswirtschaftlichen Verbindung mit Mitteleuropa losgerissen werden können. Wie auch das Schicksal Polens und Belgiens werden möge: Konstantinopel und Sofia sind vor Unterjochung sicher, Serbien und Rumänien werden uns nicht mehr zu schaden vermögen. Auch Wilson, dem so vieles an dem Gange der Dinge in Europa unverständlich geblieben ist, wird das noch begreifen lernen.

Es wird die Sache einer klugen Handels- und Wirtschaftspolitik Deutschlands und Oesterreich-Ungarns sein, aus den sich eröffnenden Möglichkeiten die Tatsachen herauszuschöpfen. Die jüngst zwischen Deutschland und der Türkei geschlossenen Rechtsverträge sind ein Glied der Länder und Völker umschlingenden Kette. Zu den Sorgen der österreichischen Staatsmänner und Industriellen gehört die, ob die Handelspolitik der Monarchie künftig mehr für die Gewinnung der Märkte des Südostens tun wird als vor dem Kriege. Unvergessen bleibt, wie die Absperrung der Grenzen gegen die Landwirtschaft Rumäniens und Serbiens diese Staaten der Reihe nach in einen handelspolitischen Gegensatz zu Oesterreich-Ungarn getrieben hat.

Die Handelspolitik der Monarchie ist die wichtigste der Fragen, die in dem jeweilig zu erneuernden Handelsvertrage zwischen Oesterreich und Ungarn zu lösen sind. Es ist nun ein erfreulicher Fortschritt, daß schon Ministerpräsident Graf Stürgkh sich mit dem Grafen Tisza auf eine zwanzigjährige Dauer des künftigen Handelsvertrages statt der bisherigen zehnjährigen geeinigt hat. Dieser Gewinn erwuchs aus der durch den Weltkrieg hervorgerufenen Steigerung der politischen Lebensgeister. Gewissermaßen als Preis für dieses Zugeständnis — obwohl der Vorteil der Befestigung der Monarchie beiden Staaten zugute kommt — verlangte Graf Tisza die Erhöhung mehrerer landwirtschaftlicher Zollsätze. In erster Linie stehen hierbei die Viehzölle. Damit war die ungarische Regierung beim Tode des Grafen Stürgkh auch durchgedrungen. Dafür sollen gewisse prohibitiv wirkende Bestimmungen der Veterinärgesetze aufgehoben werden.

Mit der Uebernahme der Staatsleitung durch das Kabinett Körber änderte sich die Sachlage. Ministerpräsident von Körber hatte von vornherein erklärt, daß er sein Amt nur antreten könne, wenn Tisza zur Milderung gewisser Härten bereit sei. In bezug auf die Viehzölle drang Körber auf eine allmähliche stufenweise Erhöhung; so sollte erreicht werden, daß die Fleischpreise unmittelbar nach dem Weltkriege nicht auf ihrer unerschwinglichen Höhe bleiben müssen. Schon hatte er Tisza zu Unterhandlungen über diesen Gegenstand vermocht, als der Thronwechsel eintrat und die ungarische Königskrönung vor der Türe stand. Dies wurde seitens des ungarischen Ministeriums benützt, um auf den unverweilten Abschluß des Ausgleichs nach den mit Stürgkh verabredeten Grundlagen hinzuarbeiten. Graf Tisza stellte vor, es werde die beste Wirkung machen, wenn die Königskrönung und der Abschluß des Ausgleichs fast auf den Tag zusammenfielen. Herr v. Körber wurde vor die Wahl der sofortigen Annahme des Ausgleiches oder des Rücktrittes gestellt. Er schwankte nicht einen Augenblick, da ein Staatsmann seines wohlverdienten Rufes nicht von heute auf morgen von seinem wohlerwogenen Entschlusse abgehen konnte. Die ungarische Regierung nahm an, daß in Oesterreich ein Uebergangsministerium gebildet werden würde, unter dem der Ausgleich sofort unter Dach käme.

Die Sache kam aber anders. Dr. von Spitzmüller, zur Bildung des Uebergangsministeriums in Aussicht genommen, stellte sich zwar mit Selbstverleugnung für die undankbare

Pester Lloyd 16./II. 1917.
II
147
die interparlamentarische Handels-Konferenz vom 27. 28 und 29. April 1916.

wobei aber die stärkere englische Finanzmacht ihre Ueberlegenheit fühlen läßt.

Für das Fortleben der franko-italienischen Solidarität sorgt vor allem Luigi Luzzatti, der auf dem Kongresse die Rolle eines Nestors, eines Doyens der Oekonomisten innehat.

Nebst Parlamentariern sind an der Konferenz auch Industrielle, Kaufleute und Juristen als beratende Organe den Verhandlungen beigezogen. Die Konferenz folgte unmittelbar der militärisch-politischen Konferenz nach und bezeichnete als ihr Ziel die Erreichung eines vorläufigen Einverständnisses als Grundlage für die bevorstehende gouvernementale Wirtschaftskonferenz. Vertretern waren bei der Konferenz: Belgien, Frankreich, Großbritannien, Italien, Portugal, Rußland, Serbien. Das Präsidium führte Charles Chaumet, zugleich Vorsitzender des französischen Delegiertenkomitees.

Beim Empfange der Delegierten im Elysée plädierte Poincaré mit den höchsten und den tiefsten Registern der nationalen Leidenschaft durch Aufzählung aller Greueltaten der deutschen Kriegführung. Ueber Handelspolitik, Friedensarbeit usw. verliert Poincaré kein Wort.

Die Konferenz hielt drei Sitzungen ab und faßte mit Stimmeneinheit 12 Resolutionen, welche weiter unten besprochen werden.*)

Zu Beginn der ersten Sitzung entwickelte Charles Chaumet das Programm der Konferenz. Hievon sei hervorgehoben, daß alle Ententeländer aufgefordert werden, für sich die Bedürfnisse jedes einzelnen Industriezweiges zu studieren, — das sollen Vorstudien für die in ferner Zukunft schwebende Regelung der Zölle sein.

Der deutsche Kaufmann wird als ein Mensch geschildert, dem auch das verworfenste Mittel nicht zu schlecht ist.

Der Vertreter Serbiens weist darauf hin, daß Serbien seit 1906, als der Wirtschaftskrieg mit Oesterreich-Ungarn anfing, die Märkte Italiens, Aegyptens und Frankreichs vorzuziehen begann.

Die Russen waren bei dieser und den beiden folgenden Sitzungen noch nicht anwesend; ob dies absichtlich oder unabsichtlich geschah, ist für uns deshalb irrelevant, weil es an der Tatsache nichts ändert, daß bei der am 24. Mai speziell für die Russen abgehaltenen Sitzung (an der nur einige Russen und Franzosen teilnahmen) wirklich nur eine lächerliche Maus (das russisch-französische Zollamt) geboren wurde.

Japan sandte zur parlamentarischen Konferenz nur seine Sympathiekundgebung.

Von den Schlußreden der dritten Sitzung sei hervorgehoben, daß Sir John Randles, der Führer der englischen Delegierten, sich sehr befriedigt äußerte. Das Fazit ist also der Fleißzettel, den die kontinentalen Ententestaaten, mit Ausnahme Rußlands, von England erhielten.

### Erste Resolution

betreffend ein vorläufiges Uebereinkommen über legislative Maßnahmen, um die Handelsbeziehungen zwischen den Kriegführenden, die Erfüllung der Kontrakte, Eintreiben der Schuldforderungen, Sequestrierung von Gütern, Patentangelegenheiten usw., zu regeln.

Die Konferenz spricht den Wunsch aus, daß die alliierten Regierungen ein permanentes, gemeinsames Organ schaffen, welches alle wirtschaftlichen Abwehrmaßregeln während des Krieges und nach demselben festzusetzen hat.

Aus der Relation des Senators Vaudet zu diesem Gegenstande sei hervorgehoben: Deutschland hat sich zu leicht mit Baumwolle versehen können, weil dieser Artikel nicht gleichzeitig von allen interessierten Ländern als Kriegskonterbande erklärt werden konnte. Auch jetzt ist absolut keine Einheit betreffs der Konterbandeartikel zwischen den Alliierten hergestellt; ebenso ist es mit den Ausfuhrverboten. Die gesetzlichen Bestimmungen über den Handel mit dem Feinde waren in England andere wie in Frankreich; während letzteres absolut jeden Handel verbietet, machte England eine Ausnahme für Personen feindlicher Nationalität, „welche weder in feindlichen Ländern wohnen, noch dort Handel treiben". England hat jetzt den französischen Standpunkt akzeptiert und verbietet den Handel mit Angehörigen feindlicher Staaten, auch wenn sie in neutralen Ländern wohnen. Die Sequestrierung feindlicher Güter konnte auch nicht einheitlich geregelt werden, ebenso die Eintreibung der Forderungen an feindliche Schuldner. Ferner ist noch die Regelung der Frage der Patente und Schutzmarken ausständig. Die Konferenz hat nur den Zweck, den Parlamenten der verschiedenen Länder Material zu den legislatorischen Arbeiten zu liefern, welche von gleichen Prinzipien inspiriert sein sollen.

### Zweite Resolution.

Vorsichtsmaßregeln gegen die Invasion deutscher Produkte beim Uebergange vom Kriegs- auf den Friedenszustand.

Adolphe Landry (Deputierter von Korsika) hatte schon am 9. Dezember 1915 in Paris ein Mémoire über diese Frage ausgearbeitet, dessen Grundgedanke ist, daß Deutschland, wenn beim Abschlusse des Friedens die Feindseligkeiten nicht weit in sein Inneres getragen sein werden, nicht jene schweren Erschütterungen erlitten haben wird, wie Belgien, Frankreich und Rußland und daß es in gewissen Produktionszweigen von der Konkurrenz dieser drei Länder befreit sein wird. Die Entente werde daher gegen Deutschland einen Spezialtarif anwenden müssen. Landry führt aus, in Ententekreisen herrsche die Auffassung, daß Deutschland große Stocks an Waren besitze, welche es nach einem vorbedachten Plane sofort nach Beendigung des Krieges exportieren wird. Angeblich soll Deutschland am 1. Januar 1916 über die normalen zum Export bestimmten Warenvorräte noch einen Warenstock im Werte von 7½ Milliarden Francs bereitstehend gehabt haben. In Deutschland seien große Schwierigkeiten bei den Industrien, welche Baumwolle und Schafwolle, Kautschuk und Leder verarbeiten, nachdem es an Rohstoffen und Arbeitskräften fehlt. Besonders in gewissen Branchen der metallurgischen und chemischen Industrie (Farbstoffe), an elektrotechnischem Material, optischen Instrumenten, Spielwaren und vielen anderen „leichten" Waren seien aber sehr große Stocks angesammelt. Deutschland bereite eine Art „dumping"*) vor, wogegen man sich schützen muß. Der große allgemeine Bedarf an Rohstoffen und Schiffsraum, die Transformierung der Kriegsindustrien für den Friedensbedarf werden nach dem Kriege große Schwierigkeiten verursachen.

Der Engländer Jardin bittet, sich diesbezüglich keine großen Sorgen zu machen. Deutschland werde ja zerschmettert sein und unfähig, seine Gegner ernstlich auf ökonomischem Gebiete zu gefährden. „Wir haben geschworen (ruft der Engländer), Deutschland zu zerstören, wir müssen es außer Stand setzen, uns überhaupt schaden zu können. Wir Engländer weigern uns daran zu denken, daß Deutschland nach dem Kriege noch schädlich sein kann."

Der Portugiese Mello Barreto weist darauf hin, daß Portugal vor dem Kriege nach Deutschland sehr bedeutende Warenmengen absetzte (Kakao, Weine, Fischkonserven, Kork, Früchte). Der Verlust des deutschen Marktes ohne direkte Kompensationen wird Portugal sehr schädlich sein. Portugal hat keine Industrien, welche von der Wirtschaftsblockade Deutschlands Nutzen ziehen. Trotzdem entschließt es sich, im Interesse der gemeinsamen Sache zu handeln. Die Alliierten sollten sich nach dem Kriege durch Spezialtarife Kompensationen gewähren, um ihre Produktion zu schützen. Man sieht es deutlich: Portugal meldet sich bereits zur Schadloshaltung durch die Entente für den Verlust des deutschen Marktes.

Der Engländer Rutherford macht heftige Ausfälle gegen Deutschland und seine Regierung. Diese habe selbst 75prozentige Warenvorschüsse gewährt, damit der deutsche Kaufmann in der Lage sei, bei Exportgeschäften dem Käufer langfristige Kredite zu gewähren. Nach dem Kriege wird man all diesen Dingen ein Ende bereiten. Drakonische Maßregeln sind notwendig. Die deutschen Warenstocks und Maschinen müssen requiriert werden. Durch 10 Jahre dürfen deutsche Schiffe nicht in die Häfen der Alliierten einlaufen; durch 10 Jahre soll den Deutschen die Naturalisation in Ententeländern verboten werden. Wir haben absolutes Vertrauen in den vollständigen Sieg, wir werden Deutschland unsere Bedingungen diktieren. Seine Stocks werden die erste Kompensation für uns bilden.

Der Engländer Oberstleutnant Norton Griffiths proponiert, daß während zehn Jahren nach dem Kriege ein Tarif gegen Deutschland in Kraft treten solle, der seine Waren mit einem mindestens 300prozentigen Zolle belegt. Der deutsche Unterseebootkrieg gegen neutrale Schiffe hat den Zweck, daß Deutschland nach dem Kriege die größte Handelsmarine besitzen soll. „Wir müssen Deutschland verhindern, uns wirtschaftlich zu erschöpfen und es zu diesem Zwecke von unseren Märkten fernhalten."

Redner scheint also Deutschland doch noch das Geltendmachen einiger Lebenskraft nach dem Kriege zuzutrauen.

Der Franzose Landry erlaubt sich auch die Bemerkung, daß der englische Standpunkt der totalen und definitiven Zerschmetterung Deutschlands, so daß dieses vollkommen aufhört eine wirtschaftliche Großmacht zu sein, vielleicht etwas zu summarisch ist (!). Er fragt: Werden wir wirklich Deutschland zerstören können?

Der Franzose Couyba erlaubt sich die Bemerkung: Wir müssen Deutschland nicht zerstören, sondern uns verteidigen. Der Berichterstatter Landry schließt sich dieser Auffassung an.

Der Franzose Damour weist darauf hin, daß Deutschland anscheinend in Amerika riesige Warenstocks angekauft habe, besonders an landwirtschaftlichen Traktoren. Das Eindringen von Deutschen in die eigenen Handelshäuser sei zu verhindern.

Landry konstatiert, daß selbst in Frankreich und seinen Kolonien durch Zwischenpersonen Warenstocks für die Verwertung bei dem Feinde nach dem Kriege bereitgehalten werden.

Der Franzose Paul Doumer ist der Meinung, daß das Vorhandensein dieser letztgedachten Stocks nicht erwiesen sei.

Der Belgier Thiébaut bringt die Schadenersatzansprüche Belgiens für Maschinenmaterialien und sonstige Produkte, welche bei der Invasion weggenommen wurden, zur Sprache.

### Dritte Resolution.

Gutmachung der Kriegsschäden.

Wir senden voraus, daß es sich nicht um eine Entschädigung der Kriegskosten, sondern um eine Gutmachung von materiellen Zerstörungen, Verwüstungen usw. handelt.

Der Franzose Ernest Haudos spricht in dem Sinne, daß nach dem Kriege wieder das Gleichgewicht zwischen der Produktion der Alliierten und der Zentralmächte eintreten müsse, welche sich durch räuberische Perfidie in den okkupierten Gebieten so bereichert haben. Er spricht die Hoffnung aus, daß der Tag nahe, an dem die Kriegführenden über den Frieden verhandeln werden. Die Alliierten werden dann mit ihren Schuldforderungen auf Grund gemeinsamer Berechnungen hervortreten. Letztere sollen vorerst von jedem Staate abgesondert erfolgen und hierauf von den Staaten untereinander in Harmonie gebracht werden. Vorerst ist von jenen Schäden die Rede, welche durch Verletzung des Völkerrechtes entstanden sind. (Siehe Artikel 3 und 4 der Haager Konvention vom 18. Oktober 1907.) Deutschland und Oesterreich-Ungarn werden, ob besiegt oder siegreich (!), die Ententeländer entschädigen müssen.

Haudos, sowie der Berichterstatter Alfred Neymarck besprechen ferner die Frage solcher Schäden, welche nicht mit völkerrechtlichen Verstößen zusammenhängen, die Interessen der Fremden, welche in den Ententeländern wohnen, die Frage des Verlustes und der Zerstörung von Wertpapieren usw. Diese Besprechung erfolgt aber in recht problematischer Form.

### Vierte Resolution.

Reduktion der Post-, Telegraphen- und Telephontaxen; Aufstellung eines Minimaltarifes für die Alliierten.

### Fünfte und sechste Resolution.

Konventionen über internationale Warentransporte. Ein zu kreierendes permanentes Organ soll die gemeinsamen Bedingungen studieren, unter welchen Warentransporte mit Vermeidung feindlicher Territorien bewirkt werden können.

Die Art und Weise, wie die feindlichen Mächte zu einem Tarifsystem gezwungen werden können, welches den Warentransporten der Alliierten unschädlich ist, soll studiert werden.

Die Regierungen der Verbandstaaten mögen in Uebereinstimmung mit der Pariser Deklaration vom März 1916 unverzüglich, und zwar wenn nötig durch Requisition von Handelsschiffen die Herabsetzung der Schiffsfrachten in Angriff nehmen.

Der Berichterstatter Maurice Sibille (Franzose) ist der Ansicht, daß nach dem Kriege die Berner Konvention v. J. 1890 zu revidieren und Rußland in dieses Uebereinkommen einzubeziehen sein werde.*) Der Frankfurter Vertrag vom Jahre 1871, welcher die deutsche Schiffahrt begünstigte, sei gegenstandslos geworden; Frankreich, England, Portugal sollten in die Lage kommen, sich deutschen und österreichisch-ungarischen Schiffen gegenüber durch Tonnengelder und Flaggenzölle schadlos zu halten. England war seinerzeit nicht an der Berner Konvention beteiligt. Die zur Wettmachung dieser Isolierung da und dort geschaffenen kombinierten Eisenbahn- und Schiffahrtstarife für Warentransporte vom Kontinente nach England waren unzulänglich. Der Verkehr Frankreichs und Italiens mit Deutschland war daher vor dem Kriege leichter, als jener mit England.

In Hinkunft werden die Ententestaaten internationale kombinierte Tarife für die Land- und Wasserwege einführen müssen.

Redner konkludiert dahin, daß die alliierten Regierungen nach dem Kriege die Prätentionen Deutschlands auf die Suprematie in Europa bekämpfen müssen. Eine internationale Konferenz soll das Projekt einer Konvention über die Warentransporte zwischen England und den übrigen Ententeländern ausarbeiten. Er schließt mit dem Ausrufe: „Unter uns hat niemand Absichten auf die Weltherrschaft, unser gemeinsames Ideal ist die Achtung der menschlichen Freiheit, sowie der Unabhängigkeit der großen und kleinen Nationalitäten."

Der Italiener Edoardo Pantano meint, daß die Frage der Eisenbahnfrachttarife schwieriger sei als jene der Schiffsfrachttarife und weist darauf hin, daß man von Deutschland lernen könne, wie durch Eisenbahntarife Zollsätze illusorisch gemacht werden können. Die Warenverkehrspolitik sei gerade jetzt das mächtigste Mittel der zukünftigen Zivilisation. Die Auslassungen des Redners sind saturiert von Ideen der Annäherung entfernter Nationen durch den Handelsverkehr, eine einseitige Betonung der Ententeinteressen bemerken wir nicht. Pantanos Worte sind uns ein Symptom für den Kontrast zwischen lateinischem Idealismus und britischem nüchtern-egoistischem Realismus.

Aus den Aeußerungen des Italieners Aurelio Drago ist zu ersehen, daß die Konsumenten und Industriellen Italiens ganz besonders an der Lösung der höchst dringenden und kritischen Charakter besitzenden Frage der Schiffsfrachten und der Wechselkurse**) interessiert sind. Drago bekämpft den englischen Standpunkt, daß eine Reduktion der Schiffsfrachten nicht möglich sei. Er schätzt den Verlust des Tonnengehaltes im Weltverkehr durch Zerstörung auf 5 bis 6 Prozent. In den Häfen der Kriegführenden und Neutralen seien 11 bis 12 Prozent sämtlicher Dampfer unter Sperre. Ein kleiner Prozentteil sei durch die Verlängerung des Seeweges für Getreidetransporte absorbiert, die nicht mehr — wie früher — durch das Schwarze Meer gehen können. Andererseits müsse man mit einer Steigerung der Verwertung des Schiffsraumes um etwa 14 Prozent rechnen.

*) Diese Besprechung erfolgt an Hand der erschienenen Publikation: „Conférence parlamentaire du commerce Palais du Luxembourg (Sénat) 27, 28 et 29 Avril 1916. Paris, Librairie Félix Alcan, 108 Boulevard, Saint-Germain. Die Publikation erfolgte seitens des permanenten Brüsseler Komitees.

*) „Dumping" ist eine Art unlauterer Wettbewerb und besteht in der Verdrängung von Konkurrenten auf fremden Märkten zu ungewöhnlich billigen Preisen, die selbst unter den Erzeugungspreis heruntergehen und nur durch staatliche Begünstigungen (Refaktien, Prämien) möglich sind.

*) Diese Einbeziehung Rußlands wäre für unsere Verkehrsinteressen auch wichtig, sie hätte in Rußland unter anderem auch die normale Eisenbahnspurweite zur Folge. Letztere Frage, welche strategische pro und contras aufweist, dürfte bei den seinerzeitigen Friedensverhandlungen voraussichtlich zur Diskussion gelangen.

**) Es sei schon jetzt bemerkt, daß der typische Kreatkaube, Wechselkurse ließen sich künstlich und unabhängig von der Güte der Valuta regulieren, wiederholt auf der Konferenz auftaucht.

Tägliche Rundschau 25./II. 1917 151

# Deutsch-Oesterreich in Berlin.

Die Reichsdeutsche Waffenbrüderliche Vereinigung hatte gestern abend zu einer neuen Heerschau in das Abgeordnetenhaus eingeladen. Nachdem Ende vorigen Jahres die Ungarn über ihren Staat und seine Beziehungen zum Deutschen Reich sich zu uns ausgesprochen hatten, folgte nun der cisleithanische Teil der Doppelmonarchie mit Reden zweier seiner bekanntesten Kulturträger. Unwillkürlich zieht man Vergleiche. Damals im Reichstag, als ein politisch so von Haß und Gunst umbrandeter Charakterkopf wie Apponyi sprach, lagen auch gewissermaßen politische Spannungen in der Luft, man ging hin in dem Gefühl, daß man nicht alles ohne weiteres würde gutheißen können, was dort von den madjarischen Patrioten würde gesagt werden, und man fand sich in dieser Erwartung nicht getäuscht. Gestern war dieser stärkere politische Luftzug in dem verhältnismäßig nicht stark besuchten Hause kaum zu spüren. Das ist kein Zufall, man könnte es vielleicht sogar für eine beachtenswerte Erscheinung halten, denn sie zeigt, daß wir mit österreichischen Angelegenheiten schon sehr gut vertraut sind, wenigstens soweit das für Reichsdeutsche möglich ist. Auch die beiden Redner des Abends brachten ausschließlich Gedankengänge, die uns glücklicherweise nicht mehr fremd sind. Zunächst hörten wir über Oesterreichs historisch-politische Sendung im Kreise der Völker eingehende Darlegungen aus dem Munde von Prof. Dopsch, die namentlich in der Behandlung der auswärtigen Politik fesselnd waren und manches in bester persönlicher Beleuchtung zeigten. Auch seine Ausführungen über das Nationalitätenproblem waren recht überlegt und von sachlich abwägender Gerechtigkeit. Mit besonderer Spannung wurde die Rede des früheren Justizministers Dr. Klein entgegengenommen, eines der bekanntesten Männer des öffentlichen Lebens in Oesterreich. Ist er doch der eigentliche Schöpfer der modernen österreichischen Juristerei und zugleich einer der ersten Wirtschafts- und Handelspolitiker. So sprach er denn auch als wirklicher Fachmann über den deutsch-österreichischen Wirtschaftsbund und die besonderen Voraussetzungen, die das Donauland dafür mitbringt. Er dachte über die wirtschaftlichen und kulturellen Gemeinschaftsmöglichkeiten ziemlich optimistisch und hoffte, daß die vorhandenen Reibungsflächen mit der Zeit immer geringer werden würden. Hoffentlich gibt die Zukunft seiner Auffassung recht. Jedenfalls war das Ergebnis des Abends recht befriedigend, denn man merkte es unseren Gästen an, wie fest sie mit ihren inneren Ueberzeugungen für die deutsche Waffen- und Kulturbrüderschaft eintreten. Die Veranstalter haben jedenfalls sich mit der Gewinnung der Redner allgemeinen Dank erworben.

*

Wir geben im Folgenden einen ausführlichen Bericht über die Rede.

Zunächst ergriff Professor Dr. Dopsch das Wort und führte aus:

Der Beruf Oesterreichs war von allem Anfang an, ein Bollwerk des Deutschen Reichs gegen Osten zu sein. Schon die karolingische Ostmark an der Donau diente diesem Ziele, die Ausbildung einer starken Hausmacht der Habsburger nach Beseitigung Ottokars II. von Böhmen schaffte einen starken Eckpfeiler im deutschen Südosten. Von hier aus wird die Landbrücke zu dem schwäbischen Stammgute geschlagen und mit der Erwerbung Burgunds noch am Ende des Mittelalters das heutige Deutschland vom Süden her sichernd umfaßt. Die neue Gefahr aus dem Osten, welche durch das Vordringen der Türken 1526 entstand, bot die Angliederung des böhmischen Sudetenreichs, sowie des magyarischen Großkönigtums, durch deren Zusammenschluß Groß-Oesterreich gebildet ward. In zwei Jahrhunderte langem Kampfe wurde Ungarn und dazu gehörige Teile der Balkanländer erobert, gleichzeitig aber auch Frankreich, das den Feinden Oesterreichs stets Unterstützung lieh, am Rheine abgewehrt. Trotz größter innerer Schwierigkeiten, welche die ständische Eigenbrödelei der einzelnen Länder Oesterreichs, sowie die religiösen Gegensätze während der Reformationszeit bewirkten, konnte eine starke Außenpolitik unterhalten werden, die freilich nicht immer erfolgreich war, wie in Polen im 16. Jahrhundert.

Die Großmachtstellung Oesterreichs nach den Erwerbungen des spanischen Sukzessionskrieges begleitet eine Neuorientierung der europäischen Mächtekonstellation. — Nach dem Aussterben des Habsburgischen Mannesstammes droht, wie 1618, eine Aufteilung Oesterreichs (1740). Maria Theresia und Josef II. gestalten die bis auf Schlesien behaupteten Erbländer durch eine zentralistische Verfassungsreform zu neuer staatlicher Erstarkung um. Oesterreich hat nunmehr den großen Beruf, Rußland, das nach der Teilung Polens zum Meere strebt und Konstantinopel erobern will, vom Balkan abzuwehren. Schon Metternich hat nach dem Versagen der Entente zwischen Rußland, England und Frankreich (von 1821—31) als maßgebende Richtlinien der österreichischen Orientpolitik die Erhaltung der Türkei sowie die Bildung unabhängiger Kleinstaaten aus den Balkanländern aufgestellt und den Zar Nikolaus I. auf der Kaiserentrevue zu Münchengrätz 1833 dafür gewonnen.

Eine bedeutende Aufgabe erwuchs Oesterreich infolge der Aufrichtung eines italienischen Einheitsstaates seit 1866, da derselbe Südtirol und Triest, sowie das Küstenland an der Adria loszureißen trachtet. Die große Felsenfestung, welche Südostdeutschland Flankendeckung gewährt, Tirol, und der Zugang zur Adria müssen erhalten werden. Auch Ungarns Interesse am Meere ist davon berührt.

Die Neugestaltung der beiden selbständigen Staaten der Donaumonarchie im Jahre 1867 verbürgt durch die einheitliche Führung der gemeinsamen Außenpolitik eine Unabhängigkeit dieser von dem Nationalitätenstreit im Inneren. Die Gleichberechtigung aller Völker Oesterreichs, welche in Zeiten des allgemeinen, gleichen Wahlrechtes dazu geführt hat, bedeutet gerade für die Nichtdeutschen unter ihnen unleugbare politische Vorteile, die in anderen Großvölkerstaaten (z. B. Deutschland) fehlen. Sie müssen auch die staatliche Einheitskraft stärken, zumal der Weltkrieg lehrt, daß die Kleinstaaten eine selbständige Sonderpolitik nicht führen können.

Darauf sprach Exzellenz Dr. Klein über Wirtschaftsfragen:

Die neuere österreichische Wirtschaftspolitik ist in ihren Grundzügen und in vielen Einzelheiten von der des Deutschen Reiches nicht wesentlich verschieden. Im einzelnen, insbesondere in Aktiengesellschaften und Gewerbeverfassung, gehen die Bindungen in Oesterreich weiter als in Deutschland. In der Außenhandelspolitik halten beide Reiche, seitdem der Zwiespalt im deutschen Bunde ausgetragen war, dieselbe Bahn ein. Nach Jahren entgegengesetzter Zollpolitik einigten sich Preußen und Oesterreich auf eine Handelspolitik nach dem damaligen westeuropäischen Muster des Freihandels (1868). 1878 zogen sich dann die beiden Reiche auf eine selbständige Zollpolitik zurück, wobei insbesondere mitwirkte, daß Bismarck ein Zollsystem aufzurichten vorhatte, das der deutschen Produktion in ihrer Gesamtheit einen Vorzug vor der ausländischen geben sollte. Im Dezember 1871 fand der Uebergang zum System der mitteleuropäischen Handelsverträge statt, die die Unentbehrlichkeit und den politischen Nutzen des mitteleuropäischen Gedankens voraus ahnte. Im Rückblick erscheint die damalige Begründung des jetzigen handelspolitischen Verhältnisses als eine große politische Tat.

Die Sozialpolitik hatte in Oesterreich und in den deutschen Ländern ihre selbständigen Anfänge. Ein Zusammenwirken fand insofern statt, als die Novemberbotschaft des Deutschen Kaisers (1881) viel dazu beitrug, die hartnäckigen politischen Widerstände zu erschüttern, die eine Fortführung der Arbeiterschutzgesetzgebung in Oesterreich lange aufhielten. Oesterreich ist nun Deutschland gegenüber hauptsächlich nur mehr in bezug auf die Alters- und Invalidenversicherung im Rückstande. Die Sozialpolitik ist trotz allen unversöhnlichen Gegnerschaften ein natürliches, unentbehrliches, sittliches Glied der Volkswirtschaft geworden.

Die Organisation und die wesentlichsten Anstalten der Kriegswirtschaft und die Kriegswirtschaftspolitik sind in Oesterreich und in Deutschland gleich. Der Krieg reiht aber eine weitere Uebereinstimmung an: die Gleichheit der wirtschaftlichen Aufgaben der nächsten Zukunft. Die Mittelmächte haben vor dem Krieg zur Außenhandelspolitik verschieden gestanden. Angesichts der ihnen ans Leben gehenden Absichten der Feinde verschwindet aber dieser Unterschied. Gegenüber der Notwendigkeit solchen gemeinsamen Handelns dürfen zwischen den beiderseitigen Volkswirtschaften etwa bestehende Wettbewerbsverhältnisse nicht ins Gewicht fallen. Ein engeres wirtschaftliches Verhältnis muß ein gesunder lebenskräftiger Gedanke sein, sonst würde er nicht durch ein halbes Jahrhundert immer wiederkehren und stets überzeugte Anhänger finden. Die gegenwärtige österreichische Regierung hat gleichfalls die Anbahnung solcher engerer wirtschaftlicher Beziehungen in ihr Programm aufgenommen, und eine maßgebende Persönlichkeit der deutschen Regierung hat einige Wochen später die Ansicht geäußert, daß die Innigkeit des Bündnisses auch auf dem Gebiete der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen mehr und mehr zum Ausdruck kommen müsse.

Die Wirtschaftspolitik dient nicht nur der Volkswirtschaft, sondern auch höheren außerwirtschaftlichen Zwecken. Diese sind technischer, geistig-sittlicher und staatlicher Fortschritt oder mit einem anderen Wort Kultur. Die Wirtschaftspolitik verrichtet Kulturarbeit. Gleiche Wirtschaftspolitik ist gleiche Kultur. Die neuere Wirtschaftspolitik verstärkt daher mit dem wirtschaftlich Gleichen das Band gleicher Kultur, das die beiden Reiche umschließt. Sie ist ein Zeichen mehr für diese Kulturgemeinschaft und fördert sie. Die gleiche Kultur der beiden Ländergebiete ist der geistige Unterbau und die Erklärung ihrer gleichen Wirtschaftspolitik. Außerhalb des politischen und militärischen Gebietes stößt ein Engergestalten des Zusammenschlusses, wenn er nicht etwa rein oberflächlich sein soll, vorläufig noch auf den Streit der beteiligten Wirtschaftsgruppen um den Markt. Er hat im Laufe des Krieges einiges von seiner ursprünglichen Schärfe verloren, namentlich in den österreichischen Wirtschaftskreisen; bevor er aber nicht befriedigend ausgetragen ist, haben die übrigen Ausgleichungen (Rechtsannäherungen, Ineinandergreifen sozialpolitischer Einrichtungen usw.) geringen Wert. Die Waffenbrüderlichen Vereinigungen werden nicht für irgendeine Formel der wirtschaftlichen Verständigung zu werben haben, sie müssen vielmehr das Bewußtsein der alten geschichtlichen Gemeinschaft und der gegenwärtigen zahllosen materiellen und geistigen Verflechtungen so lebendig machen, daß die nach anderer Richtung neigenden wirtschaftlichen Sonderinteressen nicht anders können als sich, wie sonst, dem eigenen Staate so nun der höheren überstaatlichen Gemeinschaft und den Erfordernissen ihrer Erhaltung unterzuordnen. Diese Arbeiten werden die Oesterreicher in Reih und Glied mit den Deutschen in hoffnungsvoller Zuversicht aufnehmen.

# Der Volkswirt.

## Der neue Ausgleich und die neuen Handelsverträge.

Dreizehn Monate, vom 28. Jänner vorigen Jahres bis 24. Februar dieses Jahres, haben die Ausgleichsverhandlungen zwischen Oesterreich und Ungarn gedauert, die, wie es in dem Sonntag veröffentlichten amtlichen Communiqué heißt, zu einem vorläufigen Ergebnis geführt haben, so daß nunmehr die handelspolitischen Verhandlungen mit Deutschland und andern Staaten eingeleitet werden können. Die Einigung der beiden Regierungen unsrer Monarchie über den Ausgleich war die notwendige Voraussetzung für den Beginn von Handelsvertragsverhandlungen. Was allerdings nicht etwa bedeutet, daß bisher noch keine Fühlungnahme mit Deutschland über den abzuschließenden künftigen Handelsvertrag erfolgt ist. Vielmehr wurde schon am 26. Juli vorigen Jahres offiziell gemeldet, daß Beratungen österreichisch-ungarischer und deutscher Regierungsvertreter in Wien über zoll- und handelspolitische Fragen stattgefunden haben, welche, wie es in den betreffenden Mitteilungen hieß, mit erfreulicher Uebereinstimmung in den beiderseitigen Standpunkten zu einem vorläufigen Abschluß gelangten. Daraus ist zu schließen, daß in den Prinzipienfragen bei den erwähnten Juliverhandlungen zwischen unsrer Monarchie und dem Deutschen Reiche eine Einigung erzielt worden ist und nur auf den Abschluß der Ausgleichsverhandlungen mit Ungarn gewartet wurde, um in die Spezialberatungen über die einzelnen Zollfragen einzugehen. Es wurde damals gewissermaßen die Generaldebatte erledigt, und jetzt wird zur Spezialdebatte geschritten. Notwendigerweise mußten den Handelsvertragsverhandlungen die Ausgleichsverhandlungen vorhergehen, aber ebenso notwendig war auch, daß den Ausgleichsverhandlungen, soweit sie sich auf zoll- und handelspolitische Angelegenheiten bezogen, eine die allgemeinen Gesichtspunkte betreffende Verständigung mit Deutschland vorausgehe.

Die zwischen den beiden Regierungen unsrer Monarchie getroffenen Vereinbarungen lassen sich, auch wenn man noch nicht ihren Inhalt im einzelnen kennt, in zwei Gruppen teilen: in solche Bestimmungen, die nur gemeinsame innere Angelegenheiten betreffen, und in solche, die mit der Handelspolitik untrennbar zusammenhängen. In die erste Gruppe sind einzureihen die Festsetzung der Quote Oesterreichs und Ungarns, die Erneuerung des Bankprivilegiums, die Regelung der Eisenbahntarife, die nach gemeinsamen Grundsätzen zu behandelnden indirekten Steuern, insbesondere die Verbrauchsabgaben. Das Quotenverhältnis wird eventuell, wenn die beiderseitigen Parlamente sich darüber nicht einigen, verfassungsgemäß durch die Krone bestimmt. Bezüglich der Oesterreichisch-ungarischen Bank ist als sicher anzunehmen, daß ihr zu Ende 1917 ablaufendes Privilegium erneuert werden wird. Die Bestrebungen der ungarischen Opposition, eine selbständige ungarische Bank zu errichten, haben nicht die geringsten Aussichten. Wenn es noch eines Beweises bedürfte, daß die Monarchie eine gemeinsame Bank haben muß, so ist er durch den jetzigen Krieg erbracht worden. Ueber das Prinzip der Bankgemeinsamkeit wird diesmal sicherlich keine ernsthafte Meinungsverschiedenheit bestehen; bei der Erneuerung des Bankprivilegiums käme also nichts andres in Erwägung als etwa, wie hoch das Notenkontingent in Zukunft zu fixieren sei und welche Veränderungen sonst im Bankstatut vorzunehmen wären.

Weit schwieriger als diese unser Verhältnis zum Auslande nicht berührenden Fragen waren die der zweiten Gruppe, welche die Zoll- und Handelspolitik betreffen. Ueber die nur von der ungarischen Opposition angefochtene Gemeinsamkeit des österreichisch-ungarischen Zollgebietes brauchten beide Regierungen nicht erst zu debattieren. Welche Dauer dem neu abzuschließenden Ausgleiche zu geben sei, das steht wohl auch in einigem Zusammenhange mit den künftigen Handelsverträgen. Es hat sich als praktisch erwiesen, daß der Ausgleich und die wichtigsten Handelsverträge zu gleicher Zeit ablaufen und nicht,

# Der Kultusetat im Abgeordnetenhaus.

Sitzung vom 28. Februar.

Am Ministertisch: v. Trott zu Solz.

Präsident Graf Schwerin-Löwitz eröffnet die Sitzung um 12 Uhr 15 Minuten.

Die zweite Lesung des Staatshaushalts wird bei dem Voranschlag für das Kultusministerium fortgesetzt, und zwar behandelte das Haus die Universitäten, Kunst und Wissenschaft, Hochschulen.

Den Bericht des Haushaltsausschusses erstatteten die Abgeordneten Dr. v. Savigny (Ztr.) und Dr. v. Campe (natlib.).

## Minister v. Trott zu Solz:

Der Voranschlag bringt nicht nur die bisherigen Summen, sondern manche Posten sind erhöht, einige sogar ganz neu eingesetzt worden. Das gilt namentlich für das Studium des Auslands. Die Denkschrift, die ich vorgelegt habe, geht über das hinaus, was man ursprünglich als Ziel der „Auslandshochschule" bezeichnete. Die Frage ist in meinem Ministerium nach allen Seiten hin gründlich geprüft. Wir sind ein Weltvolk und müssen es bleiben. Für ein solches Volk ist eine genaue Kenntnis der Weltzusammenhänge, der Weltpolitik und der Stellung Deutschlands in der Welt nötig. Hier brauchen wir auch eine „Neuorientierung". Hierfür kommen in erster Linie die Universitäten in Frage, aber nicht minder auch die technischen Hochschulen. Unsere Universitäten dienen einmal der reinen Forschung, aber sie dienen auch als Lehrstätten. Unsere Universitäten müssen mitten im nationalen Leben stehen. Das Ziel, das sich das Auslandsstudium stecken muß, ist hoch, dazu führt ein langer Weg. Die vielen Aufgaben, die hier gestellt sind, können unmöglich von einer Stelle aus gelöst werden. Der Streit, ob das Reich oder die Bundesstaaten sie zu lösen haben, beruht auf der Vielseitigkeit der Aufgaben, die zum Teil nur vom Reich, wie die Propaganda im Auslande, zum anderen Teile aber, wie die Bildungsaufgaben, nur von den Bundesstaaten erfüllt werden können. Die Aufgaben des Auslandsstudiums sind so wichtig, daß finanzielle Bedenken zurücktreten müssen. Die Wirkung dieses Planes wird nur langsam bemerkbar werden. Deshalb müssen wir bald ans Werk gehen. Bewilligen Sie dazu die erforderlichen Mittel! (Beifall.)

## Abg. Dr. Heß (Zentrum):

Wir haben nie verlangt, daß in katholischen Gegenden nun für alle Fälle katholische Beamte angestellt werden. So schematisch fassen wir die Parität nicht auf. Aber eine gewisse Berücksichtigung der Bevölkerung ist doch geboten. Für die Förderung der deutschen Kunst muß mehr als bisher geschehen. Von unseren Feinden muß uns das, was sie uns früher an Kunstwerken geraubt haben, zurückgegeben werden. Ich freue mich, daß sich jetzt der Reichsschatzsekretär mit beiden Füßen auf den Boden der Zahlung einer Kriegsentschädigung durch unsere Feinde gestellt hat. (Beifall.) Den Heldenhainen stehen wir ablehnend gegenüber. Wir sehen in den Heldenhainen eine Anlehnung an die vorchristliche Zeit, die wir nicht billigen können. (Sehr richtig! im Zentrum.) Für unsere aus dem Felde zurückkehrenden Studenten müssen wir in jeder Beziehung sorgen; die Erklärungen des Ministers über die Abkürzung der Studienzeit begrüßen wir. Die Denkschrift über die Förderung der Auslandsstudien war für uns eine angenehme und geistreiche Ueberraschung. Wir sind hier mit der Dezentralisation auf dem richtigen Wege. Aber ein gewisser Oberbau darf nicht fehlen. Unser Nationalbewußtsein muß gestärkt werden, es ist ein Mangel daran, wenn ein deutscher Staatsminister auf einem Bankett zu Ehren eines „neutralen" Diplomaten englisch spricht. Und was zum Teufel setzt uns W. T. B. die Freundschaftsergüsse des Grafen Bernstorff vor?! (Lebh. Zust. rechts.) Mehr deutsche Würde, mehr Zivilcourage!

## Abg. Dr. Irmer (Kons.):

An dem Dombau unserer Wissenschaften und Künste ist auch in dieser schweren Zeit nicht gespart worden, die staatlichen Bauten werden in alter Vornehmheit weitergeführt, ohne Kitsch! Wir haben auch wertvolle Erwerbungen gemacht für unsere Staatsgalerien. Könnte doch der Staat dem Künstlerelend mehr abhelfen! Freilich, das war Künstlerschicksal zu jeder Zeit. Aber man kann doch nicht die Tore der Museen wahllos öffnen. Nur Meisterwerke passen hinein. Der Staat soll vom Künstler, nicht vom Händler kaufen. Bei den ganz modernen Bildern ist es meist ganz gleich, wie sie hängen, man versteht doch nicht, was sie darstellen. Bei der Prüfung des Lehrplans bitte ich, vor dem Lateinischen und Griechischen haltzumachen. Schon vor 25 Jahren wurde ich im Auswärtigen Amt mit einer Arbeit über das Auslandsstudium beauftragt, also neu ist die Frage nicht! Sie hat immer Schritt gehalten mit unserer weltpolitischen Entwicklung. Eine besondere Auslandshochschule neben den Universitäten wäre Kräftevergeudung. Wir müssen für eine gediegene Auslandsbildung unseres Volkes sorgen. Mit der Weltwirtschaft steht und fällt die Weltmachtstellung. Erzieht das deutsche Volk zum Weltvolk! (Beifall.)

## Abg. D. Traub (Fortschr. Vpt.)

begründet einen Antrag, der von allen Parteien, mit Ausnahme des Zentrums, unterstützt ist:

> in den nächstjährigen Haushaltplan erstmalig 20 000 M. zur Förderung von Veröffentlichungen und Forschungen über die Zeit der Reformation und Gegenreformation einzustellen und mit dieser Aufgabe eine Kommission von protestantischen und katholischen Forschern zu betrauen.

Wir fürchten nicht, daß nach diesem Krieg eine Zeit der Reaktion kommt; folgte ja auf 1815 sogar die hohe Zeit der deutschen Pädagogik. Wir erhoffen auch für die Zukunft eine neue Blüte der Pädagogik. Gott sei Dank, wenn wir in eine Zeit hineinwachsen, in der wir alle, über die Parteigrenzen hinweg, alle unsere Kraft an eine deutsche Weltpolitik setzen. Die Universitäten sind nicht nur vom Nützlichkeitsstandpunkt zu beurteilen, und erfreulicherweise bringt die Auslandsdenkschrift die Wissenschaft in eine direkte Beziehung zum Staat, was mit Fichtes Auffassung übereinstimmt. Wir denken dabei an einen idealen Staatsbegriff, nicht an ein temporäres Kultusministerium. Die vorbildlichen Leistungen unseres Orientalischen Seminars sollten in die breiten Volksmassen dringen. Man weiß gar nicht, was unser Wissenschaftsbetrieb schafft.

Die Geschichte ist die Voraussetzung aller weltpolitischen Betätigung, der Historismus soll aber nicht in den Vordergrund gestellt werden. Die Beschäftigung mit der Weltpolitik soll, nach der Denkschrift, auf nationaler Grundlage erfolgen. Dazu gehört aber, daß wir uns nicht an alle Weltpolitik und alle Eigenheiten fremder Völker vergeben, sondern auf unserem eigenen Standpunkt beharren. (Sehr richtig!) Die Presse leistet verschiedentlich wertvollsten weltpolitischen Unterricht, der muß auch künftig gesichert werden. Die Teilnahme der Technischen Hochschulen ist gar nicht zu entbehren, und das Auslandsdeutschtum ist dabei wohl zu berücksichtigen.

Der Redner weist dann auf die akademische Mitarbeit an den praktischen Bestrebungen zu engerem Zusammenschluß mit unseren Bundesgenossen hin und verweist nunmehr vom Standpunkte der allgemeinen Hebung des wissenschaftlichen Geistes auf seinen Antrag. Das in den Schützengräben zusammengewachsene Volk hat ein tiefes Verständnis für den Lutherzorn der freien Rede, für die durch nichts zu brechende Zuversicht und für den Bekenntnissatz der evangelischen Kirche, daß die Obrigkeit das Recht hat, Kriege zu führen. Eine von konfessioneller Einseitigkeit freie Geschichtsschreibung der Reformationszeit soll gefördert werden. Ich halte mich fern von dem Glauben an eine Vereinigung der Kirchen; viel besser, sie erhalten sich beide kräftig in ihrer Eigenart. (Zustimmung.) Es ist ein Markstein, wenn es bei der 400-Jahr-Feier der Reformation möglich sein sollte, daß auf wissenschaftlicher Grundlage von beiden Seiten zusammengearbeitet und manches beseitigt wird. (Beifall).

### Kirche und Krieg.

Gegenüber dem Abg. Ad. Hoffmann betone ich, daß die Kirche recht hat in ihrer Haltung zum Kriege und in ihrem Eintreten für das Aushalten. Mit dem staatspolitischen Verhältnis der Kirche hat das gar nichts zu tun. Und wenn wir statt eines nationalen Kriegs eine Revolution hätten, so würde Herr Hoffmann unter Umständen auch anders reden. (Sehr gut!) Der Kirche war Frieden immer lieber als Krieg, das muß aber kein fauler Frieden sein, denn der Frieden an sich ist nicht das höchste Gut. (Sehr wahr! rechts). Unchristlich ist es, in dieser Zeit nicht an die Seite seines Volkes zu stellen, sondern die Klassen zu verhetzen, „Frieden!" zu rufen in einer Zeit, wo kein Frieden ist, und in der den Frieden zu fördern heißt: ihm schlecht den Weg bereiten! (Lebh. Zustg. rechts.) Wenn ich in dieser Zeit wissen will, was Christentum ist, so geh' ich nicht zu Herrn Adolf Hoffmann, sondern zu dem, der Christ und Kriegsmann zugleich ist, zu unserem Hindenburg! (Erneute lebh. Zustg.)

Schließlich entwickelt der Redner eine Reihe von Einzelforderungen für den Ausbau und die Reform des Hochschulstudiums. Unsere Studentenschaft soll aufwachsen in einem neuen Idealismus, der nach der philosophischen Forderung aus der Durchdenkung unseres ganzen Wissens entspringt.

Alle Hast bei den Kriegergrabmälern ist künstlerisch von ungünstigster Wirkung. (Sehr wahr!) Gegenüber den tadelnden Worten, die über die moderne und modernste Kunst gesprochen wurden, verweise ich auf Schinkels Wort: „Die Kunst ist nichts, wenn sie nicht neu ist!" Der moderne Künstler muß das Recht haben, das zu sagen, was er empfindet, und das zu schaffen, was er für recht hält. Achten wir in allem die Einheit des deutschen Geistes! Vor drei Wochen mußte sich hier Herr Leinert entschuldigen wegen eines Lobes, das in Wahlzeiten gegen ihn vielleicht hätte angewendet werden können. Wohin kommen wir, wenn ein Sozialdemokrat nicht mehr von einem Bürgerlichen und ein Bürgerlicher nicht mehr von einem Sozialdemokraten gelobt werden dürfte! Nein, hoffen wir auf den neuen einheitlichen deutschen Geist! (Lebh. Beif. auf verschiedenen Seiten).

## Abg. Dr. v. Campe (Natlib.):

Den Antrag Traub begrüße ich; hoffentlich schließt sich auch das Zentrum diesem Antrage an, namentlich nach den Ausführungen des Abg. Traub. Das Entgegenkommen des Ministers gegenüber den Studenten ist sehr erfreulich. Die jungen Leute, die ihre besten Lernjahre im Schützengraben zubringen müssen, verdienen auch ein solches Entgegenkommen. Warum verlegt man nicht das Examen der Kriegsprimaner auf die Universitäten? Die Professoren würden dann einen fortgesetzten freiwilligen vaterländischen Hilfsdienst gegenüber den Studenten erfüllen können. Der Alb des Reifeexamens muß von unseren Kriegsprimanern genommen werden. Eine Abkürzung des Studiums halte ich für durchaus zulässig, wenn man die Ferien zu Hilfe nimmt. Die Professur des Professors Pfleiderer ist leider immer noch nicht besetzt. Es ist bedauerlich, daß diese Professur eines Mannes von Weltruf an der größten Universität Deutschlands so lange verwaist ist. Den Standpunkt, den die Denkschrift des Ministers zu den Auslandshochschulen einnimmt, entspricht dem Beschluß des Ausschusses. Wir arbeiten an dem Gedanken schon seit 30 Jahren. Vor dreißig Jahren waren wir noch binnenpolitisch, heute sind wir weltpolitisch. Bismarck glaubte die Kolonien noch durch die Kanonen von Metz schützen zu können. Der Krieg hat uns anders gelehrt. Binnenland ist Stickluft. Das deutsche Volk atmet auf in der Luft der Weltpolitik. Unsere Politik kann keine Landes- und Meeresgrenzen mehr kennen. Die Kenntnis des Auslandes wird noch dem Kriege noch wichtiger sein als bisher.

### Der Nutzen der Auslands-Hochschulen.

England wird aus dem Kriege so geschwächt hervorgehen, daß es ganz anders seine Konkurrenzkräfte uns gegenüber einsetzen muß. Dazu kommt der beabsichtigte wirtschaftliche Boykott. Auch die schweren Verluste in unserer Bevölkerung erschweren uns den Kampf. Der Komplex unserer Interessen wird sehr viel schwerer zu entwirren sein als bisher. Unsere Parlamentarier werden sehr gut tun, die Vorteile der Auslandshochschulen sich zunutze zu machen. Unsere Journalisten und heute Lehrer und Beeinflusser der öffentlichen Meinung und der Massen überhaupt. Diesen Herren müssen wir die Möglichkeit geben, sich über die Verhältnisse in den Auslandshochschulen zu unterrichten. Uns stehen nicht der Kabelapparat und die Auslandsbeziehungen Englands zur Verfügung. Wir sind selbst im Kriege immer noch auf Reuterlügen angewiesen. Hoffentlich gibt uns der Friede auch die Möglichkeit, für selbständige Verbindungen mit dem Auslande zu sorgen. Doch das ist Reichssache. Die Gebiete, die die Auslandshochschule pflegen soll, sind ja in der Denkschrift enthalten. Ob aber all die Ansprüche an die Auslandsschule aufgeführt sind, ist mir zweifelhaft. Die Praxis muß noch mehr zu ihrem Rechte kommen. Das muß auch in den Lehrgegenständen noch mehr zum Ausdruck kommen.

Auch die technischen Hochschulen können nicht nur in ihren allgemeinen Abteilungen, sondern in ihren Sonderabteilungen herangezogen werden. Ich denke da beispielsweise an die Geologen. In Wirklichkeit sollen diese Hochschulen der Auslandspolitik dienen; sie dürfen nicht ihre wissenschaftliche Grundlage verlieren, aber es dürfen nicht nur Professoren auf den Kathedern sitzen, sondern auch Männer des praktischen Lebens. Vor hundert Jahren hat in schwerer Zeit Preußen die Universität Berlin geschaffen. Hoffen wir, daß die auch in schwerer Zeit entstehende Auslandshochschule zu ähnlicher Blüte gelangt (Beifall.)

## Abg. Dr. Rewoldt (Frk.):

Dem Antrag Traub stimmen wir zu. Er wird dazu beitragen, dem Reformationsfest ein würdiges Denkmal zu setzen. Schon 1913 verlangte der Reichstag den Ausbau des Orientalischen Seminars zu einer Auslandshochschule, wie ihr Gedanke heute in etwas anderer Form zum Ausdruck gekommen ist. Herr Scheidemann hat gestern im Reichstag gesagt: „Man tut gut, auch die anderen Völker nach dem eigenen Volke zu beurteilen; die Unterschiede sind gar nicht so groß!" Solche Ausführungen zeigen nur, wie bitter Not unserem Volke eine bessere Kenntnis des Auslandes tut. (Sehr richtig!) Der Krieg hat auch sonst gezeigt, wie unvollkommen wir mit den Anschauungen des Auslandes vertraut sind. Früher zur Zeit des heiligen römischen Reiches deutscher Nation war man besser über die ferneren Lande unterrichtet. Unsere Universitäten drohen immer mehr in Fachschulen auseinanderzufallen. Dem kann auch die Auslandshochschule entgegenwirken und in Deutschland ein praktisches Weltbürgertum erziehen. (Beifall.)

Hierauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Donnerstag 11 Uhr.

In einer persönlichen Bemerkung nennt der Abg. Ad. **Hoffmann** (Soz. A.-G.) den Abg. Traub wegen dessen Kritik seiner gestrigen Rede einen „elenden Verleumder" und wird vom Vizepräsidenten Dr. v. Krause zur Ordnung gerufen.

Abg. D. **Traub:** Ich verzichte auf eine Entgegnung! (Beifall.)

Schluß 5½ Uhr.

---

## Das Programm für die Uebergangswirtschaft.

### Aus dem Reichstags-Ausschuß für Handel und Gewerbe.

Der Reichstagsausschuß für Handel und Gewerbe nahm heute den Bericht des Reichskommissars für die Uebergangswirtschaft Senator Dr. Stamer über die Vorarbeiten zur Aufstellung eines Programms für die Uebergangswirtschaft entgegen. Die Darlegungen bezogen sich auf die Valutafrage, die Tonnagefrage, die Verteilung der Rohstoffe aus In- und Ausland, die Wiederbeschäftigung der mobilisierten Arbeiter, die Rationierung der Lebensmittel, die auch zunächst nach dem Friedensschluß beizubehalten sei. Infolge der augenblicklichen Lage sei es unmöglich, jetzt schon ein festes Programm aufzustellen, das werde erst in einigen Monaten möglich sein.

Ein Mitglied des Ausschusses wünschte eine Statistik des Verbrauchs, die dem Reichsamt ein wesentliches Hilfsmittel für seine Arbeiten sein werde. Dem stimmte der Reichskommissar zu und erklärte, daß die Erzeugungsstatistik aus dem Jahre 1912 ihm bereits zur Verfügung stehe; sie bedürfe aber noch nach mehreren Richtungen hin der Ergänzung. Ein anderes Mitglied wünschte weitergehende Mitwirkung des Reichstagsausschusses bei den Vorarbeiten für die Uebergangswirtschaft und erbat regelmäßige Mitteilungen über die Arbeiten der in Betracht kommenden Ausschüsse und Organisationen.

Der Reichskommissar hielt dauernde Fühlungnahme mit dem Ausschuß für angebracht, er könne sich aber kein Bild davon machen, wie eine weitergehende Arbeit des Ausschusses möglich sei.

Die weitere Erörterung betraf die Gestaltung der vom Reichskommissar vorgesehenen Rohstoffverteilungsgesellschaften für die Industrie und die Verwendung der bereits vollzogenen Verkäufe an Rohstoffen aller Art. Der Reichskommissar erklärte, er denke sich die Verteilungsgesellschaft als Selbstverwaltungskörper der Industrie unter Aufsicht des Reichskommissars; der Handel werde bei der Rohstoffversorgung nicht zu umgehen sein; die Verkäufer hätten die Pflicht, nicht nur an die eigenen Interessen, sondern auch an die Notwendigkeit der Beschäftigung der gesamten Industrie zu denken, ihnen solle etwa durch Prämien eine Entschädigung für das übernommene Risiko geboten werden.

Der Gedanke der engeren Zusammenarbeit des Uebergangsamtes mit dem Reichstage fand die grundsätzliche Zustimmung aller Redner. Die Aussprache führte schließlich zu dem Antrag: „Der Ausschuß nimmt Kenntnis von der Zusage des Herrn Unterstaatssekretärs, vor der endgültigen Entscheidung über wichtige Fragen in der Uebergangswirtschaft dem Ausschuß Gelegenheit zur Aeußerung zu geben und mit Berichterstattern und Mitberichterstattern in der Zwischenzeit in Verbindung zu bleiben. Der Ausschuß überläßt dem Vorsitzenden die Anberaumung der nächsten Sitzung zur Besprechung der Rohstoffversorgung." Der Antrag fand einstimmige Annahme.

Ein zweiter Antrag lautet: „Der Ausschuß spricht den dringenden Wunsch aus, Arbeiter- und Angestelltenvertreter der verschiedenen Richtungen für den Beirat der Uebergangswirtschaft zu ernennen."

Dieser Antrag wurde mit Mehrheit angenommen, nachdem ein Mitglied den Wunsch geäußert hatte, auch Vertreter der großen Innungsverbände und Genossenschaften zu den Vorbereitungsarbeiten zuzulassen, damit so das kleine und mittlere Gewerbe die gebotene Berücksichtigung finde.

Neues Wiener Tagblatt
2. III. 1917

158

# Aktuelle Betrachtungen der Industrie.

Von Artur Lemberger, Präsidenten des Vereines der Baumwollweber Oesterreichs.

Der Frieden schien durch den amerikanischen Vermittler nähergerückt, so zwar, daß sich die industrielle Welt aus begreiflicher Sehnsucht mit der Behandlung der schwierigen Aufgaben der Umstellung auf die Friedenswirtschaft und vor allem mit den Problemen der Uebergangszeit eifrigst beschäftigte. Nunmehr ist gerade durch Amerika ein bedauerlicher Rückschlag eingetreten, und Friedensgedanken ermangeln zunächst der Aktualität. Wenn ich mir den Eindruck ins Gedächtnis zurückrufe, den die so hochstehende Aktion des amerikanischen Hilfskomitees gelegentlich meines Aufenthaltes in Belgien auf mich machte, welche durch das Comité national de secours an die notleidenden Belgier Lebensmittel im Wert von 50 Millionen Franken pro Monat zur Verteilung bringt, so kann ich nicht fassen, daß dasselbe amerikanische Volk für die verzweifelte Abwehr der Verbündeten vor der aufgezwungenen Aushungerung ungeachtet aller bewiesenen Vorliebe für England und vielleicht mehr noch für die Kriegsgewinne (die direkten bisherigen Gewinne werden für Amerika mit 30 Milliarden Mark berechnet) das notwendige Verständnis nicht aufbringen sollte.

Auch die Industrie muß also jedenfalls wieder mit der ganz ungewissen Kriegsdauer rechnen. Die Erschöpfung der Vorräte allüberall in ganz Europa verschärft sich zusehends. Die Zentralen und Kriegsverbände wachen über die verringerten Bestände an Rohmaterial, welche nur für den notwendigsten Heeresbedarf bestimmt bleiben müssen. Ist es doch bezeichnend, wenn zum Beispiel die österreichische Baumwollweberei, welche sich mit größter Geschicklichkeit auf die Verarbeitung von Ersatzfasergarnen, wie unter andern Papiergarn, einrichtete, von zirka 140,000 Webstühlen derzeit nur eine erheblich eingeschränkte Anzahl zu beschäftigen vermag.

Neben den Munitionsfabriken bietet sich nur mehr für jene Industrien einigermaßen Raum zur ausgiebigeren Betätigung, welche ihr Rohmaterial als österreichisches Produkt beziehen, und auch solche Betriebe müssen den schmalen Weg zwischen Verordnungen mit Verarbeitungs- und Veräußerungsbeschränkungen gehen. Aber all die Not an Material, an Beschäftigung und Personal wird geduldig hingenommen, wenn es gilt, das Unternehmen vor gänzlicher Stillegung unter Ausnützung aller Ersatzstoffe und Abfallprodukte zu bewahren und damit rechnen zu dürfen, daß der Friede den Betrieb nicht gänzlich desorganisiert und für die Wiedereröffnung nicht völlig ungeeignet finde. Ohnehin wird sich die Instandsetzung der Anlagen, mit welchen während des Krieges Raubbau getrieben wurde, schwierig gestalten, und die Zukunft wird an die Tatkraft und Anpassungsfähigkeit der Unternehmer die allergrößten Anforderungen stellen. Inzwischen wird sich die Industrie wohl mit der unvermeidlich bevorstehenden namhaften Erhöhung der Abgabenlasten auseinanderzusetzen haben. Man kehrt immer wieder zur alten Liebe, der Industrie, zurück, wenn neue Steuern und Steuersteigerungen in Betracht kommen. Wie tief eingreifend indes die Teilhaberschaft des Staates an jedem Einkommen und Vermögen und nicht bloß an jenem der Industrie, wird sein müssen, zeigte mir so recht ein Blick auf ein Tableau, das mir letzthin vor Augen kam und auf welchem die bisher aufgelaufenen Auslagen aller Kriegführenden mit zirka 4000 Mark pro Sekunde errechnet waren.

Da nun die erwerbenden Stände für alles aufzukommen haben werden, was den Fortbestand des Staates gewährleisten wird, eine Aufgabe, deren Lösung nach Kräften zu fördern sich kein Einsichtiger entziehen wird, müßten an die Oekonomie im Staatshaushalte die strengsten Ansprüche gestellt werden, und damit im Zusammenhang die unerläßliche Vereinfachung und Verbilligung unsrer ganzen Verwaltungseinrichtungen verlangt werden. Schon vor dem Kriege ist der Ruf nach Verwaltungsreformen in allen modernen Staaten laut geworden. Der frühere deutsche Reichskanzler Fürst Bülow hat schon im Jahre 1908 die Modernisierung der ganzen Staatsverwaltung angeordnet, freilich, ohne daß damit etwas Positives geschaffen wurde. Daher ist jetzt in Deutschland eine Stelle eingesetzt worden, welcher diese so wichtige Aufgabe übertragen ist. Zwei hohe Staatsbeamte wurden beauftragt, geeignete Vorschläge auszuarbeiten, wobei sie an keinerlei Weisungen der Vorgesetzten gebunden sind und zu welcher Arbeit sie selbständig ihre Mitarbeiter wählen dürfen. Diese zwei leitenden Beamten teilen ihr Pensum in Justiz- und Verwaltungsangelegenheiten. Es wird also in Deutschland versucht, ohne große Kommissionen und Enqueten die Verwaltungsmaschine zu rekonstruieren, was gerade in Oesterreich bedeutungsvoll wäre, weil nationale, parteimäßige und berufliche Interessen nicht zu Worte kommen dürfen. Ich verhehle mir keineswegs, daß in Oesterreich für eine Verwaltungsreform schwere politische Widerstände bestehen, daß der nationale Organismus vorerst einzurenken sein wird. Vielleicht haben aber die Erfahrungen des Krieges die Ansichten darüber geläutert und überbrückt die zum Gemeingut zu erhebende Devise „Sparen und arbeiten" die schier unüberwindbaren Hindernisse. Der ungarische Abgeordnete und nunmehrige Sektionschef im Ministerium des Aeußern Dr. Graf hat in seiner ausgezeichneten Rede im ungarischen Abgeordnetenhause gesagt: „Notwendig ist, daß in jenen Aemtern, welche sich mit den wirtschaftlichen Aufgaben befassen, Fenster und Türen immer offengehalten werden, daß sie mit jedermann gern in Berührung treten, der irgendeine fruchtbare Idee hat." Eine richtige und wichtige Maxime für unsre Verwaltungsbehörden! Vorläufig ist man in so manchen Aemtern gegen Zugluft besonders empfindlich. Und ein frischer, kräftiger neuer Zug wird doch in den kommenden schweren Zeiten unentbehrlich sein.

Habe ich früher in meinen Ausführungen all die Anstrengungen erwähnt, welche der Unternehmer aufwendet, um seinen Betrieb vor gänzlichem Stillegen zu bewahren, so darf ich wohl an dem System nicht achtlos vorübergehen, welches im Anschluß an den vaterländischen Hilfsdienst in Deutschland durch Zusammenlegung von industriellen Betrieben im Deutschen Reich Anwendung findet. Während man bisher aus wirtschaftlichen und sozialpolitischen Erwägungen einer möglichst großen Anzahl von Betrieben die Beschäftigung zu sichern bestrebt war und diese Richtung bei Verteilung von Lieferungen nach dem Schlüssel der Kriegsverbände gefördert wurde, so soll nunmehr der große Kohlenmangel, die Verkehrsschwierigkeiten und nicht zuletzt die Leutenot die Aufmerksamkeit der berufenen Stellen auf das neue deutsche System gelenkt haben. Nach diesem soll nach gewissen allgemeinen Gesichtspunkten besonderer Oekonomie, welche durch die Kriegsverhältnisse geboten erscheint, eine rigorose Auswahl von Betrieben jeder Branche getroffen werden. Die Bedingungen für die zu treffende Auswahl sollen durch Wasser als Betriebskraft oder Nähe von Kohlenzentren und gute geographische Lage gegeben sein. Es wird als durchaus unzeitgemäß angesehen, daß eine Unzahl von Betrieben mit nur einem Teil ihrer Kapazität und unter großer Anspruchnahme von Kohle, Transportmitteln, Materialien und den notwendigen Enthebungen von Militärpersonen weiterarbeiten, welche Leistung von wenigen vollbeschäftigten, daher rationeller arbeitenden Unternehmungen vollbracht werden könne. Also möglichste Schonung von Mann und Material, beides gleich wertvoll in einem so schweren Kriege. Die durch eine Kommission (im Deutschen Reich ein Zusammenlegungsausschuß für jedes Armeekorps) für den Weiterbetrieb ausgewählten Unternehmungen sollen lediglich die wirklichen Selbstkosten vergütet erhalten, während die stillzulegenden Betriebe Anspruch auf eine gewisse bescheidene Entschädigung haben.

Es wäre töricht, sich gegen das einleuchtend Vernünftige dieses Systems aufzulehnen oder Momente vorzuführen, deren Berücksichtigung derzeit deplaciert wäre; denn im jetzigen Augenblick müssen alle Gesichtspunkte, deren Berücksichtigung nicht im allgemeinen Interesse gelegen ist, in den Hintergrund treten. Die Wirtschaft hat aufgehört, Sache des einzelnen zu sein, sondern ist Sache

n. Dies voraus-
h auf den Unter-
etriebsinhaber hat
usammengetragen,
sorganisation zu
flein nichtdienst-
sam zusammen-
Materialmangel
Es gelang ihm
chten Ersatzstoffen
Rentabilität, den
Jetzt soll plötzlich
sein; das Los, die
sein ferneres
migkeiten diese
l difziplinierteren
ein Blick in die
ausschusses im
nehme ich zwei
ifrieren möchte:
färte, es kann ein
Ausschuß nicht
onkurrenten still-
ar sagte, es gehe
das Unternehmer
Die Vorschläge
storniert. Diese
gt werden und

Bosnien-Herzegobvina 7744.
Stadtzweigstelle: I. Schulerstraße 11, Fernsprecher: 2926.

Anzeigen-Annahme: Wien, VIII. Strozzig. 8., Fernsprecher: 13870, 18082, 22641, Wien, I. Schulerstraße 11. Fernsprecher: 2926, 8374, sowie bei allen Anzeigenannahmen des In- und Auslandes.

Kleiner Anzeiger: Wien, VIII. Strozzigasse 8, Fernsprecher: 13870, 18082, 22641, Wien, I., Schulerstraße 11. Fernsprecher: 2926, 8374, sowie bei allen Anzeigenannahmen.

Einzelpreise für Wien:
Morgenblatt . . . . . 12 h
Sonn- und Feiertage . . . 14 „
Nachmittagsblatt . . . . . 6 „

# Reichspost.

Unabhängiges Tagblatt für das christliche Volk Oesterreich-Ungarns.

Für Oesterreich-Ungarn:
monatlich . . . . . K 5.—
vierteljährlich . . . . „ 14.50
halbjährlich . . . . . „ 29.—
Bei täglich einmaliger Zustellung (das Morgenblatt zugleich mit der Nachmittagsausgabe des vorherigen Tages) für auswärts:
monatlich . . . . . K 4.20
vierteljährlich . . . . „ 12.—
halbjährlich . . . . . „ 24.—
Für Deutschland:
viertelj. Kreuzbandsend. K 18.— und durch die Postämter laut dort aufliegender Postzeitungsliste.
Länder des Weltpostvereines:
viertelj. Kreuzbandsend. K 22.— und durch die Postämter laut dort aufliegender Postzeitungsliste.
Einzelpreise für auswärts:
Morgenblatt . . . . . 14 h
Sonn- und Feiertage . . . 16 „
Nachmittagsblatt . . . . . 6 „

Nr. 100 Wien, Freitag, den 2. März 1917 XXIV. Jahrgang

# Im Mittelmeer mehrere große Transportdampfer versenkt.

## ...anträge im amerikanischen Repräsentantenhause abgeschwächt.

**Oestlicher Kriegsschauplatz.**

**Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern: Nichts Wesentliches.**

**Front des Generaloberſten Erzherzog Josef: Bei ſtarkem Schneefall war in den Waldkarpathen nur auf den Höhen öſtlich der Biſtritz das Geſchützfeuer lebhaft. Nördlich der Valeputnaſtraße griff der Ruſſe am Morgen nochmals die von uns genommenen Stellungen vergeblich an. Am Slanic- und Ojtoztal wurden kleinere Vorſtöße, auf den Höhen zwiſchen Suſita- und Putnatal Angriffe ſtärkerer Kräfte abgewieſen.**

**Heeresgruppe des Generalfeldmarſchalls v. Mackenſen: Ruſſiſche Streifkommandos ſind bei Faurei nördlich von Foſani und bei Corbul am Sereth vertrieben worden.**

**Mazedoniſche Front: Keine beſonderen Ereigniſſe. Bei Abweiſung der italieniſchen Angriffe öſtlich von Paralovo im Cernabogen ſind 5 Offiziere und 31 Mann gefangen in unſerer Hand geblieben.**

**Der Erſte Generalquartiermeiſter: Ludendorff.“**

*

## Der deutſche Abendbericht.

Berlin, 1. März.

Das Wolffſche Bureau meldet:

**1. März 1917, abends.**

**Oeſtlich Souchez iſt ein ſtarker engliſcher Angriff geſcheitert.**

**Sonſt iſt von der Weſtfront und aus dem Oſten nichts Weſentliches gemeldet.**

## Nationaliſierung der Volkswirtſchaft.

Wien, am 1. März.

Weltwirtſchaft war die Loſung des letzten Halbjahrhunderts. Einſtellung der nationalen Produktion auf den Weltmarkt, der nationalen Konſumption auf das Angebot des Weltmarktes — das ſchien nicht nur das für Erzeuger und Verbraucher Dienlichſte; das ſchien zugleich die beſte Grundlage für Völkerverbrüderung und dauernden Völkerfrieden.

Heute wiſſen wir, wie zweifelhaft, wie bedenklich dieſes Syſtem. Wir wiſſen, wie „menſchlich“ noch immer die Menſchen, wie fern noch immer dem ewigen Frieden, der Hauptvorausſetzung für Weltwirtſchaft. Wir wiſſen, wie groß die Gefahr von Verwicklungen, wie im Kriegsfalle die Weltwirtſchaft wie ein Kartenhaus zuſammenbricht, und wie ſchrecklich dann die Lage der Völker, die nicht vor allem auf Ausbau der nationalen Volkswirtſchaft im Sinne beſtmöglicher Autarkie, Selbſtgenügſamkeit, bedacht waren.

Einſichtige brauchten nicht erſt den Weltkrieg, um zu erkennen, wie ungeſund die neuere Entwicklung der Weltwirtſchaft, wie ungeſund das Uebermaß des neueren Induſtrialismus, wie unſinnig eigentlich dieſes Produzieren ohne Rückſicht auf das wahre Bedürfnis, wie doppelt unſinnig das Ganze neuerer Weltwirtſchaft bei der immer geringeren wirtſchaftlichen Rentabilität. Jentſch fand es ſchon längſt lächerlich, von einem großen finanziellen Ertrag der Weltwirtſchaft zu reden. Gewiß ſei England dabei reich geworden, aber nur vermöge ſeiner langjährigen Monopolſtellung und ſeinem anfänglichen grauſamen Raub- und Ausbeuterſyſtem im Stil der ehemaligen Konquiſtadoren. Heute habe ein Induſtrieſtaat keine Ausſicht mehr, eine poſitive Bilanz zu erzielen, mit deren Ueberſchuß er Lebensmittel im Auslande kaufen könnte. Während der engliſche Import — bis zum Kriege! — ſtetig geſtiegen ſei, ſei der Wert der Ausfuhr ebenſo ſtetig zurückgegangen — der ſinkenden Preiſe aller Induſtriewaren wegen. Eben derſelbe betont: Der Verdienſt Deutſchlands an ſeinem Auslandshandel ſei ſelbſt bei einer Aus- und Einfuhrziffer von je über zehn Milliarden gering gegenüber dem Einkommen aus der Produktion für die Heimat und der Konſumption in der Heimat. In den „Preußiſchen Jahrbüchern“ ſchreibt Emil Zimmermann ebenfalls im Hinblick auf Deutſchland, es ſei ein großer Irrtum der ſogen. Weltwirtſchaftspolitik geweſen, zu glauben, unſer Handel mit Ueberſee ſei für uns beſonders gewinnbringend. Die Sache liege vielmehr ſo, daß Amerika und die überſeeiſchen Kolonialgebiete im Beſitze der „materia prima“ über Schätze verfügten, die wir als Rohſtoffe für unſere Fabrikation haben müßten, während ſie unſere Fertigwaren durchaus nicht als etwas zum Leben ſehr Notwendiges anſehen. Von allen Ländern der Welt ſeien wir dasjenige geweſen, welches bei weitem die größte Menge von Fertigwaren auf den Weltmarkt warf. Aber der Erfolg ſei bezahlt worden mit der Feindſchaft der Konkurrenten und der Ueberhitzung der heimiſchen Wirtſchaft. „Unſere Weltwirtſchaftspolitik, das Suchen von Abſatzgebieten um jeden Preis und die Forcierung des Abſatzes durch immer größere Anſpannung unſerer körperlichen und geiſtigen Kräfte, hat uns zum Hauptabnehmer der Kolonien unſerer jetzigen Gegner gemacht und in immer ſtärkere Abhängigkeit von Amerika gebracht, ohne daß wir den entſprechenden Nutzen durch Ausfuhr hochwertiger Induſtrieprodukte gehabt hätten.“ Eduard Hahn erklärte ſchon vor 15 Jahren (in ſeinem außerordentlich leſenswerten Buche „Die Wirtſchaft der Welt am Ausgange des 19. Jahrhunderts“) das neuere Weltwirtſchaftsſyſtem, aufgebaut auf bloße Spekulation und Ausnützung vorübergehender Konjunkturen, Europa weithin zu einer Fabrik und einem bloßen Börſenkontor erniedrigend, das Ausland mit Werten, auf die ſeine Kultur nicht eingeſtellt, überſchüttend, dies Syſtem arbeite ſtets und überall im Intereſſe der Roheit, der Unbildung und Unkultur, und es habe nicht nur gräßliches Elend der ungeheuren Majorität der gebildetſten, der ſogenannten weltbeherrſchenden Nationen herbeigeführt, ſondern uns auch dicht vor die Gefahr des völligen Zuſammenbruchs — er iſt im Weltkrieg weithin eingetreten! — unſerer ganzen Ziviliſation geführt.

*

So muß die Löſung für die Zukunft heißen: Nicht hinausſtreben in uferloſe Weltwirtſchaft, ſondern zunächſt einmal beſtmögliche Entwicklung und Organiſation der heimiſchen Volkswirtſchaft. Nicht baldigſte neuerliche Internationaliſierung des Wirtſchaftslebens, ſondern ſtarke Nationaliſierung in dem Sinne, daß wir alles für Konſum und Produktion Nötige beſtmöglich aus Eigenem erzeugen. Auch Weltwirtſchaft, aber erſt auf der Grundlage möglichſt vollkommener, ſich ſelbſt in allem Wichtigen genügender, autarker Nationalwirtſchaft. Die ſtärkſten Gründe ſprechen dafür.

Wir wollen möglichſte Freiheit der nationalen Kultur; der Sinn der von der Vorſehung verſchieden geſchaffenen Völker kann nur ſein, dem beſonderen Charakter der erworbenen Ausſtattung und Talente entſprechend in beſonderer, originaler Weiſe dem Ganzen der Kultur zu dienen, damit dieſe als Ganzes möglichſt reich werde. Keine wahre kulturelle Selbſtändigkeit aber auf die Dauer, ohne hohe wirtſchaftliche Selb-

Neues Wiener Tagblatt
13. Juni 1917

# Der Volkswirt.

## Die Zusammenlegung industrieller Betriebe.

Die Schwierigkeiten der Kohlenversorgung haben den Anstoß geboten, daß kompetenterseits zunächst an mehrere kriegswirtschaftliche Organisationen die Anfrage gerichtet wurde, ob es unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht zweckmäßig erscheine, zum Zwecke größtmöglicher Kohlenersparnis und damit im Zusammenhang größtmöglicher Verringerung in der Inanspruchnahme der Fahrbetriebsmittel eine Konzentration der Erzeugung in einer für den Bedarf der Heeresverwaltung entsprechenden Anzahl von Betrieben durchzuführen. Auch in anderm Belange, so namentlich in der Frage der Requisitionen der Betriebe, Anlagen und Maschinen, ferner hinsichtlich Bewilligung oder Aufhebung von Enthebungen, ergibt sich die Notwendigkeit, zu erwägen, ob es sich empfiehlt und ob es auf die Dauer erreichbar bleibe, die Produktion in allen derzeit im Gange befindlichen Betriebsstätten aufrechtzuhalten. Um einen Ueberblick über die Frage der Konzentration der Industrie zu gewinnen, hat das Handelsministerium, wie bereits berichtet wurde, eine Enquete der verschiedenen Organisationen der Industrie einberufen, welche am Freitag im großen Sitzungssaal der Handels- und Gewerbekammer stattfand.

Der Handelsminister Dr. Urban, welcher die Enquete eröffnete und während eines Teiles der Verhandlungen den Vorsitz führte, begrüßte die Vertreter der Industrie und der Arbeiterschaft und teilte in seiner Eröffnungsansprache mit, daß das Kriegsministerium sich mit der Absicht trage, im Hinblick auf die herrschenden Transportschwierigkeiten und die Hemmnisse in der Kohlenversorgung Maßnahmen zu treffen, durch welche einzelne nicht vollbeschäftigte Betriebe stillgelegt und andre leistungsfähige Unternehmungen zur Gänze beschäftigt werden sollen, um Ersparnisse an Kohle und Fracht zu erzielen. Die sich aus der Betriebszusammenlegung ergebenden Vorteile, die schon kraft des bekannten volkswirtschaftlichen Gesetzes durch Betriebskonzentrationen hervorgerufen werden, werden jetzt gewiß schwer ins Gewicht fallen. Wenn nun auch die Maßregel vom Gesichtspunkt dieser Vorteile zu würdigen sei, so muß man sich anderseits von Augen halten, welche Tragweite sie für die Industrie und die Arbeiterschaft haben könnte. Auch ist dem Gesichtspunkt Rechnung zu tragen, daß die Konzentration einen vollkommen paritätischen gleichzeitigen Vorgang in Ungarn zur Voraussetzung hätte. Das Problem beeinflußt auch in einschneidender Weise die wichtigsten Gebiete, so jene der Industriepolitik, der sozialen Fürsorge und der Staatsfinanzen. Auf dem Gebiete der Industriepolitik könnte sich ein Gegensatz aus dem Verhältnis der stillgelegten und arbeitenden Betriebe ergeben. Im Falle der Konzentration wird während der Ueberleitungswirtschaft eine Rückbildung in die alten Betriebsformen mancherlei Schwierigkeiten heraufbeschwören. Belangreich erscheint ferner die Frage der Entschädigungen. Es wird auch die Frage zu untersuchen sein, inwieweit die Möglichkeit besteht, die in den verschiedenen Industriezweigen beschäftigten Arbeiter zu der Zusammenlegung heranzuziehen, und insbesondere, welche Folgen die Zusammenlegung für das weibliche Arbeitselement haben wird, und weiters, in welchem Ausmaß die Arbeitslosenfürsorge ausgestaltet werden muß. Durch den Steuerentgang der zusammengelegten Betriebe werden die Staatsfinanzen und auch die Gemeindefinanzen in Mitleidenschaft gezogen werden.

Von industrieller Seite wurde in der Enquetedebatte zutreffend erklärt, die Frage könne nicht mit einem einfachen Ja oder Nein beantwortet werden. Präsident Vetter vom Bunde der Industriellen bemerkte, eine Betriebszusammenlegung sei nur branchenweise möglich. Die Rückbildung der stillgelegten Betriebe in die alte Betriebsform werde nach dem Kriege in vielen Fällen sehr schwer sein, woraus folgt, daß mit der Durchführung der Betriebszusammenlegung über so manchen Betrieb ein Todesurteil für alle Zeiten gefällt werde. Eine mechanische Zusammenlegung wäre ein Fehler, die Konzentration könne daher nur branchenweise und unter Berücksichtigung der einzelnen Betriebe erfolgen.

Herr Löw-Beer erläuterte die Frage vom Standpunkte der Wollindustrie. Ausschlaggebend für die Beurteilung der Frage sei der Beschäftigungsgrad der Industrie. In Deutschland, wo die Konzentration durchgeführt wurde, sind fünf Sechstel der Betriebe in der Wollindustrie stillgelegt. Bei uns liegen hingegen die Verhältnisse ganz anders. Die Streichgarnindustrie ist vollauf beschäftigt, die Weberei arbeitet mit ungefähr vierzig bis fünfzig Prozent ihrer Leistungsfähigkeit. Darum besteht bei uns ein Bedürfnis nach Zusammenlegung nicht. Wenn eine solche durchgeführt werden sollte, so müßte dies mit der größten Vorsicht vor sich gehen.

Direktor Braun charakterisierte den Standpunkt der Mühlenindustrie Oesterreichs, die ebenfalls für den Gedanken der Zusammenlegung nicht eintreten könne. Der Kohlenverbrauch steht zum Getreide im Verhältnis von eins zu zehn. Ferner besteht in der Mühlenindustrie eine erhöhte Brandgefahr, so daß es besser ist, die knappen Vorräte möglichst zerstreut aufzuheben.

Dr. Heinrich Fries teilte mit, daß die industriellen Verbände über eine Anfrage des Zentralverbandes der Industriellen Oesterreichs sich ganz entschieden gegen den Plan einer Betriebszusammenlegung ausgesprochen haben. Maßgebend ist dabei der Gedanke, daß die Rückbildung nach dem Kriege sehr schwer und vielleicht unmöglich sein werde. Eine Industrie sei eben kein Konglomerat aus Eisen und Zement, eine Industrie könne nicht wie ein Spielzeug in eine Schachtel hineingelegt und nach Bedarf herausgenommen werden, eine Industrie stellt einen lebenden Organismus dar, der, wenn einmal getötet, nicht mehr nach Belieben zum Leben erweckt werden könne. Was speziell die Zuckerindustrie betrifft, werde die Transportersparnis infolge geminderten Kohlenverbrauches wettgemacht werden durch ein gesteigertes Erfordernis an Fahrbetriebsmitteln für die Transporte von Rübe und von Zucker, da die Zusammenlegung der Betriebe eine Ausdehnung der Entfernungen mit sich bringen müßte. Auch wäre der Umstand zu würdigen, daß die Bestrebungen zur Ausfindigmachung geeigneter Ersatzstoffe um so eher Erfolg versprechen, je mehr Betriebe durch ihre Tätigkeit in die Lage kämen, ihre Aufmerksamkeit diesen Bemühungen zuzuwenden.

Der Präsident des Kriegsverbandes der Baumwollindustrie Artur Kufler hob hervor, daß die Baumwollindustrie als Erste die Wichtigkeit der Betriebszusammenlegung erkannt und die erforderlichen Gegenmaßregeln zeitgerecht getroffen habe. Die Konzentration begann schon damals, als Einschränkungs- und Streckungsmaßnahmen in Geltung gesetzt wurden. Die Baumwollindustrie hat die Notwendigkeit der Erhaltung der geschulten Arbeiterschaft erkannt und namhafte Arbeitslosenunterstützungen gewährt, so vom Februar 1916 bis Februar 1917 in der Höhe von 13½ Millionen Kronen. Die Baumwollindustrie ist bereits zu vier Fünftel bis fünf Sechstel eingestellt. Redner glaubt nicht, daß die stillgelegten Betriebe später nicht werden ihre Tätigkeit wieder aufnehmen können. Im Gegenteil; die große Zahl der Betriebsstillegungen werde es erzwingen, daß die Betriebe wieder in Tätigkeit gesetzt werden. Wenn eine Zusammenlegung erfolgen sollte, so müßte der Betrieb vor der Stillegung zuerst seine Vorräte aufarbeiten, um nicht in die Notwendigkeit versetzt zu werden, die vorhandenen Vorräte abzutransportieren. Die Entschädigungsfrage wäre dahin zu lösen, daß die verarbeitenden Betriebe bloß ihre Selbstkosten ersetzt bekommen und daß der Gewinn aus der verarbeiteten Menge auf die ganze Industrie aufgeteilt wird. Bei der Uebergangswirtschaft sollten jedoch bei Zuweisung der Rohprodukte und der Arbeitskräfte vor allem die stillgelegten Betriebe berücksichtigt werden.

Kaiserlicher Rat Tilgner schilderte die besonderen Verhältnisse, unter denen die Seidenindustrie arbeitet, bei der der Kohlenverbrauch ein sehr geringer ist und die Gesamtzahl der Betriebe ungefähr 40 bis 50 beträgt. Die Rohmaterialien können bei ihrem leichten Gewicht mittels Post befördert werden. Die Industrie beschäftigt zumeist weibliche Arbeitskräfte. Da die Seidenindustrie 4 Prozent staatliche Aufträge hat, so müßten 96 Prozent der Betriebe eingestellt werden, was mit einer Stillegung der ganzen Industrie gleichbedeutend wäre. Die Konzentration der Seidenindustrie ist sehr schwierig, da viele Betriebe bloß auf gewisse

Die Zeit 14. III. 1917

172

# Die österreichische Industrie im Kriege.

Bis auf vereinzelte Nachzügler haben die meisten industriellen Aktienunternehmungen nun auch für das zweite volle Kriegsjahr ihre Bilanzergebnisse veröffentlicht. Aus den dadurch bekanntgewordenen Erträgnisziffern können durch einen Vergleich mit den Geschäftsergebnissen der Friedensjahre nicht nur interessante Rückschlüsse auf den Entwicklungsgang der Industrie, sondern bei ihrer im Kriege besonders zur Geltung gekommenen überragenden Bedeutung für das gesamte Wirtschaftsleben und seine Leistungsfähigkeit auch auf dieses selbst gezogen werden.

In überraschend kurzer Zeit hat unsere Industrie, die nach dem Ausbruch des Krieges eingetretene Periode des Stillstandes überwunden und mit einer ungeahnten Kraftanspannung ihre ganze Leistungsfähigkeit den Bedürfnissen der Kriegführung angepaßt. Mit dieser „Umstellung" auf die Kriegsverhältnisse hat die Industrie wohl den gewaltigsten Wandlungsprozeß vollzogen, der seit dem Bestand einer Industrie im heutigen Sinne zu verzeichnen ist. In einer ganzen Reihe von Industrien war die Umstellung der Betriebe mit einem großen finanziellen Aufwand verbunden, der es auch erklärt, daß die Erträgnisse des ersten Kriegsjahres trotz Vollbetriebes und hoher Preise für alle Erzeugnisse hinter dem letzten, für die Industrie nicht besonders günstigem Friedensjahr zurückblieben. Weiter zu überwindende große Aufgaben stellten die Rohstoff- und die Arbeiterfrage, die beide in dem durch die Kriegswirtschaft gegebenen Rahmen vielfach unter Mitwirkung der militärischen Verwaltungsstellen bewältigt werden konnten. Zum Teil wurde die Sorge um Rohstoffe durch großzügige Ausgestaltung der Ersatzproduktefabrikation beseitigt. Die im Verlauf der Kriegszeit eingetretene Wertsteigerung für alle industriellen Hilfs- und Rohstoffe brachte auch eine erhebliche Preissteigerung aller Industrieerzeugnisse mit sich, die in der Bewertung der Industrieaktien viel schärfer als in den verteilten Dividenden zum Ausdruck kommt.

An der Lösung der industriellen Kriegsfragen haben die Maschinen- und die Metallindustrie hervorragenden Anteil. Die Mehrzahl unserer Maschinenfabriken sind nur auf die Herstellung von Spezialmaschinen für einzelne Industrien eingerichtet gewesen und mußten, um von der höher entwickelten, weil in unverhältnismäßig größerem Umfang für die Ausfuhr arbeitenden deutschen Maschinenindustrie nicht erdrückt zu werden, ihre Betriebe mit größter Raschheit auf die Erzeugung von Maschinen für die Herstellung von Maschinen zur Munitions- und Kriegsmaterialfabrikation einrichten. Mit der Ueberwindung der damit verbundenen Schwierigkeiten, in der sie allerdings von der deutschen Industrie durch umfangreiche Maschinenlieferungen unterstützt wurde, hatte unsere Maschinenindustrie die technische Grundlage für unsere erfolgreiche Kriegführung gelegt. Die mit der Ausdehnung und Steigerung des Krieges und dem ständig zunehmenden Metallverbrauch zusammenhängende Zunahme der Leistungsfähigkeit der Betriebe haben es den meisten Maschinen- und Metallfabriken ermöglicht, ihre Gewinne und Dividenden bei bedeutender Stärkung ihrer Reserven, nach einem Rückgang im ersten Kriegsjahr, meist nicht unerheblich über das Ausmaß des letzten Friedensjahres zu erhöhen. Bei siebenundzwanzig der bedeutendsten Eisenwerke-, Maschinen- und Metallindustriegesellschaften betrug die Durchschnittsdividende im Jahre 1915 13·05 gegen 8·92 Prozent im Jahre 1913.

Die Maschinenindustrie aller Zweige hat zwar schon in großem Umfang die Erzeugung von Kriegsmaterial aufgenommen, doch trägt sie hauptsächlich dazu bei, unserer übrigen Industrie die Erfüllung ihrer Kriegsaufgaben zu ermöglichen. Es ist daher leicht begreiflich, daß die reinen Munitionsfabriken, denen die zweifache Umstellung ihrer Betriebe erspart blieb, wesentlich günstiger als die Maschinenfabriken, mit Ausnahme der Skodawerke und der Waffenfabriksgesellschaft, abgeschnitten haben. Die Roth-A.-G., die Enzesfelder Munitionsfabrik, die Hirtenberger Patronenfabrik und die Berndorfer Krupp-A.-G. haben die Durchschnittsdividende von 11⅛ Prozent im Jahre 1913 auf 23½ Prozent im Jahre 1915 zu steigern vermocht.

Die Elektroindustrie, die in ihrer Entwicklung vorwiegend von der Ausgestaltung des Fernsprechverkehrs und des Verkehrs- und Beleuchtungswesens unserer Städte und der nur langsam zunehmenden Verwendung der Elektrizität in der Industrie abhängig war, hat den Ausfall eines erheblichen Teiles ihrer Friedenstätigkeit erst im späteren Kriegsverlauf durch Aufnahme technischer Kriegsarbeiten ausgleichen können. Die verhältnismäßig geringe Steigerung der Gewinste und Dividenden ist auf die bei [illegible] intensiven Kriegsproduktion unvermeidlichen raschen Abnützung der empfindlichen Arbeitsmaschinen und dem völligen Verbrauch der im Preise ungeheuer gestiegenen Produktionsmittel zurückzuführen. Von elf Aktiengesellschaften der Elektroindustrie erfuhr die Durchschnittsdividende des Jahres 1913 von 8¾ Prozent im Jahre 1915 eine Erhöhung auf 11 Prozent.

Die Kohlenwerke hatten nach Ueberwindung einer nur wenige Monate dauernden Stillstandsperiode nach Ausbruch des Krieges die größte Mühe, den stürmischen Begehr nach Heizmaterial zu befriedigen, was ihnen bei den durch die Einberufung großer Arbeiterscharen entstandenen Schwierigkeiten durch teilweise Einführung des maschinellen Betriebes, besonders im Tagbau, und Einstellung von Kriegsgefangenen während der ganzen Kriegsdauer nur in beschränktem Umfang gelang. Die Gestehungskosten haben sich daher wesentlich erhöht. Die wesentlich erhöhten Preise reichten für die meisten Kohlenwerke gerade zur Deckung der höheren Gestehungskosten aus, so daß von zehn Kohlenwerksgesellschaften aus den die Friedenserträgnisse nur vereinzelt erreichenden Gewinnen des Jahres 1915 nur eine Durchschnittsdividende von 13·15 Prozent gegen 13·6 Prozent im Jahre 1913 ausgeschüttet werden konnte. Dafür ist aber die Verwendungsmöglichkeit für die Rohkohle im Kriege wesentlich gewachsen, da sie in steigendem Maße zur Erzeugung von Gasen, Teer, Paraffin, Stearin und zur Gewinnung von Mineralölen verwendet wird und dadurch in der künftigen Entfaltung unserer chemischen Industrie eine dauernd bedeutende Rolle spielen wird.

Eine Reihe wichtiger Aufgaben hatte die chemische Industrie zu leisten. Bekannte Verfahren mußten in größtem Umfang im Interesse unserer Kriegführung ausgenützt und ausgestaltet und eine Reihe neuer gefunden werden, um für den durch die Unterbindung der überseeischen Zufuhr entstandenen Ausfall wichtiger Produkte Ersatz zu schaffen. Die Mehrzahl der chemischen Betriebe hat im Krieg eine erhebliche Steigerung ihrer Tätigkeit erfahren, die es ihnen in Verbindung mit der meist sehr günstigen Preisgestaltung möglich machte, aus den mit wenigen Ausnahmen höheren Erträgnissen nach reichlichen Reservierungen die gleichen oder noch höhere Dividenden als in der letzten Friedensperiode zu verteilen. Von zehn chemischen Industriegesellschaften wurde im Jahre 1913 eine Durchschnittsdividende von 14·15 Prozent ausgeschüttet, die pro 1915 eine Erhöhung auf 15·25 Prozent erfuhr.

Ueberraschend günstige finanzielle Ergebnisse hat der Krieg der Textilindustrie, die vorher unter einer lähmenden Ueberproduktion gelitten hatte, gebracht. Da sie wie keine andere Industrie mit ihrer Rohstoffversorgung auf die überseeische Zufuhr angewiesen war und diese nach dem Eintritt Italiens in den Krieg nahezu gänzlich aufhörte, konnte sie ihre oft sehr alten Lager zu unerwartet hohen Preisen loswerden. Außerdem fanden viele Textilbetriebe durch die enormen Aufträge der Heeresverwaltung sehr lohnende Beschäftigung. Die Schwierigkeiten der Rohstoffbeschaffung können durch hohe Preisangebote nur gemildert, nicht aber völlig beseitigt werden, obwohl im heurigen Jahre auch schon in der Türkei gebaute Baumwolle in allerdings nicht bedeutenden Mengen zur Verarbeitung gelangt. Die von der Regierung im Interesse der Versorgung des Heeres und der Zivilbevölkerung mit Kleidung und Wäsche angeordneten Beschränkungen haben die Verdienstmöglichkeiten für Textilhandel und -Industrie nicht gemindert, denn von zwölf Aktiengesellschaften, die im Jahre 1913 eine Durchschnittsdividende von 4·56 Prozent verteilten, wurde im Jahre 1915 eine 12·4prozentige erklärt.

(Ein zweiter Artikel folgt.)

# Volkswirtschaft

## und kaufmännische Interessen.

## Die österreichische Industrie im Kriege.

(Schluß.)

Noch rentabler als die Textilindustrie hat sich die Lederindustrie, die, sofern sie sich mit der Bearbeitung schwerer Leder befaßt, der reinen Kriegsindustrie zuzuzählen ist, gestaltet. Die vor dem Kriege im Zuge gewesene Sanierung der Lederindustrie durch Kartellgründungen, ist für die von der Heeresverwaltung beschäftigten Lederfabriken längst überholt, sie konnten nicht nur ihre Verluste vollständig einbringen, sondern auch namhafte Reserven schaffen und hohe, steigende Dividenden verteilen. Die Durchschnittsdividende von vier Lederfabriksgesellschaften erfuhr im Jahre 1915 eine Erhöhung auf 18⅛ Prozent von 2¾ Prozent im Jahre 1913.

In ähnlich steiler Kurve entwickelte sich die Ertragsfähigkeit der Petroleumindustrie in der Kriegszeit, die nur zum Teil auf den Wegfall der amerikanischen und den Rückgang der rumänischen Zufuhr, zum größeren Teil durch den starken Verbrauch von Rohölprodukten für Zwecke der Kriegführung bedingt ist. Von vier Petroleumgesellschaften wurde im Jahre 1913 eine Durchschnittsdividende von 4 Prozent gegen 14 Prozent im Jahre 1915 verteilt, und der durch die Russeninvasion entstandene Schade gedeckt oder seine künftige Behebung durch Reservierung bedeutender Beträge gesichert.

Die Gummiindustrie, die in gleicher Weise wie die Textilindustrie in Friedenszeiten ein von Uebersee bezogenes Rohmaterial verarbeitet hat, war infolge einer vorsichtigen Vorratswirtschaft und der wegen der Zusammenfassung dieser Industrie für die Gesamtmonarchie in zwei Riesenunternehmungen ermöglichten wirtschaftlichen Verarbeitung der Vorräte und infolge der Erzeugung verwendbarer Ersatzmaterialien in der Lage, die Durchschnittsdividende des Jahres 1914 von 12¼ Prozent auf 14½ Prozent zu erhöhen.

In Friedenszeiten führt unsere Papierindustrie einen erheblichen Teil ihrer Erzeugung aus. Sie geriet durch den Krieg anfangs in eine besonders schwierige Lage, weil sie nicht, wie zum Beispiel die Textilindustrie, durch einen verstärkten Absatz im Inland entschädigt wurde. Erst im späteren Kriegsverlauf, als Papier in großem Umfang als Jute- und Hanfersatz zur Herstellung von Säcken, Spagat und anderen Textilerzeugnissen Verwendung fand und wegen der Verarbeitung großer Mengen von Zellulose auf Munition eine zeitweilige, durch Verkehrsschwierigkeiten verschärfte Knappheit in den wichtigsten Rohmaterialien auftam, war eine für die Papierindustrie günstige Wandlung in finanzieller Hinsicht eingetreten, die aber in den Erträgnissen des Jahres 1915 noch nicht zum Ausdruck kommt, denn die Durchschnittsdividende von 8 Prozent im Jahre 1913 von fünf Papierfabriksgesellschaften betrug im Jahre 1915 7 Prozent.

Am schlimmsten hat der Krieg den mit der Bauindustrie zusammenhängenden Unternehmungen mitgespielt und seinen Ruf als Zerstörer begründet. Die Durchschnittsdividende von 11 Unternehmungen der Ziegel-, Zement- und Bauindustrie hat sich von 9 Prozent im Jahre 1913 auf 2¾ Prozent im Jahre 1915 vermindert.

Unsere bedeutendste heimische Exportindustrie, die Zuckerindustrie, die im letzten Friedensjahre um nahezu 300 Millionen Kronen Zucker zumeist in das heute feindliche Ausland ausführte, war durch die Abschneidung von ihren Absatzgebieten schon kurz nach Kriegsausbruch in arge Verlegenheit geraten. Der im Kriege wesentlich gestiegene Inlandsverbrauch, der größere Bedarf der neutralen Länder, der Türkei und der besetzten Gebiete, die zunehmende Verwendung von Zucker in der Brau- und Spiritusindustrie und später auch in der Kriegsindustrie haben die Sorge vor einer die Rentabilität der Zuckerindustrie beeinträchtigenden Ueberproduktion bald verscheucht und schließlich so weit geführt, daß zur Ergänzung der dem inländischen Verbrauch fehlenden Zuckermengen künstliche Süßstoffe freigegeben werden mußten. Trotz der fast um die Hälfte gesunkenen Produktion sind die Erträgnisse der Zuckerfabriken derart gestiegen, daß die meisten die im letzten Friedensjahr verteilten Dividenden erhöhen konnten. Bei acht Zuckerfabriksgesellschaften betrug die Durch-

*) Siehe „Zeit" Nr. 5197 vom 14. März 1917.

776

Neues Wiener Tagblatt
16. III. 1917

# Italienische Deputiertenkammer.

## Die Schwierigkeiten der Zufuhr.

Zürich, 15. März. In der italienischen Deputiertenkammer erklärte Verkehrsminister Arlotta, Italien hänge vom Auslande namentlich bezüglich der Kohle, des Getreides und der Metalle ab, die allein Dreiviertel der Gesamteinfuhr darstellen. Die erforderliche Einfuhr auf dem Seewege werde für das Jahr 1917 auf 18 Millionen Tonnen veranschlagt, wovon 14½ Millionen auf Kohle, Getreide und Metalle entfallen, der Rest auf Petroleum, Mineralöle, Gefrierfleisch, Baumwolle, Wolle, Jute, Felle und verschiedene für militärische Zwecke unentbehrliche

[illegible] Einschränkung der Einfuhrmenge sei undenkbar. Die Beschaffung des Schiffsraumes für diese unentbehrlichen 18 Millionen Tonnen sei aber heute problematisch.

Vor dem Kriege sei der Getreidehauptmarkt für Italien Südrußland und Rumänien gewesen. Nach der Schließung der Dardanellen sei Nordamerika Italiens Hauptlieferant für Getreide geworden, in zweiter Linie Australien. Während nun ein Schiff normaler Weise 30 Tage für die vollständige Hin- und Rückreise ins Schwarze Meer brauche, seien 70 Tage zur Reise nach Nordamerika und 150 Tage zur Reise nach Australien notwendig. Mithin brachte ein Schiff von 5000 Tonnen Belastung, das im Jahre 1914 60,000 Tonnen Getreide jährlich herbeischaffte, im Jahre 1915 nur 25,000 und im Jahre 1916 kaum 10,000 Tonnen. Bei der heutigen Marktlage und in Anbetracht der neuerdings sicherheitshalber vorgenommenen Verlängerungen der Reiserouten würde die Herbeischaffung der 18 Millionen Tonnen Waren für 1917 einen Schiffsraum von etwa 3,250,000 Tonnen erheischen, welcher in fortwährender Bewegung nach England, Nordamerika, Südamerika, Australien und einigen sekundären Mittelmeerzentren sein müßte.

Leider sei die italienische Handelsflotte absolut außerstande, allein einen so gewaltigen Transport zu bewältigen. Das, was Italien hat, durch Improvisierung zu verdreifachen, sei unmöglich, selbst wenn die Hilfsquellen und Energien hiefür minder erschöpft wären. Unter italienischer Flagge gebe es heute kaum 200 Frachtschiffe, die überseeische Fahrten mit etwa einer Million Tonnen Gewicht ausführen könnten. Weitere 170 kleinere Schiffe von insgesamt 300,000 Tonnen dienen für sekundäre Transporte innerhalb des Mittelmeeres, für militärische Dienste und absolut unentbehrliche Verbindungen mit den Inseln und den Kolonien. Außerdem seien unter italienischer Flagge in Betrieb die in den italienischen Häfen beschlagnahmten feindlichen Handelsschiffe nebst einigen in portugiesischen Häfen beschlagnahmten feindlichen Handelsschiffen, welche überseeische Transporte von über 400,000 Gewichtstonnen leisten können. Endlich habe Italien 100,000 Tonnen an großen Segelschiffen und Passagierdampfern auf den Linien von Nordamerika und Südamerika. Insgesamt können also die Schiffe italienischer Flagge einschließlich der beschlagnahmten für Einfuhrtransporte höchstens 1½ Millionen Tonnen ergeben, so daß Italiens Schiffsbedarf noch für 1¾ Millionen anderweitig gedeckt werden müßte.

Durch Erhöhung der Frachttarife sei vom Ausland der erforderliche Schiffsraum nicht mehr zu haben. Italien, England und Frankreich haben allein dadurch, daß Getreide statt aus Nordamerika aus Australien herbeigeschafft werden mußte, durchschnittlich 40 Prozent der Transportfähigkeit der für Getreide bestimmten Handelsflotte verloren. Hiezu sei die Notwendigkeit unaufschiebbarer größerer Transporte von Metallen für Kriegszwecke und die Dringlichkeit der Behebung der Kohlenkrise hinzugekommen, welche sich auch infolge der Abgabe von 300,000 Tonnen für den Kohlentransport bestimmten Schiffsraumes zum dringendsten Getreide- und Metalltransport herausgebildet hatte. Ferner zogen zeitweilig Griechenland aus politischen und Norwegen aus versicherungsfinanziellen Gründen ihre bedeutenden Handelsflotten aus dem Verkehr. Endlich bildete und bilde einen Hauptgrund des zunehmenden Schiffsraummangels der Umfang der Versenkungen durch feindliche Unterseeboote.

Das Ministerium habe in Pallanze, Paris, Rom und London Abmachungen mit Frankreich und England getroffen, um zur Ergänzung des politisch-militärischen Bündnisses wirtschaftliche und verkehrspolitische Unterstützungen zu erlangen. Diese Abmachungen werden fortgesetzt werden, bis der ersehnte Tag des siegreichen gemeinsamen Friedens herankomme. Das Ministerium habe rücksichtslos die Requirierung italienischer Schiffe jeder Art und Größe des Laderaumes vorgenommen, und selbst die Korridore der Ueberseedampfer wurden bis zum Aeußersten ausgenützt. Der Neubau von Handelsschiffen wurde möglichst begünstigt. Vom Ankauf von Handelsschiffen durch den Staat wollte der Schatzminister nichts wissen, da mit dem Ankauf weniger Dampfer nicht gedient sei und der Ankauf von etwa einer Million Tonnen heutzutage mindestens 1½ Milliarden kosten würde, vorausgesetzt, daß so viele käuflich wären. Italien verhandle mit den Verbündeten wegen eines etwaigen gemeinsamen Schiffskaufes, inzwischen haben die Verbündeten seit der römischen Konferenz das für Italien verfügbare Schiffsmaterial um 205,000 Tonnen vergrößert, welche namentlich für

[illegible] Kohlentransporte dienen sollen. Trotzdem bleibe Italien noch von großen Gefahren bedroht, wegen deren es notwendig werde, daß die Italiener selbst davon, was sie als erste Notwendigkeit anzusehen gewohnt seien, weniger verbrauchen und behufs Kohlenersparnis den Eisenbahn- und Dampferverkehr, den Industriebetrieb außer für Kriegszwecke und die Gaserzeugung stark einschränken.

### Angriffe auf den Verkehrsminister Arlotta.

Im weiteren Verlaufe seiner Rede behandelte der Minister nochmals die Streitfrage mit dem Deputierten Crespi, welcher als Vertreter italienischer Baumwollindustrieller an das Ministerium mit dem Vorschlag einer Beteiligung an dem Kauf und der Ausnützung von zehn ausländischen Dampfern herangetreten war. Deputierter Crespi entgegnete scharf auf die Ausführungen des Verkehrsministers und brachte Einzelheiten vor, wonach andre Minister andre Auffassungen und Absichten als Arlotta gehabt hätten, ferner daß Arlotta gleichzeitig mit der Ablehnung des Vorschlages Schiffe zu höheren Preisen durch die Reeder habe chartern lassen, daß er die andern entscheidenden Minister durchaus falsch unterrichtet habe und durch die Ablehnung seines Vorschlages dem Staate einen Verlust von 33½ Millionen Lire in einem Jahre sowie der dazu gehörigen Steuern von 11 Millionen zugefügt habe. Die Wirksamkeit des Ministers Arlotta sei überhaupt rein negativ. (Beifall rechts, Tumult im Zentrum, erregte Bemerkungen links.)

Kaum hatte Crespi geendet, meldete sich unter höhnischen Zurufen von links: „Jetzt kommt der Vertreter der Reeder!" Verkehrsminister Arlotta zum Wort, um Crespi zu widerlegen.

Der Minister wurde fortwährend durch Lärm und Zwischenrufe unterbrochen. So rief de Felice: „Ihr seid alle Geschäftemacher, der eine für Rechnung der Reeder, der andre für Rechnung der Baumwollmänner, aber niemand für Italien! Schande!"

Endlich verdichteten sich die Zwischenrufe zu der lauten Forderung, eine Untersuchungskommission zu bestellen. Arlotta versuchte, sich durch Faustschläge auf die Ministerbank Gehör zu verschaffen, wurde aber erneut verhöhnt und überschrien, als er erklärte, daß der Vorschlag das Ministerium so lange verpflichtet hätte, daß inzwischen der Friede hätte geschlossen werden können. Wenn der Friede unversehens gekommen wäre, sagte Arlotta, hätten die Baumwollmänner ein großartiges Geschäft gemacht und der Staat hätte die Belastung gehabt.

Kammerpräsident Marcora teilte mit, er habe zwei Anträge auf Einsetzung einer parlatarischen Untersuchungskommission erhalten, die er der Geschäftsordnung gemäß an die Kammerbureaux zur Vorbehandlung überweisen werde.

### Die Regierung stellt die Vertrauensfrage.

Ministerpräsident Boselli erklärt, er wünsche, daß die Kammer sogleich mit dieser beklemmenden Erörterung zu Ende komme. Seines Erachtens sei der sachliche Teil durch die Erörterung bereits erschöpft, und es liege nunmehr die politische Frage vor, ob die Regierung den Vorschlag Crespis zu Recht oder Unrecht abgelehnt habe. Diese Frage müsse die Kammer klar und ausdrücklich durch eine politische Abstimmung beantworten, und die Regierung knüpfe daran die Vertrauensfrage.

Diesen Worten folgten allseits Aeußerungen lebhaften Befremdens, die sich noch steigerten, als der Ministerpräsident hinzufügte, man sollte lieber statt solcher Erörterungen an diejenigen denken, die in fortgesetzter Lebensgefahr das Meer befahren. Kurzum, erklärte der Ministerpräsident, wenn die Kammer kein Vertrauen zur Regierung hat, braucht sie es bloß zu sagen, und wir werden uns danach einrichten.

Kammerpräsident Marcora blieb nach diesen Worten Bosellis und angesichts der ungeheuren Erregung der Kammer einige Augenblicke unentschieden und hob sodann die Sitzung auf eine Viertelstunde auf.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung erklärte Präsident Marcora zunächst anzuerkennen, daß die bereits geschlossene Erörterung wieder eröffnet sei, aber den Antrag auf Untersuchung an die Bureaux gehen lassen zu müssen, die indessen schon morgen ihr Gutachten vorlegen werden. Im übrigen erheische der Ernst des Augenblicks, daß die Kammer nach den Worten des Ministerpräsidenten ruhig ihre Entschließungen fasse.

Abg. Chiesa (Republikaner) wandte sich an den Ministerpräsidenten mit der Mahnung, daß für

# Der Economist.

## Keine Wareneinfuhr ohne Bewilligung.

Morgen wird eine Ministerialverordnung veröffentlicht, die für den gesamten Importverkehr von größter Bedeutung ist. Die Verordnung bestimmt in ähnlicher Art, wie dies in Deutschland mit dem 16. Januar verfügt worden ist, daß die Einfuhr aller Waren nur mit einer besonderen Bewilligung des Finanzministeriums gestattet ist. Die Aenderung gegenüber dem bisherigen Zustande in Oesterreich besteht darin, daß Einfuhrverbote, beziehungsweise besondere Bewilligungen für den Import nur bei typischen Luxuswaren und allen anderen entbehrlichen Gegenständen galten, während von nun ab die Einfuhr jeder Ware, also nicht bloß der Erzeugnisse der vorerwähnten Gattungen, an die Voraussetzung einer besonderen Einfuhrbewilligung geknüpft wird. Mit der Verordnung vom 23. Dezember 1916, welche den Import der entbehrlichen Gegenstände einschränkte, hat Oesterreich den ersten Schritt zur Regelung der Einfuhr gemacht. Einige Wochen später, Mitte Januar 1917, ist die deutsche Regierung gefolgt, jedoch in einem viel weitergehenden Maße, indem sie die Einfuhr allgemein nur auf Grund von Bewilligungen gestattete. Den gleichen Weg betreten nun auch die Regierungen Oesterreichs und Ungarns.

Die Ursache der neuen Maßregel liegt hauptsächlich auf valutapolitischem Gebiete, da man durch die Verhinderung von Importen, die nicht notwendig sind, die Zahlungsbilanz günstiger zu gestalten beabsichtigt. War die Einfuhr schon jetzt auf ein Mindestmaß gesunken, wie ja auch die starken Rückgänge der Zolleinnahmen zeigen, so wird sie in Hinkunft noch weiter abnehmen. Bisher sind ja schon mit Ausnahme von Luxusgegenständen, wie etwa Juwelen aus Holland, Uhren und Seidenwaren aus der Schweiz, fast nur Artikel eingeführt worden, die entweder der Ausrüstung des Heeres oder Ernährungszwecken dienten. Nun wird die Einfuhr unter eine noch schärfere Kontrolle des Staates gestellt, der die gesamte Warenbewegung in die Hand bekommt und dadurch in jedes Quantum der Einfuhr, wie geringfügig es auch sein möge, vollen Einblick erhält. Eine Begrenzung der Einfuhrbewilligungen nach dem Werte einer Ware ist nicht erfolgt, weil sie zu Umgehungen Anlaß geboten hätte, indem Luxuswaren in größeren Mengen jeweilig in kleinen Postpaketen mit einem Wert von beispielsweise 100 Kronen hätten verschickt werden können. Ausnahmen von der Verordnung werden nur im Reisenden-, Uebersiedlungs-, Veredelungs-, Ausstattungs-, Ausbesserungs-, Rückwaren- und Feldpostverkehr für Kriegsbeute gestattet. Dort, wo nicht Handelsware in Betracht kommt, können die Zollämter, die die Abfertigungsbefugnisse hiefür haben, Gegenstände im Werte von weniger als 200 Kronen zur Einfuhr zulassen. Bei verbotswidriger Einfuhr werden die Strafbestimmungen für Uebertretungen der Zollvorschriften angewendet und zugleich der Verfall über die Waren ausgesprochen. Durch die Unterwerfung der gesamten Einfuhrbewegung unter die Kontrolle des Staates werden auch Einkäufe, die zu spekulativem Weiterverlauf der Ware in Oesterreich erfolgen, verhindert und Personen, die zum Beispiel Lebensmittel im Auslande aus diesem Grunde erworben haben, werden in Hinkunft angewiesen werden, sich mit dem Ernährungsamte ins Einvernehmen zu setzten, so daß der Staat auch auf die Preisbildung Einfluß nehmen kann.

Nachstehend veröffentlichen wir die wichtigsten Paragraphen der Verordnung des Finanz-, Handels- und Ackerbauministeriums im Wortlaut:

§ 1. Die Einfuhr aller Waren über die Grenzen des Vertragszollgebietes der beiden Staaten der Monarchie sowie deren Durchfuhr nach in österreichisch-ungarischer Militärverwaltung stehenden Gebieten ist nur mit besonderer Bewilligung gestattet. Die Bewilligung zur Einfuhr erteilt, wenn die Waren nach Oesterreich bestimmt sind, das Finanzministerium, wenn die Waren nach Ungarn bestimmt sind, das königlich ungarische Finanzministerium. Bei nach Bosnien und der Herzegowina bestimmten Sendungen entscheidet jenes dieser beiden Ministerien, an das das Einfuhransuchen vom gemeinsamen Finanzministerium in Angelegenheiten Bosniens und der Herzegowina geleitet wird. Die Bewilligung zur Durchfuhr erteilt das nach dem Eintritszollamte in Betracht kommende Finanzministerium.

§ 2. Die Zollämter werden im Rahmen ihrer Abfertigungsbefugnisse ermächtigt, ohne fallweise Bewilligung die Einfuhr oder Durchfuhr (§ 1, 1. Absatz) zuzulassen: 1. Für auf Grund der Artikel 9, Zahl 1 bis 4 und 6 bis 13, 10, Zahl 1 bis 4 und 6, 12, Zahl 2 und 3, 14, Zahl 6 und 7, 15 und 16 Z. T. E. vom Zolle befreite Gegenstände, soweit es sich nicht um Edelsteine oder echte Perlen sowie mit Edelsteinen oder echten Perlen besetzte oder sonst verbundene Gegenstände handelt; im Reisendenverkehre kann jedoch solcher angelegter Schmuck, welcher am Leibe getragen wird, zur Einfuhr zugelassen werden, wenn es sich augenscheinlich um minderwertige Gegenstände im Werte von weniger als 200 K. handelt; 2. für nach den Bestimmungen des § 14, Abschnitt B und C, der Durchführungsverordnung zum Zolltarifgesetze abzufertigende Umschließungen; 3. für die im zollfreien Grenzverkehre für den eigenen Bedarf der Bewohner des Grenzbezirkes eingehenden Gegenstände; 4. für Gegenstände, die im Veredlungsverkehre oder im Ausbesserungs- und Rückwarenverkehre eingebracht oder rückeingeführt werden, soweit es sich nicht um Edelsteine oder echte Perlen oder mit Edelsteinen oder echten Perlen besetzte oder sonst verbundene Gegenstände handelt; 5. für Zeitungen, Zeitschriften und Bücher; 6. für Feldpostsendungen; 7. für Sendungen an Kriegs- oder Zivilgefangene, sofern dieselben zollfrei zu behandeln sind; 8. für Liebesgabensendungen, die für österreichisch-ungarische oder verbündete Truppen, für die offiziellen Kriegsfürsorgeämter oder die Vereinigungen vom Roten Kreuze von im Auslande ansässigen Personen oder Korporationen gespendet werden; 9. für Kriegsbeute und Prisengut; 10. für Gegenstände, die von diplomatischen Vertretern sowie von Berufskonsuln fremder Regierungen für ihren eigenen Bedarf oder den Bedarf ihrer Familien aus dem Auslande bezogen werden.

§ 3. Auf Waren, die aus den in österreichisch-ungarischer Militärverwaltung stehenden Gebieten stammen und direkt von dort zur Einfuhr kommen, finden die Bestimmungen der Ver-

Fremdenblatt
17./III. 1917

180

# Neuregelung des Einfuhrhandels.

(Einführung des Lizenzzwanges.)

Was in Deutschland mit der Verordnung des Bundesrates am 16. Jänner d. J. verfügt worden ist, die Auferlegung des Lizenzzwanges für den gesamten Einfuhrhandel, das wird jetzt auch für Oesterreich-Ungarn verfügt. Am 28. Jänner d. J. haben wir an dieser Stelle schon auf die tiefgehende Bedeutung dieser Verfügung hingewiesen, einer Anordnung, die alles auf dem Gebiete der staatlichen Regelung des Außenhandels bisher Verfügte weit hinter sich läßt. Wie aus der unter folgenden halbamtlichen Darlegung erhellt, wird nunmehr jede Einfuhr — abgesehen von einigen wenigen Ausnahmen, wie Uebersiedlungs-, Reise- und Ausstattungs-Effekten, Liebesgaben ꝛc. — vom vorherigen Erhalt der amtlichen Genehmigung (Lizenzzwang) abhängig gemacht.

Der erste Schritt zum Ziele der möglichsten Verringerung des Abflusses von Zahlungsmitteln nach dem Auslande war die Einschränkung der Einfuhr von Luxuswaren mittels der Verordnungen vom 5. Februar v. J. (Luxuswaren-Ein- und -Durchfuhrverbot aus Feindesländern, also Ursprungsatteste-Zwang, sowie Nichtzulassung von Zollgoldanweisungen und Zollkreditierung für eine Reihe mehr entbehrlicher Waren). Der zweite Schritt war die Verordnung vom 19. Dezember v. J., welche die Luxuswaren-Einfuhrverbote nicht mehr von der Herkunft abhängig machte, sondern von dieser unabhängig, also generell aussprach.

Als dritter, noch viel weiter reichender Schritt folgt nun die Einführung des Lizenzzwanges für die gesamte Einfuhr, soweit sie nicht schon durch bisher erlassene Einfuhrverbote überhaupt vorweg verboten ist. Offenbar hat sich auch hier, ganz so wie sich das schon in Deutschland gezeigt hat, die Wirkung der bisherigen Maßnahmen zur Verringerung des Devisenbedarfes als noch unzureichend erwiesen und so greift man nun zum Aeußersten, zum Verbot jedweder Einfuhr, soweit für sie nicht die amtliche, die finanzministerielle Erlaubnis vorher gewährt worden ist.

Aus Erwägungen der Volksverpflegung ist schon früher hinsichtlich zahlreicher Verpflegsartikel die Ein- und Ausfuhr dem Ermessen des Einzelnen entzogen und dem Staate oder den von ihm errichteten Handelsgesellschaften zugewiesen worden. Nunmehr wird aus Erwägungen der Zahlungsbilanz und speziell der Währungspolitik die Möglichkeit der Einfuhr überhaupt dem Belieben des Einzelnen entzogen und von der Entscheidung des Staates abhängig gemacht.

In der reichsdeutschen Verordnung vom 16. Jänner d. J. war eine Ausnahmsbehandlung nicht bloß für Reise- und Ausstattungs-Effekten, Liebesgaben ꝛc. zugestanden, sondern u. a. auch für Postpaket-Sendungen (auf Grund konsularischer Ausnahmescheine), Warenmuster und -Proben zugestanden. Aehnliche Begünstigungen sind auch hier getroffen und ebenso sind Zeitungen und Bücher ausgenommen.

* * *

Halbamtlich wird mitgeteilt:

Im Reichsgesetzblatte wird heute eine Ministerialverordnung verlautbart, zufolge der die Einfuhr aller Waren über die Grenzen des Vertragszollgebietes der beiden Staaten der Monarchie sowie deren Durchfuhr nach in österreichisch-ungarischer Militärverwaltung stehenden Gebieten nur mit besonderer Bewilligung gestattet ist.

Die Bewilligung zur Einfuhr erteilt, wenn die Waren nach Oesterreich bestimmt sind, das Finanzministerium.

**Einfuhr ohne Sonderbewilligung.**

Die Zollämter werden im Rahmen ihrer Abfertigungsbefugnisse ermächtigt, ohne fallweise Bewilligung die Einfuhr (oder Durchfuhr in die okkupierten Gebiete) in gewissen Fällen zuzulassen. Insbesondere steht ihnen diese Ermächtigung zu für Uebersiedlungs-, Ausstattungs-, Erbschafts- und Reiseeffekten, soweit es sich nicht um Edelsteine oder echte Perlen sowie mit Edelsteinen oder echten Perlen besetzte oder sonst verbundene Gegenstände handelt; im Reisendenverkehre kann jedoch solcher angelegter Schmuck, welcher am Leibe getragen wird, zur Einfuhr zugelassen werden, wenn es sich augenscheinlich um minderwertige Gegenstände im Werte von weniger als 200 Kronen handelt.

Ferner sind die Zollämter ermächtigt, die Einfuhr zuzulassen für Gegenstände, die im Veredlungsverkehr oder im Ausbesserungs- und Rückwarenverkehr eingebracht oder rückeingeführt werden, gleichfalls mit Ausnahme von Edelsteinen oder echten Perlen oder mit solchen ausgestatteten Gegenständen; weiter für Feldpostsendungen, für Kriegsbeute u. a.

**Die Strafbestimmungen.**

Auf Uebertretungen der Verordnung sind die Strafbestimmungen für die Uebertretungen der Zollvorschriften anzuwenden. Unabhängig von den gesetzmäßigen Strafen unterliegen die entgegen den Bestimmungen der Verordnung eingebrachten und angehaltenen Waren dem Verfalle.

Wenn Edelsteine und echte Perlen oder mit Edelsteinen oder echten Perlen besetzte oder sonst verbundene Gegenstände verbotswidrig eingebracht werden, so wird die Hälfte des Erlöses der in Verfall erklärten Gegenstände jenen Personen als Belohnung erfolgt, die sich durch die Anzeige oder Aufbringung des Gefällsanstandes verdient gemacht haben.

Werden Gegenstände, deren Einfuhr nur mit besonderer Bewilligung gestattet ist, ohne eine solche Bewilligung eingebracht, jedoch bei dem Grenzzollamte vom Verfügungsberechtigten ausdrücklich angemeldet und vorschriftsmäßig zur Untersuchung gestellt, oder kommen solche Gegenstände mit der Post an und kann der Empfänger einer beabsichtigten Verbotsverletzung nicht überführt werden, so findet zwar keine Verfallerklärung der Gegenstände statt, jedoch hat die Zollstelle zu prüfen, ob sie für die Heeres- oder Marineverwaltung oder für eine der kriegswirtschaftlichen Stellen geeignet sind. Zutreffendenfalls sind solche Waren diesen Stellen sofort zum Erwerb anzubieten.

Ist die Ware für keine der genannten Stellen geeignet oder ist keine Stelle zum Erwerbe bereit, so ordnet die Zollstelle die Rückschaffung der Ware an.

Für die Ansuchen um Einfuhrbewilligung sind amtlich aufgelegte, bei den Zollämtern und den Handelskammern erhältliche Formularien zu verwenden, die nach dem Vordrucke und der beigegebenen Belehrung genauestens auszufüllen sind.

**Vorprüfung der Einfuhrgesuche.**

Die Ansuchen um die Einfuhr nach Oesterreich unterliegen in der Regel der Vorprüfung durch bestimmte Fachstellen und sind bei diesen Fachstellen, für die keiner solchen zugewiesenen Artikel beim Finanzministerium unmittelbar einzubringen. Die betreffenden Fachstellen werden durch eine gleichfalls im Reichsgesetzblatt und in der heutigen „Wiener Zeitung" erschienenen Kundmachung des Finanzministeriums zur öffentlichen Kenntnis gebracht.

Die Einfuhrbewilligungen sind zum Zwecke der Eingangsabfertigung beim Eintrittszollamte beizubringen und haben die Sendung in der Regel bis zum Abfertigungsamte zu begleiten. Sie sind in den Frachtdokumenten zu berufen und denselben tunlichst schon vom Absender anzuschließen.

Eine Uebertragung der Bewilligung an andere Personen ist verboten und zieht ebenso wie jeder andere Mißbrauch, abgesehen von den gesetzlichen Straffolgen, die Verwirkung der Bewilligung nach sich.

**Der Geltungsbeginn.**

Die Verordnung tritt mit dem Tage der Kundmachung in Kraft. Sendungen, die spätestens am Tage nach dem Inkrafttreten der Verordnung im Auslande zur direkten Versendung nach dem Vertragszollgebiete der beiden Staaten der Monarchie oder nach den in österreichisch-ungarischer Militärverwaltung stehenden Gebieten aufgegeben worden sind, werden ohne Bewilligung zur Einfuhr (oder Durchfuhr in die okkupierten Gebiete) zugelassen, vorausgesetzt, daß es sich um Gegenstände handelt, deren Einfuhr bisher gestattet war.

Die neue Verordnung, welche jede Einfuhr von einer besonderen Bewilligung abhängig macht, tritt an die Stelle des am 28. Dezember v. J. erlassenen Einfuhrverbotes, welches sich nur auf entbehrliche Gegenstände erstreckt, und entspricht im wesentlichen der von der deutschen Regierung Mitte Jänner d. J. verfügten allgemeinen Regelung der Einfuhr.

Wie mit der früheren, verfolgt die Regierung auch mit der neuen, weiter ausgreifenden Verordnung den Zweck, Zahlungen an das Ausland, die nicht notwendig und unter den gegebenen Verhältnissen unerwünscht sind, zu verhindern und dadurch eine günstigere Gestaltung der Zahlungsbilanz zu erzielen. Um diesen Zweck in möglichst vollkommener Weise zu erreichen, behält sich nunmehr die Regierung die Prüfung der Warenbezüge aus dem Ausland in einem viel weitergehenden Maß als bisher vor, von dem Bestreben geleitet, die zur Verfügung stehenden Zahlungsmittel in allererster Linie den Zwecken des Krieges und den unabweislichen Bedürfnissen des Volkes dienstbar zu machen und den Boden für den Wiederaufbau und eine gesunde Entwicklung der Volkswirtschaft nach dem Kriege vorzubereiten.

Angesichts dieses Zweckes darf wohl erwartet werden, daß die Bevölkerung den neuen Vorschriften für die Einfuhr volles Verständnis entgegenbringen und ihre Handhabung durch Unterlassung von Ansuchen um nicht unbedingt notwendige Einfuhren wesentlich erleichtern wird.

* * *

Im folgenden Verzeichnisse werden jene Fachstellen kundgemacht, bei welchen die Ansuchen um Einfuhrbewilligung für die einschlägigen Warengattungen einzubringen sind.

1. K. k. Amt für Volksernährung: für Nahrungsmittel aller Art (auch die in Zentralen bewirtschafteten, wie Gerste, Malz, Hopfen und Bier, Getreide, Kaffee, Kartoffelstärke und Kartoffeltrocknungsprodukte, Preßhefe, Pflaumen, Spiritus, Zucker, Zichorien).

2. K. k. Ackerbauministerium: für Vieh, Sämereien (außer Gartensämereien) und Dungmittel.

3. K. k. Handelsministerium (Zeitungsdienst): für Zeitungsdruckpapier.

4. Futtermittelzentrale, Wien, 1. Bezirk, Trattnerhof 1: für Futtermittel aller Art. — 5. Kriegsverband der Baumwollindustrie, Wien, 1. Bezirk, Marie Theresienstraße 32/34; 6. Kriegsverband der Leinenindustrie, Wien, 1. Bezirk, Laurenzerberg 1; 7. Kriegsverband der Hanf- und Juteindustrie, Wien, 9. Bezirk, Kolingasse 20; 8. Kriegsverband der Wollindustrie, Wien, 1. Bezirk, Seitzergasse 1, und 9. Kriegsverband der Seidenindustrie, Wien, 1. Bezirk, Stubenring 8: für Textilrohstoffe, Halb- und Fertigfabrikate (Garne, Gewebe mit Ausschluß von Konfektion), ferner zum Verspinnen bestimmte Zellulose und Papier gleicher Bestimmung, Papiergarne; je nach der Branchezugehörigkeit des Gesuchstellers. — 10. Alteisenkommission, Wien, 1. Bezirk, Wipplingerstraße 24/26: für Alteisen. — 11. Kriegsverband der Eisengießereien, Wien, 3. Bezirk, Schwarzenbergplatz 4: für Gießereiroheisen und Gußeisen. — 12. Eisenkommission beim k. u. k. Kriegsministerium, Wien, 2. Bezirk, Taborstraße 8a: für Stahl-Roheisen und Walzprodukte. — 13. Kriegsverband der Oel- und Fettindustrie, Wien, 1. Bezirk, Seitzergasse 1: für Oele und Fette (nicht zum Konsum), Kerzen und Seifen. — 14. Knochenzentrale, Wien, 1. Bezirk, Fischhof 3: für Knochen und Leim. — 15. Zentralverband der chemischen und metallurgischen Industrie, Wien, 3. Bezirk, Heumarkt 12: für chemische Hilfsstoffe und chemische Produkte, Firnisse, Parfümeriestoffe, Farbstoffe, Farbwaren, Zündwaren. — 16. Habernkommission, Wien, 1. Bezirk, Seitzergasse 1: für Habern. — 17. Altpapierkommission, Wien, 1. Bezirk, Schwangasse 1: für Altpapier. — 18. Harzkommission, Wien, 3. Bezirk, Schwarzenbergplatz 4: für Rohharze und Harzprodukte. — 19. Verband der österreichischen Hutmodeindustrie, Wien, 6. Bezirk, Mariahilferstraße 39: für Hutgeflechte. — 20. Verband der österreichischen Hutindustriellen, Wien, 1. Bezirk, Stubenring 8: für Tierhaare und andere Bedarfsartikel der Haar- und Filzhutfabrikation. — 21. K. k. Gartenbaugesellschaft in Wien, 1. Bezirk, Kaiser Wilhelm-Ring 12: für Gartensämereien und Gartenbauartikel.

Gesuche um Einfuhrbewilligung für im vorstehenden Verzeichnis nicht genannte Warengattungen sind unmittelbar beim k. k. Finanzministerium einzureichen.

Neue Freie Presse
18. III. 1917
182

# Der Krieg in seinen wirtschaftlichen Folgen.

## Friedensvorbereitungen der Industrie.

Auf hoher Warte mit dem freien Ausblick in weitestes Land stehen die Kapitäne der großen Industrie und spähen nach dem Zeichen für ein endliches Sinken der großen Flut. Auf den Bedarf des Krieges ist jetzt die ganze Tätigkeit abgestellt, er versetzt fast sämtliche Unternehmungen in fieberhafte unausgesetzte Arbeit, gleichzeitig werden aber auch alle Vorbereitungen getroffen, um mit möglichst vollkommenen Einrichtungen in die kommende Epoche des Friedens einzutreten, für die neue Zeit mit ihrem vollständig anders gearteten Charakter der Beschäftigung gerüstet zu sein. In die Kriegswirtschaft ist die gewerbliche und industrielle Produktion ohne Uebergang mit jäher, durch die Gewalt der Stunde erzwungener Entschließung gelangt; für die Wirtschaft des Friedens wird in langsamer, wohl abgewogener Erwägung alles vorgekehrt, um mit den vorhandenen, auf absehbare Zeit noch sehr beschränkten Mitteln die größtmögliche Leistung zu erzielen. Investitionen und Neuanlagen ist jetzt das Schlagwort geworden, die reichen Gewinne, welche der Krieg gebracht hat, werden in der alten bewährten Praxis industrieller Geschäftsführung dazu verwendet, um in der Arbeit des Friedens durch Vergrößerung und Modernisierung der Betriebe noch höheren Nutzen herauszuwirtschaften. Die stärksten Reflexe dieser auf die nächste Zukunft gerichteten Tätigkeit treffen naturgemäß die Maschinenindustrie. In ihren Fabriken hat der Krieg große Veränderungen hervorgerufen, viele Werkstättenabteilungen wurden ganz stillgelegt, andere auf neue Zweige der Erzeugung umgestaltet. Während der letzten zwei Jahre waren sie ganz mit der Herstellung von Kriegsmaterial beschäftigt, mußten Maschinen und Hilfsapparate zur Erzeugung von Heeresartikeln herstellen, waren auch an direkten Kriegslieferungen mit großen Quoten beteiligt. Das Arbeitsprogramm der Maschinenindustrie umfaßte vorwiegend Werkzeugmaschinen aller Art, Maschinen für die Erzeugung von Geschützen und Geschossen, Apparate für die Kleineisenindustrie, für die Pulverfabriken, für die chemische Industrie, für die Erleichterung und Sicherstellung der Approvisionierung. Diese Kriegstätigkeit gab ihnen volle Arbeit, aber auch für den Frieden ist bereits die Beschäftigung gesichert. Die Industrien, die sich mit der Hilfe von Kriegsgewinnen neu einrichten, bedürfen vor allem moderner Maschinen; selbst die jetzt sehr hohen, vielfach verdoppelten Beschaffungskosten schrecken nicht vom Ankauf zurück, weil die Besteller sich dazu auf Grund der günstigen Bilanzergebnisse der Kriegsjahre leichter entschließen und das auszulegende Kapital trotz der bevorstehenden verteuerten Betriebskosten gut zu verzinsen hoffen. Landwirtschaftliche Maschinen werden gleichfalls in Auftrag gegeben, der Grundbesitz ist im Kriege reich geworden und wird all die veralteten Einrichtungen der Bodenbebauung und Ernteverwertung auf neue Grundlagen stellen. Es sind die ersten Anfänge der Investitionstätigkeit, sie dürfte aber, wenn die Friedensaussichten sicherer und sichtbarer hervortreten, allem Anschein nach in verstärktem Umfange zur Entfaltung gelangen.

Sehr namhafte Investitionen hat die Automobilindustrie vollzogen. Sie ist in Oesterreich jungen Datums, die Betriebe reichen kaum länger als zehn oder fünfzehn Jahre zurück. Vor dem Kriege hatte Oesterreich nur wenige Unternehmungen, die den Vergleich mit den ausländischen Betrieben aushalten konnten; in den letzten zwei Jahren haben aber die bestehenden Werke sich gewaltig ausgedehnt, um den Anforderungen der Heeresverwaltung nach Kraftfahrzeugen einigermaßen genügen zu können. Die Fabrikation hat bei den meisten Gesellschaften eine durchgreifende Umgestaltung erfahren; die Herstellung der eleganten Personenwagen hat fast ganz aufgehört, die Fabriken erzeugen jetzt beinahe ausschließlich Last- und Militärautomobile, Flugzeugmotoren, Geschoß-, Küchen- und Sanitätswagen, Zugwagen für Mörserbatterien und verschiedene Spezialfahrzeuge. Für die kommende Friedenszeit wird mit einem stärkeren Aufschwunge der motorischen Beförderung von Personen und Lasten gerechnet. Der Bestand an Pferden ist durch den Krieg sehr vermindert; die Vorteile der größeren Billigkeit, Schnelligkeit und Leistungsfähigkeit sind in der letzten Zeit unverkennbar hervorgetreten. Die Automobilindustrie rechnet darauf, daß ihr in Hinkunft die Versorgung des inländischen Marktes in größerem Umfange als bisher obliegen werde. Im letzten Friedensjahr 1913 wurden aus dem Ausland, in erster Reihe aus Deutschland, aber auch aus Belgien, Frankreich, England, Italien und selbst aus Amerika, Automobile im Werte von fast 18 Millionen Kronen eingeführt. Importe dieser Art müßten sich auch nach Stabilisierung der Verhältnisse infolge der Valutaschwierigkeiten sehr teuer stellen und werden zum größten Teile durch inländische Erzeugnisse ersetzt werden. Die Automobilindustrie will sich auf eine Produktion in Serien einrichten. Dieser Massenerzeugung soll die große Automobilfabrik dienen, welche die Steyrer Waffenfabrik in Angriff genommen hat. Die Fiat-Werke haben bedeutende Erweiterungen durchgeführt; die Firma Gräf & Stift hat den Bau eines sehr ausgedehnten Etablissements schon im Vorjahr begonnen; die Daimler-Werke haben bedeutende Erweiterungsbauten vollzogen und ihren Maschinenpark ausgiebig ergänzt; die Nesselsdorfer Waggonfabrik hat sich wesentlich vergrößert und beschäftigt jetzt 5000 Arbeiter. Alle diese Investitionen sind in der Annahme eingeleitet worden, daß nach dem Friedensschluß eine stürmische Nachfrage nach Personenautomobilen einsetzen werde. Die aus dem Felde heimkehrenden privaten Wagen werden nur in den seltensten Fällen noch brauchbar sein, und die Vertreter der Automobilindustrie nehmen an, daß der neu entstandene Reichtum das Verlangen nach der Erwerbung von Automobilen steigern wird; bis nach dem Kriege wird die Frage der Ersatzbereifung gelöst sein, so daß aus der riesigen Menge abgenützter Pneumatiks neue, gut verwendbare Mäntel werden hergestellt werden können. Auch die Lastenfahrzeuge und Postautomobile werden zumeist durch neue ersetzt werden müssen. Die österreichischen Fabrikate sind schon vor dem Kriege in einzelnen Balkanstaaten eingeführt worden; es ist anzunehmen, daß dieser Export einen Aufschwung erfahren wird, da die Fabriken ihre Erzeugungen im Kriege wesentlich vervollkommnet haben und der innigere Anschluß dieser Länder auch daselbst in den reichen Kreisen zu größeren Bestellungen Anlaß geben wird.

Emanzipierung von ausländischer Einfuhr wird überhaupt das Ziel der Maschinenindustrie in der anbrechenden Friedenszeit bilden. Schon in der früheren Epoche ist vorgearbeitet, manche Maschinen sind mit Erfolg im Inlande hergestellt worden, die Abhängigkeit von fremden Ländern war aber noch sehr groß. Im letzten Friedensjahre hatte die Einfuhr von Maschinen, Apparaten, elektrischen Maschinen und Fahrzeugen einen Wert von 180 Millionen Kronen, davon stammte reichlich ein Viertel aus den feindlichen Ländern und Amerika; eine nennenswerte Ausfuhr konnten wir nur nach Rußland und den Balkanstaaten entwickeln. Die Produktion wird sich unter wesentlich geänderten Verhältnissen vollziehen, die Bedingungen dürften aber, da auf ein Zusammenwirken mit Deutschland zu rechnen ist, jetzt vielfach günstiger liegen, zumal der Stand der Währung das Eindringen ausländischer Produkte sehr erschwert; eine Voraussetzung wäre natürlich die Sicherung von billigem Eisen und zureichenden technisch geschulten Arbeitskräften. Die Investitionen der Maschinenindustrie müssen aus der Versorgung des inneren Marktes ihre Verzinsung finden. Die Fahrbetriebsmittelindustrie hat neue Erzeugungen aufgenommen und sich auf verschiedene, früher weniger gebräuchliche, aber als praktisch befundene Motoren eingerichtet. Trotz der enormen Ueberanstrengung des Fahrparks sind ihre Anlagen nicht voll ausgenützt. Die Ablieferung im Jahre 1916 betrug 395 Lokomotiven und 18.000 Waggons, die Maximalleistung erreichte früher 500 Lokomotiven und 20.000 Wagen. Die Ursache bildete der Mangel an Arbeitern; der Friede wird, da die Bahnen neu einzurichten sind, vermehrte Bestellungen bringen. Namhafte Investitionen hat die Flugzeugindustrie getätigt; ihre Erzeugnisse dienen ausschließlich der Kriegführung, sie hofft aber nach den gemachten Erfahrungen, die Flugtechnik auch für friedliche Beförderungen ausnützen zu können. Manche Etablissements der elektrotechnischen Industrie haben ihre Betriebe sehr ausgedehnt, die Brown-Boveri-Werke bauen eine neue Fabrik, die meisten treffen Vorbereitungen für die Errichtung großer Zentralen und Kraftwerke. Viele Maschinenfabriken haben sich auch auf ganz neue Erzeugungen geworfen; insbesondere ist eine wichtige Tätigkeit auf die Herstellung von Gasgeneratoren und Maschinen aller Art zur Gewinnung von Nebenprodukten aus der Kohle gerichtet. Die Verwertung der Stickstoffverbindungen schafft die Möglichkeit einer Erweiterung der landwirtschaftlichen Erschließung. Kohle als einer der größten Bodenschätze des Landes kann noch viel intensiver als bisher zur Gewinnung von Nebenprodukten, zur Verwertung in Gasform, zur Erzeugung von Benzol, Aluminium und anderen Gegenständen ausgenützt werden. Solche Anlagen erfordern viele große Maschinen, welche die heimischen Fabriken in bester Qualität und zu möglichen Preisen liefern zu können erklären.

Trotz aller Unsicherheit der Zukunft, trotz erschwerter Arbeitsbedingungen und drückender Lasten beurteilt die Maschinenindustrie die nächste Entwicklung hoffnungsvoll. Die immer wiederkehrende Klage der Direktoren ist der Mangel an zureichenden Arbeitskräften, bei den Besprechungen über die Rückkehr zur Friedenswirtschaft steht die Bitte auf möglichst rasche Rückgabe der eingezogenen, technisch geschulten Werksarbeiter im Vordergrund. Die Industrie erwartet ausgiebige Beschäftigung, rasche Wiederkehr normaler Arbeit, erhöhte lohnende Aufträge. Trotz der beispiellos harten Zeiten ist die wirtschaftliche Entwicklung in stetem Fortschritte. Mit ungebrochener Kapitalskraft schreitet die Bevölkerung Deutschlands an die Aufbringung der sechsten Kriegsanleihe und ein mächtiger Erfolg gilt als gewiß. In Wien erzielen die Titres der fünf Kriegsanleihen Besserungen, ein freier Markt mit großen Umsätzen und anhaltender Nachfrage, wie er noch vor einem halben Jahre kaum erhofft wurde, hat sich für die neuen Staatswerte herausgebildet, der Umtausch der wegen der nahen Rückzahlungstermine so lockenden Schatzscheine in vierzigjährige amortisable Renten ist mit überraschend starkem Erfolge durchgeführt worden. Die Stadt Wien hat eine Anleihe mit einer Verzinsung von 4·92 Prozent aufgelegt, und diese ist, stark überzeichnet, im ersten Anlauf sofort placiert worden. Das volle Gegenbild dieser finanziellen Verhältnisse im Kriege ist die Revolution in Rußland. Der russische Finanzminister sitzt im Gefängnisse, die Staatsbank ist in den Händen der revolutionären Organisation, die russischen Werte sinken trotz aller Stützungsversuche der westlichen Freunde auf den europäischen Märkten. Die Revolution lähmt nicht nur die militärische, sondern auch die wirtschaftliche und finanzielle Schlagkraft des Landes. Der moderne Krieg erfordert das ungeheuerste Menschenaufgebot, aber auch die gewaltigsten Geldmittel. Ein Versagen der finanziellen Organisation eines so riesigen Reiches müßte auch das politische Ende beschleunigen. Die militärische Stärke der Mittelmächte hat eine ihrer maßgebenden Wurzeln in ihrer wirtschaftlichen Unbesiegbarkeit; die Revolution in Rußland ist auch ein Ausfluß der wirtschaftlichen Schwäche und deshalb geeignet, der Welt den Frieden näherzubringen.

Kölnische Zeitung
18./III. 1917

18

184

# Der Anteil der Frauen an der Industrie.

Von Franz Woas.

Groß ist der Anteil der Frauen an der Industrie. Schon in der Herstellung; und lange vor dem Krieg war es bereits so. Man brauchte nur einmal in die Fabriken hineinzusehen. Wo gesponnen und gewebt wird, sitzen fast nur Mädchen und Frauen. Was man mit dem Namen „Nahrungsmittel-Industrie“ belegt, würde gar nicht sein können — ohne die helfende Hand der Frauen. Keine Schokoladen-, keine Zucker- und Kuchenwaren-Fabrik ohne sie. Ihr scharfes Auge, ihre bewegliche Hand, ihre Zierlichkeit, ihr Geschmack sind einfach unentbehrlich. Wer bietet so sanft und reizvoll das frische Obst? So sorgsam die blühenden Blumen? Wer wickelt so behende und reinlich Zigarre und Zigaretten? Damit aber ist der eigentliche Anteil der Frau an der Kriegsindustrie bei weitem nicht erschöpft. Bei alledem ist die Frau doch nur die Hilfskraft, eine führende Stelle nimmt sie nicht ein, sie tut nur, wozu der leitende Mann sie hingesetzt; sie bleibt ein Stück Maschine, das nur ein wenig mitdenkt, während um sie herum das große Räderwerk geht.

Das wird dort anders, wo die Frau als die Verkäuferin dessen waltet, was der Mann hergestellt hat. Wie ist die Frau auch dazu so sehr geeignet, namentlich wieder dort, wo es sich um Stoffe, Kleider, Nahrungsmittel handelt. Hier ist sie sofort nichts weniger als Maschine. Vielmehr wirkt sie mit ihrer vollen Persönlichkeit an der Stelle, wo sie steht — manchmal vielleicht falsch! Sie stört vielleicht gerade durch ihre persönliche Art und Weise das Geschäft, worauf es ankommt; aber jedenfalls ist sie ein lebendiger Teil davon. Freilich behält der Mann auch hier immer noch die Führung; eine Verkäuferin kann wohl zu- und abreden, um einen Käufer zu bestimmen; aber im großen und ganzen kommt es weniger auf sie an, als vielmehr auf den, der die Ware feilhält, und auf den, der sie kaufen will. Wer aber ist zumeist der Käufer? Wieder die Frau. In der Tat! Man sehe nur einmal scharf zu: Wer kauft hauptsächlich in den Läden? Die Frau. Daß die Frauen auf ihrem eigensten Gebiete, auf dem der Mode, kaufen, ist selbstverständlich. Vielleicht, daß sie die Männer um Rat fragen und sich nach deren Geschmack mehr oder weniger richten, aber den Kauf selbst behalten sie fest in der Hand. So beherrschen sie das weite Gebiet der Mode-Industrie. Bei jedem Wechsel ihres Geschmacks daher die gewaltigen Umänderungen in dieser Industrie! Die sparsamere Verwendung des Unterzeuges, der Wegfall des Besatzes und der Spitzen an den Kleidern — ganze Industriebezirke sind seinerzeit notleidend dadurch geworden! Das Gegenstück dazu war das Aufkommen des Pelzschmuckes. Die Kürschner der ganzen Welt kamen in Anspannung; ganze Expeditionen wurden ausgerüstet, besondere Schiffe gemietet, um im eisigen Alaska oder in der Mongolei den Pelztieren zu Leibe gehen zu können. Zugleich waren aber auch die Pelze der heimischen Tiere umso viel mehr wert geworden; eine neue Industrie wuchs aus dem Boden, um diese Felle passend zu verarbeiten, sie zu stücken, zu glätten, zu säubern. Was ist ein „Druckknopf“ ein so unscheinbares Ding! Wer kannte es früher? Freilich war es ein Mann, der ihn erdachte, und sicherlich ein ganz gescheiter. Aber was hätte es ihm genutzt, hätten die Frauen den neuen Knopf abgelehnt? — So gefiel er ihnen — und was war die Folge? Eine ganz neue Industrie wurde aus dem Boden gestampft; Millionen wurden herbeigeschafft, darin angelegt; die Maschinen sausen . . .

Für den täglichen Haushalt kann es keinen Zweifel geben, wer da kauft. — Die Frauen sind es, die auf den Markt gehen, die zum Fleischer, zum Bäcker, zum Krämer schicken. Und macht es im einzelnen auch immer nur wenige Mark aus, Groschen und Pfennige — gerade diese Winzigkeit im einzelnen, die Sparsamkeit, dieses Umdrehen der kleinsten Münze — es bestimmt; es drückt auf das Nahrungsmittelgewerbe in bezwingender Weise, weil sich dies alles millionenfach wiederholt, und weil es am Ende eine ungeheure Summe gibt. Rechnen wir einmal: Nehmen wir an, jede deutsche Hausfrau hätte ein durchschnittliches Monatsgeld von 85 ℳ auszugeben. Das macht im Jahre 1000 ℳ, und bei rund 20 Millionen Haushaltungen im Deutschen Reiche — 20 Milliarden! — Durch den Krieg sind wir an große Zahlen gewöhnt; wir wissen, was eine Milliarde ist und können uns auch 20 Milliarden vorstellen; und damit erkennen wir, was das so bescheidene Haushaltungsgeld in seiner Masse schließlich zu bedeuten hat. Diesen ungeheuern Betrag gibt die deutsche Hausfrau spielend aus, auf so unscheinbare Dinge wie Brot und Butter, Fleisch und Gemüse, Holz und Kohlen und anderes, was alles wohl unbedeutend erscheint; und doch, welch gewaltige Industrien sind damit verknüpft! Der Mann kümmert sich um diese Ausgaben gewiß nicht viel. Die Frau ist es, die kauft. Durch den Krieg sind freilich die Dinge etwas verschoben worden, aber im Frieden wird es nicht viel anders werden, als es vordem war. Auf wessen Willen kommt es schließlich an, daß das böhmische Obst weiter hereinkommt, daß die kalifornischen Äpfel, die Apfelsinen und Bananen weiter Absatz finden? Auf den der Hausfrau. Alle Bemühungen um das Gefrierfleisch scheitern schließlich, wenn die Frau erklärt, daß das Fleisch sich nicht richtig verkochen lasse. Umsonst sind dann die mächtigen Gefrierhäuser in Australien und Argentinien gebaut worden. Der Gaucho in den Pampas Argentiniens weiß von der deutschen Hausfrau ebensowenig wie der Teebauer in den Bohea-Bergen Chinas etwas von ihr weiß; aber wenn der deutschen Hausfrau Geschmack sich ändert, so bekommen es beide zu spüren. Wie sind im Frieden die Konserven so stark aufgekommen! Allerhand Vorkoch- und Zusatzmittel, Suppenwürzen, Puddingpulver waren da; Weltgeschäfte sind darauf begründet worden. Wäre das möglich gewesen ohne die freudwillige Zustimmung der Hausfrau? Der Mann nimmt hin, was ihm geboten wird. Die Frau prüft, lehnt ab oder kauft. Der Bestand ganzer Gewerbezweige, das Wohl und Wehe unzähliger Arbeiter hängt von ihrem Urteil, ihrem Willen ab. Zum Haushalt gehören auch die vielfältigen Küchengeräte, all das Geschirr, die Töpfe und Pfannen, die Sieber und Schöpfer, Rührer und Hacker, Löffel und Gabeln — wer zählt es? Der Mann weiß davon kaum; aber die Frau kennt jedes Stücklein, weiß von jedem sein Gutes und Schlimmes und kauft davon ganz nach eignem Kopf. Millionen macht das im Jahr aus; die Frau verfügt darüber. Würde das Kochen mit Gas sich so eingeführt haben, wie es geschehen, ohne den Willen der Frau? Dieses Gas war eben etwas für sie; handlich, reinlich, nicht teuer. Also fort mit den Kohlen! Dafür die Gasanstalten erweitert, neue angelegt, ganz neue Netze ausgebaut. Millionen da hineingesteckt. Die Frau will es.

Nun ist die Hausfrau gottlob nicht lediglich — eine Kochfrau! Das ganze volle Haus vielmehr gehört in ihren Bereich, und wie weiß sie da ringsum ihre Herrschaft zu üben! Vielleicht unmerklich, dann aber um so sicherer waltet ihr Wille, ihr Geschmack, und danach richtet sich dann, was weiter im Haushalt der Familie ausgegeben wird: Möbel und Öfen, Teppiche und Gardinen, Bilder und Spiegel, Lampen und Kronleuchter — die Frau prüft, rechnet, wählt, kauft. Die ganze Wohnung ist ihr Werk. Aber auch: wo gewohnt wird, mitten in der Stadt, mehr in den Außenvierteln, vielleicht ganz am Rande, im Grünen? Immer wird die Frau eine gewichtige Stimme darin haben. Die Bauleute hängen von ihr ab; die Bauindustrie, die ganze Entwicklung der Städte hängt mit ihren Neigungen zusammen; denn selbst die Frage: Eigenheim oder nicht? — sie ist vornehmlich eine Frage der Frau; und mit Recht! Denn dem Mann gehört die Welt; er steht und arbeitet in ihr. Der Frau gehört davon nur das eine Haus, ihr Haus, das ist ihre Welt. Wer wollte es ihr da verdenken, richtet sie sich dieses Stück Welt nach ihrem eigensten Geschmack ein? Die große Welt besteht aber hinwieder aus der Summe dieser zahllosen kleinen Haushaltswelten — 20 Millionen sind es in Deutschland —, ist es da nicht wirklich so, daß die Frau einen starken Anteil hat an allem Weben und Streben, am Schaffen und Raffen der ganzen großen Welt?

Zugegeben — aber die Eisenbahnen und die Dampfschiffe, die Luftschiffe gar, sie wenigstens gehören doch dem Mann, sind sein eigenstes Gebiet? Nein, genau besehen, hat auch da die Frau ihre Hand stark im Spiel. Wenn wir auf den Eisenbahnen so bequem und angenehm fahren, entspricht dies nicht den eigentlichsten Wünschen der empfindlichen Frau? Die rauhen Männer können schon eher Strapazen ertragen. Und gar die Dampfschiffe! Die Seekrankheit hat es zumeist auf die Frau abgesehen; reisen wollen die Frauen doch aber auch über das Meer. Was also blieb den großen Schiffsreedern übrig? Immer größer und größer mußten sie bauen, seekrankfest. Man rufe sich einmal die Geschichte des Fahrrads zurück. Dieses ungefüge Ding schien anfangs so gar nichts für Frauen zu sein; alle Damenkleider mußten sich ja in dem Maschinenwerk verfangen. Aber der Reiz bestand, und so bauten die Fabriken besondere Räder für die Frauen. Der Sport begann. Eine jede wollte jetzt radeln. Ganz leichte Räder kamen auf, ganz für Frauen gemachte, hölzerne, Bambusräder, die Fabriken konnten gar nicht genug davon liefern, so stark verlangten die Frauen danach — bis die Frau begann, den Geschmack daran zu verlieren, weil das Radeln zu allgemein geworden . . . Die Nachfrage stockte damit sofort, die Fabriken fingen an, stillzustehen . . . Dafür standen die Frauen jetzt nachdenklich vor den Kraftwagen. Wie gefährlich! Aber die Fabriken bauten sie wunder wie schön. Mollig mußte es sich in den roten Lederkissen sitzen — also hinein: probiert, drauf los mit wehendem Schleier! Mit dem Fliegen wird es einmal nicht viel anders gehen.

So weiß die Frau in allem, was um uns ist, ihr Wesen durchzusetzen; so beeinflußt sie die Industrie. Die Form ist freilich milde, die Herrschaft bei aller Stärke wenig drückend. Um so besser! Denn eine Herrschaft, so ausgeübt, kann unmöglich gewaltsam angemaßt sein. Sie ist durch die Dinge selbst gegeben.